HX
256
S6
1912

# Protokoll des Parteitages

## im Jahre 1912

**Die Verhandlungen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich**

Abgehalten vom 31. Oktober bis zum 4. November 1912 in

**Wien**

ESSEREFERAT
terr. Gewerkschaftsbundes
BIBLIOTHEK
NATUR:
701

Preis: Kronen 1·20

Wien 1912
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung (Ignaz Brand & Co.), VI. Bezirk, Gumpendorferstrasse 18

# Protokolle der Parteitage

**Verhandlungen** des Parteitages der österreichischen Sozialdemokratie in Hainfeld. Abgehalten vom 30. Dezember 1888 bis 1. Jänner 1889. 112 Seiten. (Vergriffen.)

— des österreichischen sozialdemokratischen Parteitages zu Wien. Abgehalten vom 28. bis 30. Juni 1891. 184 Seiten. 50 H.

— des österreichischen sozialdemokratischen Parteitages zu Wien. Abgehalten vom 5. bis 9. Juni 1892. 172 Seiten. 50 H.

— des österreichischen sozialdemokratischen Parteitages zu Wien. Abgehalten vom 25. bis 31. März 1894. 200 Seiten. 50 H.

— des österreichischen sozialdemokratischen Parteitages zu Prag. Abgehalten vom 5. bis 11. April 1896. 186 Seiten. 50 H.

— des österreichischen sozialdemokratischen Parteitages zu Wien. Abgehalten vom 6. bis 12. Juni 1897. 224 Seiten. 50 H.

— des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich zu Linz. Abgehalten vom 29. Mai bis 1. Juni 1898. 168 Seiten. 50 H.

— des Gesamtparteitages der Sozialdemokratie in Oesterreich zu Brünn. Abgehalten vom 24. bis 29. September 1899. 144 Seiten. (Vergriffen.)

— des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich zu Graz. Abgehalten vom 2. bis 6. September 1900. 174 Seiten. 50 H.

— des Gesamtparteitages zu Wien 1901. 204 Seiten. 50 H.

— des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich zu Aussig. Abgehalten vom 15. bis 18. August 1902. 140 Seiten. 50 H.

— des Gesamtparteitages zu Wien. Abgehalten vom 9. bis 13. November 1903. 238 Seiten. 50 H.

— des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. Abgehalten vom 26. bis 29. September 1904 in Salzburg. 184 Seiten. 50 H.

— des Gesamtparteitages zu Wien. Abgehalten vom 29. Oktober bis 2. November 1905. 143 Seiten. 50 H.

— des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. Abgehalten vom 30. September bis 4. Oktober 1907. 240 Seiten. 50 H.

— des Parteitages der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich. Abgehalten in Reichenberg vom 19. bis 24. September 1909. Nebst einem Anhangprotokoll der ersten Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter. Wien 1909. 312 Seiten. Geheftet 80 H.

— des Parteitages der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich. Abgehalten in Innsbruck vom 29. Oktober bis 2. November 1911. Nebst einem Anhangprotokoll der Vierten sozialdemokratischen Frauenreichskonferenz. Wien 1911. 384 Seiten. Geheftet Kr. 1·20

Alle diese vorstehend angeführten Protokolle liefern wir, mit Ausnahme von Hainfeld und Brünn, die vergriffen sind, wenn bis zum 31. März 1913 bestellt, zum Preise von **5 Kr.** Nach diesem Termin erlischt dieses Vorzugsangebot unwiderruflich.

**Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.**

**Wien VI/1, Gumpendorferstraße Nr. 18.**

2.5 II/p6 4:9.
des Österreichischen Bundesbundes
BIBLIOTHEK

# Protokoll

## der Verhandlungen des Parteitages

der deutschen sozialdemokratischen
Arbeiterpartei in Oesterreich
Abgehalten in Wien vom
31. Oktober bis zum
4. November
1912

Wien 1912

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., VI. Bezirk, Gumpendorferstraße 18 · Druck: „Vorwärts“, Wien V, Rechte Wienzeile 97

# Tagesordnung:

1. Konstituierung des Parteitages:
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäftsordnung und Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.
2. Der Krieg und die Internationale. Berichterstatter: Viktor Adler.
3. Berichte:
   a) der Parteivertretung (Innere Parteitätigkeit, Berichterstatter: Ferdinand Skaret; Kassenbericht, Berichterstatter: Wilhelm Ellenbogen; Parteipresse, Berichterstatter: Georg Emmerling);
   b) der Kontrolle;
   c) über das Verhältnis zur Gesamtexekutive, Berichterstatter: Viktor Adler;
   d) des Klubs der Abgeordneten, Berichterstatter: Karl Renner.
4. Aenderung des Organisationsstatuts. Berichterstatter: Karl Seitz.
5. Bildungsarbeit. Berichterstatter: Robert Danneberg.
6. Arbeiterschutz:
   a) Die Bedrohung des Koalitionsrechtes. Berichterstatter: Heinrich Beer;
   b) Das Parlament und der Arbeiterschutz. Berichterstatter: Otto Bauer.
7. Wahl der Parteivertretung.
8. Eventuelles.

# Einberufer des Parteitages:

Viktor Adler, Heinrich Beer, Wilhelm Ellenbogen, Engelbert Pernerstorfer, Adelheid Popp, Jakob Reumann, Anton Schrammel, Franz Schuhmeier, Karl Seitz, Ferdinand Skaret, Josef Tomschik, Laurenz Widholz aus Wien; Simon Abram (Innsbruck), Ludwig Czech, Matthias Eldersch aus Brünn; Josef Gruber (Linz), Robert Preußler (Salzburg), Hans Resel (Graz), Anton Schäfer (Reichenberg), Josef Seliger (Teplitz).

# Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:

Engelbert Pernerstorfer, Johann Pölzer, Josef Tomschik aus Wien.

Schriftführer:

August Lindner (Graz), Fanni Reumann (Aussig), Paul Richter (Wien), Josef Schweichhardt (Bodenbach).

Mandatprüfungskommission:

Franz Bentel (Aussig), Martin Dimnig (Klagenfurt), Rupert Kollinger (Linz), Franz Pölsl (Liesing), Wilhelm Scheibein (Innsbruck), Rudolf Schlager (Leoben), Hieronymus Schloßnikel (Sternberg), Max Vogel (Czernowitz), Josef Witternigg (Salzburg), Eduard Zorn (Freiwaldau).

# Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Parteitag zu Wien 1901.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaat ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. *Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich*, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahr an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetag; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbeinspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

# Nationalitätenprogramm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

(Beschlossen am Brünner Gesamtparteitag 1899.)

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache möglich ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

# Organisationsstatut der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen auf dem Parteitag zu Wien 1912*).

## Parteimitgliedschaft.

§ 1. Als Parteimitglied wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ihres Wohnortes ist.

§ 2. Der Partei kann nicht angehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder die Interessen der sozialdemokratischen Partei schuldig macht, einer anderen Partei angehört, für eine andere Partei tätig ist oder eine ehrlose Handlung begangen hat.

§ 3. Ueber die Aufnahme entscheidet auf Grund des Vorschlages der Lokalorganisation, in deren Sprengel der Aufnahmswerber wohnt, die Bezirksorganisation, beziehungsweise jene Organisation, die die in diesem Statut sonst für die Bezirksorganisation vorgesehenen Funktionen ausübt.

Jedes Parteimitglied erhält als Legitimation die im ganzen Reiche geltende Parteimitgliedskarte.

§ 4. Jedes Parteimitglied hat die Pflicht, seiner Berufsorganisation anzugehören, so wie die Mitglieder der Berufsorganisationen verpflichtet sind, Mitglieder der Parteiorganisation zu sein.

## Parteiorganisation.

§ 5. Die Grundlage der Parteiorganisation ist der politische Verein. Für Parteiangehörige, welche aus wichtigen Gründen nicht Mitglieder des politischen Vereines sein können, sind die Zugehörigkeit und die Beitragsleistung zur Parteiorganisation überall nach gleichen Grundsätzen zu regeln.

§ 6. Die Parteiorganisation gliedert sich in Lokal-, Bezirks-, eventuell auch Kreis- und in Landesorganisationen.

Die Frauenorganisation ist ein Teil der Gesamtorganisation der Partei und gliedert sich in derselben Weise (§§ 22 bis 25 des Statuts).

### a) Lokalorganisation.

§ 7. Die Lokalorganisation ist die Zusammenfassung aller in einem Orte wohnenden Parteimitglieder.

Innerhalb der Lokalorganisation ist die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen.

### b) Bezirksorganisation.

§ 8. Die Lokalorganisationen werden zu Bezirksorganisationen zusammengefaßt.

---

*) Die unterstrichenen Stellen sind die Aenderungen, die der Wiener Parteitag 1912 gegenüber dem früher in Kraft stehenden Statut vornahm.

Die Bezirksorganisation muß unter allen Umständen ein geschlossenes Gebiet umfassen, daß entweder durch den Reichsratswahlbezirk oder durch ein territorial besser geeignetes Agitations- und Organisationsgebiet gebildet wird.

Die Bestimmung der Gebietsgrenzen der Bezirksorganisationen obliegt den Landes-, eventuell Kreiskonferenzen.

In Wien bildet jeder Gemeindebezirk eine Bezirksorganisation.

c) Landesorganisation.

§ 9. Alle Bezirksorganisationen eines Kronlandes unterstehen der Landesorganisation, der die Führung der Parteigeschäfte nach dem eigenen Organisationsstatut obliegt.

d) Kreisorganisation.

§ 10. Wo die Notwendigkeit vorliegt, können innerhalb der Landesorganisation einzelne Bezirksorganisationen zu Kreisorganisationen vereinigt werden. Ihre Abgrenzung bestimmt die Landeskonferenz.

§ 11. Die Statuten der unter a) bis d) angeführten Organisationen dürfen dem Statut der Gesamtpartei und denen der übergeordneten Organisationen nicht widersprechen. Sie sind der übergeordneten Organisation bekanntzugeben. Findet diese derartige Widersprüche, so entscheidet die nächst übergeordnete Organisation, beziehungsweise der Parteitag.

## Parteibeitrag.

§ 12. Zur Deckung der Ausgaben der Parteiorganisation wird ein Parteibeitrag gemeinsam für alle Parteiinstanzen eingehoben.

§ 13. Die Festsetzung der Höhe des Parteibeitrages und dessen Aufteilung auf die Reichs-, Landes-, Kreis-, Bezirks- und Lokalorganisationen erfolgt durch die Beschlüsse des Parteitages sowie der Landes-, eventuell Kreis- und der Bezirkskonferenz.*)

§ 14. Der monatliche Mindestbeitrag darf für jedes Mitglied nicht weniger als 20 Heller betragen.

§ 15. Den Parteibeitrag für weibliche Parteimitglieder setzt die Frauenreichskonferenz fest.

§ 16. Von den Beiträgen der weiblichen Mitglieder sind zwei Heller für den Monat und das Mitglied von der Reichsparteivertretung dem Frauenreichskomitee zuzuweisen.

§ 17. Die Leistung der Parteibeiträge ist auf der Parteimitgliedskarte (§ 3) mittels einheitlicher Marke zu quittieren. Die Mitgliedskarten und Marken werden von der Reichsparteivertretung an die Landesorganisationen und von diesen an die ihnen unterstehenden Organisationen abgegeben.

§ 18. Die Einhebung des Parteibeitrages geschieht in der Weise, daß die Quittungsmarke vom Reichsparteivorstand gegen Erlag des Reichsparteibeitrages (§ 13) an die Landesorganisation abgegeben wird. Von dieser gelangt sie ebenso stufenweise an die nachgeordneten Organisationen gegen Erlag eines um den jeweiligen Mitgliedsbeitrag dieser Organisationen erhöhten Betrages.

*) Der an die Reichsparteivertretung abzuliefernde Teil des Parteibeitrages beträgt derzeit 3 H. für den Monat und das Mitglied. Für die beruflich organisierten Genossen bleibt der Beschluß des Linzer Parteitages — Parteibeitrag von 2 H. als für das Mitglied und den Monat — so lange aufrecht, als sie ihre Mitgliedschaft bei der politischen Organisation mittels der Parteimitgliedskarte ausweisen können. (Beschluß des Parteitages von Reichenberg, 1909.)

### Wahlfonds.

§ 19. Für den getrennt zu verwaltenden Wahlfonds sind obligatorisch Beiträge in der vom Parteitag zu bestimmenden Art und Höhe einzuheben.*)

Die Einhebung der Wahlfondsbeiträge erfolgt gleichzeitig mit dem Parteibeitrag und wird mit der Wochen- oder Monatsmarke quittiert.

### Vertrauenspersonen.

§ 20. Die Mitglieder der Lokalorganisation wählen alljährlich in einer Parteimitgliederversammlung den Lokalvertrauensmann, beziehungsweise den Lokalausschuß. Die Delegierten zu den Bezirks-, Kreis- und Landeskonferenzen wählen den Bezirks- und Kreisausschuß und die Landesparteivertretung. Die Anzahl der Mitglieder des Lokal-, des Bezirks- und des Kreisausschusses wie auch der Landesparteivertretung wird durch das Statut der betreffenden Organisation bestimmt. Der Obmann gilt als der Vertrauensmann der Organisation. Jede Neuwahl eines Vertrauensmannes sowie seine Adresse sind dem Reichsparteivorstand sofort mitzuteilen.

### Berichte.

§ 21. Das Verwaltungsjahr beginnt für alle Organisationen am 1. Juli und endet mit 30. Juni.

Die Bezirksorganisation ist verpflichtet, bis längstens 20. Juli nach einem Fragebogen an den Parteivorstand über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten. Der Bericht soll mindestens enthalten: die Zahl der Parteimitglieder, die Zahl der Lokalorganisationen, den Bericht über den Ausbau der Organisation (insbesondere ob er auf Grund eines politischen Vereines erfolgte), über die Häuser- und Straßenorganisation, über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Höhe des Mitgliedsbeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen und Ausgaben, über etwaige politische oder Gemeindewahlen, politische Verfolgungen und alle sonstigen für die Parteibewegung wichtigen Vorkommnisse.

Ebenso haben alljährlich die Kreisorganisationen und die Landesparteivertretungen bis längstens 20. Juli sowie der Klub der deutschen Reichsratsabgeordneten und die Vertreter der Partei in den Landtagen, Gemeindevertretungen und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften über ihre Tätigkeit an den Parteivorstand zu berichten.

### Frauenorganisation.

§ 22. Die Mitgliedschaft bei einer auf Grund der Beschlüsse der Frauenreichskonferenzen gegründeten Frauenorganisation begründet auch die Zugehörigkeit zur Partei.

Das Organisationsstatut der politischen Frauenorganisation ist den im Parteistatut festgesetzten Bestimmungen anzupassen. Jede Aenderung des Statuts kann nur im Einvernehmen mit der Reichsparteivertretung durch Beschluß der Frauenreichskonferenz vorgenommen werden.

---

*) Infolge Beschlusses des Innsbrucker Parteitages 1911 werden derzeit eingehoben:

a) von den männlichen Parteimitgliedern der Wiener Organisationen 2 H. wöchentlich;

b) von denen aller anderen Organisationen 8 H. monatlich.

Von diesem Beitrag ist die Hälfte an den Wahlfonds der Reichsparteivertretung abzuliefern.

Ueber die andere Hälfte entscheidet die Landesorganisation.

§ 23. Der Frauenorganisation kommt ein selbständiges Vertretungsrecht in den leitenden Körperschaften und auf den Konferenzen der Parteiorganisationen zu.

§ 24. In allen Orten, wo es möglich ist, sind von den weiblichen Parteimitgliedern im Einvernehmen mit der Lokalorganisation weibliche Vertrauenspersonen zu wählen, denen die Organisierung des weiblichen Proletariats obliegt. Die Adressen dieser Vertrauenspersonen sind dem Parteisekretariat und dem Frauenreichskomitee mitzuteilen.

§ 25. Das Frauenreichskomitee wird von der Frauenreichskonferenz, die mindestens in jedem zweiten Jahre im Anschluß an den ordentlichen Parteitag stattfindet, nach den von der Frauenreichskonferenz beschlossenen Bestimmungen gewählt.

## Bildungswesen.

§ 26. Die Parteiorganisationen sind verpflichtet, für eine systematische sozialistische Erziehungsarbeit Sorge zu tragen. Wo es möglich ist, sollen zur Durchführung dieser Arbeiten im Einvernehmen mit den anderen Organisationen eigene Bildungsausschüsse eingesetzt werden.

Zur Leitung der Bildungsarbeit wird die von der Reichsparteivertretung eingesetzte Zentralstelle für das Bildungswesen in Wien bestimmt, der alljährlich von allen Bezirksorganisationen ein Bericht über ihre Bildungstätigkeit zu erstatten ist.

Die Parteiorganisationen sind insbesondere auch verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die schulentlassene Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Ueberall soll zu diesem Zweck die Gründung eigener Organisationen gefördert werden.

Desgleichen sollen sich die Parteiorganisationen die Einwirkung auf die Erziehung der Arbeiterkinder angelegen sein lassen und alle Bestrebungen auf diesem Gebiet nach Möglichkeit unterstützen.

## Parteitag.

§ 27. Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Er wird vom Parteivorstand alljährlich einberufen, mit Ausnahme jener Jahre, in denen ein Gesamtparteitag oder ein Internationaler Kongreß stattfindet.

Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Je zwei Delegierte jeder Bezirks-, Kreis- und Landesorganisation, Bezirke und Kreise, in denen sich Frauenorganisationen befinden, haben jedoch das Recht, außer den männlichen Delegierten auch ein weibliches Parteimitglied zu entsenden. Die Wahl der Delegierten wird in den Parteiversammlungen oder Konferenzen, beziehungsweise Plenarsitzungen der wahlberechtigten Organisationen vorgenommen. Das Wahlverfahren wird durch die Statuten der betreffenden Organisation geregelt.

2. Die Mitglieder der Reichsparteivertretung und die Parteisekretäre. (§ 43.)

3. Die Mitglieder des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten.

4. Zwei Delegierte des Frauenreichskomitees und je eine Delegierte der Frauenlandeskomitees.

5. Je ein Delegierter der in den beruflichen Zentralverbänden organisierten Genossen und Genossinnen, der Redaktionen der Partei- und Fachblätter sowie der von sozialdemokratischen Reichskonferenzen oder vom Parteitag eingesetzten Körperschaften.

6. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten mit beratender Stimme.

§ 28. Die Mitglieder der Reichsparteivertretung haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei, die Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten in allen die parlamentarische Tätigkeit betreffenden Angelegenheiten nur beratende Stimme.

§ 29. Außerordentliche Parteitage finden auf Beschluß der Reichsparteivertretung oder auf Verlangen von mindestens fünfundzwanzig der zur Delegation berechtigten Parteiorganisationen statt.

§ 30. Hat der vorhergegangene Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keinen Beschluß gefaßt oder kann der Parteitag aus gewichtigen Gründen in dem bestimmten Ort nicht tagen, so hat die Reichsparteivertretung die Bestimmung vorzunehmen.

§ 31. Die Einberufung des Parteitages muß zumindest zwei Monate vorher durch das Zentralorgan und am gleichen Tage durch die übrigen Tagesblätter der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

§ 32. Der Parteibericht muß von der Reichsparteivertretung spätestens vierzehn Tage vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden.

§ 33. Selbständige Anträge der Parteimitglieder zum Parteitag sind mindestens drei Wochen vor dem Parteitag dem Parteivorstand schriftlich zu übermitteln. Dieser hat sie sowie seine eigenen Anträge vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen und dem Parteitag Bericht und Antrag zu erstatten. Selbständige Anträge, die nach Ablauf obiger Frist oder erst auf dem Parteitag selbst gestellt werden, können nur zur Verhandlung gelangen, wenn der Parteitag dies über Verlangen der Antragsteller beschließt. Im anderen Falle sind sie dem Parteivorstand zur Berichterstattung und Antragstellung für den nächsten Parteitag zuzuweisen.

§ 34. Der Parteitag prüft die Mandate seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung. Als ständiger Referent des Parteitages gilt, insoweit nicht für einzelne Verhandlungsgegenstände besondere Berichterstatter bestellt sind, der erste, beziehungsweise einer der anderen Parteisekretäre.

§ 35. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Die Beschlußfassung über folgende, vom Parteivorstand zu erstattende Berichte: Kassen- und Wahlfondsbericht; Bericht über das Zentralorgan und alle anderen von der Reichspartei gegründeten literarischen Unternehmungen sowie über deren Geschäftslage; Bericht über die wirtschaftlichen Unternehmungen der Partei; Bericht über die politische sowie über die organisatorische und agitatorische Tätigkeit des Parteivorstandes und über die parlamentarische Tätigkeit des Klubs der Reichsratsabgeordneten.

2. Entgegennahme des Berichtes der Kontrolle und Beschlußfassung darüber.

3. Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz hat.

4. Die Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.

5. Beschlußfassungen über die Parteiorganisation, deren Statut, über die Partei- und Wahlfondsbeiträge und über alle das Parteileben berührenden Fragen; Aenderungen des Organisationsstatuts können jedoch nur auf einen von der Parteivertretung gestellten oder von einer Organisation bei ihr mindestens sechs Wochen vor dem Parteitag eingebrachten Antrag vorgenommen werden. In jedem Falle sind solche Anträge mindestens vier Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan bekannt zugeben.

Anträge betreffend die Partei- und Wahlfondsbeiträge sind beim Parteivorstand mindestens sechs Monate vor dem Stattfinden des Parteitages einzubringen und müssen ebenso wie die von ihm in dieser Sache gestellten Anträge mindestens fünf Monate vor dem Parteitag im Zentralorgan bekanntgegeben werden.

Von diesen Vorschriften kann nur durch einen Beschluß, der mit Dreiviertelmehrheit der auf dem Parteitag anwesenden Delegierten gefaßt wird, abgegangen werden.

6. Die Anhörung der Berichte über die im Sinne des § 33 gestellten Anträge und Beschlußfassung darüber.

7. Die Bestimmung des Ortes für den nächsten Parteitag.

Der Parteitag faßt seine Beschlüsse mit der absoluten Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden. Die Wahlen des Parteivorstandes und der Kontrolle sind mit Stimmzetteln vorzunehmen. Als gewählt erscheinen diejenigen, deren Stimmenzahl die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmzettel ereicht hat. Haben mehr Personen, als zu wählen wären, die absolute Mehrheit erreicht, so gelten diejenigen als gewählt, die die meisten Stimmen erhalten haben. Insofern die absolute Mehrheit nicht erreicht wird, entscheidet die engere Wahl, wobei diejenigen als gewählt erscheinen, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet immer das Los.

## Reichsparteivertretung, Vorstand und Kontrolle.

§ 36. Der Parteitag wählt die aus zwanzig Personen bestehende Reichsparteivertretung. Zehn vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Reichsparteivertretung bilden den Parteivorstand, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen zehn Mitglieder bilden die Parteikontrolle.

In dem Orte, in dem der Parteivorstand seinen Sitz hat, müssen seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein. Diese durch ihren Wohnort bestimmten zwei Mitglieder der Kontrolle und die zehn Mitglieder des Parteivorstandes einerseits, die anderen acht Mitglieder der Kontrolle anderseits werden mit getrennten Listen gewählt.

### a) Der Reichsparteivorstand.

§ 37. Unmittelbar nach seiner Wahl tritt der Parteivorstand zusammen und wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, drei Stellvertreter und den Kassier.

§ 38. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und verwaltet die Parteigelder. Er kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, ernennt selbst oder durch die von ihm hiezu bestellten Organe seine Angestellten und die Angestellten der ihm unterstehenden Unternehmungen, bestimmt deren Bezüge und sonstigen Rechtsverhältnisse und kontrolliert ihre Tätigkeit. Er ist in seiner Gesamtheit dem Parteitag verantwortlich und hat ihm auch über die Durchführung der von vorhergegangenen Parteitagen beschlossenen oder ihm zugewiesenen Anträge zu berichten.

§ 39. Der Vorsitzende des Parteivorstandes, beziehungsweise der von ihm bestimmte Stellvertreter vertritt die Partei nach außen und leitet alle Geschäfte des Parteivorstandes und des Sekretariats. Wichtige, insbesondere verbindliche Schriftstücke sind von ihm und einem der Sekretäre zu unterzeichnen.

### b) Die Reichsparteikontrolle.

§ 40. Die Kontrolle wählt sofort nach ihrer Wahl aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, den Vorsitzendenstellvertreter und einen Schriftführer. Sie besorgt die Kontrolle der gesamten Verwaltung, die dem Parteivorstand gemäß § 38 obliegt. Sie entscheidet über Beschwerden, die von Parteimitgliedern oder Organisationen gegen den Parteivorstand erhoben werden. Gegen die Entscheidung der Parteikontrolle in derartigen Beschwerdeangelegenheiten steht die Berufung an den Parteitag offen, der auch über Beschwerden gegen die Parteikontrolle entscheidet.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden. Die Mitglieder der Kontrolle haben aber jederzeit das Recht, alle Bücher und Schriftstücke zu prüfen. Sie sind berechtigt, an allen Sitzungen des Parteivorstandes teilzunehmen und haben in allen Angelegenheiten, die nicht ihrer Kontrolle unterliegen und in denen sie nicht Beschwerdeinstanz sind, das Stimmrecht.

### c) Die Reichsparteivertretung.

§ 41. Die Reichsparteivertretung ist zur Entscheidung aller Fragen von großer politischer oder finanzieller Tragweite vom Vorsitzenden des Parteivorstandes nach Bedarf, mindestens aber vierteljährlich einmal, oder wenn fünf Mitglieder es verlangen, einzuberufen. Die Leitung dieser Sitzungen obliegt dem Vorsitzenden, beziehungsweise Vorsitzendenstellvertreter des Parteivorstandes.

§ 42. Die Reichsparteivertretung trifft die näheren Bestimmungen über ihre Geschäftsführung sowie über die des Parteivorstandes, der Parteikontrolle und der Funktionäre durch eine für ihre Funktionsperiode zu beschließende Geschäftsordnung.

§ 43. Die Reichsparteivertretung bestimmt die Parteisekretäre, den Chefredakteur und den Administrator des Zentralorgans, welche an den Sitzungen des Parteivorstandes und der Reichsparteivertretung mit beratender Stimme teilzunehmen haben.

§ 44. Ueber Beschluß der Reichsparteivertretung können die Vertreter anderer Reichsorganisationen sowie des parlamentarischen Sekretariats an ihren Sitzungen und denen des Parteivorstandes teilnehmen.

Die Mitglieder der Gesamtexekutive können an den Sitzungen der Reichsparteivertretung mit beratender Stimme teilnehmen.

§ 45. Das Ergebnis aller Wahlen sowie die Adresse des Vorsitzenden der Parteikontrolle sind im Zentralorgan der Partei mitzuteilen.

Die Funktionsdauer der Parteivertretung, der Kontrolle und aller Funktionäre beträgt in der Regel ein Jahr, endet aber erst nach erfolgter Konstituierung, beziehungsweise Wahl der Nachfolger.

## Reichskonferenz.

§ 46. Die Reichsparteivertretung hat das Recht, in dringenden Fällen die Vertreter der Landesorganisationen zu einer Reichskonferenz einzuberufen.

Zur Teilnahme an dieser Konferenz sind alle diejenigen berechtigt, die an den Sitzungen der Reichsparteivertretung und nach den Statuten der Landesorganisationen an denen der Landesparteivertretungen teilnehmen können.

## Parteipresse.

§ 47. Das Zentralorgan der Partei ist die „Arbeiter-Zeitung".

Sie untersteht dem Parteivorstand. Das gleiche gilt von der „Arbeiterinnen-Zeitung", von dem wissenschaftlichen Organ der Partei und von allen durch die Reichspartei gegründeten und von ihr erhaltenen Zeitschriften und literarischen Unternehmungen. Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Die offiziellen Bekanntmachungen der Reichsparteivertretung, des Parteivorstandes und der Parteikontrolle sind in der „Arbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen.

Alle Parteiorgane sind zu ihrem Nachdruck verpflichtet.

§ 48. Aufgabe der Parteipresse ist: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Sie hat fremde, nicht parteigenössische Einflüsse fernzuhalten.

Parteiblätter können nur mit Zustimmung der Kreis- und Landesorganisationen gegründet werden.

## Kandidaturen.

§ 49. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt bei allgemeinen Reichsratswahlen durch die Reichskonferenz, und zwar auf Grund von Vorschlägen, die unter Zuziehung der Landesparteivertretung vom Parteivorstand im Einvernehmen mit der Bezirksorganisation, beziehungsweise einer Vertrauensmännerkonferenz des Wahlbezirkes festgestellt werden. Erfolgt ein solches Einvernehmen nicht, so erstattet jede der beteiligten Körperschaften ihren begründeten Vorschlag in der Reichskonferenz und diese trifft die endgültige Entscheidung. Bei Nachwahlen entscheidet über die Kandidatur, wenn eine Einigung nicht erfolgt, eine Kommission, die aus je drei Vertretern beider Teile besteht und ihren Vorsitzenden wählt. Wenn über dessen Person eine Einigung nicht erfolgt, so bestimmt ihn die Parteikontrolle. Die Entscheidung der Kommission ist endgültig und erfolgt mit Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit durch den Vorsitzenden.

§ 50. Die Vorschriften betreffend die Aufstellung der Kandidaten für die Landtags-, die Bezirks- und Gemeindevertretungen und alle anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften werden durch die Statuten der Landes- oder der Kreis- und Bezirksorganisationen festgestellt.

## Ausschließung aus der Partei.

§ 51. Parteimitglieder, die den Bestimmungen des § 2 dieses Statuts nicht entsprechen, sind aus der Partei auszuschließen.

§ 52. Der Antrag auf Ausschließung eines Parteimitgliedes aus der Partei ist beim Parteivorstand einzubringen. Er kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Parteiangehörigen gestellt werden. Der Parteivorstand weist ihn einem siebengliedrigen Schiedsgericht zu. Drei der Beisitzer dieses Schiedsgerichtes werden von der Organisation ernannt, die den Ausschluß beantragt, drei von dem durch den Ausschlußantrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt der Parteivorstand; er hat im Schiedsgericht bei Stimmengleichheit entscheidende Stimme.

§ 53. Das Schiedsgericht kann erkennen auf Ausschließung aus der Partei überhaupt; Ausschließung aus der Organisation, die den Antrag gestellt hatte; Erteilung einer Rüge oder einer Verwarnung; Aberkennung des Rechtes, bestimmte Funktionen auszuüben, für eine bestimmte Zeit oder für immer.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

§ 54. Unterläßt es das Parteimitglied, dessen Ausschluß verlangt worden ist, innerhalb vier Wochen vom Tag der Verständigung durch den Parteivorstand an Schiedsrichter zu ernennen oder verzichtet es ausdrücklich auf die Einsetzung eines Schiedsgerichtes, oder erhebt es die Berufung gegen die Ausschließungsentscheidung des Schiedsgerichtes nicht innerhalb fünf Wochen, so gilt es ohneweiters als ausgeschlossen.

§ 55. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur von einem Parteimitglied gestellt werden und ist an den Ausschluß seiner Organisation zu richten, von der seinerzeit das Ausschlußverfahren anhängig gemacht worden war. Auf Grund des Gutachtens dieser Organisation sowie derjenigen des letzten Wohnortes des Ausgeschlossenen stellt der Parteivorstand dem Parteitag einen Antrag zur endgültigen Entscheidung.

Die Aufhebung eines Beschlusses auf Ausschließung aus der Organisation oder auf Funktionsentziehung kann nur durch den Parteivorstand und nach Anhörung derjenigen Organisation geschehen, von der seinerzeit der Antrag gestellt, respektive der Beschluß gefaßt wurde.

## Ausschließung aus einer Organisation.

§ 56. Beschließt eine Parteiorganisation die Ausschließung eines Mitgliedes aus ihrem Verband, so ist der Betreffende dadurch nicht auch aus der Partei ausgeschlossen. Es steht ihm überdies die Berufung an die übergeordnete Organisation zu, die den Fall einem endgültig entscheidenden Schiedsgericht zu überweisen hat.

## Streichung aus den Mitgliedslisten.

§ 57. Mitglieder, die länger als drei Monate mit den Beiträgen im Rückstand sind, können von ihrer Lokalorganisation aus der Mitgliedsliste gestrichen werden. In Fällen von Arbeitslosigkeit oder Krankheit können die Beiträge im Einvernehmen mit der Bezirksorganisation bis auf sechs Monate gestundet werden.

§ 58. Tritt ein Mitglied, das sich nicht mehr zu den Grundsätzen des Parteiprogramms (§ 1) bekennt, nicht aus eigener Initiative aus der Partei aus, so kann der Parteitag auf Antrag des Parteivorstandes die Organisation seines Wohnortes mit der Streichung seines Namens aus den Mitgliedslisten beauftragen.

## Das Schiedsgericht.

§ 59. Zur Schlichtung von Streitigkeiten unter Parteimitgliedern oder Parteiorganisationen sowie zur Entscheidung über ehrenrührige Vorwürfe gegen ein Parteimitglied kann jede Bezirksorganisation auf Verlangen ein Schiedsgericht, beziehungsweise ein Ehrengericht einsetzen, das aus mindestens vier Mitgliedern und einem Vorsitzenden besteht. Die näheren Bestimmungen trifft das Organisationsstatut der Bezirksorganisation.

In besonderen Fällen kann auch der Parteivorstand und ebenso die Landes- oder Kreisparteivertretung die Einsetzung eines solchen Schieds- oder Ehrengerichtes veranlassen.

Gegen die Entscheidungen eines nach den Bestimmungen des § 59 eingesetzten Schieds- oder Ehrengerichtes ist eine Berufung nicht statthaft.

# Vorlagen an den Parteitag.

## Bericht der Parteivertretung der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich an den Parteitag 1912.

Politische Ereignisse von größerer Tragweite pflegen mit den Vorgängen im Parlament in engem Zusammenhang zu stehen oder zumindest einen Nachhall im Parlament zu erwecken. Da nun über die parlamentarischen Vorgänge nach jeder Session ein ausführlicher Bericht von unserer Parlamentsfraktion erstattet wird*), erübrigt es sich, an dieser Stelle nochmals darüber zu berichten, und wir können uns damit begnügen, die mehr nach außen gerichtete, agitatorische Seite unserer Tätigkeit darzustellen.

In den Zeitraum, über den wir diesmal zu berichten haben, fallen die großen Teuerungskämpfe des österreichischen Proletariats. Als im Sommer des Jahres 1911 die Erregung über die furchtbare Teuerung aller Lebensmittel immer weitere Kreise erfaßte, ohne daß die Regierung die Notwendigkeit begriff, entschiedene Maßnahmen zum Schutze der Konsumenten zu treffen, mußte es jedem Einsichtigen klar werden, daß wir ernsten Ereignissen entgegengehen. Es fehlte auch nicht an Stimmen, welche die Regierung warnten und sie zu bewegen suchten, den berechtigten Wünschen der breiten Massen des Volkes Rechnung zu tragen. Aber alle Warnungen wurden in den Wind geschlagen, weil die Verblendung der Herrschenden an den Ernst der Situation nicht glauben wollte und in der tiefgehenden Erregung der Bevölkerung nichts anderes zu erblicken wähnte als die krakeelsüchtige Verdrossenheit einiger Unzufriedener. So unterließ man es nicht nur, die geradezu unaufschiebbar erscheinenden Maßnahmen zu treffen, welche eine kleine Erleichterung auf dem Lebensmittelmarkt hätten schaffen können, sondern bot sogar die Hand zu einer weiteren Verschlechterung.

Nach langwierigen Teuerungskämpfen im Winter 1910/11 war von den Konsumenten durchgesetzt worden, daß zur Behebung der Fleischnot zeitweise gekühltes Fleisch aus Argentinien eingeführt werde. Dieser wahrlich sehr geringe Erfolg ärgerte die Agrarier. Diese Handvoll Profitsüchtiger erreichte es schließlich, daß die Regierung Mitte Juli 1911 erklärte, keine weitere Fleischeinfuhr aus Argentinien zuzulassen, wenn Ungarn nicht seine Zustimmung gebe. Natürlich war von vornherein klar, daß diese Zustimmung nur sehr schwer zu erlangen sein würde. Angesichts der fortwährenden Steigerung aller Lebensmittelpreise und des offenbaren Notstandes, unter dem die Bevölkerung litt, mußte dieser Streich der Regierung, der gesetzlich durchaus unbegründet erschien, als eine Provokation empfunden werden. Eine spontane Protest-

*) Der Tätigkeitsbericht unserer parlamentarischen Fraktion erscheint in den Broschüren: „Die Tätigkeit der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat." (Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Komp.) Diese Broschüren werden den Parteitagsdelegierten vorgelegt.

bewegung setzte ein. Unsere Partei verlieh der allgemeinen Unzufriedenheit Ausdruck, indem sie große Protestversammlungen einberief. In Wien tagte die Versammlung am 24. Juli im Sofiensaal; sie war massenhaft besucht und gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen die Regierung, welche die Interessen der breiten Massen feige preisgab, lediglich um von einigen Hundert reichen Großagrariern eine geringfügige Schmälerung des Profits hintanzuhalten. Zugleich protestierte die Versammlung aber auch gegen die tückische Demagogenpolitik der christlichsozialen Partei, welche vorgab, den Kampf gegen die Teuerung mitzufechten, während zu gleicher Zeit ihre hervorragendsten Mandatare sich als höchst unsichere Kantonisten erwiesen.

In der Versammlung wurde folgende Resolution angenommen:

Die Massenversammlung der Wiener Arbeiterschaft fordert die Regierung auf, die unbeschränkte Einfuhr überseeischen Fleisches ohne jede Rücksicht auf den Einspruch der ungarischen Regierung zu gestatten. Die Versammlung protestiert gegen das Verbrechen, das die Regierung Bienerth-Weiskirchner begangen hat, indem sie den ungarischen Viehhändlern und Viehzüchtern das Recht einräumt, zu entscheiden, ob wir uns sattessen dürfen. Die Versammlung fordert, daß dieses Recht beseitigt werde, daß das Parlament und die Regierung die anmaßende Forderung Ungarns zurückweisen und die Entscheidung über die Fleischeinfuhr von Ungarn unabhängig fassen.

Die Versammlung nimmt mit Entrüstung zur Kenntnis, daß der Bürgermeister Dr. Neumayer die Einberufung einer Gemeinderatssitzung verweigert hat, obwohl es Pflicht des Gemeinderates wäre, Stellung zu dem Einfuhrverbot zu nehmen, das geeignet ist, die Fleischpreise noch mehr als bisher in die Höhe zu treiben.

Die Versammlung fordert nicht nur die sofortige Zurückziehung des Verbots, sondern auch die Aufhebung aller Bestimmungen, die im Inland den Vertrieb des überseeischen Fleisches erschweren, insbesondere auch die Aufhebung des Beschlusses, daß nur Gemeinden die Bewilligung zur Fleischeinfuhr erteilt wird.

Die Versammlung fordert die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, den Kampf gegen die agrarisch-kapitalistische Teuerungspolitik auch im neuen Parlament so unermüdlich und so tatkräftig wie bisher fortzusetzen.

Die Regierung kehrte sich indes an den Protest des Volkes nicht, sondern vertrat nach wie vor die Anschauung, daß die „Rechtslage" es ihr gebiete, mit Ungarn über die Einfuhr des argentinischen Fleisches zu verhandeln. Was man befürchtet hatte, trat denn auch bald genug ein: Ungarn stellte unerfüllbare Forderungen, so daß die Verhandlungen am 17. August resultatlos abgebrochen wurden.

Nun schwoll die Erregung der von der Teuerung gequälten Volksmassen, die sich von der Regierung verraten sahen, von Tag zu Tag an. Nicht allein die Industriearbeiter, auch die Eisenbahner und die Staatsangestellten nahmen an der Teuerungsbewegung teil. Sie forderten nachdrücklichst eine Erhöhung ihrer Bezüge und die Eisenbahner drohten mit der passiven Resistenz, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt würden. Die Regierung verhielt sich völlig ablehnend und versuchte, durch die Drohung mit Gewaltmaßregeln die gefährlich anschwellende Bewegung niederzuhalten. Das gelang ihr aber nicht; im Gegenteil, immer weitere Kreise des Volkes nahmen an dem Kampfe gegen die Teuerung teil.

Anfangs September verlangte der Klub der deutschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhause die Einberufung des Parlaments, damit die Volksvertretung Maßregeln zur Abwehr der Teuerung und Befriedigung der Wünsche der Eisenbahner und der Staatsangestellten beschließen könne. Gleichzeitig begann abermals eine lebhafte Versammlungstätigkeit. Die zahlreichen Versammlungen in allen bedeutenderen Industrieorten ließen erkennen, welch tiefe Unzufriedenheit die arbeitenden Massen ergriffen hatte. In Scharen kamen die Arbeiter, Angestellten und

Gewerbsleute, um ihre Stimme zum Protest gegen die Teuerung zu erheben. Wenn auch die klassenbewußte Arbeiterschaft sich wohl der Tatsache bewußt war, daß die Teuerung als eine der kapitalistischen Wirtschaftsweise in allen Staaten eigentümliche Erscheinung gewertet werden müsse, mußte sie dennoch in Oesterreich mit besonderem Nachdruck gegen die Teuerungspolitik der herrschenden Klassen auftreten, weil hier die allgemeine Teuerung infolge der verderblichen Praktiken profitsüchtiger Kapitalisten und ihrer Helfershelfer einen ungewöhnlich hohen Grad erreicht hatte. Die Stellung, welche die österreichischen Arbeiter zur Teuerungsfrage einnahmen, geht aus der Resolution hervor, die in diesen Versammlungen zur Annahme gelangte. Nach einer ausführlichen Darstellung der Unterlassungen und Sünden der Herrschenden hieß es da zum Schluß:

> Die Sozialdemokratie hat planmäßig und energisch an der Abschwächung der Teuerungsnot gearbeitet. Es ist ihr gelungen, die bürgerliche Mehrheit des Parlaments, die ursprünglich die Not des Volkes frech verhöhnte, die Teuerung direkt ableugnete, zur Anerkennung der traurigen Wirklichkeit zu bringen. Es ist ihr gelungen, die Regierung in Bewegung zu setzen, sie zu Reformmaßnahmen zu veranlassen.
>
> Die Sozialdemokratie ist aber infolge der Gleichgültigkeit großer Arbeitermassen leider noch immer eine Minorität im Parlament und außerhalb. Wenn daher die deutschen Nationalverbändler und die Christlichsozialen die Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt und sich auf Scheinaktionen beschränkt haben, so trifft die Schuld nicht die Partei der Arbeiter, sondern die bürgerliche Mehrheit des Parlaments und ihre Regierung.
>
> Die unter dem Diktat der Agrarier stehenden deutschen Nationalverbändler und Christlichsozialen haben die Verantwortung für alle Unterlassungssünden zu tragen. Sie haben das Diktat Ungarns anerkannt und der Regierung Bienerth-Weiskirchner ebenso wie der Regierung Gautsch den Rücken gedeckt bei dem schmählichen Verrat der Interessen des darbenden Volkes in Oesterreich.
>
> **Auf die herrschenden Parteien fällt die ganze Schwere der Verantwortung für alles, was bisher zur Linderung der Teuerung unterlassen wurde, für die Steigerung der Not, die uns bevorsteht, für die Verzweiflung, in die das hungernde Volk systematisch getrieben wird.**
>
> **Die Sozialdemokratie wird unerschrocken und unermüdlich den Kampf gegen die agrarische Wucherpolitik der bürgerlichen Mehrheit des Parlaments und deren Regierung fortsetzen, sie wird stets von neuem den Ruf erschallen lassen: Die Grenzen auf! Nieder mit dem Lebensmittelwucher! Nieder mit der Hungerpolitik!**

Die große Erregung der Massen begann sich bereits in spontanen Straßendemonstrationen zu äußern. Von den Versammlungen weg zogen Hunderte durch die Straßen und protestierten leidenschaftlich gegen die volksfeindliche Haltung der Regierung. Aber auch wo keine Versammlungen stattfanden, führte jeder geringfügige äußere Anlaß zu heftigen Demonstrationen. So kam es am 7., 8. und 9. September in Meidling zu stürmischen Straßenkundgebungen wegen der Uebergriffe einzelner Hausherren gegen die Mieter. Solche Vorkommnisse waren nicht vereinzelt, weil eben die drückende Notlage die Massen zum Verzweiflungskampf aufpeitschte. Wenn die Regierung nicht völlig blind gewesen wäre, hätte sie in diesen Aeußerungen einer tiefgehenden Erregung die wahre Stimmung des Volkes erkennen müssen. Das fiel ihr aber nicht bei. Der Ministerpräsident sprach von „arrangierten Demonstrationen", drohte mit Gewaltmaßregeln und zeigte so auf das deutlichste, wie wenig er die wahren Triebkräfte der Teuerungsbewegung zu würdigen wußte. Die Anwendung brutaler Gewalt dünkte den Regierenden als der Weisheit letzter Schluß.

Als am 17. September die Arbeiter Wiens auf die Ringstraße zogen, um neuerlich ihre Stimme gegen die frivole Teuerungspolitik der Herrschenden zu erheben, wurde der Sinn der Regierungsdrohungen klar. In den Straßen stand das Militär; die Innere Stadt glich einem Heerlager. Bei der verzweiflungsvollen Stimmung der Demonstranten und der provozierenden Brutalität der Bewaffneten konnten Zusammenstöße nicht ausbleiben. Wohl eilten unsere Vertrauensmänner an alle gefährdeten Punkte

und versuchten mit dem Aufgebot aller Kräfte das Schlimmste hintanzuhalten, aber leider, es gelang nicht überall. In Ottakring kam es zu heftigen Zusammenstößen, in deren Verlauf ein junger Arbeiter erstochen und zwei andere durch Gewehrschüsse so schwer verletzt wurden, daß sie nach einigen Tagen ihren Verletzungen erlagen. Drei Arbeiter, brave, tüchtige Proletarier, mußten ihr Leben lassen, viele Dutzende erlitten schwere und leichtere Verletzungen.

Angesichts dieser Vorkommnisse trat die Parteivertretung noch in derselben Nacht zu einer Sitzung zusammen, um die nötig erscheinenden Maßnahmen zu treffen. In dieser Sitzung wurde beschlossen, ein Manifest an die Arbeiter Wiens zu richten, das von der Fortsetzung der Demonstrationen abrät, um der Reaktion keine Handhabe zu noch tollerem Wüten zu geben. Das Manifest, das in einer großen Auflage hergestellt und noch in der Nacht vom 17. auf den 18 September verbreitet wurde, hatte folgenden Wortlaut:

**Sozialdemokraten! Arbeiter!**

In einer gewaltigen Kundgebung hat die Arbeiterschaft Wiens gestern gegen die Teuerung demonstriert.

Als die großen Arbeiterzüge bereits aufgelöst waren, kam es jedoch, trotz des energischen Eingreifens unserer Vertrauensmänner, zu Gewalttätigkeiten und blutigen Kämpfen mit der Polizei und mit dem Militär. Die Regierung hat das Militär gegen das Volk geschickt. Blut ist geflossen. Wieder einmal hat die Regierung Menschenleben geopfert, um Fensterscheiben zu retten.

Wir teilen eure Erbitterung über die Regierung, die uns Mannlichergeschosse gibt statt billiger Nahrung. Aber mit der Fortsetzung der Demonstrationen in diesem Augenblick wäre niemand geholfen als der Reaktion, die danach lechzt, die Bewegung gegen die Teuerung in einem Blutbad zu ersticken. Wir wollen nicht, daß zwecklos und nutzlos kostbare Menschenleben geopfert werden. Wem der Regierung Menschenleben wohlfeil sind, uns sind sie es nicht.

Wir fordern daher alle Arbeiter und Parteigenossen auf,

**jede weitere Demonstration zu unterlassen,**

bis der Ruf der Vertrauensmänner wieder an sie ergeht. Tretet den Provokationen gewissenloser und verantwortungsloser Menschen entgegen! Beweist auch heute wieder jene Disziplin, die die Arbeiterschaft Wiens stets ausgezeichnet hat.

**Arbeiter! Vertrauet eurer Partei! Wir werden das Notwendige tun; aber wir wollen nicht, daß nutzlose Opfer gebracht werden. Zeiget, daß ihr auch in den Stunden der größten Erregung Disziplin halten könnt.**

**Unterlasset darum heute und morgen jede Ansammlung auf der Straße! Sorget dafür, daß Montag und weiter alle Arbeiter wie gewöhnlich in die Arbeit gehen!**

Kaltes Blut, Genossen! Haltet Disziplin! Lasset euch nicht provozieren! Vertrauet eurer Partei, die tun wird, was notwendig ist.

**Die Parteivertretung**
**der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.**

Wie sehr die Regierung in diesen Tagen von allen guten Geistern verlassen war, mag auch der Umstand erweisen, daß sie jene Nummer der „Arbeiter-Zeitung", die das zur Ruhe mahnende Manifest der Parteivertretung enthielt, konfiszieren ließ. Ueberhaupt schien es damals, als ob die Ordnungsbestie sich eine Zeitlang tollen Wütens würde erfreuen können. Die Regierung, unterstützt von dem Nachegeheul der bürgerlichen Preßmeute, etablierte in Wien einen förmlichen Ausnahmszustand.

Auf die Arbeiterschaft machte das reaktionäre Treiben nicht jenen Eindruck, den die Ordnungsstützen erhofft hatten. Das zeigte sich schon bei dem Leichenbegängnis der Gefallenen des 17. September. Die drei unglück-

lichen Opfer dieses blutigen Tages, die Genossen Otto Brötzenberger, Franz Joachimsthaler und Franz Wögerbauer, wurden von Zehntausenden ihrer Klassengenossen zu Grabe geleitet. Die Leichenfeier für die Gefallenen waren ernste, würdige Demonstrationen der Wiener Arbeiterschaft von so imponierender Größe, daß sie nicht verfehlten, auch auf die Oeffentlichkeit einen nachhaltigen Eindruck zu machen.

Schweres Unrecht mußten die Verhafteten des 17. Septembers erleiden. Sie wurden vor das Wiener Landesgericht (die Senate Hanusch, Schulz und Warhanek) und das Bezirksgericht Josefstadt (Bezirksrichter Heidt) gestellt, welche unerhört schwere Strafen über sie verhängten. Ein unbedachter Ruf, eine drohende Handbewegung wurden mit wochen- ja monatelangen Arreststrafen gesühnt. Und gar der Unglückliche, dem ein Steinwurf oder ein Faustschlag gegen einen Sicherheitswachmann oder dessen Pferd nachgewiesen wurde: er wurde zu einer Kerkerstrafe von einem oder zwei Jahren verurteilt. Diese Bluturteile erregten begreiflicherweise das größte Aufsehen und die Entrüstung aller rechtlich Denkenden. Dem Protest der Arbeiterschaft schlossen sich auch der tapfere Teil des freisinnigen Bürgertums und eine Anzahl Organe hervorragender juristischer Fachvereinigungen an. In einer Reihe Fälle sah sich dann der Oberste Gerichtshof bewogen, gegen die Bluturteile der Ausnahmsgerichte Stellung zu nehmen und hob sie auf.

Noch einmal erachtete die Reaktion in diesen stürmischen Tagen ihre Zeit für gekommen. Als am 5. Oktober 1911 der dalmatinische Tischlergehilfe Nikolaus Njegusch im Parlament gegen den Justizminister Hochenburger einige Schüsse abfeuerte, erhob sich der Chor der Arbeiterfeinde, geführt von der Regierung, zu einem wüsten Rachegeschrei. Das Attentat des Njegusch erschien ihnen als ein willkommener Vorwand, gegen die moderne Arbeiterbewegung alle Machtmittel des Klassenstaates zur brutalen Anwendung bringen zu können. Die ruhige Disziplin der breiten Massen, die unbeirrt von aller Demagogie der Reaktion an der Sozialdemokratie festhielt, brachte den Ansturm der Gegner bald wieder zum Stillstand.

Seit der glorreichen Annexion von Bosnien glaubt das offizielle Oesterreich weniger Grund zu haben, seinen imperialistischen Gelüsten Zügel anzulegen. Da wird von Verantwortlichen und Unverantwortlichen ein patriotischer Uebereifer zur Schau getragen, da wird ununterbrochen geschürt und gehetzt, um die Donaumonarchie in gefährliche Abenteuer hineinzutreiben. Das österreichische Proletariat wird durch diese Kriegshetze und den damit verbundenen wahnsinnigen Rüstungen in seinen Lebensinteressen auf das schwerste bedroht. Die Sozialdemokratie mußte es demnach als ihre Pflicht erachten, gegen die Kriegshetze mit allem Nachdruck ihre Stimme zu erheben. Sie begnügte sich nicht allein mit einem entschiedenen Protest im Parlament, sondern rief auch die Arbeiterschaft der großen Industriestädte zum Kampf gegen den Imperialismus und die Kriegshetze auf. Im November 1911 fanden in Wien und anderen Städten große Protestversammlungen gegen die Kriegshetze statt, die sich zugleich zu entschiedener Bekundung treuer internationaler Gesinnung der Arbeiterschaft gestalteten.

Als mit dem Stocken der italienischen Expedition in Tripolis Italien in eine schwierige Situation gekommen zu sein schien, fehlte es unter den österreichischen Ueberpatrioten nicht an Stimmen, welche dazu rieten, diese Situation auszunützen und über den südlichen Bundesgenossen mit kriegerischer Macht herzufallen. Gegen diese frevlerischen Absichten erhob sich die Sozialdemokratie. Sie führte in ihren Organen einen heftigen Kampf gegen die Kriegshetzer und verstärkte ihren Protest auch durch eine wirkungsvolle Versammlungskundgebung in Wien. Wie die organisierte Arbeiterschaft

über die Kriegshetze denkt, kam in der in dieser Versammlung beschlossenen Resolution zum Ausdruck, welche lautet:

Die heutige Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den frivolen Versuch, die Völker Oesterreichs und Italiens in einen Krieg zu hetzen, der eine fürchterliche Verheerung an ihren wirtschaftlichen und geistigen Gütern bedeuten würde. Die Versammlung erblickt in diesem verbrecherischen Spiel mit dem Frieden Europas das Bestreben geheimer und offener reaktionärer Cliquen, die Freiheit und die Wohlfahrt nicht nur Italiens, sondern auch der Völker Oesterreichs in einem unermeßlichen Blutbad zu ertränken. Sie brandmarkt die Scham- und Würdelosigkeit der christlichsozialen Partei, ihrer Presse sowie der übrigen kriegshetzerischen Journale, sich zu ehrvergessenen Werkzeugen der Kriegspartei und ihrer geheimen Leiter herzugeben. Sie stellt aber auch bei dieser Gelegenheit die beispiellose Volksfeindlichkeit der Christlichsozialen fest, die sich in diesem Fall zu einer augenfälligen, furchtbaren Gefahr für die Völker entwickeln kann.

Die Versammlung entbietet dem italienischen Volk einen Gruß der Freundschaft und des Friedens und wünscht, daß es der bewährten Kraft der italienischen Sozialdemokratie, auch jenseits der Grenze, gelingen möge, die Kriegsstimmungsmacherei einiger unverantwortlichen und gewissenlosen Faktoren zum Schweigen zu bringen.

Die Versammlung spricht schließlich die zuversichtliche Ueberzeugung aus, daß es dem festen Willen der beiden Völker gelingen werde, die zwischen den beiden Staaten schwebenden Interessenfragen in friedlicher und für alle ersprießlicher Weise zu lösen, und sie erblickt die Voraussetzung dieser glücklichen Lösung in der vollständigen Demokratisierung Oesterreichs und Italiens.

Wenn auch die schlimmsten Pläne der Kriegshetzer glücklicherweise nicht zur Verwirklichung kommen konnten, erwies sich der Imperialismus doch als stark genug, den Völkern Oesterreichs durch eine furchtbare Vermehrung der Rüstungen neue schwere Lasten aufzuerlegen. Unter dem Deckmantel einer Wehrreform wurde eine Erhöhung des jährlichen Rekrutenkontingents um nahezu 78.000 Mann durchgeführt. Die laufenden Ausgaben für das Heer erfuhren eine jährliche Steigerung um 128 Millionen Kronen, wozu noch eine durch die Wehrreform herbeigeführte einmalige Ausgabe von 134 Millionen Kronen kommt. Dagegen wurden die Forderungen des Volkes, insbesondere das Verlangen nach der zweijährigen Dienstzeit, in einer Weise erfüllt, die geradezu einer Verhöhnung gleichkam. Nichtsdestoweniger haben die bürgerlichen Parteien in knechtseligem Byzantinismus die ganze Regierungsvorlage unbesehen hingenommen. Unsere Partei brandmarkte in einer Anzahl großer Versammlungen das schmähliche Verhalten der bürgerlichen Parteien. Wir gaben auch ein Flugblatt heraus, das in einer Riesenauflage hergestellt wurde, und eine von Genossen Leuthner verfaßte Broschüre über die Wehrreform, die im ganzen Reich zur Verbreitung kam.

Die Feigheit der bürgerlichen Parteien, die die Forderungen des Molochs demütig ergeben hinnimmt, während gleichzeitig den dringendsten Wünschen großer Arbeitermassen, wie denjenigen der Eisenbahner, die Erfüllung versagt wird, kann auf das Proletariat nur aufrüttelnd wirken. Unser Kampf gegen die vereinigten Volksfeinde hat durch unsere Stellungnahme gegen die blutsaugerische Wehrreform eine neue Befruchtung erfahren. Weit über die Kreise der industriellen Arbeiterschaft hinaus hat die Haltung unserer Partei in der Frage der Wehrreform ungeteilte Zustimmung gefunden. Wir hoffen, daß in den kommenden Wahlschlachten der Verrat der bürgerlichen Politiker von den Wählermassen die entsprechende Vergeltung erhält.

Neben den Kämpfen des Tages, die wir gegen das furchtbare Gespenst der Teuerung und die Unersättlichkeit des Molochs Militarismus zu führen haben, geht unser großer Krieg für die völlige Befreiung des Proletariats. Wir wissen, daß letzten Endes alle Fragen des Tageskampfes in die eine Frage ausmünden: Sozialismus oder Kapitalismus? Und wir

ziehen in nimmermüder Begeisterung für die großen Ziele der Arbeiterklasse ins Feld, beseelt von der felsenfesten Ueberzeugung, daß die Ideale des Proletariats in diesem Kampfe reifen werden, erfüllt von der Gewißheit, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört.

*

**Reichsratswahlen.** Durch die Doppelwahl Schuhmeiers bei den allgemeinen Reichsratswahlen im Juni 1911 ist ein Mandat freigeworden. Schuhmeier entschied sich für die Annahme des Mandats Leopoldstadt II, so daß für das Ottakringer Mandat eine Nachwahl notwendig wurde. Diese Nachwahl fand einige Tage nach den September-Ereignissen, am 3. Oktober 1911, statt. Die Ottakringer Wähler hatten bei dieser Wahl auch ihr Urteil über die Schuldtragenden an dem blutigen Ausgang der Teuerungsdemonstration zu fällen und sie haben in der Tat in unzweideutiger Weise ihre Meinung zum Ausdruck gebracht. Während am 13. Juni Genosse Schuhmeier 9567 Stimmen erhielt, erreichte der nunmehrige sozialdemokratische Kandidat Genosse Albert Sever 9893 Stimmen. Der Christlichsoziale, welcher bei der Hauptwahl 2999 Stimmen erhalten hatte, konnte es bei der Nachwahl nur auf 2132 Stimmen bringen. Die Christlichsozialen verloren also mehr als 800 Stimmen, während unsere Partei mehr als 300 Stimmen gewann. Die Wähler haben so der Sozialdemokratie ihr Vertrauen votiert.

Am 25. Oktober 1911 fand in Linz II eine Nachwahl für den verstorbenen deutschnationalen Abgeordneten Karl Reininger statt. Es erhielten unser Kandidat Genosse Josef Gruber 848 Stimmen, der Christlichsoziale Herbsthofer 693 Stimmen, der deutschnationale Beyer 1405 Stimmen. Bei der Stichwahl zwischen unserem Kandidaten und dem Deutschnationalen wurde der Letztere mit 1649 gegen 1262 Stimmen gewählt.

An demselben Tag wurde über das Mandat Graz II in einer Nachwahl entschieden, welche durch die bei den allgemeinen Reichsratswahlen erfolgte Doppelwahl des deutschnationalen Abgeordneten Wastian notwendig geworden war. Unser Kandidat Genosse Anfosky erhielt 1101 Stimmen, während der deutschnationale Kandidat Held, für den auch die Christlichsozialen zur Urne gingen, mit 1918 Stimmen gewählt wurde. Wir haben bei dieser Nachwahl 293 und die Deutschnationalen trotz der christlichsozialen Wahlhilfe 400 Stimmen verloren.

Einen großen Erfolg brachte der sozialdemokratischen Partei die Ersatzwahl, welche durch den Tod unseres Genossen Riese im 8. Kärntner Wahlkreis (Villach) notwendig geworden war. Sie fand am 23. April 1912 statt. Unsere Stimmenzahl stieg von den allgemeinen Wahlen bis zur Ersatzwahl von 2927 auf 3520 Stimmen, während der deutschnationale Gegenkandidat Dr. Angerer mit 2682 Stimmen in der Minorität blieb. Während wir bei den allgemeinen Wahlen das Mandat erst in der Stichwahl behaupten konnten, wurde nun der sozialdemokratische Kandidat Genosse Florian Gröger schon in der Hauptwahl gewählt.

Am 7. Mai 1912 fand im Leitmeritzer Landgemeindenbezirk die Ersatzwahl für das durch den Tod des deutschagrarischen Abgeordneten Kutscher erledigte Mandat statt. Auf den deutschagrarischen Kandidaten Karl Müller entfielen 1625 Stimmen, auf den deutschradikalen Kandidaten 1900 Stimmen und auf unseren Kandidaten Genossen Fritz Mäser 1300 Stimmen. Wir haben bei dieser Wahl 500 Stimmen verloren, was zum Teil auf den in diesem ländlichen Gebiet von den Gegnern leichter auszuübenden Terrorismus und zum anderen Teil auf die Mangelhaftigkeit unserer Organisation zurückzuführen ist.

*

**Gemeindevertreter.** Gegenüber dem Vorjahr ist, soweit die Berichte vorliegen, eine Verringerung der Zahl der sozialdemokratischen Gemeinde-

vertreter zu verzeichnen. Wir haben derzeit 16 Vertreter im I., 47 im II., 1004 im III. und 133 im IV. Wahlkörper. Eine Steigerung ergibt sich bloß im IV. Wahlkörper, in welchem wir im Vorjahr bloß 119 Vertreter zählten. Da die Berichterstattung aber, soweit die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Betracht kommen, durchaus nicht präzis genannt werden kann, dürfte die Verringerung tatsächlich nicht auf Verluste, sondern nur auf die schlechte Berichterstattung zurückzuführen sein. In folgenden acht Gemeinden sind nach den Berichten sozialdemokratische Gemeindevorsteher in Funktion: Spittelgrund bei Gablonz, Kriesdorf bei Trautenau, Neuland bei Niemes, Karolinsfeld bei Reichenberg, Schneidmühl bei Karlsbad, Lissowa bei Staab, Suczawa in der Bukowina, Dienten in Salzburg. Die krampfhafte Anstrengung der Gegner, die Sozialdemokraten bei den Gemeinderatswahlen aus der Gemeindestube herauszudrängen, ist im Berichtsjahr nicht vermindert, sondern vermehrt worden. Da namhafte Wahlrechtserweiterungen in der Berichtsperiode nicht zu verzeichnen sind, ist der Kampf unserer Genossen, von denen in der Regel nur ein kleiner Teil in der Gemeinde wahlberechtigt ist, sehr schwer. In der praktischen Arbeit leiden unsere Genossen schwer unter dem Mangel einer eigenen sozialdemokratischen Fachliteratur für Gemeindewesen. In einer ganzen Reihe von Konferenzen, welche von Gemeindevertretern in verschiedenen Kronländern abgehalten worden sind, wurde neuerdings der Beschluß gefaßt, von der Parteivertretung die Herausgabe eines eigenen Organs für sozialdemokratische Gemeindepolitik in Oesterreich zu fordern. Es wird wohl notwendig sein, daß auf dem Parteitag in dieser Sache ein weiterer Schritt getan wird, weil die Herstellung einer engeren Verbindung der Gemeindevertreter untereinander nicht weiter aufgeschoben werden kann.

*

**Mitgliederbewegung.** Nach dem Aufschwung, den unsere politische Organisation in den vorhergegangenen Jahren genommen hat, mußte es im Berichtsjahre unsere Aufgabe sein, das Gewonnene zu behaupten und zu festigen. Dies ist uns in der Tat im großen und ganzen gelungen. Unsere Mitgliederzahl betrug am Ende der vorjährigen Berichtsperiode 146.623, wovon 128.800 Männer und 17.823 Frauen waren. Ende Juni 1912 zählten wir 145.521 Mitglieder, darunter 125.434 Männer und 20.090 Frauen. Wir haben also den Mitgliederstand fast ungeschwächt behaupten können. Die kleine Abnahme von 1099 Mitgliedern ist auch nur eine scheinbare, denn es hat diesmal eine Anzahl Bezirksorganisationen nicht berichtet, deren Mitgliederzahl demnach im Bericht nicht verzeichnet werden konnte.

Eine Verschiebung in unserer Mitgliedschaft hat sich insofern ergeben, als die Zahl der organisierten Männer effektiv um ein geringes zurückgegangen ist, während die der organisierten Frauen nicht unerheblich stieg. Bei ungefähr gleichbleibender Gesamtmitgliederzahl ist der Prozentsatz der organisierten Frauen etwas größer geworden; er stieg von 12·1 auf 14·5 unter je hundert Parteimitgliedern.

Eine erhebliche Mitgliederzunahme ist allein in Wien zu verzeichnen und nur der Zuwachs in Wien konnte den Ausfall in der Provinz größtenteils wieder wettmachen. Diese Tatsache verdient die ernsteste Aufmerksamkeit der Parteigenossen, deren Vertrauensmänner am Wiener Parteitag darüber werden beraten müssen, wie die Organisation in der Provinz wieder auf die Bahn des Fortschrittes geführt werden kann.

Die Form unserer politischen Organisation hat seit dem letzten Bericht keine wesentliche Aenderung erfahren. Noch immer gibt es einige Länder, in denen der politische Verein nicht die alleinige Form der politischen Organisation ist, sondern wo neben diesem auch freie politische Organisationen bestehen. Unmittelbar nach dem Reichenberger Parteitag ist die Umwandlung der freien Organisation in den politischen Verein

in den meisten Ländern erfolgt. Wo aber die Umwandlung damals nicht erfolgt ist, gelangte sie auch später nicht zur Durchführung, so daß heuer die Form unserer Organisation gegenüber dem Vorjahre keine wesentliche Aenderung aufweist. Am Ende der vorjährigen Berichtsperiode waren 12 Prozent aller Parteimitglieder der freien politischen Organisation zugehörig, während es nunmehr 10·5 Prozent sind.

Das Gesamtbild der politischen Organisation der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs ist folgendes:

| Land | Ende Juni 1911 | | Ende Juni 1912 | | Mitgliederzunahme | Mitgliederabnahme |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Zahl der Orte m. sozialdemokratischer Organisation | Mitgliederzahl (inkl. Frauen) | Zahl der Orte m. sozialdemokratischer Organisation | Mitgliederzahl (inkl. Frauen) | | |
| Böhmen | 718 | 39763 | 725 | 40294 | 531 | . |
| Bukowina | 6 | 469 | 6 | 207 | . | 262 |
| Kärnten | 94 | 4773 | 93 | 4185 | . | 588 |
| Mähren | 175 | 6928 | 130 | 6336 | . | 592 |
| Niederösterreich: | | | | | | |
| Provinz | 156 | 15822 | 132 | 14704 | . | 1118 |
| Wien | 1 | 42363 | 1 | 45919 | 3556 | . |
| Oberösterreich | 64 | 6393 | 64 | 6102 | . | 291 |
| Salzburg | 39 | 4072 | 42 | 3586 | . | 486 |
| Schlesien | 66 | 4594 | 58 | 4117 | . | 477 |
| Steiermark | 86 | 16806 | 78 | 15597 | . | 1209 |
| Tirol | 30 | 3531 | 25 | 3352 | . | 179 |
| Vorarlberg | 13 | 1109 | 15 | 1125 | 16 | . |
| Zusammen | 1448 | 146623 | 1369 | 145524 | 4103 | 5202 |

Ueber das Größenverhältnis des politischen Vereines zur freien politischen Organisation in den einzelnen Kronländern orientiert die folgende Zusammenstellung:

| Land | Politischer Verein | | Freie politische Organisation | |
|---|---|---|---|---|
| | Zahl der Orte | Zahl der Mitglieder (ohne die Frauen) | Zahl der Orte | Zahl der Mitglieder (ohne die Frauen) |
| Böhmen | 569 | 26199 | 156 | 7194 |
| Bukowina | 1 | 52 | 5 | 155 |
| Kärnten | 93 | 3511 | . | . |
| Mähren | 130 | 5217 | . | . |
| Niederösterreich: | | | | |
| Provinz | 88 | 8396 | 44 | 4034 |
| Wien | 1 | 42536 | . | . |
| Oberösterreich | 64 | 5122 | . | . |
| Salzburg | 42 | 2979 | . | . |
| Schlesien | 58 | 2929 | . | . |
| Steiermark | 53 | 12119 | 25 | 1321 |
| Tirol | 7 | 1947 | 18 | 854 |
| Vorarlberg | 15 | 869 | . | . |
| Zusammen | 1121 | 111876 | 248 | 13558 |

Eine Aufgabe der nächsten Zukunft wird es sein, auch in den Orten, in denen heute noch die freie politische Organisation besteht, an die

Gründung festgegliederter politischer Vereine zu schreiten. Was im ganzen Reiche möglich war und sich gut bewährt hat, wird auch in den wenigen Orten Böhmens und Niederösterreichs durchführbar sein, wo bis jetzt noch freie Organisationen bestehen.

*

**Versammlungstätigkeit.** Jahraus, jahrein sind Hunderte wackerer Vertrauensmänner tätig, den Gedanken des proletarischen Befreiungskampfes in die breiten Massen hinauszutragen. Versammlungen auf Versammlungen müssen abgehalten werden, eine Unzahl Sitzungen und Besprechungen ist notwendig, um die Aktionen unserer Partei zur Durchführung zu bringen. Auch im Berichtsjahre war die Zahl der abgehaltenen Sitzungen und Versammlungen eine imponierende. Wohl ist sie nicht so groß wie im Vorjahre, wo infolge der allgemeinen Reichsratswahlen eine außerordentlich rege Versammlungstätigkeit entfaltet werden mußte, aber sie ist doch so groß wie nur in irgendeinem normalen Jahre reger Parteitätigkeit.

| Land | Abgehaltene politische Versammlungen | | |
|---|---|---|---|
| | Vereinsversammlungen | Männer- und Vertrauenspersonen-Versammlungen | Volksversammlungen |
| Böhmen | 2239 | 5853 | 756 |
| Bukowina | 3 | 132 | 55 |
| Kärnten | 138 | 163 | 87 |
| Mähren | 300 | 693 | 138 |
| Niederösterreich: | | | |
| Provinz | 416 | 994 | 235 |
| Wien | 581 | 2027 | 292 |
| Oberösterreich | 381 | 816 | 110 |
| Salzburg | 126 | 171 | 46 |
| Schlesien | 191 | 148 | 88 |
| Steiermark | 284 | 459 | 197 |
| Tirol | 83 | 100 | 51 |
| Vorarlberg | 67 | 136 | 30 |
| Zusammen 1912 | 4736 | 11692 | 2085 |
| (1911) | (4847) | (13721) | (3743) |

Viel Kleinarbeit ist wieder geleistet worden. Aber wir Sozialdemokraten sind mit unserer Arbeit nie ganz zufrieden und wünschen stets, sie in der Zukunft noch besser zu machen als bisher. So hoffen wir, daß auch die Versammlungstätigkeit eine noch regere werde und daß insbesondere die Zahl der politischen Vereinsversammlungen, in denen sozialistische Themen populär erläutert und eingehend diskutiert werden, eine große Steigerung erfährt. Diese Versammlungen sollen, die agitatorische Werbekraft der Volksversammlungen ergänzend, mithelfen, die sozialistische Ideenwelt tief im deutschen Proletariat Deutschösterreichs zu verankern.

*

**Frauenbewegung.** (Bericht des Frauenreichskomitees.) Das abgelaufene Berichtsjahr weist — wenn auch in geringerem Maße als in den zwei vorhergegangenen Jahren — wieder eine Zunahme der weiblichen Parteimitglieder auf. Es bestehen jetzt 286 freie politische Frauenorganisationen mit 20.090 Mitgliedern.

Die Festigung der Organisationsform machte auch heuer Fortschritte, so daß wir mit Genugtuung konstatieren können, daß nun im ganzen Reiche die freie politische Frauenorganisation zur Durchführung gelangt ist.

Im April des heurigen Jahres hat sich der „Bildungsverein für Frauen und Mädchen" in Tirol in eine freie politische Frauenorganisation umgewandelt. Gleichzeitig wurde dort eine Frauenlandesorganisation gegründet. Im November 1911 fand auch in Kärnten die erste Frauenkonferenz statt, welche ein Landeskomitee einsetzte. Es bestehen nun in allen zehn Kronländern, in denen wir freie Frauenorganisationen haben, Landeskomitees, welche mit Erfolg die Organisations- und Agitationsarbeit leiten.

Auch in Krain sind einzelne Genossinnen bemüht, das Interesse für eine Organisation unter den Frauen wachzurufen; doch ist bis jetzt noch kein Erfolg zu verzeichnen. Es ist jedoch zu hoffen, daß es auch dort in nicht allzu langer Zeit gelingen wird, eine Frauenorganisation zustande zu bringen.

In einzelnen Ländern ist es durch die Ueberlastung der Frauenlandeskomitees notwendig geworden, eine Einteilung nach Bezirken vorzunehmen, in denen Bezirkskomitees die Lokalorganisationen unterstützen und leiten. Auf diese Art wurde eine Anzahl tüchtiger Genossinnen an der Mitarbeit stärker interessiert, die nun mehr als früher ihre Kraft der Organisation widmen.

Die Tätigkeit unserer nun schon ziemlich ausgebauten Organisation war eine sehr rege. Im Herbst 1911 fand eine ganze Reihe von Landeskonferenzen statt, die sich hauptsächlich mit den Vorschlägen zur Durchführung der auf der Reichskonferenz in Innsbruck gefaßten Beschlüsse beschäftigten. Vor allem mußte eine Regelung der Beitragsleistung herbeigeführt werden. Den meisten Organisationen war es infolge der niedrigen Beiträge schon geradezu unmöglich geworden, den Mitgliedern neben der Abhaltung eines monatlichen Vortrages und der unentgeltlichen Abgabe der „Arbeiterinnen-Zeitung" etwas Nennenswertes bieten zu können. Die Höhe der Beiträge differierte zwischen 28 und 40 H. monatlich. Das Reichskomitee schlug nun den einheitlichen Mindestbeitrag von 40 H. vor. Für Frauen, welche auch gewerkschaftlich organisiert sind, wurde ein Beitrag von 20 H. vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde angenommen und im Laufe des Jahres in den meisten Ländern zur Durchführung gebracht.

Nun sind die Organisationen in der Lage, größere Ausgaben für Agitation, Ankauf von Broschüren u. s. w. machen zu können. Wenn wir auch damit rechnen müssen, durch die Erhöhung der Beiträge eine Anzahl von Mitgliedern zu verlieren, so wird durch diese Regelung doch die Leistungsfähigkeit der Organisation merklich gehoben und die stärkere Werbekraft bringt uns für das nächste Jahr um so mehr Mitglieder zu.

Gleichzeitig wurde, wie in Innsbruck beschlossen, die Leistung eines Wahlfondsbeitrages eingeführt. Jede Organisation zahlt für diesen Zweck von jedem Monatsbeitrag 2 H. an den Reichswahlfonds. Teilweise wird auch für Bezirkswahlfonds gesteuert.

Im Monat März fanden in ganz Oesterreich Frauenversammlungen statt, die gegen den § 30 des Vereinsgesetzes Stellung nahmen. In allen diesen Versammlungen wurde eine gleichlautende Resolution angenommen, die das Parlament auffordert, jene reaktionäre Bestimmung zu beseitigen, welche die Frauen von der Mitgliedschaft in politischen Vereinen ausschließt.

Unmittelbar darauf begann die Agitation für den II. österreichischen Frauentag, der für den 12. Mai festgesetzt war. Es wurden viele Sektions- und Fabrikbesprechungen abgehalten und ein Flugblatt in einer Auflage von 350.000 Exemplaren verbreitet, das die Frauen zur Teilnahme am Frauentag aufforderte. Die Veranstaltung selbst fiel nicht überall so imposant aus wie im vorigen Jahre, während in Wien selbst wieder eine sehr eindrucksvolle Kundgebung zustande kam. Es zeigte sich, daß im all-

gemeinen der Mai ein zu später Termin für diese Wahlrechtsdemonstration der Frauen ist. Auch in Deutschland wurde ja dieselbe Beobachtung gemacht, was den jetzt vielfach geäußerten Wunsch begreiflich macht, den nächsten Frauentag wieder im Monat März abzuhalten.

Für Wien war diesmal nur eine große Versammlung ohne Demonstration geplant; doch ergab sich diese zum Schluß von selbst durch die starke Beteiligung der Frauen.

So wie voriges Jahr wurde die Festschrift „Der Frauentag" vom Frauenreichskomitee herausgegeben und in 25.000 Exemplaren verkauft.

Auf allen Landeskonferenzen wurde die Frage der gemeinsamen Parteiorganisation diskutiert, vorläufig jedoch kein bindender Beschluß gefaßt.

Die Versammlungstätigkeit war eine sehr rege. Besonders während der Zeit vor der denkwürdigen Demonstration gegen die Lebensmittelteuerung am 17. September 1911.

Die Wiener Genossinnen hatten auch Gelegenheit, vor den Gemeinderatswahlen eine Anzahl gutbesuchter Frauenversammlungen abzuhalten.

28 Versammlungstouren, die von der politischen Frauenorganisation veranstaltet waren, wurden von Referentinnen des Frauenreichskomitees absolviert. Daneben sind zu zahlreichen Versammlungen, die sich mit gewerkschaftlichen Themen beschäftigten, Referentinnen entsendet worden. So zu den Schneiderinnen, Papierarbeiterinnen, Textilarbeiterinnen, Zuckerbäckern und Metallarbeitern. In der Provinz sind unsere Vertrauenspersonen zum Teil auch mit der Aufklärung und Organisierung der beruflich tätigen Arbeiterinnen beschäftigt.

Die im Frühjahr 1911 vom Frauenreichskomitee gegründete Dienstmädchenorganisation „Einigkeit" zählt gegenwärtig in Wien 700 Mitglieder. In Graz und Salzburg steht die Konstituierung von Ortsgruppen nahe bevor. Der Verein hat ein eigenes Vereinsorgan, das einmal monatlich erscheint. Der Erfolg dieser Arbeit kann weniger wie jeder andere nach den Ziffern beurteilt werden. Die Bedeutung dieser Organisation liegt darin, eine der Arbeiterschaft so nahestehende, durch ihre besonderen Arbeitsverhältnisse aber ungeheuer schwer zugängliche Berufsklasse dem Organisationsgedanken nähergebracht zu haben. In der Vereinsleitung, der einige Mitglieder des Frauenreichskomitees als Beraterinnen angehören, sitzt eine Anzahl von Dienstmädchen, die sehr viel proletarisches Empfinden und Verständnis für die Bestrebungen ihrer Klasse an den Tag legen, so daß sie bald imstande sein werden, ihre Organisation selbst vortrefflich leiten zu können.

Der Zentralverein der Heimarbeiterinnen, welcher heuer schon eine zehnjährige mühevolle Tätigkeit hinter sich hat, berichtet über einen Mitgliederstand von 1281 Frauen in 27 Ortsgruppen.

Die Verbreitung der „Arbeiterinnen-Zeitung" ist mit der Mitgliederzahl der Frauenorganisation gestiegen, so daß das Blatt jetzt eine Auflage von 28.000 hat gegen 25.000 im Vorjahr. Die Auflage könnte allerdings noch größer sein, wenn nicht schwere gewerkschaftliche Kämpfe uns eine Anzahl von Leserinnen genommen hätten. Mit Stolz konnten alle Freunde und Leser des Blattes heuer nach einem 20jährigen Bestand auf eine prächtige Entwicklung dieser wirksamen Waffe der proletarischen Frauenbewegung zurückblicken.

Erwähnen wollen wir noch, daß das Frauenreichskomitee, soweit seine Mittel reichen, bestrebt ist, den Genossinnen, welche die in einer Frauenorganisation doppelt schwere Arbeit einer Funktionärin leisten, Broschüren und Vortragsmaterial unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Die „Zeitungskorrespondenz" des Frauenreichskomitees wird nun gedruckt herausgegeben. Wir glauben wohl, daß diese gut geschriebene „Korrespondenz" verdiente, mehr als bisher von der Parteipresse benützt zu werden. Erst dann leistet sie wirklich die Dienste, welche die organisierten Frauen von ihr erhoffen. Abonniert haben die „Korrespondenz" gegenwärtig 12 politische, 13 gewerkschaftliche und 1 konsumgenossenschaftliches Blatt, zusammen 26 Blätter.

Die Einführung von Redeunterrichten und Diskussionsabenden in Wien hat sehr viel Anklang gefunden. In der Provinz wurden nach dem Wiener Muster ebenfalls solche Abende eingerichtet, die von den Genossinnen eifrig besucht werden. Aus diesen Kursen ist schon eine Anzahl tüchtiger Funktionärinnen hervorgegangen, die nun fleißig an der Vergrößerung und Ausgestaltung unserer Organisation mithelfen.

Den Bemühungen unserer eifrigen Vertrauenspersonen, vereint mit der opfervollen Hingabe der vielen tapferen Gesinnungsgenossinnen, die treu zur Organisation stehen, wird es, so hoffen wir, gelingen, im nächsten Jahre neue große Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung zu erzielen.

*

**Jugendorganisation.** Auch in diesem Berichtsjahr hat unsere Jugendorganisation wieder große Fortschritte gemacht. Die Zahl der Organisationen hat sich um 201 vermehrt. Am besten ersieht man die Entwicklung der Organisation aus folgender Tabelle:

| Kronland | Zahl der Zweigvereine am Ende | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1903 | 1904 | 1905 | 1906 | 1907 | 1908 | 1909 | 1910 | 1911 |
| Niederösterreich | 13 | 16 | 17 | 20 | 27 | 23 | 29 | 37 | 67 |
| Oberösterreich | . | 1 | 1 | . | | 1 | 2 | 2 | 4 |
| Salzburg | . | . | . | 1 | 1 | 1 | 2 | 2 | 2 |
| Tirol | . | . | | . | . | . | 1 | 1 | 1 |
| Steiermark | 1 | 2 | 4 | 4 | 4 | 4 | 6 | 10 | 16 |
| Kärnten | . | . | . | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 3 |
| Krain | . | . | . | . | . | 1 | 1 | . | . |
| Küstenland | . | 4 | 5 | 3 | 3 | 1 | 14 | | . |
| Böhmen | 4 | 4 | 4 | 7 | 9 | 68 | 101 | 128 | 191 |
| Mähren | 1 | 2 | 3 | 3 | 7 | 4 | 4 | 4 | 9 |
| Schlesien | . | 1 | 1 | 1 | 2 | 2 | 3 | 6 | 8 |
| Galizien | . | . | . | 4 | 4 | 2 | 6 | . | . |
| Bukowina | . | 2 | 2 | 3 | 1 | 1 | 2 | 4 | 5 |
| Summe | 19 | 32 | 37 | 47 | 59 | 109 | 172 | 195 | 306 |

Die Tabelle zeigt, daß mit Ausnahme von Salzburg und Tirol überall neue Organisationen geschaffen wurden. Namentlich in Böhmen und Niederösterreich hat sich die Zahl verdoppelt. In der Berichtsperiode sind 13 Organisationen zugrunde gegangen. Die Ursachen des Zugrundegehens sind mannigfacher Art. Einmal bricht im Ort ein Streik aus, und die ersten, die auswandern müssen, sind die jugendlichen Arbeiter. Dann gibt es wieder Orte, wo mitunter 90 Prozent aller ansässigen jugendlichen Arbeiter in unserer Organisation vereinigt sind. Wenn sie das 18. Lebensjahr erreicht haben, treten sie ihrer Branchengewerkschaft bei und in den meisten Fällen aus der Jugendorganisation aus. Da die Zahl der organisierbaren jugendlichen Arbeiter in einem kleinen Ort nicht so rasch nachwächst wie in einer Stadt, ist die weitere Erhaltung einer Jugendorganisation nach einem vier- bis fünfjährigen Bestand oft in Frage gestellt. Die Jugendorganisation hat aber in einem solchen Fall ihren Zweck vollkommen erfüllt und man kann eigentlich von einem Verlust nicht sprechen. In den seltensten Fälle waren es innere Streitigkeiten, unter deren Druck ein Zweigverein

unserer Jugendorganisation zugrunde ging. Durch 201 Neugründungen wurden die Verluste wettgemacht.

Der Mitgliederstand kann diesmal nicht genau angegeben werden, da eine genaue Erhebung erst Ende 1912 erfolgt. Die Zahl der Mitglieder hat sich — das sagt am besten die Zahl der Neugründungen — um mindestens 2000 vermehrt und beträgt gegenwärtig über 11.000.

Die Erstarkung der Organisation drückt sich auch in den Kassenberichten aus, aus denen wir bloß die Endsummen anführen:

| | Einnahmen | Ausgaben |
|---|---|---|
| 1909 | 17.278·70 | 16.815·49 |
| 1910 | 22.367·31 | 21.267·46 |
| 1911 | 34·222·38 | 34.579·58 |
| Summe | 73.868·39 | 72.626·53 |

Um einen Ueberblick über die Versammlungstätigkeit zu erhalten, hat die Leitung der Jugendorganisation im Jahre 1911 statistische Aufzeichnungen gemacht. Diese Statistik kann aber auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben. Für die nächste Berichtsperiode ist bereits Vorsorge getroffen, daß womöglich eine genaue Versammlungsstatistik, die auch über die Besucherzahl Aufschluß gibt, veröffentlicht werden kann. Dennoch sind die Ziffern für das eine Jahr ganz interessant, denn sie zeigen, welch intensive Versammlungstätigkeit in dem einen Jahr entfaltet wurde. Abgehalten wurden:

| Kronland | Öffentliche Versammlungen | Vereinsabende | § 2 Versammlungen | Monatsversammlungen | Generalversammlungen | Summe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Niederösterreich | 72 | 963 | 201 | 306 | 67 | 1609 |
| Oberösterreich | 7 | 36 | 10 | 8 | 3 | 64 |
| Salzburg | 2 | 11 | 8 | 10 | 2 | 33 |
| Tirol | 4 | 8 | . | 7 | 2 | 21 |
| Steiermark | 20 | 158 | 18 | 35 | 6 | 237 |
| Kärnten | 3 | 17 | 10 | 3 | . | 33 |
| Böhmen | 127 | 610 | 642 | 864 | 203 | 2576 |
| Mähren | 13 | 16 | 11 | 12 | 2 | 84 |
| Schlesien | 6 | 74 | 28 | 26 | 1 | 138 |
| Bukowina | 5 | 58 | 37 | 10 | 7 | 117 |
| Summe | 359 | 2011 | 965 | 1281 | 296 | 4912 |

Für die Agitation wurden in den drei Jahren verwendet:

| | |
|---|---|
| Einladungen und Versammlungszettel | 505.350 |
| Verschiedene Flugblätter | 105.000 |
| Flugblatt: „Ein Wort an die Arbeiterjugend" (gegen die Deutschnationalen) | 100.000 |
| Flugblatt: „Lieber Kamerad" (gegen die Christlichsozialen) | 250.000 |
| „ „An die Arbeitereltern" | 100.000 |
| Summe | 1,060.350 |

Damit ist gewiß auf die Arbeiterjugend eine Wirkung erzielt worden, die in der vorhandenen Mitgliederzahl gar nicht zum Ausdruck kommen kann.

Einen geradezu kolossalen Aufschwung hat die Jugendzeitschrift „Der jugendliche Arbeiter" gemacht. Während in der vorigen Berichtsperiode 10.500 Exemplare erschienen, erscheint jetzt eine Minimalauflage von 16.000 Exemplaren. Im Mai 1912 erschien eine Gewerkschaftsnummer, deren Auflage von 45.000 Exemplaren innerhalb einer Woche vergriffen war.

Auch der Bildungsarbeit wurde große Aufmerksamkeit gewidmet. In Wien zum Beispiel wurden in diesem Jahre 393 Vorträge abgehalten. Die schweren Themen wurden durch Skioptikonbilder oder auf Tafeln verständlicher gemacht. Außerdem wurden 22 Zyklen und 1 Funktionärkurs abgehalten. In der Provinz, namentlich in Böhmen, wurde, soweit es die Mittel erlaubten und die Kräfte zur Verfügung standen, viel Bildungsarbeit geleistet. Um außerdem die Aufklärungsarbeit zu fördern, hat die Organisationsleitung anfangs 1911 mit der Volksbuchhandlung ein Abkommen dahingehend getroffen, daß gewisse, vom Bildungsausschuß der jugendlichen Arbeiter ausgewählte Broschüren zu einem ermäßigten Preis angekauft werden. Diese neue Einrichtung wurde überall begrüßt, und schon in den wenigen Monaten wurden folgende Broschüren durch die Buchhandlung bezogen und an die Mitglieder abgegeben:

| | |
|---|---|
| Internationale Jugendbewegung | 100 |
| Sozialdemokratisches Programm | 1050 |
| Ein Wort an die Arbeiterjugend | 800 |
| Die junge Welt | 2416 |
| Dokumente der Schande | 700 |
| Fremdwörterbücher | 450 |
| Summe | 5516 |

Aber nicht allein diese Broschüren haben wir verbreitet. Auch die eigenen Verlagsartikel sind flott abgesetzt worden, was aus nachstehender Zusammenstellung hervorgeht:

| | Auflage | Verkauft |
|---|---|---|
| Staatslehrwerkstätten | 10.000 | 9455 |
| Geschäftsordnungen | 5.000 | 4721 |
| Freie Klänge | 10.000 | 7000 |
| Die Ducker-Mucker-Buab'n | 5.000 | 3220 |
| Lehrlingsschutz | 5.000 | vergriffen |
| Lehrlingsfrage | 6.000 | „ |
| Verbandsabzeichen | 10.368 | 9630 |

Außerdem ist im Jänner 1910 eine Anleitung zur Führung unserer Verbandsgeschäfte in einer Auflage von 3000 Exemplaren erschienen. Sie wurde an die Funktionäre unentgeltlich abgegeben.

Daß über Veranlassung der Jugendorganisation in allen gesetzgebenden Körperschaften, in denen Sozialdemokraten sitzen, wiederholt über Jugendschutz, Gewerbeschulreform u. s. w. gesprochen wurde, ist selbstverständlich.

Wegen Uebertretung des § 23 Pr.-G. mußten 106 Kr. Strafen gezahlt werden. Außerdem wurden wegen desselben Vergehens 264 Stunden Arreststrafen verhängt.

Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß die Jugendorganisation trotz aller Hindernisse, die ihr von seiten der Behörden und Gegner in den Weg gelegt wurden, vorwärts marschiert.

*

**Bildungswesen.** (Bericht der Zentralstelle für das Bildungswesen.) Die Bildungsarbeit, deren Wichtigkeit der Innsbrucker Parteitag besonders betont hat, ist im Berichtsjahr eifrig fortgeführt worden.

## Wien.

In Wien hatte der Unterrichtsausschuß nach wie vor die Leitung. Seine Vortragsvermittlung wies trotz der Gemeinderatswahlen, die naturgemäß eine Hemmung der Bildungsarbeit mit sich brachten, ein günstigeres Ergebnis auf als im Vorjahr. Es wurden 1499 (1452) Einzelvorträge, 66 (71) Vortragszyklen mit 291 (358) Vorträgen und 83 (82) Unterrichte mit 1984 (1856) Stunden vermittelt.

Die Themen der Einzelvorträge erstreckten sich auf folgende Gebiete:

| | Themen | Vorträge | Prozent aller Vorträge |
|---|---|---|---|
| Sozialismus, Wirtschaftsgeschichte, Arbeiterbewegung | 54 | 408 | 29·9 |
| Allgemeine Geschichte, Geschichte des Sozialismus | 46 | 257 | 18·9 |
| Politik und Sozialpolitik | 28 | 216 | 15·8 |
| Rechtswissenschaft | 9 | 49 | 3·5 |
| Naturwissenschaften | 18 | 86 | 6·3 |
| Religion und Philosophie | 10 | 37 | 2·7 |
| Gesundheitspflege | 17 | 63 | 4·6 |
| Antialkoholismus | 7 | 26 | 1·9 |
| Literatur, Kunst und Pädagogik | 15 | 44 | 3·2 |
| Rezitationen | . | 181 | 13·2 |
| Zusammen | 204 | 1367 | 100·0 |

Es gehörten also wieder zwei Drittel aller Vorträge dem Gebiet der Sozialwissenschaften und der Geschichte an. Die Quelle des sozialen Uebels, das Wesen des Kapitalismus, wurde in zahlreichen Vorträgen dargestellt. Die verderblichen Bestrebungen des Separatismus gaben Anlaß, nicht nur diese (26mal) zu besprechen, sondern auch gewerkschaftliche Fragen überhaupt häufiger als sonst zum Gegenstand von Vorträgen zu machen. Einzeldarstellungen aus der Geschichte des Sozialismus wurden zahlreich gegeben. So wurden insbesondere über die Kommune 15, über Lassalle 26 und über das Jahr 1848 30 Vorträge gehalten. In einer Reihe von Vorträgen wurde auch die englische Arbeiterbewegung besprochen, der jetzt die Aufmerksamkeit aller zugewendet ist. Aktuelle Ereignisse gaben auch wiederholt Anlaß zur Erörterung. Anläßlich der Gemeinderatswahlen wurden 35 Vorträge über Kommunalpolitik, anläßlich der Wehrreform 40 über den Militarismus gehalten. Als die Christlichsozialen das Problem des Proportionalwahlrechtes aufwarfen, wurde dieses in 20 Vorträgen besprochen. Die Gefahren des Imperialismus verständlich zu machen, wurden 23 Vorträge gehalten. Die mit dem Klerikalismus zusammenhängenden Probleme sind sehr häufig erörtert worden. Eine namhafte Steigerung erfuhren die juristischen und die naturwissenschaftlichen Vorträge. Dagegen weisen die medizinischen Vorträge eine Verminderung auf, weil die von den Krankenkassen eingerichteten Vorträge ohnedies reichliche Gelegenheit zur Belehrung gaben. Die Vortragsvermittlung war stets bestrebt, sozialistische Belehrung im Zusammenhang mit der Tagespolitik zu vermitteln, um so die Bildungsarbeit intensiver wirken zu lassen. So tritt auch ihr Zweck am deutlichsten zutage: dem Kampfe der Arbeiterklasse zu dienen.

Der Besuch der Vorträge ist ungleich. Der höchste Durchschnittsbesuch ist bei den Gewerkschaftsvorträgen, der geringste in den Frauenvereinen zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Besucher kann für alle 1367 Vorträge auf 63.000 veranschlagt werden. Die Gesamtzahl der Vereine, auf die sich diese Vorträge verteilen, betrug 306, darunter sind 220 Gewerkschaftsortsgruppen. Etwa 400 Wiener Organisationen nahmen die Vortragsvermittlung niemals in Anspruch. Die Institution ist also noch einer großen Ausdehnung fähig.

Die Unterrichte, die von rund 2000 Teilnehmern besucht waren, hatten vornehmlich die Aufgabe, Lücken der Elementarbildung auszufüllen, die Kenntnis der Stenographie zu vermitteln u. s. w.

Der Gesamtbesuch der Zyklen kann auf 3800 Teilnehmer veranschlagt werden.

Die Vortragszyklen behandelten folgende Themen:

| Thema | Zahl der Zyklen | Zahl der Vorträge |
|---|---|---|
| Der wissenschaftliche Sozialismus | 1 | 3 |
| Unser Parteiprogramm | 6 | 28 |
| Die Gegenwartsforderungen der Sozialdemokratie | 1 | 3 |
| Kapitalismus und Sozialismus | 2 | 6 |
| Das Finanzkapital | 3 | 15 |
| Kolonialpolitik und Sozialismus | 1 | 3 |
| Die Nationalitätenfrage | 3 | 13 |
| Gemeindepolitik | 11 | 62 |
| Frauenfrage | 1 | 5 |
| Der jugendliche Arbeiter im Wirtschaftsleben | 1 | 6 |
| Theorie und Praxis der Gewerkschaften | 3 | 10 |
| Gewerkschaften, Genossenschaften und Partei | 3 | 9 |
| Partei und Gewerkschaft | 1 | 3 |
| Die Arbeiterbewegung in den europäischen Großstaaten | 2 | 9 |
| Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung | 2 | 6 |
| Organisationspflichten | 1 | 5 |
| Aus der Geschichte der Revolutionen | 1 | 4 |
| Die französische Revolution | 3 | 11 |
| Aus der Geschichte der Deutschen | 1 | 4 |
| Soziales aus dem Altertum | 2 | 8 |
| Die Weltgeschichte der Bibel | 1 | 5 |
| Die Entstehung unserer Verfassung | 1 | 5 |
| Oesterreichische Verfassung | 2 | 7 |
| Das Lehrlingsrecht | 1 | 3 |
| Andere Themen | 12 | 42 |
| Zusammen | 66 | 275 |

Die Arbeiterschule wurde mit zwei Kursen und folgendem Lehrplan fortgeführt:

I. Schuljahr.

Im ersten Semester: 1. Abriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte. 2. Die Gewerkschaften. 3. Oesterreichische Geschichte seit Maria Theresia. 4. Die österreichische Verfassung.

Im zweiten Semester: 1. Entwicklungstendenzen des Kapitalismus. 2. Sozialpolitik. 3. Oesterreichische Geschichte seit Maria Theresia. 4. Oesterreichisches Verwaltungsrecht.

II. Schuljahr.

Im ersten Semester: 1. Grundbegriffe der Volkswirtschaftslehre. 2. Die materialistische Geschichtsauffassung. 3. Geschichte der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie. 4. Die österreichische Arbeiterschutzgesetzgebung.

Im zweiten Semester: 1. Wirtschaftspolitik. 2. Geschichte der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie. 3. Die österreichische Arbeiterschutzgesetzgebung. 4. Die Internationale.

Jeder Kurs hatte 100 Unterrichtsstunden, die Schülerzahl betrug im ersten Kurs 122, im zweiten Kurs 50. Von den Teilnehmern des ersten Kurses kauften 44 in der Schule um 1100 Kr. Parteiliteratur.

Neu war im Berichtsjahr die Vermittlung von Lichtbildervorträgen. 25 Vorträge wiesen eine Besucherzahl von 10.200 Personen auf. Rund 1600 Textbücher wurden dabei verkauft.

Die sieben Konzertveranstaltungen des Unterrichtsausschusses waren von 12.196 Personen besucht. Selbstverständlich sind auch im Berichtsjahr die von einzelnen Vereinen veranstalteten Fachkurse u. s. w. eifrig gepflegt worden. Auch die Universitätskurse, die Vorträge in der Urania und ähnliche Veranstaltungen erfreuten sich eines großen Interesses.

Bedeutsam ist es, daß nun in Wien die Reform der Arbeiterbibliotheken in Angriff genommen wurde. Damit ist eine große, aber fruchtbare Arbeit begonnen worden.

Hervorgehoben sei auch, daß die vom Innsbrucker Parteitag zur Förderung empfohlenen Bestrebungen der Kinderfreunde nun auch in Wien festen Fuß gefaßt haben. Sechs solche Vereine wirken bereits in mannigfacher Weise.

## Provinz.

Die Wirksamkeit der Zentralstelle konnte im Berichtsjahr erhöht werden. Die Zahl der vermittelten Einzelvorträge stieg von 105 auf 181. Sie wurden in 82 (50) Orten in 8 Kronländern abgehalten. Außerdem wurden 16 Zyklen mit 66 Vorträgen vermittelt, die durchwegs sozialistische Themen behandelten und von rund 2000 Personen besucht waren. Speziell in Böhmen wurden von Wien aus im ganzen 51 Vorträge gehalten, zu denen sich 10.000 Personen eingefunden haben und die eine nachhaltige Wirkung ausübten.

Die Parteischule mußte im Berichtsjahr entfallen, da ihre Vorbereitung während der Wahlbewegung nicht möglich war. Dagegen fielen ins Berichtsjahr die Vorarbeiten für den Kurs, der im August 1912 in Klagenfurt abgehalten wurde. Ueber sein Ergebnis wird dem nächsten Parteitag berichtet werden.

Auf Anregung der Zentralstelle haben zahlreiche Bezirksorganisationen Lichtbilderapparate angekauft und veranstalten nun mit Hilfe der von der Zentralstelle entliehenen Serien Vorträge in vielen Orten. Mit drei Serien wurden in 85 Orten 92 Vorträge arrangiert, die insgesamt von 12.490 Personen besucht waren und bei denen 2371 Textbücher verkauft wurden.

Auf dem Gebiet des Bibliothekswesens gab die Zentralstelle mannigfache Anregungen, die in vielen Orten befolgt wurden. Sie beziehen sich auf den Bücherankauf und auf die Verwaltung der Büchereien.

Um das Vortragswesen zu beleben und mit allen Organisationen in ständiger Verbindung zu bleiben, gibt die Zentralstelle die „Bildungsarbeit" heraus, die regem Interesse begegnet. Ihre Abnehmerzahl ist gegen das Vorjahr um 24 gestiegen und beträgt 2175. Sie ist allen mit Bildungsarbeit beschäftigten Genossen ein unentbehrlicher Behelf geworden.

Die Sammlung von Unterrichtsanleitungen, deren erstes Heft „Die Gewerkschaften" im Vorjahr erschien, wurde heuer um zwei Hefte vermehrt: „Geschichte Oesterreichs" von Otto Bauer und „Die Frauenfrage" von Emmy Freundlich. Die Hefte, die zunächst als Unterrichtsbehelfe für die Parteischule und die Wiener Arbeiterschule gedacht sind, haben auch anregend auf das Vortragswesen in vielen anderen Orten gewirkt.

*

Was die von den Organisationen selbst geleistete Arbeit anlangt, so kann eine zahlenmäßig genaue Uebersicht auch heuer nicht gegeben werden. Die Bezirksorganisationen erhielten heuer zum erstenmal besondere Fragebogen bezüglich des Bildungswesens, die aber von vielen Bezirken gar nicht, von anderen wieder so ungenau beantwortet wurden, daß eine exakte Darstellung der Verhältnisse nicht möglich ist.

Auch im Berichtsjahr haben sich politische und gewerkschaftliche Konferenzen mit dem Bildungswesen beschäftigt. Wenn die Beschlüsse nicht überall zur Durchführung gelangten, so trägt der Mangel an Geld und an Kräften daran die Schuld. Wir haben nur eine relativ geringe Zahl von Genossen, die erfolgreich Bildungsarbeit leisten können, und gerade sie sind mit anderer Parteiarbeit allzusehr überhäuft. So wird die Frage der Freistellung geeigneter Kräfte ausschließlich zu Vortragszwecken immer mehr der Lösung bedürftig, zumal den Wünschen auf Entsendung von Rednern aus Wien nicht immer entsprochen werden kann.

Die Organisation des Bildungswesens ist nicht einheitlich. Einzelne Länder, wie zum Beispiel Böhmen, Oberösterreich, Steiermark, Salzburg, Schlesien und Tirol, haben einen Landesbildungsausschuß, der eine Vortragsvermittlung eingerichtet hat oder sonst den Genossen im Land mit Rat zur Seite steht. Manche dieser Vortragsvermittlungen haben bereits eine rege Tätigkeit entwickelt. So konnte die Grazer Stelle in 20 steirische Provinzorte 52 Vorträge vermitteln. Ein eigener Bildungsausschuß, meist zu gleichen Teilen aus Vertretern der Partei und der Gewerkschaften gebildet, wirkt auch in vielen Bezirken. Seine Mittel bestehen meist aus Subventionen der beteiligten Organisationen, mitunter, zum Beispiel in Liesing, Purkersdorf, Schwechat, St. Pölten, Villach, Asch, Eger, aus festen Beiträgen per Mitglied und Monat nach Wiener Muster. In anderen Fällen kommt ausschließlich der Ertrag von Festen und Unterhaltungen als Einnahme in Betracht. In vielen Bezirken hat der politische Verein die Funktionen des Bildungsausschusses übernommen und trägt hiefür auch die Kosten. Die Größe der Ausgaben für das Bildungswesen ließ sich nicht feststellen, da auch dort, wo ein Bildungsausschuß besteht, verschiedene Instanzen die Ausgaben bestreiten. Die Höhe der Ausgaben läßt auch keinen Schluß auf die Intensität der Bildungsarbeit zu, weil in vielen Fällen Vorträge ohne jede Spesenvergütung gehalten werden. Es werden auch nicht in allen Bezirken die gleichen Agenden zum Bildungswesen gerechnet.

Die Beantwortung der Fragen nach den Einzelvorträgen und Diskussionsabenden ist zweifellos unvollständig erfolgt. Die Grenze zwischen dem Vortrag und der Versammlungsrede ist oft schwer zu ziehen. Gewiß sind viele Vorträge, die in Lokalorganisationsversammlungen gehalten worden sind, als Versammlungsreden gezählt worden. Besonders hervorgehoben sei, daß Purkersdorf von 25, St. Pölten von 19, Leoben von 13, Graz von 31, Odrau von 11, Jägerndorf von 10, Teschen von 12, Zwittau von 14, Sternberg von 25, Gablonz von 15, Asch von 25, Teplitz von rund 100, Linz von 56 Vorträgen berichtet. Im Kronland Salzburg sind 70 Vorträge abgehalten worden.

Die Zahl der Vortragszyklen ist nicht besonders groß. Außer den von der Zentralstelle vermittelten Zyklen haben nur verhältnismäßig wenige stattgefunden, so einer in Amstetten, einer in Waidhofen an der Ybbs, einer in Tullnerbach, zwei in Salzburg, einer in Mährisch-Trübau, einer in Zwittau, einer in Krumau, sechs in Kratzau, drei in Gablonz, einer in Haida, einer in Leipa, einer in Prag und neun in Linz. In Schlesien wurden sieben Zyklen zu je sechs Vorträgen veranstaltet. Sie behandelten meist das Parteiprogramm, Gewerkschaftsfragen oder Themen aus der Geschichte der Revolutionen. Im allgemeinen ist wohl festzustellen, daß außerhalb Wiens das Vortragswesen relativ am besten in der Bezirksorganisation Linz ausgebaut ist.

Lese- und Diskussionsabende sind in vielen Bezirken eingeführt, hauptsächlich in den Sudetenländern. Vielfach wird über ihren schlechten Besuch Klage geführt. Dennoch erscheint diese Einrichtung außerordentlich wichtig.

Institutionen, ähnlich der Wiener Arbeiterschule, sind in der Berichtszeit — natürlich in kleinerem Umfang — in einigen Städten gegründet worden. Diese Elementarschulen des Sozialismus, wie man sie nennen könnte, sind für das ganze Bildungswesen von besonderer Bedeutung. In Brünn fanden je 8 Vorträge über Wirtschaftspolitik und über die österreichische Verfassung statt. Anschließend daran wurden Redeübungen veranstaltet. In Sternberg wurden im Laufe eines den ganzen Winter währenden Kurses Dannebergs „Parteiprogramm" und Renners „Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus" eingehend besprochen und zu Redeübungen benützt. In Teplitz wurden in einem Kurs die Entwicklung des Kapitalismus und das Arbeiterrecht behandelt. Die Teilnehmer rekrutierten sich aus 17 Orten. In St. Pölten wurde die Wirtschaftsgeschichte in 15 Aben-

den erörtert. In Jungbuch fand ein Kurs über Volkswirtschaftslehre statt, der 13 Abende dauerte. In Salzburg war eine Schule eingerichtet, in der an 22 Abenden ein zweistündiger Unterricht erteilt wurde. Gegenstand der Vorträge waren „Das Parteiprogramm" sowie „Theorie und Praxis der Gewerkschaften", ferner praktische Organisationsarbeit. Die Dispositionen der Vorträge erhielt jeder Teilnehmer gedruckt samt Literaturangaben eingehändigt. Die empfohlenen Broschüren konnten im Unterrichtslokal sofort gekauft werden. In der zweiten Hälfte des Unterrichtes wurden auf Grund des Lehrstoffes praktische Redeübungen veranstaltet. Der Erfolg der Schule, zu der 72 Teilnehmer angemeldet waren, ist sehr gut gewesen. Einige Organisationen deckten für ihre Teilnehmer auch die Kosten der Bücher. Wohl die beste Institution in dieser Beziehung befindet sich in Linz. Dort wurden mit je 16 Vortragsstunden drei Kurse gleichzeitig abgehalten: einer über Wirtschaftsgeschichte, einer über Volkswirtschaftslehre und einer über die Geschichte des Sozialismus im 19. Jahrhundert. Von den 48 Teilnehmern blieben 35 bis zum Schluß.

Einige Bezirke haben sich besonders eifrig mit Lichtbildervorträgen befaßt. Außer Gablonz und Teplitz ist hier an erster Stelle Aussig zu nennen, wo im Berichtsjahre 29 Lichtbildervorträge für Erwachsene und 24 für Kinder abgehalten worden sind. Im Freiwaldauer Bezirk sind 10 Lichtbildervorträge abgehalten worden.

Das Bibliothekswesen erfreut sich einer immer aufmerksameren Pflege. In einer großen Anzahl von Industrieorten gibt es bereits Zentralbibliotheken, die aus den Gruppenbibliotheken der Gewerkschaften und anderer Vereine gebildet worden sind. Solche bestehen zum Beispiel in Amstetten, St. Pölten, Gmunden, Linz, Steyr, Bruck, Eisenerz, Mürzzuschlag, Marburg, Fürstenfeld, Knittelfeld, Judenburg, Leoben, Villach, Klagenfurt, Ferlach, Bozen, Kufstein, Meran, Bregenz, Dornbirn, Dux, Teplitz, Saaz, Joachimsthal, Graslitz, Eger, Krumau, Budweis, Warnsdorf, Braunau, Gablonz, Neustadt a. d. T., Friedland, Reichenberg, Jägerndorf, Freiwaldau, Oderberg, Mährisch-Schönberg, Sternberg, Proßnitz u. s. w. Manche Bibliotheken, wie zum Beispiel Freiwaldau, Meran und Villach, besitzen auch gedruckte Kataloge. Jugendbibliotheken sind bisher nur in wenigen Orten eingerichtet worden. Im Krumauer Kreisgebiet, in den Bezirken Schluckenau und Freiwaldau sind Wanderbibliotheken eingerichtet.

Es mehrt sich die Zahl der Bezirke, in denen Veranstaltungen für die Kinder des Proletariats gemacht werden. Meist sind es Ausflüge, Turnübungen, Spiele, Wanderungen und Märchenvorlesungen. Ein besonderes Verdienst um die Propaganda dieser Ideen haben sich die „Naturfreunde" erworben. Mitunter haben auch die Turnvereine, in anderen Bezirken die Frauenorganisationen die Leitung dieser Veranstaltungen in Händen. In neuester Zeit wird auch die Gründung eigener Vereine „Kinderfreunde" nach dem Muster des bekannten Grazer Vereines in Angriff genommen. Die neue Zeitschrift „Der Kinderfreund", die der Grazer Verein herausgibt, leistet auf diesem wichtigen Arbeitsgebiet wertvolle Dienste.

Sonst ist noch darauf hinzuweisen, daß sich manche Bezirke auch mit der Veranstaltung guter Theatervorstellungen beschäftigen. Dies gilt zum Beispiel von St. Pölten, Ostrau und Klagenfurt.

Andere, wie zum Beispiel die Teplitzer Genossen, versuchen die Unterhaltungsprogramme der Arbeiterfeste dadurch zu beeinflussen, daß sie Verzeichnisse geeigneter Einakter und Vortragstexte herausgeben.

Wo von bürgerlicher Seite Veranstaltungen getroffen wurden, deren Benützung den Arbeitern von Nutzen sein konnte, haben unsere Genossen für deren Besuch gesorgt. Dies gilt vor allem für die Universitätskurse.

Erwähnt sei auch noch, daß immer mehr Bezirksorganisationen Reisen nach Wien oder in andere große Städte arrangieren, die zweifellos auch bildend wirken.

Im letzten Jahre ist die Bildungsarbeit der Partei weit intensiver geworden, als sie vorher war. Aber es muß noch fleißige Arbeit verrichtet werden, damit die große Masse der Parteimitglieder von unserer Erziehungsarbeit gründlich erfaßt werde.

*

**Parteipresse.** Der Aufschwung unserer Parteipresse, von dem wir im vorigen Jahre berichten konnten, hält erfreulicherweise an. Wenn es damals vielleicht noch fraglich erschien, ob sich die neugegründeten Tagblätter würden ungeschmälert behaupten können, ist nun in dieser Beziehung kein Grund mehr zu Besorgnissen vorhanden. Alle Blätter haben sich im Berichtsjahr so sehr gefestigt, daß ihre Existenz gesichert erscheint. Der finanzielle Bericht über die der Parteivertretung unterstehenden Organe wird den Parteitagsdelegierten vorgelegt werden.

Neugegründet wurden in der Berichtsperiode die „Iglauer Nachrichten", die „Wahrheit" in Asch und das von der Parteivertretung herausgegebene billige Agitationsblatt „Das Volk". Wie sehr die Gründung des letztgenannten Blattes einem Bedürfnis entsprochen hat, erweist die schon im ersten Jahre seines Bestehens zufriedenstellende Entwicklung des Blattes, das bereits in einer sehr großen Auflage verbreitet wird.

Unsere Parteiorganisation verfügt über folgende politische Zeitungen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| „Arbeiter-Zeitung", | Wien | erscheint | täglich |
| „Arbeiterwille", | Graz | „ | „ |
| „Salzburger Wacht", | Salzburg | „ | „ |
| „Volkszeitung", | Innsbruck | „ | „ |
| „Vorwärts", | Reichenberg | „ | „ |
| „Wahrheit", | Linz | „ | „ |
| „Freiheit", | Teplitz | „ | 3 mal wöchentlich |
| „Volksrecht", | Aussig | „ | 3 „ „ |
| „Bielitzer Volksstimme", | Bielitz | „ | 2 „ „ |
| „Nordböhmischer Volksbote", | Bodenbach | „ | 2 „ „ |
| „Nordböhmische Volksstimme", | Warnsdorf | „ | 2 „ „ |
| „Schlesische Volkspresse", | Troppau | „ | 2 „ „ |
| „Volksfreund", | Brünn | „ | 2 „ „ |
| „Volkswille", | Karlsbad | „ | 2 „ „ |
| „Böhmerwald-Volksbote", | Krumau | „ | 1 „ „ |
| „Gleichheit", | Wr.-Neustadt | „ | 1 „ „ |
| „Iglauer Nachrichten" | Iglau | „ | 1 „ „ |
| „Nordwestböhmische Volkszeitung", | Saaz | „ | 1 „ „ |
| „Trautenauer Echo", | Trautenau | „ | 1 „ „ |
| „Volksbote", | Wien | „ | 1 „ „ |
| „Volkspresse" („Vorwärts"), | Czernowitz | „ | 1 „ „ |
| „Volkstribüne", | Wien | „ | 1 „ „ |
| „Volkswacht", | Mähr.-Schönberg | „ | 1 „ „ |
| „Vorarlberger Wacht", | Dornbirn | „ | 1 „ „ |
| „Wahrheit", | Asch | „ | 1 „ „ |
| „Arbeiterinnen-Zeitung", | Wien | „ | 14 tägig |
| „Das Volk", | Wien | „ | 14 „ |

Die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs besitzt also sechs Tagesblätter, zwei dreimal wöchentlich, sechs zweimal wöchentlich, elf einmal wöchentlich und zwei vierzehntägig erscheinende Parteiblätter.

Außer den politischen Organen dienen den Interessen des klassenbewußten Proletariats Deutschösterreichs: 50 Gewerkschaftsblätter, zwei Genossenschaftsblätter, eine wissenschaftliche Revue, „Der Kampf", ein Blatt für die proletarische Jugend, „Der jugendliche Arbeiter", eine Zeitschrift zur Pflege des Bildungswesens, die „Bildungsarbeit", eine Zeitschrift zur Bekämpfung des Alkoholismus, der „Abstinent", ein humoristisch-satirisches Blatt, „Neue Glühlichter", und folgende Sportblätter: „Arbeiter-Sänger-

zeitung", „Arbeiter-Turnzeitung", „Reichsorgan der Arbeiter-Radfahrer Oesterreichs".

Für den diesmaligen Bericht haben wir auch eine genaue Erhebung über die Auflage unserer Parteiblätter durchgeführt, welche folgendes Resultat ergab:

| | Einmalige Mindestauflage | Einmalige Höchstauflage |
|---|---|---|
| 27 Politische Blätter | 302.620 | 331.370 |
| 4 Bildungs- und Jugendblätter („Kampf": 4100, „Bildungsarbeit": 2250, „Abstinent": 2600, „Jugendlicher Arbeiter": 16.000) | 21.950 | |
| 3 Sportblätter | 30.500 | |
| 1 humoristisches Blatt („Glühlichter") | 16.000 | |
| 52 deutsche Gewerkschaftsblätter | 315.950 | |
| 2 deutsche Genossenschaftsblätter | 85.000 | |

In einer Mindestauflage von nahezu achthunderttausend Exemplaren erscheinen die deutschen österreichischen Arbeiterzeitungen; eine Ziffer, die für unsere Verhältnisse recht ansehnlich genannt werden muß. Unter den widrigsten Umständen haben die deutschen Arbeiter Oesterreichs ihre Presse ausgebaut und sie zu einer schneidigen Waffe im Tageskampf gestaltet. Sobald es gelungen sein wird, die reaktionäre Preßgesetzgebung, die lähmend auf das österreichische Zeitungswesen drückt, zu beseitigen, werden sich der Entfaltung unserer Parteipresse große neue Möglichkeiten erschließen.

*

**Parteibuchhandlung.** In gesunder Weiterentwicklung arbeitet die Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co. Kräftig entwickelt sich das Verlagsgeschäft, Hunderttausende Schriften eigenen Verlages wurden, seitdem für den Innsbrucker Parteitag Bericht erstattet wurde, verkauft. Innerhalb eines halben Jahres wurden 131.000 Exemplare der von der Parteivertretung herausgegebenen neuen Programmschrift Danneberg, „Was will die Sozialdemokratie?", verbreitet, hunderttausend Exemplare des Schriftchens „Die Schuhfetzen der Regierung" wurden fast gleichzeitig abgesetzt. Die Parteibuchhandlung widmete sich nicht nur dem Vertriebe der neu erschienenen Schriften, die gleiche Aufmerksamkeit wandte sie der Verbreitung der älteren Parteiliteratur zu, wie sie auch eifrig bemüht war, die im Deutschen Reiche erschienenen Parteischriften in großer Zahl unter den österreichischen Arbeitern zu vertreiben. Wir sind nicht bloß Abnehmer der Schriften der Verlagsbuchhandlungen der deutschen Partei, in von Jahr zu Jahr steigendem Maße finden auch unsere Verlagswerke Absatz in Deutschland und auch in der Schweiz.

Die Entwicklung unseres Geschäftes, dessen Räume schon längst zu enge waren, nicht zuletzt die Notwendigkeit, eine Uebersicht über unser reichhaltiges Antiquariatslager zu erhalten, machten es notwendig, zu den seit langen Jahren eingenommenen Räumen weitere anzufügen, die wir erfreulicherweise in direktem Anschlusse an unser bisheriges Geschäftslokal fanden. Ueber unser Antiquariatslager ist ein Katalog erschienen, ein weiterer wird demnächst herausgegeben; keine andere Parteibuchhandlung kann über ein gleich reichhaltiges Antiquariat verfügen wie wir.

An dem Ausbau der Kolportage wird mit größtem Eifer gearbeitet. Ununterbrochen wächst die Zahl unserer Kolporteure in der Provinz, 800 Genossen beschäftigen sich, zum Teil im Auftrag der politischen und gewerkschaftlichen Organisation, mit der Verbreitung der Parteiliteratur. In fast allen Parteiorganisationen, insbesondere in den Landessekretariaten der Partei wächst das Interesse an der Verbreitung unserer Parteiliteratur. Bei allen Wahlen und sonstigen großen Aktionen der Partei steigt das Bestreben, sich über den Sozialismus und über die Wirk-

samkeit unserer Partei zu unterrichten. Unsere Parteiliteratur findet dann einen rasch schwellenden Absatz. Die Ausbreitung der Kolportage und der stärkere Absatz unserer Parteischriften wurde freilich auch gefördert durch ein starkes Entgegenkommen der Parteibuchhandlung in der Kreditgewährung an die Kolporteure. So sehr sich diese in sehr zahlreichen Fällen als durchaus nützlich erwiesen hat, so bleibt die Zahl der Fälle nicht gering, wo das Abtragen der Schulden viel zu langsam vor sich geht. Die Landes- und Bezirksorganisationen sollten die Kolporteure zu regelmäßigen Zahlungen an die Parteibuchhandlung anhalten. Die Leistungsfähigkeit der Volksbuchhandlung könnte noch sehr gesteigert werden, wenn alle Organisationen und Kolporteure regelmäßig abrechnen würden.

An der weiteren Ausgestaltung der „Glühlichter", deren redaktionelle Leitung nun auf Genossen Hugo Schulz übergegangen ist, arbeiten Redaktion und Verlag auf das eifrigste. Leider läßt das Interesse der Arbeiter an der Verbreitung ihres Witzblattes überaus viel zu wünschen übrig.

Seit dem Innsbrucker Parteitag sind die in der nachstehenden Tabelle alphabetisch geordneten Schriften erschienen. Höhe der Auflage und der Absatz in der Zeit vom 1. Juli 1911 bis zum 30. Juni 1912 ist aus der folgenden Tabelle zu ersehen. Einige niedrige Absatzzahlen erklären sich aus dem Zeitpunkte des Erscheinens. Erhöhter Absatz ist bei diesen Schriften im Weihnachtsgeschäft 1912 zu erwarten.

| Titel | Kronen | Auflage | Absatz |
|---|---|---|---|
| Adler, Buch der Jugend | 3·60 | 5000 | 200 |
| Ansichtskarten, vier Sorten | —·08 | 20000 | 20000 |
| Deutschnationale Arbeiterbewegung | —·10 | 20000 | 6000 |
| Wahlgedenkschrift 1911 | —·20 | 50000 | 39000 |
| Gegen die Teuerung | —·10 | 10000 | 4300 |
| Hanusch, „Lazarus" | 2·40 | 5000 | 2520 |
| Hausklavinnen | —·20 | 5000 | 1000 |
| Junge Welt 5 | —·20 | 5000 | 1300 |
| Junge Welt 6 | —·20 | 5000 | 3900 |
| Kalender, Arbeiter-, 1912 | —·80 | 20000 | 20000 |
| „ „ Taschen- | —·80 | 35000 | 34420 |
| „ Holzarbeiter- | 1·— | 6000 | 5900 |
| „ Lichtstrahlen- | —·20 | 20000 | 17700 |
| „ Transportarbeiter- | 1·— | 2000 | 1625 |
| Märzschrift 1912 | —·20 | 40000 | 38400 |
| Maischrift 1912 | —·20 | 50300 | 49900 |
| Parteiprotokoll 1911 | 1·20 | 7000 | 4400 |
| Schuhsetzen der Regierung | —·06 | 100000 | 100000 |
| Scheu, Hochverratsprozeß | 8·— | 5100 | 961 |
| „ Erinnerungen | 1·20 | 550 | . |
| Tätigkeitsbericht 1911/12 | —·30 | 5000 | 4200 |
| Was will die Sozialdemokratie? | —·10 | 180000 | 134000 |

Weniger erfreulich als Verlags-, Antiquariats- und Kolportagegeschäft ist das Ladengeschäft. Noch immer ziehen Wiener und andere Parteigenossen den Einkauf in bürgerlichen Buchhandlungen dem Bezug bei der Parteibuchhandlung vor, obgleich niemand billiger liefern kann wie unsere Parteibuchhandlung, und obgleich der Reingewinn der Parteibuchhandlung vollkommen der Partei zufließt.

Die Parteibuchhandlung ist bemüht, den Organisationen bei der Beschaffung von Bibliotheken in jeder Hinsicht entgegenzukommen, vor allem die vom Unterrichtsausschuß empfohlenen Werke zu verbreiten und auch Zahlungserleichterungen zu gewähren.

Wie in früheren Jahren, so ist auch im verflossenen der Parteibuchhandlung lebhafte Aufmerksamkeit von der Preßbehörde geschenkt worden. „Glühlichter" und Broschüren, auch Schriften aus anderen Verlagsbuchhandlungen wurden mit Beschlag belegt, ohne daß dadurch das geschäftliche Ergebnis der Volksbuchhandlung besonders beeinträchtigt wurde.

Die Grazer Filiale der Wiener Volksbuchhandlung eröffnet günstige Aussichten, ein neues Geschäftslokal in besserer Lage, eine intensive Interessierung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen; der Ausbau der Kolportage in Steiermark und in Kärnten haben an Stelle des bisherigen Fehlbetrages einen kleinen Ueberschuß gezeitigt, der vermutlich nun von Jahr zu Jahr wachsen wird.

Läßt auch der Vertrieb der Parteiliteratur noch eine starke Ausdehnung zu, ist die Parteibuchhandlung auch in jeder Hinsicht noch sehr entwicklungsfähig, so kann doch das verflossene Jahr als eine Zeit gesunder Weiterentwicklung bezeichnet werden.

*

**Gewerkschaftsbewegung.** Mit der politischen Bewegung des klassenbewußten Proletariats ist die österreichische Gewerkschaftsbewegung auf das innigste verbunden. Einträchtig arbeiten beide Organisationen zusammen, um die Interessen der Arbeiterklasse zu wahren. Bei den engen Beziehungen zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung ist jeder Teil an dem Geschicke des anderen auf das lebhafteste interessiert. Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung bedeuten auch eine Kräftigung der politischen Bewegung und umgekehrt kommen Erfolge der politischen Bewegung des Proletariats in nicht unbeträchtlichem Maße auch der Gewerkschaftsorganisation zugute. Es bereitet uns deshalb eine große Genugtuung, konstatieren zu können, daß die österreichische Gewerkschaftsbewegung die schwere Einbuße, die sie in den letzten Jahren erlitten hat, überwunden zu haben scheint und daß es nun wieder rüstig vorwärts geht.

Durch den Abfall der Separatisten und nicht minder infolge des Einwirkens der Wirtschaftskrise haben die österreichischen Zentralgewerkschaften vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1910 an Mitgliedern verloren. Erst im Jahre 1911 war es wieder möglich, einen Schritt nach vorwärts zu tun. Während im Jahre 1910 die Mitgliederzahl 400.565 betragen hatte, ist sie im folgenden Jahre auf 421.905 gestiegen. Der reine Gewinn beträgt also 21.340 Mitglieder. Am erheblichsten ist der Mitgliedergewinn in Wien und Niederösterreich, wo rund 18.000 Mitglieder gewonnen wurden. Auch in den Alpenländern gelang es, einige Fortschritte zu erzielen, während in den Sudetenländern als Folge des nationalen Streites die Bewegung noch immer stagniert, ja sogar kleine Verluste zu verzeichnen sind. Gegenüber den Verhältnissen in den früheren Jahren ist es aber auch dort besser geworden.

Von den einzelnen Verbänden haben eine größere Anzahl Mitglieder gewonnen: Maurer 23·66 Prozent, Metallarbeiter 10·04 Prozent, Eisenbahner 5·14 Prozent, Textilarbeiter 6·82 Prozent, Gemeindebedienstete 100 Prozent, Handlungsgehilfen 11·74 Prozent, Bäckerarbeiter 16·04 Prozent, Chemische Arbeiter 9·48 Prozent, Schneider 14·45 Prozent, Gastwirtegehilfen 63·75 Prozent, Bauhilfsarbeiter 20·23 Prozent, Porzellanarbeiter 11·53 Prozent, Zimmerer 7·36 Prozent, Tonarbeiter 18·36 Prozent, Buchdruckereihilfsarbeiter 10·52 Prozent, Maler und Anstreicher 5·83 Prozent, Fleischhauer und Selcher 46·32 Prozent, Bildhauer 20·44 Prozent, Kürschner 13·62 Prozent.

Eine größere Anzahl von Mitgliedern haben verloren: Bergarbeiter 22·65 Prozent, Glasarbeiter 27·54 Prozent, Lederarbeiter 8·61 Prozent, landwirtschaftliche Arbeiter 12·06 Prozent, Handschuhmacher 13·32

Prozent, Drechsler 21·77 Prozent, Zuckerbäcker 14·54 Prozent, Ziegeleiarbeiter 9·79 Prozent.

Insgesamt haben die österreichischen Zentralverbände 373.914 männliche und 47.991 weibliche Mitglieder. Während sich die Zahl der männlichen Mitglieder nur um 4·47 Prozent erhöhte, stieg die der weiblichen Mitglieder im Berichtsjahre um 12·51 Prozent. In den letzten Jahren haben die Frauen, was die Mitgliederzahl anbelangt, fast stets besser abgeschnitten als die Männer. Diese Erscheinung dürfte damit zusammenhängen, daß gegenwärtig eine große Bewegung durch die österreichische Frauenwelt geht. Noch nie zuvor haben sich die Arbeiterfrauen so rege um die Fragen der Gesetzgebung des Wahlrechts u. s. w. gekümmert als jetzt. Große Schichten proletarischer Frauen sind zum Kampfe erwacht und nun beteiligen sie sich sowohl in den politischen als auch in den gewerkschaftlichen Organisationen viel mehr als früher.

Sehr befriedigend ist der Prozeß innerer Festigung der österreichischen Gewerkschaften, wie er sich in der finanziellen Gebarung der Zentralverbände widerspiegelt. Die Gesamteinnahmen betrugen Kr. 9,191.346·06, die Gesamtausgaben Kr. 8,542.182·27 Der Vermögensstand stieg von Kr. 11,377.344·99 auf Kr. 13,145.274·37. Außerdem besitzen die Zentralverbände noch einen separat verwalteten Streikfonds in der Höhe von Kr. 4,648.898·03. Die Gewerkschaftskommission verfügt über einen besonderen Fonds, den Solidaritätsfonds, der nur bei großen Kämpfen oder in außergewöhnlichen Fällen in Anspruch genommen wird. Auf den Kopf eines Mitgliedes berechnet, haben unsere Gewerkschaften je Kr. 31·15 reines Vereinsvermögen, ohne Streikfonds. Unsere reichsten Verbände sind die der Buchdrucker, Krankenkassenangestellten, Hutmacher, Ledergalanteriearbeiter, Brauereiarbeiter, Buchbinder, Drechsler, Lithographen und Handschuhmacher.

Während die Einnahmen im Berichtsjahre eine sehr erhebliche Steigerung aufwiesen, sind — infolge der günstigeren Wirtschaftskonjunktur — die Ausgaben nicht in demselben Maße gestiegen. Immerhin wurde aber auch im Jahre 1911 eine ansehnliche Summe für Unterstützungen ausbezahlt, wie aus der nachstehenden Uebersicht hervorgeht:

| Art der Unterstützungen | Kronen | Per Kopf des Mitgliedes Kronen |
|---|---|---|
| Ausgaben für Reiseunterstützungen . . . . . | 209638·66 | 0·49 |
| „ „ Arbeitslosenunterstützungen . . | 1332867·78 | 3·16 |
| „ „ Krankenunterstützungen . . . . | 1000174·05 | 2·37 |
| „ „ Invalidenunterstützungen . . . | 304144·71 | 0·72 |
| „ „ Beihilfe in Sterbefällen . . | 244038·38 | 0·58 |
| „ „ Notfallunterstützungen . . . . | 533001·88 | 1·26 |
| Summe . | 3623865·46 | 0·58 |

Außerdem wurden Kr. 150.989·89 für den Mitgliedern gewährten Rechtsschutz ausgegeben. Streikende und Gemaßregelte wurden insgesamt mit Kr. 400.780·16 unterstützt.

Ueber die Nationszugehörigkeit der Gewerkschaftsmitglieder vermag man sich am besten zu orientieren, wenn man die Auflage der Fachblätter in Betracht zieht, wie die Tabelle auf Seite 43 zeigt.

Die markanteste Erscheinung in dieser Uebersicht ist das prozentuale Zurückgehen der Auflage der tschechischen Fachblätter, was seinen Grund natürlich in dem Abfall der Separatisten hat. Trotzdem sind noch immer sehr viele Tschechen in den internationalen Zentralverbänden organisiert. Nach der bisherigen Schätzungsart über das Verhältnis der Auflagen der Fachblätter zur Nationszugehörigkeit der Mitglieder werden rund

| | Einmalige Auflage 1911 | In Prozenten der einmaligen Gesamtauflage | | |
|---|---|---|---|---|
| | | 1911 | 1910 | 1909 |
| Deutsche Fachblätter | 345950 | 73·52 | 71·60 | 67·89 |
| Tschechische Fachblätter | 84750 | 18·02 | 20·54 | 25·21 |
| Polnische und ruthenische Fachblätter | 21000 | 4·46 | 4·63 | 4·77 |
| Italienische Fachblätter | 12260 | 2·60 | 2·24 | 1·33 |
| Slowenische Fachblätter | 6600 | 1·40 | 0·99 | 0·80 |
| Zusammen | 470560 | 100·00 | 10·000 | 100·00 |

70.000 tschechische Arbeiter in den Zentralverbänden stehen, die nur tschechische Fachblätter lesen und obligatorisch beziehen. Das ist eine ansehnliche Zahl.

Alles in allem können die internationalen Zentralverbände mit dem Ergebnis ihrer Tätigkeit im Jahre 1911 zufrieden sein. Sie haben nach einigen Jahren der Unterbrechung wieder die Bahn rüstigen Fortschreitens betreten, um sie wohl so bald nicht wieder zu verlassen.

*

**Genossenschaftsbewegung.** In den letzten Jahren hat sich die österreichische Genossenschaftsbewegung in erfreulicher Weise entwickelt. Auch in der Berichtsperiode hat dieser Aufschwung angehalten. Während im Vorjahre 512 Genossenschaften gezählt wurden, sind es heuer 515. Wohl ist die absolute Steigerung der Zahl der Genossenschaften nicht erheblich, doch muß in Betracht gezogen werden, daß in dieser Zahl der wirkliche Zuwachs an neuen Verbandsvereinen nicht ganz zum Ausdruck kommt, weil eine Reihe von Genossenschaften zum Teil freiwillig liquidierten, um sich den bereits bestehenden Vereinen anzuschließen. Eine weitere Anzahl von Genossenschaften sind aus dem Zentralverband ausgetreten und haben sich dem neugegründeten tschechisch-separatistischen Verband angeschlossen. Der Verlust der tschechischen Genossenschaften im Berichtsjahre 1911 betrug allein zwölf, während nur fünf Beitritte von tschechischen Genossenschaften zu verzeichnen sind. Mit dem Ausscheiden dieser Genossenschaften dürfte die Austrittsbewegung der tschechischen Vereine und der Uebertritt zum separatistischen Verband so ziemlich zu Ende sein. Erfreulicherweise ist sogar schon jetzt zu konstatieren, daß einzelne ausgetretene Genossenschaften bereits wieder Fühlung mit dem Zentralverband gesucht haben und daß von zwei Vereinen die Wiederanmeldung ihres Beitrittes erfolgt ist.

Viel deutlicher als in der Zahl der Vereine drückt sich der Fortschritt der genossenschaftlichen Bewegung in der Mitgliederzahl aus. Die Mitgliederzahl der Konsumvereine sowohl als die erzielten Umsätze haben eine erhebliche Steigerung aufzuweisen. Im Jahre 1911 haben von den angeschlossenen Genossenschaften 424 (im Jahre 1910 416) dem Zentralverein Bericht erstattet. Die Mitgliederzahl dieser berichterstattenden Vereine betrug 273.058 (im Jahre 1910 249.457), der Umsatz 85,366.140 Kr. (im Jahre 1910 77,931.261 Kr.), der erzielte Reingewinn 4,264.602 Kronen (im Jahre 1910 3,916.368 Kr.).

Die Entwicklung des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine hat alle Erwartung weit übertroffen. Aus bescheidenen Anfängen hat er sich nach zehnjähriger Tätigkeit zu wesentlicher Stärke entfaltet. Er hat heute zwei Konsumvereine zu Mitgliedern, von denen jeder einzelne Verein mehr Mitglieder und Warenumsatz im Jahre aufwies als alle 47 Konsumvereine im ersten Bestandjahr des Zentralverbandes. Der Zentralverband hat den größten Teil jener Konsumvereine an sich gezogen, die früher dem allgemeinen Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossen-

PRESSEREFERAT
des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

schaften in Oesterreich angehört haben. Dieser allgemeine Verband, einstmals die größte Vereinigung österreichischer Konsumvereine, ist vom Zentralverband weit übertroffen worden. Nach seinem Bericht vom Jahre 1910 zählt der allgemeine Verband jetzt nur mehr 189 Genossenschaften, von denen in diesem Berichtsjahre 179 Vereine mit 124.352 Mitgliedern berichteten.

Nach der nationalen Zugehörigkeit setzt sich der Zentralverband aus folgenden Genossenschaften zusammen: 371 deutsche, 82 tschechische, 28 polnische, 19 italienische, 13 slowenische, 2 rumänische Vereine.

Außer den 472 Konsumvereinen zählt der Zentralverband noch 27 Produktivgenossenschaften, 15 Bau- und Wohnungsgenossenschaften und 1 Volkskreditbank in Graz zu seinen Mitgliedern. Nicht so erfreulich wie die Entwicklung der Konsumvereine gestaltet sich die der Produktivgenossenschaften. Die meisten Produktivgenossenschaften sind noch immer nicht über die ersten Schwierigkeiten hinweggekommen, weil es ihnen, ebenso wie den Bau-, Wohnungs- und Arbeiterheimgenossenschaften zumeist schon beim Beginn ihrer Tätigkeit am notwendigen eigenen Betriebskapital fehlt. Nichtsdestoweniger haben die Produktivgenossenschaften durch fleißige Arbeit im Berichtsjahre sich ungeschmälert behaupten können. Ihr Umsatz betrug 3,315.335 Kr., der erzielte Reingewinn 68.777 Kr. Ueber die Tätigkeit der Bau- und Wohnungsgenossenschaften liegen vorerst noch keine ausreichenden Berichte vor.

Die Konsumvereine haben auch eine Versicherungsabteilung eingeführt, die sich gut bewährt. Im Jahre 1911 wurden 778 Versicherungen gegen Feuer, 81 gegen Einbruch, 22 gegen Glasbruch und 195 Unfall- und Haftpflichtversicherungen durchgeführt. In den folgenden Jahren wird sich die Versicherungstätigkeit, die jetzt erst in den Anfängen liegt, voraussichtlich erheblich steigern.

Der Zentralverband der Konsumvereine gibt folgende Organe heraus: „Der Pionier", „Der Konsumverein (deutsch), „Potravni spolek", „Náš Rozvoj" (tschechisch), ferner „Zespolenie" (polnisch). Sehr stark ist vor allem die Verbreitung des „Pionier", der nunmehr in einer Auflage von mehr als 80 000 Exemplaren erscheint.

*

**Die Gesamtexekutive.** In der Resolution, mit welcher der Innsbrucker Parteitag die Anerkennung der neugegründeten Tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei als proletarische Bruderpartei aussprach, wurde auch erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie den Anspruch der neugegründeten Partei auf Aufnahme in die Gesamtpartei und in die Internationale unterstützen werde. Am 20. Juni 1912 fand in Wien eine Sitzung der Gesamtexekutive statt, die über das Aufnahmebegehren der Tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu entscheiden hatte. An dieser Sitzung nahmen die Vertreter der deutschen, polnischen, italienischen und südslawischen Exekutive teil. Von der ukrainischen Sozialdemokratie war ein Brief eingelangt, in dem ihr Vertreter, Genosse Wityk, schrieb, daß er verhindert sei, an der Sitzung teilzunehmen und daher schriftlich mitteile, seine Partei sei der Ansicht, daß den tschechischen Zentralisten Sitz und Stimme in der Gesamtexekutive zu gewähren sei. Von der tschechoslawischen Exekutive war der folgende Brief gekommen:

Prag, 17. Juni 1912.

Werter Genosse!

Die Exekutive der Tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat in ihrer letzten Sitzung über Ihre Einladung zu der Sitzung der Gesamtexekutive der Partei in Oesterreich verhandelt, welche für Donnerstag den 20. Juni 1912 einberufen ist, und mir aufgetragen, Ihnen mitzuteilen, daß sie sich mit Rücksicht

auf den ersten Punkt der Tagesordnung an der Sitzung der Gesamtexekutive nicht beteiligen kann. Die Exekutive unserer Partei könnte an der Verhandlung der Gesamtexekutive nur dann teilnehmen, wenn der erste Punkt der Tagesordnung abgesetzt würde.

Unsere Vertreter haben in der letzten Sitzung der Gesamtexekutive durch den Mund des Genossen Anton Němec in einer jeden Zweifel ausschließenden Erklärung mitgeteilt, daß die Aufnahme der tschechischen Zentralisten, dieser bewußten Schädiger der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, von uns betrachtet würde als unsere Ausweisung aus der Gesamtexekutive.

Außerdem haben wir durch unsere Zuschrift vom 14. Dezember 1911 mitgeteilt, daß nach unserer Ansicht die Gesamtexekutive gemäß dem Beschluß des Gesamtparteitages der sozialdemokratischen Parteien, welcher vom 24. bis zum 29. August 1899 in Brünn abgehalten wurde, kein Recht hat, in ihren Verband irgendwelche neue Parteien aufzunehmen oder ihnen eine Vertretung zu gewähren. Das bisher gültige Organisationsstatut der Gesamtpartei zählt die Parteien, welche in den Verband der Gesamtexekutive gehören, ausdrücklich auf und gibt nirgends der Gesamtexekutive das Recht, irgendwelchen neuen Parteien eine Vertretung zu gewähren.

Ueber diese Angelegenheit kann rechtsgültig nur der Parteitag der österreichischen Internationale entscheiden, der den Beschluß über die Zusammensetzung der Gesamtexekutive ändern müßte, damit diese um die Vertreter irgendwelcher neuen Partei erweitert werden könnte.

Auf dieser Ansicht beharren bis heute die Exekutive und die Parteivertretung unserer Partei und aus diesen Gründen mußte die Exekutive mit Rücksicht auf den ersten Punkt der Tagesordnung ihre Teilnahme ablehnen und sie kann sich an der Sitzung der Gesamtexekutive nur dann beteiligen, wenn der angeführte erste Punkt von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Auf Grund eines Beschlusses der Exekutive der Tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

Für das Sekretariat:

Anton Bruha, Sekretär.

Die Gesamtexekutive nahm den Brief der Exekutive der tschechoslawischen Sozialdemokratie mit Bedauern zur Kenntnis und faßte nach längerer Debatte einstimmig folgenden Beschluß:

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der deutschen, der polnischen, der slowenischen, der ukrainischen und der italienischen Organisation wird die Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei als ein Glied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich anerkannt und ihrer Exekutive Sitz und Stimme in der Gesamtexekutive eingeräumt.

Es wurde ferner beschlossen, der tschechoslawischen Exekutive folgende Begründung dieses Beschlusses mitzuteilen:

„Die neugegründete Partei entspricht in ihrem Programm und in ihrer Taktik den Grundsätzen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei; sie ist von den deutschen, den polnischen und den südslawischen Organisationen durch Parteitagsbeschlüsse als Bruderpartei anerkannt und die italienische Exekutive hat in der heutigen Sitzung mündlich, die ukrainische schriftlich mitgeteilt, daß auch die italienische und die ukrainische Sozialdemokratie auf dem gleichen Standpunkt stehen. Es besteht also kein Zweifel, daß die tschechische Sozialdemokratie eine Organisation des klassenbewußten Proletariats ist. So sehr die Gesamtexekutive, was die Vertreter aller nationalen Exekutiven übereinstimmend erklärten, die Spaltung des tschechischen Proletariats bedauert, und so herzlich sie seine Wiedervereinigung wünscht, kann sie doch nicht verkennen, daß die unheilvolle Spaltung nur unter dem unwiderstehlichen Zwang eines Notstandes erfolgt ist und daß sie als eine vollendete Tatsache anerkannt werden muß. Die Verweigerung der Aufnahme der neuen Partei würde diesen Tatsachen widersprechen. Sie wäre mit dem Sinne und dem Wortlaut des Organisationsstatuts der Gesamtpartei nicht in Einklang zu bringen.

Auch der Einwand, daß die Gesamtexekutive nicht kompetent sei, die Aufnahme zu beschließen, ist nicht stichhaltig. Er kann sich weder auf den

Wortlaut des Organisationsstatuts noch auf die bisherige Uebung berufen. In dem einzigen Fall, in dem eine neugebildete Partei sich bisher um ihre Aufnahme in die Gesamtpartei beworben hat, hat die tschechoslawische Sozialdemokratie selbst anerkannt, daß die Gesamtexekutive das Recht hat, die Aufnahme zu gewähren oder zu verweigern. Die Entscheidung der Gesamtexekutive ist in dem jetzigen Falle um so mehr geboten, weil — wie die tschechoslawische Sozialdemokratie sehr gut weiß — die Einberufung eines Gesamtparteitages nicht ohneweiters möglich ist. Die organisatorischen Verhältnisse, auf denen die alten Bestimmungen über die Zusammensetzung des Gesamtparteitages beruhten, sind vollständig umgestaltet worden. Ehe ein Gesamtparteitag einberufen werden könnte, müßte also in einer Konferenz der Exekutiven das Recht der Delegierung geregelt werden. Von einer solchen Konferenz könnte aber auch die tschechische Sozialdemokratie unmöglich ausgeschlossen werden. Es ist also unvermeidlich, daß die Gesamtexekutive zunächst selbst entscheidet.

Die Gesamtexekutive kann daher die Auffassung, als ob die Aufnahme der tschechischen Sozialdemokratie in die Gesamtpartei der „Ausweisung" der tschechoslawischen Sozialdemokratie gleichkäme, nicht anerkennen. Sie bedauert, daß die tschechoslawische Exekutive an der Sitzung nicht teilgenommen hat, und spricht die Hoffnung aus, daß die tschechoslawische Exekutive sich der in voller Einmütigkeit und mit der größten Bestimmtheit geäußerten Meinung der anderen Exekutiven anschließen wird."

Nach der Fassung dieses Abschlusses wurden die Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie in die Sitzung der Gesamtexekutive eingeführt und sie nahmen an den weiteren Verhandlungen teil.

Die tschechoslawische Exekutive hat das Schreiben der Gesamtexekutive nicht beantwortet, hat auch an einer weiteren Sitzung der Gesamtexekutive nicht teilgenommen. Es muß festgestellt werden, daß sich die Beziehungen der tschechoslawischen Partei zur deutschen Sozialdemokratie im letzten Jahre nicht gebessert, vielmehr wesentlich verschärft haben, was darin seinen bezeichnendsten Ausdruck fand, daß die Separatisten uns nicht nur bei den Wiener Gemeinderatswahlen, sondern auch bei der Nachwahl auf der Landstraße Gegenkandidaten entgegenstellten.

*

**Politische Verfolgungen.** Oesterreichs Staatslenker werden, scheint es, durch die Erfahrung nicht klüger. Seit Jahr und Tag wird die Arbeiterbewegung mit kleinlichen Schikanen verfolgt, ohne daß je etwas anderes dabei herausgekommen wäre als eine Blamage der Paragraphenreiter. In der diesmaligen Berichtsperiode haben Polizei und Bezirksgerichte ärger gewütet, als es in den letzten Jahren üblich war. Nicht weniger als 428 Genossen sind zu Geldstrafen und 77 zu Arreststrafen verurteilt worden, wobei die Strafen wegen der Wiener Ereignisse am 17. September 1911 nicht miteingerechnet sind. Die meisten Opfer erforderte, wie gewöhnlich, der § 23 des Preßgesetzes. Wo unsere Genossen ein Flugblatt verteilten oder auch nur eine Versammlungseinladung kolportierten, eilten flugs die Ordnungsstützen herbei, um die Missetäter der Strafe zuzuführen. Es ist wahrlich höchste Zeit, daß diese vorsintflutliche Gesetzesbestimmung endlich einmal zu Falle gebracht werde.

Viele Verfolgungen hatte wieder unsere politische Parteipresse zu erleiden, die im Berichtsjahre 117 Konfiskationen über sich ergehen lassen mußte. Wir brauchen wohl nicht erst hinzuzufügen, daß es gewöhnlich wegen Delikte geschah, die der Staatsanwalt sehr künstlich konstruieren mußte, um im Gesetzbuch eine Deckung für seine Konfiskation zu finden.

Läßt sich über diese kleinen und kleinlichen Verfolgungen mit gelassener Heiterkeit zur Tagesordnung übergehen, so müssen jene furchtbaren Bluturteile, welche anläßlich der Wiener September-Ereignisse gefällt wurden, um so tiefere Entrüstung erwecken.

Vom Wiener Landesgericht und vom Bezirksgericht Josefstadt wurden wegen der September-Ereignisse bis gegen Mitte Oktober 1911 nicht weniger als 173 Personen verurteilt, und zwar 82 Personen wegen Verbrechens mit Kerker oder schwerem Kerker, 91 Personen wegen Vergehens oder Uebertretung mit Arrest oder strengem Arrest. Die Strafen der „Verbrecher" betragen 51 Jahre 3 Monate und 23 Wochen, die der wegen Vergehen und Uebertretung Verurteilten 4 Jahre 10 Monate und 1 Woche. Das traurige Ergebnis der Tätigkeit der Demonstrationsrichter waren also schon um die Oktobermitte Strafen von

**56 Jahren 1 Monat und 24 Wochen.**

Dazu kommen vielleicht noch an 100 Bestrafungen durch die Polizei, die ebenfalls zwei Jahre ausmachen dürften, und eine Untersuchungshaft von 200 Personen (der Verurteilten und der Freigesprochenen), durchschnittlich mindestens zehn Tage, was wieder sechs Jahre ausmacht. Einzelne Abstrafungen dürften später sowie auch bei anderen Bezirksgerichten erfolgt sein, so daß außer den fünf Todesopfern und den Schmerzen der ungezählten Verletzten an 70 Jahre Freiheitsverlust das Ergebnis der polizeilichen, militärischen und gerichtlichen Ordnungsmacherei sind.

Ein geringer Teil dieser Strafen ist später vom Obersten Gerichtshof zur Gänze kassiert, ein anderer Teil herabgesetzt worden. Noch immer blieben aber zumindest an 50 bis 60 Kerkerjahre, die von den Opfern der Blutjustiz getragen werden mußten.

*

**Maifeier.** Wie alljährlich wurde auch heuer der Maientag zu einer imposanten Demonstration der klassenbewußten Arbeiterschaft Oesterreichs. In allen größeren Industrieorten wurde der 1. Mai festlich begangen, meistenteils durch Arbeitsruhe, zumindest aber durch Festversammlungen am Abend. Wohl macht sich mehr und mehr das Bestreben der Scharfmacher geltend, die Maifeier zu beeinträchtigen, aber es ist ihnen dies bis nun nicht gelungen. Die Maifeier ist der österreichischen Arbeiterschaft teuer geworden und sie wird sich auch in Zukunft nicht abhalten lassen, diesen Tag zur Demonstration für ihre große Sache zu benützen. Am 1. Mai flattert überall dort, wo der Kapitalismus seinen Einzug gehalten, die leuchtende rote Fahne und kündet, daß die Herzen der Arbeiter dem Befreiungskampf ihrer Klasse gehören.

*

**Sekretariatstätigkeit.** In der Berichtsperiode war Gelegenheit, die im Vorjahre geschaffenen neuen Einrichtungen zu erproben und soweit als nötig zu festigen. Im allgemeinen hat sich die Art der Sekretariatstätigkeit, die wir im vorjährigen Bericht schilderten, gut bewährt. Das Sekretariat ist in beständiger Fühlung mit allen Bezirksvertrauensmännern des Reiches, denen bei allen größeren politischen Aktionen Weisungen gegeben und eventuell auch Materialien zu politischen Vorträgen übermittelt werden. Umgekehrt verlangen wir von den Bezirksvertrauensmännern alljährlich mindestens einmal einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit und den Stand der Organisation im Bezirke. Allerdings ist darüber zu klagen, daß diese Berichte vielfach trotz aller Mahnungen nicht zu dem festgesetzten Termin eingesandt werden.

Soweit als es möglich war, haben wir den Bezirksorganisationen der Provinz Referenten vermittelt. Wenn die Organisationen sich endlich daran gewöhnen würden, nicht immer nur Abgeordnete als Referenten zu verlangen, wäre unsere Vermittlungstätigkeit eine viel leichtere und anderseits würden auch die Organisationen besser dabei fahren, denn sie könnten öfter und rascher mit geeigneten Vortragskräften versorgt werden.

Auch Flugblätter haben wir im Berichtsjahre wieder mehrmals herausgegeben, die in großer Zahl verbreitet wurden. Desgleichen veranlaßten wir die Herausgabe verschiedener aufklärender Broschüren, von denen besonders die Programmschrift „Was will die Sozialdemokratie?" einen großen Anklang fand.

Ueber den Umfang der Sekretariatstätigkeit gibt auch die Zahl der Brieferledigungen einigen Aufschluß. Im Berichtsjahre sind 1876 Briefe (die Zeitungen und Drucksachen nicht miteingerechnet) eingelangt und 6269 Poststücke weggeschickt worden.

*

**Parteischiedsgericht.** Auf Antrag der Bezirksorganisation Wien-Leopoldstadt auf Ausschluß eines Parteimitgliedes ist gemäß § 41 des Organisationsstatuts ein Schiedsgericht einberufen worden. Die Parteivertretung hat als Vorsitzenden Genossen Neumann bestimmt. Das Schiedsgericht hat erklärt, daß es dem Antrag trotz der für ihn geltend gemachten triftigen Gründe keine Folge gebe, und hat in der Begründung des Schiedsspruches wegen der Milderungsgründe, die es für das Vorgehen des angeschuldigten Parteigenossen gefunden hat, bemerkt, daß es bei dem in der Begründung ausgesprochenen Tadel sein Bewenden haben könne. Zugleich hat das Schiedsgericht den Wunsch ausgesprochen, daß der § 41 des Organisationsstatuts dahin geändert werde, daß das Schiedsgericht auch zu einem anderen Ausspruch gelangen könne als zu dem, dem Antrag auf Ausschluß eines Parteimitgliedes stattzugeben oder ihn abzuweisen. Dem Wunsche ist bei der Aenderung des Organisationsstatuts, die von der Parteivertretung vorgeschlagen wird, Rechnung getragen worden.

*

**Todesfälle.** Einige unserer besten Vertrauensmänner, brave, tapfere Vorkämpfer des österreichischen Proletariats, hat der Tod aus unseren Reihen gerissen.

Anfangs Jänner 1912 büßte Franz Silberer in einem Schneesturm in den Salzburger Bergen sein Leben ein. Silberer war allzeit ein hingebungsvoller, pflichteifriger Parteigenosse, dem alle, die ihn kannten, Achtung und Wertschätzung entgegenbrachten. Das Vertrauen seiner engeren Berufsgenossen, der Bäcker, berief ihn an die Spitze ihres Verbandes, den er länger als ein Jahrzehnt in mustergültiger Weise leitete. Bei den Reichsratswahlen im Jahre 1911 entsandte der siebente Wiener Wahlkreis Genossen Silberer in das Parlament, wo er in fleißiger Arbeit dem österreichischen Proletariat zu dienen bemüht war. Sein tragischer Tod versetzte unsere Parteigenossen in tiefe Trauer. Die christlichsoziale Schandpresse machte aber auch vor der Majestät des Todes nicht halt. Weil Silberers Leichnam in den Schnee- und Eiswüsten des Hochgebirges eine Zeitlang nicht gefunden werden konnte, begann sie einen unsäglich gemeinen Verleumdungsfeldzug. Sie haben sich selbst gerichtet, indem sie das Angedenken unseres braven Genossen schmähten. Dem Herzen der Proletarier wird Silberers Name allzeit teuer sein.

Fast gleichzeitig mit Silberer verlor unsere Partei einen zweiten ungemein verdienstvollen Mitarbeiter: Arnold Riese. Als die Wiener Lehrer sich eine aufrechte Kampfesorganisation zu schaffen bestrebt waren, war Riese einer ihrer treuesten Vorkämpfer. Von den Christlichsozialen gemaßregelt, ging er nach Böhmen, wo er aber ebenfalls wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung vom Landesschulrat drangsaliert wurde. Nun trat er in den Dienst der Partei, der er zuerst in Böhmen und dann als Kärntner Landessekretär unschätzbare Dienste erwies. Im Jahre 1907 wurde er im Wahlbezirk Villach zum Reichsratsabgeordneten gewählt und behauptete dieses Mandat auch — allen verleumderischen Angriffen der

Gegner zum Trotz — bei den Wahlen im Jahre 1911. Allzu früh ist dieser pflichteifrige, hoffnungsvolle Genosse der Parteiarbeit entrissen worden.

Am 27. September 1911 starb der Genosse Alois Swoboda. Er war mehrere Jahre lang der Gehilfenobmann der Wiener Buchdrucker und bekleidete später das Amt eines Vorstandstellvertreters des Verbandes der Buchdruckervereine. Im Jahre 1900 übernahm er die technische Leitung unserer Parteidruckerei „Vorwärts" in Wien, der er als unermüdlicher und geschäftskundiger Fachmann wertvolle Dienste leistete. Jahrelang widmete Swoboda seine beste Kraft dem Ausbau unserer Parteidruckerei.

Die junge Chauffeurorganisation und mit ihr die Wiener Arbeiterschaft erlitt einen schweren Verlust durch den Tod von Rudolf Wagner, der am 19. Dezember 1911 einem Schlaganfall erlag. Wagner gelang es, die proletarische Weltidee in Kreise zu tragen, in denen sich bisher der Sozialismus nur schwer Eingang verschaffen konnte. Er organisierte im Verein mit einigen wackeren Gleichgesinnten die Wiener Lohnfuhrwerker. Wagner war auch als Vorstandsmitglied der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt und als Gewerberichter für die Interessen der Arbeiterschaft tätig.

Am 27. Jänner 1912 starb der Genosse Rudolf Pokorny. Er war einer von denen, die in der schweren Zeit der ersten Anfänge unserer Bewegung an der Spitze der zum Kampf erwachenden Arbeiterschaft stand. Gewerkschaftlich war Pokorny in der Metallarbeiterorganisation tätig, politisch gehörte er in der Mitte der Achtzigerjahre der radikalen Gruppe an. Unvergessen bleibt Pokornys Mitwirkung an der Einigung der sozialdemokratischen Partei, die er mit begeisterter Sehnsucht erstrebte. Als Redner und Agitator zählte er damals zu den bekanntesten und beliebtesten Wiener Parteigenossen. Später widmete er sich der konsumgenossenschaftlichen Organisation.

Als treues Glied der proletarischen Internationale mitempfand unsere Partei schmerzlich den Verlust, den die französische Arbeiterschaft durch den Tod Paul Lafargues erlitten hat. Mit ihm starb einer der besten Männer des proletarischen Befreiungskampfes, dessen glanzvolle Aufklärungsschriften auch die deutschen Arbeiter Oesterreichs zu schätzen wußten.

Neben den wenigen, die wir mit Namen nennen konnten, gedenken wir der vielen Unbekannten, die als brave, einfache Soldaten ihre Pflicht erfüllten und wacker mithalfen, den proletarischen Befreiungskampf zu fördern. Ihnen allen wird die Nachwelt ein dankbares Gedächtnis bewahren.

Ferdinand Skaret, Parteisekretär.

# Bericht des Parteikassiers.

## Gebarungsübersicht

der Einnahmen und Ausgaben für die Zeit vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912.

| | Einnahmen | Ausgaben | Ueberschuß | Defizit |
|---|---|---|---|---|
| | in Kronen | | | |
| Saldo vom 1. Juli 1911 | 22.062·01 | — | 22.062·01 | — |
| Agitationsfonds | 74.585·28 | 92.662·84 | — | 18.077·56 |
| Inhaftiertenfonds | 29.298 61 | 30.978·06 | — | 1.679·45 |
| Wahlfonds | 7.058·70 | 25.720·15 | — | 18.661·45 |
| Maizeichen | 6.934·28 | 2.922·43 | 4.011·85 | — |
| Parteiinstitute | 14.974·74 | — | 14.974·74 | — |
| Volkszünder | 63·80 | — | 63·80 | — |
| Darlehen | 43.093 85 | 39.116·11 | 3.977·74 | — |
| | 198.071·27 | 191.399·59 | 45.090·14 | 38.418·46 |
| Saldo vom 1. Juli 1912 | 6.671·68 | | 6.671·68 | |

Der Parteikassier:
**Dr. W. Ellenbogen.**

Revidiert und richtig befunden:

Simon Abram (Innsbruck), Heinrich Beer (Wien), Dr. Ludwig Czech (Brünn), Matthias Eldersch (Wien), Josef Gruber (Linz), Robert Preußler (Salzburg), Hans Resel (Graz), Anton Schäfer (Reichenberg), Josef Seliger (Teplitz), Laurenz Widholz (Wien).

**Die Einnahmen durch die Parteimarken und die alte Reichsparteisteuer.** In diesem Jahre haben die Parteimarken der Parteivertretung, nach Abzug des Betrages, der dem Frauenreichskomitee abzuliefern war, Kr. 38.504·30 eingebracht. Wie aus der Tabelle, die weiter unten folgt, zu ersehen ist, bedeutet diese Zahl im Vergleich zu der Einnahme, die im Jahre 1910/11 erzielt worden ist, einen kleinen Fortschritt. Leider geht dieser Fortschritt sehr langsam vor sich und verteilt sich überdies nicht gleichmäßig auf alle Länder. Nicht alle Länder haben der Partei mehr Einnahmen gebracht und ihre Organisation gesteigert. Nur in sechs von zwölf ist eine Steigerung eingetreten. Ein Land blieb stationär und in fünf Ländern ist sogar ein Rückgang zu verzeichnen. Ist diese Tatsache organisatorisch sehr bedauerlich, so ist sie für den Parteikassier, der eben im Begriffe ist, eine seiner bedeutendsten Einnahmen — die alte Reichsparteisteuer — ganz zu verlieren, noch bedenklicher. Hoffentlich wird der neue Reichswahlfonds dazu beitragen, um die Parteikasse von Ausgaben zu entlasten, die sie mit den bisherigen Einnahmen nicht decken konnte. Da der Reichswahlfonds erst am 1. Juli 1912 in Kraft getreten ist, sind in der Berichtsperiode für ihn nur die Einnahmen aus den Ländern zu verzeichnen, die schon im Juni Bestellungen auf die neuen Wahlfondsmarken gemacht haben.

Es liefen im ganzen an Parteibeiträgen ein: Für Parteimarken Kr. 38.504·30, für alte Reichsparteisteuer Kr. 20.819·67, für Reste der

10 Prozent Kr. 57·91, für Reichswahlfondsbeiträge 966 Kr.; zusammen Kr. 60.347·88.

Der Gesamteinlauf dieses Jahres ist also niedriger wie der Jahresdurchschnitt der beiden Jahre der vorletzten Berichtsperiode. Das heißt, die Einnahmen aus den Parteimarken vermochten den Entfall, der durch den Rückgang der alten Reichsparteisteuer entstanden ist, nicht ganz zu decken. Daraus geht hervor, daß der Beschluß des Reichenberger Parteitages betreffend den Ausbau der politischen Organisation und der Ueberführung der gewerkschaftlich organisierten Genossen in die politischen Vereine noch nicht vollständig durchgeführt ist. Der völlige Ausbau dieser Organisation wird somit die Aufgabe der nächsten Zeit sein müssen.

Die alte Reichsparteisteuer wurde in der Berichtszeit nur mehr aus 112 Orten mit 217 Organisationen abgeliefert. In der unten folgenden Tabelle ist ihre Verteilung auf die einzelnen Länder und der schrittweise Rückgang in der Zahl der Organisationen, welche sie noch abliefern, deutlich zu erkennen. Aus drei Ländern ist in der Berichtszeit kein Heller mehr für sie abgeliefert worden. In der Wiener Summe sind die Beiträge von elf Reichsorganisationen, die zusammen Kr. 9572·54 abgeliefert haben, enthalten.

Nun folgen die Detailberichte und Tabellen:

## Vergleichende Zusammenstellung des Gesamteinlaufes

für Parteimarken nach Kronländern

| Land | Männermarken vom | | Frauenmarken vom | | Gesamteinlauf vom | | 1911/12 ergibt sich gegenüber 1910/11 ein | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 | 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 | 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 | 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 | 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 | 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 | + | − |
| | Kronen | | | | | | | |
| Böhmen . | 10350·— | 8190·— | 1860·— | 1500·— | 12210·— | 9690·— | 2520·— | . |
| Bukowina . . | 60·— | 90·— | . | . | 60·— | 90·— | | 30·— |
| Kärnten . . | 1080·— | 1230·— | 210·— | 150·— | 1290·— | 1380·— | . | 90·— |
| Mähren . . | 1110·— | 900·— | 360·— | 240·— | 1470·— | 1140·— | 330·— | . |
| Niederösterreich . . . | 3129·— | 2692·50 | 1588·50 | 2692·50 | 18633·50 | 15990·— | 2643·50 | . |
| Wien, nur Männer . | 13916·— | 10605·— | . | . | | | | |
| Oberösterreich | 1350·— | 1500·— | 309·— | 300·— | 1659·— | 1800·— | . | 141·— |
| Salzburg . . | 720·— | 570·— | 255·— | 108·— | 975·— | 678·— | 297·— | . |
| Schlesien . . | 669·— | 750·— | 393·— | 312·— | 1062·— | 1062·— | . | . |
| Steiermark . | 3480·— | 4740·— | 540·— | 570·— | 4020·— | 5310·— | . | 1290·— |
| Tirol . . . . | 630·— | 564·— | 30·— | 54·— | 660·— | 618·— | 42·— | . |
| Triest . . . | 31·80 | 30·— | . | . | 31·80 | 30·— | 1·80 | . |
| Vorarlberg . | 120·— | 210·— | 30·— | 90·— | 150·— | 300·— | . | 150·— |
| Summe . . | 36645·80 | 32071·50 | 5575·50 | 6016·50 | 42221·30 | 38088·— | 4133·30 | . |

Wir haben die Zahlen für 1910/11 berechnet, um einen genauen Vergleich mit der jetzigen Berichtsperiode zu ermöglichen. Von den Kronen 5575·50, die für Frauenmarken eingenommen wurden, erhielt das Frauenreichskomitee zwei Drittel, das sind 3717 Kr. Die der Parteivertretung verbleibenden Einnahmen waren daher nur Kr. 38.504·30.

## Abrechnung der Parteimarken (nach Ländern und Monaten geordnet).

Hier sind nur die tatsächlich für Parteimarken in der Zeit vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 abgelieferten Beträge berücksichtigt.

### a) Männermarken.

| Postnummer | Land | 1911 Juli | August | September | Oktober | November | Dezember | 1912 Jänner | Februar | März | April | Mai | Juni | Summe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Kronen | | | | | | | | | | | | |
| 1 | Böhmen | 1200·— | 900·— | . | 1500·— | 1200·— | 300·— | 1200·— | 900·— | 1500·— | 600·— | 600·— | 450·— | 10350·— |
| 2 | Bukowina | . | . | 30·— | . | . | 30·— | . | . | . | . | . | . | 60·— |
| 3 | Kärnten | 90·— | . | 150·— | 180·— | . | 150·— | 150·— | . | 180·— | . | . | 180·— | 1080·— |
| 4 | Mähren | . | 270·— | . | 180·— | 90·— | 90·— | . | 210·— | 90·— | . | 90·— | 90·— | 1110·— |
| 5 | Niederösterreich (ohne Wien) | 240·— | 210·— | 315·— | 450·— | 330·— | 234·— | 225·— | 330·— | 480·— | 120·— | 180·— | 15·— | 3129·— |
| 6 | Wien (Wochenmarken) | 1190·— | 630·— | 1645·— | 1120·— | 770·— | 1435·— | 1470·— | 1260·— | 1386·— | 700·— | 1260·— | 1050·— | 13916·— |
| 7 | Oberösterreich | 150·— | 150·— | 150·— | . | 150·— | 150·— | 150·— | 150·— | 150·— | 150·— | . | . | 1350·— |
| 8 | Salzburg | . | 180·— | . | 120·— | . | 120·— | . | . | 90·— | 90·— | . | 120·— | 720·— |
| 9 | Schlesien | 60·— | 39·— | 135·— | . | 30·— | 60·— | 60·— | 102·— | 105·— | 60·— | . | 18·— | 669·— |
| 10 | Steiermark | 360·— | 300·— | . | 600·— | . | 300·— | 300·— | 360·— | 300·— | 660·— | . | 300·— | 3480·— |
| 11 | Tirol | . | . | 90·— | . | 300·— | . | . | . | . | 240·— | . | . | 630·— |
| 12 | Triest | . | 9·— | . | . | 9·— | . | . | 480·— | . | . | 9·— | . | 31·80 |
| 13 | Vorarlberg | . | . | . | . | . | . | 90·— | . | . | . | . | 30·— | 120·— |
| | | | | | | | | | | | | | Gesamtsumme . . | 36645·80 |

### b) Frauenmarken.

| | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | Böhmen | 300·— | 300·— | . | . | . | 300·— | 300·— | 300·— | . | 300·— | . | 60·— | 1860·— |
| 2 | Bukowina | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . |
| 3 | Kärnten | 60·— | . | 30·— | . | . | 30·— | 30·— | . | 60·— | . | . | . | 210·— |
| 4 | Mähren | . | 60·— | . | 60·— | 40·— | 20·— | . | 90·— | 30·— | . | 30·— | 30·— | 360·— |
| 5 | Niederösterreich mit Wien | 75·— | 75·— | 255·— | 120·— | 105·— | 124·50 | 150·— | 120·— | 243·— | 60·— | 150·— | 111·— | 1588·50 |
| 6 | Oberösterreich | 30·— | . | 30·— | 39·— | 30·— | 30·— | 30·— | 30·— | 30·— | 30·— | . | 30·— | 309·— |
| 7 | Salzburg | . | 45·— | . | 45·— | . | 15·— | . | . | 51·— | 39·— | . | 60·— | 255·— |
| 8 | Schlesien | 30·— | 24·— | 45·— | . | 30·— | 30·— | 30·— | 60·— | 54·— | 30·— | 30·— | 30·— | 393·— |
| 9 | Steiermark | 60·— | 60·— | . | 90·— | . | 60·— | 60·— | 60·— | 30·— | 90·— | . | 30·— | 540·— |
| 10 | Tirol | . | . | . | . | . | . | 30·— | . | . | . | . | . | 30·— |
| 11 | Triest | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . |
| 12 | Vorarlberg | . | . | . | . | . | . | 30·— | . | . | . | . | . | 30·— |
| | | | | | | | | | | | | | Gesamtsumme . . | 5575·50 |

## Ausgegeben

wurden in der Berichtszeit an die Landesorganisationen

| Monat | Parteilegitimationen | Männermarken | Wiener Wochenmarken | Frauenmarken |
|---|---|---|---|---|
| Juli 1911 | 4950 | 66000 | 170000 | 21500 |
| August „ | 3400 | 50600 | 90000 | 15300 |
| September „ | 2100 | 44000 | 235000 | 15800 |
| Oktober „ | 9100 | 88000 | 160000 | 8000 |
| November „ | 7800 | 79300 | 110000 | 10000 |
| Dezember „ | 2800 | 47800 | 205000 | 21850 |
| Jänner 1912 | 3100 | 80500 | 210000 | 23500 |
| Februar „ | 1100 | 63400 | 180000 | 19500 |
| März „ | 7250 | 99500 | 198000 | 15900 |
| April „ | 4400 | 57000 | 100000 | 21300 |
| Mai „ | 4100 | 41300 | 180000 | 10000 |
| Juni „ | 1200 | alt 13600<br>neu 19500 | alt 130000<br>neu 20000 | alt 8000<br>neu 2700 |
| Summe | 54300 | 750500 | 1988000 | 193350 |

Es wurden also in der Berichtszeit durchschnittlich per Monat 62.541 Männer-, 16.112 Frauen- und durchschnittlich per Woche 38.230 Wiener Wochenmarken herausgegeben. Da in der Zeit vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 durchschnittlich per Monat 58.629 Männer-, 12.991 Frauen- und durchschnittlich per Woche 29.134 Wiener Wochenmarken ausgegeben wurden, ergibt sich in der Berichtszeit eine Steigerung von 3912 Männer-, 3121 Frauen- und 9096 Wiener Wochenmarken, die deutlich den Fortschritt in der Organisation zum Ausdruck bringt.

## Ausweis

über die während der Berichtszeit eingelaufene alte Reichsparteisteuer.

| Land | Restzahlungen | | Zweites Halbjahr 1911 | | Erstes Halbjahr 1912 | | Gesamtsumme | Gesamtzahl | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Zahl der Organisationen | Betrag Kronen | Zahl der Organisationen | Betrag Kronen | Zahl der Organisationen | Betrag Kronen | Kronen | der Organisationen | der Orte |
| Böhmen | 60 | 534·13 | 56 | 370·46 | 15 | 94·68 | 999·27 | 62 | 55 |
| Bukowina | . | . | . | . | . | . | | . | . |
| Galizien | 1 | 15·— | 1 | 15·— | . | | 30·— | 1 | 1 |
| Kärnten | . | . | . | . | . | . | | . | . |
| Mähren | 5 | 52·75 | 5 | 66·94 | 3 | 32·66 | 152·35 | 5 | 4 |
| Niederösterreich | 31 | 227·31 | 30 | 206·12 | 8 | 63·58 | 497·01 | 32 | 29 |
| Wien | 72 | 7250·92 | 66 | 9611·10 | 30 | 1508·65 | 18370·67 | 78 | 1 |
| Oberösterreich | 10 | 78·87 | 11 | 78·62 | 6 | 28·03 | 185·52 | 12 | 7 |
| Salzburg | 6 | 27·20 | 5 | 35·37 | 4 | 22·30 | 84·87 | 7 | 6 |
| Schlesien | 11 | 96·02 | 9 | 158·80 | 4 | 30·50 | 285·32 | 11 | 5 |
| Steiermark | 2 | 13·20 | 1 | 2·46 | 1 | 1·32 | 16·98 | 2 | 2 |
| Tirol | 6 | 78·24 | 6 | 101·44 | 3 | 18·— | 197·68 | 7 | 2 |
| Vorarlberg | . | . | . | . | . | . | . | . | . |
| Summe | 204 | 8373·64 | 190 | 10646·31 | 74 | 1799·72 | 20819·67 | 217 | 112 |

Die Erläuterung zu dieser Tabelle ist bereits oben gegeben worden.

Restzahlungen auf die 10 Prozent Abgabe, welche von den Bezirksorganisationen in den Jahren 1908 und 1909 an die Parteivertretung zu leisten waren, sind bloß von folgenden Bezirken geleistet worden: Prag 20 Kr., Radautz 41 H., Neutitschein 19 Kr., Böhmisch-Kamnitz Kr. 18·50; zusammen Kr. 57·91.

Die Bezirksorganisationen, die in dem letzten Parteitagsbericht als Restanten für diesen Beitrag angeführt worden sind, sind also auch für diesen Bericht noch dieselben. Es erübrigt sich, neuerlich ihre Namen zu nennen, denn wie es scheint hat auch die Schaustellung ihrer Namen vor der ganzen österreichischen Parteiöffentlichkeit keinen solchen Eindruck auf sie gemacht, daß sie sich veranlaßt gefühlt hätten, ihre Verpflichtung gegenüber der Parteivertretung zu erfüllen.

Für den Reichswahlfonds sind von folgenden Ländern bereits im Juni dieses Jahres Beträge eingelaufen, weil von ihnen Vorausbestellungen für die im Juli zur Ausgabe gelangenden neuen Marken gemacht worden sind:

| | Männermarken | Frauenmarken |
|---|---|---|
| | Kronen | |
| Böhmen | 492·— | . |
| Kärnten | 200·— | . |
| Niederösterreich | 20·— | 14·— |
| Wien | 200·— | . |
| Vorarlberg | 40·— | . |
| | 952·— | 14·— |
| | 966·— | |

## Kassenbericht des Frauenreichskomitees

für die Zeit vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912.

| Einnahmen | Kronen | | Ausgaben | Kronen | |
|---|---|---|---|---|---|
| Beiträge à 2 H., Tirol | 38·— | | Subventionen | 1140·— | |
| Marken vom Parteisekretariat, Mai 1911 bis März 1912 | 3329·— | | Versammlungskosten | 1943·27 | |
| Arbeiterinnen-Zeitung | 500·— | | Delegationskosten | 827·82 | |
| Versammlungen, Rückvergütung | 553·29 | | Korrespondenz des Frauenreichskomitees | 251·66 | |
| Korrespondenz des Frauenreichskomitees | 898·— | | Frauentag | 874·22 | |
| Bildungsarbeit | 53·— | | Broschüren | 221·34 | |
| Broschüren | 158·68 | | Bildungsarbeit | 84·60 | |
| Flugblätter | 69·82 | | Drucksorten | 1100·— | |
| Frauentag | 1501·81 | | Kanzleierfordernisse | 136·42 | |
| Postsparkassenzinsen | 10·64 | | Postporto | 172·95 | |
| Diverses | 10·48 | | Postsparkasse | 34·54 | |
| Durchgangsposten | 1417·43 | 8540·15 | Gründungsfest am 3. März 1912 | 240·04 | |
| | | | Spenden | 96·— | |
| | | | Diverses | 131·— | |
| | | | Durchgangsposten | 1417·43 | 8671·29 |
| Saldo am 1. Juli 1911 | · | 1561·64 | Saldo am 30. Juni 1912 | · | 1430·50 |
| Zusammen | | 10101·79 | Zusammen | | 10101·79 |

Gabriele Proft, Kassierin.

Für die Kontrolle:

Mathilde Eisler. Josefine Deutsch.

# Tabellarische Uebersicht.

## 1. Gesamtübersicht.

| Name des Landes | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Zahl der: Jugendorganisationen | anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Mitgliederstand: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Jugendorganisationen | Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen | § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen | Volksversammlungen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen | Anzahl der Arreststrafen | Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter: I. Wahlkörper | II. Wahlkörper | III. Wahlkörper | IV. Wahlkörper | Zahl der Orte mit Maifeier |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Böhmen | 569 | 156 | 123 | 209 | 160 | 26199 | 7194 | 6901 | 7525 | 22110 | 2239 | 5854 | 756 | 206 | 19 | 15 | 12 | 764 | . | 191 |
| Bukowina | 1 | 5 | . | 5 | 1 | 52 | 155 | . | 201 | 40 | 3 | 132 | 55 | . | . | . | . | 3 | . | 4 |
| Kärnten | 93 | . | 8 | 2 | 30 | 3511 | . | 671 | 112 | 1604 | 138 | 163 | 87 | 2 | . | . | 1 | 18 | . | 19 |
| Mähren | 130 | . | 22 | 14 | 43 | 5217 | . | 1119 | 503 | 1833 | 300 | 693 | 138 | 42 | 3 | 1 | . | 10 | 1 | 41 |
| Niederösterreich | 88 | 14 | 35 | 39 | 121 | 8396 | 1034 | 2274 | 1064 | 5734 | 116 | 994 | 235 | 18 | 2 | . | 2 | 21 | 97 | 74 |
| Wien | 1 | . | 20 | 19 | 106 | 12536 | . | 3383 | 2203 | 10980 | 581 | 2027 | 292 | 132 | 16 | . | . | 1 | 8 | 1 |
| Oberösterreich | 61 | . | 20 | 7 | 37 | 5122 | . | 980 | 319 | 1915 | 308 | 816 | 110 | 6 | . | . | . | 21 | 11 | 26 |
| Salzburg | 42 | . | 6 | 2 | 11 | 2979 | . | 607 | 78 | 421 | 126 | 171 | 46 | . | . | . | 1 | 5 | . | 12 |
| Schlesien | 58 | . | 15 | 6 | 31 | 2929 | . | 1188 | 270 | 2476 | 191 | 148 | 88 | 6 | 1 | . | . | 22 | . | 16 |
| Steiermark | 53 | 25 | 23 | 17 | 60 | 12119 | 1321 | 2157 | 727 | 7394 | 284 | 159 | 197 | 9 | 5 | . | . | 93 | . | 31 |
| Tirol | 7 | 18 | 8 | 1 | 27 | 1947 | 854 | 551 | 50 | 1520 | 83 | 100 | 51 | 7 | 1 | . | . | 8 | 3 | 13 |
| Vorarlberg | 15 | . | 6 | . | 15 | 869 | . | 256 | . | 703 | 67 | 136 | 30 | . | . | . | 1 | 2 | 10 | 9 |
| Zusammen 1912 | 1120 | 248 | 286 | 321 | 942 | 111876 | 13558 | 20090 | 13052 | 56730 | 4736 | 11693 | 2085 | 428 | 77 | 16 | 17 | 1004 | 133 | 137 |
| Zusammen 1911 | 1169 | 279 | 245 | 306 | 784 | 113265 | 15535 | 17823 | 9142 | 41113 | 1847 | 13721 | 3743 | 427 | 58 | 20 | 91 | 1127 | 119 | 404 |

## Böhmen.

| Name der Bezirksorganisation | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Zahl der: Jugendorganisationen | anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Mitgliederstand: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Jugendorganisationen | Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen | § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen | Volksversammlungen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen | Anzahl der Arreststrafen | Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter[1]: I. | II. | III. | IV. | Zahl der Orte mit Maifeier |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | | | | | | | | | | | Wahlkörper | | | | |
| Trautenau | 47 | 3 | . | 9 | 18 | 1978 | 143 | . | 287 | 691 | 182 | 186 | 53 | 22 | . | . | 1 | 19 | . | 14 |
| Gablonz | 35 | . | 10 | 16 | 34 | 1658 | . | 519 | 700 | 2126 | 139 | 228 | 20 | . | . | . | . | 16 | . | 12 |
| Reichenberg | 79 | 27 | 27 | 31 | 87 | 3503 | 606 | 1220 | 1515 | 3770 | 309 | 1024 | 228 | 25 | 1 | 3 | 9 | 205 | . | 31 |
| Warnsdorf | 29 | . | 8 | 14 | 33 | 2571 | . | 850 | 653 | 2298 | 139 | 381 | 23 | 9 | 2 | | 2 | 15 | . | 9 |
| Bodenbach | 25 | 65 | 14 | 37 | 46 | . 760 | 4326 | 831 | 1195 | 2289 | 182 | 657 | 109 | 9 | . | . | 8 | 149 | . | 26 |
| Aussig | 66 | . | 13 | 8 | 22 | 3273 | . | 896 | 340 | 1150 | 38 | 791 | 12 | 18 | . | . | . | 21 | . | 5 |
| Teplitz | 137 | . | 29 | 39 | 93 | 4516 | . | 1270 | 975 | 3343 | 741 | 943 | 106 | 55 | . | 1 | . | 79 | . | 38 |
| Karlsbad | 127 | 19 | 15 | 51 | 98 | 6523 | 809 | 963 | 1725 | 4276 | 375 | 1172 | 120 | 56 | 8 | 11 | 18 | 225 | . | 35 |
| Asch-Eger | 23 | 4 | 5 | 4 | 23 | 1250 | 93 | 295 | 135 | 1674 | 126 | 178 | 31 | 8 | 8 | . | 3 | 26 | . | 13 |
| Südböhmen | 1 | 37 | 2 | . | 5 | 167 | 1037 | 57 | . | 193 | 8 | 278 | 53 | 4 | . | . | 1 | 12 | . | 7 |
| Prag | . | 1 | . | . | 1 | . | 180 | . | . | 300 | . | 16 | 1 | . | . | . | . | . | | 1 |
| Zusammen 1912 | 569 | 156 | 123 | . | 460 | 26199 | 7194 | 6901 | . | 22110 | 2239 | 5854 | 756 | 206 | 19 | 15 | 42 | 764 | . | 191 |
| Zusammen 1911 | 563 | 155 | 95 | 128 | 390 | 26838 | 6916 | 6009 | 5243 | 20937 | 2334 | 7182 | 1352 | 316 | 9 | 18 | 75 | 863 | . | 157 |

[1] Darunter sozialdemokratische Gemeindevorsteher.

| Name der Bezirksorganisation | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Freie politische Organisationen | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Frauenorganisationen | Zahl der: Jugendorganisationen | Zahl der: anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Mitgliederstand: Politische Vereine | Mitgliederstand: Freie politische Organisationen | Mitgliederstand: Frauenorganisationen | Mitgliederstand: Jugendorganisationen | Mitgliederstand: Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen | Abgehaltene politische Versammlungen: §. 2 und Vertrauenspersonenversammlungen | Abgehaltene politische Versammlungen: Volksversammlungen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Arreststrafen | Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter: I. Wahlkörper | II. Wahlkörper | III. Wahlkörper | IV. Wahlkörper | Zahl der Orte mit Maifeier |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **I. Kreis: Trautenau.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Braunau | 10 | . | . | 3 | 2 | 858 | . | 90 | . | 133 | 46 | 38 | 14 | 3 | . | . | . | 4 | . | 2 |
| Grulich | . | 3 | . | 1 | 3 | . | 143 | 20 | 24 | 58 | 8 | 24 | 6 | 1 | . | . | . | 3 | . | 1 |
| Hohenelbe-Arnau | 12 | . | . | 1 | 3 | 441 | . | 24 | 18 | 100 | 21 | 45 | 21 | 4 | . | . | 1 | 7 | . | 3 |
| Landskron | 10 | . | . | 3 | 4 | 211 | . | 85 | . | 205 | 12 | 40 | 9 | 8 | . | . | . | . | . | 2 |
| Trautenau | 15 | . | . | 1 | 6 | 468 | . | 68 | . | 195 | 95 | 39 | 3 | 3 | . | . | . | 5 | . | 6 |
| Zusammen 1912 | 74 | 3 | . | 9 | 18 | 1978 | 143 | 287 | 42 | 691 | 182 | 186 | 53 | 22 | . | . | . | 19 | . | 14 |
| Zusammen 1911 | 36 | 1 | 1 | 1 | 11 | 1279 | 160 | 100 | 25 | 511 | 145 | 186 | 69 | 22 | . | . | . | 21 | . | 11 |
| **II. Kreis: Gablonz.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Gablonz | 21 | . | 5 | 6 | 15 | 1044 | . | 240 | 225 | 811 | 71 | 141 | 9 | . | . | . | . | 5 | . | 7 |
| Rochlitz | . | . | . | 2 | . | . | . | . | 85 | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . |
| Tannwald | 14 | . | 5 | 8 | 19 | 614 | . | 279 | 390 | 1312 | 68 | 87 | 11 | . | . | . | . | 11 | . | 5 |
| Zusammen 1912 | 35 | . | 10 | 16 | 34 | 1658 | . | 519 | 600 | 2126 | 139 | 228 | 20 | . | . | . | . | 16 | . | 12 |
| Zusammen 1911 | 34 | 3 | 8 | 14 | 38 | 1648 | 180 | 125 | 651 | 2025 | 225 | 299 | 100 | 2 | . | . | 1 | 29 | . | 11 |

| Name der Bezirksorganisation | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Zahl der: Jugendorganisationen | anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Mitgliederstand: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Jugendorganisationen | Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen | § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen | Volksversammlungen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen | Anzahl der Arreststrafen | Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter: I. Wahlkörper | II. Wahlkörper | III. Wahlkörper | IV. Wahlkörper | Zahl der Orte mit Maifeier |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **III. Kreis: Reichenberg.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Deutsch-Gabel | 1 | 11 | . | 2 | 4 | 30 | 146 | . | 80 | 185 | 6 | 88 | 36 | . | . | 1 | 4 | 26 | . | 1 |
| Friedland-Neustadt a. d. T. | 28 | . | 3 | 9 | 14 | 1067 | . | 152 | 325 | 647 | 26 | 213 | 124 | 8 | 1 | . | . | 51 | . | 10 |
| Kratzau | 20 | . | 6 | 8 | 24 | 943 | . | 295 | 375 | 1413 | 165 | 210 | 11 | 4 | . | . | . | 50 | . | 2 |
| Niemes | 1 | 7 | 2 | 1 | 5 | 160 | 140 | 148 | 80 | 320 | 79 | 56 | 10 | 7 | . | 1 | 4 | 25 | . | 2 |
| Reichenberg | 28 | . | 15 | 8 | 34 | 1176 | . | 571 | 430 | 1783 | 28 | 366 | 36 | 2 | . | 1 | 1 | 30 | . | 14 |
| Zwickau | 1 | 9 | 1 | 3 | 6 | 127 | 320 | 54 | 225 | 422 | 5 | 91 | 11 | 4 | . | . | . | 23 | . | 2 |
| Zusammen 1912 | 79 | 27 | 27 | 31 | 87 | 3503 | 606 | 1220 | 1515 | 3770 | 309 | 1024 | 228 | 25 | 1 | 3 | 9 | 205 | . | 31 |
| Zusammen 1911 | 66 | 39 | 21 | 20 | 72 | 3115 | 1319 | 1139 | 1213 | 3949 | 161 | 1406 | 174 | 20 | . | 5 | 10 | 195 | . | 25 |
| **IV. Kreis: Warnsdorf.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Rumburg | 8 | . | 1 | 3 | 12 | 802 | . | 300 | 160 | 1000 | 29 | 77 | 11 | 6 | 1 | . | 2 | 15 | . | 5 |
| Schluckenau | 15 | . | 4 | 6 | 12 | 789 | . | 405 | 185 | 798 | 78 | 82 | 6 | 3 | . | . | . | . | . | 3 |
| Warnsdorf | 6 | . | 3 | 5 | 9 | 980 | . | 454 | 308 | 500 | 32 | 282 | 6 | . | 1 | . | . | . | . | 1 |
| Zusammen 1912 | 29 | . | 8 | 14 | 33 | 2571 | . | 1159 | 653 | 2298 | 139 | 381 | 23 | 9 | 2 | . | 2 | 15 | . | 9 |
| Zusammen 1911 | 26 | . | 2 | 2 | 21 | 2495 | . | 171 | 116 | 2244 | 99 | 411 | 146 | 27 | 5 | . | . | 20 | . | 12 |

| Name der Bezirksorganisation | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Zahl der: Jugendorganisationen | anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Mitgliederstand: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Jugendorganisationen | Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c. | Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen | § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen | Volksversammlungen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen | Anzahl der Arreststrafen | Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter: I. | II. | III. | IV. | Zahl der Orte mit Maifeier |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | | | | | | | | | | | Wahlkörper | | | | |
| **V. Kreis: Bodenbach.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Bensen | 14 | . | 4 | 9 | 8 | 710 | . | 214 | 310 | 144 | 14 | 73 | 2 | 9 | . | . | 6 | 35 | . | . |
| Böhm.-Haida | . | 16 | . | 5 | 7 | . | 560 | . | 150 | 600 | . | 130 | 4 | . | . | . | 2 | 21 | . | 12 |
| Böhm.-Kamnitz | . | 7 | . | 2 | . | . | 374 | . | 80 | . | . | . | . | . | . | . | . | 13 | . | . |
| Böhm.-Leipa | 10 | . | 2 | 6 | 6 | . | 350 | 50 | 170 | 200 | 81 | . | 4 | . | . | . | . | 4 | . | 1 |
| Tetschen | 1 | 37 | 8 | 14 | 23 | 50 | 2867 | 567 | 460 | 1288 | 57 | 454 | 97 | . | . | . | . | 72 | . | 12 |
| Wernstadt | . | 5 | . | 1 | 2 | . | 175 | . | 25 | 57 | 30 | . | 2 | . | . | . | . | 1 | . | 1 |
| Zusammen 1912 | 25 | 65 | 14 | 37 | 46 | 760 | 4326 | 831 | 1195 | 2289 | 182 | 657 | 109 | 9 | . | . | 8 | 119 | . | 26 |
| Zusammen 1911 | 26 | 58 | 15 | 22 | 52 | 1617 | 3195 | 1240 | 983 | 2859 | 132 | 958 | 121 | 29 | 1 | 1 | 15 | 185 | . | 39 |
| **VI. Kreis: Aussig.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Aussig Stadt | 1 | . | 1 | 1 | 5 | 867 | . | 314 | 95 | 366 | 6 | 172 | 8 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Aussig Land | 54 | . | 11 | 7 | 15 | 2032 | . | 553 | 245 | 693 | 31 | 562 | 3 | 18 | . | . | . | 21 | . | 12 |
| Leitmeritz | 11 | . | 1 | . | 2 | 374 | . | 29 | . | 91 | 1 | 57 | 1 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Lobositz | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . |
| Zusammen 1912 | 66 | . | 13 | 8 | 22 | 3273 | . | 896 | 340 | 1150 | 38 | 791 | 12 | 18 | . | . | . | 21 | . | 5 |
| Zusammen 1911 | 79 | . | 10 | 8 | 22 | 3302 | . | 724 | 317 | 1117 | 467 | 549 | 113 | 30 | . | . | . | 15 | . | 4 |

| Name der Bezirksorganisation | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Zahl der: Jugendorganisationen | anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Mitgliederstand: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Jugendorganisationen | Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen | § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen | Volksversammlungen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen | Anzahl der Arreststrafen | Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter: I. Wahlkörper | II. Wahlkörper | III. Wahlkörper | IV. Wahlkörper | Zahl der Orte mit Maifeier |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **VII. Kreis: Teplitz-Saaz.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Brüx | 9 | . | 1 | 7 | 2 | 234 | . | 67 | 155 | 41 | 10 | 80 | 6 | 10 | . | . | . | . | . | 1 |
| Dux-Bilin | 16 | . | 5 | 10 | 29 | 423 | . | 156 | 205 | 1078 | 120 | 90 | 12 | 5 | . | . | . | 11 | . | 4 |
| Görkau | 14 | . | 2 | 2 | 7 | 243 | . | 55 | 50 | ? | 113 | 49 | 11 | 1 | . | . | . | . | . | 1 |
| Kaaden | 13 | . | 1 | 3 | 5 | 426 | . | 40 | 70 | 265 | 77 | 50 | 10 | 6 | . | . | . | 6 | . | 11 |
| Komotau | 13 | . | 5 | . | 10 | 524 | . | 259 | . | 557 | 12 | 132 | 24 | 1 | . | 1 | . | 11 | . | 2 |
| Ludiz-Buchau | 11 | . | . | . | . | 233 | . | . | . | . | 72 | 3 | 1 | . | . | . | . | . | . | 4 |
| Oberleutensdorf | 10 | . | 2 | 1 | 6 | 307 | . | 60 | 35 | 178 | 13 | 99 | 7 | 3 | . | . | . | 1 | . | 8 |
| Podersam | 10 | . | . | 1 | 7 | 330 | . | . | 30 | 375 | 69 | 51 | 12 | 15 | . | . | . | 4 | . | 5 |
| Saaz | 14 | . | 1 | . | 6 | 353 | . | 63 | . | 186 | 76 | 122 | 13 | 8 | . | . | . | 7 | . | 1 |
| Teplitz | 27 | . | 12 | 15 | 21 | 1443 | . | 570 | 430 | 663 | 179 | 267 | 10 | 6 | . | . | . | 39 | . | 1 |
| Zusammen 1912 | 137 | . | 29 | 39 | 93 | 4516 | . | 1270 | 975 | 3343 | 741 | 943 | 106 | 55 | . | 1 | . | 79 | . | 38 |
| Zusammen 1911 | 133 | . | 26 | 17 | 84 | 4772 | . | 1201 | 394 | 2549 | 411 | 1229 | 218 | 44 | 1 | . | 11 | 92 | . | 16 |
| **VIII. Kreis: Karlsbad.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Elbogen | 28 | . | 4 | 9 | 20 | 1704 | . | 189 | 310 | 2039 | 157 | 204 | 23 | 5 | . | 5 | 9 | 91 | . | 1 |
| Falkenau a. d. E. | 11 | . | . | 3 | 13 | 552 | . | . | 95 | 420 | 20 | 95 | 8 | 11 | 1 | . | . | 13 | . | 2 |
| Übertrag | 39 | . | 4 | 12 | 33 | 2256 | . | 189 | 405 | 2459 | 177 | 299 | 31 | 16 | 1 | 5 | 9 | 104 | . | 3 |

| Name der Bezirksorganisation | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Zahl der: Jugendorganisationen | anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Mitgliederstand: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Jugendorganisationen | Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen | § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen | Volksversammlungen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen | Anzahl der Arreststrafen | Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter: I. Wahlkörper | II. Wahlkörper | III. Wahlkörper | IV. Wahlkörper | Zahl der Orte mit Maifeier |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Uebertrag | 39 | . | 4 | 12 | 33 | 2256 | . | 189 | 405 | 2459 | 177 | 299 | 31 | 16 | 1 | 5 | 9 | 104 | . | 3 |
| Graslitz | 15 | . | 1 | 5 | 11 | 820 | . | 170 | 185 | 1151 | 41 | 166 | 11 | 2 | 1 | 2 | 2 | 23 | | 6 |
| Karlsbad | 33 | . | 4 | 17 | 35 | 1731 | . | 311 | 512 | 891 | 83 | 312 | 27 | 30 | 6 | . | . | 39 | . | 10 |
| Neudek | 13 | . | . | 9 | 4 | 543 | . | . | 275 | 76 | . | 93 | 7 | . | . | 4 | 5 | 28 | . | 1 |
| Petschau | . | 9 | 1 | 1 | . | . | 187 | 18 | 35 | . | . | 55 | 8 | . | . | . | . | 9 | . | 2 |
| Platten | 5 | . | 1 | 3 | 4 | 131 | . | 46 | 95 | 195 | 10 | 29 | 7 | . | . | . | . | . | . | 3 |
| Prennet | 5 | . | . | . | . | 101 | . | . | . | . | . | 10 | 1 | 2 | . | . | . | 5 | . | . |
| St. Joachimsthal | 1 | 4 | 2 | 1 | 3 | 334 | 139 | 88 | 30 | 155 | 13 | 40 | 6 | 2 | . | . | . | . | . | 4 |
| Staab | 5 | . | . | 1 | 5 | 210 | . | . | 48 | 150 | . | 43 | 5 | 3 | . | . | . | 1 | . | 2 |
| Tachau | 10 | . | . | . | 1 | 357 | . | . | . | 41 | 18 | 65 | 3 | . | . | . | 1 | 13 | . | 1 |
| Weipert | 1 | 6 | 2 | 2 | 2 | 40 | 483 | 141 | 140 | 158 | 33 | 60 | 14 | 1 | . | . | 1 | 3 | . | 3 |
| Zusammen 1912 | 127 | 19 | 15 | 51 | 98 | 6523 | 809 | 963 | 1725 | 5276 | 375 | 1172 | 120 | 56 | 8 | 11 | 18 | 225 | . | 35 |
| Zusammen 1911 | . | . | . | . | | . | . | . | . | . | . | | . | . | . | . | . | . | . | . |

## IX. Kreis: Asch.

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Asch | 12 | . | 2 | 3 | 8 | 586 | . | 150 | 120 | 818 | 99 | 50 | 13 | 7 | 5 | . | 3 | 18 | . | 8 |
| Eger | 5 | . | 2 | . | 7 | 461 | . | 120 | . | 382 | . | 12 | 4 | . | 3 | . | . | 8 | . | 1 |
| Marienbad | . | 4 | | . | 6 | . | 93 | . | . | 400 | . | 40 | 5 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Wildstein | 6 | . | 1 | 1 | 2 | 200 | . | 25 | 15 | 74 | 27 | 46 | 9 | 1 | . | . | . | . | . | 3 |
| Zusammen 1912 | 23 | 4 | 5 | 1 | 23 | 1250 | 93 | 295 | 135 | 1674 | 126 | 178 | 31 | 8 | 8 | . | 3 | 26 | . | 13 |
| Zusammen 1911 | 25 | 7 | 3 | 1 | 11 | 1250 | 220 | 312 | 6 | 1278 | 306 | 363 | 76 | 15 | 1 | . | 1 | 23 | . | 11 |

| Name der Bezirksorganisation | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Freie politische Organisationen | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Frauenorganisationen | Zahl der: Jugendorganisationen | Zahl der: anderen Vereine (Turn-, Gesang- etc.) | Mitgliederstand: Politische Vereine | Mitgliederstand: Freie politische Organisationen | Mitgliederstand: Frauenorganisationen | Mitgliederstand: Jugendorganisationen | Mitgliederstand: Andere Vereine (Turn-, Gesang- etc.) | Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen | Abgehaltene politische Versammlungen: § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen | Abgehaltene politische Versammlungen: Volksversammlungen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Arreststrafen | Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter: I. Wahlkörper | II. Wahlkörper | III. Wahlkörper | IV. Wahlkörper | Zahl der Orte mit Maifeier |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **X. Kreis: Südböhmen.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Alt-Langendorf | Kein Bericht eingelangt. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Außergefild | . | 4 | . | . | . | . | 150 | . | . | . | . | 18 | 4 | . | . | . | 1 | 6 | . | 1 |
| Blauenschlag | . | 2 | . | . | . | . | 46 | . | . | . | . | 11 | 1 | . | . | . | . | 3 | . | . |
| Budweis | . | 2 | 1 | . | 1 | . | 73 | 6 | . | 50 | . | 29 | 7 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Kaplitz | . | 2 | . | . | . | . | 60 | . | . | . | . | 19 | 2 | . | . | . | . | . | . | . |
| Krumau | 1 | 4 | 1 | . | 2 | 110 | 183 | 51 | . | 82 | 8 | 41 | 13 | 4 | . | . | . | . | . | . |
| Neubistritz | . | 4 | . | . | . | 57 | . | . | . | . | . | 30 | 8 | . | . | . | . | 3 | . | . |
| Oberplan | . | 7 | . | . | 1 | . | 143 | . | . | 50 | . | 53 | 6 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Simmersdorf | . | 2 | . | . | 1 | . | 46 | . | . | 11 | . | 17 | 3 | . | . | . | . | . | . | 2 |
| Sonnberg | . | 8 | . | . | . | . | 235 | . | . | . | . | 42 | 7 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Wallern | Kein Bericht eingelangt. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Winterberg | . | 2 | . | . | . | . | 101 | . | . | . | . | 18 | 2 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Zusammen 1912 | 1 | 37 | 2 | . | 5 | 167 | 1037 | 57 | . | 193 | 8 | 278 | 53 | 4 | . | . | 1 | 12 | . | 7 |
| Zusammen 1911 | 1 | 40 | 1 | . | 6 | 200 | 1470 | 55 | . | 192 | 24 | 338 | 72 | 4 | . | 1 | 4 | 28 | . | 7 |
| **Bezirksorganisation Prag.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Prag 1912 | . | 1 | . | . | 1 | . | 180 | . | . | 300 | . | 16 | 1 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Prag 1911 | . | 1 | . | . | 1 | . | 180 | . | . | 340 | . | 23 | 1 | . | . | . | . | . | . | 1 |

| Name der Bezirksorganisation | Zahl der mit sozialdemokratischer Organisation | | | Zahl der | | Mitgliederstand | | | | | Abgehaltene politische Versammlungen | | | Politische Verfolgungen | | Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter | | | | Zahl der Orte mit Maifeier |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Jugendorganisationen | anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Jugendorganisationen | Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Vereinsversammlungen | § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen | Volksversammlungen | Anzahl der Geldstrafen | Anzahl der Arreststrafen | I. | II. | III. | IV. | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | Wahlkörper | | | | |
| **Bukowina.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Czernowitz | 1 | 1 | . | 2 | . | 52 | 100 | . | 84 | . | 3 | 120 | 45 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Radautz | . | 1 | . | 1 | 1 | . | 10 | . | 10 | 10 | . | 2 | 3 | . | . | . | . | 1 | . | 1 |
| Sereth | . | 1 | . | . | . | . | 5 | . | . | . | . | . | 1 | . | . | . | . | . | . | . |
| Suczawa | . | 1 | . | 1 | . | . | 20 | . | 35 | . | . | 1 | 2 | . | . | . | . | 2 | . | 1 |
| Storozynetz | . | 1 | . | 1 | . | . | 20 | . | 12 | . | . | 6 | 1 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Zusammen 1912 | 1 | 5 | . | 5 | 1 | 52 | 155 | . | 201 | 40 | 3 | 132 | 55 | . | . | . | . | 3 | . | 1 |
| Zusammen 1911 | 1 | 5 | . | 4 | 1 | 46 | 423 | . | 199 | 40 | 15 | 117 | 158 | 1 | . | . | 1 | 5 | . | 4 |
| **Kärnten.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Ferlach | 5 | . | 1 | 1 | 1 | 215 | . | 14 | 58 | 226 | 11 | 5 | 2 | . | . | . | . | . | . | 2 |
| Klagenfurt Stadt | 1 | . | 1 | . | 6 | 280 | . | 110 | . | 600 | 8 | 12 | 10 | 2 | . | . | . | . | . | 1 |
| „ Land | 17 | . | . | . | . | 402 | . | . | . | . | 7 | 9 | . | . | . | . | . | . | . | . |
| Spittal | 18 | . | 2 | . | 3 | 393 | . | 85 | . | 77 | 21 | 35 | 9 | . | . | . | . | . | . | 2 |
| Villach | 24 | . | 2 | 1 | 12 | 1230 | . | 301 | 51 | 354 | 36 | 62 | 49 | . | . | . | 1 | 14 | . | 1 |
| Völkermarkt | 12 | . | 1 | . | 1 | 691 | . | 101 | . | 297 | 32 | 21 | 10 | . | . | . | . | 2 | . | 12 |
| Wolfsberg | 6 | . | 1 | . | 1 | 300 | . | 30 | . | 50 | 20 | 16 | 7 | . | . | . | . | 2 | . | 1 |
| Zusammen 1912 | 93 | . | 8 | 2 | 30 | 3511 | . | 674 | 112 | 1604 | 138 | 163 | 87 | 2 | . | . | 1 | 18 | . | 19 |
| Zusammen 1911 | 94 | . | 6 | 1 | 22 | 4238 | . | 535 | 38 | 810 | 220 | 269 | 145 | . | . | . | . | 11 | . | 22 |

| Name der Bezirksorganisation | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Zahl der: Jugendorganisationen | anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Mitgliederstand: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Jugendorganisationen | Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen | § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen | Volksversammlungen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen | Anzahl der Arreststrafen | Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter: I. Wahlkörper | II. Wahlkörper | III. Wahlkörper | IV. Wahlkörper | Zahl der Orte mit Maifeier |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Mähren.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Gau I: Brünn | 21 | . | 5 | 1 | 14 | 1190 | . | 315 | 84 | 804 | 98 | 195 | 39 | 23 | 2 | . | . | 1 | 4 | 10 |
| „ II: Mährisch-Schönberg | 31 | . | 4 | 7 | 9 | 1123 | | 138 | 260 | 348 | 76 | 225 | 13 | 2 | . | 1 | . | 5 | . | 8 |
| „ III: Sternberg | 50 | . | 5 | . | 8 | 667 | . | 184 | . | 250 | 60 | 132 | 57 | 4 | 1 | . | . | 27 | . | 12 |
| „ IV: Neutitschein | 18 | . | 5 | 2 | 7 | 1857 | . | 338 | 50 | 268 | 32 | 93 | 15 | 3 | . | . | . | 6 | . | 6 |
| „ V: Lundenburg | 6 | . | 1 | . | 2 | 117 | . | 30 | . | 50 | 12 | 5 | 3 | . | . | . | . | 1 | . | 1 |
| „ VI: Mährisch-Ostrau | 4 | . | 2 | 4 | 3 | 263 | . | 118 | 109 | 113 | 22 | 43 | 11 | 10 | . | . | . | . | . | 4 |
| Zusammen 1912 | 130 | . | 22 | 14 | 43 | 5217 | . | 1119 | 503 | 1833 | 300 | 693 | 138 | 42 | 3 | 1 | . | 40 | 4 | 41 |
| Zusammen 1911 | 161 | 14 | 14 | 4 | . | 5240 | 400 | 1288 | 219 | . | . | . | . | . | . | . | 2 | 54 | 4 | . |
| **Niederösterreich.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Amstetten | 4 | . | 1 | . | 2 | 267 | . | 55 | . | 51 | 7 | 44 | 11 | . | . | . | . | . | 5 | 1 |
| Baden | 1 | 1 | . | 2 | 2 | 35 | 250 | . | 36 | 50 | . | 8 | 4 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Fürtrag | 5 | 1 | 1 | 2 | 4 | 302 | 250 | 55 | 36 | 101 | 7 | 52 | 15 | . | . | . | . | . | 5 | 2 |

| Name der Bezirksorganisation | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Zahl der: Jugendorganisationen | anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Mitgliederstand: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Jugendorganisationen | Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen | § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen | Volksversammlungen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen | Anzahl der Arreststrafen | Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter: I. Wahlkörper | II. Wahlkörper | III. Wahlkörper | IV. Wahlkörper | Zahl der Orte mit Maifeier |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Uebertrag . . | 5 | 1 | 1 | 2 | 4 | 302 | 250 | 55 | 36 | 101 | 7 | 52 | 15 | . | . | . | . | . | 5 | 2 |
| Ebreichsdorf . . . . . | 9 | . | 2 | 4 | 5 | 523 | . | 39 | 160 | 360 | 18 | 9 | 7 | . | . | . | . | . | 5 | 3 |
| Gaming . . . . . | 5 | . | . | . | 8 | 194 | . | . | . | 299 | 13 | 11 | 8 | . | . | . | . | 3 | | 3 |
| Gmünd . . . . . | 8 | . | 1 | . | 4 | 261 | . | 23 | . | 141 | 27 | 41 | 13 | 1 | . | . | . | 2 | 9 | 8 |
| Hohenberg . . . . . | 7 | . | 1 | . | 11 | 877 | . | 60 | . | 565 | 4 | 104 | 14 | . | . | . | . | 5 | 1 | 3 |
| Klosterneuburg . . . . . | 4 | . | 1 | . | 1 | 129 | . | 25 | . | 60 | 17 | 18 | 10 | 1 | . | . | . | . | . | 1 |
| Krems . . . . . | 3 | . | 2 | 1 | 2 | 234 | . | 68 | 38 | 52 | 11 | 13 | 11 | . | . | . | . | . | . | 3 |
| Laa a. d. Thaya . . . . . | 1 | . | . | . | . | 28 | . | . | . | . | 6 | 1 | . | . | . | . | . | . | 1 | 1 |
| Liesing . . . . . | 8 | . | 3 | 1 | 12 | 1200 | . | 168 | 35 | 416 | 30 | 153 | 8 | . | . | . | . | . | 22 | 7 |
| Marchegg . . . . . | 1 | . | . | . | . | 68 | . | . | . | . | 5 | 2 | 3 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Mistelbach . . . . . | 1 | . | . | . | 1 | 40 | . | . | . | 65 | 2 | 15 | 1 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Mödling . . . . . | 8 | . | 2 | 5 | 14 | 775 | . | 79 | 125 | 434 | 98 | 19 | 11 | 2 | . | . | . | 1 | 6 | 4 |
| Neunkirchen . . . . . | 5 | 7 | 5 | 4 | 7 | 928 | 641 | 244 | 115 | 904 | 10 | 85 | 13 | 3 | . | . | . | 4 | 10 | 3 |
| Oberhollabrunn . . . . . | 1 | . | . | . | 1 | 36 | . | . | . | 28 | 12 | 5 | 2 | 1 | . | . | . | . | . | 1 |
| Pottenstein . . . . . | . | 8 | 2 | 1 | 8 | . | 402 | 89 | 15 | 317 | . | 52 | 14 | 2 | . | . | . | . | 4 | 4 |
| Purkersdorf . . . . . | 5 | . | . | . | 2 | 297 | . | . | . | 65 | 24 | 44 | 11 | . | . | . | . | . | 5 | 1 |
| St. Pölten . . . . . | . | 14 | 4 | 9 | 12 | . | 2089 | 320 | 210 | 672 | . | 169 | 35 | 3 | . | . | . | 3 | 8 | 13 |
| Schwechat . . . . . | 10 | . | 4 | 1 | 7 | 1135 | . | 505 | 25 | 297 | 45 | 80 | 24 | 2 | 2 | . | 2 | . | 12 | 5 |
| Stockerau . . . . . | 6 | . | 2 | 3 | 10 | 969 | . | 367 | 85 | 393 | 30 | 36 | 11 | . | . | . | . | 4 | 6 | 4 |
| Waidhofen a. d. Thaya . . | . | . | . | . | . | . | . | . | 40 | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . |
| Waidhofen a. d. Ybbs . . . | . | 5 | 2 | 3 | 5 | . | 175 | 73 | . | 193 | 7 | 15 | 6 | 3 | . | . | . | . | . | 2 |
| Wiener-Neustadt . . . . . | 1 | 9 | 3 | 5 | 7 | 400 | 477 | 159 | 180 | 442 | 20 | 60 | 18 | . | . | . | . | 2 | 2 | 4 |
| Zusammen 1912 . . | 88 | 44 | 35 | 39 | 121 | 8396 | 4034 | 2274 | 1064 | 5734 | 416 | 994 | 235 | 18 | 2 | . | 2 | 21 | 97 | 74 |
| Zusammen 1911 . . | 75 | 81 | 29 | 19 | 146 | 7035 | 6814 | 1973 | 560 | 5993 | 349 | 1391 | 417 | 42 | 6 | 2 | 2 | 26 | 87 | 88 |

| Name der Bezirksorganisation | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Freie politische Organisationen | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Frauenorganisationen | Zahl der: Jugendorganisationen | Zahl der: anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Mitgliederstand: Politische Vereine | Mitgliederstand: Freie politische Organisationen | Mitgliederstand: Frauenorganisationen | Mitgliederstand: Jugendorganisationen | Mitgliederstand: Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen | Abgehaltene politische Versammlungen: § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen | Abgehaltene politische Versammlungen: Volksversammlungen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Arreststrafen | Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter: I. Wahlkörper | II. Wahlkörper | III. Wahlkörper | IV. Wahlkörper | Zahl der Orte mit Maifeier |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Wien.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| I | 1 | . | 1 | . | . | 130 | . | 17 | . | . | 8 | . | 18 | . | . | . | . | . | . | . |
| II | 1 | . | 1 | 1 | 4 | 1784 | . | 80 | 180 | 900 | 35 | 65 | 31 | 6 | ? | . | . | . | 1 | . |
| III | 1 | . | 1 | 1 | 7 | 2428 | . | 200 | 159 | 795 | 23 | 78 | 5 | . | . | . | . | . | . | . |
| IV | 1 | . | 1 | 1 | 1 | 262 | . | 48 | 35 | 28 | 5 | 13 | 2 | . | . | . | . | . | . | . |
| V | 1 | . | 1 | 1 | 6 | 2700 | . | 108 | 120 | 450 | 40 | 190 | 24 | 4 | . | . | . | . | 1 | . |
| VI | 1 | . | 1 | 1 | 1 | 760 | . | 132 | 60 | 40 | 12 | 34 | 14 | . | 1 | . | . | . | . | . |
| VII | 1 | . | . | 1 | 3 | 427 | . | . | 90 | 120 | 35 | 5 | 7 | 6 | . | . | . | . | . | . |
| VIII | 1 | . | 1 | . | 1 | 400 | . | 70 | . | 30 | 36 | . | 6 | . | . | . | . | . | . | . |
| IX | 1 | . | 1 | 1 | 5 | 632 | . | 200 | 95 | 785 | 8 | 10 | 35 | 25 | 3 | . | . | . | . | . |
| X | 1 | . | 1 | 1 | 6 | 5035 | . | 367 | 256 | 887 | 16 | 219 | 10 | . | . | . | . | . | 1 | . |
| XI | 1 | . | 1 | 1 | 4 | 1166 | . | 150 | 63 | 214 | 45 | 43 | 12 | 6 | 9 | . | . | . | 1 | . |
| XII | 1 | . | 1 | 1 | 5 | 3385 | . | 222 | 94 | 805 | 65 | 103 | 6 | 48 | 19 | . | . | . | . | . |
| XIII | 1 | . | 1 | 1 | 6 | 2400 | . | 64 | 40 | 250 | 15 | 23 | 12 | 6 | ? | . | . | . | . | . |
| XIV | 1 | . | 1 | 1 | 6 | 2370 | . | 136 | 112 | 653 | 27 | 73 | 5 | 2 | 1 | . | . | . | 1 | . |
| XV | 1 | . | 1 | . | 2 | 1155 | . | 62 | . | 100 | 29 | 35 | 11 | 5 | ? | . | . | . | . | . |
| XVI | 1 | . | 1 | 2 | 20 | 8752 | . | 271 | 360 | 3282 | 6 | 157 | 6 | 1 | ? | . | . | 1 | 1 | . |
| XVII | 1 | . | 1 | 1 | 2 | 1663 | . | 38 | 89 | 65 | 9 | 159 | 7 | 5 | 6 | . | . | . | . | . |
| XVIII | 1 | . | 1 | 1 | 4 | 817 | . | 85 | 84 | 356 | 56 | 216 | 7 | 4 | ? | . | . | . | . | . |
| XIX | 1 | . | 1 | . | 1 | 540 | . | 145 | | 30 | 21 | 32 | 8 | 2 | ? | . | . | . | . | . |
| XX | 1 | . | 1 | 1 | 4 | 2300 | . | 285 | 85 | 240 | 25 | 12 | 6 | 10 | 5 | . | . | . | 1 | . |
| XXI | 5 | | 1 | 2 | 18 | 3430 | . | 700 | 280 | 950 | 65 | 560 | 59 | 2 | . | . | . | . | 1 | . |
| Zusammen 1912 | 25 | . | 20 | 19 | 106 | 42536 | . | 3383 | 2202 | 10980 | 581 | 2027 | 292 | 132 | 46 | . | . | 1 | 8 | 1 |
| Zusammen 1911 | 25 | . | 19 | 18 | 109 | 39617 | . | 2746 | 2003 | 8998 | 967 | 1727 | 515 | 36 | 13 | . | . | . | 7 | 1 |

| Name der Bezirksorganisation | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Freie politische Organisationen | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Frauenorganisationen | Zahl der: Jugendorganisationen | Zahl der: anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Mitgliederstand: Politische Vereine | Mitgliederstand: Freie politische Organisationen | Mitgliederstand: Frauenorganisationen | Mitgliederstand: Jugendorganisationen | Mitgliederstand: Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen | Abgehaltene politische Versammlungen: S.- und Vertrauenspersonenversammlungen | Abgehaltene politische Versammlungen: Volksversammlungen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Arreststrafen | Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter: Wahlkörper I. | Wahlkörper II. | Wahlkörper III. | Wahlkörper IV. | Zahl der Orte mit Maifeier |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Oberösterreich.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Attnang | 5 | . | 2 | . | 5 | 226 | . | 30 | . | 209 | 12 | 37 | 4 | . | . | . | . | 3 | . | 2 |
| Braunau | 2 | . | . | . | . | 193 | . | . | . | . | 10 | 21 | 5 | . | . | . | . | . | . | 2 |
| Enns | 1 | . | 1 | . | 1 | 32 | . | 6 | . | 13 | 2 | 12 | . | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Freistadt | 1 | . | . | . | . | 1 | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . |
| Gmunden | 3 | . | 1 | . | 1 | 183 | . | 54 | . | 30 | 12 | 24 | 6 | . | . | . | . | 1 | . | 1 |
| Ischl | 6 | . | 1 | . | 5 | 584 | . | 79 | . | 215 | 27 | 123 | 13 | 1 | . | . | . | 13 | . | 1 |
| Linz | 5 | . | 4 | 3 | 10 | 1864 | . | 540 | 185 | 934 | 76 | 312 | 22 | 2 | . | . | . | 2 | 7 | 1 |
| Mauthausen | 6 | . | 1 | . | 1 | 118 | . | 9 | . | 86 | 23 | 32 | 7 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Ried | 2 | . | 1 | 1 | . | 95 | . | 8 | 32 | . | 1 | 7 | 2 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Schärding | 1 | . | 1 | . | . | 35 | . | 15 | . | . | 3 | 12 | 2 | . | . | . | . | . | . | . |
| Scharnstein | 3 | . | . | . | . | 57 | . | . | . | . | 6 | 23 | . | . | . | . | . | . | . | . |
| Schwanenstadt | 4 | . | 1 | . | . | 90 | . | 13 | . | . | 9 | 50 | 13 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Steyr, Weyer, Kirchdorf | 14 | . | 3 | 1 | 7 | 733 | . | 82 | 35 | 233 | 35 | 59 | 21 | 2 | . | . | . | . | 4 | 6 |
| Traun | 3 | . | 2 | . | 4 | 141 | . | 41 | . | 115 | 9 | 27 | 3 | . | . | . | . | 1 | . | 2 |
| Urfahr | 3 | . | 1 | 1 | 1 | 262 | . | 48 | 37 | 25 | 18 | 24 | 2 | . | . | . | . | . | . | 2 |
| Wels | 5 | . | 1 | 1 | 2 | 595 | . | 55 | 30 | 55 | 65 | 53 | 7 | 1 | . | . | . | . | . | 1 |
| Zusammen 1912 | 64 | . | 20 | 7 | 37 | 5122 | . | 980 | 319 | 1915 | 308 | 816 | 110 | 6 | . | . | . | 21 | 11 | 26 |
| Zusammen 1911 | 64 | . | 18 | 2 | 17 | 5461 | . | 932 | 225 | 1952 | 268 | 921 | 249 | 7 | 1 | . | 1 | 20 | 11 | 26 |

| Name der Bezirksorganisation | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Zahl der: Jugendorganisationen | anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Mitgliederstand: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Jugendorganisationen | Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen | § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen | Volksversammlungen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen | Anzahl der Arreststrafen | Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter: I. Wahlkörper | II. Wahlkörper | III. Wahlkörper | IV. Wahlkörper | Zahl der Orte mit Maifeier |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Salzburg.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Flachgau | 9 | . | 1 | . | 1 | 364 | . | 7 | . | 25 | 31 | 7 | 6 | . | . | . | . | . | . | 3 |
| Hallein | 4 | . | 1 | 1 | 1 | 704 | . | 364 | 36 | 30 | 13 | 20 | 8 | . | . | . | 1 | . | . | 1 |
| Ischl-Marglan | 11 | . | 3 | . | 2 | 573 | . | 116 | . | 54 | 39 | 76 | 6 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Lungau | 4 | . | . | . | 2 | 90 | . | . | . | 64 | . | 10 | 11 | . | . | . | . | 2 | . | 1 |
| Pinzgau | 6 | . | 1 | . | 1 | 323 | . | 69 | . | 28 | 34 | 42 | 11 | . | . | . | . | 3 | . | 5 |
| Pongau | 7 | . | . | . | ? | 500 | . | . | . | ? | ? | ? | ? | . | . | . | . | . | . | ? |
| Salzburg | 1 | . | . | 1 | 4 | 425 | . | 51 | 42 | 220 | 9 | 16 | 2 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Zusammen 1912 | 42 | . | 6 | 2 | 11 | 2979 | . | 607 | 78 | 421 | 126 | 171 | 46 | . | . | . | 1 | 5 | . | 12 |
| Zusammen 1911 | 39 | . | 12 | 2 | 9 | 3415 | . | 657 | 70 | 452 | 168 | 415 | 93 | 3 | 9 | . | 3 | 3 | . | 20 |
| **Schlesien.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Bielitz | 6 | . | . | 1 | . | 600 | . | . | 42 | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . |
| Freiwaldau | 19 | . | 5 | 1 | 12 | 519 | . | 119 | 32 | 1112 | 41 | 43 | 11 | 4 | . | . | . | 7 | . | 5 |
| Freudenthal | 2 | . | 1 | . | 2 | 30 | . | 70 | . | 90 | 6 | 5 | 3 | . | . | . | . | . | . | 2 |
| Jägerndorf | 19 | . | 2 | 1 | 2 | 587 | . | 396 | 28 | 270 | 83 | 25 | 43 | . | . | . | . | 11 | . | 1 |
| Odrau | 3 | . | 3 | 1 | 7 | 535 | . | 410 | 50 | 350 | 23 | 48 | 19 | . | . | . | . | 4 | . | 3 |
| Teschen | 3 | . | 2 | 1 | 1 | 358 | . | 47 | 43 | 54 | 20 | 13 | 7 | 2 | 1 | . | . | . | . | 3 |
| Troppau | 6 | . | 2 | 1 | 7 | 300 | . | 146 | 75 | 600 | 18 | 14 | 5 | . | . | . | . | . | . | 2 |
| Zusammen 1912 | 58 | . | 15 | 6 | 31 | 2929 | . | 1188 | 270 | 2476 | 191 | 148 | 88 | 6 | 1 | . | . | 22 | . | 16 |
| Zusammen 1911 | 66 | . | 15 | 6 | 21 | 3631 | . | 963 | 225 | 1823 | 206 | 432 | 182 | 2 | 1 | . | 5 | 32 | . | 17 |

| Name der Bezirksorganisation | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Zahl der: Jugendorganisationen | anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Mitgliederstand: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Jugendorganisationen | Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen | § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen | Volksversammlungen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen | Anzahl der Arreststrafen | Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter: I. Wahlkörper | II. Wahlkörper | III. Wahlkörper | IV. Wahlkörper | Zahl der Orte mit Maifeier |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Steiermark.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Bruck a. d. Mur | 6 | . | 2 | 2 | 11 | 1063 | . | 228 | 45 | 293 | 25 | 44 | 16 | . | . | . | . | 3 | . | 6 |
| Cilli | . | 2 | . | 1 | . | | 130 | . | 18 | . | 2 | 20 | 2 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Eisenerz | 1 | . | 1 | 1 | 3 | 500 | . | 58 | 16 | 115 | 19 | 16 | 3 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Fürstenfeld | 4 | . | 1 | 1 | . | 166 | . | 74 | 32 | . | 10 | 11 | 3 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Judenburg-Knittelfeld | 14 | . | 4 | 2 | ? | 2032 | . | 541 | 97 | 200 | 40 | 28 | 41 | 2 | . | . | . | 11 | . | 6 |
| Graz und Umgebung | 13 | . | 2 | 3 | ? | 4314 | . | 371 | 307 | ? | 36 | 104 | 35 | . | . | . | . | 28 | . | 3 |
| Leoben | 5 | . | 3 | 1 | 10 | 1622 | . | 410 | 35 | 600 | 52 | 50 | 23 | 7 | 5 | . | . | 17 | . | 5 |
| Marburg | 2 | . | 1 | 1 | ? | 730 | . | 68 | 16 | ? | 39 | 38 | 8 | . | . | . | . | 10 | . | 2 |
| Mürzzuschlag | 6 | . | 4 | 2 | 10 | 1223 | . | 190 | 80 | 500 | 29 | 55 | 28 | . | . | . | . | 14 | . | 1 |
| Stainach | . | 11 | 5 | . | 2 | . | 765 | 217 | . | 50 | 9 | 62 | 19 | . | . | . | . | 3 | . | 1 |
| Voitsberg | 2 | . | . | 1 | . | 469 | . | . | 16 | . | 19 | 8 | 10 | . | . | . | . | 7 | . | 2 |
| Weiz | . | 8 | . | 2 | . | . | 170 | . | 65 | . | . | 11 | 2 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Wies | . | 1 | . | . | . | . | 256 | . | . | | 4 | 12 | 7 | . | . | . | . | | . | 1 |
| Zusammen 1912 | 53 | 25 | 23 | 17 | 60? | 12119 | 1321 | 2157 | 727 | 7394? | 284 | 459 | 197 | 9 | 5 | . | . | 93 | . | 31 |
| Zusammen 1911 | 86 | . | 27 | 10 | 46 | 14791 | . | 2015 | 312 | 2195 | 157 | 839 | 455 | 11 | 19 | . | . | 106 | . | 42 |
| **Tirol.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Bozen | 5 | . | . | . | 4 | 450 | . | . | . | 280 | 21 | . | 7 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Franzensfeste | . | 4 | 1 | . | . | . | 156 | 33 | . | . | . | 44 | 5 | 2 | . | . | . | . | . | 3 |
| Fürtrag | 5 | 4 | 1 | . | 4 | 450 | 156 | 33 | . | 280 | 21 | 44 | 12 | 2 | . | . | . | . | . | 4 |

| Name der Bezirksorganisation | Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Zahl der: Jugendorganisationen | anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Mitgliederstand: Politische Vereine | Freie politische Organisationen | Frauenorganisationen | Jugendorganisationen | Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.) | Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen | § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen | Volksversammlungen | Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen | Anzahl der Arreststrafen | Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter: I. Wahlkörper | II. Wahlkörper | III. Wahlkörper | IV. Wahlkörper | Zahl der Orte mit Maifeier |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Uebertrag . . | 5 | 4 | 1 | 1 | 4 | 450 | 156 | 33 | 50 | 280 | 21 | 44 | 12 | 2 | . | . | . | . | . | 4 |
| Innsbruck . . . . . | 1 | 5 | 2 | . | 10 | 1097 | 155 | 290 | . | 669 | 18 | 11 | 17 | 3 | . | . | . | 2 | . | 1 |
| Landeck . . . . . | . | 2 | 1 | . | 3 | . | 98 | 12 | . | 88 | 8 | 13 | 3 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Lienz . . . . . | . | 1 | 1 | . | 2 | . | 130 | 86 | . | 90 | . | 2 | 4 | 1 | 1 | . | . | 6 | . | 1 |
| Meran . . . . . | 1 | . | | . | 3 | 400 | . | . | . | 150 | 15 | 2 | 5 | . | . | . | . | . | . | 1 |
| Schwaz . . . . . | . | 2 | 1 | . | 1 | . | 100 | 22 | . | 55 | . | 24 | 3 | 1 | . | . | . | . | . | 1 |
| Wörgl . . . . . | . | 4 | 2 | . | 4 | . | 215 | 108 | . | 188 | 21 | 4 | 7 | . | . | . | . | . | 3 | 4 |
| Zusammen 1912 . . | 7 | 18 | 8 | 1 | 27 | 1947 | 854 | 551 | 50 | 1520 | 83 | 100 | 51 | 7 | 1 | . | . | 8 | 3 | 13 |
| Zusammen 1911 . . | 6 | 24 | 5 | 1 | 16 | 2066 | 982 | 483 | 48 | 596 | 93 | 298 | 131 | 5 | . | . | . | 4 | 1 | 18 |

## Vorarlberg.

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Bludenz . . . . . | 2 | . | 1 | . | 2 | 50 | . | 33 | . | 148 | . | 8 | 4 | . | . | . | . | . | 2 | 1 |
| Bregenz . . . . . | 4 | . | 2 | . | 4 | 369 | . | 117 | . | 308 | 19 | 21 | 10 | . | . | . | . | 1 | 3 | 3 |
| Dornbirn . . . . . | 5 | | 2 | . | 7 | 320 | . | 68 | . | 168 | 8 | 95 | 13 | . | . | . | 1 | 1 | 3 | 3 |
| Feldkirch . . . . . | 4 | . | 1 | . | 2 | 130 | . | 38 | . | 79 | 40 | 12 | 3 | . | . | . | . | . | 2 | 2 |
| Zusammen 1912 . . | 15 | . | 6 | . | 15 | 869 | . | 256 | . | 703 | 67 | 136 | 30 | . | . | . | 1 | 2 | 10 | 9 |
| Zusammen 1911 . . | 12 | . | 5 | . | 7 | 887 | . | 222 | . | 617 | 70 | 130 | 46 | 4 | . | . | 2 | 3 | 11 | 9 |

# Anträge zum Parteitag.

## Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.

### Zur Abänderung der Tagesordnung.

1. Antrag der Bezirksorganisation Wien-Alsergrund.

Der Parteitag wolle beschließen, auf seine Tagesordnung als besonderen Gegenstand zu setzen:

Die Wiederherstellung der Gesamtpartei in Oesterreich.

### Zu Punkt 3 der Tagesordnung „Berichte".

2. Antrag der Landesparteivertretung Steiermarks.

Die Parteivertretung wird beauftragt, alle ihre offiziellen Publikationen, insbesondere die Ausschreibung der Parteitage, so zeitgerecht an die Redaktionen der Parteiblätter zu versenden, daß ihre Veröffentlichung am gleichen Tage erfolgen kann, an dem sie in der „Arbeiter-Zeitung" erfolgt.

3. Antrag der Landesorganisation der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Böhmens.

Das zweimal wöchentlich in Asch erscheinende Organ der Kreisorganisation Asch-Eger, die „Wahrheit", ist als Parteiorgan anzuerkennen.

4. Antrag des „Arbeiter-Turnerbund".

Die „Arbeiter-Turn-Zeitung" ist als Parteiorgan anzuerkennen.

5. Antrag des Genossen J. Prenninger (Wien).

Der Parteitag wolle beschließen:

Das Zentralorgan die „Arbeiter-Zeitung" zweimal täglich (Morgen- und Abendausgabe), mit Ausnahme von Sonntag und Montag, erscheinen zu lassen.

6. Antrag des Genossen Alfred Broczyner (Verein der Versicherungsangestellten Oesterreichs).

Die Parteivertretung wird aufgefordert, der Agitation unter der rapid anwachsenden Schicht der Privatangestellten, welche sowohl nach ihrer ökonomischen Funktion als auch nach ihrer Lebenshaltung dem Proletariat angehören, aber wegen ihrer Herkunft aus dem Bürgertum der nationalistischen und klerikalen Agitation in hohem Grade zugänglich sind, erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und die Frage betreffend die Lage der Privatangestellten auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

7. Antrag der Bezirksorganisation Freiwaldau.

Der Reichsparteitag wolle beschließen, daß für alle Lokalorganisationen Oesterreichs einheitliche und einfache Abrechnungsformulare geschaffen werden sollen. Diese Abrechnungsformulare sollen mindestens für ein Vierteljahr bestimmt sein, damit die Möglichkeit geboten erscheint, daß alle Lokalorganisationen mindestens alle Vierteljahr mit der Bezirksorganisation abrechnen können und der Bezirksorganisation auch eine bessere Kontrolle der Beitragszahlung ermöglicht wird. Diese Abrechnungsformulare sind von der Reichsparteivertretung zu besorgen

und unentgeltlich den Bezirksorganisationen zu überlassen. Diese haben zu enthalten: Rubriken für Name der Lokalorganisation, laufende Nummer, Namen der Mitglieder, Monatsrubriken, Einzelbeitrag, Gesamtbetrag, Anmerkung und dergleichen.

### 8. Antrag des Genossen Eduard Zorn.

In allen Gebieten der Bezirksorganisationen (Wahlkreise), welche im Abgeordnetenhause nicht von Sozialdemokraten vertreten sind, sind alljährlich in den größeren Orten Versammlungen abzuhalten, in welchen sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete einen parlamentarischen Tätigkeitsbericht erstatten sollen. Die Referenten und Kosten derselben sind von der Reichsparteivertretung zu besorgen. Die sonstigen Versammlungskosten tragen die Organisationen des Bezirkes selbst.

### 9. Antrag der Bezirksorganisation Rumburg.

Der Parteitag beschließt, den sozialdemokratischen Abgeordneten wird die Abstimmung über das Seuchengesetz und dessen einzelne Bestimmungen freigegeben. Es soll jedem Abgeordneten anheimgestellt bleiben, ob er für oder gegen das Gesetz oder Teile desselben zu stimmen für nützlich hält.

Ferner wird der Klub der Abgeordneten aufgefordert, dahin zu wirken, daß eine Bestimmung dieses Gesetzes klar und unzweideutig ausspreche, daß durch behördliche Verordnungen der Impfzwang gegen Blattern oder andere Erkrankungen nicht irgendwie zur Einführung gelangen darf.

Die Gefertigten beehren sich schließlich im Auftrag der erwähnten Sitzung ihr Befremden darüber auszudrücken, weshalb der von der Verbandsleitung österreichischer Naturheilvereine nachgesuchten Anhörung einer Abordnung dieser Vereinigung nicht willfahrt wurde, und meinen, daß es wenig demokratisch ist, wenn eine Partei, wie die unsere, die Meinung und Ueberzeugung vieler Tausender Anhänger einer achtenswerten Kulturbestrebung — zu denen bekanntlich nicht lauter Laien, sondern nicht minder wissenschaftlich gebildete Männer zählen — ignorieren will, und erklären, daß die nordböhmische Arbeiterschaft sich anmaßt, auch eine Ueberzeugung zu haben, welche zu übersehen kaum empfehlenswert erscheint.

### 10. Antrag des Genossen Robert Ascher.

Es ist eine Kommission zu wählen, die das Problem der größeren Verbreitung des Zentralorgans durch Verbilligung oder wohlfeilere Ausgaben einem gründlichen Studium zu unterziehen und dem nächsten Parteitag geeignete Vorschläge zu unterbreiten hat.

## Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Aenderung des Organisationsstatuts".

### 11. Antrag der Parteivertretung.

Entwurf eines Organisationsstatuts der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

**Parteimitgliedschaft.**

§ 1. Als Parteimitglied wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ihres Wohnortes ist.

§ 2. Der Partei kann nicht angehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder die Interessen der sozialdemokratischen Partei schuldig macht, einer anderen Partei angehört, für eine andere Partei tätig ist oder eine ehrlose Handlung begangen hat.

§ 3. Ueber die Aufnahme entscheidet die Bezirksorganisation, in deren Sprengel der Aufnahmswerber wohnt.

Jedes Parteimitglied erhält als Legitimation die im ganzen Reiche geltende Parteimitgliedskarte.

§ 4. Jedes Parteimitglied hat die Pflicht, seiner Berufsorganisation anzugehören, so wie die Mitglieder der Berufsorganisationen verpflichtet sind, Mitglieder der Parteiorganisation zu sein.

## Parteiorganisation.

§ 5. Die Grundlage der Parteiorganisation ist der politische Verein. Für Parteiangehörige, welche aus wichtigen Gründen nicht Mitglieder des politischen Vereines sein können, sind die Zugehörigkeit und die Beitragsleistung zur Parteiorganisation überall nach gleichen Grundsätzen zu regeln.

§ 6. Die Parteiorganisation gliedert sich in Lokal-, Bezirks-, eventuell auch Kreis- und in Landesorganisationen.

Die Frauenorganisation ist ein Teil der Gesamtorganisation der Partei und gliedert sich in derselben Weise. (§ 22 bis 25 des Statuts.)

### a) Lokalorganisation.

§ 7. Die Lokalorganisation ist die Zusammenfassung aller in einem Ort wohnenden Parteimitglieder.

Innerhalb der Lokalorganisation ist die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen.

### b) Bezirksorganisation.

§ 8. Die Lokalorganisationen werden zu Bezirksorganisationen zusammengefaßt.

Die Bezirksorganisation muß unter allen Umständen ein geschlossenes Gebiet umfassen, das entweder durch den Reichsratswahlbezirk oder durch ein gebietlich besser geeignetes Agitations- und Organisationsgebiet gebildet wird.

Die Bestimmung der Gebietsgrenzen der Bezirksorganisationen obliegt den Landes-, eventuell Kreiskonferenzen.

In Wien bildet jeder Gemeindebezirk eine Bezirksorganisation.

### c) Landesorganisation.

§ 9. Alle Bezirksorganisationen eines Kronlandes unterstehen der Landesorganisation, der die Führung der Parteigeschäfte nach dem eigenen Organisationsstatut obliegt.

### d) Kreisorganisation.

§ 10. Wo die Notwendigkeit vorliegt, können innerhalb der Landesorganisation einzelne Bezirksorganisationen zu Kreisorganisationen vereinigt werden. Ihre Abgrenzung bestimmt die Landeskonferenz.

§ 11. Die Statuten der unter a) bis d) angeführten Organisationen dürfen dem Statut der Gesamtpartei und denen der übergeordneten Organisationen nicht widersprechen. Sie sind der übergeordneten Organisation bekanntzugeben. Findet diese derartige Widersprüche, so entscheidet die nächst übergeordnete Organisation beziehungsweise der Parteitag.

## Parteibeitrag.

§ 12. Zur Deckung der Ausgaben der Parteiorganisation wird ein Parteibeitrag gemeinsam für alle Parteiinstanzen eingehoben.

§ 13. Die Festsetzung der Höhe des Parteibeitrages und dessen Aufteilung auf die Reichs-, Landes-, Kreis-, Bezirks- und Lokalorganisationen erfolgt durch die Beschlüsse des Parteitages sowie der Landes-, eventuell Kreis- und der Bezirkskonferenzen*).

§ 14. Der monatliche Mindestbeitrag darf für jedes Mitglied nicht weniger als 20 H. betragen.

§ 15. Den Parteibeitrag für weibliche Parteimitglieder setzt die Frauenreichskonferenz fest.

§ 16. Von den Beiträgen der weiblichen Mitglieder sind 2 H. für den Monat und das Mitglied von der Reichsparteivertretung dem Frauenreichskomitee zuzuweisen.

§ 17. Die Leistung der Parteibeiträge ist auf der Parteimitgliedskarte (§ 3) mittels einheitlicher Marke zu quittieren. Die Mitgliedskarten und Marken werden von der Reichsparteivertretung an die Landesorganisationen und von diesen an die ihnen unterstehenden Organisationen abgegeben.

§ 18. Die Einhebung des Parteibeitrages geschieht in der Weise, daß die Quittungsmarke von der Reichsparteivertretung gegen Erlag des Reichspartei-

*) Der an die Reichsparteivertretung abzuliefernde Teil des Parteibetrages beträgt derzeit 3 Heller für den Monat und für das Mitglied. Für die beruflich organisierten Genossen bleibt der Beschluß des Linzer Parteitages — Parteibeitrag von 2 Heller für das Mitglied und den Monat — so lange aufrecht, als sie nicht ihre Mitgliedschaft bei der politischen Organisation mittels der Parteimitgliedskarte ausweisen können. (Beschluß des Parteitages von Reichenberg, 1909.)

beitrages (§ 13) an die Landesorganisation abgegeben wird. Von dieser gelangt sie ebenso stufenweise an die nachgeordneten Organisationen gegen Erlag eines um den jeweiligen Mitgliedsbeitrag dieser Organisation erhöhten Betrages.

### Wahlfonds.

§ 19. Für den getrennt zu verwaltenden Wahlfonds sind obligatorisch Beiträge in der vom Parteitag zu bestimmenden Art und Höhe einzuheben*).

Die Einhebung der Wahlfondsbeiträge erfolgt gleichzeitig mit dem Parteibeitrag und wird mit der Wochen- oder Monatsmarke quittiert.

### Vertrauenspersonen.

§ 20. Die Mitglieder der Lokalorganisation wählen den Lokalvertrauensmann, beziehungsweise den Lokalausschuß. Die Delegierten zu den Bezirks-, Kreis- und Landeskonferenzen wählen den Bezirks- und Kreisausschuß und die Landesparteivertretung. Die Anzahl der Mitglieder des Lokal-, des Bezirks- und des Kreisausschusses wie auch der Landesparteivertretung wird durch das Statut der betreffenden Organisation bestimmt. Der Obmann gilt als der Vertrauensmann der Organisation. Jede Neuwahl eines Vertrauensmannes sowie seine Adresse sind der Reichsparteivertretung sofort mitzuteilen.

### Berichte.

§ 21. Das Verwaltungsjahr beginnt für alle Organisationen am 1. Juli und endet mit 30. Juni.

Die Bezirksorganisation ist verpflichtet, bis längstens 20. Juli nach einem Fragebogen an die Reichsparteivertretung über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten. Der Bericht soll mindestens enthalten: die Zahl der Parteimitglieder, die Zahl der Lokalorganisationen, den Bericht über den Ausbau der Organisation (insbesondere ob er auf Grund eines politischen Vereines erfolgte), über die Häuser- und Straßenorganisation, über die Art und den Umfang der entfalteten Agitation, die Höhe des Mitgliedsbeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen und Ausgaben, über etwaige politische oder Gemeindewahlen, politische Verfolgungen und alle sonstigen für die Parteibewegung wichtigen Vorkommnisse.

Ebenso haben alljährlich die Kreisorganisationen und die Landesparteivertretungen bis längstens 20. Juli sowie der Klub der deutschen Reichsratsabgeordneten und die Vertreter der Partei in den Landtagen, Gemeindevertretungen und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften über ihre Tätigkeit an die Parteivertretung zu berichten.

### Frauenorganisation.

§ 22. Die Mitgliedschaft bei einer auf Grund der Beschlüsse der Frauenreichskonferenzen gegründeten Frauenorganisation begründet auch die Zugehörigkeit zur Partei.

Das Organisationsstatut der politischen Frauenorganisation ist den im Parteistatut festgesetzten Bestimmungen anzupassen. Jede Aenderung des Statuts kann nur im Einvernehmen mit der Reichsparteivertretung durch Beschluß der Frauenreichskonferenz vorgenommen werden.

§ 23. Der Frauenorganisation kommt ein selbständiges Vertretungsrecht in den leitenden Körperschaften und auf den Konferenzen der Parteiorganisationen zu.

§ 24. In allen Orten, wo es möglich ist, sind von den weiblichen Parteimitgliedern im Einvernehmen mit der Lokalorganisation weibliche Vertrauenspersonen zu wählen, denen die Organisierung des weiblichen Proletariats obliegt. Die Adressen dieser Vertrauenspersonen sind dem Parteisekretariat und dem Frauenreichskomitee mitzuteilen.

§ 25. Das Frauenreichskomitee wird von der Frauenreichskonferenz, die mindestens in jedem zweiten Jahre im Anschluß an den ordentlichen Parteitag stattfindet, nach den von der Frauenreichskonferenz beschlossenen Bestimmungen gewählt.

---

*) Infolge Beschlusses des Innsbrucker Parteitages 1911 werden derzeit eingehoben:
a) von den männlichen Parteimitgliedern der Wiener Organisationen 2 H. wöchentlich;
b) von denen aller anderen Organisationen 8 H. monatlich.
Von diesem Beitrag ist die Hälfte an den Wahlfonds der Reichsparteivertretung abzuliefern. Ueber die andere Hälfte entscheidet die Landesorganisation.

### Jugendorganisationen.

§ 26. Die Lokalorganisationen sind verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Ueberall, wo es die Verhältnisse zulassen, soll unter Mitwirkung der Reichsorganisation der jugendlichen Arbeiter an die Gründung von Jugendorganisationen geschritten werden.

### Parteitag.

§ 27. Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Er wird von der Parteivertretung alljährlich einberufen.

Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Je zwei Delegierte jeder Bezirks-, Kreis- und Landesorganisation. Bezirke und Kreise, in denen sich Frauenorganisationen befinden, haben jedoch das Recht, außer den männlichen Delegierten auch ein weibliches Parteimitglied zu entsenden. Die Wahl der Delegierten wird in den Parteiversammlungen oder Konferenzen, beziehungsweise Plenarsitzungen der wahlberechtigten Organisationen vorgenommen. Das Wahlverfahren wird durch die Statuten der betreffenden Organisationen geregelt.
2. Die Mitglieder der Parteivertretung und der Parteikontrolle sowie jene Mitglieder des Sekretariats, die gemäß § 33, Absatz 3, an den Sitzungen der Parteivertretung teilzunehmen berechtigt sind, letztere mit beratender Stimme.
3. Die Mitglieder des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten.
4. Zwei Delegierte des Frauenreichskomitees.
5. Je ein Delegierter der in den beruflichen Zentralverbänden organisierten Genossen und Genossinnen, der Redaktionen der Partei- und Fachblätter sowie der von sozialdemokratischen Reichskonferenzen oder vom Parteitag eingesetzten Körperschaften.
6. Die von der Reichsparteivertretung berufenen Referenten mit beratender Stimme.

§ 28. Die Mitglieder der Parteivertretung haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei, die Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten in allen die parlamentarische Tätigkeit betreffenden Angelegenheiten nur beratende Stimme.

§ 29. Außerordentliche Parteitage finden auf Beschluß der Reichsparteivertretung oder auf Verlangen von mindestens fünfundzwanzig der zur Delegation berechtigten Parteiorganisationen statt.

§ 30. Hat der vorhergegangene Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keinen Beschluß gefaßt, oder kann der Parteitag aus gewichtigen Gründen in dem bestimmten Ort nicht tagen, so hat die Reichsparteivertretung die Bestimmung vorzunehmen.

§ 31. Die Einberufung des Parteitages muß zumindest zwei Monate vorher durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Der Parteibericht muß von der Reichsparteivertretung spätestens 14 Tage vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden.

Selbständige Anträge der Parteimitglieder zum Parteitag sind mindestens drei Wochen vor dem Parteitag der Reichsparteivertretung schriftlich zu übermitteln. Diese hat sie sowie ihre eigenen Anträge vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen und dem Parteitag Bericht und Antrag zu erstatten. Selbständige Anträge, die nach Ablauf obiger Frist oder erst auf dem Parteitag selbst gestellt werden, können nur zur Verhandlung gelangen, wenn der Parteitag dies über Verlangen der Antragsteller beschließt. Im anderen Falle sind sie der Parteivertretung zur Berichterstattung und Antragstellung für den nächsten Parteitag zuzuweisen.

§ 32. Der Parteitag prüft die Mandate seiner Teilnehmer, wählt die Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung. Als ständiger Referent des Parteitages gilt, insoweit nicht für einzelne Verhandlungsgegenstände besondere Berichterstatter bestellt sind, der erste, beziehungsweise der zweite Sekretär der Parteivertretung.

Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Die Beschlußfassung über folgende, von der Parteivertretung zu erstattenden Berichte: Kassen- und Wahlfondsbericht; Bericht über das Zentralorgan und alle anderen von der Gesamtpartei gegründeten literarischen Unternehmungen sowie über deren Geschäftslage; Bericht über die wirtschaftlichen Unternehmungen der Partei; Bericht über die politische sowie über die organisatorische und agitatorische Tätigkeit der Parteivertretung und über die parlamentarische Tätigkeit des Klubs der Reichsratsabgeordneten.

2. Entgegennahme des Berichtes der Kontrolle und Beschlußfassung darüber.

3. Bestimmung des Ortes, an dem die Reichsparteivertretung ihren Sitz hat.

4. Die Wahl der Reichsparteivertretung und der Parteikontrolle.

5. Beschlußfassungen über die Parteiorganisation, deren Statut über die Partei- und Wahlfondsbeiträge und über alle das Parteileben berührenden Fragen; Aenderungen des Organisationsstatuts können jedoch nur über einen von der Parteivertretung gestellten oder bei ihr mindestens sechs Wochen vor dem Parteitag eingebrachten Antrag vorgenommen werden. In jedem Falle sind solche Anträge mindestens vier Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan bekanntzugeben.

Von dieser Vorschrift kann nur durch einen Beschluß, der mit Dreiviertelmehrheit der auf dem Parteitag anwesenden Delegierten gefaßt wird, abgegangen werden.

6. Die Anhörung der Berichte über die im Sinne des § 31, Absatz 3, gestellten Anträge und Beschlußfassung darüber.

7. Die Bestimmung des Ortes für den nächsten Parteitag.

Der Parteitag faßt seine Beschlüsse mit der absoluten Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden. Die Wahlen der Parteivertretung und der Kontrolle sind mit Stimmzetteln vorzunehmen. Als gewählt erscheinen diejenigen, deren Stimmzettel die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmzettel erreicht hat. Insofern diese nicht erreicht wird, entscheidet die engere Wahl, wobei diejenigen als gewählt erscheinen, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

### Reichsparteivertretung und Kontrolle.

§ 33. Der Parteitag wählt die aus zwanzig Personen bestehende erweiterte Reichsparteivertretung. Zehn vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der erweiterten Reichsparteivertretung bilden die Reichsparteivertretung, die die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen zehn Mitglieder bilden die Parteikontrolle.

In dem Orte, in dem die Parteivertretung ihren Sitz hat, müssen ihre Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein. Diese durch ihren Wohnort bestimmten zwei Mitglieder der Kontrolle und die zehn Mitglieder der Reichsparteivertretung einerseits, die anderen acht Mitglieder der Kontrolle anderseits werden mit getrennten Listen gewählt.

Unmittelbar nach ihrer Wahl tritt die Reichsparteivertretung zusammen und wählt einen Vorsitzenden, drei Stellvertreter, zwei Sekretäre und den Kassier. Diese bilden den Vorstand. Ferner bestimmt die Reichsparteivertretung den Chefredakteur und den Administrator des Zentralorgans. Diese haben an den Sitzungen der engeren und der weiteren Parteivertretung mit beratender Stimme teilzunehmen. Zu den Sitzungen der Parteiveriretung können über Beschluß nebst den zwei gewählten Sekretären auch andere Mitglieder des Sekretariats zugezogen werden.

Die Kontrolle wählt gleichfalls aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, den Vorsitzendenstellvertreter und einen Schriftführer.

Der Vorsitzende der Parteivertretung, beziehungsweise der von ihm bestimmte Stellvertreter vertritt die Partei nach außen und leitet alle Geschäfte der Parteivertretung und des Sekretariats. Wichtige, insbesondere verbindliche Schriftstücke sind von ihm und einem der Sekretäre zu unterzeichnen. Die näheren Bestimmungen über den Wirkungskreis und die Pflichten der Parteivertretung, ihres Vorstandes, der Kontrolle und der Funktionäre werden durch die von der erweiterten Reichsparteivertretung für ihre Funktionsperiode zu beschließende Geschäftsordnung festgesetzt.

Das Ergebnis aller Wahlen ist sofort zu verlautbaren.

§ 34. Die Mitglieder der Gesamtexekutive und — wenn die erweiterte Parteivertretung es beschließt — auch die Vertreter anderer Reichsorganisationen können

an den Sitzungen der engeren und der weiteren Parteivertretung jederzeit teilnehmen.

Die Mitglieder der Kontrolle haben jederzeit das Recht, alle Bücher und Schriftstücke zu prüfen und an allen Sitzungen der engeren Parteivertretung mit beratender Stimme teilzunehmen.

§ 35. Die engere Reichsparteivertretung besorgt die Parteigeschäfte und verfügt über die Parteigelder. Sie bestimmt und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, ernennt selbst oder durch die von ihr hiezu bestellten Organe die Angestellten der Partei und ihrer Unternehmungen, bestimmt deren Bezüge und sonstigen Rechtsverhältnisse und kontrolliert ihre Tätigkeit. Sie ist in ihrer Gesamtheit dem Parteitag verantwortlich und hat ihm auch über die Durchführung der von vorhergegangenen Parteitagen beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge zu berichten.

§ 36. Die erweiterte Reichsparteivertretung ist vom Vorsitzenden der Parteivertretung nach Bedarf, mindestens aber vierteljährlich einmal, oder wenn fünf Mitglieder es verlangen, einzuberufen. Die Leitung dieser Sitzungen obliegt dem Vorsitzenden, beziehungsweise dem Vorsitzendenstellvertreter der engeren Parteivertretung.

§ 37. Ueber Beschwerden von Parteimitgliedern oder Organisationen gegen die engere Reichsparteivertretung entscheidet die Parteikontrolle. Gegen den Beschluß der Kontrolle steht die Berufung an den Parteitag offen, der auch über Beschwerden gegen die Parteikontrolle entscheidet. Die Adressen des Vorsitzenden der engeren Parteivertetung und der Parteikontrolle sind im Zentralorgan der Partei mitzuteilen.

Die Funktionsdauer der Parteivertretung, der Kontrolle und aller Funktionäre beträgt in der Regel ein Jahr, endet aber erst nach erfolgter Konstituierung, beziehungsweise Wahl der Nachfolger.

### Reichskonferenz.

§ 38. Die Reichsparteivertretung hat das Recht, in dringenden Fällen die Vertreter der Landesorganisationen zu einer Reichskonferenz einzuberufen.

Zur Teilnahme an dieser Konferenz sind alle diejenigen berechtigt, die an den Sitzungen der erweiterten Parteivertretung und nach den Statuten der Landesorganisationen an denen der Landesparteivertretungen teilnehmen können.

### Parteipresse.

§ 39. Das Zentralorgan der Partei ist die „Arbeiter-Zeitung".

Sie untersteht der engeren Parteivertretung. Das gleiche gilt von der „Arbeiterinnen-Zeitung", von dem wissenschaftlichen Organ der Partei und von allen durch die Gesamtpartei gegründeten und von ihr erhaltenen Zeitschriften und literarischen Unternehmungen. Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Die offiziellen Bekanntmachungen der Reichsparteivertretung sind in der „Arbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen.

Alle Parteiorgane sind zu ihrem Nachdruck verpflichtet.

§ 40. Aufgabe der Parteipresse ist: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Sie hat fremde, nicht parteigenössische Einflüsse fernzuhalten.

Parteiblätter können nur mit Zustimmung der Kreis- und Landesorganisation gegründet werden.

### Kandidaturen.

§ 41. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt bei allgemeinen Reichsratswahlen durch die Reichskonferenz, und zwar auf Grund von Vorschlägen, die im Einvernehmen zwischen der engeren Parteivertretung und der Bezirksorganisation, beziehungsweise einer Vertrauensmännerkonferenz des Wahlbezirkes festgestellt werden. Erfolgt ein solches Einvernehmen nicht, so erstattet jede der beteiligten Körperschaften ihren begründeten Vorschlag in der Reichskonferenz und diese trifft die endgültige Entscheidung. Bei Nachwahlen entscheidet über die Kandidatur, wenn eine Einigung zwischen dem Bezirk (der Vertrauensmännerkonferenz) und der Parteivertretung nicht erfolgt, eine Kommission, die aus je drei Vertretern beider Teile besteht und deren Vorsitzenden der Klub der Reichsratsabgeordneten zu wählen hat. Ihre Entscheidung ist endgültig und erfolgt mit Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit durch den Vorsitzenden.

Die Vorschriften betreffend die Aufstellung der Kandidaten für die Landtags-, die Bezirks- und Gemeindevertretungen und alle anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften werden durch die Statuten der Landes-, beziehungsweise der Kreis- und Bezirksorganisationen festgestellt.

### Ausschließung aus der Partei.

§ 42. Parteimitglieder, die den Bestimmungen des § 2 betreffend die Mitgliedschaft nicht entsprechen oder sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze oder die Interessen der Partei oder einer ehrlosen Handlung schuldig machen, sind aus der Partei auszuschließen.

Der Antrag auf Ausschließung eines Parteimitgliedes aus der Partei kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Parteiangehörigen gestellt werden. Er ist bei der Parteivertretung einzubringen. Diese weist ihn einem siebengliedrigen Schiedsgericht zu. Drei der Beisitzer dieses Schiedsgerichtes werden von der Organisation ernannt, die den Ausschluß beantragt, drei von dem durch den Ausschlußantrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt die Reichsparteivertretung; dieser hat im Schiedsgericht bei Stimmengleichheit entscheidende Stimme.

Das Schiedsgericht kann erkennen auf Ausschließung aus der Partei überhaupt; Ausschließung aus der Organisation, die den Antrag gestellt hatte, unter Zuweisung des Mitgliedes an eine andere Organisation; Erteilung einer Rüge oder einer Verwarnung; Aberkennung des Rechtes, bestimmte Funktionen auszuüben, für eine bestimmte Zeit oder für immer.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

Unterläßt es das Parteimitglied, dessen Ausschluß verlangt worden ist, innerhalb vier Wochen vom Tag der Verständigung durch die Parteivertretung an, Schiedsrichter zu ernennen oder verzichtet es ausdrücklich auf die Einsetzung eines Schiedsgerichtes, oder erhebt es die Berufung gegen die Ausschließungsentscheidung des Schiedsgerichtes nicht innerhalb fünf Wochen, so gilt es ohneweiters als ausgeschlossen.

Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur von einem Parteimitglied gestellt werden und ist an den Ausschuß jener Organisation zu richten, von der seinerzeit das Ausschlußverfahren anhängig gemacht worden war. Auf Grund des Gutachtens dieser Organisation sowie derjenigen des letzten Wohnortes des Ausgeschlossenen stellt die Reichsparteivertretung dem Parteitag einen Antrag zur endgültigen Entscheidung.

Die Aufhebung eines Beschlusses auf Ausschließung aus der Organisation oder auf Funktionsentziehung kann nur durch die Parteivertretung und nach Anhörung derjenigen Organisation geschehen, von der seinerzeit der Antrag gestellt, respektive der Beschluß gefaßt wurde.

### Ausschließung aus einer Organisation.

§ 43. Beschließt eine Parteiorganisation die Ausschließung eines Mitgliedes aus ihrem Verband, so ist der Betreffende dadurch nicht auch aus der Partei ausgeschlossen. Es steht ihm überdies die Berufung an die übergeordnete Organisation zu, die den Fall einem endgültig entscheidenden Schiedsgericht zu überweisen hat.

### Das Schiedsgericht.

§ 44. Zur Schlichtung von Streitigkeiten unter Parteimitgliedern oder Parteiorganisationen sowie zur Entscheidung über ehrenrührige Vorwürfe gegen ein Parteimitglied hat jede Bezirksorganisation über Verlangen ein Schiedsgericht, beziehungsweise ein Ehrengericht einzusetzen, das aus mindestens vier Mitgliedern und einem Vorsitzenden besteht. Die näheren Bestimmungen trifft das Organisationsstatut der Bezirksorganisation.

In besonderen Fällen kann auch die Parteivertretung und ebenso die Landes- oder Kreisparteivertretung die Einsetzung eines solchen Schieds- oder Ehrengerichtes veranlassen.

Gegen die Entscheidungen eines nach den Bestimmungen des § 44 eingesetzten Schieds- oder Ehrengerichtes ist eine Berufung nicht statthaft.

11a. Antrag des Frauenlandeskomitees in Böhmen.

Zum Absatz Parteitag ist einzuschalten:

In den Ländern, wo für die Frauenorganisationen eine Landesleitung besteht, hat diese das Recht, eine Delegierte zum Parteitag zu entsenden.

12. Antrag der Bezirksorganisation Karlsbad.

§ 2. Der Partei kann nicht angehören, wer . . . . . eine den elementaren Ehrbegriffen des Volkes widersprechende Handlung begangen hat.

§ 3. Ueber die Aufnahme entscheidet die zuständige Bezirksorganisation über Vorschlag der Lokalorganisation, in deren Sprengel der Aufnahmswerber wohnt.

§ 27. Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Er wird jedes zweite Jahr einberufen, doch kann die Parteivertretung den Parteitag auch vor Ablauf dieser Frist einberufen, wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstellt. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Je ein Delegierter der Bezirks-, Kreis- und Landesorganisation. Bezirksorganisationen mit mehr als 1000 Mitgliedern können zwei Delegierte entsenden. Dasselbe Delegationsrecht wie die Bezirksorganisationen haben die in jedem Bezirk vorhandenen Frauenorganisationen. Die Wahl der Delegierten der Bezirksorganisationen geschieht durch Urabstimmung in Plenarversammlungen der Lokalorganisationen. Der Bezirksvertretung steht das Vorschlagsrecht zu. (Die Absätze 2 bis 6 bleiben.)

§ 31, dritter Absatz, zweite Zeile: Statt „drei Wochen" — „sechs Wochen". Vierte Zeile: Statt „Vor dem" — „drei Wochen vor dem".

§ 42. Im ersten Absatz ist anzufügen: Parteimitglieder, die länger als sechs Monate die Monatsbeiträge schulden, scheiden damit stillschweigend aus dem Verband der Parteiorganisation. Die Lokalorganisationen können aber im Einvernehmen mit der Bezirksorganisation solchen Mitgliedern, die durch Krankheit, Arbeitslosigkeit oder einen anderen triftigen Grund die Mitgliedsbeiträge nicht zahlen können, diese bis zur Dauer von sechs Monaten stunden, wenn diese Mitglieder darum ansuchen.

In der vierten Zeile des ersten Absatzes des § 42 ist statt „ehrlosen Handlung" zu setzen: „einer den elementaren Ehrbegriffen des Volkes widersprechenden Handlung".

13. Antrag der Kreisorganisation Karlsbad.

Der erste Absatz des § 27 des Organisationsstatuts hat zu lauten: „§ 27. Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Er wird von der Parteivertretung in der Regel jedes zweite Jahr einberufen, doch ist die Parteivertretung berechtigt, vor Ablauf der zweijährigen Frist einen Parteitag einzuberufen, wenn dies durch besondere Verhältnisse notwendig erscheinen sollte."

14. Antrag der Lokalorganisation Drahowitz.

Im § 2 ist nach den Worten „schuldig macht" einzuschalten: ohne wirtschaftlichen Zwang u. s. w.

Im § 3 ist nach dem Worte „entscheidet" einzuschalten: über Vorschlag der Lokalorganisation.

Im § 4 ist nach den Worten „hat die Pflicht" einzuschalten: das im Organisationsgebiet erscheinende Parteiorgan zu abonnieren.

Im § 8, dritter Absatz, sind die Worte „eventuell Kreiskonferenz" zu streichen.

§ 10 d) Kreisorganisation hat zu entfallen.

Im § 13, zweiter Absatz, ist das Wort „Kreis" zu streichen.

Im § 20 ist nach den Worten „zu den Bezirks-" das Wort „Kreis" zu streichen; ebenso in weiterer Folge die Worte „und des Kreisausschusses".

Im § 24 ist hinter den Worten „Vertrauenspersonen sind" der Bezirksorganisation 2c. einzuschalten.

Im § 31, dritter Absatz, ist hinter den Worten „zu übermitteln" einzufügen: Die Parteivertretung hat ihre Anträge zum Parteitag sechs Wochen vor Stattfinden desselben bekanntzugeben.

Der Subtitel zu § 42 hat zu lauten:

Austritt und Ausschluß aus der Partei.

Die Textierung des § 42 hat zu lauten:

§ 42 II. Der freiwillige Austritt aus der Partei ist jederzeit gestattet.

Als aus der Partei ausgeschieden sind auch die zu betrachten, die mit den Parteibeiträgen länger als drei Monate im Rückstand bleiben. Freiwillig Ausgetretenen sowie wegen Rückstände gestrichenen Mitgliedern steht jederzeit das Recht

zu, um Wiederaufnahme in die Partei anzusuchen, vorausgesetzt, daß sie sich nicht gegen die Bestimmungen des § 2 des Statuts vergangen haben.

Mitglieder, welche durch unverschuldete Not ihre Beiträge nicht bezahlen können, haben das Recht, um Stundung anzusuchen. Diese kann von der Lokalorganisation im Einvernehmen mit der Bezirksorganisation auf die Dauer bis zu sechs Monaten vom Tage der letzten Beitragsleistung gewährt werden. Eine Stundung über diese Frist hinaus ist unzulässig.

Parteimitglieder u. s. w.

15. Antrag der Landesparteivertretung Steiermarks.

1. Im ganzen Statut soll es einheitlich statt „Parteivertretung" heißen: „Reichsparteivertretung".

2. Im § 2 sind die Worte: „oder die Interessen" zu streichen.

§ 21, Absatz 2, soll lauten: „Die Lokal-, Bezirks- oder Kreisorganisationen sind verpflichtet, bis längstens 1. Juli nach einem Fragebogen an die Landesparteivertretung, wo keine solche besteht, direkt an die Reichsparteivertretung über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten. Die Landesparteivertretungen haben bis längstens 20. Juli über die Parteitätigkeit an die Reichsparteivertretung zu berichten. Der Bericht soll mindestens enthalten," u. s. w.

Im § 31 soll es heißen: Im Absatz 1: „ . . . zu erfolgen. Die Einberufung ist sämtlichen übrigen Tagesblättern der Partei so rechtzeitig mitzuteilen, daß sie gleichzeitig mit der Einladung im Zentralorgan erscheinen kann." u. s. w.

Im Absatz 2: „ . . . und den übrigen Tagesblättern der Partei zur gleichzeitigen Veröffentlichung zur Verfügung gestellt werden."

§ 33, Absatz 1, Zeile 4: „ . . . bilden die engere Reichsparteivertretung."

Absatz 3 zu streichen die Worte: „Diese bilden den Vorstand."

Ebenso zu streichen im letzten Absatz die Worte: „ihres Vorstandes."

Absatz 3, letzte Zeile, einzufügen: „ . . . Sekretariat mit beratender Stimme . . ."

§ 34, Absatz 1, letzte Zeile, nach „jederzeit" einzuschieben: „mit beratender Stimme."

§ 35, Zeile 5: „ . . . hiezu bestellten Organe ihre Angestellten, und die Angestellten der ihr unterstehenden Unternehmungen," u. s. w.

§ 41 hat wie folgt zu lauten:

„. . . auf Grund von Vorschlägen, die im Einvernehmen zwischen der engeren Reichsparteivertretung und der Landesparteivertretung jedes Landes festgestellt werden. Die Landesparteivertretung hat zu dem Zwecke der Vorschläge an die Reichsparteivertretung eine Landeskonferenz einzuberufen. Wo keine Landesorganisation besteht, hat die engere Reichsparteivertretung die Vorschläge im Einvernehmen mit den Vertrauensmännerkonferenzen der Wahlkreise zu erstatten. Erfolgt ein solches Einvernehmen nicht, so erstattet und begründet jede der beteiligten Körperschaften ihren Vorschlag in der Reichskonferenz, welche auch in diesem Falle die endgültige Entscheidung trifft."

Bei Nachwahlen entscheidet die Reichsparteivertretung im Einvernehmen mit der Landesparteivertretung (oder wo sie fehlt, mit der Vertrauensmännerkonferenz des Wahlkreises). Sollte ein Einvernehmen nicht erzielt werden, entscheidet über die Kandidatur eine Kommission, die aus je drei Vertretern beider Teile besteht und deren Vorsitzender von den beiden Streitteilen gewählt wird; erfolgt keine Einigung, wird der Vorsitzende von der Reichsparteikontrolle bestimmt. Ihre Entscheidung ist endgültig und erfolgt mit Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit durch den Vorsitzenden.

§ 42, Absatz 2, hat zu lauten:

„. . . gestellt werden. Ueber den Ausschluß entscheidet die Bezirks- oder Kreisorganisation, der die Organisation des Betreffenden angehört. Gegen die Entscheidung steht ihm die Berufung an die Landesparteivertretung und dann an die Reichsparteivertretung zu, die die Angelegenheit einem siebengliedrigen Schiedsgericht zuweist . . ." u. s. w.

Im Absatz 3 sind die Worte zu streichen: „Ausschließung aus der Organisation, die den Antrag gestellt hatte, unter Zuweisung des Mitgliedes an eine andere Organisation."

§ 43 ist zu streichen.

16. Antrag der Kreisorganisation Reichenberg.

1. Im § 31, Absatz 2, des Organisationsstatuts, soll es anstatt 14 Tage 28 Tage heißen.

2. Im § 35 soll es anstatt: „Sie bestimmt und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane . . ." heißen: „Sie bestimmt und kontrolliert die prinzipielle Haltung der ihr direkt unterstehenden Parteiorgane."

17. Antrag der Bezirksorganisation Liesing.

§ 38, Absatz 2, soll lauten: Zur Teilnahme an dieser Konferenz sind alle diejenigen berechtigt, die an den Sitzungen der erweiterten Parteivertretung und nach den Statuten der Landesorganisationen an denen der Landesparteivertretungen teilnehmen können. Ferner hat jeder Wahlkreis das Recht, hiezu einen Delegierten zu entsenden.

Im § 41 soll es heißen: Bei Nachwahlen entscheidet über die Kandidatur, wenn eine Einigung zwischen dem Bezirk (der Vertrauensmännerkonferenz) und der Parteivertretung nicht erfolgt, eine Kommission, die aus je drei Vertretern beider Teile besteht. Diese sechs Kommissionsmitglieder wählen einen siebenten als Vorsitzenden. Die Entscheidung dieser Kommission ist endgültig und erfolgt mit Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit durch den Vorsitzenden.

18. Antrag des Genossen Ernst Steiner (Wien).

§ 1 hat zu lauten:

Zur Parteigehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt, Mitglied der Parteiorganisation ihres Wohnortes und ihrer Berufsorganisation sowie Abonnent eines Parteiorgans ist.

§ 4 entfällt dadurch.

Zu § 2 beantrage ich folgenden Zusatz: nach „einer anderen Partei angehört, für eine andere Partei tätig ist", für eine bürgerliche Zeitung oder Zeitschrift schreibt u. s. w.

Parteiorganisation.

b) Bezirksorganisation: Zusatz zum § 2: Die Bezirksorganisation muß unter allen Umständen ein geschlossenes Gebiet umfassen u. s. w.

In Bezirksorganisationen, wo mehrere Reichsratswahlbezirke sind, sollen Wahlbezirksorganisationen gebildet werden, die der Bezirksorganisation unterstehen.

Jugendorganisation.

§ 26 soll lauten: Die Bezirksorganisationen sind verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt wird. Daher sind überall unter Mitwirkung der Reichsorganisation der jugendlichen Arbeiter Jugendorganisationen zu gründen und diese nach jeder Hinsicht, also auch finanziell zu unterstützen. Die Landesparteivertretungen sind verpflichtet, in diesem Sinne mit gutem Beispiel voranzugehen, und haben die Landessekretariate der Jugendorganisation zu subventionieren.

19. Antrag des Genossen Robert Danneberg.

Der § 26 des Organisationsstatuts soll lauten:

Bildungswesen.

Die Parteiorganisationen sind verpflichtet, für eine systematische sozialistische Erziehungsarbeit Sorge zu tragen. Wo es möglich ist, sollen zur Durchführung dieser Arbeiten im Einvernehmen mit den anderen Organisationen eigene Bildungsausschüsse eingesetzt werden.

Zur Leitung der Bildungsarbeit wird die von der Parteivertretung eingesetzte Zentralstelle für das Bildungswesen in Wien bestimmt, der alljährlich von allen Bezirksorganisationen ein Bericht über ihre Bildungstätigkeit zu erstatten ist.

Die Parteiorganisationen sind insbesondere auch verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die schulentlassene Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des

Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Ueberall soll zu diesem Zwecke die Gründung eigener Organisationen gefördert werden.

Desgleichen sollen sich die Parteiorganisationen die Einwirkung auf die Erziehung der Arbeiterkinder angelegen sein lassen und alle Bestrebungen auf diesem Gebiet nach Möglichkeit unterstützen.

20. Antrag der Kreisorganisation Teplitz.

Die Besetzung der Provinzmandate bei der Reichsparteikontrolle hat nach Verhältniswahl zu erfolgen, so daß, der Mitgliederzahl entsprechend, auf Böhmen vier Mandate entfallen.

21. Antrag der Genossen Josef Witternigg und Robert Preußler, Salzburg.

Zu § 6 des Organisationsstatuts wird beantragt: In Ländern, welche ein so kleines Gebiet umfassen, daß die Gesamtorganisation 5000 Mitglieder nicht erreicht, können die Bezirksorganisationen wegfallen und tritt der sozialdemokratische Verein, der von der Landesorganisation gebildet wird, in Kraft. In Wahlzeiten bildet jeder Wahlbezirk einen Agitationsausschuß.

Der § 8 soll folgende Fassung erhalten: Die Lokalorganisationen werden zu Bezirksorganisationen und dort, wo solche nicht gebildet werden, in der Landes- oder Kreisorganisation zusammengefaßt.

Der § 9 soll lauten: Alle Bezirksorganisationen, wo solche nicht bestehen, alle Lokalorganisationen eines Kronlandes unterstehen der Landesorganisation u. s. w.

Der § 13 soll lauten: Die Festsetzung der Höhe des Parteibeitrages und dessen Aufteilung auf die Reichs-, Landes-, Kreis-, Bezirks- und Lokalorganisationen erfolgt durch die Beschlüsse des Parteitages sowie der Landes- oder Kreiskonferenzen.

Der § 18 soll lauten: Die Einhebung des Parteibeitrages geschieht in der Weise, daß die Quittungsmarke von der Reichsparteivertretung gegen Erlag des Reichsparteibeitrages (§ 13) an die Landesorganisation abgegeben wird. Von der Landesorganisation gelangt sie gegen Erlag des von der Landeskonferenz bestimmten Betrages, wo keine Bezirksorganisationen bestehen, direkt an die Lokalorganisation.

22. Antrag der Bezirksorganisation Wien III.

Im § 27, 1., soll nach dem ersten Satz eingefügt werden:

„Bezirke, die mehr als 2000 und weniger als 4000 Parteimitglieder haben, sind berechtigt, drei Delegierte zu entsenden; Bezirke mit mehr als 4000 Parteimitgliedern sind zur Entsendung von vier Delegierten berechtigt."

Im § 27 soll es zu Beginn heißen:

„Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Er wird von der Parteivertretung in jedem zweiten Jahre einberufen."

Im § 31 soll der zweite Absatz lauten:

Der Parteibericht muß von der Reichsparteivertretung spätestens vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden.

## Zu Punkt (7) der provisorischen Tagesordnung „Der internationale Kongreß in Wien".

23. Antrag der Bezirksorganisation Troppau.

In Anbetracht der immer größer werdenden Wichtigkeit, die der Bekämpfung des Alkoholismus unter der Arbeiterschaft eingeräumt werden muß, stellt die Bezirksorganisation Troppau den Antrag:

Der Parteitag fordert die Delegierten der Deutsch-österreichischen Sozialdemokratie im Internationalen Bureau auf, zu beantragen, daß die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Kongresses gestellt werde.

## Zu Punkt 8 der Tagesordnung „Eventuelles".

24. Antrag der Bezirksorganisation Wien IX.

Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist ein Referat über die Nützlichkeit jener Arbeiterorganisationen zu setzen, die sich der Pflege der proletarischen Jugend widmen. (Arbeiterverein „Minderfreunde".)

25. Antrag der Kreisorganisation Karlsbad.

Für den Fall, als der nächste Parteitag nicht in Wien abgehalten wird, ist derselbe nach Karlsbad einzuberufen.

# Während der Verhandlungen gestellte Anträge.

## Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Der Krieg und die Internationale".

26. Antrag Viktor Adler.

Der Parteitag weist mit Abscheu und Entrüstung jeden Gedanken an eine Einmengung Oesterreichs in den Balkankrieg zurück. Er betrachtet jeden, der eine solche Einmengung unter welchem Vorwand immer fordert, als einen Todfeind der Völker Oesterreichs. Er fordert die Erhaltung des Friedens unter allen Umständen und um jeden Preis.

Den Beschlüssen der Internationale entsprechend, fordert der Parteitag alle Organisationen auf, die Agitation gegen Kriegsrüstung und Kriegshetze in die breitesten Volksmassen zu tragen. In der allernächsten Zeit, insbesondere aber am 10. November, sind in allen größeren Städten und Industriezentren, wo die örtlichen Verhältnisse dies gestatten, große Massenkundgebungen gegen die Einmengung Oesterreichs in den Balkankrieg zu veranstalten.

Oesterreich hat weder im Sandschak noch in Albanien etwas zu suchen. Wir haben auf dem Balkan keine anderen Interessen als die, in freundnachbarlichem Verhältnis mit den Balkanvölkern zu leben und unsere Waren mit ihnen friedlich auszutauschen. Keine Einmengung in den Balkankrieg! Der Balkan den Balkanvölkern! Erhaltung des Friedens!

27. Antrag Viktor Adler.

Der Parteitag spricht den Wunsch aus, daß der vom Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel einberufene außerordentliche Sozialistenkongreß von den österreichischen Arbeiterorganisationen möglichst zahlreich beschickt werde.

28. Antrag der steiermärkischen Parteitagsdelegation.

Die Rede des Genossen Dr. Viktor Adler über den Krieg und die Internationale soll als Flugblatt herausgegeben werden.

## Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Berichte".

29. Antrag der Genossen Sever-Hackenberg.

Die Reichsparteivertretung wird beauftragt, in allernächster Zeit ein organisatorisches Handbuch für Vertrauensmänner der politischen Organisationen herauszugeben.

30. Antrag der Genossen Gabriel-Timuig.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten wird aufgefordert, mit größtem Nachdruck für die Abschaffung des Kolportageverbots zu wirken.

31. Antrag des Genossen Afritsch (Graz).

Der Parteitag spricht den Wunsch aus, daß sich der Klub der deutschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus durch den ihm zugewiesenen Antrag der Bezirksorganisation Rumburg in seiner durchaus einwandfreien und einzig richtigen Haltung in der Frage des Seuchengesetzes nicht beirren lasse.

32. Antrag des Genossen Hans Jott (Troppau.)

Der Parteitag billigt die Bemühungen der Parteivertretung um die Festigung der Gesamtpartei und fordert sie auf, diese Bemühungen fortzusetzen.

33. Antrag der Genossen Winarsky, Neumann, Emmerling.

In Anerkennung der Notwendigkeit, für die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Oesterreichs eine dauernde Verbindung zu schaffen, beschließt der Parteitag, dem Wunsche der Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Rechnung zu tragen, und beauftragt die Parteivertretung, für die sofortige Schaffung eines regelmäßig monatlich erscheinenden Korrespondenzorgans für sozialdemokratische Gemeindepolitik die notwendigen Verfügungen zu treffen. Die Wiener sozialdemokratischen Gemeinderäte werden beauftragt, als der Gesamtheit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Oesterreichs verantwortliche Preßkommission zu fungieren und das Korrespondenzblatt als Herausgeber zu zeichnen.

## Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Aenderung des Organisationsstatuts".

34. Antrag der Bezirksorganisation St. Pölten.

Der § 7 des neuen Organisationsstatuts soll lauten:

„Die Lokalorganisation ist die Zusammenfassung aller in einem Orte wohnenden Parteimitglieder. Der Lokalausschuß ist alljährlich in einer Parteimitgliederversammlung zu wählen.

Innerhalb der Lokalorganisation ist die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen. Das Einkassieren der Parteimitgliedsbeiträge hat durch die Häuserorganisation zu erfolgen."

35. Antrag der Bezirksorganisation St. Pölten.

In das Organisationsstatut ist folgende Bestimmung aufzunehmen:

„In den Wahlbezirken, wo die organisatorischen Bedürfnisse dies notwendig machen, ist ein Wahlbezirkskomitee zu konstituieren. Zu diesem Zwecke treten die in Betracht kommenden Bezirksausschüsse zu einer Konferenz zusammen, in der das Wahlbezirkskomitee gewählt und sein Sitz bestimmt wird. Dem Wahlbezirkskomitee obliegt die einheitliche Leitung der Agitation im Wahlbezirk. In den Ländern, wo ein Bezirkswahlfonds gebildet wird, wird derselbe vom Wahlbezirkskomitee verwaltet. Die Bezirksorganisationen haben den Wahlfonds für alle Orte des Wahlbezirkes dem Komitee zu überweisen. Vor Wahlen in den Reichsrat ꝛc. wird über die Verwendung des Bezirkswahlfonds in einer Konferenz beschlossen, die von allen Wahlorten zu beschicken ist. Die durch die Tätigkeit des Wahlbezirkskomitees auflaufenden Kosten werden von den beteiligten Bezirksorganisationen gemeinsam getragen."

36. Antrag der Landesparteivertretung Mährens.

Im § 41 des Organisationsstatuts soll es heißen:

„Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt..... auf Grund von Vorschlägen, die im Einvernehmen zwischen der engeren Parteivertretung, der Landesparteivertretung und der Bezirksorganisationen....."

37. Antrag der Reichsparteivertretung.

Vorschläge zur Aenderung des Entwurfes eines neuen Organisationsstatuts:

Zu § 32, Punkt 5, vierte Zeile, nach dem Worte „Organisationsstatut" zu einzufügen „und der Beitragsleistungen".

Der zweite Absatz des § 34 kommt als Absatz 2 zu den neuen § 36 a.

Nach § 36 ist ein neuer Paragraph einzuschalten, der die Aufgaben der Parteikontrolle zusammenfaßt.

§ 36 a. Die Parteikontrolle besorgt die Kontrolle der gesamten Verwaltung, die der engeren Reichsparteivertretung gemäß § 35 obliegt. Sie entscheidet über Beschwerden, die von Parteimitgliedern oder Organisationen gegen die engere Reichsparteivertretung erhoben werden. Gegen die Entscheidungen der Parteikontrolle in derartigen Beschwerdeangelegenheiten steht die Berufung an den Parteitag offen, der auch über Beschwerden gegen die Parteikontrolle entscheidet. Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Im § 37 ist zu streichen: „über Beschwerden ..... gegen die Parteikontrolle entscheidet."

§ 41, Zeile 3 und 4 sind die Wörter: „im Einvernehmen zwischen der engeren Parteivertretung und" zu streichen und dafür zu setzen: „unter Zuziehung der Landesparteivertretung von der engeren Parteivertretung im Einvernehmen mit".

### 38. Antrag des Genossen David.

Der § 32 des Organisationsstatuts soll lauten:

5. Beschlußfassung über Parteiorganisationen, deren Statut über die Partei- und Wahlfondsbeiträge und über alle das Parteileben berührenden Fragen; Anträge auf Aenderungen des Organisationsstatuts können nicht nur von der Parteivertretung, sondern auch von den Parteimitgliedern gestellt werden. Diese Anträge müssen jedoch mindestens sechs Wochen vor dem Parteitag eingebracht und mindestens vier Wochen danach im Zentralorgan veröffentlicht werden.

Anträge, die die festgelegten Partei- und Wahlfondsbeiträge beinhalten, gleichgültig ob sie von der Parteivertretung oder einem Parteimitglied gestellt werden, müssen mindestens sechs Monate vor der Tagung des Parteitages eingebracht und mindestens vier Wochen nach ihrer Einbringung im Zentralorgan bekannt gegeben werden.

### 39. Antrag des Genossen Aeußerlich.

Die Bezeichnung „erweiterte" oder „Reichsparteivertretung", „engere" und „weitere Parteivertretung" sind in allen Paragraphen durch folgende Bezeichnungen zu ersetzen: für weitere Parteivertretung: Parteivertretung; für engere Parteivertretung: Parteivorstand.

### 40. Antrag der Bezirksorganisation XVI.

An Stelle des § 33, Absatz 2 des neuen Organisationsstatuts, wo es heißt: „diese durch ihren Wohnort bestimmten zwei Mitglieder ꝛc. ..... bis ..... getrennten Listen gewählt", soll der Absatz 3 des § 32 des alten Organisationsstatuts gesetzt werden.

Zusatz zum § 34, Absatz 2 des Entwurfes: Nach dem Worten ..... „zu prüfen" ..... ist hinzuzufügen ..... „und in finanziellen sowie administrativen Angelegenheiten mit beratender, bei allen anderen Gegenständen jedoch mit beschließender Stimme an allen Sitzungen der engeren Parteivertretung teilzunehmen".

### 41. Antrag des Genossen Dr. Friedrich Adler.

Nach § 43 ist ein Absatz einzuschalten mit dem Titel:

Streichung aus den Mitgliedslisten.

§ ... Mitglieder, die länger als vier Monate mit den Beiträgen im Rückstand sind, können von ihrer Lokalorganisation aus der Mitgliedsliste gestrichen werden. In Fällen von Arbeitslosigkeit und Krankheit können die Beiträge im Einvernehmen mit der Bezirksorganisation bis auf sechs Monate gestundet werden.

§ ... Tritt ein Mitglied, das sich nicht mehr zu den Grundsätzen des Parteiprogramms (§ 1) bekennt, nicht aus eigener Initiative aus der Partei aus, so kann der Parteitag auf Antrag der Parteivertretung die Organisation seines Wohnortes mit der Streichung seines Namens aus den Mitgliedslisten beauftragen.

§ 12, Absatz 1 ist, um Wiederholungen zu vermeiden, zu formulieren: „Parteimitglieder, die den Bestimmungen des § 2 nicht entsprechen, sind aus der Partei auszuschließen".

12. Antrag der Antragprüfungskommission zur Beratung des Organisationsstatuts.

§ 3 soll lauten: „Ueber die Aufnahme entscheidet auf Grund des Vorschlages der Lokalorganisation, in deren Sprengel der Aufnahmswerber wohnt, die Bezirksorganisation, beziehungsweise jene Organisation, die die in diesem Statut sonst für die Bezirksorganisation vorgesehene Funktion ausübt".

§ 20, Beginn: „Die Mitglieder der Lokalorganisation wählen alljährlich in einer Parteimitgliederversammlung den Lokalvertrauensmann".

§ 21, Absatz 2, zweite Zeile an Stelle „die Reichsparteivertretung" zu setzen „dem Parteivorstand".

Ebenso in der vorletzten Zeile des § 21.

§ 26. An Stelle des Entwurfes der Parteivertretung tritt der Antrag Nr. 19 des Genossen Tanneberg.

§ 27. Die Einleitung lautet: „Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei, er wird vom Parteivorstand alljährlich einberufen mit Ausnahme jener Jahre, in denen ein Gesamtparteitag oder ein Internationaler Kongreß stattfindet."

Zu § 27, Punkt 1, stellt die Kommission folgende Resolution: „Die Parteivertretung wird beauftragt, dem nächsten Parteitag Vorschläge über eine Neuregelung des Vertretungsrechtes am Parteitag zu machen und dieselben drei Monate vor dem Stattfinden desselben zu veröffentlichen."

§ 27, Punkt 2 soll lauten: „Die Mitglieder der Reichsparteivertretung und die Parteisekretäre" (§ 33).

§ 27, Punkt 4 ist anzufügen: „Und je eine Delegierte des Frauenlandeskomitees".

§ 27, Punkt 6 lautet: „Die vom Parteivorstand berufenen Referenten mit beratender Stimme".

§ 28 ist in der ersten Zeile „Parteivertretung" durch „Reichsparteivertretung" zu ersetzen.

§ 31, Im ersten Absatz, Zeile 4 ist nach dem Worte „folgen" einzufügen: „Die Einberufung ist sämtlichen übrigen Tagesblättern der Partei so rechtzeitig mitzuteilen, daß sie gleichzeitig mit der Einladung im Zentralorgan erscheinen kann".

Im § 31, Absatz 3 ist das Wort „Reichsparteivertretung" durch „Parteivorstand" in der Zeile 3 und 11 zu ersetzen.

§ 32, In der vorletzten Zeile der Einleitung heißt es anstatt „Sekretär der Parteivertretung" jetzt „Parteisekretär".

Im § 32, Punkt 1 heißt es in der Zeile 4 anstatt „Gesamtpartei" „Reichspartei". In Zeile 8 an Stelle „Parteivertretung" „Parteivorstandes".

Im § 32, Punkt 3 heißt es an Stelle „die Reichsparteivertretung ihren" „der Parteivorstand seinen".

§ 32, Punkt 4 an Stelle „der Reichsparteivertretung" „des Parteivorstandes".

§ 32, Absatz 1, Zeile 5 ist nach dem Worte „oder" einzuschalten „von einer Organisation".

§ 32, Punkt 5 ist nach dem ersten Absatz ein neuer Absatz einzuschalten mit folgendem Wortlaut:

„Anträge betreffend die Partei- und Wahlfondsbeiträge sind beim Parteivorstand mindestens sechs Monate vor dem Stattfinden des Parteitages einzubringen und müssen ebenso wie die von ihm in dieser Sache gestellten Anträge mindestens fünf Monate vor dem Parteitag im Zentralorgan bekanntgegeben werden".

§ 32, Punkt 5, Absatz 2 hat zu lauten am Anfang: „von diesen Vorschriften" . . . . .

§ 32, Punkt 7, Absatz 2, Zeile 5 heißt es an Stelle von „Stimmzettel" „Stimmenzahl".

Nach Zeile 6 ist einzufügen: „Haben mehr Personen als zu wählen wären, die absolute Mehrheit erreicht, so gelten diejenigen als gewählt, die die meisten Stimmen erhalten haben".

In der letzten Zeile des Punktes ist nach dem Worte „entscheidet" das Wort „immer" einzufügen.

Der bisherige Abschnitt „Reichsparteivertretung und Kontrolle" wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

**Reichsparteivertretung, Parteivorstand und Parteikontrolle.**

§ 33. Der Parteitag wählt die aus zwanzig Personen bestehende Reichsparteivertretung. Zehn vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Reichsparteivertretung bilden den Parteivorstand, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen zehn Mitglieder bilden die Parteikontrolle.

In dem Orte, in dem der Parteivorstand seinen Sitz hat, müssen seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein. Diese durch ihren Wohnort bestimmten Mitglieder der Kontrolle und die zehn Mitglieder des Parteivorstandes einerseits, die anderen acht Mitglieder der Kontrolle anderseits werden mit getrennten Listen gewählt.

a) Der Reichsparteivorstand.

§ —. Unmittelbar nach seiner Wahl tritt der Parteivorstand zusammen und wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, drei Stellvertreter und den Kassier.

Der Vorsitzende des Parteivorstandes, beziehungsweise der von ihm bestimmte Stellvertreter vertritt die Partei nach außen und leitet alle Geschäfte des Parteivorstandes und des Sekretariats. Wichtige, insbesondere verbindliche Schriftstücke sind von ihm und einem der Sekretäre zu unterzeichnen.

§ —. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und verfügt über die Parteigelder. Er kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, ernennt selbst oder durch die von ihm hiezu bestellten Organe seine Angestellten und die Angestellten der ihm unterstehenden Unternehmungen, bestimmt deren Bezüge und sonstigen Rechtsverhältnisse und kontrolliert ihre Tätigkeit. Er ist in seiner Gesamtheit dem Parteitag verantwortlich und hat ihm auch über die Durchführung der von vorhergegangenen Parteitagen beschlossenen oder ihm zugewiesenen Anträge zu berichten.

b) Die Reichsparteikontrolle.

§ —. Die Kontrolle wählt sofort nach ihrer Wahl aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, den Vorsitzendenstellvertreter und einen Schriftführer. Sie besorgt die Kontrolle der gesamten Verwaltung, die dem Parteivorstand gemäß § 35 obliegt. Sie entscheidet über Beschwerden, die von Parteimitgliedern oder Organisationen gegen den Parteivorstand erhoben werden. Gegen die Entscheidungen der Parteikontrolle in derartigen Beschwerdeangelegenheiten steht die Berufung an den Parteitag offen, der auch über Beschwerden gegen die Parteikontrolle entscheidet.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden, die Mitglieder der Kontrolle haben aber jederzeit das Recht, alle Bücher und Schriftstücke zu prüfen. Sie sind berechtigt, an den Sitzungen des Parteivorstandes teilzunehmen und haben in allen Angelegenheiten, die nicht ihrer Kontrolle unterliegen und in jenen sie nicht Beschwerdeinstanz sind, das Stimmrecht.

c) Die Reichsparteivertretung.

§ —. Die Reichsparteivertretung ist zur Entscheidung aller Fragen von großer politischer oder finanzieller Tragweite vom Vorsitzenden des Parteivorstandes nach Bedarf, mindestens aber vierteljährlich einmal, oder wenn fünf Mitglieder es verlangen, einzuberufen. Die Leitung dieser Sitzungen obliegt dem Vorsitzenden beziehungsweise dem Vorsitzendenstellvertreter des Parteivorstandes.

§ —. Die Reichsparteivertretung trifft die näheren Bestimmungen über ihre Geschäftsführung, sowie die des Parteivorstandes, der Parteikontrolle und der Funktionäre durch eine für ihre Funktionsperiode zu beschließende Geschäftsordnung.

§ —. Die Reichsparteivertretung wählt die Sekretäre, den Chefredakteur und den Administrator des Zentralorgans, welche an den Sitzungen des Parteivorstandes und der Reichsparteivertretung mit beratender Stimme teilzunehmen haben.

§ —. Ueber Beschluß der Reichsparteivertretung können die Vertreter anderer Reichsorganisationen sowie des parlamentarischen Sekretariats an ihren Sitzungen und denen des Parteivorstandes teilnehmen.

Die Mitglieder der Gesamtexekutive können an den Sitzungen der Reichsparteivertretung mit beratender Stimme teilnehmen.

§ —. Das Ergebnis aller Wahlen sowie die Adressen des Vorsitzenden des Parteivorstandes und der Parteikontrolle sind im Zentralorgan der Partei mitzuteilen.

Die Funktionsdauer der Parteivertretung, der Kontrolle und aller Funktionäre beträgt in der Regel ein Jahr, endet aber erst nach erfolgter Konstituierung, beziehungsweise Wahl der Nachfolger.

§ 38. Im Absatz 2 hat es zu heißen anstatt „erweiterten Parteivertretung" „Reichsparteivertretung".

§ 39, Zeile 3 anstatt „engeren Parteivertretung" „Parteivorstand", Zeile 5 anstatt „Gesamtpartei" „Reichspartei".

§ 39, Absatz 3 ist nach „Reichsparteivertretung" einzuschalten: „des Parteivorstandes und der Parteikontrolle".

§ 41 ist in Zeile 3 und 4 zu streichen „im Einvernehmen zwischen der engeren Parteivertretung und" und dafür zu setzen „unter Zuziehung der Landesparteivertretung vom Parteivorstand im Einvernehmen mit".

In Zeile 11 bis 13 sind die Worte „zwischen dem Bezirk (der Vertrauensmännerkonferenz) und der Parteivertretung" zu streichen.

In Zeile 14 bis 16 sind die Worte „deren Vorsitzenden der Klub der Reichsratsabgeordneten zu wählen hat. Ihre Entscheidung" zu streichen und zu ersetzen durch „ihren Vorsitzenden wählt. Wenn über dessen Person eine Einigung nicht erfolgt, so bestimmt ihn die Parteikontrolle. Die Entscheidung der Kommission".

§ 42. Der erste Absatz lautet: „Parteimitglieder, die den Bestimmungen des § 2 dieses Statuts nicht entsprechen, sind aus der Partei auszuschließen."

Absatz 2 lautet: „Der Antrag auf Ausschließung eines Parteimitgliedes aus der Partei ist bei der Parteivertretung einzubringen. Er kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Parteiangehörigen gestellt werden. Der Parteivorstand weist ihn einem siebengliedrigen Schiedsgericht zu. Drei der Beisitzer dieses Schiedsgerichtes werden von der Organisation ernannt, die den Ausschluß beantragt, drei von dem durch den Ausschlußantrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt der Parteivorstand, er hat im Schiedsgericht bei Stimmengleichheit entscheidende Stimme."

Im Absatz 3, Zeile 3 bis 4, sind die Worte zu streichen „unter Zuweisung des Mitgliedes an eine andere Organisation".

Im Absatz 5, Zeile 3, ist „Parteivertretung" durch „Parteivorstand" zu ersetzen. Ebenso im Absatz 6, Zeile 8, im Absatz 7, Zeile 3.

Nach § 43 ist ein neuer Abschnitt einzufügen mit dem Titel

Streichung aus den Mitgliederlisten.

§ . Mitglieder, die länger als drei Monate mit den Beiträgen im Rückstand sind, können von ihrer Lokalorganisation aus der Mitgliedsliste gestrichen werden. In Fällen von Arbeitslosigkeit und Krankheit können die Beiträge im Einvernehmen mit der Bezirksorganisation bis auf sechs Monate gestundet werden.

§ —. Tritt ein Mitglied, das sich nicht mehr zu den Grundsätzen des Parteiprogramms (§ 1) bekennt, nicht aus eigener Initiative aus der Partei aus, so kann der Parteitag auf Antrag des Parteivorstandes die Organisation seines Wohnortes mit der Streichung seines Namens aus den Mitgliederlisten beauftragen.

§ 44, Zeile 4, an Stelle von „hat" „kann" und in Zeile 6 an Stelle von „einzusetzen" „einsetzen".

Im Absatz 2 an Stelle von „Parteivertretung" „Parteivorstand".

## Zu Punkt 6 der Tagesordnung: „Das Parlament und der Arbeiterschutz".

13. Antrag des Genossen Heinrich Beer.

Ausgehend von der Erwägung, daß das Koalitionsrecht die stärkste Waffe zur Erkämpfung günstigerer Arbeitsbedingungen, zur Verbesserung der ökonomischen Lage, also auch zur Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeiterschaft ist und geleitet von der Erfahrung, daß die besitzenden Klassen und ihre Verwaltungsorgane alles aufbieten, um dieses wichtigste Recht der Arbeiterklasse durch Rechtsbeugung, durch Gesetzesverletzung, durch Polizeiwillkür zu schmälern, ja sogar zu vernichten, beschließt der Parteitag die Einleitung einer energischen rast- und rücksichtslosen Aktion zur Beseitigung aller Fesseln des Koalitionsrechtes und fordert, daß die Beobachtung der auf das Koalitionsrecht bezughabenden gesetzlichen Vorschriften durch die politischen Behörden um jeden Preis erzwungen werde.

Der Parteitag verlangt daher:

1. die Abschaffung des Arbeitsbuches;
2. die Beseitigung der im § 85 der Gewerbeordnung enthaltenen, dem Grundsatze der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze hohnsprechenden Bestimmung,

daß der Kontraktbruch des Arbeiters eine Uebertretung der Gewerbeordnung begründe;

3. die Erlassung einer Ministerialverordnung an alle politischen Behörden, in der ihnen die Belehrung erteilt wird, daß das bloße Aufstellen von Streikposten nach dem geltenden Gesetze zulässig ist, daß es den Behörden daher strengstens untersagt werde, Streikposten, solange sie sich keiner ungesetzlichen Handlung schuldig machen, zu belästigen, geschweige denn sie zum Verlassen ihres Postens aufzufordern oder sie gar, wie es täglich vorkommt, zu verhaften und nach dem Prügelpatente zu bestrafen;

4. die Schaffung eines Gesetzes zur Regelung des Mietverhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern, denen Arbeiter- oder Wertwohnungen in der Absicht überlassen werden, um ihnen die Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich zu machen oder wesentlich zu erschweren;

5. ohne Rücksicht auf die geplante Reform des Strafgesetzes die sofortige Abänderung der strafgesetzlichen Bestimmungen über Erpressung und gefährliche Drohung (§§ 98 und 99 St.-G.), die seit sechs Jahren gegen den Wortlaut des Gesetzes mit klassenbewußter Brutalität auf Arbeiter angewendet werden, welche aus den edelsten Motiven im Interesse ihrer Organisation tätig sind; die Abänderung der §§ 98 und 99 Strafgesetz hat in dem Sinne zu erfolgen, daß sie nur dann anwendbar sein dürfen, wenn es sich um gewinnsüchtige Motive handelt, daß aber unter allen Umständen straflos bleiben muß die bloße Warnung vor einem Uebel, von dem der Genötigte weiß oder ohnehin wissen muß, daß es eintreten werde, wenn die geforderte Handlung, Duldung oder Unterlassung nicht erfolgt.

Der Parteitag beauftragt den Deutschen sozialdemokratischen Klub des Abgeordnetenhauses, zur Lösung der vorstehenden Aufgaben alles Zweckdienliche unverzüglich zu unternehmen und mit allen wie immer gearteten parlamentarischen Mitteln die Erfüllung dieser Forderungen durchzusetzen.

Der Parteitag beauftragt endlich die Parteivertretung, diese Aktion der sozialdemokratischen Abgeordneten durch eine mächtige ununterbrochene Agitation in ganz Oesterreich zu unterstützen.

### 44. Antrag des Genossen Otto Bauer.

Der Parteitag stellt fest, daß jeder Fortschritt der Arbeiterschutzgesetzgebung an der passiven Resistenz der Regierung, an der Obstruktion der bürgerlichen Parteien und an dem Streik des Herrenhauses scheitern. Nur aus eigener Kraft kann sich die Arbeiterklasse den Ausbau der Arbeiterschutzgesetze erzwingen. Der Parteitag verpflichtet daher die Parteivertretung, den Klub der Abgeordneten, die Parteipresse und die Organisationen, mit gesteigertem Eifer den Kampf für die Arbeiterschutzgesetzgebung fortzusetzen, eine planmäßige Agitation für sie rastlos zu betreiben, ihre Gegner immer wieder vor den Wählermassen an den Pranger zu stellen und, wenn der Widerstand der Arbeiterfeinde im Abgeordnetenhaus und im Herrenhaus nicht gebrochen werden kann, in einem geeigneten Augenblick die Arbeitermassen selbst zum Kampfe für den Arbeiterschutz zu rufen.

Als die allernächsten Ziele dieses Kampfes stellt der Parteitag fest: die baldigste Vollendung der Sozialversicherung unter Festhaltung der von den Krankenkassentagen beschlossenen Grundsätze; den zehnstündigen Höchstarbeitstag für alle Gewerbebetriebe, den achtstündigen Höchstarbeitstag für die ununterbrochenen Betriebe und für den Bergbau; wirksamer Schutz der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter gegen die Gefahr der Betriebsunfälle und Gewerbekrankheiten, insbesondere auch durch Anordnung des sanitären Maximalarbeitstages; die Erlassung eines Bäckerschutzgesetzes, das keinesfalls hinter den Beschlüssen des Arbeitsbeirates zurückbleiben darf; Befreiung der Bergarbeiter von der Mißwirtschaft der Bruderladen, Unfallversicherung der Bergarbeiter, Mindestlöhne im Bergbau; Regelung der Heimarbeit, Feststellung von Mindestlöhnen für die Heimarbeiter durch obligatorische, paritätisch zusammengesetzte Heimarbeitskommissionen.

### 45. Antrag der Genossen Bermann, Klein und Forstner.

Ebenso rückständig als die gesetzgeberische Arbeit des Parlaments auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes ist das Verhalten der Administrativbehörden dort, wo sie berufen sind, bestehende Schutzgesetze durchzuführen oder zu erweitern. Nur schwer und in langen Zeiträumen ist diesen Behörden ein weiteres kleines Stückchen Arbeiterschutz abzuringen, denn sie stehen unter dem Diktat der einflußreichen und von den politischen bürgerlichen Parteien geförderten Unternehmerorgani-

fationen, die alle Bemühungen, einen Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiet zu erlangen, mit allen Mitteln hindern.

Die organisierten Handlungsgehilfen stehen gegenwärtig in einem lebhaften Kampf um die Erringung der Sieben Uhr-Geschäftssperre im Handelsgewerbe. Das vor 2½ Jahren in Kraft getretene Gesetz, daß die Acht Uhr-Sperre anordnet, ermächtigt die Landesbehörden im Verordnungswege die Schließung der Geschäfte um 7 Uhr abends zu bestimmen. Nur in ganz wenigen Fällen haben die Landesbehörden diese Aufgabe bisher durchgeführt und fast überall noch harrt diese Bestimmung des Gesetzes der Ausführung. Bei dem Kampf gegen diesen von den Angestellten geforderten so notwendigen Schutz bedienen sich die Unternehmerorganisationen gerne der Ausrede auf das angebliche Bedürfnis der Arbeiterschaft. Sie behaupten, daß eine Schließung der Geschäfte um 7 Uhr abends nicht möglich sei, weil dann die Arbeiter, die angeblich erst nach dieser Stunde einkaufen können, ihre Bedürfnisse nicht decken könnten. Die am Parteitag anwesenden Vertreter der Arbeiterschaft verwahren sich mit Entschiedenheit dagegen, daß man versucht, unter Berufung auf die Arbeiterschaft und in ihrem Namen, einen notwendigen sozialpolitischen Fortschritt zu hintertreiben. Die Vertreter der Arbeiterschaft erklären, daß gar keine Veranlassung besteht, aus Rücksicht auf die arbeitende Bevölkerung den Angestellten die Sieben Uhr-Sperre vorzuenthalten, denn die Arbeiterschaft ist in der Lage, ihre Bedürfnisse auch vor 7 Uhr abends zu decken. Die am Parteitag anwesenden Vertreter der Arbeiterschaft erklären vielmehr, daß die Arbeiterschaft gewillt ist, die organisierte kaufmännische Gehilfenschaft in ihrem Kampf um die Erringung der Sieben Uhr-Geschäftsperre tatkräftig und nach jeder Richtung hin zu unterstützen.

Ein beschämender Zustand ist es, daß, von einigen Orten abgesehen, die kaufmännischen Angestellten noch immer gezwungen sind, an Sonntagen durch mehrere Stunden Arbeit zu leisten. Selbst der frühere Handelsminister hat zugeben müssen, daß die heutigen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe reformbedürftig sind. Trotzdem ist es nicht möglich, die Landesbehörden zu bewegen, im Verordnungsweg die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe zu verbieten. Der Parteitag erwartet endlich, daß auch auf diesem Gebiet Remedur geschaffen und der Sonntagsausbeutung ein Ende gemacht werde. Auch im Kampf um die Sonntagruhe können sich die Handlungsgehilfen der Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft versichert halten.

46. Antrag des Genossen Rudolf Müller.

Nach Absatz 5 des Antrages Beer ist als Absatz 6 einzuschalten:

6. Die Eliminierung der §§ 163, 430 und 431 aus dem Regierungsentwurf zur Reform des Strafgesetzes, die eine vollständige Vernichtung des Koalitionsrechtes der Eisenbahner und der Angestellten aller öffentlichen Betriebe bedeutet.

## Zu Punkt 8 der Tagesordnung: „Eventuelles".

47. Antrag der Landesparteivertretung Mährens.

Der nächstjährige Parteitag ist nach Brünn einzuberufen.

48. Antrag der Landesparteivertretung Steiermarks.

Der nächste Parteitag wird in Graz abgehalten.

# Geschäftsordnung

für die

# Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Jeder Delegierte hat das Recht, persönliche Bemerkungen oder tatsächliche Berichtigungen entweder am Schlusse der Sitzung oder der Debatte vorzubringen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Diskussion erhält jeder Redner zehn Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Teilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu beteiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort erteilt werden.

# Verhandlungen des Parteitages.

## Eröffnungsversammlung.

Im großen Saale des Favoritener Arbeiterheims trat der Parteitag zusammen. Die Delegierten füllen den ganzen Saal, zahlreiche Zuhörer wohnen auf den Galerien den Verhandlungen bei. Da die ausländischen und die Bruderparteien Oesterreichs so zahlreich vertreten sind wie noch auf keinem anderen Parteitag, wurden ihre Delegierten diesmal besonders freudig begrüßt.

Nach halb 8 Uhr betraten Sänger die Bühne, um den Parteitag feierlich einzuleiten. Der Arbeitersängerbund Favoriten trug unter der Leitung seines Chormeisters Grünhut die weihevolle Hymne „Die Arbeit" von Josef Schen packend vor. Die Arbeiterheimkapelle List begleitete die Sänger.

Nun schritt der Parteitag zur

### Konstituierung.

**Skaret:** Namens der Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie begrüße ich die erschienenen Delegierten sowie unsere lieben Gäste aus dem In- und Ausland auf das herzlichste und erkläre den Parteitag für eröffnet. Als erster Punkt der Tagesordnung steht die Konstituierung. Ich erlaube mir für die Wahl des Präsidiums vorzuschlagen als Vorsitzende mit gleichem Rechte Pernerstorfer, Tomschik und Pölzer, als Schriftführer Schweichhart, Lindner, Paul Richter und Fanni Neumann.

Die Vorgeschlagenen werden einstimmig gewählt.

Vorsitzender **Pernerstorfer:** Ich schlage vor, daß wir die geschäftlichen Dinge zuerst erledigen. Ich bitte Genossen Skaret die geschäftlichen Vorschläge zu machen.

**Skaret:** Wir haben die Geschäftsordnung zu bestimmen. Ich schlage die alte, auf den bisherigen Parteitagen erprobte Geschäftsordnung zur Annahme vor. Als Arbeitszeit bitte ich die Stunden von 9 bis halb 1 Uhr und von 2 bis 6 Uhr festzusetzen.

Beide Anträge werden angenommen.

**Skaret:** Wir haben eine Mandatprüfungskommission zu wählen und ich schlage vor: Für Niederösterreich: Pülsl (Liesing), Oberösterreich: Rollinger (Linz), Steiermark: Schlager (Leoben), Salzburg: Witternigg (Salzburg), Tirol: Scheibein (Innsbruck), Kärnten: Dimnig (Klagenfurt), Böhmen: Bentel (Aussig), Mähren: Schloßnikel (Sternberg), Schlesien: Zorn (Freiwaldau), Bukowina: Vogel (Czernowitz).

### Die Eröffnungsrede.

**Pernerstorfer:** Als wir im vorigen Jahre den Parteitag in Innsbruck abhielten, dachte keiner von uns daran, daß der nächste Parteitag in so ereignisreiche, stürmische Tage fallen werde. Während wir hier beisammen sind, um in ernster Beratung hauptsächlich innere organisatorische Fragen zu erledigen, tobt die Kriegsfurie auf dem Balkan. Die Arbeiterschaft aller Länder und die ganze zivilisierte Welt sind in Besorgnis getaucht, daß der

Krieg auch andere Länder ergreifen werde, aber nicht zuletzt dürfen die sozialdemokratischen Parteien aller Länder Europas es als eines ihrer Verdienste ansehen, daß es zu einem allgemeinen Krieg nicht gekommen ist. Der feste und unerschütterliche Wille des Proletariats ist es, daß der Friede aufrecht bleibe in allen Ländern außer dem Balkan. Und auf diesen haben wir keinen Einfluß. Wir werden im Laufe des Parteitages über die Kriegsgefahr und über die auswärtige Lage noch sprechen. Lassen Sie mich die Hoffnung aussprechen, daß wir von weiteren kriegerischen Komplikationen verschont werden und der Friede erhalten bleibt, den alle Völker so dringend nötig haben.

Genossen und Genossinnen! Wir sind zu Beginn unserer Beratungen verpflichtet, derer zu gedenken, die in diesem Jahr von uns gegangen sind. Vor allem zweier Genossen des Auslandes. Der dem Proletariat der ganzen Welt bekannte französische Genosse Paul Lafargue ist dahingeschieden, einer der unermüdlichsten Vorkämpfer des sozialistischen Gedankens, ein Kämpfer der alten Schule, der bis zum letzten Moment treu gedient hat dem Sozialismus sein ganzes Leben lang.

Lassen Sie uns Worte der Erinnerung auch widmen unserem deutschen Genossen Bömelburg, der eine der markantesten Gestalten des gewerkschaftlichen Lebens Deutschlands gewesen ist, und den ein tückisches Geschick frühzeitig aus einem tatenreichen Leben abberufen hat.

Aber auch wir in Oesterreich haben schwere Verluste zu beklagen. Im vorigen Winter hat, wie Sie wissen, unser Genosse Franz Silberer den Tod in den Bergen gefunden. Es waren bange Tage, die verstrichen sind, bis man endlich nach Monaten seine Leiche aufgefunden hat. Es hieße diesen Augenblick entweihen, wenn ich der abscheulichen Vorgänge erwähnen wollte, die sich abgespielt haben um den Tod des Genossen Silberer. Er war einer unserer besten Gewerkschaftsmänner und es war ihm gelungen, einen Bezirk zu erobern, der dadurch zum erstenmal in unsere Hände gekommen ist. Es ist im Berichtsjahr auch Genosse Alois Swoboda gestorben, der sich um die Buchdruckerorganisation große Verdienste erworben hat und der in unserem Parteigeschäft tätig war. Es ist gestorben Rudolf Wagner, einer von jenen, die in eine neue Branche den sozialdemokratischen Gedanken getragen und uns dadurch ein neues Gebiet erobert haben, und ferner Rudolf Pokorny, den viele von Ihnen aus der alten Zeit kennen werden. Er war einer der sogenannten Radikalen aus der alten Zeit, ein sehr rühriger und tätiger Genosse; nur in der letzten Zeit seines Lebens ist er nicht mehr in den Vordergrund getreten. Gestorben ist auch unser Genosse Arnold Riese, dem wir die vortreffliche Organisation der Partei und viele ihrer Erfolge in Kärnten zu verdanken haben. In jungen blühenden Jahren ist dahingegangen einer unserer Besten in Wien selbst, der Genosse Schlinger, dessen Verlust wir außerordentlich schwer tragen. Er war nicht einer der Lautesten, aber einer der Lautersten unter uns, der echte Typus eines sicheren und festen Proletariers, dem die Partei und die Sache des Proletariats über alles gingen. Mit der Erwähnung dieser Namen lassen Sie uns aber auch das Gedächtnis an alle in uns auftauchen, die im verflossenen Jahre dahingegangen sind, Hunderte und Tausende treue und tapfere Genossen, deren Namen wir nicht kennen, deren Erinnerung wir aber alle zusammen im Herzen bewahren wollen. Sie haben sich von Ihren Sitzen erhoben und dadurch die Zustimmung erteilt, daß dem ehrenden Angedenken an alle unsere gestorbenen Genossen eine Stätte bereitet ist in unserem Herzen.

## Erweiterung der Tagesordnung.

Abgeordneter Dr. Adler: Gestatten Sie, daß wir vor Begrüßung unserer Gäste unsere Tagesordnung regeln. Es ist eine Anzahl Wünsche aus der Mitte der Partei gekommen, die wir in der Lage waren, noch

zu berücksichtigen. Insbesondere ist dem Wunsche, daß über unsere inneren Parteiverhältnisse, das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zur Gesamtpartei eine eigene Debatte stattfindet, Rechnung getragen, indem ihnen in den Berichten ein besonderes Referat eingeräumt ist. Weiter haben wir, Ihr Einverständnis voraussetzend, es für wichtig gehalten, daß beim Punkt „Das Parlament und der Arbeiterschutz" eine Seite des Arbeiterschutzes, die unser Interesse darum wesentlich in Anspruch nimmt, weil sie bedroht ist, das ist das Koalitionsrecht, das nun von allen Seiten in der unerhörtesten Weise von unseren Verwaltungsbehörden und den Gegnern in Frage gestellt wird, der Gegenstand eines besonderen Referats ist. Wir schlagen Ihnen vor, daß wir den Punkt „Das Parlament und der Arbeiterschutz" einteilen in zwei Unterpunkte und daß Genosse Beer, wie wir, Ihre Zustimmung voraussetzend, bereits verabredet haben, über den Punkt „Die Bedrohung des Koalitionsrechtes" ein besonderes Referat hält, während über den Punkt „Arbeiterschutzgesetzgebung und Parlament" Genosse Bauer berichten soll. Damit ist dem Bedürfnis Rechnung getragen, über die Bedrohung des Koalitionsrechtes eine besondere Debatte zu führen.

Ich komme nun zum wichtigsten Punkt. Wir haben als siebenten Punkt der Tagesordnung den Internationalen Kongreß in Wien. Sie wissen, daß dieser Tage die Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Brüssel stattgefunden hat, daß die allgemeine Weltlage und der Krieg die Situation für uns vollständig verschoben haben, daß wir also, was die Haltung der Internationale und die Entschlüsse in Bezug auf den Krieg betrifft, einen anderen Ausdruck finden müssen, als es hier vorgesehen war. Wir wünschen und glauben damit Ihren eigenen Empfindungen zu entsprechen. Wir wünschen, daß wir vor allem von der Frage sprechen, die heute wichtig ist und die alles andere in den Hintergrund drängt, nämlich von der drohenden Kriegsgefahr und von dem, was wir als Sozialdemokraten in Oesterreich darüber zu sagen haben und was die Internationale darüber zu sagen hat. Wir glauben, daß es nicht möglich ist, in die Debatte einzugehen über unsere besonderen Geschäfte, so dringend sie auch sein mögen, bevor wir nicht das erledigt haben, was jedem von uns vor allem auf der Zunge ist und was der Augenblick erfordert. Wir schlagen Ihnen darum vor, daß nach den Begrüßungen die Berichte morgen früh zurückgestellt werden und daß als erster oder zweiter Punkt ein Punkt eingefügt wird: Der Krieg und die Internationale. Aus diesem Anlaß werde ich die Ehre haben, Ihnen über die Verhandlungen des Bureaus in Brüssel einen kurzen Bericht zu erstatten, und ich glaube, wir haben alle das Bedürfnis, darüber zuerst zu sprechen. Ich empfehle Ihnen diese Aenderung und nehme an, daß Sie damit die Wünsche, die von den Delegierten an uns gelangt sind, erfüllen und erledigen.

Diese Anträge werden angenommen.

## Die Begrüßungsreden.

Vorsitzender **Pernerstorfer**: Ich habe die Ehre und die große Freude, unsere Freunde aus den anderen Ländern und auch aus unserem eigenen Lande sowie jene zu begrüßen, die nicht unserer Organisation direkt angehören. Es ist das erstemal, daß auf einem österreichischen Parteitag Genossen aus England und Frankreich anwesend sind. (Beifall.) Wir wissen die Ehre, die uns dadurch widerfahren ist, zu schätzen und begrüßen die Gäste auf das herzlichste. Aus England ist erschienen das Mitglied der Labour Party Stephan Walsh, Mitglied des englischen Unterhauses; aus Frankreich Albert Thomas, Mitglied der französischen Deputiertenkammer. Ich spreche bei dieser Gelegenheit die Hoffnung aus, daß diese beiden Länder, die heute zum erstenmal auf unserem Parteitag

vertreten sind, nicht zum letztenmal hier erscheinen. (Beifall.) Ich begrüße ferner den Vertreter unserer reichsdeutschen Bruderpartei, den Genossen Ebert, Mitglied des deutschen Reichstages. (Beifall.) Ich begrüße den Vertreter der polnischen sozialistischen Partei aus Warschau Genossen Pilsudski (Beifall), und begrüße den Vertreter der ungarischen Bruderpartei (Beifall), den Genossen Buchinger; ich begrüße den Vertreter der kroatischen Bruderpartei, Genossen Bukseg aus Agram. Nicht weniger herzlich und mit Freude können wir konstatieren, daß auch unsere österreichischen Bruderparteien heute auf dem Parteitag durch Abordnungen vertreten sind. Ich begrüße die Genossen Daszynski und Diamand als Vertreter der polnischen Sozialdemokratie in Oesterreich, Genossen Oliva als Vertreter der italienischen, Genossen Petric als Vertreter der südslawischen, Genossen Wityk als Vertreter der ruthenischen, endlich Genossen Viktor Stein als Vertreter der tschechischen Bruderpartei. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß die Anwesenheit so vieler Vertreter des Aus- und Inlandes uns eine besondere Genugtuung bereitet. (Stürmischer Beifall.)

**Walsh** (England, Karpeles übersetzt): Ich bedauere, daß es mir nicht vergönnt ist, die herzlichen Wünsche, die ich Ihnen zu überbringen beauftragt bin, in deutscher Sprache auszudrücken. Ich bin mit den Verhältnissen in Oesterreich nicht so gut vertraut wie mit den Verhältnissen der sozialdemokratischen Partei in Deutschland. Aber ich weiß, daß die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich dieselben Grundsätze, dieselbe Organisation und Taktik hat wie die Genossen im Deutschen Reiche, und daß ich Sie daher gut beurteilen kann nach dem, was ich von unseren Genossen im Deutschen Reiche weiß. Als im vorigen Jahre in England die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens zwischen England und Deutschland auf das tiefste gesunken war und die englische Demokratie das Aergste für ihre weitere Entwicklung fürchten mußte, da war es der große Sieg unserer reichsdeutschen Genossen bei den Februarwahlen, der der Demokratie in England neuen Mut und neue Hoffnung gegeben hat. Der ungeheure Stimmenzuwachs unserer Genossen im Deutschen Reiche, die Vermehrung ihrer Mandate haben bewiesen, daß die deutschen Arbeiter keinen Krieg wollen, so wenig wie die englischen. Und wir sind überzeugt, daß auch die österreichischen Sozialdemokraten keinen Krieg wollen, daß auch sie nicht bereit sind, zum größeren Vorteil einer Reihe der größten Ausbeuter ihre Brüder auf das Schlachtfeld zu führen. Der Fortschritt der Internationale wirkt auf das Erstarken der englischen Sozialdemokratie neuerdings sehr ein. Es hat lange gedauert, bis die englische Partei erstarkt ist. Heute aber haben die englischen Arbeiter eine starke Vertretung im Unterhause und eine immer stärker werdende politische Organisation. Die englische Arbeiterpartei wird im Jänner des nächsten Jahres in London ihren Parteitag abhalten, der von besonderer Bedeutung sein wird. Ich spreche hier namens meiner Partei den dringenden Wunsch aus, daß dieser Parteitag auch von der österreichischen Sozialdemokratie besucht sein möge und daß durch den ständigen Austausch der Erfahrungen die Bande immer fester werden mögen, die die Arbeiter der verschiedenen Nationen miteinander verbinden. Ich wünsche Ihren Beratungen den größten Erfolg. (Anhaltender Beifall.)

**Thomas** (Frankreich): (Die Uebersetzung gibt Adler und leitet sie folgendermaßen ein: Ich werde versuchen, zu übersetzen; aber Sie werden schon damit zufrieden sein müssen, daß ich Ihnen die Hälfte schuldig bleibe.)

Mit großer Freude bin ich zum erstenmal auf einem Parteitag in Oesterreich und ich bin, da ich jetzt 24 Stunden hier bin, eigentlich verwundert, daß diese persönliche Annäherung erst jetzt erfolgt. Ich habe in diesen wenigen Stunden schon so viel Angenehmes, Liebenswürdiges und an Französisches Erinnerndes gefunden, daß ich hoffe, daß die Besuche häufiger sein werden. Die ungeheure Größe der sozialdemokratischen Organisation Deutschlands kennen wir und wir schätzen sie hoch, und wir

sind überrascht, hier in Oesterreich nicht nur eine einfache Nachahmung, sondern eine Wiederholung nach ähnlichen Grundsätzen auf einem anderen Boden und unter ganz anderen Umständen zu finden. Ich habe in Ihrem Parteihause die Redaktion der Arbeiter-Zeitung, das Parteisekretariat und die Gewerkschaftskommission gesehen, und diese Einrichtungen, die wesentlich anders sind als die Deutschlands, aber in ihrer Art auch sehr gut, werden uns in Frankreich vieles lehren und zum Beispiel dienen.

Dieser Kongreß der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs hat den Vorteil, die erste Antwort zu sein, das erste Echo auf die Beschlüsse des Internationalen Bureaus, auf den Anruf und Aufruf, den die Internationale an die Parteien aller Länder erlassen hat. Die sozialdemokratischen Oesterreicher sind diesmal in der Lage, etwas schneller zu schießen, etwas früher zu antworten, als es früher die österreichischen Feldherren zu tun gewohnt waren. (Heiterkeit.) Die französische Partei hat mit der größten Sympathie und wahrhafter Bewunderung wahrgenommen, wie die Sozialisten des Balkans in dieser schweren Zeit und unter Umständen, die Sie besser kennen als wir, unter erregtem nationalen Chauvinismus mit wahrem Heroismus sich diesem entgegengesetzt haben. Wir sprechen unsere Bewunderung aus den Sozialisten Rußlands und Polens, die den Kampf für den Sozialismus mit Aufopferung geführt haben; aber man muß anerkennen, daß Sie Oesterreicher in dieser Zeit der Kriegsgefahr vor Ihren Toren durch Ausnützung Ihrer Organisation, Ihrer Presse und der Möglichkeit, im Parlament zu sprechen, auf die öffentliche Meinung aller Länder Oesterreichs einen ganz erheblichen Einfluß nahmen. Wir sehen, daß in diesem Moment, wo allen Angehörigen der Internationale, den sozialdemokratischen Parteien aller Länder die Pflicht auferlegt ist, demselben Ziele nachzugehen, die österreichische Sozialdemokratie — und ihr kommt dabei zustatten, daß in ihr verschiedene Völker vereinigt sind — mit dem größten Eindruck nach außen in die Politik eingreifen kann.

Man darf auch nicht glauben, daß die Mitwirkung eines Landes, wenn es auch vom Kriegsschauplatz und dem Brennpunkt der Balkanereignisse weiter entfernt ist, gleichgültig wäre. Die Financiers und die Börsen haben dafür eine feine Empfindung. In dem Moment, wo sich die Kriegsgefahr erhebt, kommen alle Börsen, mögen sie noch so weit entfernt sein, ins Zittern und Schwanken. Sie wissen, daß ihr Schicksal solidarisch miteinander verknüpft ist. In noch größerem Maße besteht diese Gemeinsamkeit bei der Verkettung, der Verschlingung und den innigen Beziehungen der Völker, insbesondere der Sozialdemokraten. Ein bürgerlicher Journalist hat mich gefragt, ob es für die Oesterreicher von Wichtigkeit ist, wie sich die Franzosen zum Kriege stellen, die ja so weit entfernt sind. Ich antwortete: „Von ungeheurer Wichtigkeit. Die Oesterreicher wissen, daß gerade in diesem Moment die Haltung Frankreichs außerordentlich entscheidend sein wird, daß vielleicht der Friede Europas davon abhängen kann, daß Frankreich, der offizielle Alliierte Rußlands, unter allen Umständen friedlich bleibt." Ich erinnere Sie, daß der Zarismus, der vielleicht Lust hat, loszuschlagen, doch wesentlich Bedenken haben wird, wenn er sieht, daß in ganz Frankreich die öffentliche Meinung unbedingt davon erfüllt ist: es darf für Frankreich keinen Krieg geben. Diese Strömung, die selbstverständlich von den Sozialisten zuerst getragen wurde, hat übergegriffen auf die bürgerliche Presse in weitestem Umfang. Ich verweise Sie auf die in der heutigen Arbeiter-Zeitung abgedruckten Aeußerungen bürgerlicher Blätter Frankreichs, die von den radikalen bis zu den gemäßigten auf dem Standpunkt stehen: auch die Knochen eines französischen Soldaten dürfen unter keinen Umständen gefährdet werden. Das ist der Balkan nicht wert, da es sich ja für uns um das Blut und Leben des Proletariats handelt; für die oben aber um die Solidarität des Geldsackes und der Börse. Wenn diese friedlich werden, so ist das allerdings ein tröstliches Zeichen. Der französische Sozia-

lismus und die vereinigte sozialistische Partei in Frankreich sind entschlossen, ein klares, zielbewußtes und ernstes Bemühen, eine Aktion ins Werk zu setzen, die die öffentliche Meinung noch mehr ergreift und aufrührt, um für den Frieden zu wirken. Ich begrüße hier auch den Genossen Ebert, den Delegierten der deutschen Sozialdemokratie, und erinnere daran, wie vor einem Jahre zur Zeit der Marokkohetze Europa auch vor einer furchtbaren Kriegsgefahr gestanden ist und wie damals in solidarischer Weise, in kluger, jede Gelegenheit ausnützender planmäßiger Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem französischen Sozialismus die öffentliche Meinung in Paris durch die Massendemonstrationen unseres Proletariats, in Deutschland durch die ungeheure, unerhört großartige Demonstration in Treptow, wie durch diese sich verbindenden zusammenwirkenden Demonstrationen die öffentliche Meinung beider Länder beeinflußt, wie diese Demonstrationen dann wirklich zur Erhaltung des Friedens wesentlich beigetragen haben. (Beifall.)

So hoffe ich, daß auch die Arbeiten dieses Parteitages, die unter dem Eindruck der furchtbaren Gefahr, die ganz Europa bevorsteht, sich vollziehen, sich einfügen werden in die internationale Aktion, die notwendig ist, und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß die französischen Sozialisten wie immer mit an der Spitze marschieren werden mit uns, wenn es heißt: Krieg dem Kriege! (Stürmischer Beifall.)

**Ebert** (Deutschland): Im Auftrag der Sozialdemokratie Deutschlands überbringe ich Ihnen herzliche Grüße. Wir kommen immer freudigen Herzens zu Ihnen. Wenn auch die Partei Deutschlands großen Wert darauf legt, mit allen Bruderparteien stets in engster Fühlung zu bleiben, so sind wir mit der deutschen Partei in Oesterreich ganz besonders verbunden in innigster Kameradschaft, die uns schon sehr oft gute Dienste geleistet hat. Es kommt auch hinzu das Angenehme des Aufenthaltes unter Ihnen und nicht zuletzt der mustergültige kameradschaftliche Geist, in dem Sie gewohnt sind, Ihre Arbeiten auf den Parteitagen zu erledigen. Zu diesen Arbeiten habe ich Ihnen besten Erfolg zu wünschen. Ich darf wohl hinweisen auf den Bericht Ihrer Parteivertretung, der ergibt, daß im letzten Jahre eine überaus fleißige und wirksame Parteiarbeit geleistet worden ist. Wir wissen das um so höher zu werten, als wir wissen, daß sie von Ihnen unter schwierigeren Verhältnissen vollzogen werden muß, als das bei uns der Fall ist. Die Organisationsfrage, die Sie verhandeln wollen, interessiert uns neben den politischen Themen recht lebhaft. Sie haben ja in den letzten Jahren die Parteiorganisation wesentlich ausgebaut und gefestigt. Und es hat uns vor allem gefreut, daß sich in so verhältnismäßig kurzer Zeit bei Ihnen die Form des politischen Vereines durchgesetzt hat. Die Partei wächst und mit ihr die Aufgaben, die sie zu erfüllen hat, deren Durchführung von der Leistungsfähigkeit und von der Stärke der Organisation abhängt. Die Partei ist deshalb mehr als früher gezwungen, sich mit Organisationsfragen auf den Parteitagen zu beschäftigen. Das geht auch bei uns so. Wir sind sicher, daß auch dieser Parteitag dazu beitragen wird, daß das organisatorische Rüstzeug Ihrer Partei vervollständigt und gestärkt und damit die Schlagkraft der Parteien Oesterreichs gesteigert wird. Wenn man Ihre Arbeit überblickt, so kann man sagen: Ausbau der Organisation, Schulung und Aufklärung der Massen, Erziehung der Arbeiter zu tatkräftigen Mitkämpfern im Klassenkampf — das sind die Methoden Ihrer Arbeit, das sind die Methoden, die sich überall im proletarischen Klassenkampf glänzend bewährt haben. Auch die politischen Kämpfe des letzten Jahres, die Sie geführt haben, haben viel gemeinsam mit unseren Kämpfen. Kampf gegen die internationale agrarisch-kapitalistische Hungerpolitik (Beifall. Rufe: So ist es!), provokatorische Gleichgültigkeit der Herrschenden gegen die Not des Volkes und Begünstigung der Lebensmittelwucherer. (Lebhafte Zustimmung.) Empörung und Verzweiflungsausbrüche des hungernden Volkes, hüben

wie drüben. Große Bewunderung hatten wir für die gewaltige Teuerungsdemonstration, die Sie im vergangenen Jahre veranstaltet hatten, und helle Entrüstung erfüllte unsere Kreise, als die Reaktion bei Ihnen versuchte, diese Demonstration in einem Blutbad zu ersticken. Kampf gegen den volksverwüstenden Rüstungswahnsinn, gegen die verbrecherische Kriegshetze, gegen die Raubpolitik des Imperialismus bei euch wie bei uns. (Lebhafter Beifall.) Leider besaß das Proletariat nicht die Macht, zu verhindern, daß nun auf dem Balkan die Kriegsfurie rast. Bei der entschiedenen Friedenspolitik, auf die ja unser Freund Thomas schon hingewiesen hat, die das internationale Proletariat in den letzten Jahren betätigt hat, darf ich wohl als das erhebendste Moment hervorheben, daß in den beiden Balkanstaaten die wenigen sozialdemokratischen Abgeordneten inmitten des Kriegsgeschreies die Friedenspolitik des Proletariats so tapfer vertreten haben. (Lebhafter Beifall.) Dem Kriegslärm haben Sie unerschrocken Ihr Bekenntnis zum Sozialismus, zum Völkerfrieden entgegengesetzt. Die Diplomatie hat leider, wie so oft, in dieser Frage völlig versagt. Ein Botschafter in Konstantinopel soll ja, als der Krieg ausbrach, selbst gesagt haben: „Eigentlich müßten wir in Pension gehen, denn wir haben wieder einmal nichts gemerkt." In der Tat ist es auch so. Nun rast die Kriegsfurie, der Massenmord erfordert ungeheure Opfer, das Blut von Proletariern fließt in Strömen. Und welchen Ausgang der Krieg nehmen wird, das steht noch dahin. Ob es gelingt, ihn zu lokalisieren, ob bei der eventuellen Verteilung der Beute es nicht zu Komplikationen kommt, die den Frieden in Westeuropa gefährden, das weiß man noch nicht; aber ausgeschlossen ist es leider nicht. Da darf ich denn darauf hinweisen, daß das Proletariat Deutschlands in wuchtigen Demonstrationen die Regierung Deutschlands auf diese Gefahr hingewiesen und mit aller Entschiedenheit verlangt hat, daß die Regierung Deutschlands strikte Neutralität übe und alles tue, was in ihrem Einfluß steht, um in gleichem Sinne auf die übrigen Großmächte einzuwirken. Wir deutschen Sozialdemokraten stehen da ganz auf dem Standpunkt, den unser verehrter Genosse Adler vor einigen Tagen in Brüssel vertreten hat. Wir haben auf dem Balkan nichts zu suchen! Daß das internationale Proletariat auch in dieser Frage einig und entschlossen dasteht, das haben die Verhandlungen in Brüssel, das hat das Manifest des Internationalen Bureaus bewiesen. Wir müssen alle Kraft einsetzen, um zu verhindern, daß die Brandfackel des Krieges nach Westeuropa geschleudert werde. Die Kriegshetze der Herrschenden, dem beutegierigen Imperialismus, dem Chauvinismus und der nationalen Verklüftung der Herrschenden setzen wir die Geschlossenheit, die Solidarität und die entschiedene Friedenspolitik des Proletariats gegenüber. (Stürmischer Beifall.) Mehr als je ist es notwendig, daß wir heute mit aller Entschiedenheit für die Forderung des Proletariats eintreten, für die Ueberwindung der Barbarei durch die Kultur des Sozialismus! In diesem Sinne begrüße ich die hier anwesenden Vertreter unserer Bruderpartei in Frankreich und der englischen Arbeiterpartei auf das herzlichste. Und nun Glück auf zur Arbeit! (Lebhafter Beifall.)

**Pilsudski** (Polnische sozialistische Partei in Rußland): Geehrter Parteitag! Im Namen der polnischen sozialdemokratischen Partei in Russisch-Polen habe ich die Ehre und die große Freude, Ihren Parteitag zu begrüßen. Ich bin leider der deutschen Sprache nicht so mächtig, um alles, was ich Ihnen zu sagen habe, in Ihrer Muttersprache aussprechen zu können. Ich bitte deshalb, zu gestatten, daß ich polnisch spreche. (Die Rede wird von Diamand übersetzt.)

Die polnische sozialistische Partei steht der deutschösterreichischen Sozialdemokratie näher als anderen Parteien. Wir sind mit euch verbunden mit dem Bande des Kampfes um die Freiheit. Wir haben Grund zu besonderer Dankbarkeit euch gegenüber, denn ihr habt uns Gastfreund-

schaft gewährt, als wir, bedrängt von den Polizeien ganz Europas, keine Ruhestätte finden konnten. Für diese Gastfreundschaft, für diese Mühen, denen ihr euch unterzogen habt, sage ich euch namens der polnischen sozialistischen Parteien besten Dank. Unsere beiden Parteien sind in einer ähnlichen Lage, indem uns die Aufgabe zugefallen ist, die außerordentlich komplizierte Nationalitätenfrage zu lösen. Ihr feiert Triumphe auf diesem Gebiet. Ihr stellt euch jäh entgegen der Verlogenheit des kapitalistischen Chauvinismus. Ihr habt es verstanden, in die komplizierte Nationalitätenfrage in Oesterreich Ordnung zu bringen. Wir werden uns an euch ein Beispiel nehmen. Ich spreche, während der Donner der Geschütze durch Europa hallt. Es ist nicht möglich, daß ich darüber nicht einige Worte sage. Es gibt auch auf diesem Gebiet zwischen uns besondere Zusammenhänge. Euer Land ist wie das unserige von den Schrecken des Krieges bedroht. Polen ist erschöpft von den Kämpfen der Revolution, es spürt noch die Mißhandlungen der Schergen des Zarats. Es ist schwer, jetzt das Elend des Krieges zu ertragen. Genosse Ebert sagte, daß die Macht des Bösen oft stärker ist als die des Guten, und daß es der Macht des Proletariats vielleicht schwer sein wird, sich dem Imperialismus der bürgerlichen Parteien entgegenzustellen. Wir sind nicht frei von Angst, wenn wir die Gefahren bedenken, die unser warten. Aber wir werden nicht zurückschrecken vor der Erfüllung unserer Pflicht. Mit eurer Hilfe werden wir die Macht und die Herrschaft der Freiheit auf neue Gebiete ausbreiten. Sollte der Krieg ausbrechen, dann werden wir natürlich Sorge tragen, daß die Erfüllung unserer Ideale, die uns die Revolution versagt hat, eintreten und wir in den Mauern des freien Warschau Vorbereitungen treffen können für die teuren Gäste eines internationalen Kongresses. Mögen eure Beratungen ein Schritt weiter sein auf der Siegesbahn der deutschösterreichischen Partei. (Stürmischer Beifall.)

**Buchinger** (Budapest). Genosse Buchinger spricht zunächst ungarisch und fährt dann deutsch fort: Angesichts des sehr wichtigen Moments, in welchem die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs ihre Tagung beginnt, erachte ich es als notwendig, als statthaft, Sie in der Muttersprache meiner Auftraggeber und in meiner Muttersprache auf das herzlichste zu begrüßen. Ich wollte in magyarischer Sprache zum Ausdruck bringen, daß das magyarische Proletariat für Leute, die in Ungarn dem Proletariat erklären wollten, daß ihm von außen irgendein Feind droht, nichts als Abscheu und Verachtung hat. Ich wollte in magyarischer Sprache hier mitteilen, daß das ungarische Proletariat in dem Punkte, wie die Kriegsfurie zu bannen sei, mit dem ganzen internationalen Proletariat, mit dem Proletariat Europas eines Sinnes und eines Willens ist. Wir werden zu jenen gehören, deren energischer Standpunkt ist: Krieg dem Kriege! Wir ungarischen Proletarier könnten es wahrlich nicht begreifen, wenn sich angesichts der ungarländischen Zustände Leute finden sollten, die sagen würden, daß dem ungarländischen Volke von außen irgendwoher eine Gefahr drohe. Ich brauche nicht erst zu beteuern, daß Genosse Seitz in seiner ausgezeichneten Rede in der Montagsitzung des Reichsrates uns ganz aus der Seele gesprochen hat. Eine Monarchie, in der Zustände herrschen, wie in der österreichisch-ungarischen, die hat wahrlich größere Notwendigkeiten als einen Krieg. Und so patriotisch, wie wir ungarischen Sozialdemokraten nun schon einmal sind, sind wir der speziellen Meinung, daß ein Reich, dessen Hälfte aus einem Ungarn besteht, reichlich glücklich sein und nicht mehr fordern sollte. Ich möchte, wenn die Sache nicht so bitter ernst wäre, mir noch die spaßige Bemerkung gestatten, daß man in Ungarn — es scheint wenigstens so — das Volk zu dem Gefecht vorbereiten will, welches nun in Aussicht steht. Denn sonst hätte es ja keinen Sinn gehabt, die ungarische Arbeiterschaft seit Jahr und Tag vor Gewehre und Militärsäbel zu stellen. Es wäre nur zu wünschen, daß im richtigen Moment das ungarische Proletariat auch den richtigen Feind findet. Wir werden uns mit aller Entschlossenheit

und mit aller Energie dagegen wenden, daß man zu den übrigen Plagen auch die schrecklichste Plage, die des Völkermordes, dem Volke hinzufügt. Bei dem Teile der internationalen Aktion, der auf uns fällt, wird das ungarische Proletariat seinen Mann stellen. Ich wünsche Ihren Beratungen die größten Erfolge. (Großer Beifall.)

Es werden nun Begrüßungsschreiben und Telegramme verlesen: von der griechischen Sozialdemokratie, von der dänischen Partei, von der russischen Gruppe in Paris, von der belgischen Arbeiterpartei, von der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, von der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, von den Genossen aus Sarajevo, von der bulgarischen und serbischen Sozialdemokratie. Die beiden letzteren Begrüßungsschreiben sind von den Genossen Sakasow und Laptschewitsch gefertigt und rufen beim Parteitag tosenden Beifall hervor.

Abgeordneter **Daszynski**: Von der Tagesarbeit, die wir gemeinsam mit euch verrichten, erscheine ich als Vertreter der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs, um euch zu begrüßen und euren Arbeiten die besten Erfolge zu wünschen. Seit beinahe einem Vierteljahrhundert schreitet das polnische organisierte Proletariat Arm in Arm mit euch. In den schwierigsten Zeiten unserer jugendlichen Entwicklung waret ihr diejenige Schutzmacht, die einzige in der Welt, die ihre Hand, mag sie euch noch so schwach erschienen sein, über die Anfänge unserer Organisation breitete. In einem Jahrzehnt des schwierigsten Kampfes, wo der Name Sozialdemokrat Haß und Verachtung in unserer Gesellschaft auslöste, waret ihr fast unsere einzigen Freunde. Wie wir uns schon auf eigene Füße gestellt haben, wie wir schon imstande waren, in unserem Volk festen Fuß zu fassen, da haben wir euch diese Waffenbrüderschaft aus der Zeit, wo wir der Niemand waren und ihr schon eine Organisation in modernem Sinne besaßet, nicht vergessen. Die spätere Entwicklung hat gezeigt, daß in den schwierigsten Fragen, wo es galt, das konstitutionelle Leben von acht Nationen in diesem von Gott verlassenen Staate zu ordnen, das politische und öffentliche Leben dieser acht Nationen auf eine moderne Basis zu stellen, die Aufgaben zu lösen, welche in anderen Ländern bereits die fortschreitende kapitalistische Macht gelöst hat, wo wir um die Grundreformen des öffentlichen Lebens kämpften, sie hat gezeigt, daß diese Waffenbrüderschaft fest und echt war, daß es keinen Einfluß in Oesterreich und außerhalb Oesterreichs gibt, der imstande wäre, diese Waffenbrüderschaft zu lösen und uns zu entzweien. (Stürmischer Beifall.) Und wie wir mit dankbarem Herzen derjenigen Jahre gedenken, wo wir auf Kindesbeinen liefen und so schwach waren, so gedenken wir der späteren Jahre mit einem gewissen Stolz, daß auch wir, die früheren Schwächsten, dazu beigetragen haben, daß wir an redlicher Mühe an Opfern nicht sparten, um euch das Leben ein bißchen bequemer zu machen. (Großer Beifall.) In der großen Krise, die durch die Revolution in Rußland auch in unserem Reiche, in Oesterreich, aktuell wurde, wo die Sozialdemokratie Oesterreichs die beste Diplomatie wurde und die einzige Partei in diesem Staate war, die die revolutionäre Bewegung in Rußland hier zugunsten des Volkes realisierte und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht schuf, in diesen schweren Kampfestagen waren die polnischen Abgeordneten nicht die letzten in den Reihen des Proletariats und ich erinnere mich an die Zeit, wo einzig und allein von den großen Gegnern des Wahlrechtes der Polenklub feststand und zwei Regierungen zugrunde gehen mußten, weil der Polenklub sie nicht wollte. Ich erinnere mich an einen Abend, wo wir mit der Wiener Organisation berieten und wo ich gesagt habe: „Wenn es dazukommen sollte, werden wir den roten Hahn auf die Dächer der Schlachzizen setzen; um jeden Preis

muß der Widerstand des Polenklubs gebrochen und die Straße für das neue Oesterreich muß freigemacht werden."

Später kamen noch schwierigere Tage. Wir waren nicht mehr einig unter uns selbst, ein großer Teil der österreichischen Internationale hat sich abgesplittert und unter euch erhob sich vielleicht manche bange Stimme, ob nicht vielleicht die Polen von dem Separatismus angesteckt worden sind. Manche Genossen glaubten, daß es logischerweise dazu kommen könne, daß sich vielleicht auch die Polen absplittern, weil man uns in der Internationale doch immer als vertappte Nationalisten denunzierte, weil unsere schwere Lage nicht gewürdigt und verstanden wurde und man viele unserer Worte mißdeutete. Aber diese unglückliche Scheidung dauert schon leider eine längere Zeit und trotzdem spüren die Vertrauensmänner Ihrer Partei im Parlament, in den Gewerkschaften, in allen Organen, die sich die Partei geschaffen hat und die gemeinsam in ganz Oesterreich arbeiten müssen, nichts von einem polnischen Separatismus, nichts von irgendeiner Spaltung, obwohl wir kein Statut haben, das uns binden könnte, obwohl wir nicht einmal dazugekommen sind, im Parlament einen Verband aller sozialdemokratischen Abgeordneten zu gründen. Auch ohne Statut, ohne förmlichen Verband empfindet das polnische Proletariat, seine Vertrauensmänner, seine Abgeordneten, die Notwendigkeit der Solidarität der ganzen Internationale in Oesterreich und nicht nur einer Solidarität der hohen Feiertage, sondern der Solidarität einer festgegliederten Partei, der Solidarität eines Kampfes, der nicht ein vager Kampf sein kann, sondern der geleitet wird durch die gemeinsame Erkenntnis, durch den gemeinsamen Willen des ganzen gesamten organisierten Proletariats in Oesterreich. Das tägliche Leben, an dem wir teilnehmen an eurer Seite, ist der beste Beweis, daß wir die internationale Solidarität umgedeutet haben in die täglichen Bedürfnisse des polnischen Arbeiters, daß wir sie festgewurzelt haben durch eine Unzahl von Beweisen, von Taten, indem wir sie als das notwendige Lebenselement des Sozialismus in Oesterreich hinstellen. Wohin würde es führen, wenn die acht Nationen in acht separate Parteien sich nach allen Richtungen hin zerfleischen sollten, wenn sie sich auf etwas nicht zu einigen imstande wären? Das verstehen wir gut, obwohl gerade wir diejenigen waren, die mit dazu geholfen haben, in der österreichischen Internationale die nationale Frage gerecht und vernünftig zu lösen. Wir haben sie nicht negiert, wir haben sie hineingetragen in die Idee der Entwicklung, wir haben sie auf die demokratische Basis stellen wollen, wir haben aus den vernichtenden Kräften des Chauvinismus, des Nationalismus die Macht der nationalen Kultur, der nationalen Eigenart herauslösen wollen, damit unsere kleine Internationale blühe und in allen Sprachen dieser Völker ihre Lehren predige. Indem wir die Frage lösten, haben wir die internationale Sozialdemokratie nicht schwach gemacht in den Nationen, sondern kräftiger, indem wir ihr den Weg gewiesen haben, im Herzen der Völker das rote Banner zu erheben und hier für den sozialdemokratischen Gedanken zu kämpfen.

Wo Kanonen donnern, kann auch ich nicht schweigen. (Heiterkeit.) Ich werde nur ein paar Worte sagen, aber zuvor eine Bitte: Das „Deutsche Volksblatt" hat mich heute besser als die deutschen Sozialdemokraten gemacht. (Heiterkeit.) Ich bitte, mich wegen dieses Artikels nicht als einen schlechteren zu betrachten. (Heiterkeit.) Der Krieg auf dem Balkan ist doch ein klassischer Beweis, daß die österreichische Diplomatie das Geld nicht wert war, das sie in so hohem Maße an jedem Ersten in die Tasche steckt. Eine so von Blindheit geschlagene Diplomatie haben wir in der ganzen Welt nicht gesehen. Sie kann sich nicht ausreden, daß sie die Verhältnisse nicht kenne. Sie brüstet sich doch damit, daß sie auf dem Balkan der Wirt ist, ohne den nichts geschehen kann. Man erzählte mir über einen österreichischen Diplomaten, der in leitender Stellung auf dem Balkan ist, daß er vor zwei Monaten nach Wien gekommen sei und gefragt wurde: „Was ist's

mit dem Kriege, mit der Möglichkeit eines Krieges?" Geringschätzend lächelnd antwortete er: „Ach was, Sie können doch nicht diese Dummheit glauben! Ohne uns gibt es keinen Krieg!" Trotzdem donnern lustig die Kanonen und eine Position nach der anderen wird eingenommen. Nicht nach den Regeln der Kriegskunst. Diese bulgarischen und serbischen Bauern verstehen die hohe Kriegskunst nicht. Sie kämpfen nicht mit Belagerungsgeschützen, sie sorgen nicht für Nachschub, nicht für Zufuhr der Munition und Lebensmittel. Sie nehmen in ihren Sack die Lebensmittel für drei Tage und stürmen mit den Bajonetten die aus Eisenbeton gebauten Festungen gegen die Regeln der modernen Kriegswissenschaft. Sie machen nun so Fortschritte und daraus kann etwas Unheimliches herauswachsen, es kann wirklich die Brandfackel weitergetragen werden und mit ihrem unheimlichen Licht weitere Gebiete beleuchten. Wir spüren instinktiv, daß kritische Wochen, wenn nicht kritische Tage kommen können, in denen sich entscheiden wird, ob große Armeen marschieren müssen oder nicht.

Da gestatten Sie mir ein paar Worte, die freilich manchem von euch nicht sofort passen werden. Unser Volk bewohnt eine Grenzprovinz. Unser Volk ist in Oesterreich nur der Splitter einer großen Nation. Einundzwanzig Millionen Polen bewohnen die Mitte Europas zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland. Es ist ein Volk, wie man kein ähnliches in der Welt findet, ein Volk, das zu drei Fünfteln ohne jedes Recht, ohne jedes Gesetz lebt, ein Volk, das nicht die Macht hat, allein gegen seine Bedrücker aufzutreten, sie niederzuringen und sich die Freiheit zu erkämpfen, das aber dazu verurteilt ist, im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Oesterreich die Schlachtfelder auf seinem Boden zu sehen, ein Volk, für das das Wüten der Kriegsfurie nicht nur das Sinken der Wertpapiere auf den Börsen bedeuten wird, sondern wo Hunderttausende von Polen gegen Hunderttausende von Polen kämpfen und es zu dem Schrecklichsten kommen kann und Polen im Kampfe gegeneinander ihr Blut um fremde Kronen und fremde Interessen vergießen würden. Es ist das das Schrecklichste für ein Volk, und so taucht unter uns diese schwere Frage mit einer Kraft auf, die verstanden und gewürdigt werden muß. Trotzdem und vielleicht deshalb sind wir Gegner des Krieges, obwohl uns dieser Krieg vielleicht Perspektiven eröffnet, daß wir die Ketten vielleicht leichter machen werden, als wir sie heute tragen. Trotzdem hetzen wir nicht zum Kriege, erhoffen nicht allzuviel von ihm, denn es ist schwer, die Hoffnungen eines Volkes auf die österreichische Diplomatie oder auf die österreichische Macht zu setzen. Das alles wissen wir. Aber auch das wissen wir, daß wir nicht gesonnen sind, die willenlose Beute einer Großmacht zu sein, daß — wenn eure Soldaten nicht dazu da sind, zerschossen zu werden wegen der Balkanwirren — auch wir uns nicht dazu geschaffen dünken, in einem Kriege zwischen Oesterreich und Rußland zusammengeschossen zu werden. Es dämmert in vielen Gehirnen allmählich der Gedanke auf, daß wir etwas tun müssen, um im Ernstfall nicht die willenlose Beute zu sein, unsere Nation nicht zu einem Aas auf dem Schlachtfeld machen zu lassen, sondern daß wir auch unserer Sache, unserer Freiheit, unserer Entwicklung, unserem Menschenrecht dienen sollen. Das sind die Keime der revolutionären Bewegung, die ja die Kriege, besonders die unglücklichen, begleiten. Wir haben das an der Kommune gesehen und ebenso in Rußland, daß ein unglücklicher Krieg die Revolution gebiert, daß das Volk aufgerüttelt wird, die Herrscher, die schuldig sind, zur Rechenschaft zu ziehen. Aus diesen Elementen entsteht der revolutionäre Gedanke, der leider bei uns noch immer sehr schwach ist. Ihr braucht nicht zu fürchten, daß wir die ersten sein werden, die mit dem Schießprügel in der Hand die russische Grenze forcieren werden. So steht es noch lange nicht bei uns. Wir werden mit euch ausharren bis zum letzten Moment, um gegen den Krieg zu demonstrieren. Wenn er aber ausbrechen sollte, werden wir alles tun, das Volk auf seine Sache aufmerksam zu machen, darauf, daß

das Blut, das vergossen werden muß, nicht im Interesse der Herrschenden, sondern der Freiheit und der Zukunft dieses Volkes vergossen werde. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter **Witvk**: Im Namen der ukrainischen sozialdemokratischen Partei habe ich die Ehre, Sie auf das herzlichste zu begrüßen. Wir wissen auch, daß Sie in ungemein schweren Zeiten Ihren Parteitag halten. Wir sind die nächsten Nachbarn unseres größten Verfolgers, des russischen Zaren, und wir wissen, daß Ihre Resolutionen viel beitragen werden, um auch unsere schwere Lage zu erleichtern. Wir sehen auch, daß die Beschlüsse, die Sie in den Fragen der inneren Politik fassen werden, dazu beitragen werden, die Grundsätze der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich zu festigen. Deshalb, weil wir wissen, daß alle Ihre Beschlüsse von größter Wichtigkeit für das ganze Proletariat sind, wünschen wir Ihnen den besten Erfolg. (Bravorufe; lebhafter Beifall.)

**Petric** (Laibach): Ich wurde hieher geschickt, um Sie im Namen der südslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf das herzlichste zu begrüßen. Schon seit jeher haben wir gern an Ihren Parteitagen teilgenommen. Sie wissen ja, daß Sie eigentlich unsere Mutterpartei sind. Sie waren es, die uns die ersten Gehversuche gelehrt haben, Sie waren es, die uns stets im Laufe unserer weiteren Entwicklung zur Seite gestanden sind. Allerdings sind wir noch nicht so weit wie die anderen Bruderparteien. Wir sind die kleinste Partei. Wir haben noch keine parlamentarische Vertretung. Unsere Entwicklung ist äußerst schwierig. Nehmen Sie die Versicherung entgegen, daß wir ernstlich bestrebt sind, alles Versäumte nachzuholen. Sie müssen allerdings auch berücksichtigen, wie schwierig die Verhältnisse in diesem Reiche Schusterschitz sind. Die Beschlüsse und die Debatten dieses Parteitages werden wir uns zunutze machen und jeder Anregung unseren Verhältnissen entsprechend durchzuführen trachten. Wie wir dem Separatismus gegenüber gesinnt sind, haben wir deutlich auf unserem heurigen Parteitag gezeigt, und ich hoffe und bin überzeugt, daß wir auf diesem Standpunkt auch in Zukunft stehen bleiben werden. Allerdings hat es auch bei uns nicht an verschiedenen Agitationen gefehlt und insbesondere die sogenannten freiheitlichen Nationalen waren es, die uns noch heute gern die tschechischen Separatisten als Muster hinstellen. Allerdings bisher ohne jeden Erfolg, und wir hoffen, daß es uns auch in Zukunft gelingen werde, das südslawische Proletariat auf der Bahn zu erhalten, auf der es bisher gewandelt ist. So wünschen wir Ihnen zu den bevorstehenden Beratungen den besten Erfolg sowohl zum Nutzen Ihrer Partei als auch zum Wohle des gesamten internationalen Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

## Erster Verhandlungstag.

Vorsitzender Tomschik eröffnet die Sitzung um 9 Uhr und erteilt das Wort zur Begrüßung dem Genossen

**Bukfeg** (Kroatien): Die sozialdemokratische Partei in Kroatien und Slawonien hat mir den ehrenden Auftrag erteilt, Sie auf das herzlichste zu begrüßen und zugleich zu betonen, wie eben in diesen wichtigen geschichtlichen Tagen es notwendig ist, die Einheit und Geschlossenheit der sozialdemokratischen Parteien in Oesterreich und in Ungarn hervorzuheben. Wir in Kroatien empfinden das fast mit doppelter Schwere in diesem geschichtlichen Augenblick. Wir kennen ja all das Uebel, welches sich durch die Dummheiten derjenigen, die die Macht in Oesterreich-Ungarn in Händen haben, mit doppelter Schwere auf die Völker da unten im Süden legt. Wir stehen

nun länger als ein halbes Jahr im Ausnahmszustand. Länger als ein halbes Jahr werden wir mit der Präventivzensur kujoniert. Länger als ein halbes Jahr dürfen wir nicht öffentliche politische Versammlungen abhalten. Länger als ein halbes Jahr kann eine regere sozialistische Tätigkeit frei und öffentlich nicht entwickelt werden, und da ist es kein Wunder, wenn die Frage auftaucht: Wie kommen denn die armen Teufel im Süden dazu, daß sie immer die schwersten Bedrückungen erleiden müssen, wenn sich Oesterreich-Ungarn mit Italien in Unstimmigkeiten befindet, wenn es mit Serbien oder einem anderen Balkanstaat nicht in Eintracht leben kann? Wir begreifen es um so mehr, wenn jetzt in der offiziellen Auffassung ein Umschwung stattgefunden hat, der die alten Ansichten des Status quo auf dem Balkan umgeworfen hat. Und wir hoffen, daß die Warnung, welche das Internationale sozialistische Bureau den Machthabern hat zukommen lassen, daß diese Warnung, welche viel bitteren Ernst der Entschlossenheit auch für uns bedeutet, daß diese einmütige Kundgebung des internationalen Sozialismus auch uns eine Erleichterung und Befreiung bringen wird. Wenn es sechs Monate lang geheißen hat, daß die Zwistigkeiten zwischen Ungarn und Kroatien die Ursache des Ausnahmszustandes waren, so wird jetzt erklärt, daß der Krieg auf dem Balkan diese Ursache abgebe. Wir wissen indessen, daß die richtige Ursache darin zu suchen ist, daß die Machtbefugnisse der Herrschenden noch zu groß sind, die Rechte der Völker aber noch zu gering. Und ebenso wie wir von den Erfolgen unserer Parteigenossen in Ungarn mit der Erringung des allgemeinen Wahlrechtes in Ungarn die Erklärung der politischen Vollmündigkeit für das Volk auch in Kroatien erhoffen, ebenso erhoffen wir, daß durch das geschlossene Marschieren des internationalen Sozialismus in der ganzen Welt, insbesondere aber in Oesterreich eine Befreiung der slawischen Völker im Süden eintreten wird. In diesem Sinne begrüßen wir Sie auf das herzlichste und wünschen Ihren Beratungen Erfolg. (Beifall.)

Abgeordneter **Oliva:** Ich habe die Ehre und die große Freude, Sie im Namen der italienischen Sozialdemokratie Oesterreichs zu begrüßen. Die Bande, die uns italienische Sozialdemokraten mit der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs verknüpfen, sind so fest, daß sie nicht besonders betenert werden müssen. Ich kann sagen, daß das, was uns in diesem Staate verknüpft, gerade die Bande des brüderlichen Bundes mit den deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs sind. Unsere Freude darüber ist groß und diese Bande sind und bleiben unauflöslich. So wünsche ich auch diesem Parteitag den besten Erfolg. (Beifall.)

**Viktor Stein:** Parteitage großer Parteien begrüßen zu dürfen gehört zu den angenehmsten Verpflichtungen. Wenn ich im Auftrag der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei den Parteitag mit besonderer Freude begrüße, geschieht es unter dem Eindruck unserer Aufnahme in die Weltinternationale. Sie werden es sehr begreiflich finden, wenn ich diesen Augenblick dazu wähle, um allen Bruderparteien Oesterreichs, die sich für unsere Aufnahme eingesetzt haben, den wärmsten Dank zu sagen und die Zusage daran zu knüpfen, daß wir uns immer bemühen werden, im Rahmen der österreichischen und der Weltinternationale unseren proletarischen Pflichten zu genügen. Wir haben gerade in den letzten Wochen die Notwendigkeit des engsten Zusammenschlusses der österreichischen Sozialdemokratie verspürt, wir haben es empfunden, wie es gerade in diesen ernsten Zeiten nötig ist, und so hoffe ich, daß auch dieser Parteitag uns auf dem Weg zur Gesamtpartei näherbringen und daß die österreichische Sozialdemokratie geschlossen die neueste Türkengefahr, die der kapitalistischen Herrschaft, siegreich und in Ehren bestehen wird, jetzt sowie in allen schwierigen Zeiten, die uns bevorstehen. Indem ich das hoffe, begrüße ich den Parteitag auf das herzlichste. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt der Punkt

## Der Krieg und die Internationale.

Referent Dr. Adler: In dem Moment, wo wir in die Verhandlung der Sache eingehen, die nicht nur uns, die wir die Vertretung des deutschen Proletariats Oesterreichs sind, sondern alle verantwortlichen Vertrauensmänner der Arbeiterschaft in allen Ländern aufs ernsteste beschäftigt, müssen wir uns vor allem einen guten und erhebenden Gedanken vor Augen halten. Was auch geschehen möge, was auch geschehen ist: die unverbrüchliche Solidarität, die unzerreißbare Entschlossenheit der gesamten sozialistischen Internationale aller Länder, gleichgültig, ob sie bereits unter den Greueln des Krieges stehen oder erst von ihm bedroht werden, ist heute schon eine Tatsache. Als vor wenigen Wochen die Gefahr des Krieges sich klar zeigte, als in den Tagen, als man auf dem Balkan nur schwankte, ob die Kriegserklärung heute oder morgen erfolgen soll, aber als wir hier wenigstens noch nicht wußten, ob es sich um eine bloße Demonstration handle, oder ob es diesmal Ernst werde, in dieser Zeit des Schwankens, als die bürgerliche Presse in allen Staaten Europas und nicht zumindest in Oesterreich noch glaubte, durch Säbelrasseln, durch Geltendmachen ihrer spezifischen hergebrachten traditionellen Interessen den kommenden Sturm beschwichtigen zu können oder wenn nicht, ihren Anteil am Raub zu erlangen — in dieser Zeit schon ist, soweit auf irgendeiner Seite der Sozialismus die Möglichkeit, sich zu äußern und in der öffentlichen Meinung sich geltend zu machen hat, das Wort des Friedens zu hören gewesen.

Wir Oesterreicher sind in einer zweifach und mehr als doppelt schwierigen Lage gegenüber allen anderen sozialistischen Parteien. Wir sind in der Nähe des Kriegsschauplatzes und jede Erweiterung des Krieges trifft uns zu allernächst. Wir sind zweitens auch aus dem Grunde mehr interessiert als alle anderen Länder, weil die nationale Entwicklung, die auf dem Balkan vor sich geht, die Entwicklung der Nationen, die in das Licht der Geschichte hinaustreten, ihr Vorspiel, analoge Vorgänge, Freundschaften und Feindschaften innerhalb Oesterreichs findet. Die Gefahr war für uns die allergrößte und es war nichts als natürlich, daß *wir auch die ersten waren* und sein mußten, die dieser Gefahr, soweit es in unseren Kräften steht, entgegengetreten sind.

In solchen Zeiten fragt man sich, wenn man da verantwortlich ist und das Gefühl für seine Verantwortlichkeit hat: Was kann denn die Internationale, was kann die Sozialdemokratie, was kann die organisierte Arbeiterschaft leisten? Wir stehen vor der Gefahr, daß sich die Greuel, die sich im Kriege des Balkans zutragen, nach Europa herübergeschleppt werden, daß wir in einen Krieg hineingetrieben werden, der verwüstet, was das Resultat jahrhundertelanger Arbeit ist. Wir stehen vor der furchtbarsten aller Gefahren: daß die Sozialdemokratie als die Vertreterin der Arbeiterschaft die Arbeit von Jahrzehnten in einem Moment vernichtet sieht. Wir stehen davor, daß der jahrelange mühselige Aufbau aller Vorkehrungen, aller Maßregeln, aller Einrichtungen zur Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter in einem Moment hinweggeblasen wird von der Barbarei des Krieges. Wir stehen vor den Gefahren, daß Zehntausende und Hunderttausende bluten müssen für eine Sache, die sie nichts angeht. Ja wir stehen vor der Gefahr, daß in einer Zeit, wo die arbeitenden Schichten ohnehin durch Lebensmittelteuerung und alles, was damit zusammenhängt, Wohnungsteurung, das ganze Massenelend, das sich in der letzten Zeit mit geradezu gesteigerter Brutalität in jeder einzelnen Familie geltend macht, daß zu ihm noch der Krieg kommt, die Arbeitslosigkeit, deren Grenzen sich gar nicht übersehen lassen, und daß unser ganzer kultureller und politischer Zustand, er möge so hoch oder so niedrig eingeschätzt werden, wie man will, zurückgeworfen wird, auf unabsehbare Zeit, auf einen Standpunkt, von dem aus neue Arbeit erst in Jahrzehnten einen Wiederaufbau ermöglicht. Nun

sollte man glauben, daß auch die Mächte, das, was man Europa nennt, ein Interesse an der Erhaltung des Friedens haben. Und wenn man ihre Worte hört, so ist daran kein Zweifel, Worte für den Frieden haben sie genug. Aber erinnern Sie sich, daß noch vor wenigen Wochen von allen Seiten und insbesondere von Oesterreich immer das Wort gesprochen wurde: Wir können auf dem Balkan keine Veränderung dulden, die unsere Interessen schädigt. Das Säbelrasseln hier war deutlich zu vernehmen. Hinter den friedlichen Worten der Diplomaten auf dem Balkan sehen wir die Erhebung der Slawenvölker gegen die türkische Herrschaft.

Das ist nichts Neues, das mußte kommen, das ist der organische Fortschritt einer Entwicklung. Demgegenüber haben wir zwei Interessen geltend zu machen, die anscheinend einander widersprechen. So wie wir jedem Volk freie Entwicklung, Autonomie und Selbstbestimmung wünschen und vergönnen, so bringen wir auch den Bulgaren, den Serben und den Montenegrinern auf dem Balkan alle Sympathien entgegen; wir wünschen ihnen, sie mögen nach ihren Kräften in die Reihen der Kulturvölker auch politisch einrücken können; wir wünschen, sie mögen wirtschaftlich und politisch autonom werden und sich ausleben können. Wir haben jedes Bestreben, ihnen entgegenzutreten, von jeher verurteilt. Wir wünschen ihnen Erfolg in ihrer nationalen autonomen Entwicklung. Allein, Parteigenossen, das andere Interesse, das wir haben, ist nicht minder wichtig. Nicht nur die Völker des Balkans sind ein Teil der Internationale, auch wir sind ein Teil der Internationale. Und so wenig wir wünschen, die Völker des Balkans in ihrer Entwicklung zu hindern, so sehr müssen wir darauf bedacht sein, daß das, was die Entwicklung bereits geschaffen hat, in den westlichen Ländern, vor allem aber in unserem Lande *nicht geschädigt wird durch den Krieg*, der zu nichts anderem führen kann als wieder zum Kriege. Nun begreifen Sie, daß uns vor allem daran gelegen sein mußte, die österreichische Diplomatie, das österreichische Auswärtige Amt zu klaren Aeußerungen zu bewegen, und gestatten Sie an dieser Stelle, daß ich jenen Genossen, die in der Lage waren, an dem Orte, wo das am wirksamsten geschehen konnte, nämlich in der österreichischen Delegation, den Standpunkt der österreichischen und der internationalen Sozialdemokratie geltend zu machen, daß wir unseren Genossen *Ellenbogen* und *Schuhmeier* hier den wärmsten Dank des Parteitages aussprechen. (Bravo!) Sie haben mit einer Klarheit und Bestimmtheit, die kein Ausweichen eines noch so geriebenen Diplomaten möglich machte, gleich in der ersten Phase dieses Konflikts den Grafen Berchtold gezwungen, wenigstens eine deutliche Antwort zu geben, sich zu bekennen und sich zu binden, daß mindestens die offizielle Politik Oesterreichs allen Bestrebungen zur Störung des Friedens fernstehe.

Aber, Parteigenossen, wir haben nicht nur eine offizielle Politik in Oesterreich. So wie jedes Land neben der offiziellen Politik auch eine hat, die vielleicht mächtiger und einflußreicher als die offizielle ist, so haben das insbesondere auch wir, denn dieser Gegensatz tritt um so schärfer auf, je mehr wir uns von der Demokratie entfernen und je mehr wir uns dem Despotismus und Absolutismus nähern. In Frankreich und England vermag die auswärtige Politik immerhin kontrolliert zu werden. Bis zu einem hohen Grade kann die wirkliche Politik von der französischen Kammer und vom englischen Unterhause kontrolliert und bis zu einem gewissen Grade wenigstens die Konkordanz zwischen offizieller und wirklicher Politik durch die Kritik unserer Genossen hergestellt werden. Ich verweise insbesondere auf die Arbeit, die in dieser Beziehung unsere französischen Genossen der geeinigten sozialistischen Partei geleistet haben. In der gesamten Affäre von *Marokko* sind mit einer unwidersprechbaren Logik, mit einem Mute, der in seiner Art ganz gleichzustellen ist mit dem Mute, den unsere Genossen auf dem Balkan entwickelt haben, einem Orkan von Chauvinismus, der sich zu entfalten drohte, entgegen-

getreten. Dort waren sie in der Lage, die wirkliche Politik Frankreichs zu enthüllen und zum Gegenstand der öffentlichen Erörterung zu machen. Wenn ich sage, auch in Frankreich, in England und in den vorgeschrittenen Ländern überhaupt ist das schwer, so wissen Sie ja sehr wohl: nicht nur auf dem Balkan gibt es die Barbarei des Chauvinismus und die Besinnungslosigkeit und die Demagogie der Kriegshetze. Denn das ist eine Eigentümlichkeit aller Länder, und leider haben die Interessentencliquen, die Finanz- und die Industrieclique, haben die Regierungscliquen sehr viel Möglichkeit, ihre interessierten Wünsche in das Gewand patriotischer Begeisterung zu kleiden. Und die Organe der chauvinistischen Demagogie und ihre Exzesse sind in Frankreich nicht geringer als auf dem Balkan. Schwieriger ist es schon in Deutschland, wo der Deutsche Reichstag leider keine solche Tribüne für die wirkliche Politik des Deutschen Reiches ist. Mit der größten Mühe nur gelingt es den Sozialdemokraten Deutschlands, im Reichstag den Kanzler Rede und Antwort stehen zu lassen. Und während wir in Frankreich und in England wirklich, wenigstens der Möglichkeit nach, eine fortgesetzte kritische Erörterung der auswärtigen Politik sehen, ist das in Deutschland im Reichstag in viel geringerem Ausmaß möglich. Darum ist es doppelt notwendig und doppelt erfreulich, daß in die deutsche Sozialdemokratie, die das Parlament als Organ zur Kontrolle, zur Ueberwachung der Regierung und zum Ausdruck des Volkswillens, nicht in dem Maße ausnützen kann, wie das in jenen demokratischen Ländern gelungen ist, in mächtigen Demonstrationen auf der Straße ihren Willen kundgegeben hat, auf allen Straßen der großen Städte des Deutschen Reiches.

Wir in Oesterreich sind noch ärmer als alle. Wir haben ein Parlament, wir haben sogar zwei Parlamente, eines in Oesterreich, eines in Ungarn. Das ungarische wird gegenwärtig verwaltet von einem Polizeikommissär (Sehr richtig!) und ist kein geeigneter Boden für politische Erörterungen. Das österreichische Parlament hat offiziell keine Berührung mit dem Minister des Auswärtigen. Wir haben den Minister des Aeußern niemals gesehen. Für uns existiert er gar nicht, und es ist ungeheuer schwer für uns, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Nun haben wir ja die Verdünnung des Parlaments, oder, wie man den Extrakt des Parlaments nennt, die Delegation. Was dort möglich ist, das ist geschehen. Aber auch wir sind angewiesen darauf — was wir in der Delegation nicht leisten können, vermöge der Rückständigkeit in unserem Lande, was wir im Abgeordnetenhause nur unvollkommen leisten — den Willen des Volkes, die Kritik an den Machthabern auszusprechen und zum Ausdruck zu bringen außerhalb des Parlaments, hier in unmißverständlichen, klaren Manifestationen zu sagen, was wir wollen. Wir haben selbstverständlich die parlamentarischen Mittel, so unzureichend sie sind, ausgenützt. Wir haben in der Form einer Interpellation an die Regierung beim Ausbruch des Krieges sofort versucht, das Ministerium des Aeußern durch den Mund des österreichischen Ministerpräsidenten zum Sprechen zu bringen. In dieser Interpellation haben wir mit klaren Worten und unverblümt und sehr nüchtern auseinandergesetzt, daß Oesterreich auf dem Balkan nach unserer Ueberzeugung nichts zu suchen hat, daß wir wünschen müssen die absolute Abstinenz jedes Eingreifens auf dem Balkan, daß wir vor allem anderen die nicht offizielle Politik, die sich aber sehr deutlich machte, auf das schärfste bekämpfen müssen, jene Politik, die zwar äußerlich vom Frieden sprach, aber sehr deutlich zu jener Zeit hat merken lassen — sie sieht heute schon sehr vergangen aus — als ob, wenn das erste serbische Regiment den Sandschak betritt, die österreichische Regierung die heiligsten und wichtigsten Interessen bedroht sieht und sich in Bewegung setzen muß. Beim Beginn des Krieges hat die österreichische Sozialdemokratie — und damals war sie es allein — gesagt: Hände weg vom Sandschak! Hände weg vom Balkan! Was da unten geschieht, ist Sache der Balkanvölker; wir haben kein Recht, hineinzureden! (Lebhafte Zustimmung.)

Damit haben wir ein Doppeltes getan. Wir haben nur die Pflicht gegen uns erfüllt; wir haben nicht nur das Interesse, daß wir keine Mobilisierung, daß wir einen Krieg nicht wollen, sondern wir haben darauf hingewirkt, soweit es in unseren Kräften steht, und wir werden es weiter tun, ein Uebergreifen des Krieges zu verhindern. Wir haben aber damit noch eine zweite internationale Pflicht erfüllt. Eine unserer Pflichten ist es, der Selbständigmachung und Entwicklung der Balkanvölker nicht in den Weg zu treten. Wenn wir ohnmächtig sind, wie wir gestehen, den Balkanvölkern zu ihrer Autonomie zu verhelfen, ist es mindestens unsere Pflicht, nichts zu tun und nichts geschehen zu lassen, was sie an ihrer Entwicklung und an ihrer Zukunft hindern kann. Wir haben also durch diese Haltung nicht nur für die Interessen des Friedens, sondern auch für die der Entwicklung und Autonomie der Balkanvölker, für die wir in Oesterreich ein feineres, ein blutig erworbenes Verständnis haben als in anderen Ländern Europas, unsere Pflicht getan. Wir haben bei Beginn des Krieges ein Manifest herausgegeben und waren so glücklich, trotz der Schwierigkeiten, die immerhin in einem solchen Moment die Einheit einer politischen Orientierung der verschiedenen Nationen bietet, die in Oesterreich wohnen, volle Einmütigkeit zu erzielen. Die Sozialdemokraten aller Nationen, die Polen, Slowenen, Italiener, Ruthenen und Tschechen, alle stehen unter dem Manifest, das wir herausgegeben haben.

Nun war es natürlich, daß die Internationale ihre Verwaltung, das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel, ebenfalls in Bewegung setzen mußte. Wir haben Montag und Dienstag eine Sitzung des Bureaus gehalten, um gemeinsam zu überlegen, was unsere Pflicht und zunächst, was unsere Einsicht über die Dinge ist. Sie begreifen und es wäre recht unsinnig, es zu verhüllen, weil es ein Tatbestand ist, der ganz naturgemäß ist: — daß, wenn man auch dieselben Dinge nach denselben Prinzipien beurteilt, es nicht ganz gleichgültig ist, von welcher Seite, von wo aus man sie beurteilt. Dasselbe Prinzip, dieselbe Ueberzeugung: aber das Auge sieht von Wien aus ein ganz anderes Bild als das Auge von Paris, London, Bukarest oder gar Petersburg. Es entstehen also selbstverständlich bei denselben Ansichten verschiedene Bilder und es war notwendig, höchst notwendig, und ich kann es zu meiner Freude ausdrücken, es ist vollständig gelungen, die verschiedenen Ansichten über die Lage, die wir nun zur Quelle haben, die Verschiedenheit der Information, die Verschiedenheit des Standpunktes, von dem aus man sie sieht, zur völligen Uebereinstimmung zu bringen, und wir dürfen sagen, daß die Aussprache von Brüssel nicht nur die Einheit des Wollens bezeugt hat, sondern auch die Uebereinstimmung der Anschauung und der Interpretation der Tatsachen, vor denen wir stehen.

Ganz leicht ist die Sache nicht. Ich bin der Ansicht, daß wir in solchen Momenten ohne Umschweife, ohne etwas zu verhüllen, reden sollen. Es ist begreiflich, daß bei aller internationalen Solidarität man zuerst an sich denkt, denn auch wir sind ein Glied der Internationale. Es ist begreiflich, daß, wenn ein Krieg beginnt, der nächste Gedanke ist: Wie hört er am schnellsten auf und wie wird er am sichersten von unseren Grenzen ferngehalten? Das ist ein naheliegender und präziser Gedanke, vor allem aber ein Gedanke des berechtigten Egoismus. Wenn dazu noch die Vorstellung kommt, daß man es auf dem Balkan mit einer völlig vorzeitigen Erhebung von Völkern und Staaten unter der Führung ehrgeiziger Fürsten zu tun hat, die gewiß aufgestachelt sind von russischen Intrigen — nichts ist natürlicher, als daß unter der Voraussetzung, daß die Türken dem ein rasches Ende machen werden, auch damit der Wunsch verknüpft ist: Wir wollen rasch Ruhe haben. Wir wissen ja alle, wie unsere Anschauungen von unseren Wünschen beeinflußt werden. So hat es nicht nur bei uns, sondern überall in der Welt viele Leute gegeben, die sich dann bei Ausbruch des Krieges gedacht und es geschrieben haben: Ein rascher Schlag auf den Kopf der Balkanvölker und wir werden wieder Ruhe haben. Das

war keine Sympathie mit der türkischen Herrschaft, aber eine sehr starke Antipathie gegen den Krieg, weil man meinte, daß das uns am schnellsten von der Sorge befreit. Es gibt nun nicht nur turkophile Strömungen, in Oesterreich am wenigsten, aber wie es sich ergibt, sind sie weniger türken- als friedensfreundlich, und bei der hundert Jahre langen Gewohnheit, zu glauben, die Existenz der Türkei sei eine Bedingung des Friedens, hat man gemeint, diese Anschauung werde auch weiter gültig bleiben. Dazu kommt, daß sich auf dem Balkan noch andere Interessen kreuzen, daß dort eine weitaus größere Gefahr als die türkische die russische war und wir gewohnt sind, soweit wir zurückdenken, den Zarismus, der bedeckt ist von oben bis unten mit dem Blute aller Völker, mit denen er in Berührung gekommen ist, daß wir gesehen haben, daß er, der sich offiziell als Anwalt der Völkerfreiheit ausgibt, tatsächlich der Anstifter des Völkermordes ist zum Zwecke russischer Interessen. Selbstverständlich ist es, daß gegen diese bleibende, dauernde, schwerste Gefahr für alles, was uns mit der europäischen Zivilisation und Kultur verbindet, für alles, was europäische Demokratie und Errungenschaft der Demokratie ist, für alles, was unsere physische, kulturelle und geistige Existenz ist, ich sage, daß gegen diesen Feind sich all unser Denken richten mußte. Und weil die Tradition es mit sich bringt, daß die türkische Herrschaft ein Vorposten gegen Rußland sei, darum hat man vor wenigen Wochen noch die Empfindung gehabt bis in unsere Reihen hinein, daß ein schnelles Ende mit der Abwehr der slawischen Angriffe als das Beste zur Erhaltung des europäischen Friedens gelte.

Aber es hat sich bald gezeigt, daß die Geschichte im Begriff ist, eine starke Wendung zu machen, und wir dürfen wohl sagen, seit acht Tagen sieht Europa anders aus. Was immer der Anlaß war, was den momentanen Anstoß gegeben hat zum Kriege, ob der Bund der Balkanstaaten angestiftet wurde von Rußland, oder ob er auf eigenem Boden gewachsen ist und nur das Protektorat Rußlands ausgenützt hat, und man sogar Aeußerungen hört — an die ich nicht glaube, weil sie zu weit hergeholt sind — daß sogar Oesterreich durch unseren guten Freund Ferdinand an dieser Balkanföderation eine intellektuelle Urheberschaft hat — ich glaube nicht an die intellektuelle Urheberschaft der österreichischen Diplomatie (Heiterkeit): möge dem sein wie immer, sicher ist, daß sich eine Tatsache vollzogen hat, deren Kommen jeder sehen mußte, aber von der wir nicht gewußt haben, daß sie so nahe ist. Diese Föderation der Balkanstaaten ist der diplomatisch verkleinerte, verstümmelte, verfälschte, aber immerhin der Ausdruck doch dafür, was wir internationalen Sozialisten von jeher als die Notwendigkeit für den Balkan angesehen haben, für den Bund der Balkanvölker. Wir stellen uns ihn anders vor, als eine freie Föderativrepublik der Balkanländer, wie das die Genossen der Balkanstaaten erst jüngst wieder als ihr Ziel ausgesprochen haben. Aber die Weltgeschichte geht nicht so einfach vor, daß sie unsere Wünsche auf einmal erfüllt. Wir wünschen rasch, aber die Weltgeschichte arbeitet langsamer als wir mit unserem Denken. Doch ist kein Zweifel, so verfälscht er ist, und soweit und so sehr auch ein Wichtiges fehlt: die Aufnahme des türkischen Volkes in den Bund, so müssen wir doch sagen, er ist eine Notwendigkeit der historischen Entwicklung, verstümmelt, verfälscht, aber es ist doch der Balkanbund, den wir heute sehen.

Unter diesen Umständen zeigt sich die Lage in ganz anderem Lichte. Wenn der Gedanke schon schwer zu denken ist, daß wir in unserem eigenen Interesse, um die Gegnerschaft gegen Rußland zu bilden, die berechtigten Ansprüche von Bulgaren, Serben und Montenegrinern hätten abweisen dürfen, wenn es schon schwer fallen würde, das Interesse unserer Kultur entgegenzusetzen diesen Interessen, so ist das heute anders geworden. Wir dürfen seit der letzten Woche einem anderen Gedanken Raum geben. Wir brauchen den Widerstand gegen russische Uebergriffe, den Schutz gegen

den russischen Zarismus und dessen Forderungen auf dem Balkan nicht mehr zu suchen in einer zusammenstürzenden osmanischen Herrschaft, sondern müssen ihn suchen und werden ihn hoffentlich finden in einem selbständigen Verband der slawischen Völker des Balkans. Was ich da sage, geht selbstverständlich über die Stunde hinaus und ich möchte Sie bitten, mir da alle Nachsicht zu gewähren, schon angesichts der Schwierigkeit, die darin liegt, in einem Moment, wo der Fluß der Ereignisse von Tag zu Tag neue Tatsachen schafft, Erwägungen auszusprechen, die für die Zukunft Geltung haben sollen. Unser Interesse ist also gewiß: der russische Einfluß darf nicht mächtig werden. Wir wollen weder im Norden die Gefahr, von der Daszynski gestern gesprochen hat und die wir alle verstehen, wir wollen sie aber auch nicht für den Süden: das Prestige des Zarismus in Europa, besonders aber auch in Rußland selbst darf nicht vermehrt werden. Aber wir können meines Erachtens unsere Hoffnung nicht mehr setzen auf die zermorschte Macht des türkischen Reiches, sondern wir müssen unsere Hoffnungen setzen nicht auf das Vergehende und Verfallende, sondern auf das kommende, werdende und hoffentlich kräftig werdende Volk Bulgariens und Serbiens, nicht auf Ferdinand und Peter, aber auf Bulgarien und Serbien, und wir hoffen — wenigstens ich hoffe es, und was ich hier sage, bindet niemand als den Sprecher — daß die Gefahr überwunden ist, die in einem zweifelhaften Ausgang des Krieges liegen würde. Ein schlechter Sieg der Türken, ein schlechter Sieg der Bulgaren, ein Schwanken des Bildes wäre gleich gefährlich, das würde das Eingreifen Rußlands, das Eingreifen immer wieder herbeiführen. Da aber die Hoffnung besteht, daß der Krieg rasch zu Ende geht, entsteht schon heute eine andere Hoffnung: daß endlich mit der ganzen orientalischen Frage, mit der ganzen Balkanfrage ein für allemal reiner Tisch gemacht wird! Es scheint, daß man den Balkanvölkern, die in der Stille gewachsen sind, diese Arbeit mit großem Vertrauen überlassen kann. Es scheint, daß, wenn Rußland wirklich gemeint hat, durch das Anstiften dieses Krieges feste Wurzeln auf dem Balkan zu finden und seine Macht zu vergrößern: ich hoffe und erwarte, daß Rußland auch diesmal wieder sein Spiel verlieren wird, weil die Völker da unten sagen werden: „Jetzt sind wir für den Statusquo, um den ihr euch einst so bemüht habt!" Der Statusquo von heute, werden sie sagen, ist nicht das fortwährende Eingreifen von russischen und österreichischen Diplomaten, ist nicht die Abzirkelung von Interessensphären dieser Staaten, der Statusquo ist: Der Balkan für die Völker, die ihn bewohnen.

Wir sind Oesterreicher und daher Spezialisten in balkanähnlichen Zuständen. (Heiterkeit.) Wir wissen also ganz genau, daß, wenn Friede sein wird und diese Staaten sich entwickelt haben, dann keine Periode der Annehmlichkeit für sie beginnt. Wir wissen ganz gut, daß das Völkergemenge in Mazedonien, Albanien u. s. w. den Leuten auf dem Balkan einige harte Nüsse zu knacken geben wird. Wir wissen das, da wir Spezialisten sind, weil wir es nicht zustande bringen, die Frage zu lösen, ob in Wien tschechische Privatschulen möglich sind, weil wir um jeden Kirchturm, um jeden Gemeindewächter streiten, obwohl wir schon so lange das Glück haben, vereinigt zu sein. Wir wissen also, was den Balkanvölkern bevorsteht. Aber das ist zunächst unsere Sorge nicht. Der Balkan den Balkanvölkern! Alle Vorteile, alle Herrschaft, aber auch alle Sorgen! Mögen sie das ordnen, so gut sie können. Neben diesen wirklichen Dingen stehen auch Fiktionen, stehen eingebildete Dinge, steht die Gefahr, daß Oesterreich eingreift, daß Oesterreich versucht, auf dem Balkan heute zu suchen, was es in seiner günstigsten Zeit nicht hat finden können. Neben der offiziellen Politik geht natürlich eine inoffizielle. In Rußland geht neben der Friedenspolitik von Sasanow, dem offiziellen Vertreter und Minister, die inoffizielle Politik der schwarzen

Hundert, der schwarzen Bande, die am Hofe ihre Vertreter hat, und man sagt, daß die Umgebung des Zaren und vielleicht der Zar selbst Einflüssen ausgesetzt sind, die nicht friedlicher, sondern kriegerischer Natur sind. Auch wir haben unsere schwarzen Hundert. (Sehr richtig!) Auch wir in Oesterreich haben eine inoffizielle Politik, auch wir haben zu derselben Zeit, wo unser Minister des Auswärtigen höchst friedliche Erklärungen gab, ganz deutlich aus der Presse und aus Aeußerungen aller Art gehört: Der Sandschak, das ist ein österreichischer Ehrenpunkt und Oesterreich muß marschieren lassen, wenn man auf den Sandschak greift. Neben der offiziellen Politik war — wie heißt das alte Wort — eine kleine, aber mächtige Partei, der man mit Recht oder mit Unrecht nachsagt, daß sie vom Belvedere aus befehligt wird. Eine Partei, die den politischen point d'honneur, den militärischen Ehrenpunkt geltend machte und immer wieder darauf verwies, wir müssen bereit sein, einzumarschieren, wenn die Serben sich ausdehnen, zur Erhaltung des Statusquo. Als ob es etwas Lächerlicheres gäbe als diesen Statusquo. Das ist ja heute nicht die Macht Oesterreichs auf dem Balkan, das ist die Ohnmacht, die wirtschaftliche, die politische, die kulturelle Ohnmacht, das ist der politische Bankerott auf dem Balkan, das ist in der Wahrheit der Statusquo, und für den zu marschieren, für den das Blut unserer Kinder hinzugeben, das kann nur die wahnsinnige Phantasie, die cäsarenwahnsinnige Phantasie, muß man sagen — es gibt auch Cäsarewitsche, die wahnsinnig sein können. (Bravo!) Dem haben wir uns also entgegenzustellen.

Und was wir vor 14 Tagen in unserem Manifest gesagt haben, was unsere Abgeordneten in der Delegation und im Abgeordnetenhause gesagt haben, das ist seit acht Tagen merkwürdigerweise beinahe Gemeingut geworden der einst sehr kriegerischen und säbelrasselnden Presse. Ich habe mit dem größten Vergnügen von dem Umschwung, der so rasch gekommen, während ich von Brüssel nach Wien gefahren bin, gehört. In Wien hatte ich noch Leitartikel gelesen, die den Sandschak reklamierten, und als ich in Brüssel ankam, habe ich die Depeschen gelesen über die Artikel der österreichischen Presse, die den Statusquo zu den Toten legten und mit den Serben womöglich gute Handelsverträge schließen möchten — eine rasche Bekehrung. Ich bin nicht so töricht, diese Bekehrung unseren Argumenten zuzuschreiben. Unser Verdienst ist nur, daß wir früher erkannt haben, was notwendig und vernünftig ist. Die Umkehr ist besorgt worden durch die bulgarischen Kanonen.

Aber wenn auch heute alle mehr oder weniger offiziösen Stimmen sehr friedlich lauten, trauen Sie, Parteigenossen, dem Landfrieden nicht! Wenn Europa erst zum Sprechen kommt, dann kann es zu Verwicklungen kommen, die noch immer höchst gefahrlich werden können. Man spricht jetzt davon, daß Europa eine Mediation, eine Vermittlung machen wird, um den Frieden zu schließen und allzu großen Ansprüchen entgegenzutreten. Man hat sich je gefaßt gemacht auf eine Mediation zugunsten des Statusquo, dessen, daß der Türkei kein Land genommen wird. Die Vertretungen der Großstaaten sind sehr tugendhaft, sind sehr gegen den Landraub und können nicht dulden, daß etwas genommen werde. Der moralische Einfluß Europas soll in die Wagschale geworfen werden: die moralische Autorität Frankreichs, das eben Marokko verzehrt und lange noch nicht verdaut hat; die moralische Autorität des anderen Räubers, Italien, das ein weiteres Stück Tripolis eingesteckt hat und noch daran zu kauen haben wird; die moralische Autorität Rußlands, dieses Rußland, das nimmt und nimmt, das bedeckt ist mit dem Blute aller Völker Finnlands, Polens, der Letten und Armenier, die moralische Autorität eines Staates, der jetzt im Begriff ist, seinem engen Verbündeten England Persien streitig zu machen, und den Raub mit der Felonie gegen den Verbündeten verbindet. Oder sollen wir von der moralischen Autorität Oesterreichs reden? Oesterreich für den Statusquo und gegen den Raub und für den Frieden? Oesterreich möchte natürlich die

Frage lösen, die vor vier Jahren zu lösen war: erstens die Beute und zweitens den Frieden, aber ohne Risiko, Oesterreich, das vor vier Jahren nach zweifacher Beziehung das Vorbild gegeben hat zu dem, was sich heute ereignet, das Bosnien und die Herzegowina, die ihm als Depot anvertraut waren, man könnte sagen defraudiert hat, und auf der anderen Seite ein Präjudiz geschaffen hat zu seinen Ungunsten, indem es den Sandschak verlassen als etwas, worauf man nicht zu bestehen braucht. Dieses Europa, dieser Räuber aller Grade und aller Formen, mit welcher Autorität des Friedens, mit welcher moralischen Autorität wollen sie für den Frieden und gegen den Landraub auftreten? Nein, ich zweifle nicht, daß nicht nur wir einen Abscheu vor dem Kriege haben, sondern daß auch die Herrschaften oben, wo immer sie sitzen, eine gewisse Abneigung dagegen haben. Ich zweifle nicht daran, daß man auch in England, das ich in der Reihe der moralischen Friedensautoritäten zu nennen vergessen habe, und mit Unrecht — denn England, das Aegypten, Zypern, von Indien gar nicht zu sprechen, im Leibe hat und das nach Kreta schielt — eine sehr wenig geeignete moralische Autorität für den Frieden besitzt. Ich zweifle aber gar nicht, daß es sich alle diese Staaten und die Staatsmänner, die dahinter stehen, und insbesondere die finanziellen Cliquen — für die ist das doch ein Geschäft — überlegen, ob sie beim Kriege auf ihre Kosten kommen. Wir sehen ja heute auf dem Balkan merkwürdige Zustände. Wir sehen, daß mit französischem Gelde — Frankreich ist so reich, daß es sich den Luxus gestatten kann — von beiden Seiten der Krieg geführt wird. Die Türken, Bulgaren und Serben haben Kanonen angeschafft für französisches Geld und in Paris unterstützt man beide Parteien mit Geld, solange man glaubt, daß das Geld gut angelegt ist. Glauben Sie ja nicht, daß diese bewunderungswürdige Unparteilichkeit, Ungerechtigkeit, die sich da ausspricht, eine Eigentümlichkeit der französischen Finanzpolitik ist. Wir sind gegen Frankreich sehr zurück, gegen Frankreich, was die Gerechtigkeit und die Kultur betrifft. Aber auf diesem Gebiet sind wir ihm gleich. Wir haben zwar kein Geld zu borgen, weil wir froh wären, wenn wir Geld geborgt bekämen. Aber wir liefern wenigstens, was wir haben, wir liefern Kanonen. Sie wissen von dem europäischen Interessengegensatz, dem größten, von dem man spricht, dem aktuellsten, dem Gegensatz zwischen Oesterreich und Rußland, aus dem ein Krieg entstehen kann, und in dieser Zeit lesen wir die finanzielle und industrielle, mit einem Worte die kapitalistische Idylle, daß sich die Skoda-Werke in Pilsen mit einer Filiale in Rußland vereinigt haben, daß sie eine russische Kanonengießerei finanziert haben, eine Fabrik für Anfertigung von Mordinstrumenten und Schiffsbestandteilen, daß also die Objektivität unserer Aktionäre und der Industriellen so weit geht, Rußland zu alimentieren mit Geschützen, mit denen man auf Oesterreich schießen wird. (So ist es!)

Aber ich glaube schon, daß man den Krieg nicht so leichtsinnig anfangen wird. Denn man ahnt schon, daß der Krieg hier im Westen etwas anderes wäre als der Krieg auf dem Balkan. Es gibt ja keinen Menschen, dessen Phantasie ausreicht, um sich einen Krieg vorzustellen, der geführt wird unter dem Einfluß des berauschenden Fortschritts der Technik. Man kann sich doch keinen Krieg vorstellen, der zu Lande, zu Wasser und in der Luft geführt wird. Man kann sich doch nicht vorstellen, daß ein Krieg geführt wird in Europa, wo kein Quadratmeter Boden der Schauplatz eines Krieges sein kann, ohne zugleich ein Stück Kultur zu vernichten, wo es kein Schlachtfeld gibt, das nicht schon mit dem Schweiße und Blute von verschiedenen Generationen getränkt wäre. Ich glaube schon, daß man sich oben bedenkt, und wenn man nicht denkt, so wollen wir sie daran erinnern. Man denkt doch auch gleich, daß die Geduld der Völker, daß die Schafsgeduld der Völker denn doch auch eine Grenze hat. (Bravo.) Vielleicht macht man sich doch eine Vorstellung davon, daß es eine Grenze geben muß für das, was kultivierte Hirne aushalten. Wir können uns einen Krieg vorstellen, weil wir ihn

sehen, den um die nationale Selbständigkeit. Wir können uns einen Krieg vorstellen zur Verteidigung der politischen Existenz eines Staates. Wir können uns einen Krieg vorstellen, weil wir ihn sehen, für vermeintliche kulturelle Errungenschaften unter einer nationalen Suggestion; was wir uns aber nicht vorstellen können, das ist, daß sich Hunderttausende gegen ihr Interesse, gegen ihren Willen, für fremden Willen, für fremde kapitalistische, für Geldsackinteressen, die noch dazu eingebildet sind, für die Phantome cäsaristischer Phantasie eines der diversen Höfe in Europa zur Schlachtbank führen lassen; wir können uns nicht vorstellen, daß die Völker und die Menschen auch das noch aushalten. Wir können uns nicht vorstellen, daß sich so ein Krieg entwickeln könnte.

Parteigenossen! Keiner von uns will die Verantwortung übernehmen, zu drohen mit den Ereignissen, die im Verlauf eines Krieges kommen könnten. Aber jeder von uns weiß, daß es ein ehernes Gesetz der Psychologie der Völker gibt, ein Gesetz, erhärtet durch die Geschichte; ein Gesetz, das nicht proklamiert wird, aber das automatisch wirkt. Wir haben erlebt, daß jedes Verbrechen der Regierungen sich gerächt hat durch die Rebellion der Völker, an denen dieses Verbrechen begangen wurde. (Stürmischer Beifall.) Ein Krieg, was immer sich die Herren darunter und von seinen Folgen vorstellen mögen — wir wissen nicht, was kommt; aber das können wir ihnen versichern, es ist ein Sprung ins Dunkle und Düstere, ein Sprung in das Unabsehbare. (Sehr richtig!) Es ist nicht unsere Art, daß wir sagen: Wir werden nun losgehen und die Revolution entzünden. So töricht sind wir nicht. So viel Mangel an Verantwortung haben wir nicht. Wir proklamieren nicht. Aber eines sagen wir: Wir weisen die Mächte auf die Vergangenheit, aus der sie für die Zukunft lernen können.

Parteigenossen! Aber wir dürfen auf die Ahnungen und auf die Erleuchtung unserer Mächte doch nicht allzu sehr bauen. Man spricht heute nicht mehr vom Statusquo. Man spricht heute nicht mehr davon, daß der Sandschak ein Heiligtum Oesterreichs bilde, das unberührbar ist und dessen Betretung sofort die Mobilisierung nach sich ziehen würde. Aber man spricht heute schon von Interessensphären, ein Wort, das heute noch gar keine Bedeutung hat, aber demnächst eine sehr harmlose, aber auch eine sehr verhängnisvolle bekommen kann. Und lassen Sie an dieser Stelle eines einschalten: Wir haben die österreichischen Staatsmänner verantwortlich zu machen, nicht nur für das, was sie selber tun und was in Oesterreich geschieht, sondern auch für das, was in Rumänien geschieht. Vergessen wir das nicht, das einzige, was die österreichische Politik erreicht hat, das ist, daß Rumänien nicht mit der Balkanföderation marschiert. Ob die Rumänen Oesterreich dafür sehr dankbar sind, daß sie nicht mit Bulgarien im Bunde marschieren, das zu entscheiden ist nicht meine Sache. Schwieriger ist, daß auch die speisen wollen, die nicht beim Kochen waren. Die Gefahr ist, daß Rumänien für Oesterreich die Kastanien aus dem Feuer ziehen soll, was aber sagen würde, daß auch wir in Oesterreich uns die Finger verbrennen würden. Wenn Herr Carol in Rumänien kriegerische Reden hält, so müssen wir dafür Herrn Berchtold verantwortlich machen und Herrn Bethmann-Hollweg. Denn der Herr dort unten hat aus eigenem nichts zu reden. Für uns ist, daß dort unten gezündelt wird, ein sehr ernstes Symptom dafür, daß auch bei uns, trotzdem wir nicht mobilisieren und nicht einmal Friedensstände verstärken, daß auch für uns noch nicht volle Ueberzeugung eingetreten ist, daß nichts geschieht.

Unter diesen Umständen muß es unsere Aufgabe sein, daß wir die öffentliche Meinung, das sind vor allem die Massen des Proletariats, das ist jener Klasse, die den Krieg in seinen Folgen am ersten, am meisten und am tiefsten spürt, daß wir das Volk aufwecken, daß wir die öffentliche Meinung stark und laut machen, daß wir hier und in allen Ländern die Masse des Proletariats als wirklich einzigen morali-

schen Friedensfaktor in Europa lebendig machen und ihr eine deutliche Stimme geben. Wie es mit dem diplomatischen Europa aussieht und seiner moralischen Autorität, habe ich schon gesagt. Wir haben noch eine moralische Autorität, die bürgerlichen Friedensfreunde. Wir wünschen ihnen alles Gute, aber ich fürchte, es wird ihnen nicht gelingen, dem Krieg auf dem Balkan beim Gerichtshof in Haag den Prozeß anzuhängen, wenn sie auch durch den Fürsten von Monako, den Freund der Baronin Suttner, auf die Monarchen einwirken werden. Eine Autorität, eine wirksame moralische Autorität haben die Pazifisten in Europa nicht. Neben dem Staate, neben der Diplomatie gibt es nur eine wirklich geltend zu machende Macht, das ist die des internationalen Proletariats, das ist der Wille aller Sozialisten, der in Brüssel zum Ausdruck kam; wir wollen, daß der Wille des internationalen Proletariats nach Frieden klar, verständlich, machtvoll, so schnell als möglich zum Ausdruck komme.

Und nun zum Geschäftlichen. Auf dem Kopenhagener internationalen Kongreß wurde entschieden, daß wir hier in Wien die Ehre haben sollen, den nächsten Internationalen Kongreß im Jahre 1913 zu empfangen. Wir haben alle Vorbereitungen getroffen, soweit es möglich war, und waren im Begriff, über das nähere Datum zu beraten. Nun kam der Krieg, und ich gestehe offen und Sie selbst werden mir recht geben, daß ich nicht anders konnte als in Brüssel zu erklären: Erstens wissen wir nicht, wie die Lage im August oder September 1913 sein wird, ob die Möglichkeit eines internationalen Kongresses überhaupt besteht. Zweitens aber, wenn ich schon in Kopenhagen namens der österreichischen Genossen den österreichischen Behörden das vielleicht nicht ganz verdiente Kompliment machen wollte, daß Wien und Oesterreich schon reif, schon so weit vorgeschritten seien, einen internationalen Kongreß hier empfangen zu können, so muß ich doch gestehen, es geht über die Verantwortung hinaus, die wir tragen können, hier in Oesterreich, unmittelbar an der Grenze des Kriegsschauplatzes, einen Kongreß abzuhalten, zur Zeit eines Krieges. Das ist eine Verantwortung, die wir der Internationale gegenüber zunächst nicht tragen können. Es ist also nicht, wie in einem gegnerischen Blatt gesagt wurde — ich erwähne das nur, damit auch die auswärtigen Genossen sehen, mit was für einer Seuche von Presse wir zu rechnen haben — daß in Brüssel den Oesterreichern die Ehre entzogen wurde, den Kongreß in Wien zu machen. Es ist dem nicht so. Das Bureau hat sich darin geeinigt, daß erstens ein Kongreß jetzt unmittelbar notwendig ist und nicht erst für August oder September 1913 verschoben werden kann, wo man nicht weiß, wie die Dinge stehen, daß es aber notwendig ist, daß eine starke Initiative von seiten der Internationale soweit als möglich und so bald als möglich stattfindet. Und so hat es sich entschlossen, daß dieser Kongreß also nicht verschoben, sondern nähergerückt wird, und daß er, wie die Dinge liegen, nicht in Wien stattfindet, sondern in der Schweiz.

Es wird somit zu Weihnachten oder Neujahr in der Schweiz, wahrscheinlich in Zürich oder in Basel, ein außerordentlicher Kongreß der Internationale stattfinden. Ausdrücklich und ausschließlich mit dem einzigen Zweck, sich mit der Kriegsgefahr und mit der Lage in Europa innerhalb dieser Kriegsgefahr und dem Verhalten der Internationale dazu zu befassen. Er kann zu spät kommen, liegt auf Ihren Lippen; zu spät gewiß nicht, denn wenn auch Entscheidungen, so werden dann noch nicht alle Entscheidungen erledigt sein. Es wird dann wieder eine Lage sein, die unser Einschreiten auch noch nötig machen kann. Aber ich gebe ohneweiters zu, daß es am besten wäre, sofort zusammenzutreten. Nun wissen Sie ja sehr wohl, daß ein internationaler Kongreß eine sehr komplizierte umfangreiche Maschinerie ist. Wir sind ja heute keine kleine Partei mehr, die die Vertrauensmänner binnen 24 Stunden an einem Ort zusammenberufen kann. Die Internationale erstreckt sich heute über alle Erdteile, umfaßt insbesondere alle Länder in Europa. Ein derartiger Körper kann nicht

Beratungen und Delegierungen machen, die, wenn sie mit irgendeiner Autorität ausgestattet sein sollen, nicht von heute auf morgen geschehen können. Aber trotzdem sind wir überzeugt, daß, mag geschehen, was will, auch noch zu Weihnachten große Arbeit da sein wird für eine Manifestation des internationalen Proletariats, und ich bitte Sie heute schon, daß Sie — das gilt von Oesterreich — die Organisationen bereitstellen für eine Beschickung dieses Kongresses. Aber wichtiger noch als das, was in mehreren Wochen geschehen soll, ist das, was heute geschieht. So wichtig die gemeinsame Demonstration in Zürich sein wird, so eindrucksvoll, so sprechend sie sein wird, wichtiger noch ist das, was wir alle zusammen tun, *was jede Partei für sich zu Hause, auf ihrem Boden, mit ihren Gegnern* und mit der ihr eigentümlichen Kraft zu tun hat. Wenn die Internationale also auch uns auffordert, und das ist in dem bereits veröffentlichten Manifest geschehen, zu Weihnachten zu einem Kongreß zusammenzutreten, so fordert sie zugleich auf und richtet den Appell an Sie, dafür Sorge zu tragen, daß eine mächtige Manifestation des Proletariats stattfinde, die hörbar ist überall: daß wir den Krieg nicht wollen, sei es um des Sandschaks willen oder sei es wegen irgendwelcher nebulosen und mysteriösen Interessensphären. Die wirtschaftlichen Interessen, mit denen das Proletariat allerdings sehr eng verknüpft ist, *alle wirtschaftlichen Interessen, die wir haben, können auf dem Balkan nicht gefördert werden durch den Krieg, sondern nur durch den Frieden.*

Nicht als Feinde, sondern als Freunde des Balkans müssen wir auftreten. Oesterreich muß endlich die niederträchtige Rolle aufgeben, die es so lange auf dem Balkan gespielt, das zweideutige Spiel mit der Maske als Freund, was eine Auswucherung von Serbien war, oder als Feind und Eroberer ohne Energie und ohne Nachdruck, immer zweideutig und zwieschlächtig, einmal Eroberung durch die Bajonette, dann wieder Eroberung durch die Wirtschaft, was zu nichts geführt hat, als daß uns unsere Agrarier abgesperrt und ausgehungert haben, indem sie die serbischen Grenzen schließen und die Serben erst nicht nur ausgehungert, sondern direkt zu unseren Feinden gemacht haben. Und wenn es einen Anstifter des Krieges gibt, der ebenso verantwortlich ist, der ebenso mit dem Verbrechen belastet ist, den Krieg herbeigeführt zu haben, wie der russische Zar und seine Politik, so sind es neben den Intrigen Rußlands der Egoismus, die Brutalität unserer Agrarier, die eher den Krieg heraufbeschwören, eher die Balkanvölker zur Verzweiflung kommen ließen, bevor sie uns einen Bissen Fleisch vergönnt hätten, der drüben erzeugt worden ist. Die Interessensphärenpolitik kann so gefährlich werden wie die Sandschakpolitik, von der wir hoffen, daß sie abgelaufen ist. Darum muß unmittelbar und sofort von unseren Genossen eingegriffen werden. Wir wissen sehr wohl, sie haben Bajonette und Kanonen und können mobilisieren, wir haben nichts, wir sind unbewehrt. Gewiß, wir sind wehrlos; aber man vergesse nicht, *man führt heutzutage keinen Krieg, wenn man fühlt, daß das ganze Volk in seinen Tiefen auch in einem so wenig demokratischen Lande, wie es Oesterreich ist, den Krieg nicht will.* Man führt auch nicht mehr österreichische Völker, auch nicht mehr uns Arme, Ausgesaugte, Unterdrückte, gegenseitig Verhetzte, in ihrer Kultur zurückgedrängte Unentwickelte, wie wir sind, wie Lämmer zur Schlachtbank. (Bravo!) Das soll den Männern klar sein. Wir brauchen nicht zu prophezeien, aber *vor* dem Kriege wollen wir reden. Bevor die Kanonen das Wort haben, wollen wir das Wort nehmen. Wir haben das Wort und ganz Oesterreich soll unser Wort hören. Ueberall, in ganz Oesterreich. (Großer Beifall.) Parteigenossen! Das ist es, was wir von Ihnen begehren. Ich will Ihnen nun eine *Resolution* vorlesen, um eine konkrete Grundlage für die Diskussion zu bieten. Sie lautet:

Der Parteitag weist mit Abscheu und Entrüstung jeden Gedanken an eine Einmengung Oesterreichs in den Balkankrieg zurück. Er betrachtet jeden, der eine solche Einmengung unter welchem Vorwand immer fordert, als einen Todfeind der Völker Oesterreichs. Er fordert die Erhaltung des Friedens unter allen Umständen und um jeden Preis.

Den Beschlüssen der Internationale entsprechend, fordert der Parteitag alle Organisationen auf, die Agitation gegen die Kriegsrüstung und Kriegshetze in die breitesten Volksmassen zu tragen. In der allernächsten Zeit, insbesondere aber am 10. November, sind in allen größeren Städten und Industriezentren, wo die örtlichen Verhältnisse dies gestatten, große Massenkundgebungen gegen die Einmengung Oesterreichs in den Balkankrieg zu veranstalten.

Oesterreich hat weder im Sandschak noch in Albanien etwas zu suchen. Wir haben auf dem Balkan keine anderen Interessen als die, in freundnachbarlichem Verhältnis mit den Balkanvölkern zu leben und unsere Waren mit ihnen friedlich auszutauschen. Keine Einmengung in den Balkankrieg! Der Balkan den Balkanvölkern! Erhaltung des Friedens! (Stürmischer Beifall.)

Wir fordern also die Erhaltung des Friedens unter allen Umständen und um jeden Preis. Ich will hier den Grafen Stürgkh und Berchtold einige Wort der Antwort widmen. Wir haben in unserer Interpellation an den Minister gefragt, ob er den Frieden erhalten wolle. Unter allen Umständen und um jeden Preis. Es war eine Interpellation, die eine große Wirkung gemacht hat, nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland, und überall durchaus verstanden wurde. Alle haben sie verstanden, nur die beiden Herren Grafen nicht. Der Berchtold läßt den Stürgkh sagen: „Ja freilich, wir sind für den Frieden, wir wünschen keinen Krieg; aber kein großer Staat kann sagen, unter allen Umständen und um jeden Preis wolle er Frieden halten." Das hat natürlich auf die Leser da draußen einen sehr ernsten Eindruck gemacht (Sehr richtig!) — denn so dumm ist man jenseits der Grenzen nicht, wie der Graf Stürgkh meint, daß man wäre. So dumm ist man nicht, daß man meint, die Sozialdemokratie habe hier ein theoretisch-akademisches Frage- und Antwortspiel ausführen wollen und habe den Grafen Berchtold gefragt, wie er prinzipiell über den Krieg im allgemeinen denkt, vielleicht für Jahrhunderte vorwärts oder zurück, vielleicht hier und drüben. Im Ausland hat man sehr gut verstanden, was auch wir verstehen, wie die Frage gemeint war. Um jeden Preis, das heißt mit Aufgeben jedes Gedankens an die Sandschakfrage, „unter allen Umständen", das heißt, wenn die südslawischen Völker siegen, wie auch wenn die Türken Erfolg haben. Man hat sehr wohl gewußt, um welchen Preis und um welche Umstände es sich handelt, und es ist eine Kinderei und die läppische Methode unserer Herren Diplomaten, wenn sie glauben, mit solchen dummen Redensarten das Parlament und die Oeffentlichkeit abspeisen zu können. (Bravo!) Es wird den Grafen Stürgkh blutigen Schweiß gekostet haben, bis er seine Phrasen so gedrechselt hat, daß man sie lesen kann, ohne etwas Bestimmtes herauszulesen. Wir müssen mit dem Erfolg zufrieden sein, daß sich die Regierung zumindest dahin gebunden hat, daß augenblicklich von einer feindseligen Handlung, von irgendeiner Mobilisierung oder Verstärkung der Friedensstände keine Rede ist. Aber diese allgemeine Redensart, daß eine europäische Großmacht sich nicht verpflichten könne, soll wahrscheinlich — auf die Gefahr hin, Europa zu beunruhigen — im Belvedere beruhigen, eine Konzession an diejenigen sein, die noch immer glauben: vielleicht ließe sich doch noch ein militärisches Geschäft machen. Wir fahren fort, zu verlangen, trotz dieser theoretischen Antwort des Grafen Stürgkh, die Erhaltung des Friedens unter allen Umständen und um jeden Preis. Es gibt keine denkbare Möglichkeit, unter der wir den Krieg dem Frieden vorziehen können. (Bravo!)

Parteigenossen! Ich selbst schlage Ihnen die Resolution vor. Dazu kam es infolge der Kürze der Zeit. Sie wissen, daß ich erst gestern aus Brüssel zurückgekommen bin. Bei der Kürze der Zeit war es nicht möglich,

mit allen Genossen von der Parteivertretung, insbesondere der weiteren Parteivertretung, in dieser Sache Fühlung zu nehmen. Ich bin aber überzeugt, daß Sie einverstanden sind, daß wir in dieser Weise vorgehen und ich glaube, das ist das, was uns zunächst obliegt. Was später kommen wird, das weiß niemand von uns. Wie sehr wir im Parlament Gelegenheit dazu haben werden, unseren Einfluß geltend zu machen, das wird sich zeigen. Sicher ist eines: die österreichische Sozialdemokratie und nach dem, was wir gestern und heute hier gehört haben, nicht nur die deutsche Sozialdemokratie, sondern die Sozialdemokratie aller Nationen in Oesterreich steht in diesem Punkte geschlossen wie ein Mann. Wir werden den Kampf gegen den Krieg führen mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen. An jedem Tage in der Weise, wie der Tag es von uns verlangt. (Beifall.) Wir verlangen von Ihnen, Parteigenossen, wir verlangen von uns selber nichts anderes und nicht mehr, als die Möglichkeit es uns bietet, als uns die internationale Pflicht und die Pflicht gegen uns selbst auferlegt. Diese Pflicht wollen wir erfüllen. (Stürmischer, sich immer wieder erneuernder Beifall.)

**Dr. Bauer:** Genosse Adler hat vor uns das Bild aufgerollt des einträchtigen Zusammenwirkens der Proletarier aller Länder im Kampf gegen die Kriegsgefahr. Aber so sehr uns dieses Bild erhebt, dürfen wir nicht übersehen, daß wir in diesem Augenblick in ganz anderer Lage sind als die Sozialdemokraten in anderen Ländern. Wir haben dieselbe Aufgabe wie sie, aber die Aufgabe trifft in allererster Linie *uns*. Es ist kein Zweifel für uns, daß die *Gefahr*, daß eine europäische Konflagration entstehen könnte, viel weniger in Petersburg und London, gar nicht in Berlin oder Paris, sondern in erster Linie in *Wien* liegt. Wenn Oesterreich sich nicht einmengt, wenn es geschehen läßt, was das Ergebnis des Krieges ist, wenn es nicht versucht, durch Waffengewalt oder durch Drohung mit Waffengewalt das Ergebnis dieses Krieges zu zerreißen, dann wird der Friede erhalten bleiben. Die Aufgabe, eine europäische Konflagration zu verhindern, trifft also diesmal in erster Reihe die Arbeiterklasse Oesterreichs.

Ueber die Sache selbst sind wir alle einer Meinung. Die Phantasie, daß wir im Sandschak etwas zu suchen hätten, ist abgetan; vor den nüchternen Zahlen der Handelsstatistik verschwindet die Behauptung, daß wir dort große Interessen zu verfolgen hätten, von selbst. Es ist kennzeichnend, daß *auch die kapitalistische Presse*, die ja sonst immer in erster Linie für den Imperialismus Stimmung macht, keine Lust hat, wegen der 21.000 Tonnen europäischer Waren, die der Sandschak konsumiert, die wirtschaftliche Katastrophe eines Weltkrieges heraufzubeschwören. Es ist kennzeichnend, daß das eigentliche Blatt der österreichischen Großfinanz und die Abgeordneten, die im Parlament die Vertreter großkapitalistischer Interessen sind, wie Demel und Licht, diesmal nicht viel anders reden als wir und nur allenfalls noch dazufügen, daß man sich ein paar Eisenbahnen dort unten sichern solle.

Aber auf einen Umstand will ich hinweisen, weil er vom Referenten nicht besprochen wurde. So wenig wie am Sandschak, ebensowenig haben wir ein Interesse an der nördlichen Hälfte Albaniens. Sie wissen, daß man jetzt die vergilbten Blätter des Passarowitzer Friedensvertrages ausgegraben hat, der jetzt zweihundert Jahre alt ist, und daraus herausgelesen hat, Oesterreich habe die Pflicht, die katholischen Albaner zu schützen nicht nur gegen die Moslemins, sondern auch gegen die griechisch orthodoxen Serben. Ich kann mir vorstellen, daß man unsere Interessen an diesem europäischen Tibet, dem rückständigsten Lande Europas, wird begründen wollen damit, wir hätten die albanischen Katholiken zu beschützen gegen die griechisch-orthodoxe Gefahr. Deshalb ist es nötig zu sagen: So wenig wir ein Interesse haben, für den Sandschak einen Krieg zu führen, so wenig auch für Albanien.

Wenn aber trotzdem die Gefahr besteht, weil alte geschichtliche Vorurteile den Gedanken genährt haben, daß dort unsere Interessen lägen und Errungenschaften zu holen seien, ist es jetzt unsere eigentliche Aufgabe, durch unsere Kritik sie zu zerstören. Da stehen wir nun vor der großen Schwierigkeit, daß wir in Oesterreich den Weg zu der großen Oeffentlichkeit, den Weg zu den Kreisen über die organisierte Arbeiterschaft hinaus, viel schwerer finden als die Genossen in anderen Ländern. Gegen die Argumentation der „Arbeiter-Zeitung" und der Interpellation der Sozialdemokraten im Parlament würden sich in einem Lande mit politischer Kultur diejenigen, die sie nicht anerkennen, wehren, sie würden ihre Ansicht auseinandersetzen, Argument gegen Argument stellen. So unbequem haben es die österreichischen Zeitungen nicht. Sie können sich begnügen, unsere Aktionen totzuschweigen. Wort für Wort ist unsere Interpellation in großen europäischen Blättern abgedruckt worden, in deutschen und französischen, aber kein großes österreichisches Blatt hat von ihr Kenntnis genommen. Wir kommen an die Oeffentlichkeit, die außerhalb unserer Reihen ist, nicht heran, unsere Argumente können sich nicht durchsetzen, weil niemand von ihnen hört, weil die bürgerliche Presse Oesterreichs auch in solchen geschichtlichen Tagen von nichts anderem geleitet ist als von der albernen Sorge, daß die Werbekraft der Sozialdemokratie gestärkt wird, wenn man von ihren Argumenten Mitteilung macht. Deshalb können wir uns nicht begnügen mit den Aktionen unserer Presse, unserer Abgeordneten, mit den Versammlungen, die über den engen Kreis unser selbst nicht hinausreichen. Wir müssen mit allen Mitteln hinauskommen über diesen engen Kreis und dafür gibt es nur einen Weg: daß wir so laut und so deutlich sprechen und so massenhaft und so sichtbar auftreten, daß uns jeder hören und sehen muß, daß man uns nicht totschweigen kann. Das ist das alte historische Mittel, mit dem wir uns den Weg gebahnt haben in allen Kämpfen, in Zeiten, als man von uns noch weniger redete und schrieb. Deshalb müssen wir den Wunsch aussprechen, daß in den nächsten Tagen ein Flugblatt herausgegeben werde, in möglichst großer Auflage, das in ganz Oesterreich gelesen werden soll. Und daß wir uns nicht begnügen, Versammlungen zu halten, wo wir uns nur selbst sehen, sondern daß wir, wenn es nötig ist, uns auch zeigen, wie wir es schon oft getan haben. Darum begrüße ich es, daß die Resolution, die Genosse Adler vorgeschlagen hat, den 10. November als einen Tag der Demonstration für ganz Oesterreich festsetzt.

Glauben Sie nicht, daß solche Demonstrationen nicht wirken. Es ist wahr, daß die anderen die Bajonette haben. Aber wir drücken die Stimmung eines nicht geringen Teiles der Leute aus, die die Bajonette tragen. Daß diese Stimmung nicht gleichgültig ist, hat man gerade jetzt erfahren; das ist ja die eigentliche Geschichte des Krieges auf dem Balkan. Es ist kein Zweifel, daß es ein Vorurteil ist, das auch die verständigen militärischen Kreise nicht teilen, daß heute im modernen Kriege nur die Technik entscheide und nicht die psychische Beschaffenheit der Truppen. Der moralische Faktor ist auch heute noch die Voraussetzung des Erfolges in jedem Krieg. Bei den ungeheuren Verlusten, die die moderne Waffentechnik mit sich bringt, kommt alles darauf an, die Soldaten dazu zu bringen, daß sie, wenn zehn Prozent Verluste sind, trotzdem aus der Deckung aufspringen und den Geschossen des Gegners entgegenlaufen, alles darauf, daß die Leute nicht schon bei geringen Verlusten in einen Zustand geraten, in dem sie aus der Deckung nicht herauszubringen sind oder gar zurücklaufen. Das hängt aber von ihrer Stimmung ab, davon, ob sie für etwas kämpfen, was sie für ihre eigene Sache halten, oder ob sie nur widerstrebend dem Einberufungsbefehl gefolgt sind. Wenn die Herrschenden erkennen, daß eine kriegerische Stimmung nicht besteht, daß jeder weiß, wir haben da unten nichts zu suchen und es ist dort kein Lebensinteresse bedroht, dann wird es niemand wagen, den Krieg zu führen, weil er vor der ersten Schlacht

verloren wäre. Deshalb ist es unsere Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse dieses Landes und gegenüber der ganzen Internationale, den Friedenswillen der Arbeiterschaft zu stärken und ihm Ausdruck zu geben. Wir werden diese Aufgabe erfüllen mit der Schlagkraft, über die wir immer verfügt haben. (Lebhafte Zustimmung.)

**Dr. Hartmann:** Auch in dieser scheinbar so unangenehmen Lage für die Sozialdemokratie kann man doch sagen, daß nicht wir die Leidtragenden sind, sondern ganz andere Mächte. Das liegt darin, daß wir die Vorausstürmenden sind in allen Lagen, in den schlechten wie in den guten. Es ist selbstverständlich, daß man in Massenflugblättern, in Massenversammlungen immer darauf hinweisen soll, wer die eigentlichen Verantwortlichen sind und daß es Leute sind, die glauben, noch immer die Politik der europäischen Staaten zu machen. Es ist in erster Reihe unsere Diplomatie, zuerst die österreichische, dann auch die andere. Wenn dieses untaugliche Mittel nicht existieren würde, würde es um die Sache des Friedens besser stehen. Es ist natürlich, daß ein rückständiger Staat auch rückständige Institutionen hat, auch für die äußere Politik. Unsere Diplomatie ist heute nicht wesentlich anders als vor hundert Jahren, sie hat in diesen hundert Jahren nichts gelernt. Denken Sie an die Zeit vor hundert Jahren, als der griechische Aufstand war und sich Metternich bemüht hat, ihn zu erdrücken. Doch Griechenland ist unabhängig geworden, unabhängig geworden sind auch Bulgarien, Serbien und Rumänien. Die allgemeine Tendenz der österreichischen Diplomatie war die, immer zu intervenieren namens eines scheinbaren Gleichgewichtssystems, immer gegen alle lebendigen historischen Tendenzen, die sich aber dann doch durchgesetzt haben. Das ist das große Geheimnis unserer Diplomatie. Sehen Sie sich die Leute nur an, und das ist ja bezeichnend für unseren Staat, es sind in der Regel hochgeborene Herren, die nicht allzuviel gelernt haben. Sie kommen in eine ferne Residenz im Orient, deren Sprache sie nicht verstehen, sie verkehren nur mit exklusiven Kreisen, kennen gar nicht die Bevölkerung und kaufen mitunter falsche Dokumente, aus denen sie sich orientieren. (Ruf: Haben aber Geschichtschreiber, die sie für echt halten!) Sie kennen das Land nicht trotz ihrer Militärattachés, sie können es nicht kennen, weil sich ihr Geist in ganz anderen Höhen bewegt als dort, wo sich die wirklichen Begebenheiten abspielen. Sie gehen von der Ansicht aus, daß das, was sie machen, die Geschichte ist, und stehen auch hier auf einem vorsintflutlichen Standpunkt. Sie meinen, daß die Noten, die sie konzipieren, die Geschichte ausmachen. Darum wissen sie nichts, kommen sich aber unendlich wichtig vor. So ist es ein großer Zusammenbruch der Diplomatie, der sich vor unseren Augen abspielt. Die Diplomaten wußten ja auch nicht, daß Alexander von Serbien ermordet werden wird, trotzdem es ein paar Tage vorher in russischen Zeitungen gestanden sein soll, daß ein Putsch bevorstehe. Trotzdem unsere Versicherungsgesellschaften keine Versicherungen für den Balkan annahmen, weil sie wußten, daß im Herbst der Krieg ausbrechen werde, waren unsere Diplomaten im Oktober noch sehr erstaunt, daß es einen Balkanbund gibt. Man kann sagen, daß die Blamagen der europäischen Diplomatie offenkundig sind, und daß man darum jetzt wird anfangen müssen, mehr zu hören auf die Stimmen aus dem Volke, und daß die Regierungen die realen Mächte werden kennen lernen müssen. Die Diplomatie ist nicht weniger bei diesem Kriege der Leidtragende als die Türkei. Genosse Bauer hat vorzüglich auseinandergesetzt, warum sie zugrunde gehen mußte. Und trotzdem man seit hundert Jahren von dem sterbenskranken Mann auf dem Balkan spricht, haben es die Diplomaten nicht geglaubt. Dieser Staat steckt doch noch viel mehr in der Barbarei als Oesterreich und ist auch nicht imstande sich als moderner Verfassungsstaat zu erhalten, weil das sein wirtschaftlicher Zustand nicht gestattet, weil die Untertanen, die er jetzt zu Soldaten machen muß, eben als Soldaten versagen, und in diesem Staate, der auf

die Naturalwirtschaft aufgebaut ist, können auch die modernen Kriegsmittel in der Armee nicht verwendet werden. Ein guter Kenner der Türkei hat mir schon vor den großen Niederlagen gesagt, daß er nicht an den Erfolg der Türkei glaube, trotz ihres guten Soldatenmaterials, denn er hat beobachtet, daß trotz des großen Eisenbahnnetzes, das es in der Türkei gibt, dort nicht ein einziger Türke Lokomotivführer ist. Die Türkei kann sich eben nicht anpassen, weder an die modernen Verfassungsformen kraft ihrer wirtschaftlichen Verfassung, noch an die moderne Technik. Mit den schönen Kanonen, die wir oder Frankreich ihnen liefern, wissen sie nichts anzufangen. So liegt es in der Konstitution dieses Staates, daß er zugrunde geht. Wir können uns dessen freuen. Der Zusammenbruch der Türkei ist auch der Zusammenbruch der Diplomatie. Doch was stürzen muß, das stürze, damit man das neue Gebäude aufbauen kann. (Beifall.)

Dr. **Schacherl**: In der gegenwärtigen ernsten Zeit, wo wir es alle bitter empfinden, daß alles zurücktritt gegenüber dem Interesse an den Schlachten von Kirkkilisse oder Lüle Burgas, ist es unsere große schwere Pflicht, der Erweckung und Ernährung der kriegerischen Gefühle in der Bevölkerung so viel als möglich entgegenzuwirken. Es ist die furchtbare Macht der bürgerlichen Presse, daß sie durch ihre Berichte über den Krieg geradezu einen Blutrausch in der Bevölkerung hervorruft. Unsere Aufgabe ist es, diesem Blutrausch ernüchternd entgegenzutreten. Es ist richtig, daß wir auch in unserer Presse uns der Notwendigkeit nicht entziehen können, unseren Lesern die Nachrichten über den Krieg zu geben, und es sind auch die militärisch-strategischen Artikel ganz interessant und nötig. Aber wir sollen jeden Anlaß benützen, auf die Schrecken, die Schändlichkeit und die Greuel des Krieges hinzuweisen.

Wir haben im Jahre 1908, zur Zeit der Annexion, wie ich glaube, sehr trübe Erfahrungen machen müssen über die Stimmung, die durch die bürgerliche Presse in die Bevölkerung und weit in die Arbeiterklasse getragen wurde, und die dazu ausgenützt wurde, eine antiserbische Stimmung zu erzeugen, die unsere Aktion und unsere Einwände über den Haufen gerannt hat. Ich glaube, wir müssen uns vor allem hüten, was jetzt eine antirussische Stimmung in Oesterreich auslösen kann, und da möchte ich auf die allpolnischen Phantasien hinweisen, die wir gehört haben. Ich glaube, daß in diesem Moment der Kampf gegen den Zarismus und den Zaren nicht das Richtige ist. Nicht der Zar rückt ins Feld, sondern die russische Bevölkerung würde für den Zarismus ausrücken müssen. Wir alle hoffen, daß wir ohne Krieg davonkommen können, aber ich glaube, daß wir aus den Erfahrungen aus der Zeit der Annexion lernen sollen. Ueberhaupt glaube ich, daß wir in bezug auf die Bekämpfung des Militarismus bis heute zu wenig getan haben. Ich verweise auf die Wahlen von 1911. Obwohl damals gerade die 512 Millionen für Kriegszwecke bewilligt wurden, hat die Wahl keine besondere Wirkung dieser Bewilligungsfreudigkeit der bürgerlichen Parteien gezeigt und nicht diejenigen sind eingegangen, die für die neuen großen Lasten gestimmt hatten. Es hat sich gezeigt, daß wir die Forderungen des Militarismus in der Bevölkerung nicht genügend bekanntgemacht und bekämpft haben. Auch beim Wehrgesetz hat es an einer entsprechenden Ausnützung dieser Belastung der Bevölkerung gefehlt. Ich will gewiß nicht den Hervéismus empfehlen, aber ein Körnchen Salz von Hervé könnte unserer Agitation nicht schaden, eine stärkere Betonung unseres antimilitaristischen Standpunktes. Ich glaube, daß wir aus den Forderungen des Militarismus mehr für unsere Agitation und für die Bevölkerung herausholen könnten. Indem wir gegen den Militarismus agitieren, agitieren wir zugleich gegen den Krieg und verhindern ihn damit. Die heutige Stunde verlangt, daß wir das, was wir empfinden, in die breitesten Schichten tragen. Es liegt ein Antrag der steirischen Genossen vor, daß die heutige Rede des Genossen

Adler in dem Umfang, den ein Flugblatt gestattet, als solches gedruckt werde. Ich glaube, es ist nötig, daß dieses Flugblatt in die letzte Hütte komme, damit nicht bloß die Agitation gegen den Krieg auf unsere Kreise beschränkt bleibe, sondern in der letzten Hütte der Ruf erschalle: „Gegen den Krieg! Wir wollen Arbeit! Wir wollen Brot! Wir wollen Frieden!" (Beifall.)

Vorsitzender **Pernerstorfer**: Es liegt folgender Antrag vor: Der Parteitag beschließt, die Rede Adlers als Flugblatt zu verbreiten, das soll innerhalb acht Tagen geschehen.

Abgeordneter Dr. **Renner**: Ich möchte nur einen einzigen Punkt herausgreifen, in dem unsere Haltung etwas widerspruchsvoll erscheinen könnte. Wir waren vom Anfang an bis zum Ende gegen den Krieg. Waren wir es am Anfang, so schien es, als wollten wir das türkische Regime begünstigen. Sind wir jetzt gegen eine Einmischung, so scheint es, als ob wir die Ferdinands oder Nikolaus' fördern wollten. Weder das eine noch das andere wollten oder wollen wir. Wenn es eine Freude an der türkischen Niederlage gibt, so ist es die, daß das türkische Regime als ein Junkerregime zu Falle gebracht worden ist, und wenn es eine Freude gibt, besonders für uns deutsche Sozialdemokraten, so ist es die an der Zerstörung der türkisch-junkerlichen Armeeführung, wo doch der türkische und der deutsche Militarismus durch Jahrzehnte eins waren, und die Freude, daß sich ergeben hat, daß die Berufung der Junker zur Heeresführung abgekracht und zusammengebrochen ist, hoffentlich für ganz Europa.

Aber es wird der Krieg der Balkanchristen als Befreiungskrieg hingestellt. Wir sind für die Befreiung der Völker, nur gibt es einen kleinen Unterschied der Methode. Daß es Befreiungskriege wirklich gibt, möchte ich gegenüber Genossen Schacherl doch betonen. Der Russisch-Japanische Krieg wirkte als ein Befreiungskrieg für Rußland. Hoffen wir, daß der Balkankrieg ein Befreiungskrieg für die Balkanvölker sein werde. Sicher ist, daß die Niederlage der Türken eine Befreiung sein wird, die Befreiung der türkischen Massen, die aufgerüttelt werden durch den unermeßlichen Zusammenbruch, der sich vollzogen. Aber es ist gewiß, daß diese sogenannte Befreiung nur ein Austausch der Herrenklasse sein wird, daß an Stelle der Junker eine zäsaristisch-militaristische Kaste treten wird. Unsere Haltung ist gegeben durch unser Bekenntnis zu einer ganz anderen Methode, der der Befreiung der Völker von innen heraus und von unten herauf. Dafür waren in der Türkei Symptome gegeben. Wenn noch die alte Türkei, wie sie unter Abdul Hamid bestand, existierte, wo alles unter der Bedingung der absoluten Gehorsamspflicht stand, hätte man anders urteilen können über den Ferdinand und Peter. Aber durch die jungtürkische Revolution war Aussicht gegeben, daß es anders sein werde, und es war natürlich, daß wir der Ansicht Ausdruck gegeben haben, daß die Befreiung der Völker nicht durch Bajonette erfolgen soll, nicht durch einen äußeren Krieg, sondern daß die Befreiung der Völker geschehen soll durch sich selbst im Innern. Diese Methode stellen wir entgegen der zäsaristisch-militärischen Methode. Ob sie für Rußland ausreicht, kann heute nicht untersucht werden. Ich bin in dieser Beziehung nicht so optimistisch wie Genosse Schacherl, und erinnere Sie daran, daß es August Bebel war, der im deutschen Reichstag gesagt hat: „Wenn es gegen den russischen Zarismus geht, bin ich als alter Kerl noch bereit, die Flinte auf die Schulter zu nehmen!" Die Frage des Zarismus ist also ein wenig anders zu behandeln. Wenn es den russischen Völkern möglich sein wird, sich selbst zu befreien, mögen sie sich selbst befreien, und es wird um so besser sein. Es kann aber auch sein, daß von außen herbeigeführte Ereignisse einem Volk die Befreiung bringen.

Abgeordneter **Leuthner**: Ich habe lange geschwankt, ob ich das Wort ergreifen soll, weil es eine völlige technische Unmöglichkeit ist, in der ge-

botenen Frist das zu sagen, was der Augenblick auf die Lippen drängt. Es ist gewiß möglich, es ist sogar wahrscheinlich, daß diejenigen Redner recht behalten, die die Kriegsgefahr nicht überschätzt haben wollen; aber es scheint mir notwendig, auch die Gründe zu erwägen, die zu einer pessimistischeren Auffassung führen. Wenn Oesterreich ein Staat wäre und die Verkörperung einer Nation, wäre die Gefahr weit geringer. Dann würde vielleicht auch in den herrschenden und die äußeren Staatsgeschicke bestimmenden Männern die Erkenntnis walten, daß eine eruptive Kraft auf dem Balkan wirksam ist, das nationale Leben staatlich auszugestalten, eine eruptive Kraft, der mit diplomatischen Künsteleien nicht zu begegnen ist. Aber Oesterreich ist kein Staat, sondern der Grundbesitz der Hausmacht, und es kann die elementaren Kräfte, die im Balkankrieg hervorbrechen, nicht verstehen, sonst müßte es seine eigene Existenzberechtigung verneinen. Rings um uns klingt heute der Ton friedlicher. Doch wie werden die Dinge in drei, vier Wochen aussehen, wenn die Sieger von Kirkkilisse, Lüle Burgas, Kumanovo, Köprülü zurückkehren in ihre Hauptstädte, wenn die Bindung ihrer Kraft durch den Gegner, die heute die Serben und Bulgaren zum Schweigen bestimmt, von ihnen gefallen ist und der Siegereinzug in Belgrad und Sofia sich vollzieht, wenn die Skupschtina zu Worte kommt und der seit Jahren angehäufte Groll, der durch unsere wahnwitzige Politik genährte Haß gegen Oesterreich herausgetrieben wird von dem Siegergefühl, das ihre Seele erfüllt? Und schallt dann das Echo zurück aus Agram, wo es von Cuvaj so trefflich vorbereitet ist, aus Sarajevo, aus Laibach und, nicht zu vergessen, aus Prag? Wird sich dann nicht die Stimmung vielleicht wenden, wird dann nicht vielleicht eintreten, was das Geheimnis der Lage im Jahre 1908 war: wird man nicht anfangen, energisch zu werden, große drohende Worte zu sprechen, um die Angst zu verbergen? Das ist das Gefahrenmoment, daß die österreichische auswärtige Politik, losgelöst von allen realen Kräften, von allem, was sonst die Politik gestaltet, ausschließlich das Spiel in den Händen einiger Menschen ist. Darum bedeutet die Tatsache, daß man jetzt in der offiziösen Presse so sanft-friedlich von Handelsinteressen redet, doch sicherlich nicht, daß man Handelsinteressen meint, sondern nur, daß der Anblick der überraschenden Waffentüchtigkeit der Balkanstaaten unsere Herrschenden bestürzt haltmachen läßt. Vermag dies jedoch den Gegensatz zu überbrücken, der zwischen der österreichischen Balkanpolitik und Serbien durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina mutwillig geschaffen wurde? Schallt den siegreichen Brüdern jenseits der Drina nicht der jauchzende Jubel der orthodoxen Serben Bosniens entgegen? Sagt das böse Gewissen unseren Herschenden nicht, wissen sie nicht so gut wie wir es wissen, daß Bosnien zu Oesterreich-Ungarn nur so lange gehört, als dort österreichische Soldaten stehen, und daß mit ihrem Wegmarsch jede Spur der österreichischen Herrschaft verschwunden wäre? Aber schon das Offenbarwerden des inneren Zwiespalts der nationalen Stimmen und Stimmungen in der großen Balkanfrage verletzt den Hochmut der Großmacht, die sich vor der Welt durch ihre Wiener offiziöse Presse als Einheit darstellt, durch sie vor der Welt verbirgt, daß Oesterreich nichts ist als ein zufällig zusammenhängender Verband der Nationen, deren Sympathien in der auswärtigen Politik sich feindlich kreuzenden Richtungen folgen. Und hoch aufbäumen wird sich die alte Hoffart des Wiener Kabinetts bei der Vorstellung eines Serbien, das ihm siegesstolz gegenübersteht. Es ist eine Lächerlichkeit, zu glauben, wenn die Lenker der österreichischen Geschicke den Sandschak fordern, wenn sie den Weg nach Salonich offen halten wollen, daß sie damit die wirklichen Interessen Oesterreichs und seiner Völker zu vertreten meinen. Für so töricht dürfen wir sie nicht halten. Was sie festhalten wollen, ist das Gebietenkönnen, dieses Bevormunden der kleinen Nachbarn, der Schein der Vormachtstellung im Orient, das, worauf im Grunde genommen seit Königgrätz die ganze Herrlichkeit des österreichischen Großstaates beruht. Die Frage ist, ob wir glauben, daß unsere Herrschenden darauf verzichten

werden, ihre anmaßende Rolle auf der Balkanhalbinsel weiter zu spielen? Und in dieser Frage schlummert eigentlich die Gefahr der Lage.

Oesterreichische Orientpolitik ist reine Prestigepolitik. Dürfen wir wenigstens hoffen, daß diese jetzt bankerott gewordene Prestigepolitik im österreichischen Bürgertum auf Widerstand und Widerspruch stoßen wird? Was heute die Grenze der Staaten unverletzbar macht, was ihnen eine gewisse Festigkeit gegeben hat, was den Frieden bewahrt, ist das Gefühl, daß andere Völker nicht eroberbar, nicht unterdrückbar sind. Das ist eine selbst von dem verstocktesten preußischen Junker in der verschwiegenen Tiefe des Herzens anerkannte Wahrheit, daß man fremde Völker nicht mehr äußerlich eingliedern kann in einen Staatsmechanismus. Wenn Sie an einen konservativen deutschen Politiker herantreten und ihm sagen: „Dieses Ostpreußen ist nicht zu halten, ihr braucht ein Hinterland, ihr müßt Kongreßpolen erobern", so wird er antworten: „Wir möchten gar gern erobern, aber wir werden mit unseren vier Millionen Polen nicht fertig; Gott behüte uns vor weiteren acht Millionen." Aber gehen Sie in Oesterreich nicht zu den Konservativen, sondern zu recht demokratischen Leuten und fragen Sie: Warum haben wir im Jahre 1878 Bosnien besetzt? So antwortet jeder: „Wir brauchen doch ein Hinterland, wir könnten doch sonst die schmale Küste von Dalmatien nicht halten." Daß dieses „Hinterland" von Menschen bewohnt ist, von Menschen, die uns fremd sind, die Kraft und Lust haben, ihr Leben selbständig zu gestalten, daran scheint man nicht zu denken. Sollten für uns noch die Zeiten Ludwigs XIV. gelten, mit ihren Reunionen, Arrondierungen und Hinterländern, allen diesen schönen Dingen, die für die anderen Völker seit zwei Jahrhunderten versunken sind? Hören Sie auf die Schlagworte unserer bürgerlichen Presse: Freien Weg nach Salonich! Doch dieser Weg führt durch den westlichen Balkan, durch Nationen, die nichts von uns wissen wollen, die Oesterreich-Ungarn niemals seinem Bestand einzuordnen vermöchte. Soll dies nichts besagen und nichts besagen auch, daß das Wiener Kabinett in demselben Augenblick Vorzugsrechte, Vormundschaftsrechte auf dem Balkan fordert, wo dort sein Verwaltungsbankerott schmählich offenbar geworden ist? Allein, wie viele österreichische Patrioten wissen auch das nicht, wissen von Bosnien nur, was die Kallayschen Reklamekünste den gläubigen Zuhörern vorgezaubert haben? Ist doch das große österreichische Reformwerk in Bosnien wesentlich wohlbezahltes Zeitungslob. In Wahrheit steht das mit den Segnungen unserer Kultur beglückte Land weit hinter Bulgarien, weit hinter Serbien zurück, hat nur den vierten Teil der Volksschulen dieser Länder, hat vier Mittelschulen gegen zwanzig serbische, hat keine Universität und sein Bahnnetz ist seiner Kilometerlänge nach um ein volles Drittel geringer als das Serbiens. Münden aber die serbischen Linien in den Weltverkehr ein, so hat man Bosnien — Bosnien, über dessen Gebiet angeblich die Weltstraße nach Salonich führen soll — durch seine Schmalspurbahnen von allem internationalen Verkehr abgesperrt. Oesterreich-Ungarn hat im Jahre 1878 durch den Mund Andrassys drohend verkündet, daß die Herrschaft der Türkei in Bosnien nicht fortdauern könne wegen des Feudalismus, der drückend auf der Bevölkerung laste. Heute ist Bosnien das einzige christliche Land auf dem Balkan, wo der alte Feudalismus noch aufrecht steht, wo der Bauer noch unfrei ist. Auf dem Berliner Kongreß hieß es, die Türkei dürfe in Bosnien nicht herrschen, weil sie nicht imstande sei, den kirchlichen Frieden herzustellen; aber bis zur jungtürkischen Revolution war es die wesentlichste Verwaltungstat Oesterreichs, im Okkupationsgebiet durch die gehässigste Begünstigung der katholischen Minderheit die Konfessionen untereinander zu verhetzen. Was tut das alles? Wir sind das Land des Gemüts und der Gemütlichkeit. Der richtige schwarz-gelbe Patriot kann nicht begreifen, warum es denen, die von Oesterreich-Ungarn unterworfen und mit Gewalt niedergehalten werden, nicht mollig und warm werden will in unserer Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.) Gering sind also die Widerstände, die in unserem patriotischen Bürgertum eine Prestige-

politik findet. Und welche Gedankengänge kann die Prestigepolitik nicht wandeln? Was ist ihr zu steil und zu verrückt? Wird nicht glaubhaft versichert, daß 1908 eine Weile der Wunsch bestanden habe, das ungeberdige Serbien einzustecken, ja daß nur der Einspruch Deutschlands es verhindert habe? Dem sei wie immer, aber fragen Sie einen unserer säbelrasselnden Militärpolitiker, was ihm als der Kern und Grund alles Uebels erscheine. Er wird seufzen und sagen: Wenn man 1908 Serbien unter das Joch gebracht hätte, dann gäbe es jetzt alle diese Verlegenheiten nicht. Die Frage, was wir dann mit den zehn Millionen Serben machen würden, mit diesem großen Volkskörper, der überdies von einer Leidenschaft erfüllt ist, gegen die wir nichts zu setzen haben als unsere „angestammte Treue", ficht keinen Patrioten an. Was tun wir selbst heute schon mit unseren Serbo-Kroaten? Man experimentiert literarisch mit dem Gedanken des Trialismus; aber weil man weiß, daß Ungarn Finme nie loslassen wird, experimentiert man praktisch mit Cuvaj oder mit einem General. Und darüber sind mit jenem edlen königlichen Kommissariat bei uns heute bereits Zustände zur Entwicklung gekommen, die etwas verzweifelt Türkenähnliches an sich haben.

Deshalb glaube ich, daß man sich mit dem Gefühl erfüllen muß, daß wir in einer ernsten Krise leben. Doch ist uns in dieser Krise die Möglichkeit gegeben, mehr für den Frieden zu tun, als sonst das Proletariat vermag. Wo sonst der Kriegsgedanke drohend aufsteht, ist er getragen vom Strome des nationalen Empfindens und kann dann, wie das Beispiel Italiens beweist, unwiderstehlich fortreißende Kraft gewinnen. Bei uns sind es aber nur verjährte Ansprüche und verlebte Traditionen der Großmacht, die eine Kriegsgefahr heraufbeschwören könnten und gegen sie die Kräfte, die den Frieden erhalten, lebendig zu machen muß möglich sein. Schon wenn es gelingt, recht lebhaft das türkische Beispiel vor Augen zu führen, das auf uns so vielfältig Anwendung hat, wenn man die Erinnerung daran weckt, wie etwa und in welcher Stimmung unsere Südslawen in einen Balkankrieg ziehen würden, ob sie mit jener Hingebung, ob mit jener völligen Ausschöpfung der Kraft, die der moderne Krieg fordert, kämpfen würden gegen diejenigen, die ihnen näher stehen als die anderen, von denen sie den Befehl zum Kampf erhalten haben: schon diese Erwägung müßte jeden Kriegsgedanken verscheuchen. Und wenn es heute deutschnationale und deutschradikale Abgeordnete gibt, deren deutsche Gesinnung sich am lebhaftesten in dem Hoch auf die Armee betätigt, so muß unsere Agitation namentlich in Deutschböhmen das deutsche Bürgertum verweisen auf die Zeiten, wo die deutschnationalen Parteien die Balkanpolitik von anderen Gesichtspunkten zu betrachten wußten, und ihnen die Frage stellen, ob sie wünschten, daß Oesterreich-Ungarn auf dem Balkan dieselbe Rolle spiele wie einst in Deutschland und in Italien, und ob es unbedingt notwendig sei, daß jedes Volk, das seine Einheit und Freiheit erstreiten will, es im blutigen Kampf gegen Oesterreich abringen müsse. Man spricht so gern von der Eroberungssucht der anderen, aber wenn ich mich umblicke in den letzten dreißig Jahren, so finde ich keinen anderen Staat, der auf europäischem Boden Eroberungen gemacht hätte, als Oesterreich-Ungarn. Und wo immer die anderen Eroberungen machten, da haben sie diese erkauft um den Preis eines Krieges auf Leben und Tod, während Oesterreich seine Beute 1878 unter dem russisch-türkischen Leichenhaufen hervorgeholt hat. Soll Oesterreich zum zweitenmal die traurige Rolle spielen, daß es lauernd zusieht beim Kriege der anderen, um dann, wenn der richtige Augenblick gekommen scheint, seinen Sandschak oder was es sonst sich als Jagdstück ausgesucht hat, zu erraffen? Gegen diese Politik, gegen die aus den Zeiten Napoleons III. berüchtigte Politik der Kompensationen, aus denen die künftigen Kriege erwachsen, werden wir uns mit aller Macht und Entschiedenheit kehren. (Lebhafter Beifall.)

**Austerlitz:** Ohne Zweifel, irgend etwas, was nach Kriegslust aussehen würde, ist in Oesterreich nicht zu erblicken. Wir sind nicht aus der Generation,

die einen Krieg schon erlebt hat; aber die Vorbereitung eines Krieges stellen wir uns anders vor. Da, meinten wir, schmettern die Posaunen, Fanfaren erklingen, der Chauvinismus wird aufgepeitscht, wird an die Gewalt der Volksidee appelliert. Davon ist in Oesterreich keine Spur zu erblicken. Man darf wohl sagen, wenn dieser Krieg ausbricht, in solcher Lanne ward noch nie ein Krieg geführt! Nun wissen wir es alle, daß ein Krieg um die Dinge auf dem Balkan eine Torheit, ein Verbrechen wäre, ein vernunftloses, sinnloses Unternehmen, das auch, an was die Machthaber am meisten denken müßten, ein sehr gefährliches Unternehmen werden könnte. Aber obgleich wir das alle wissen und uns es immer von neuem beweisen, daß ein solcher Krieg unmöglich ist: so dringt doch immer wieder die Empfindung durch und sie ist es, die auf allen Gemütern lastet, daß wir doch fürchten müssen, daß der Wahnwitz Wirklichkeit wird. Wie ist es nun möglich, daß der Gedanke überhaupt Wurzel fassen konnte, daß sich Oesterreich in die Balkanwirren hineinmischen und gegen ihre Neuordnung, wie sie der Krieg hervorgebracht, stellen könnte? Was man in der Oeffentlichkeit als Grund angibt, als Lebensinteresse Oesterreichs bezeichnet, ist natürlich nicht ernst gemeint. Kein Mensch wird glauben, daß man sich wegen handelspolitischer Dinge in kriegerische Abenteuer hineinstürzen könnte. Und übrigens, wenn uns Serbien selbst ein Zollbündnis auf der Schüssel entgegenbrächte: was gibt der österreichischen Regierung die Sicherheit, daß ihr die handelspolitische Errungenschaft nicht ihr eigenes Parlament vorwirft? Der Weg nach Salonich? Das ist heute nicht mehr als ein bloßes Wort, ein erstarrtes Wort, dem der lebendige Inhalt längst entwichen ist. Vor fünf Jahren haben wir den Sandschak geräumt und Aehrenthal hat von dem Wege nach Salonich als von einer „Legende" geredet, die von den Feinden Oesterreichs genährt werde und der ein Ende zu machen ein Bedürfnis der österreichischen auswärtigen Politik sei. Vielleicht, daß dieser Weg einmal frei war, aber heute, wo er nicht mehr durch die Türkei, wo er durch die siegreichen Balkanvölker verrammelt ist, wird das Gerede von dieser angeblichen geschichtlichen Mission Oesterreichs kein Vernünftiger ernst nehmen. Was die Machthaber, die da meinen, daß Oesterreich ihnen gehöre, derart mit Furcht erfüllt, daß sie, um diese Furcht loszuwerden, selbst einen Angriffskrieg wagen wollen, ist das größere Serbien, von dem jenes Oesterreich vermutet, daß es Anziehungskraft auf die serbischen Völker Oesterreich-Ungarns gewinnen und eine Gefahr für den Bestand und die Integrität des Habsburgerreiches werden könnte. Ob eine solche Gefahr besteht oder nicht: es ist charakteristisch für dieses Oesterreich, daß es sich vor der nationalen, in den Lebensnotwendigkeiten der Völker tief begründeten, also vor jeder geschichtlich notwendigen Entwicklung fürchten muß. Oesterreich ist dadurch eine reaktionäre Macht — nicht deshalb reaktionär, weil wir schlechte Gesetze, eine unzulängliche Verwaltung, eine undemokratische Verfassung haben: es ist eine entwicklungsfeindliche Macht, kraft seines Seins, das immer in Gegensatz tritt zu den Entwicklungsnotwendigkeiten der Völker und fürchten muß, daß diese Notwendigkeit in Gegensatz zu Oesterreich gerät. Diese Furcht vor Serbien ist ja nur das schlechte Gewissen der Oesterreicher: weil sie das Bewußtsein haben, in jenem Süden so ziemlich die dümmste Politik gemacht zu haben, die sie machen konnten. In dem Augenblick, da sich Oesterreich-Ungarn in einer ernsten Krise befindet, an ihm von außen gerüttelt und gerissen wird, hat man nicht einmal jenen Grad von Einsicht, der nötig wäre, um wenigstens die Schande des kroatischen Ausnahmszustandes zu beseitigen! (Lebhafter Beifall.) Nun hat man uns soeben bewiesen, daß Oesterreich überhaupt kein Staat sei, daß es die Völker nicht festzuhalten vermag, jedem Irredentismus unrettbar erliegen müsse. Aber die Wahrheit, daß Oesterreich kein einheitlich nationaler Staat sei, ist eine Binsenwahrheit, und wenn wir auf die Kriegsgefahr und all die Fragen, die da an unsere Einsicht, Energie, Besonnenheit appellieren, keine andere Antwort wüßten, als daß Oesterreich ein sozusagen unmöglicher Staat sei, so

hätten wir auf diese Frage der Geschichte eine recht unzulängliche Antwort gegeben. Und wenn man sich gar erst auf die Untersuchung einlassen wollte, wo die Konstruktionsfehler Oesterreichs stecken, so müßte man, denke ich, noch weit hinter das Jahr 1878, hinter die Okkupation, zurückgehen. (Heiterkeit.) Aber ich ziehe aus der staatlichen Schwäche Oesterreichs einen anderen Schluß. Wenn es wahr ist — und es ist unzweifelhaft wahr — daß die Existenz Oesterreichs keine Nation zu befriedigen vermag und daß jener österreichische Staatsgedanke, von dem unsere Patrioten so gern sprechen, im Wesen nicht viel mehr ist, als die Notwendigkeit für jede Nation, sich mit dem Bestand Oesterreichs, so gut es eben geht, abzufinden; wenn es wahr ist, daß über das Dasein Oesterreichs keine Nation ein rechtes Entzücken zu fühlen vermag: so ist es wieder wahr, daß Oesterreich um so unfähiger wird, einen Krieg und gar einen Angriffskrieg zu führen. Es kommt einmal in der Geschichte umgekehrt: Diesmal ist es nicht, wie sonst, die Hausmacht, die von der staatlichen Schwäche des Nationalitätenstaates profitiert, diesmal profitieren die Völker von ihr. Oesterreich hat in der Geschichte merkwürdige Kriege geführt, Kriege, von denen wir uns gar nicht vorstellen könnten, daß sie heute geführt werden. Es ist kein Menschenalter her, daß Oesterreich den Krieg geführt hat gegen Deutschland, nicht bloß gegen Preußen, sondern in Wahrheit gegen den deutschen Einheitsgedanken. Kann sich jemand vorstellen, daß Oesterreich mit seinen zehn Millionen Deutschen diesen Krieg *heute* führen könnte? Es gibt keinen Krieg in der Geschichte Oesterreichs, der von der Einsicht der heutigen Völker nicht verurteilt werden müßte. Warum konnten solche Kriege einstmals geführt werden, warum können Hausmachtskriege heute nicht geführt werden? Weil sich in diesen vierzig Jahren die politische Welt gründlich geändert hat. Einmal mag es um die Kriege so gewesen sein, wie es noch heute in der Verfassung steht: Der Kaiser erklärt Krieg und schließt Frieden. Aber durch die politische und wirtschaftliche Entwicklung, durch das allgemeine Wahlrecht, durch Versammlungsrecht, Vereinsrecht und Presse, durch alle diese Dinge, von denen die politische Bildung unserer Zeit ausgeht und die einen politischen Willen in den Völkern erzeugen, ist das Volk in seinen tiefsten Tiefen aufgerüttelt, aufgewühlt worden. Heute kann man keinen Krieg führen, bloß weil er von oben kommandiert wird. Das militärische Dienstreglement kann wohl Disziplin begründen, *aber nicht Tapferkeit* (Lebhafter Beifall); dazu gehört noch anderes. Das wissen auch die Herren oben, und wenn sie es noch nicht wissen sollten, so werden wir es ihnen schon klarzumachen verstehen. Darum scheint mir ein Stück rechter Kurzsichtigkeit darin zu liegen, die österreichische Welt so zu schildern, als würde die Hausmacht befehlen können und die Völker gehorchen müssen. So ist es auch in unserem lieben Oesterreich nicht mehr.

Und ist es wahr, daß sich Oesterreich vor dem neuen Serbenstaat zu fürchten habe? Ja, wer unter Oesterreich wirklich nur die zusammengeheirateten Länder versteht, von Oesterreich nur die Hausmacht sieht, der mag schon glauben, daß sich Oesterreich vor Serbien nicht behaupten werde können. Aber es scheint mir, daß es doch eine einigermaßen kindliche Vorstellung ist, sich das Oesterreich, in dem wir leben, nur als das Fideikommiß einer Familie vorzustellen und die Welt so anzusehen, als ob Oesterreich nur in der Erscheinung der Regierenden bestehen würde. Dieses Oesterreich *sind auch wir*, wir deutschen Arbeiter und die Arbeiter aller Nationen, ist das Bürgertum, ist die geistige, die wirtschaftliche Entwicklung all der Nationen, die Oesterreich bilden, ist doch alles in allem ein gutes Stück Westeuropa. Warum soll es also ausgeschlossen sein, daß es die Serben hier aushalten, in diesem Oesterreich aushalten, in dem doch auch *wir* leben müssen, wirken müssen? Wie sollen dann wir Sozialdemokraten in diesem Oesterreich arbeiten, wenn wir nicht sagen könnten, daß auch andere hier arbeiten könnten? Es ist ein merkwürdiges deutsches Gefühl, das den Irredentismus bei allen Nationen als berechtigte Eigentümlichkeit und unwiderstehliche

Kraft erkennen will und doch sieht, daß wir Deutschen hier in Oesterreich leben und wirken und noch immer hoffen, aus Oesterreich eine Heimstätte zu machen für die freien, der kulturellen Entwicklung entgegeneilenden Völker. Aber deshalb wollen wir endlich mit dem Balkan, auf den man uns drängen will, ein Ende machen. Schon heute ist es fühlbar, daß diese falsche Großmachtspolitik, die von Einbildungen lebt, weil ihr die Wirklichkeiten entschwunden sind, das ganze Gleichgewicht verschiebt, daß das Zentrum der staatlichen Sorgen und Aufgaben sich fühlbar nach dem Balkan lenkt. Aber das wirft uns zurück. Wir sind in Oesterreich schon dort, wo die Entwicklung der kapitalistischen Ordnung zur sozialistischen anhebt, wir sehen die Aufgaben, Möglichkeiten, Gelegenheiten zu einer kräftigen, regsamen demokratischen Entwicklung auf allen Punkten vor uns. Und wir würden dazu gedrängt und verurteilt werden, uns um den Osten zu bewegen, uns nach dem Osten zurückzuentwickeln. Darum rufen wir: Der Balkan den Balkanvölkern, Oesterreich aber den österreichischen Völkern! Wir Sozialdemokraten, die wir an der vergewaltigenden Tendenz Oesterreichs nie teilhatten, können die Entwicklung der Balkanvölker mit Freuden begrüßen, aber wir fügen hinzu: daß wir kein Balkanstaat werden wollen, sondern schon ein Staat sein müssen, der die kapitalistische Entwicklung zu überwinden anstrebt und der sozialistischen Gesellschaft entgegenlebt. Und unser Wort, das wir für den Frieden erheben, das den Krieg der Hausmacht gegen die Entwicklung ablehnt, wird nicht schwach sein, wird nicht verhallen in der leeren Luft, denn wir haben die Vernunft für uns und die Notwendigkeit der Geschichte. Und dagegen versinkt alles, was Gewalt ist und äußere Macht in nichts. Wir werden die eiserne Notwendigkeit der Geschichte für uns haben, wenn wir in Oesterreich fortschreiten werden auf dem Wege zur Befreiung der Menschheit und der Begründung eines Staates, der ein Bund freier und unabhängiger Völker ist. (Großer Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Adler** (Schlußwort): Auch die Debatte hat ergeben, daß eine Meinungsdifferenz zwischen uns über das, was wir wollen, nicht bestehen kann, vielleicht eine Meinungsdifferenz nur darüber, wie groß die Gefahr des Krieges ist, den wir nicht wollen, und es ist kein Zweifel, daß, wenn wir alle davon überzeugt sind, daß Oesterreich unfähig ist zum Frieden der Nationen nach innen, es noch viel unfähiger ist zum Kriege, wie uns jetzt dargelegt wurde; es ist kein Zweifel, daß trotz dieser inneren Unfähigkeit jeder von uns weiß und empfindet, daß es nicht nur ein Verbrechen, sondern auch eine Torheit wäre, für die Interessen der Hausmacht in den Krieg zu gehen. Aber wir wissen leider alle, daß Torheit und Verbrechen nicht ausgeschlossen sind, und insofern haben diejenigen, die hier pessimistischer gesprochen haben, leider eine blutig häufige Erfahrung hinter sich. Was wir zu tun haben, ist durch die Argumente, die wir nunmehr in der Debatte gehört haben, nur noch in deutlicheres Licht gesetzt. Wahr ist, daß wir nicht nur zum Bewußtsein der Oeffentlichkeit zu bringen haben das Interesse des Proletariats an sich, sondern daß wir zum Bewußtsein der Oeffentlichkeit mit aller Deutlichkeit zu bringen haben, daß es kein berechtigtes Interesse in ganz Oesterreich gibt, für das der Krieg nicht eine Katastrophe wäre. Es ist ja wahr, Oesterreich kann keinen Krieg führen, so viele Grenzen als wir haben, es kann keinen Krieg geben, der nicht, wenn er schon die Sympathien eines Volkes für sich hätte, wenn er bei einem Volke populär wäre, bei allen anderen ebenso unpopulär sein und den größten Widerstand auslösen müßte.

Also einen populären Krieg für Oesterreich gibt es nicht. In diesem Moment dürfen wir wohl sagen, es gibt kein Volk, kein einziges, das diesen Krieg führen möchte. Aber, Parteigenossen, weil die Vernunft gegen den Krieg ist, weil wir die Hoffnung haben müssen, daß die Vernunft siegen wird, weil alles menschliche Denken sagt, daß dieser Krieg ein Wahnsinn wäre, das entbindet uns noch nicht der Verpflichtung, diese Wahrheit auf allen Straßen und Gassen Oesterreichs mit aller Macht zu verkünden. Denn diejenigen von uns — auch ich gehöre dazu —, die sagen: Der Krieg ist eine

innere Unmöglichkeit, die sagen deshalb noch nicht: Wir haben deshalb nichts zu tun. Im Gegenteil. Der Krieg ist für Oesterreich eine Unmöglichkeit aus politischen Gründen, aus wirtschaftlichen Gründen, aus Gründen aller Art, nicht zuletzt aber auch deshalb, weil es in Oesterreich eine internationale Sozialdemokratie gibt, die das öffentliche Bewußtsein der Massen des Proletariats ausspricht und die das Gewissen der Massen ist. (Sehr richtig!)

Parteigenossen! Einer der Redner hat uns auseinandergesetzt, welche Gefahren dem Frieden drohen, wenn der Krieg auf dem Balkan zu Ende ist. Ja daran zweifle ich gar nicht, daß nach der Lösung der Orientfrage dort unten durch die Gewalt der Waffen, wenn die Herrschenden nicht Vernunft annehmen, die zweite Frage auf die Tagesordnung gesetzt wird, daß nach der orientalischen Frage die österreichische Frage darankommt. (Zustimmung.) Das ist die Erwägung, welche die Herren haben müßten. Sie müßten begreifen, daß, wenn sie nicht Ruhe halten und ausnahmsweise die Vernunft und das Recht der Völker respektieren, es sich dann nicht mehr um das Schicksal der Türkei, sondern um das Schicksal Oesterreichs handeln wird. Diese Erwägung ist, Parteigenossen, klar, und wird hoffentlich auch den anderen, die heute zu entscheiden haben, ein Hemmschuh gegen Verbrechen und frivoles Eingreifen sein. Aber ich glaube, die Erwägungen der großen Politik können jetzt einen Moment zurücktreten. Für uns ist es das wichtigste, daß wir an das denken, was wir zu tun haben. Jedes Wort, das Sie hier gehört haben, muß Sie in dem Entschluß bekräftigen, daß wir die ganze Kraft, die in allen Formen unserer Organisation und in jedem einzelnen von uns steckt, entfesseln und lebendig machen müssen zu einem gewaltigen Protest gegen die Verbrechen der Diplomaten und zu einer Zeit die Stimme zu erheben, in der es noch möglich ist, durch einen gewaltigen Strom der öffentlichen Meinung die Gefahr zu beschwören. Alle Redner haben im Sinne der Resolution, die ich Ihnen vorgelegt habe, gesprochen. Es wurde kein Gegenantrag gestellt, so daß ich wohl annehmen darf, Sie sind mit uns der Meinung, den geplanten Kongreß zu Weihnachten so stark als möglich zu beschicken, so daß wir jetzt sofort eintreten in eine möglichst umfassende energische Agitation, in eine Periode der Manifestationen und Demonstrationen gegen den Krieg und die Kriegsgefahr, daß wir uns mit aller Wucht entgegenstellen gegen diejenigen, die heute oder in 14 Tagen oder in vier Wochen oder in drei Monaten — wir wissen es nicht — den Vorwand des Sandschaks oder irgendeinen anderen Vorwand benützen wollen, daß wir um jeden Preis unter allen Umständen für den Frieden eintreten. Das bedeutet unsere Resolution. Zu dieser energischen Zusammenfassung unseres Willens und unserer Kraft fordert der Parteitag die Sozialdemokratie in Oesterreich auf. (Stürmischer Beifall.)

Die Resolution wird unter großem Beifall einstimmig angenommen. Ebenso der Antrag auf möglichst starke Beschickung des Kongresses zu Weihnachten.

Der Antrag der steirischen Delegierten, die Rede Adlers durch ein Flugblatt zu verbreiten, wird der Parteivertretung zugewiesen.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender: **Tomschik.**

## Berichte der Parteivertretung.

Referent **Skaret:** Ich will mir alle Mühe geben, auf jene Dinge, die bereits im gedruckten Bericht vorliegen, nicht mehr zurückzukommen, in der sicheren Voraussetzung, daß doch alle oder mindestens die meisten Delegierten den Bericht der Parteivertretung gelesen haben. Ich kann jedoch nicht um-

bin, kurz diejenigen Ereignisse zu streifen, die sich im vorigen Jahre an die Demonstration vom 17. September knüpfen. Denn gerade wegen der Veranstaltung dieser Demonstration ist eine Reihe von Beschwerden gegen die Wiener Parteiorganisation erhoben worden. Der Hauptpunkt dieser Vorwürfe war, daß alle diese Dinge, die sich am 17. September ereigneten, wie auch die Folgen nicht notwendig gewesen wären, wenn die Wiener Parteigenossen damals vorbeugend gehandelt hätten. Aber die Dinge lagen denn doch damals wesentlich anders, als daß man alles nur auf die Beschlüsse der Lokalorganisation zurückführen könnte. Gewiß hat die Lokalorganisation in Bezug auf Ordnerdienste und anderes nicht die Notwendigkeit eingesehen, dafür in allen Details vorzusorgen. Aber wenn daraus der Schluß gezogen wird, daß es so kommen mußte, so will ich feststellen, daß bereits nach der Demonstration auf dem Rathausplatz und auf dem Ring die Parole zum Abmarsch längst gegeben war. Und es ist in der Tat eine ganze Reihe Wiener Bezirke schon abmarschiert gewesen. Es kann also nicht gesagt werden, die folgenden Ereignisse seien in der Absicht der Lokalorganisation gelegen. Wenn am 17. September mit einer so außerordentlichen Leidenschaft die Meinung zum Ausdruck gebracht wurde: Wir lassen uns von dieser Regierung, von diesen Knechten der Agrarier nicht mehr den Brotkorb höher hängen, wenn diese Leidenschaft so scharfe Formen angenommen hat, so muß man das verstehen. Die Regierung hat sich in der ganzen Teuerungsfrage erst gerührt, als sie ihr Mütchen an den Opfern kühlen konnte. Die Tätigkeit der Richter Schulz, Warhanek, Hanusch ist allen bekannt. Der Herr Oberlandesgerichtsrat Schulz hat die Abschreckungstheorie verfochten; das ist derselbe Mann, von dem später die Ansicht bekannt wurde, daß man Verbrecher, bei denen eine Besserung schwer vorauszusehen sei, kastrieren solle. Es sind Opfer gefallen; wir haben nicht nur Tode zu beklagen, wir haben 70 Jahre Freiheitsstrafen zu verzeichnen, darunter allein 30 Jahre schweren Kerkers. Auch diese Strafen wären noch größer, wenn nicht der Oberste Gerichtshof eine Reihe von Urteilen ganz kassiert oder wenigstens gemildert hätte.

Nun zu den Fragen der Organisation selbst. Durch die Neueinrichtung unserer Organisation auf dem Reichenberger Parteitag hatten wir bis Innsbruck schöne Fortschritte zu verzeichnen und wir konnten mit dem Ergebnis der einjährigen Organisationsarbeit nach Reichenberg ganz zufrieden sein. Wir waren uns keine Stunde darüber im Zweifel, daß diese Erfolge nicht zur Gänze würden erhalten werden können. Aber was wir bitter empfinden, ist die nicht abzuleugnende Tatsache, daß die Zahl der politisch organisierten Mitglieder gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang zu verzeichnen hat. Der Rückgang ist gewiß nicht so erheblich, daß wir darüber bestürzt zu sein brauchen, ja er ist vielleicht nur auf eine schlechte und unvollständige Berichterstattung der Bezirksorganisationen zurückzuführen; aber wir hätten uns wohl bei der Jugend der politischen Parteiorganisationen und Vereine einen weiteren Fortschritt leisten können. Wir haben einen Rückgang von mehr als 3000 Parteimitgliedern zu verzeichnen. Die Zunahme im Rechenschaftsbericht ist nur darauf zurückzuführen, daß die Frauen miteingerechnet sind, die dieses Lob voll ihnen voll zuteil werden im abgelaufenen Jahre eine ganz außerordentliche Arbeit geleistet haben. Was uns am meisten bedenklich machen muß, sind nicht die 3000 weniger, sondern daß auch die Zahl der Parteiorte gegen das Vorjahr um ungefähr 80 zurückgegangen ist. Das ist wohl einer der gewichtigsten Umstände, den wir uns vor Augen führen müssen und der uns vor die Frage stellt, ob denn die Landes- und Bezirksorganisationen überall voll und ganz ihre Pflicht erfüllt haben.

Der Rückgang in den Ziffern ist ja vielleicht auch auf die Umwandlung der freien Organisation in den politischen Verein zurückzuführen. Es gibt ja noch heute Orte, welche diese Umwandlung noch gar nicht vollzogen haben. Im neuen Statut, das wir Ihnen vorschlagen, wird

es deshalb auch nicht mehr heißen: „Der politische Verein ist anzustreben", so daß noch die freie Organisation mitschwimmen könnte, sondern es wird nach unserem Vorschlag heißen: „Die Grundlage ist der politische Verein." Man wird also dann in allen Orten, die es noch nicht getan haben, trachten müssen, die Umwandlung vorzunehmen. In nicht weniger als 218 Parteiorten muß diese Arbeit erst vollbracht werden.

Was nun die Frage des Ausbaues der politischen Organisation betrifft, so möchte ich mich auf die Ausführungen unseres Freundes Ebert berufen, der auseinandergesetzt hat, daß es nichts Wichtigeres und Unerläßlicheres geben kann als den strammen Ausbau der Organisation. Man kann über die politische Organisation denken wie man will, sicher ist, daß dort, wo diese Organisation versagt, die sozialdemokratische Partei Niederlagen zu verzeichnen hat. Viele der unerfreulichen Erscheinungen bei Nachwahlen wären nicht notwendig gewesen, wenn unsere Vertrauensmänner überall dort auf dem Posten, auf den sie gestellt sind, ihre Pflicht erfüllt hätten. Wir haben Fälle erlebt, daß Vertrauensmänner in dem entscheidenden Moment bei Wahlen die Fahne verlassen und nicht mitgearbeitet haben, sondern es anderen überließen, am Wahltag in dem betreffenden Orte zu arbeiten. Ich führe dies auf die Abhängigkeit dieser Leute von örtlichen Verhältnissen zurück, daß es ihnen an dem notwendigen Mut gebricht, für die Partei offen einzutreten, aber diese Tatsache muß konstatiert werden. Die Parteivertretung hat, wie wir glauben, alles getan, was in ihrer Macht liegt. Wir haben das Parteisekretariat in einer Weise ausgestattet, daß es allen Anforderungen der Vertrauensmänner und unserer Parteiorganisation entspricht. Um unser Parteileben in der Provinz etwas lebhafter zu gestalten, haben wir von Zeit zu Zeit Rededispositionen hinausgegeben. Wir haben durch die Volksbuchhandlung Werbeschriften und Flugblätter vertrieben und den Parteigenossen immer nahegelegt, statt mit der kostspieligen mündlichen Agitation vielleicht mehr mit der schriftlichen durch Flugblätter und Werbeschriften u. s. w. einzusetzen und so neue Orte zu erschließen.

Es liegt ein Antrag des Genossen Sever vor, wir sollen ein organisatorisches Handbuch für politische Organisationen herausgeben. Wir wollen sehr gern auch dies machen, obwohl es an solchen Handbüchern für die Vertrauensmänner eigentlich auch bis heute nicht gefehlt hat. Es gibt eine ganze Reihe von Kronländern, die solche Bücher schon herausgegeben haben. Wir wollen auch nach dieser Richtung alles, was möglich ist, vorkehren, müssen aber fordern, daß eine intensive Ueberwachung der Lokalorganisationen durch die Landes- und Bezirksorganisationen Platz greift. Ich weiß wohl, daß die Bezirksvertrauensmänner vielfach sehr überangestrengt sind, und es sind ja wiederholt Anträge eingebracht worden, für jeden Wahlbezirk und auch für jede Bezirksorganisation eine unabhängige Kraft anzustellen; dazu fehlt uns vorläufig noch das Geld. Aber wenn der Bezirksvertrauensmann darauf sieht, daß ihm vom Lokalvertrauensmann regelmäßig monatlich ein schriftlicher Rapport erstattet wird über die Zahl der Mitglieder, über die bezogenen Quittungsmarken, woraus sich ja auch ein Bild der Parteitätigkeit gewinnen läßt, dann glaube ich, kann es nicht vorkommen, daß einfach eine ganze Reihe von Parteiorten aus unserer Organisation verschwindet.

Die Genossen aus der Bukowina haben mich ersucht, dem Parteitag mitzuteilen, daß die Abnahme der Mitglieder in der Bukowina nicht auf eine Abnahme der Gesamtmitgliederzahl zurückzuführen ist, sondern darauf, daß eine Trennung in nationale Gruppen vorgenommen wurde. Da nun jetzt im Bericht die deutschen Parteimitglieder allein verzeichnet erscheinen, so ist die Abnahme von 252 Parteimitgliedern nur eine scheinbare.

Die Frauenorganisation hat einen außerordentlich erfreulichen Aufschwung genommen. Nicht nur die Zahl der weiblichen Mitglieder

hat sich erhöht, sondern auch im Gegensatz zu den Männern sind die Parteiorte mit Frauenorganisation um 11 gestiegen. Die Frauen haben in dem abgelaufenen Jahre eine rege Agitation entfaltet, die das höchste Lob verdient. Da ist noch ein Umstand bemerkenswert: Wenn von den männlichen Parteimitgliedern so gern als Grund angegeben wird, die Einführung des Wahlfonds sei schuld, daß die Organisationen an Mitgliedern verloren haben, so haben doch auch die Frauen eine Beitragsregelung vorgenommen, indem sie sie auf 10 H. und für gewerkschaftlich Organisierte auf 20 H. abrundeten. Und außer dieser Erhöhung von ungefähr 8 H. gibt es in einer Anzahl von Kronländern auch bei der Frauenorganisation einen Wahlfondsbeitrag von 2 bis 4 H. Die Frauen wollen es sich eben nicht nehmen lassen, schon jetzt für die Wahlen zu arbeiten; es ist also falsch, die Stagnation in den männlichen Organisationen auf die Einführung des Wahlfonds zurückzuführen. Wenn dies wahr wäre, müßte sich dies auch bei den Frauen in erhöhtem Maße geltend machen.

Ebenso hat die Jugendorganisation erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Gegen das vorige Jahr sind die Jugendlichen um nahezu 1000 Mitglieder gestiegen.

Ich komme nun zu den vom letzten Parteitag der Parteivertretung überwiesenen Anträgen.

Die Bezirksorganisation Falkenau verlangte, daß die „Arbeiter-Zeitung" den Lokal- und Bezirksvertrauensmännern zu billigerem Preise zu überlassen sei. Dieser Antrag wurde der Parteivertretung zugewiesen. Ich kann heute nichts anderes sagen, als was schon Genosse Emmerling in Innsbruck gesagt hat: Die Administration ist nicht abgeneigt, die Zeitung an die Bezirksvertrauensmänner zu einem billigeren Abonnementpreis abzugeben; aber sie kann es nur, wenn sich sämtliche Bezirksorganisationen zu der Abnahme zum billigeren Preise bereit erklären. Wir können beim heutigen Stand der Dinge unmöglich einen solchen Ausnahmspreis für jene gestatten, die bisher schon abonniert haben, ohne daß wir zugleich die Gewähr haben, daß für den Ausfall, der durch die Verbilligung entsteht, neue Bezirksvertrauensmänner Abonnenten werden. Wenn es möglich ist, zu bewirken, daß ein solches Abonnement massenhaft durchgeführt wird, steht dieser Verbilligung nichts im Wege.

Ebenso verhält es sich mit dem Antrag, daß die „Bildungsarbeit" monatlich erscheinen soll. Das wäre gleichbedeutend mit einer Erhöhung des Abonnementpreises. Wir glauben, damit nicht vorgehen zu sollen und bitten Sie darum, es bei der bisherigen Erscheinungsweise zu belassen, bis das Blatt aus sich selbst heraus zum monatlichen Erscheinen übergehen kann. Eine Erhöhung des Preises halten wir nicht für angebracht.

Die Bezirksorganisationen Freiwaldau und Dornbirn sowie ein Antrag Pürstl haben Reformen in Bezug auf die Unterhaltungsbeilage und Ausgestaltung der „Arbeiter-Zeitung" verlangt. Dieser Teil entzieht sich meiner Kompetenz und ich überlasse die Sache dem Genossen Emmerling, dem Referenten über die Presse.

Was den der Parteivertretung überwiesenen Antrag des Arbeiter-Schachklubs in Wien anbelangt, so teile ich mit, daß dieselbe beschlossen hat, eine solche Schachrubrik in der „Arbeiter-Zeitung" einzurichten, sobald sich die Platzverhältnisse beim Blatte etwas günstiger gestalten.

Ein Antrag Lindner verlangte, daß der diesmalige Parteitag auf der Tagesordnung den Punkt „Agitation, Organisation und Taktik" habe. Wir glauben, weil wir die Beratung des Organisationsstatuts auf die Tagesordnung gesetzt haben, daß eine weitere Belastung mit den Punkten Agitation und Taktik nicht am Platze gewesen wäre.

Ich komme nun zur Parteibuchhandlung. Sie hat im letzten Jahre einen sehr erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen. Der Ausbau der Organisation der Kolportage und damit des Literaturvertriebes schreitet von Jahr zu Jahr vorwärts und es wird ihm auch das volle Augenmerk

zugewendet. Aber mit diesem Ausbau allein ist es nicht getan. Was wir heute an der Parteibuchhandlung als einen ganz außerordentlichen Uebelstand empfinden, und was ich hier auf dem Parteitag besonders betonen muß, ist, daß wir unsere Vertrauensmänner bitten müssen, daß wenn eine der Bezirksorganisationen oder Lokalorganisationen den Literaturbetrieb einführt, sie auch eine gewisse Ueberwachung bezüglich der Abrechnung beobachten muß. Die Parteibuchhandlung ist ein geschäftliches Unternehmen, sie hat keine überflüssigen Betriebskapitalien, darf also nicht als eine Institution angesehen werden, bei der man unter Umständen Schulden auf Schulden häufen kann. Dadurch bringt man sie oft in die ärgste Bedrängnis. Ich habe schon betont, daß auf dem Gebiet der Agitation durch Literatur mehr geschehen könnte, als bis heute geschehen ist. Wir haben die billigsten Werbeschriften, wir geben sie den Organisationen zu einem kaum die Herstellungskosten deckenden Preis ab und ich möchte nur bitten, davon einen größeren Gebrauch zu machen.

Ich betone weiter, daß wir nun die Absicht haben, eine dringliche Reform der „Glühlichter" vorzunehmen, sowohl in Bezug auf Umfang wie auf Illustrationen und Text. Wir wollen es uns angelegen sein lassen, das Blatt so auszugestalten, daß es auch verwöhnten Anforderungen einzelner Genossen entspricht. (Heiterkeit.) Wir werden Sie, wenn wir all das durchführen sollen, und es ist nicht ohne erhebliche Opfer möglich, ersuchen, dem Absatz dieses Blattes mehr Sorgfalt angedeihen zu lassen. Es geht nicht, wenn wir für ein Blatt zwölf Heller bekommen — von den Kolporteuren bekommen wir erheblich weniger — Wunder zu wirken, wenn wir nicht eine Auflage haben, die uns in den Stand setzt, auch höhere Ausgaben zu bestreiten. Wir wollen mit der Reform anfangs des nächsten Jahres beginnen und ich hoffe, daß dann die Rekriminationen aufhören werden. Wir wollen es uns etwas kosten lassen, rechnen jedoch dabei auf Ihre Unterstützung und hoffen so vorwärtszukommen.

Ich habe nun die eingelaufenen Anträge zu besprechen, soweit sie zu den von mir behandelten Gegenständen gehören. Die Landesparteivertretung Steiermarks verlangt, daß die offiziellen Publikationen der Partei in allen Tagblättern der Partei am selben Tage erfolge wie in der „Arbeiter-Zeitung". Wir waren bisher immer bestrebt, Publikationen, auf deren gleichzeitiges Erscheinen in der „Arbeiter-Zeitung" und in anderen Zeitungen Wert zu legen ist, rechtzeitig hinauszuschicken, und dem Verlangen wird in Zukunft auch Rechnung getragen werden.

Es liegen ferner Anträge vor auf Anerkennung der Ascher „Wahrheit" und der „Arbeiter-Turnzeitung" als Parteiblätter. Ich empfehle diese Anträge. Den Antrag des Genossen Broczyner auf Verstärkung der Agitation unter den Privatangestellten bitte ich der Parteivertretung zuzuweisen.

Ein Antrag des Genossen Eduard Zorn will, daß in allen nichtsozialdemokratisch vertretenen Wahlbezirken jährlich Abgeordnete sprechen und daß die Kosten von der Parteivertretung zu tragen seien. Gegen den Antrag, daß Abgeordnete in nicht eroberte Wahlbezirke fahren, ist nichts einzuwenden, und es ist Sache der Bezirke, sich deshalb an das Parteisekretariat zu wenden. Eines kann ich aber nicht versprechen: daß immer ein Abgeordneter kommen wird, und schon gar nicht, daß es der bestimmte sein wird, den man sich gerade aussucht. Ein Ding der Unmöglichkeit ist es jedoch, daß die Parteivertretung auch noch diese Agitationskosten übernehme. Es müssen schon sehr falsche Vorstellungen in den Köpfen der Genossen Platz gegriffen haben, wenn sie meinen, daß wir über die heutigen Kosten, die wir durch Subventionierung so vieler Vertrauensmänner zu tragen haben, noch hinausgehen können. Daß die Verhältnisse so traurig sind, beklagt niemand mehr als wir, die wir immer das Gefühl haben, um wieviel mehr könnte noch geschehen? Aber die Mittel sind so knapp, daß wir nicht einmal unser tägliches Auskommen finden. Es ist also keine

so einfache Sache, zu beschließen, es müssen Abgeordnete hinausfahren, und schon gar nicht einfach, daß die Parteivertretung die Kosten zu tragen habe, wenn Sie sich nicht aufraffen wollen, der Parteivertretung die Mittel zur Verfügung zu stellen für die Erfüllung dieser immer wiederkehrenden Wünsche. So gut der Antrag gemeint ist und so nützlich er ist, wir sind außerstande, finanziell mehr zu tun als bisher. Wir sind bereit, die Agitationskräfte beizustellen, müssen Sie aber bitten, für die Kosten selbst aufzukommen. Ich bin überzeugt, daß es sich lohnen wird.

Ich bitte Sie nur noch um eines: Ein Parteitag wie der heutige, der uns durch die Ziffern zum Bewußtsein bringt, daß wir im letzten Jahre keinen Fortschritt zu verzeichnen haben, muß dazu führen, nach dem Parteitag überall nachzusehen, wo der Fehler liegt. Wir haben keine andere Hilfe als die Kraft unserer Organisation und darum bitte ich Sie, das Schwergewicht auf den Ausbau der Organisation zu legen, denn sie muß uns die sozialdemokratischen Siege der Zukunft bringen. (Beifall.)

## Bericht des Parteikassiers.

Referent Dr. **Ellenbogen**: Die Struktur unseres Einnahmen- und Ausgabenetats ist im letzten Jahre ungefähr dieselbe gewesen wie in den beiden vorhergegangenen. Ich habe nun die Ziffern des gedruckten Berichtes zu erläutern. Die Ausgaben für den Agitationsfonds sind folgende: Sekretariat Kr. 6253·28, Gehalte und Dienerlöhne Kr. 21.516·70, Miete 2709 Kr., Druckerei Kr. 6524·87, Parteikarten und Legitimationen Kr. 3788·52, Archiv Kr. 5145·45, Agitation Kr. 1049·55, Konferenzen Kr. 2570·15, Subventionen Kr. 23.475·66, Unterstützungen 1172 Kr., Anfangskosten für das „Volk" 2000 Kr., Gesamtexekutive 1210 Kr., Parteitagskosten Kr. 6318·32, Gewerkschaften 199 Kr.

Nach Kronländern stellen sich die Ausgaben für Konferenzen, Versammlungen, Unterstützungen, Prozesse und Inhaftiertenkosten folgendermaßen: Böhmen Kr. 8415·78, Mähren Kr. 961·30, Schlesien Kr. 1244·10, Niederösterreich Kr. 30.954·53, Oberösterreich Kr. 253·60, Salzburg 397 Kr., Tirol 725 Kr., Vorarlberg Kr. 561·60, Steiermark Kr. 100·80, Kärnten Kr. 164·20, Krain 131·80, Galizien Kr. 95·40, Bukowina 880 Kr., Ausland Kr. 1097·31, Frauenorganisation 5799 Kr., Unterrichtsorganisation 1300 Kr., Jugendorganisation 2712 Kr. Die Ausgaben für Niederösterreich sind so groß, weil die durch den 17. September erwachsenen in Betracht kommen. Ich benütze diese Gelegenheit, den Parteigenossen für die Opferwilligkeit zu danken, die sie damals bekundet haben.

Wir subventionieren gegenwärtig 25 Sekretariate, und zwar: in Böhmen 12, in Mähren 1, in Schlesien 3, in Wien 3 (Frauen-, Unterrichts-, Jugendsekretariat), in Niederösterreich 1, in Oberösterreich 1, in Tirol 1, in Bukowina 1, in Zürich 1 (es ist das der österreichischen Genossen). Außerdem haben wir zwei Pensionisten und zahlen zwei Witwenunterstützungen.

Die Ausgaben des Wahlfonds, die 25.720 Kr. betragen, verteilen sich folgendermaßen: Allgemeine Ausgaben Kr. 2130·9, Böhmen Kr. 1310·30, Mähren (Teil der Kosten der Nachwahl) Kr. 535·8, Schlesien 650 Kr., Niederösterreich (Teil der Kosten der Nachwahl) Kr. 3182·38, Oberösterreich (Nachwahl) Kr. 775·20, Steiermark 500 Kr., Kärnten (Nachwahl) Kr. 2537·10, Polnische Genossen 1000 Kr., Italienische Genossen 500 Kr., Rückzahlung an Deutschland 12.000 Kr.

Wenn Sie diese Ziffern überblicken, wird Ihnen auffallen, daß das, worüber wir im vorigen Jahre geklagt haben, ein Rückgang des Saldos, auch diesmal zu verzeichnen ist. Wir haben auch diesmal ein Defizit der Gebarung, hauptsächlich im Agitations- und im Wahlfonds. Das aus dem Inhaftiertenfonds ist ja chronisch und kommt daher, daß dieser Fonds nie regelmäßige Einnahmen hat. Die Defizite des Agitations- und des Wahlfonds sind wesentliche und sie betragen je 18.000 Kr., zusammen 36.000 Kr. Das Defizit des Wahlfonds rührt hauptsächlich daher, daß der neue Wahl-

fonds in dem Berichtsjahr, das ist bis Ende Juni, noch nicht rechtskräftig geworden ist. Ihrer weisen Vorsicht haben wir einen Entgang zu verdanken, den ich auf ungefähr 24.000 Kr. schätze. Sie haben den Wahlfonds entgegen unserem Vorschlag nicht am 1. Jänner, sondern erst am 1. Juli wirksam werden lassen. (Cermak: Wer hätte das so schnell machen können?) Das haben wir schon im vorigen Jahre gehört, aber Sie werden mir verzeihen, daß ich den Entgang beklage.

Neben diesen bedauerlichen Erscheinungen haben wir auch eine erfreuliche zu verzeichnen: die ist, daß sich unsere Parteiinstitute von ihrem früheren niedrigen Stande langsam zu erholen beginnen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß Wahlen nicht nur den Wahlfonds belasten, indem durch sie die Ausgaben größer werden als die Einnahmen, sondern auch dadurch eine Belastung sind, daß die Parteidruckerei und die Parteibuchhandlung gezwungen sind, vielfach, um die Agitation zu fördern, Agitationsschriften und Flugblätter zu liefern, die ihnen dank der Gewissenhaftigkeit mancher Bezirkskassiere nicht immer ganz gezahlt werden. (Heiterkeit.) So werden diese Institute von den Wahlen noch härter mitgenommen als die Parteikasse selbst. Die Einkünfte leiden unter jeder Wahl und so werden wir dreifach geschlagen: durch die Ausgaben für die Wahl, dann weil die Genossen während der Wahl die Steuern zu zahlen aufhören und drittens, weil die Einkünfte der Institute verringert werden.

Ich konstatiere, daß sich im letzten Jahre unsere Parteiinstitute wesentlich gebessert haben, und ich spreche die Erwartung aus, daß die Steigerung auch im kommenden Jahre andauern wird, wofür begründete Hoffnung vorhanden ist. Viel unangenehmer, weil dauernd — denn die Wahlfondsdefizite sind nur bei der Wahl, wenn wir auch immer Wahlen haben (Heiterkeit) — aber viel schwerer trifft uns das Defizit aus dem Agitationsfonds. Und hier handelt es sich um das Schmerzenskind der Partei, das wir seit drei Jahren besitzen, nämlich die Parteisteuer. Ich muß zwar auch hier, weil ich durchaus nicht in den Klageton des Genossen Skaret verfallen will, mit der tröstlichen Bemerkung beginnen, daß sich die Parteisteuer hebt. Daraus ist zu schließen, daß sich der organische Prozeß dieser Entwicklung in einem stetigen Steigen fortsetzen wird. Aber vor allem müssen wir uns doch die Tatsache in das Gedächtnis zurückrufen, die uns das merkwürdige Zurückbleiben der Parteisteuer hinter unseren Erwartungen erklärt. Gestern hat Genosse Ebert sehr richtig bemerkt: „Die Partei wächst und ihre Aufgaben wachsen." Wir in Oesterreich leiden aber darunter, daß die Aufgaben der Partei rascher wachsen als die Partei selbst. Wir eilen mit unseren Leistungen unserer Leistungsfähigkeit voraus, wir müssen vielfach Wechsel auf eine allerdings ganz sichere Zukunft ausstellen, auch in finanzieller Beziehung. Ich erinnere Sie daran, daß wir im Jahre 1907 durch den Ausfall der Wahlen selbst überrascht waren. Wir brauchen uns da nichts vorzumachen, wir haben da erst gesehen, welche kolossalen Aufgaben eigentlich unser harren und was wir alles noch zu erwarten haben, wenn wir diese Aufgaben erfüllen. Diese Möglichkeit, der Partei eine so überraschende Größe zu verschaffen, hat uns erst die Wahl des Jahres 1907 eröffnet. Wir haben das dadurch eskomptiert, daß wir sofort an die Errichtung nicht nur einer Anzahl neuer Sekretariate in der Provinz geschritten sind, denen die Parteivertretung auch sofort Unterstützungen zugesagt hat, sondern wir sind vor allem darangegangen, das Zentralsekretariat auszugestalten. In der Form der Broschüren, der Tätigkeitsberichte, in der Form der Vortragsdispositionen bekommen Sie ja selbst schon den Ausdruck dieser gesteigerten Tätigkeit zu Gesicht. Wir mußten einen eigenen Genossen berufen, nur damit wir die gegnerische Presse sorgfältig überprüfen, die Antworten auf ihre Angriffe besorgen, was alles mit der nötigen Raschheit zu geschehen hat. Wir haben die Frauenorganisation, die Unterrichtsorganisation, die Jugendorganisation als Formen der Ausgestaltung unseres Organisationsapparats in ihrer ganzen Bedeutung erkannt und sie mit sehr namhaften Geldbeträgen zu unterstützen unter-

nommen. Daraus resultiert natürlich ein größerer Beamtenkörper, für das Sekretariat erwachsen wieder größere Ausgaben für Druckorten, für Konferenzen u. s. w. Es wird niemand dem Parteisekretariat einen Vorwurf machen, wenn aus dieser gesteigerten Tätigkeit sich auch die finanzielle Unannehmlichkeit eines Defizits ergibt. Schließlich ist ja die Partei nicht dazu da, um Geschäfte zu machen, um zu akkumulieren. Wir beneiden zwar die deutsche Partei, daß sie das tun kann. (Ebert: Uns bleibt auch nichts übrig!) Wir wollen ja nichts vumpen, Genosse Ebert (Heiterkeit), aber immerhin wären wir schon froh, wenn bei uns alles in dem Grade zusammengehen würde, wie bei den deutschen Genossen. Wir sind arme Leute und kochen mit Wasser, wenn ich auch selbst uns das lobende Zeugnis ausstellen muß, daß wir mit dem Wasser schon recht viel gekocht haben. (Heiterkeit.)

Die Parteisteuer hat eine Besserung zu verzeichnen. Die Jahreseinnahmen in der vorigen Berichtsperiode haben 35.830 Kr. betragen und sind jetzt schon auf 38.501 Kr. gestiegen. Wenn Sie auf Seite 51 des Berichtes die vergleichende Zusammenstellung nach Kronländern betrachten werden Sie sehen, in welchen Ländern der stärkste Fortschritt zu verzeichnen ist. Diese Tabelle empfehle ich sehr dringend Ihrem Studium. Sie werden da sehen, daß nur zwei Länder energisch im Ausbau der Organisation fortgeschritten sind, nämlich Böhmen, Niederösterreich, beziehungsweise Wien. Dann kommen Mähren, Salzburg, Tirol, und selbst das kleine Triest nämlich die deutsche Organisation! ist vorwärtsgeschritten; leider haben wir zu konstatieren, daß eine Reihe anderer Länder zurückgegangen ist: Bukowina, Kärnten, Oberösterreich und es ist nicht zu glauben aber es ist leider wahr selbst das so glänzend geführte Steiermark, ebenso auch Vorarlberg. Ich sage ausdrücklich, daß dieser Rückschritt in den Einnahmen, wenn auch nicht überall, nicht zu erklären ist aus einem Rückgang der politischen Organisation so befindet sich unter den zurückgebliebenen Ländern ja auch Kärnten, das bei den letzten Wahlen einen so glänzenden Wahlsieg, eine so große Vermehrung der Stimmen zu verzeichnen hatte daß man von einem Rückgang der Organisation nicht reden kann, von Steiermark überhaupt nicht zu reden, von dem ja bekannt ist, daß es ein Land mit einer wirklich ausgezeichnet dastehenden politischen Organisation ist. Woher also dieser ganz merkwürdige und scheinbar ganz unerklärliche Ausfall? Ich kann ihn mir nur daraus erklären, daß bei diesen Ländern die Summe, die sie für Parteimarken abführen, nicht der Ausdruck ihrer wirklichen Stärke ist. Sie haben den Reichenberger Beschluß eben noch nicht durchgeführt, weniger jedenfalls als anderswo. Es handelt sich nur eine Vernachlässigung der Pflichten gegenüber den Parteitagsbeschlüssen, der Pflichten gegenüber der Parteikasse. Ich möchte schon bitten, daß sich die Genossen ernstlich bemühen, den Fehler in der nächsten Zeit gutzumachen. Die alte Parteisteuer entschwindet uns förmlich unter den Händen, die neue ist noch nicht vollständig durchgeführt. Vorläufig haben wir im vorigen Jahre noch von 20.000 Kr. aus der alten Steuer gelebt; aber die Weigerung, die alte Form der Parteisteuer zu zahlen, wird immer größer, und wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß diese 20.000 Kr. nächstens dem neuen Kassier nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Um so viel hat er weniger zu erwarten.

Nun werden Sie sich selbst sagen müssen, daß hier Abhilfe geschaffen werden muß. Die Frage ist nun, was zu geschehen hat, damit der Reichenberger Beschluß durchgeführt werde. Denn das ist der springende Punkt. Vor allem ist es Aufgabe der Landesorganisation, in energischer Weise daranzugehen, diesen Beschluß wirklich durchzuführen. Böhmen hat einen sehr bemerkenswerten Anfang in dieser Hinsicht gemacht und es soll jetzt dort eine Reihe von Werbewochen veranstaltet werden, um die Genossen als zahlende Mitglieder in die politische Organisation einzuführen. Wenn es die Genossen in den einzelnen Ländern für notwendig halten, ist ja die Parteivertretung bereit, Konferenzen der Landesparteivertretungen, die sich mit der Frage des Ausbaues der Parteisteuer beschäftigen, zu beschicken,

um dort über die Methode, wie dieser Ausbau erfolgen soll, zu beraten. Werbewochen sind gewiß geeignet, der politischen Organisation von Zeit zu Zeit einen größeren Schub neuer Mitglieder zuzuführen; aber die Genossen müssen sich klar sein, daß es sich vielmehr um die unablässige kontinuierliche Arbeit handelt, um systematische Arbeit, nicht um Gelegenheitsarbeit. Aber ein zweiter Weg, auf dem wir da vorwärts kommen, das sind die Berufsorganisationen. Wenn ich an die gewerkschaftlich organisierten Genossen mit einer Bitte herantrete, so ist es die, sich daran zu erinnern, daß der Reichenberger Beschluß auf Ihr Betreiben gefaßt wurde. Sie haben gewünscht, daß die Parteisteuer unmittelbar eingehoben werde. Nun gibt es einige Gewerkschafter, die uns sagen: „Wie Ihr die Parteisteuer einhebt, das ist die Sache der Partei, das geht uns nichts an!" Mit Verlaub, das ist nicht so, denn die Genossen haben nicht nur den Reichenberger Beschluß veranlaßt, sondern sie haben in Reichenberg uns auch ihre Unterstützung bei der Einführung der neuen Steuer zugesagt, und es kommt auch dazu, daß die Genossen, wenn sie nicht direkt einen Gewinn dadurch haben, so doch mindestens in finanzieller Beziehung dadurch entlastet worden sind. Es ist hier ja wohl nicht notwendig, von dem innigen Zusammenhang zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung zu sprechen, darauf zu verweisen, daß die gewerkschaftliche das Rückgrat der politischen, die politische der schlagkräftige Arm der gewerkschaftlichen Bewegung, manchmal der vorgehaltene Schild der Gewerkschaft ist, wobei ich nur an den Punkt unserer Tagesordnung erinnere, der von dem bedrohten Koalitionsrecht handelt. Wir sind verpflichtet, einander bei unseren eigenen Bestrebungen zu unterstützen. Vergessen Sie auch nicht — und das sage ich zu den gewerkschaftlich organisierten Genossen — Sie haben mit großer Mühe, mit einer wunderbaren jahrzehntelangen Arbeit Ihr Beitragswesen geregelt, haben es bis zu der Höhe hinaufgebracht, die Sie heute glücklicherweise zu verzeichnen haben, und der Sie die großen Unterstützungseinrichtungen, die Sie Ihren Mitgliedern bieten, zu verdanken haben. Aber gerade die Höhe dieser Beiträge, die ja ein Triumph der gewerkschaftlichen Organisation sind, sind auf der anderen Seite ein wesentliches Erschwernis für uns, die wir jetzt später kommen. Unsere politischen Beiträge daran anzuheften, das bedeutet eine Mehrbelastung, und da meine ich schon, daß auch aus diesem Grunde die Genossen allen Anlaß hätten, uns zu unterstützen. Ich muß leider konstatieren, daß gerade vielfach von den gewerkschaftlich am besten organisierten Branchen, von den Metallarbeitern und Eisenbahnern, in vielen Kronländern nur eine verschwindende Minderzahl in der politischen Organisation steht. Das gilt insbesondere von den Eisenbahnern, die vielfach in Böhmen, wie mir die Genossen mitteilen, in der politischen Organisation fehlen; es ist auch bei uns nicht in dem Grade der Fall, als es wünschenswert wäre. Ich richte also aus diesem Anlaß die dringende Bitte an die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner, die politische Organisation beim Ausbau des Systems unserer Parteisteuer zu unterstützen. Sie stehen mit den Genossen ja in täglicher Berührung. Ich wiederhole also, daß der Ausbau der politischen Organisation eine Sache ist, die mit Geduld weitergeführt werden muß und mit zäher, unermüdlicher Arbeit; sie ist nicht eine Sache, die, wie die Minerva, fertig aus dem Kopfe des Zeus springt, sondern die systematisch aufgebaut werden muß. Ich bitte Sie alle, sich im kommenden Jahre die kontinuierliche Werbearbeit in ausgedehntestem Maße angelegen sein zu lassen. (Lebhafter Beifall.)

## Die Parteipresse.

Referent **Emmerling**: Ich kann mich um so kürzer fassen, als wir Ihnen hier so wie im Vorjahre einen gedruckten Geschäftsbericht unterbreitet haben. Ich setze voraus, daß Sie diesen Bericht gelesen haben und bitte Sie auch, es dabei nicht bewenden zu lassen, ihn heute bloß zu lesen, sondern, da wir umfangreiche Tabellen über das Verbreitungsgebiet der „Arbeiter-

Zeitung" und der „Arbeiterinnen-Zeitung", des „Kampf" und des „Volk" beigelegt haben, aus diesen Tabellen die entsprechenden Schlüsse für die Agitation zu ziehen.

Die „Arbeiter-Zeitung" hat einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen, und wenn Sie in Betracht ziehen, daß wir im vorigen Jahre durch die Reichsratswahlen naturgemäß eine wesentliche Erhöhung des Abonnentenstandes und der Verschleißabnehmer erzielten, so ist um so mehr zu begrüßen, wenn wir in diesem Jahre in der Lage waren, den Stand nicht nur zu erhalten, sondern auch noch Fortschritte zu erzielen. Dieser Fortschritt drückt sich in Mehreinnahmen aus, die für das erste Halbjahr 1912 allein den Betrag von 34.000 Kr. ausmachen. Davon entfallen 11.000 Kronen auf das Abonnement und den Verschleiß und 18.000 Kr. auf Inserate. Wir haben heute eine Gesamteinnahme an Inseraten von rund einer Viertelmillion Kronen. Sie werden zugeben, daß das eine ganz bedeutende Post in unserem Budget ist. Wenn wir in den letzten Jahren nicht mehr so sprunghaft die Inseratenseinnahmen erhöhen konnten, so ist dies darauf zurückzuführen, daß uns eine Anzahl von den in anderen Blättern den größten Raum einnehmenden Inseraten von vornherein verschlossen ist, und zwar sind dies die Automobil- und Aeroplanindustrie und die großen Maschinenfabriken. Unsere Provinzpresse leidet sehr Mangel an Inseraten, und jene Blätter, die uns gefolgt sind, haben auf einen wesentlich günstigen Abschluß hinweisen können. Es soll die Inseratenseinnahme nach all den Berechnungen, die man über die ökonomischen Grundlagen einer Zeitung angestellt hat, wenn schon nicht höher als die Verschleißeinnahmen, so doch in gleicher Höhe sein. Viele Genossen werden sagen: „Was ist das für ein Blatt, das so und so viele Seiten Inserate hat?" So ist die Sache nicht aufzufassen. Wir ersehen das an der „Arbeiter-Zeitung". Wir haben zwar eine bedeutende Mehreinnahme, aber sie ist nicht in die Kasse geflossen, sondern zum größten Teil wieder verbraucht worden zur Vergrößerung des Blattes. Wir haben in dem letzten Jahre tertlich eine ganz bedeutende Vergrößerung aufzuweisen. Sie erinnern sich noch, wie schwach wir früher an Wochentagen erschienen sind. Zehn Seiten sind heute schon eine Ausnahme, zwölf Seiten die Regel, und wir erscheinen jetzt schon an Wochentagen mit vierzehn, ja sogar mit sechzehn Seiten. Diese tertliche Vergrößerung ist uns aber ausschließlich möglich gewesen durch die Inseratenseinnahmen. Den Gesamteinnahmen für das erste Halbjahr 1912 im Betrag von 628.000 Kr. stehen 609.000 Kr. Ausgaben gegenüber, so daß sich ein Gebarungsüberschuß von 19.113 Kr. für das erste Halbjahr 1912 ergibt. Die weiteren Tabellen im Bericht ergeben, daß wir mit einer ungeheuren Fluktuation zu rechnen haben. Wir haben zwar in diesem Jahre 11.373 neue Abnehmer durch die unermüdliche Werbearbeit der Vertrauensmänner erworben, und hätten wir sie erhalten, so würde diese Hebung des Abonnentenstandes mit einer Mehreinnahme von nahezu 50.000 Kr. gleichbedeutend sein. Aber diese neugewonnenen Abonnenten sind uns nicht erhalten geblieben. Die Verteilung der Provinzabonnenten nach Kronländern haben wir Ihnen ebenfalls unterbreitet. Nur in Böhmen, im Küstenland, in Salzburg, in Steiermark, Schlesien und Ungarn ist ein kleiner Rückgang, im übrigen haben wir den erhöhten Stand, wie er durch die Reichsratswahlen hervorgerufen wurde, nahezu behauptet, denn der Rückgang macht insgesamt nur 31 Abonnenten am Schluß des Berichtsjahres aus. Wir haben insbesondere in Böhmen und Ungarn Hunderte von Abonnenten in der Zeit der Reichsratswahlen bekommen, die dann zum großen Teil Abonnenten geblieben sind. Die Genossen werden gefunden haben, daß der Vertrauensmann, der in seinem Kreise jede Woche oder wenigstens jeden Monat eine Versammlung abhalten will, daß alle jene, die die Agitationsarbeit selbst besorgen müssen, wesentlich leichter arbeiten, wenn sie sich in einem täglich erscheinenden Organ informieren können. Es wurde allerdings durch Gründung von Tagblättern in Linz, Salzburg, Innsbruck,

Reichenberg diese Arbeit den Vertrauensmännern wesentlich leichter gemacht. Aber außer diesen Gebieten der Tagblätter haben wir noch ein ungeheures Gebiet, das nur durch Wochenblätter bedient ist, und mindestens in diesen Gebieten oder doch zum mindesten in der ganzen Zeit der Reichsratswahlen sollten die Vertrauensmänner Abnehmer des Zentralorgans sein. Es wurde ein Antrag gestellt auf Verbilligung des Abonnements für Vertrauensmänner. Da muß ich ergänzen, was Skaret gesagt hat: Wir haben 116 Lokalvertrauensmänner, die Abonnenten des Zentralorgans sind. Sie können uns nicht zumuten, daß wir für diese 116 Vertrauensmänner das Abonnement von Kr. 31·20 auf 24 oder 20 Kr. herabsetzen. Das wäre ein effektiver Verlust, wenn wir nicht die Gewähr besitzen, daß auch alle anderen Lokalvertrauensmänner, deren Zahl weit mehr als hundert beträgt, auch Abonnenten der „Arbeiter-Zeitung" werden.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat so wie in den letzten Jahren auch in diesem Jahre einen ganz bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen. Wir haben eine Tabelle über die Entwicklung der „Arbeiterinnen-Zeitung" in den letzten zehn Jahren in den Bericht aufgenommen und Sie werden es ebenfalls mit Genugtuung begrüßen, daß es der Frauenorganisation möglich war, die Auflage, die im Jahre 1903 3200 Exemplare betragen hat, auf 27.200 Exemplare zu erhöhen. Selbstverständlich drückt sich dieser Aufschwung auch in der Geldgebarung aus. Die Mehreinnahmen betragen 7500 Kr., der Gebarungsüberschuß 4400 Kr. Für das nächste Jahr ist eine wesentliche Erhöhung dieses Ueberschusses in Voranschlag zu bringen, weil in den letzten zwei Jahren alle Rückstände und Schulden getilgt worden sind, so daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" heute vollständig aktiv ist und wir damit rechnen können, im kommenden Jahre einen bedeutenden Betrag an die Parteikasse abführen zu können. (Beifall.) Das Verbreitungsgebiet der „Arbeiterinnen-Zeitung" weist mit einer einzigen Ausnahme — es ist dies Krain, das nicht sehr in Betracht kommt — überall eine Erhöhung des Abonnentenstandes auf. Aber gerade auf diesem Gebiet, weil ja die Konkurrenz der übrigen Parteiblätter nicht vorhanden ist, könnte noch weit mehr geleistet werden. Wir haben mit vieler Mühe eine Aufstellung gemacht über alle jene Orte, wo wir die „Arbeiterinnen-Zeitung" absetzen, und wir haben auch den Absatz des vorigen Jahres hinzugefügt, so daß Sie ohneweiters in der Lage sind, festzustellen, ob in Ihrem Bezirk oder Kreise eine Zu- oder Abnahme zu verzeichnen ist. Wir sind dessen gewiß, daß Sie diese Tabelle zum Anlaß nehmen werden, um in jenen Organisationen, wo der Absatz der „Arbeiterinnen-Zeitung" zurückgegangen ist, mit der entsprechenden Agitation für das Blatt vorzugehen.

Unser wissenschaftliches Monatsorgan „Der Kampf" stagniert seit den letzten zwei Jahren. Es scheint als hätten wir mit unserer Auflage den Kreis jener Genossen schon erfaßt, die in der Lage wären, das Monatsorgan zu abonnieren. Sie werden mir auch hier zugeben müssen, daß es viele Bezirke gibt und noch viel mehr Bibliotheken, wo der „Kampf" fehlt und daß es nicht notwendig ist, hier an dieser Stelle über den Wert dieses Organs viele Worte zu verlieren. Es ist zweifellos besser, wenn in irgendeinem Kreis eine Diskussion abgehalten wird über irgendeinen Artikel, der sich im „Kampf" befindet. Es würde unserer Organisations- und Agitationsarbeit ein wesentlicher Dienst geleistet sein, wenn die Genossen den „Kampf" in jeder Lokalorganisation hätten und Monat für Monat über den Inhalt des Heftes eine Debatte führen würden. Der „Kampf" bringt Monat für Monat alles das, was sich auf allen Gebieten des Parteilebens, der Politik, der gewerkschaftlichen und der genossenschaftlichen Bewegung ereignet hat. Er ist ein vorzügliches Informationsorgan und jene Kreise, wo er Eingang gefunden hat, werden mir bestätigen, daß sie damit einen ganz bedeutenden Erfolg erzielt haben. Wir bitten Sie, Parteigenossen, nicht zu erlahmen in der Werbearbeit für den „Kampf"

und dafür Sorge zu tragen, daß die Bezirksorganisation diese Ausgabe leistet für den jeweiligen Bezirksvertrauensmann. Diese Ausgabe wird wohl eine der gewinnbringendsten sein, die Sie machen. Der Reinertrag, der in früheren Jahren immerhin noch 600 bis 700 Kr. betrug, ist auf 227 Kr. gesunken. Das Blatt ist ja noch immer aktiv, aber es wäre uns bedeutend lieber, wenn wir sagen könnten: Wir haben Tausende neue Abnehmer gewonnen.

Auf dem Innsbrucker Parteitag wurde der Beschluß gefaßt, ein Blatt herauszugeben, das bestimmt wäre, in die großen Massen der noch indifferenter Arbeiter Aufklärung zu tragen. Auf Grund dieses Beschlusses haben wir noch 1911 Probeblätter hinausgesendet an alle Adressen, der wir durch unsere Parteiorganisationen aller Art habhaft werden konnten, und haben eine umfassende Vorarbeit für das Erscheinen des Blattes getroffen. Wir haben nahezu eine Viertelmillion Gratisexemplare hinausgegeben und auch hier hat sich erwiesen, daß, wenn man großzügig zu Werke geht, wenn man alles umfaßt, was in Oesterreich an Organisation vorhanden ist, der Erfolg nicht ausbleiben kann. Das „Volk" stieg im Laufe des Jahres auf 70.000 und schließt das Berichtsjahr mit 67.000 Exemplaren ab. Parteigenossen, Sie werden mir zugeben, daß die Gewißheit, 67.000 neue Leser gewonnen zu haben, ein nicht zu unterschätzender Vorteil für die Partei ist. Dabei muß bemerkt werden, daß der Gründung des „Volk" von einzelnen Kreisen einigermaßen Widerstand geleistet wurde, daß nicht alle Kreise von dieser Gründung entzückt waren und daß wir darunter zu leiden hatten, daß die Parteigenossen glaubten, daß durch das „Volk" ihre Kreisblätter Abnehmer verlieren würden. Diese Annahme ist irrig. Wir haben den Beweis, daß diejenigen Kreise, die von vornherein mit dem „Volk" als Aufklärungsschrift gerechnet und die Agitation dafür ordentlich in die Hand genommen haben, nur Vorteile für ihre Kreisblätter haben. Ich habe hier eine Abbestellung aus Rumburg vom 28. Oktober. Es werden da um dreißig Exemplare weniger verlangt als bisher. Das klingt zuerst unangenehm, aber jetzt kommt ein wichtiger Nachsatz: Der Rückgang erklärt sich daraus, daß wir aus Abonnenten des „Volk" solche der „Nordböhmischen Volksstimme" gewonnen haben. (Hört! Hört!) Wenn das „Volk" auf diese Weise wieder auf dreißigtausend fiele, so wäre das nur mit Freude zu begrüßen. Es sind verschiedene Versuche gemacht worden, System in die Verbreitung des „Volk" zu bringen. Nach der kurzen Zeit von neun Monaten können wir noch kein abschließendes Urteil über die beste Art der Verbreitung fällen. Aber schon heute ist erwiesen, daß unser Kolporteurwesen alles zu wünschen übrig läßt, daß wir keine systematische Kolportage mehr haben, daß wir dieses Gebiet vernachlässigt haben und daß man erst jetzt wieder darangeht, Genossen für die Kolportage zu gewinnen. Also auch auf diesem Gebiet wirkt die Existenz des „Volk" anregend und befruchtend. Zu Beginn des nächsten Jahres wollen wir für das „Volk" eine große Aktion einleiten. Wir bemühen uns, ganz indifferente Kreise zu gewinnen und werden vielleicht durch Spezialnummern für besondere Berufe und besondere Gebiete eine eigene Werbetätigkeit ausüben.

Sämtliche österreichischen Parteiblätter zusammengenommen haben eine Auflage von 331.000 Exemplaren. Wenn Sie davon die Auflage der „Arbeiter-Zeitung" und des „Volk" abziehen, werden Sie zugeben, daß der Rest von rund 200.000 Exemplaren lächerlich und beschämend ist für unsere Parteiorganisation. Darum ist es Pflicht und Aufgabe der Parteigenossen, neue Kreise zu erschließen.

Ich komme nunmehr zu den verschiedenen Anträgen. In Innsbruck wurde der Parteivertretung ein Antrag überwiesen, der sich mit der Herausgabe einer Unterhaltungsbeilage befaßt. Das ist aber eine Sache, die sich nach meiner Meinung auf einem Parteitag weder ausführlich beraten noch beschließen läßt. Wir bitten Sie, zur Kenntnis zu nehmen, daß

wir Ihnen in der nächsten Zeit das Muster einer solchen Unterhaltungsbeilage unterbreiten werden. Es wird dann wesentlich davon abhängen, ob die Provinzblätter die finanzielle Belastung, die zweifellos mit dieser Unterhaltungsbeilage verbunden ist, werden tragen können. Der Antrag des Arbeiter-Schachklubs ist schon durch Genossen Skaret erledigt. Mit dem Antrag des Genossen Prenninger bitte ich Sie, den Antrag des Genossen Robert Ascher zu vergleichen. Der eine Genosse verlangt die Herausgabe eines Abendblattes, der andere wünscht eine Kommission, die das Problem der größeren Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung" durch Verbilligung lösen soll. Wir geben ohneweiters zu, daß der Preis des Abonnements hoch ist, und daß es insbesondere den Parteigenossen schwer fällt, Kr. 2·60 für das Abonnement zu bezahlen. Aber wenn Sie bedenken, daß wir mehr als 30.000 Kr. jährlich wegen der wahnsinnigen Art der Postexpedition in Oesterreich ausgeben müssen, so werden Sie begreifen, daß wir den Preis nicht ermäßigen können. Die Verhältnisse in Oesterreich sind ganz anders als die in Deutschland und daher nicht zu vergleichen.

Die Anträge der beiden Genossen stehen miteinander in Widerspruch, denn wenn der eine behauptet, daß es nicht möglich sei, bei 50 H. Wochenabonnement neue Abnehmer zu finden, so wird das erst recht unmöglich sein, wenn dazu noch sechsmal 4 H. in der Woche für ein Abendblatt kommen. Nichtsdestoweniger könnten es einmal die politischen Umstände notwendig machen, daß wir ein Abendblatt erscheinen lassen; dann wird es Sache der Parteivertretung sein müssen, das Entsprechende zu verfügen. Eine Verbilligung kann nicht eintreten, wie Sie sich durch eine einfache Rechnung leicht überzeugen können. Wenn wir in Wien den Preis nur um 10 H. in der Woche ermäßigen, so kostet das 208.000 Kr. im Jahre. Es wären also 45.000 neue Abonnenten notwendig, nur um diesen Ausfall hereinzubringen. Die Genossen verweisen immer auf die hohen Auflagen der Konkurrenzblätter. Aber es sind nicht die scheinbar demokratischen Blätter, die die höchste Auflage haben, sondern es ist die scheinbar unpolitische, aber doppelt gefährliche Bildelpresse. Der Redner vergleicht nun ausführlich eine Nummer der „Arbeiter-Zeitung" aus der letzten Woche mit der Nummer solch eines Raubmörderblattls vom selben Tage und zeigt, wie diese Bildelpresse nur auf die gemeinsten und niedrigsten Instinkte spekuliert. Da können wir nicht mit. Sie werden mir alle zugeben, daß die „Arbeiter-Zeitung" ihre Pflicht gegen die Partei vollkommen erfüllt. (Zwischenruf: Auch die Gegner sagen es!) Ja, auch die Gegner erkennen das an. Aber die Parteigenossen haben zum Teil doch die schädliche Bildelpresse. Aus diesen Gründen sind wir nicht in der Lage, für die Verbilligung der „Arbeiter-Zeitung" einzutreten.

Ich habe auch Einblick in die Verhältnisse der Provinzpresse genommen und kann im Namen aller Verwalter nur die Klage vorbringen, daß die Sorge für die Provinzpresse ausschließlich den Verwaltern überlassen wird, und daß unsere Redner und Agitatoren viel zu wenig Wert darauf legen, den Parteigenossen die Bedeutung der Arbeiterpresse klarzumachen. Hier muß systematisch Wandel geschafft werden. Wir leiden alle unter dem § 23. Bei den letzten Reichsratswahlen hat die Gendarmerie Leute verhaftet, die Einladungen zu Versammlungen austrugen. Die Flugblattverteilung war fast ganz unterbunden. Die Leute werden abgeschreckt, wenn man ihnen von vornherein sagt, ihr müßt achtgeben, damit ihr nicht eingesperrt werdet; der Elan ist von vornherein gemindet. Wir gehen mit unseren agitatorischen Mitteln gerade nicht haushälterisch um. Reichsratswahl, Landtagswahl, überhaupt jede größere Aktion kostet uns ein Vermögen an Geld, weil wir in sechs Wochen einbringen sollen, was in fünf Jahren vorher hätte bequem geleistet werden können. Der österreichischen Parteipresse fällt eine große Aufgabe zu. Die Reichsratswahlen 1911 haben uns nicht nur manche Niederlage gebracht, sie haben auch unsere Gegner hochfahrender und brutaler gemacht. Die Gegner

glauben, ihre Siege für immerwährende Zeiten als Soll-Post buchen zu können. Vergessen Sie nicht, daß jeder Abnehmer eines Parteiblattes in den Zeiten der Wahlen von selbst zum Agitator wird. Er muß nicht erst herangeholt werden, er erfüllt seine Pflicht nicht nur als Wähler, sondern auch als Agitator. Jeder Abonnent, den Sie gewinnen, bedeutet einen Fortschritt, der auch zum Ausdruck kommt im Mitgliederstand unserer politischen Organisation, bei allen Aktionen und insbesondere bei den Wahlen. Wir bitten Sie, die von mir erwähnten Anträge der beiden Genossen abzulehnen, eventuell den Antrag wegen des Abendblattes mit der von mir angedeuteten Modifikation der Parteivertretung zuzuweisen. (Lebhafter Beifall.)

## Bericht der Parteikontrolle.

Referent Dr. Čech: Die Kontrolle hat nicht bloß die Belege und Rechnungen geprüft, sondern sich auch sonst die Ueberzeugung verschafft, daß die Unternehmungen und Aktionen durchaus im Interesse der Partei gut geleitet wurden. In den Sitzungen der Parteikontrolle wurden die Beschlüsse der Parteivertretung, Fragen der Organisation, der Taktik und der Agitation erörtert. Daraus hat sich eine sehr erfreuliche Zusammenwirkung zwischen Parteivertretung und Parteikontrolle herausgebildet. Bei den Revisionen wurde alles in bester Ordnung gefunden. Als Beschwerdeinstanz wurde die Kontrolle in diesem Jahre überhaupt nicht angerufen. Wir schlagen Ihnen daher guten Gewissens vor, der Parteivertretung das Absolutorium zu erteilen. (Beifall.)

Für die Preßkontrolle berichtet

Kütt: Wir haben die Gebarung der „ArbeiterZeitung", der „Arbeiterinnen-Zeitung", des „Volk" und des „Kampf" geprüft und in bester Ordnung befunden. Wir stellen den Antrag auf Erteilung des Absolutoriums. (Beifall.)

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

# Zweiter Verhandlungstag.

Vorsitzender: Tomschik.

## Bericht der Mandatprüfungskommission.

Witternigg: Namens der Mandatprüfungskommission erstatte ich den Bericht und teile Ihnen folgendes mit: Auf dem Parteitag sind von 298 angemeldeten Delegierten 290 erschienen, davon sind mit Mandaten versehen 236. Auf Grund des Parteistatuts sind weiter anwesend von der Parteivertretung und der Kontrolle 17 sowie 23 Abgeordnete, die den Klub vertreten; ferner ist die Reichsgewerkschaftskommission durch einen, das Frauenreichskomitee durch zwei und die Preßkommission durch einen Delegierten vertreten. Die einzelnen Länder sind folgendermaßen vertreten: Böhmen durch 51 Delegierte, davon 5 Frauen, Bukowina 2 Delegierte, Kärnten 3 Delegierte, Mähren 17 Delegierte, davon 3 Frauen, Niederösterreich 31 Delegierte, davon 4 Frauen, Oberösterreich 5, davon 1 Frau, Schlesien 4, davon 2 Frauen, Salzburg 6, davon 2 Frauen, Steiermark 11, davon 1 Frau, Tirol 4, davon 1 Frau, Wien 23 Vertreter, von Gewerkschaftsverbänden, 37 Vertreter von Redaktionen und 55 Vertreter von Bezirksorganisationen, davon 16 Frauen. Die mit 236 Mandaten versehenen Delegierten vertreten 113 Bezirksorganisationen, 11 Landesorganisationen, 15 Kreisorganisationen, 17 Redaktionen und 21 Zentralverbände der Gewerkschaften. Von Abgeordneten sind neun mit Mandaten

versehen. Korrekturen an Mandaten wurden drei vorgenommen und von der Kommission als gültig anerkannt. Einen Protest gegen die Delegierten des elften Wiener Bezirkes hatte die Kommission zu erledigen. Der Protest, welcher sich gegen die Wahl der Delegierten im elften Wiener Bezirk ausgesprochen hat und der von zwei Genossen eingebracht wurde, wurde von der Kommission abgewiesen, da die Wahl der Delegierten in einer Versammlung vorgenommen wurde, die als Plenarversammlung anzusehen ist, weil sie den beteiligten Organisationen entsprechend bekanntgegeben wurde. Die Kommission beantragt die Anerkennung sämtlicher Mandate.

Der Antrag wird angenommen.

Es wird die Debatte über die erstatteten Berichte eröffnet.

## Die Debatte.

Abgeordneter **Sever**: Der Genosse Skaret hat uns gestern leider von einer Abnahme der Parteimitglieder berichten müssen und hat als Hauptursache des Rückganges angeführt, daß eine Anzahl von Orten nicht Bericht erstattet haben. Ich will zugeben, daß dies richtig ist und daß von einer Anzahl Orten kein Bericht vorliegt, aber das kann nicht der einzige Grund sein. Gestehen wir nur ehrlich ein, daß für den Rückgang noch andere Gründe vorhanden sein müssen. Diese Ursachen müssen wir ergründen und wegbringen. Die Hauptsache ist die, daß wir gelernt haben, wie man Beitragserhöhungen nicht zu machen hat. Der diesjährige Bericht zeigt ja noch nicht das ganze Bild, aber jedenfalls werden wir sehr stark arbeiten müssen, wenn wir am nächsten Parteitag nicht von einem weiteren Rückgang berichten wollen. Wir müssen uns sagen, daß unsere Organisation noch lange nicht so aufgebaut ist wie es notwendig wäre, wir müssen uns gestehen, daß da irgendwas krank ist. Aus diesem Grunde beantragen wir, daß ein organisatorisches Handbuch herausgegeben werden soll. Wir bilden uns nicht ein, daß daraus alles Heil kommen kann, aber damit kann den Parteigenossen, die in den Provinzen und in Wien die organisatorische Arbeit zu leiten haben, etwas in die Hand gegeben werden. Eine Anleitung, wie die Arbeit regelrecht gemacht werden soll. Wir müssen uns eingestehen, daß wir noch sehr wenige Parteigenossen haben, die Versammlungen richtig zu leiten verstehen. Wir haben auch sehr wenig Genossen in den Provinzen, die den Wert des Katasters erkennen. Bei allen Wahlen, die durchgeführt werden, spüren wir, daß wir die notwendige Arbeit vielfach nicht getan haben. Wir legen noch zu wenig Gewicht auf die Kleinarbeit. Sie beginnt meistens erst einige Wochen vor der Wahl, das ist viel zu spät. Wenn es möglich wäre, würden wir beantragen, daß der Bildungsausschuß nicht nur theoretische Kurse, sondern auch einen praktischen Kurs einrichten sollte, einen Kurs, wie bei Wahlen gearbeitet werden soll und wie die Vorarbeiten zu Organisationen zu machen sind. Es zeigt sich, daß immer weniger und weniger Genossen zur Kleinarbeit bereit sind. Man fühlt sich vielfach zu gut dafür. Die Genossen sind für Vorträge zu haben, für Arbeiten erster Güte, aber nicht für die kleinen Arbeiten, nicht für die Häuserorganisation, nicht für die Werbung von Parteimitgliedern. Die Ausrede, da kann ich nicht mit, ich verstehe das nicht, soll durch dieses Handbuch ausfallen. Dadurch bekommen die Vertrauensmänner zugleich eine Anweisung in die Hand, wie sie sich den vielen Fragen des Lebens gegenüber, die ihnen in der Praxis vielfach vorkommen, zu verhalten haben. Hat doch ein Bezirksobmann mehr Angelegenheiten zu erledigen als ein Bezirkshauptmann. Da ist es am Platze, wenn man den Genossen eine Anweisung in die Hand gibt. Nun einige Worte zum Kassenbericht. Der Genosse Ellenbogen sagt uns, daß die Einnahmen in Oesterreich nicht derartige sind, wie sie notwendigerweise sein sollten, und wirft uns vor, daß wir nicht das geleistet haben, was wir hätten leisten müssen. Aber wir könnten uns ebenso gegen ihn wenden und ihn fragen, warum er in seinem Bericht gerade die 63 Kr. für die

Volkszünder, wie es scheint, der Mitteilung für wichtig hält. Parteigenossen, mich wundert, daß sich die Genossen nicht schämen, diese Ziffern separat einzusetzen. Für die Volkszünder hat der Parteikassier 63 Kr. eingenommen, die Steiermark aber in der gleichen Zeit 12.000 Kr. Da ist etwas nicht in Ordnung. Entweder ist unser Parteikassier ein schlechter Geschäftsmann oder wir sind hineingesprungen. (Abgeordneter Ellenbogen: Ich verkaufe nichts.) Das glaube ich schon, aber vielleicht wäre es besser, wenn Sie den Verkauf übernehmen würden. (Heiterkeit.) Es ist jedenfalls das unrentabelste Geschäft, das wir je gehabt haben. Wir haben die Volkszünder schon 12 bis 15 Jahre, und haben nicht das geleistet, was die Grazer Genossen in einem Jahre geleistet haben. Ich gebe ja zu, daß es schwer ist, jetzt etwas zu machen, nachdem die Kartellierung vorhanden ist und die Länderbank alles in der Hand hat. Wir könnten aber auf das Geschäft ganz gut verzichten und der Firma die Vignette entziehen. Freilich könnte hier ein gutes Geschäft gemacht werden. Unser Parteikassier sollte sich auch nicht immer gerade an uns wenden. Abgeordneter Skaret hat es notwendig gefunden, uns wegen der „Glühlichter" zu apostrophieren. Wir sagen es mit Stolz, daß wir in den Wiener Lokalorganisationen um die Besserstellung der „Glühlichter" gekämpft haben. Wir sind nicht schuld und können nichts dafür, daß die „Glühlichter" nicht besser geworden sind. Genosse Austerlitz war es, der am Reichenberger Parteitag gesagt hat, daß der einzige Witz der „Glühlichter" der ist, daß sie Witzblatt heißen. (Heiterkeit.) Wir versprechen aber, daß wir uns mit aller Macht dafür einsetzen wollen, daß die „Glühlichter" bald kein Defizit haben, sondern endlich einmal ein Plus. Vorläufig wird bei uns der „Wahre Jakob" mehr gelesen als die „Glühlichter". Das Blatt soll ordentliche Bilder liefern und gute Witze bringen. (Zwischenrufe.) Sie sollen ja die Witze nicht selber machen, wir wissen schon, daß Sie das nicht können, aber lassen Sie andere dazu.

**Lindner** (Graz): Die beiden Referenten über den Parteibericht, besonders Genosse Ellenbogen, haben gestern hervorgehoben, daß die steirischen Genossen sehr große Erfolge haben; sie verwiesen besonders auf die Gemeinderatswahlen in Graz, und sie meinten, daß es deshalb unerklärlich sei, daß in Steiermark die Beiträge zurückgegangen seien. Dazu habe ich zu bemerken, daß wir in Steiermark wohl nicht 1200, wie es im Parteibericht heißt, aber allerdings 700 Parteimitglieder verloren haben, daß aber das, was sonst als Rückgang erscheint, nicht ein wirklicher Rückgang ist, das kommt daher, daß wir im vorletzten Jahre einen größeren Markenvorrat angeschafft haben. Der wirkliche Rückgang ist die Bestätigung der Befürchtungen, die wir sonst in Innsbruck gehegt haben, daß man nicht ohne Nachteil Erhöhungen des Parteibeitrages vornehmen kann, wenn man nicht vorher mit den Genossen Rücksprache genommen hat. Es ist beschämend, daß die Zahl der politisch Organisierten gegenüber den Hunderttausenden gewerkschaftlich Organisierten so gering ist.

**Langer** (Wien): Auch in unserem Bezirk, Mariahilf, hat die Beitragserhöhung zur Folge gehabt, daß wir Mitglieder verloren haben. Im ersten Unmut haben die Leute gesagt, sie werden überhaupt nicht mehr zahlen, weil die Organisationen bei der Vorberatung der Erhöhung übergangen wurden. In der Beziehung ist es allerdings besser geworden, aber trotzdem verbleibt ein Mitgliederrückgang.

Ueber die Presse habe ich eine Beschwerde vorzubringen. Sie betrifft die Rubrik Parteinachrichten in der „Arbeiter-Zeitung". Genosse Austerlitz besteht streng darauf, daß diese Rubrik nur Sonntag erscheint. Doch wurde dieses Prinzip auch durchbrochen: es erfolgten auch an Wochentagen Veröffentlichungen in dieser Rubrik, aber nur für gewisse Organisationen. Entweder für alle oder für niemand. Ich meine, die Parteivertretung sollte dafür ein Regulativ herausgeben. Genosse Austerlitz sagt allerdings, wenn man öfter Veröffentlichungen haben will, sie zu annoncieren, aber die kleinen

Annoncen liest man nicht und die großen kosten viel Geld. Wir haben wohl auch die Rubrik Vereinsanzeiger, aber man hat sich gewöhnt, Parteinachrichten in der speziellen Rubrik zu suchen.

**Cermak** (Teplitz): Im Bericht der Parteivertretung wird man einige empfindliche Mängel entdecken. Nicht zum erstenmal, sondern seit jeher fehlt im Bericht eine Beschreibung des Wesens unserer Organisation, der Veränderungen und der Neuerungen. Ueber das innere Leben der Partei müßte doch auch im Bericht der Parteivertretung einiges zu finden sein. Allgemein wird in der letzten Zeit gefordert, daß die Parteigenossen durch Diskussionen über Organisationsfragen zu größerem Interesse für das Parteileben erzogen werden sollen. Aber wir werden das Interesse nur heben können, wenn die Parteivertretung in ihrem Bericht damit anfängt und so durch das Beispiel befruchtend wirkt. Ein weiterer Mangel des Berichtes ist, daß die agitatorische Bedeutung des „Volk" im Bericht nicht entsprechend zum Ausdruck kommt. Das „Volk" kann nicht bloß administrativ registriert werden. Am Kassenbericht ist zu bemängeln, daß einige Tabellen überflüssig sind. Trotzdem die Einführung des Wahlfonds große Schwierigkeiten bereitete, ist mit günstigeren Resultaten, als wir in Innsbruck annehmen konnten, abgeschlossen worden. Für die Weiterarbeit müssen wir begreifen lernen, daß die politische Organisation nun auf eigenen Füßen steht und aus Eigenem die Kraft zur Weiterarbeit finden muß. Zu den Ausführungen des Genossen Skaret über die Orte, welche die Umwandlung noch nicht vollzogen haben, möchte ich bemerken, daß in Böhmen in allen Orten schon so gearbeitet wird, als ob die Umwandlung schon vollzogen wäre, und in kürzester Zeit wird sie überall auch formell erfolgen. (Beifall.)

**Biner** (Wien): Ich möchte den Antrag Ascher befürworten, gegen den sich Genosse Emmerling so energisch gewendet hat. Ich hätte mich gewundert, wenn Genosse Emmerling einen anderen Standpunkt eingenommen hätte. Eine Verbilligung der „Arbeiter-Zeitung" würde uns Leute gewinnen, die zu uns gehören, obwohl sie noch nicht in der Organisation stehen, und diese würden so erst in die Organisation gebracht werden. Der Schwierigkeiten sind wir uns bewußt. Aber es sind ja auch schon andere überwunden worden. Ich erinnere nur an die „Arbeiterinnen-Zeitung", welche die schlimmen Zeiten überwunden hat und heute aktiv ist. Wir wollen nur nicht Arbeiterhirne der Raubmörderpresse zum Fraß hinwerfen. Vielleicht kann man im Lesestoff der „Arbeiter-Zeitung" den Frauen entgegenkommen. Wir verlangen ja vom Parteitag auch keinen Beschluß, der die „Arbeiter-Zeitung" sofort verbilligt, aber wir fordern die ernstliche Beschäftigung mit dieser Frage.

**Gröger** (Klagenfurt): Genosse Emmerling hat darauf verwiesen, wie notwendig die Verbreitung der Parteipresse ist. Aber wir stoßen auf ein großes Hindernis in dem Vertrieb unserer Parteiblätter, der Flugblätter und der übrigen Parteiliteratur durch den Bestand des Kolportageverbotes, den § 23 des Preßgesetzes. Am 17. Oktober l. J. wurde in Klagenfurt ein Parteigenosse wegen Uebertretung des § 23 zu 100 Kr. Geldstrafe verurteilt. (Hört! Hört!) Das ist ein Urteil, wie es selbst in Oesterreich einzig dasteht. Allerdings trifft dieses hohe Strafmaß zusammen mit jenen Geheimerlässen, die die Regierung an die Bezirkshauptmannschaft hinausgegeben hat. Es ist daher dringend notwendig, daß die Parteivertretung im Einvernehmen mit der Fraktion im Abgeordnetenhause eine Aktion unternimmt, um eine Reform des alten Preßgesetzes herbeizuführen oder doch mindestens die Beseitigung des veralteten § 23 durchzusetzen.

Abgeordneter **Neumann**: Gegenüber dem Genossen Gröger mache ich aufmerksam, daß unsere Fraktion, seitdem sie überhaupt besteht, unentwegt für die Reform des Preßgesetzes eingetreten ist, und daß zur Beschleunigung der Preßreform solche Aktionen immer wieder stattfinden, wenn sich dazu eine Gelegenheit bietet. Es verdient unsere vollste Aufmerksamkeit, daß die

Beitragsleistung für die Parteibedürfnisse 200.000 Kr. beträgt. Der Bericht verschweigt aber, daß die Bedürfnisse viel größer sind. Der Rückgang in der politischen Organisation wird auf die Formen zurückgeführt, unter denen sich die Erhöhung der Beitragsleistungen vollzogen hat. Aber seit dem Innsbrucker Parteitag ist eine geraume Zeit verflossen und es hätte sich schon zeigen können, ob wir die Schwierigkeiten überwunden haben. Aber das ist keineswegs der Fall. Wir finden einen Rückgang, obwohl von den Vertrauensmännern alles darangesetzt worden ist, die Notwendigkeit der Beitragserhöhungen allerorts plausibel zu machen. Wir müssen uns sagen, daß jede Beitragserhöhung bei den Gewerkschaften einen gewissen Rückschlag auf die Beiträge der Partei ausübt. Wir haben nun von jeher getrachtet, daß die Partei nicht ein Anhängsel der Gewerkschaft sei. Von allem Anfang an haben wir immer die äußerliche Trennung der politischen Partei und der Gewerkschaft im Auge gehabt. Die politische Organisation hat ja an dem Ausbau und an der Wiedererschaffung der Gewerkschaften den allergrößten Anteil genommen; eigentlich war es die politische Bewegung, die die modernen Gewerkschaften geschaffen hat. (Zustimmung.) Es hat eine Zeit gegeben, wo das politische Sekretariat und das gewerkschaftliche vereint war. Die Errichtung eines eigenen gewerkschaftlichen Sekretariats hat zwar Mittel der Partei entzogen, aber die Trennung war eine Notwendigkeit, der wir uns nicht entziehen konnten. Eine spezielle politische Organisation muß nun aber auch eine Steuer für ihre Arbeiten selbst aufbringen, soll nicht ein Zustand wieder eintreten, wo die Partei abhängig ist von der Unterstützung der Gewerkschaften. Gewiß wird dies viele Arbeit kosten. Wenn der Genosse Sever ein Handbuch für notwendig hält, so muß ich bemerken, daß in der Provinz viele Parteigenossen aus der alten Schule hervorgegangen sind, die genau wissen, wie die Arbeit zu leisten ist. Dort wird die Leitung der Versammlung oft viel besser besorgt als in Wien. Die Notwendigkeit eines solchen Handbuches besteht meiner Meinung nach nicht. Das Buch wird keinesfalls einen Eindruck auf unser ganzes Organisationswesen machen. Was in den Provinzen versäumt wird und was sich bei den Wahlen rächt, ist gerade der mangelhafte Ausbau der politischen Organisation. Unsere Genossen meinen, der Häuserkataster hätte in der Provinz keinen Wert, sie kennen jeden Parteigenossen und kennen die Gesinnungen jedes einzelnen Bewohners und glauben, damit ist alles geschehen. Sie wissen, der ist Sozialdemokrat, der ist Deutschnationaler, der ist ein Christlichsozialer, und versuchen dann auf Grund dieses Wissens oft nicht einmal die Gegner zu uns heranzuziehen.

**Pülsl** (Liesing): Als Delegierter des Bezirkes Liesing, als welcher ich am Innsbrucker Parteitag den Antrag auf Gründung eines kommunalen Blattes begründet habe, konstatiere ich, daß wir mit dem Bericht des Genossen Skaret über diesen Antrag vorläufig zufrieden sind. Es freut uns, daß die Parteivertretung dem ernsten Wunsche aller der Partei angehörigen Gemeindevertreter Rechnung getragen hat und an die Herausgabe eines Blattes für die Gemeindevertreter schreitet. Wir werden darüber in der Konferenz der Gemeindevertreter, welche heute abends abgehalten wird, noch ausführlicher sprechen und werden dort sehen, ob die Parteivertretung gewillt ist, auf diesem Wege weiterzufahren. Eines aber fühle ich mich veranlaßt schon jetzt zu erwähnen, nämlich, wenn schon etwas gemacht wird, so soll es etwas Ganzes sein. So wie es aber geplant ist, als Beilage zum „Kampf" alle Vierteljahr erscheinen zu lassen, ist es nur eine halbe Sache, welche gar nichts nützen würde. Ich habe den Auftrag einer Gemeindevertreterkonferenz von meinem Bezirk, energisch dafür einzutreten, daß endlich einem notwendigen Bedürfnis Rechnung getragen und für die Genossen Gemeindevertreter etwas gemacht wird. Ich ersuche deshalb, uns das zu geben, was wir schon solange notwendig brauchen, und wenn etwas geschaffen wird, so soll es etwas Ganzes sein. Dafür werde ich heute bei der Gemeindevertreterkonferenz eintreten.

**Hesky** (Lundenburg): Genosse Skaret hat den Rückgang der politischen Organisation darauf zurückgeführt, daß die Vertrauensmänner der Provinz lässig seien und zu wenig Interesse für sie haben. Ich glaube, diesen Vorwurf zurückweisen zu müssen. Es muß der Vorwurf gegen die Parteivertretung erhoben werden, daß die Provinz viel zu stiefmütterlich behandelt wird. Es schlummern Talente in der Provinz, die nicht aus der alten Schule stammen. Sie zu wecken, ist Sache der Parteileitung, der Landespartei oder der Reichspartei. Man sollte die Genossen so unterstützen wie es der Volksbildungsverein tut, der Wanderlehrer hinausschickt.

**Rösch** (Stockerau): Wenn man die Berichte der Parteivertretung liest und hört, muß man zu dem Schlusse kommen, daß an allen Uebelständen nur die Vertrauensmänner die Schuld tragen, wogegen die Parteivertretung so unschuldig ist wie ein neugebornes Kind. Es war nun gewiß keine Kleinigkeit, den in der bekannten Weise in Innsbruck gefaßten Beschluß über die Einführung des Wahlfonds zur Durchführung zu bringen. Wie ungeheuer groß die Schwierigkeit war, ist nur den Vertrauensmännern bekannt, die sich mit dieser Aufgabe zu beschäftigen hatten. Ich bin überzeugt, daß die Parteivertretung von dieser Schwierigkeit entfernt nicht so viel weiß, wie die, die sie unmittelbar zu überwinden haben. Nun ist kein Zweifel, daß auch bis zu einer gewissen Grenze an den Vertrauensmännern die Schuld liegt, daß unsere politische Organisation durch den Wahlfonds Verluste zu verzeichnen hat. Ich glaube, behaupten zu können, daß auch die Gewerkschaftskommission ein Teil der Schuld trifft. Trotzdem sie zugesagt hat, daß bei der Durchführung des Beschlusses den Vertrauensmännern alle Unterstützung zuteil werden wird, müssen wir wahrnehmen, daß das nicht der Fall ist. Den gewerkschaftlichen Vertrauensmännern würde eine große Rolle zufallen, indem sie in den Betrieben den neueintretenden Arbeiter nicht nur nach der gewerkschaftlichen, sondern auch gleichzeitig um die Zugehörigkeit zur politischen Organisation zu fragen hätten. Wenn man ins Auge faßt, von welchen Massen Schundliteratur die Arbeiterschaft überschwemmt wird, taucht die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, den Preis der „Arbeiter-Zeitung" und der übrigen Parteipresse einigermaßen zu verbilligen, damit wir der Schundliteratur entgegenarbeiten können.

Auch ich begrüße die Schaffung des Gemeindeblattes, weil wir eine große Zahl von Gemeindevertretern haben, die von den Aufgaben in der Gemeindepolitik noch nicht so durchdrungen sind, wie es erforderlich wäre. Sie brauchen ein Blatt, aus dem sie alles schöpfen, was sie als Gemeindevertreter nötig haben. Darum ist das Blatt eine unbedingte Notwendigkeit. Doch muß ich mich zur Wehr setzen dagegen, daß es als Beilage des „Kampf" erscheint. Wir müssen ein Blatt haben, das ohne „Kampf" zugänglich ist, damit es die möglichst weite Verbreitung findet.

**Schütz** (Wien): Der Berichterstatter über die Presse hat herbe Worte darüber gesprochen, daß so viele Genossen noch immer nicht die „Arbeiter-Zeitung" lesen. Wir in den äußeren Bezirken bekommen die „Arbeiter-Zeitung" nicht rechtzeitig. Ich bitte Sie, darauf hinzuwirken, daß jeder Arbeiter um 6 Uhr früh die Zeitung bekommt.

Genossin **Popp**: Ich will von der Wahrheit nichts verhehlen. Die Beitragserhöhung bei den Frauen ist noch nicht in allen Ländern durchgeführt, vor allem nicht im Lande Böhmen, wo wir die meisten organisierten Frauen haben. In Böhmen wird die Beitragserhöhung erst vom 1. Jänner 1913 an in Wirksamkeit treten. Viele Orte und Kreise nehmen zwar schon jetzt erhöhte Beiträge ein, aber im ganzen Lande ist die Beitragserhöhung noch nicht durchgeführt. Ich möchte auf jene Genossen, die der Meinung sind, daß ihre Organisationen durch die Beitragserhöhung Schaden erleiden, einwirken, daß sie das, was Genosse Skaret hier gesagt hat, auch für Ihre Orte zur Richtschnur nehmen sollen. Die Genossinnen wehren sich in vielen Kreisen gegen die Beitragserhöhung auf 40 H. im Monat, aber keine einzige hat sich dagegen ausgesprochen, daß die Frauen eine Leistung für den Wahlfonds aufbringen sollen. Nur die erhöhte Beitragsleistung

erregt Unwillen. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, jene beunruhigten Orte zu beruhigen und dem nächsten Parteitag berichten zu können, daß wir wieder mehrere tausend neue Mitglieder gewonnen haben. Dazu ist aber notwendig, einen Appell an die Genossen zu richten. Es ist unser Bestreben, im Einvernehmen mit den Genossen in der Parteiorganisation zu arbeiten. Wo das geschieht, haben wir die größten Erfolge. Wir könnten aber in vielen Orten weit mehr Mitglieder haben, wenn überall diese gemeinsame Arbeit stattfinden würde. Es gilt dabei zu bedenken, daß nicht alle Genossinnen die ihnen im Organisationsstatut eingeräumten Rechte genau kennen. Nicht überall weiß man, daß den Frauen das Recht zusteht, in der Lokalorganisation eigene Vertreter zu haben. Dort nun, wo die Frauen keine Vertreter in der Lokalorganisation haben, fehlt das Einvernehmen mit den Vertrauensleuten und die Aktionen der Frauen gehen vielfach gegen die Aktionen der Parteigenossen vor sich. Daraus entsteht Zwist und in weiterer Folge ein Rückgang der Organisation oder zumindest wird kein Fortschritt erzielt. Da sollten vor allem die Genossen überall, wo dieses Recht von den Frauen nicht angesprochen wird, darauf dringen, daß auch die Frauen Vertreterinnen in die Lokalorganisationen schicken. Die Genossen werden es gewiß freudig begrüßen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" darangeht, im Jänner, womöglich aber im Dezember, eine neue Einführung zu treffen. Zwei Seiten des Blattes werden dazu benützt werden, um den Frauen Anleitungen im Zuschneiden von Kleidern, von Kinderkleidern, Blusen, ferner belehrende Artikel in dieser Richtung zu geben. Wir haben eine der sachverständigsten Kräfte dazu gewonnen und alles Notwendige ist bereits in Vorbereitung. Es wird nicht eine Modenzeitung sein, sondern ein praktischer Behelf für die Frauen der Arbeiter, für die Mütter der Arbeiterkinder, damit sie diese Arbeiten machen können, die sie heute unter den schweren Verhältnissen machen müssen, und auch auf diesem Gebiet Belehrung und Hilfe finden. Ich muß auch im Interesse der „Arbeiterinnen-Zeitung" auf den § 23 des Preßgesetzes zu sprechen kommen. Es ist hohe Zeit, daß wir gegen diesen § 23, von dem wir schon seit so langer Zeit reden und der gerade jetzt wieder lebendig zu werden beginnt, eine entschiedene neuerliche Aktion einleiten. Ich weiß, daß unsere Fraktion im Parlament in dieser Richtung vorgeht, ich will nur zum Ausdruck bringen, daß mit dem Falle dieses Schandparagraphen auch die Verbreitung unserer Parteipresse eine bessere wird. (Beifall.)

**Schlager** (Leoben): Es werden überall Vorträge gehalten über die Schundpräparate, jene Heilmittel, die sich niemand kaufen soll, weil sie nichts nützen, und doch werden auch in der Arbeiterpresse Hunderttausende der verschiedensten Reklamedruckschriften verbreitet und verteilt, die zum Ankauf dieser verschiedenen Heilmittel auffordern. Ich gebe dem Wunsche Ausdruck, daß die Verwaltungen der Parteiblätter die Empfehlung dieser berühmten Heilmittel für die Zukunft mindestens einschränken. Es ist das geradezu eine Landplage, besonders in den Gewerkschaftsblättern wird das vielfach kultiviert. Außerdem werden noch im Inhalt des Blattes Abhandlungen darüber gegeben über alles Gute, was angeblich von diversen Heilmitteln zu erwarten ist, wenn man sich den Körper damit anfüllt. Es wird heute vielfach gesagt, wir müssen billigere Zeitungen haben. Das ist eitel Holler. Mit den billigen Zeitungen ist nichts anzufangen. Wir können doch nicht auf ein Niveau herabgehen, auf dem diese Bildelpresse steht. Wenn wir das nicht tun, so können auch Sie in Wien kein billiges Blatt herausgeben. Und selbst wenn es nur 2 H. kostet. Sie werden damit nicht vom Fleck kommen. Es kommt eben in Betracht, daß ununterbrochen agitatorische, organisatorische Arbeit geleistet wird. Wir haben die Wahrnehmung gemacht, daß der Innsbrucker Parteitagsbeschluß bezüglich Erhöhung der Beiträge weitaus weniger Schwierigkeiten verursacht hat, als wir selbst erwartet haben. Viel wichtiger ist ein anderes Moment, das die Entwicklung der Parteiorganisation aufhält. Die Funktionäre der politischen Organisation sind mit zu viel Vereinsarbeit überhäuft. Da gibt es Radfahrervereine,

dann kommen „Naturfreunde", Abstinentenvereine, Leichenverbrennungsvereine; eine Anzahl von Genossen ist in allen diesen Vereinen festgehalten und mit Funktionen überhäuft. Wir haben Parteigenossen, die in zehn bis zwölf Vereinen nicht nur Mitglieder, sondern auch Funktionäre sind. Das greift auch in der Provinz immer mehr um sich. Schließlich verdrießt die Sache, die Genossen schütteln einzelne Funktionen ab, und merkwürdigerweise die Funktionen in der politischen und gewerkschaftlichen Organisation, was doch die wichtigsten Funktionen sind. Die Parteivertretung muß endlich Einfluß nehmen, daß diese ungeheuer fortschreitende Neugründung der verschiedenartigsten Vereine nicht weitergreift. Ich begrüße es, daß wir endlich ein Organ für die Gemeinderäte erhalten. Die Reichsparteivertretung muß trachten, daß etwas mehr Einheit in die Taktik unserer Gemeindevertretungen kommt.

**Landkammer** (Wien): Ein Hauptgrund, daß die Leser der „Arbeiter-Zeitung" abfallen, ist die verspätete Zustellung der „Arbeiter-Zeitung". Darunter leiden besonders Bezirke, die von der Expedition weit entfernt sind. Der Arbeiter kann ja nicht bis gegen 7 Uhr auf seine Zeitung warten. Die meisten Arbeiter müssen schon vor 6 Uhr morgens in die Arbeit. Wenn die Bildelpresse rechtzeitig zugestellt werden kann, dann muß dies auch für die „Arbeiter-Zeitung" möglich sein.

**Wolf-Schwertner** (Kratzau): Es wurde heute von einigen Rednern darauf hingewiesen, daß die Beitragserhöhung nicht in so hohem Maße den Mitgliederaustritt zur Folge hatte, als befürchtet wurde. Ich möchte davor warnen, daraus für die Zukunft die Konsequenz zu ziehen, daß es wieder so leicht gehen werde. Festgestellt muß werden, daß die Folgen dieser Erhöhung im heurigen Parteibericht gar nicht zum Ausdruck kommen, da der Bericht nur bis zum 30. Juni 1912 zusammengestellt ist, die Beitragserhöhung aber erst am 1. Juli 1912 in Kraft getreten sei. Es wird sehr viel davon gesprochen, daß die Gewerkschaften ihre Pflicht in der Zuführung von Genossen an die politische Organisation nicht ganz erfüllen. Aber die Dinge liegen denn doch anders. Die gewerkschaftliche Organisation bietet dem Arbeiter für seine Beitragsleistung ein Aequivalent, was bei der politischen Organisation nicht der Fall ist. Der Arbeiter aber ist gezwungen, mit jedem Heller, den er ausgeben soll, zu rechnen. Wichtig ist auch die genossenschaftliche Organisation. Es gibt große Orte, wo sich diese Organisation schon ziemlich eingelebt und auch unter den indifferenten Arbeitern einen großen Anhang gewonnen hat. Deshalb ist es sehr notwendig, die genossenschaftlich Organisierten auch zu politisch Organisierten zu machen. Unter Umständen könnte sonst sogar die genossenschaftliche Organisation Schaden leiden, wenn man dies verabsäumt.

**Skaret:** Ich habe in meinem Bericht vergessen, über den Antrag Hueber, den Schutz der nationalen Minoritäten auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, zu berichten, der auf dem Innsbrucker Parteitag der Parteivertretung zugewiesen wurde. Bezüglich dieses Antrages teile ich mit, daß wir im Einvernehmen mit Genossen Hueber beschlossen haben, diesen Punkt vorläufig zurückzustellen, und zwar deshalb, weil wir als deutscher Parteitag allein nicht kompetent sind, in dieser Frage zu entscheiden. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen, damit es nicht, wie einige befürchteten, zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte. Was die abgeführte Debatte anlangt, so ist festzustellen, daß eigentliche böse Anklagen gegen die Parteivertretung nicht vorgekommen sind. Der von einigen Seiten behauptete Grund für den kleinen Rückgang unserer Mitgliederzahl, der ja in der mangelhaften Berichterstattung seinen Grund haben kann, wurde immer darin gesucht, daß wir auf dem Innsbrucker Parteitag eine Beitragserhöhung vorgenommen haben. Aber haben wir dies denn getan? Wir haben nur, weil für unsere Wahlkämpfe die notwendige Vorsorge nicht getroffen war und weil die notwendigen Reserven nicht beigestellt werden konnten, uns bemüßigt gesehen, einen Wahlfonds einzuführen, dessen Beiträge gleichzeitig mit den

regelmäßigen Beiträgen eingehoben werden sollen. Es handelt sich um Beiträge, die nicht für die Agitation dienen, sondern ausschließlich für die Wahlkämpfe reserviert bleiben sollen. Da wurde nun betont, daß diese Einführung und die Art ihrer Einführung vielfach mit schuld an der Mißstimmung tragen soll. Uebrigens ist ja die Beitragserhöhung rechtskräftig erst mit dem 1. Juli, praktisch allerdings schon von einzelnen Organisationen im Jänner, Februar und März. In Wien selbst hat das keine Verluste nach sich gezogen, wiewohl auf dem Innsbrucker Parteitag die gesamten Wiener Delegierten einen großen Mitgliederverlust prophezeit haben. In dieser Richtung also waren keine Verluste zu konstatieren. Wenn gesagt wird, es darf in Zukunft derlei nicht mehr geschehen, was auf dem Innsbrucker Parteitag geschehen ist, so will ich die Genossen damit beruhigen, daß wir in dem neuen Organisationsstatut, über das noch gesprochen werden wird, Vorkehrungen getroffen haben, daß derartige Dinge sich nicht mehr ereignen können. Um die damalige Sachlage selbst zu erklären, erinnere ich Sie daran, daß wir nach den Reichsratswahlen 1911 in der Parteivertretung vor eine Zwangslage gestellt worden sind. Hätte uns eine vorzeitige Auflösung des Hauses getroffen, so hätten die Parteigenossen und Delegierten mit eben solchem Rechte sagen können, die Parteivertretung hat es versäumt, für derartige Vorkommnisse Vorsorge zu treffen. Darum sind wir damals in letzter Stunde vor dem Innsbrucker Parteitag mit dem Antrag erschienen, und die bessere Einsicht und die Vernunft hat den Sieg davongetragen.

Es wurde über die Volkszünder gesprochen; gewiß hätten wir auf sie mehr Sorgfalt verwenden können, und ich leugne nicht, daß daraus eine erhebliche Einnahme für die Partei hätte erfolgen können. Doch möchte ich hier nicht alle Schwierigkeiten aufzählen, die uns ob der Einführung gemacht wurden; aber ich meine, wir werden auch hier einen Weg finden, um Abhilfe zu schaffen. Genosse Sever, der zu denen gehörte, die in der Wiener Lokalorganisation gegen die Ausgestaltung der „Glühlichter" gewesen ist, hat erklärt, jetzt seien sie besser. Wir nehmen dieses Lob dankend zur Kenntnis, müssen aber feststellen, daß sich trotz der Meinung Severs die Auflage nicht gehoben hat; wenn sie nicht gesunken ist, trotz der ablehnenden Haltung der Genossen in Wien, so deshalb, weil der Wiener Ausfall in Deutschland, dessen „Wahrer Jakob" als Musterblatt angeführt wird, gedeckt wurde.

Cermak bemängelte den Bericht, er fand, daß eine sogenannte Parteibeschreibung fehlt. Ich hätte gewünscht, daß er sich deutlicher ausgedrückt hätte, was er darunter versteht. Wir zählen doch in unserem Bericht alle Einzelheiten über die Parteibewegung auf, schildern genau die Fortschritte, besprechen die Parteiereignisse und die Statistik enthält auch die Ziffern des vorhergegangenen Jahres, damit man sich genau unterrichten könne, wie weit wir vorgeschritten sind. Ich glaube, mehr an Beschreibung der Vorgänge des letzten Jahres zu bringen ist nicht möglich. Ich habe noch folgende Sache zu erwähnen: Es kommt oft vor, daß die Genossen die Absicht haben, Arbeiterheime zu bauen — oft mit Recht, denn in vielen Orten ist kein Lokal zur Abwicklung der Parteitätigkeit — aber es geht nicht an, Arbeiterheime auf nichts zu gründen; doch ebensowenig geht es an, die finanzielle Lösung darin zu suchen, Zirkulare an alle Arbeiterorganisationen ganz Oesterreichs zu schicken und darin Spenden für ein bestimmtes Arbeiterheim zu verlangen. Ich erkläre hier, daß ein solches Vorgehen unzulässig ist und daß es absolut nicht angeht, derartige Schnorrereien innerhalb der Parteiorganisationen zu betreiben. Hesky meint, es sei auch schuld der Parteivertretung, daß es nicht besser stehe, weil nicht Instruktoren für organisatorische Fragen in größerer Zahl hinausgeschickt werden. Ich glaube, wir könnten Fachlehrer hinausschicken, soviel es seien, sie würden nur immer von einem engen Kreis angehört werden, aber an dem Wichtigsten würde sich nichts ändern, der Werbearbeit im kleinen am Orte. Wenn der Lokalausschuß seine Pflicht nicht erfüllt, gibt es keinen Fortschritt. Auch die Genossen haben recht, die erklärten, wir sollen nicht zu den Indifferenten gehen, sondern zu

den Gewerkschaften und ihnen klarmachen, daß sie die Pflicht haben, der politischen Organisation anzugehören. So oft solche Werbeaktionen gemacht worden sind, haben wir auch einen Fortschritt zu verzeichnen. Diese Aktionen sollen öfter und regelmäßiger unternommen werden.

Ich habe noch den Antrag der Bezirksorganisation Freiwaldau zu besprechen, der einheitliche und einfache Abrechnungsformulare verlangt. Das ist aber eine Angelegenheit der Landesorganisationen, die am besten selber entscheiden können, wie sie zweckmäßig mit den Bezirksorganisationen verrechnen. Ich beantrage die Zuweisung des Antrages an die Parteivertretung und stelle mir die Zuweisung in diesem Falle als eine Empfehlung an die Landesorganisationen vor.

Genosse Sever hat den Antrag auf Herausgabe eines organisatorischen Handbuches gestellt. Wir sind nie abgeneigt, etwas Nützliches zu schaffen; ich befürchte nur, daß wir auch infolge eines solchen Handbuches nicht einen Schritt weiterkommen. In unseren Taschenkalendern stehen doch die ausführlichsten Instruktionen. Das, was Sever will, hat auch die „Bildungsarbeit" in sehr eingehenden Artikeln behandelt. Trotzdem bitte ich, den Antrag der Parteivertretung zuzuweisen, wir werden gewiß alles tun, was wir für die Sache nützlich halten. (Beifall.)

**Hueber** (zur tatsächlichen Berichtigung): Ich stelle fest, daß es unrichtig ist, daß die Gewerkschaftskommission ihr Versprechen, uns beim Ausbau der politischen Organisation zu unterstützen, nicht gehalten hat. Wir haben nach dem Reichenberger Parteitag die freie Organisation zu einer Besprechung einberufen und diese ist einstimmig dem Beschluß der Kommission, die Partei in der Sache zu unterstützen, beigetreten. Die Kommission hat weiters bei jeder Anfrage ihre Pflicht erfüllt, indem sie nahegelegt hat, daß die gewerkschaftlich Organisierten die Zahlung nur dann einstellen können, wenn sie die Pflicht erfüllen, die Mitglieder der politischen Organisation zuzuführen. Aber die Kommission kann die politische Organisation nicht ausbauen. Wo man die Sache versteht, geht sie auch vorwärts. Es ist nur nicht angebracht, das betriebsweise zu machen, weil die Leute in großen Städten in verschiedenen Bezirken und auf dem Lande in verschiedenen Orten wohnen. Machen Sie das nach der Wohnung, werden Sie Erfolg haben. Wo man systematisch für den Ausbau sorgt, sind Erfolge zu verzeichnen. Ich bin freilich mit der Mitgliederzahl der politischen Organisation, besonders in Wien, durchaus nicht zufrieden. In Wien stehen 113.000 gewerkschaftlich Organisierte außerhalb der politischen Organisation, freilich ist das durch besondere Verhältnisse verursacht; es würde aber auch hier anders sein, wenn man systematisch arbeitet. Sie dürfen nicht warten, bis die Organisation zu Ihnen kommt, sondern müssen sich um die gewerkschaftlich Organisierten selbst bekümmern und Besprechungen mit diesen abhalten. Wenn Sie das ein halbes Jahr ununterbrochen tun, werden Sie in Wien um 40.000 Mitglieder mehr haben. Die politische Organisation soll aber nicht eine rein administrative Organisation sein, es muß politisches Leben geben, es müssen Diskussionen geführt werden, damit die Genossen ein Interesse an der politischen Organisation bekommen. Nicht nur einmal sollen solche Diskussionen abgehalten werden, das ganze Jahr braucht es politisches Leben. Beachten Sie, daß aber der Gewerkschafter nicht Sozialdemokrat sein muß, denn die Gewerkschaft fragt ihn nicht danach, und daß er eben deshalb wieder die politische Organisation verlassen kann. Hier scheint eben ein Fehler zu stecken, hier kommt es vor, daß die Arbeit nicht systematisch fortgeführt wird. In einzelnen Ländern haben Sie gar keine Differenz zwischen der Anzahl der gewerkschaftlich und politisch Organisierten. Schauen Sie auf das Musterland Steiermark, dessen politische Organisation nicht wartet, daß man ihr Mitglieder bringt, sondern die sie sich selbst holt. (Beifall.)

Vorsitzender **Tomschik** begrüßt den Genossen Simon, Mitglied des Deutschen Reichstages und bayrischer Landtagsabgeordneter. (Beifall.)

Dr. Ellenbogen (Schlußwort): Ich bin bereit, dem Wunsche des Genossen Cermak in Bezug auf die Detaillierung der Ausgaben im nächstjährigen Bericht nachzukommen. Die Frage des Genossen Cermak nach der Bedeutung der statistischen Tabellen kann ich nur dahin beantworten, daß sie zur Orientierung des Genossen da sind. Ich danke dem Genossen Huber dafür, daß er uns bezüglich der Gewerkschaften auf den zweckmäßigen Weg gewiesen. Wir werden die Hilfe der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner für den Ausbau der Parteiorganisation in Anspruch nehmen, mehr habe ich ja nicht gewünscht, und wir werden den Weg, den er uns gewiesen, insbesondere in Wien betreten. Dem Genossen Czermak aber möchte ich erwidern, daß die Differenz zwischen 145.000 politisch Organisierten und 450.000 gewerkschaftlich Organisierten doch zu groß ist. Wenn man von den 450.000 selbst 150.000 Gewerkschafter, die den anderen Nationen angehören, wegnimmt, so bleibt noch immer das betrübende Ergebnis, daß die Hälfte der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht in der politischen Organisation ist; die Genossen aus Steiermark haben mich aufgeklärt, daß der scheinbare Rückgang im Bericht darauf zurückzuführen ist, daß sie im Vorjahr zu viel Marken bezogen haben, so daß dieser Rückgang nur eine Frage der Verrechnung war. Zur Frage der Zünder, die der Genosse Sever angeschnitten hat, muß ich nur bemerken, daß er vollkommen recht hat. Die Sache ist zurückzuführen auf den Vertrag, der vor längerer Zeit abgeschlossen wurde, und im Sekretariat machen sich Bestrebungen geltend, ihn abzuändern. Wenn aus der Sache ein Geschäft werden soll, was sehr zu wünschen ist, so werden wir allerdings auf die Mithilfe der Genossen rechnen müssen. Insbesondere auf die Hilfe des Konsumvereines.

Dann wird die

Abstimmung

vorgenommen. Sie hat folgendes Ergebnis:

Antrag 3 und 4, die „Wahrheit" in Asch und die „Arbeiter-Turnzeitung" als Parteiorgane anzuerkennen, werden angenommen.

Antrag 2 — daß die Parteivertretung alle ihre offiziellen Publikationen rechtzeitig an alle Parteiblätter versenden solle, daß ihre Veröffentlichung an demselben Tage in der „Arbeiter-Zeitung" erfolgen kann —, Antrag 5 — die „Arbeiter-Zeitung" soll zweimal täglich erscheinen —, Antrag 6 — die Lage der Privatangestellten auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen —, Antrag 7 — daß für alle Lokalorganisationen einheitliche und einfache Abrechnungstabellen geschaffen werden —, Antrag 8 — in den nicht von Sozialdemokraten vertretenen Wahlkreisen Versammlungen abzuhalten, in welchen alljährlich ein parlamentarischer Tätigkeitsbericht erstattet wird — sowie der Antrag Sever-Hackenberg auf Herausgabe eines organisatorischen Handbuches werden der Parteivertretung zugewiesen.

Antrag 10, eine Kommission zu wählen, die das Problem einer größeren Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung" durch Verbilligung zu studieren hätte, wird abgelehnt.

Der Vorschlag, die Tagesordnung dahin abzuändern, daß nun der Bericht über die Aenderung des Organisationsstatuts erstattet wird, wird angenommen, damit die einzusetzenden Kommissionen genug Zeit haben zu ihrer Beratung. Es werden sodann anschließend der Punkt Fraktionsbericht und dann der Punkt Gesamtexekutive in Verhandlung kommen.

## Aenderung des Organisationsstatuts.

Referent Seitz: Wir haben das Organisationsstatut auf dem Parteitag in Reichenberg einer Revision und Aenderung unterzogen. Dort galt es, zunächst eine wichtige und für die Parteientwicklung bedeutende Reform durchzuführen: nämlich die Einführung der Parteimitgliedschaft. Da uns

in Reichenberg hauptsächlich die Durchführung dieser Idee am Herzen lag, konnte man sich mit den schon damals notwendigen Aenderungen des Statuts nicht befassen. Sie wurden aber immer dringender und die Parteivertretung hat in Innsbruck aus eigener Initiative den Antrag gestellt, sie möge beauftragt werden, eine umfassende Aenderung des Parteistatuts vorzunehmen. Eine Aenderung, die klar und deutlich zum Ausdruck bringt die Rechte der einzelnen Mitglieder, der Korporationen und Parteiinstanzen, die Einordnung aller von der Partei im Laufe ihrer Entwicklung geschaffenen Institute. Ein solches Statut wäre eigentlich ein ganz neues Statut. Wir hatten in Innsbruck die Hoffnung, es Ihnen vorlegen zu können. Aber wir waren noch nicht weit gekommen, als wir erkannten, daß es doch nicht so ohneweiters geht. Ein Statut ist eigentlich eine Verfassung. Verfassungen aber *werden* im Laufe der Geschichte. Gute Verfassungen kommen selten zustande durch eine einmalige Aktion. Wir haben gesehen, daß wir mit dem seit dem Hainfelder Parteitag in der Partei historisch Gewordenen rechnen müssen, daß wir, ich möchte sagen, Empfindungen berücksichtigen müssen. Es gibt ja nichts Konservativeres als die Demokratie. Nirgends können Aenderungen der Organisationsbestimmungen schwieriger durchgeführt werden als gerade in einer demokratischen Partei. Wir müssen uns also begnügen, Ihnen einige der notwendigsten Aenderungen vorzuschlagen und die Erfüllung unseres Ideals späteren Zeiten vorbehalten, als Resultat einer allmählichen Entwicklung zu erhoffen. Wenn also bei den Delegierten des Parteitages die Absicht besteht, uns vorzuwerfen, daß wir noch sehr viele veraltete und nicht ganz zweckmäßige Bestimmungen belassen haben, so nehme ich diesen Vorwurf vorweg, die Kommission ist sich dessen vollkommen bewußt.

Wir haben zunächst vollendet, was auf dem Innsbrucker Parteitag begonnen wurde. Während das Reichenberger Statut noch sagt, daß der politische Verein als Grundlage *anzustreben* sei, bestimmen wir nunmehr, daß der politische Verein die Grundlage sein *muß*. Damit soll endgültig festgestellt werden, wer Parteimitglied ist. Es muß aufgeräumt werden mit dem alten Usus, daß jeder, der eine nebelhafte Vorstellung davon hat, was Sozialdemokratie ist; jeder, der bei irgendeiner Wahl seinen Stimmzettel mit dem Namen eines sozialdemokratischen Kandidaten ausfüllt; daß jeder, der in eine Versammlung kommt, dem Referenten Beifall klatscht und der Resolution zustimmt, ohneweiters Sozialdemokrat ist. Es wird festgelegt, daß nicht derjenige, der sich zum Programm bekennt, schon dadurch Parteimitglied ist, sondern nur derjenige, der auch alle Pflichten eines Parteigenossen auf sich nimmt. Dadurch wird auch gesichert, daß die Partei nicht abhängig wird von schwankenden Elementen, sondern daß sie geleitet und in ihrer Richtung, in ihren Aktionen bestimmt wird durch diejenigen, die dauernd Pflichten auf sich genommen haben. So gewinnen wir auch die Möglichkeit, und dies ist im Statut vorgesehen, auf der Grundlage eines sicheren, dauernden Mitgliederstandes die gesamte Organisation aufzubauen. Der § 11 sieht dies vor.

Die oberste Instanz ist der Parteitag. Die Bestimmungen über ihn sind einer genauen Revision unterzogen worden. Zunächst wird festgelegt, was schon einem Innsbrucker Beschluß entspricht, daß der Parteitag alljährlich einzuberufen sei. Beim Stande unserer Entwicklung ist dies unerläßlich. Wir haben ja auch die Erfahrung, daß es für jeden Parteitag genug Arbeit gibt. Es ist notwendig, daß die Fraktion mit den Vertrauensmännern in Fühlung kommt. Ich möchte mich daher namens der Parteivertretung entschieden gegen Anträge aussprechen, die uns auf frühere Verhältnisse zurückführen wollen und den Parteitag nur jedes zweite Jahr wünschen. Für die Zusammensetzung des Parteitages hatten wir ursprünglich einen Plan, der manchem der vorliegenden Anträge entsprechen würde und den Parteitag zu einem regelrechten Arbeiterparlament machen würde: nämlich die Wahl zum Parteitag nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchzuführen. Es liegen auch Anträge vor, die Zahl der Delegierten

jeder Organisation von deren Mitgliederzahl abhängig zu machen. Parteigenossen! So wünschenswert es wäre, die Verhältniswahl durchzuführen, so stehen dem leider sehr große Hemmnisse entgegen. Und gerade hier zeigt sich das Schwergewicht der historischen Entwicklung. Die Parteitage sind gewissermaßen Sozialisten- und Gewerkschaftskongresse, sie sind zusammengesetzt wie der internationale Kongreß, und die Partei hat davon großen Nutzen. Es wäre sehr bedauerlich, wenn nicht alle Organisationen, die nach den Grundsätzen der Sozialdemokratie und für sie wirken, vertreten wären. Diese Vertretung aber stört eine rein verhältnismäßige Vertretung. Es muß daher diese Frage gründlich studiert werden, ehe wir an eine Lösung herantreten. Wir schlagen Ihnen daher vor, die Anträge auf Einführung der Verhältniswahl abzulehnen, nicht etwa, weil wir das Grundprinzip für schlecht hielten, sondern weil wir glauben, daß die Sache noch eines eingehenden Studiums bedarf. Der nächste Grundsatz ist der der Urwahl. Es ist angeregt worden, die Delegierten von den einzelnen Mitgliedschaften direkt wählen zu lassen. Auch diese Anregung ist gut, aber ihre Durchführung ist heute vielenorts noch nicht möglich.

Vielfach ist der Wunsch geäußert worden, die Berichte, die die Grundlage der Debatte bilden, früher zu erstatten als bisher. Niemand wäre damit mehr einverstanden als die Parteivertretung. Der Parteitagsbericht soll gründlich studiert und in den Organisationen diskutiert werden. Das alles ist nicht möglich, wenn die Berichte erst vierzehn Tage vorher in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht werden. Es braucht acht Tage, bis der Bericht in die Organisation kommt, dann kann er nicht mehr diskutiert werden und wird Makulatur. Wir würden also dem Antrag gern zustimmen. Aber Sie glauben gar nicht, welches Martyrium der Sekretär auf sich nimmt, der die Zusammenstellung des Berichtes zu besorgen hat. Es ist nicht möglich, die Berichte von den Organisationen rechtzeitig zu bekommen, und alle Urgenzen helfen nichts. Es ist daher einfach nicht möglich, die Bestimmung, die an sich sehr wünschenswert wäre, ins Parteistatut aufzunehmen.

Eine weitere Bestimmung über die Vorbereitung des Parteitages ist die über die Einsendung der Anträge. Wir unterscheiden selbstverständlich zweierlei Anträge: solche, die gestellt werden zu den Punkten der Tagesordnung, und sogenannte selbständige Anträge, die nicht im Zusammenhang mit der Tagesordnung stehen, sondern eine ganz neue Frage betreffen. Die selbständigen Anträge wurden bisher so erledigt, daß sie der Parteitag der Parteivertretung zur Berichterstattung zugewiesen hat, das ist selbstverständlich, man muß doch eine völlig neue Frage erst vorberaten können. Nach dem neuen Organisationsstatut nun sind solche selbständige Anträge in einer entsprechenden Frist, und zwar drei Wochen vorher bei der Parteivertretung zu überreichen, so daß diese Gelegenheit hat, sie zu beraten und den einzelnen Organisationen zu verlautbaren und dann dem Parteitag samt ihrem Vorschlag wohlvorbereitet zur Diskussion zu stellen. Anträge, die aber besonders wichtige Fragen betreffen, zum Beispiel die Aenderung des Organisationsstatuts, sollen noch früher eingebracht werden, weil sie wegen ihrer Wichtigkeit noch gründlicher beraten werden müssen. Es ist angeregt worden, daß auch Anträge betreffend die Erhöhung der Beiträge längere Zeit vorher verlautbart werden sollen. Dieser Anregung gegenüber verhält sich die Parteivertretung durchaus nicht ablehnend, weil gerade die Aenderung der Beitragsleistung, die ja immer eine Erhöhung ist, sehr genau überlegt werden muß, wie uns der Innsbrucker Parteitag gezeigt hat, widrigenfalls sich große Schwierigkeiten bei der Durchführung ergeben. Dabei müßte die Möglichkeit gegeben sein, eventuell auch für solche Anträge, die nicht rechtzeitig vorher eingebracht wurden, die aber doch dringlich zu behandeln sind, eine neue Bestimmung ins Statut aufzunehmen, wonach eine qualifizierte Majorität des Parteitages beschließen kann, daß derartige Anträge in Verhandlung gezogen werden.

Weiter werden Aenderungen vorgeschlagen in Bezug auf die Durchführung der Wahlen beim Parteitag. Aenderungen, die aber ganz selbstverständlich sind, weil die alten Bestimmungen nicht ausgereicht haben.

Die Parteivertretung hat sich auch eingehend mit der Frage befaßt, wie die Parteivertretung organisiert sein soll. Wir haben in dieser Beziehung im alten Statut ganz ungenügende, ja geradezu unhaltbare Bestimmungen. Danach haben wir eine Gesamtparteivertretung, die aus zwanzig Mitgliedern besteht. Diese Gesamtparteivertretung beschließt und verwaltet. Wenn dann die zwanzig Mitglieder beschlossen haben, gliedert sich von ihnen eine Gruppe von zehn Mitgliedern ab, welche die Kontrolle bilden. Die Aufgabe dieser Kontrolle ist es nun, das, was sie selbst im Verein mit den anderen zehn Mitgliedern der engeren Parteivertretung beschlossen haben, zu kontrollieren und, falls sich jemand durch ihren Beschluß beschwert fühlt, diese Beschwerde gegen sich selbst entgegenzunehmen. Das ist unhaltbar. Es muß festgestellt werden, wer die Parteivertretung ist, das heißt das Organ, das verwaltet, und wer die Kontrolle ist, das heißt das Organ, das die Verwaltung kontrolliert und die Beschwerden gegen die Verwaltung entgegennimmt. Das neue Organisationsstatut trennt daher die Funktion der Parteivertretung als Verwaltungskörperschaft von der Funktion der Kontrolle als Kontrollorgan. Wir mußten uns natürlich fragen, ob nicht etwa die Gesamtparteivertretung dadurch leidet, daß ihr wichtige Arbeitskräfte bei der Beratung politischer Aktionen, bei der Festsetzung der Richtlinien der Parteiarbeit und bei politischen Entscheidungen genommen werden. Für diese politischen Entscheidungen nun, die mit der Verwaltung im engeren Sinne nichts zu tun haben, ist nach wie vor der Gesamtkörper berufen, nämlich die sogenannte erweiterte Parteivertretung, die sich zusammensetzt aus der Kontrolle und der engeren Parteivertretung. Wenn wir zum Beispiel über unsere Stellung zur Balkanfrage zu entscheiden haben würden, so würde darüber nicht die Parteivertretung allein entscheiden, sondern die Gesamtparteivertretung einberufen werden. Wenn wir aber über einzelne Fragen der Verwaltung, zum Beispiel: über die Verwaltung der Zeitung oder über Anstellung von Beamten oder über die Führung der Kassengeschäfte zu entscheiden haben, so wird diese Beschlußfassung darüber Sache der engeren Parteivertretung sein. Die Kontrolle kann dabei mit beratender Stimme mitwirken, aber sie hat kein Mitbestimmungsrecht, sondern sie hat dann das Kontrollrecht. Es sind da einige Bedenken gegen den Wortlaut der vorgeschlagenen Aenderung aufgetaucht. Von der Parteivertretung selbst wird daher noch eine genauere Fassung vorgeschlagen werden, wonach genau bestimmt sein wird, welche Aufgaben der engeren Reichsparteivertretung und welche der Kontrolle zufallen und in welchen Fällen beide zusammenzutreten und miteinander zu wirken haben. Danach wird dann jede dieser Körperschaften ihre bestimmten Aufgaben haben, jede wird ihren Obmann, ihren Schriftführer, kurz ihre Organe haben.

Aenderungen sind auch vorgenommen worden in Bezug auf die Reichskonferenz. Sie war eigentlich bis jetzt ein Organ, das man fast nie einberufen hat, es wäre denn bei Reichsratswahlen. Ein einzigesmal hatte sie eine große Aufgabe, das war 1905, als wir im Kampfe um das Wahlrecht standen. Damals wurde statt eines Parteitages eine Reichskonferenz einberufen, um wichtige Entscheidungen zu treffen. Nun ergab es sich im Laufe der Zeit, daß oft auch die erweiterte Parteileitung eine wichtige Frage zu entscheiden hatte, daß aber die Einberufung eines Parteitages nicht möglich war. Wie notwendig hier ein Mittelglied ist, hat sich auch in Deutschland ergeben. Auch dort hat man jetzt zwischen den Parteivorstand und den Parteitag ein zweites Mittelglied eingeschoben, den weiteren Parteiausschuß, der aus Vertretern aller Länder besteht und zu wichtigen Entscheidungen einberufen wird. Nun haben wir schon die Reichskonferenz, aber es muß ihr eine andere Zusammensetzung gegeben werden. Bisher besteht sie nämlich

aus Vertretern der Kreis- und der Landesorganisation. Die Länder, die Kreisorganisationen haben, haben dadurch eine doppelte Vertretung gegenüber den anderen. Das soll nun abgeschafft werden und die Reichskonferenz aus der Summe der einzelnen Landesorganisationen bestehen, so daß jeder, der Sitz und Stimme in der Landesorganisation hat, sie auch in der Reichskonferenz hat und diese eine Zusammensetzung der Landesparteivertretungen mit der Reichsparteileitung ist. Dieses Organ wird in der Lage sein, in wichtigen politischen Fragen zu entscheiden, aber immer dann, wenn es nicht möglich ist, den Parteitag einzuberufen. Darum sind wir auch gegen den Antrag, die Reichskonferenz aus Vertretern der Bezirksorganisationen zusammenzusetzen. Das wäre ja dann fast der Parteitag.

Eine weitere Aenderung betrifft die Kandidaturen. Wir haben zu unterscheiden zwischen Kandidaturen für allgemeine und für Nachwahlen. Was die allgemeinen Wahlen betrifft, soll nichts geändert werden. Der Bezirk schlägt vor und wenn die Parteivertretung mit dem Vorschlag einverstanden ist, bestätigt die Reichskonferenz die Kandidatur; wenn es zu keiner Einigung kommt, trifft sie die Entscheidung. Es soll nur die Bestimmung gestrichen werden, daß auch bei Landtagskandidaturen die Reichskonferenz entscheidet. Dafür müssen die Landesstatuten vorsorgen. Geändert sind aber die Bestimmungen über die Nachwahlen. Hier hat sich das Statut als nicht ausreichend erwiesen. Wenn ein einzelnes Mandat erledigt ist, kann es vorkommen, daß die Parteivertretung mit dem Vorschlag des Bezirkes nicht einverstanden ist. Nach dem geltenden Statut hätte dann die Reichskonferenz zu entscheiden. Wir können aber doch nicht wegen einer einzigen Wahl sämtliche Länder einberufen. Es fehlt also an einer entsprechenden entscheidenden Instanz. Wir schlagen darum vor, daß in einem solchen Falle eine Kommission eingesetzt werde, die nach Art eines Schiedsgerichtes zusammengesetzt ist. Der Bezirk ernennt drei Mitglieder, die Reichsvertretung drei und ein siebentes ist der Vorsitzende. Zu seiner Nominierung ist am besten die Fraktion geeignet, denn sie kann am besten wissen, wen man im Parlament nötig hat. Natürlich ist es nicht das Allerwichtigste, wer diesen Siebenten ernennt. Wenn beantragt wird, er solle von den sechs gewählt werden, so wäre dagegen nichts einzuwenden. Aber es kann dann dazukommen, daß das Los entscheiden muß, und da wäre es schon besser, die Kontrollkommission zur Wahl des Vorsitzenden zu bestimmen. Das Wichtigste, worauf es ankommt, ist aber, daß wenn Meinungsdifferenzen bestehen, ein dritter Faktor entscheidet, und daß seine Entscheidung unweigerlich, wie es die Parteidisziplin erheischt, befolgt wird. Zu dieser Frage haben Steiermark und Mähren eine Aenderung beantragt, die sehr bedenklich ist. Sie wollen, daß die Aufstellung der Kandidaten nicht durch die Genossen des Bezirkes und die Reichspartei erfolge, sondern durch die Landespartei. Bei Reichsratswahlen handelt es sich aber nicht um eine Landesangelegenheit, sondern um eine Sache der Gesamtpartei. Im Parlament ist die Gesamtpartei vertreten und ihre Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die erforderliche Schlagfertigkeit und Sachkunde vorhanden sei. Wir haben stets darauf hingewiesen, daß alle großen Gewerkschaften berücksichtigt werden müssen. Ebenso notwendig ist es, daß die parlamentarische Vertretung Sachkundige für verschiedene andere Gebiete hat, und Mitglieder, die sich am besten für die Führung der politischen Agenden eignen. Man hat sich bei der Aufstellung gefragt: Wie wird sich, wenn die Kandidaten durchgedrungen sind, die Fraktion ausnehmen, und wie kann jedes Interesse der Arbeiterschaft durch diese Fraktion am besten gewahrt werden? Es ist natürlich vorgekommen, daß Leute, auf deren Anwesenheit man im Parlament Wert gelegt hat, durchgefallen sind, was ein Unglück war. Aber wenn die Aufstellung einzelnen Ländern überlassen wird, kann dieses Gesamtinteresse niemals zum Ausdruck kommen, weil doch ein einzelnes Kronland nicht so viel Abgeordnete wählt, daß allen diesen Interessen Rechnung getragen werden kann. Dann könnte es uns geschehen, daß wir sechs Metallarbeiter

haben, aber vielleicht keinen Holzarbeiter; vielleicht lauter Gewerkschafter und keinen Mann, der sich ausschließlich mit politischen Fragen beschäftigt, oder, was noch gefährlicher wäre, es könnten Genossen gewählt werden, die sich nur mit Politik im allgemeinen befassen, aber nicht gewerkschaftliche Funktionäre sind. Man kann also den Ländern die Wahrung eines Interesses, das ein Interesse der Gesamtheit ist, nicht überlassen.

In Bezug auf die Ausschließung waren die Bestimmungen bisher ungenügend. Man muß sich vor Augen halten, daß die Ausschließungsbestimmung eine Strafbestimmung ist, daß also unser Statut nur eine einzige Strafe kennt. Entweder wird er ausgeschlossen oder er bleibt mit allen Rechten und Ehren. Das hat sich in der Praxis als vollständig unzulänglich erwiesen. Es kommt häufig vor, daß jemand aus Unvorsichtigkeit oder aus Unverständnis eine Handlung begeht, die die Partei schädigt, die den Mann ungeeignet erscheinen läßt, gewisse Funktionen fernerhin zu übernehmen, die ihn aber nicht zu einem Menschen stempelt, den man ausschließen soll. Die Schiedsgerichte haben sich damit geholfen, daß sie, ohne durch das Parteistatut dazu berechtigt zu sein, eine andere Sühne gefunden haben: zum Beispiel die Ausschließung aus einer bestimmten Organisation, in der er weiter nicht von Nutzen sein kann, unter Zuweisung an eine andere, oder man hat Rügen oder Warnungen ausgesprochen oder gesagt, der Betreffende werde für gewisse Funktionen für ungeeignet erklärt. Was man also schon in der Praxis gemacht hat, soll in das Statut übernommen werden.

Die Ausschließungsgründe, die das heutige Statut vorsieht, sind taxativ aufgezählt. Es liegt nun der Antrag vor, jemand, der einer anderen Partei angehört, nicht unter allen Umständen auszuschließen, sondern nur dann, wenn er nicht unter einem wirtschaftlichen Zwange steht. Wenn also jemand infolge wirtschaftlichen Druckes bei den Gelben eingetreten ist, sollen wir ihn in der Partei belassen. Es ist aber nicht möglich, daß man einer gegnerischen Organisation angehören kann und zugleich unserer. Es ist auch vorgeschlagen worden, man solle nicht jeden ausschließen, der sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat, sondern nur jene, die eine den natürlichen Ehrbegriffen widersprechende Handlung begangen haben. Es klingt das an das „natürliche Rechtsbewußtsein des Volkes" an, von dem wir im Programm sprechen. Aber wenn wir sagen, es sei jemand auszuschließen, der sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat, meinen wir doch nichts anderes, als daß er ehrlos nach unserem natürlichen Rechtsbewußtsein gehandelt habe. Unser Ehrlosigkeitsbegriff ist doch nicht der Verbrechensbegriff des Strafgesetzes.

Ein Antrag wünscht, daß man wegen Verstoßes gegen die Interessen der Partei nicht ausgeschlossen werden soll. Nun gibt es Organisationsschädlinge, Menschen, die sich wohl zu unseren Grundsätzen bekennen, ihre Beiträge zahlen, die aber der Organisation mehr Schaden bringen, wenn sie ihr angehören, als wenn das nicht der Fall ist. Es gibt Leute, die stänkern und Dinge entstellt in die Oeffentlichkeit bringen, auf die sich dann die Gegner berufen. Das sind nun Leute, die man weder als ehrlos bezeichnen kann noch als solche, die sich gegen die Grundsätze der Partei vergehen, die ihr aber doch schweren Schaden zufügen. Ich glaube nicht, daß mit der Bestimmung Mißbrauch getrieben werden kann, da doch genug Sicherungen für den wahren Willensausdruck der Partei über die Zugehörigkeit des Betreffenden vorhanden sind. Erst muß eine Organisation den Antrag auf Ausschließung stellen, dann fällt das Schiedsgericht das Urteil; es steht das Appellationsrecht an den Parteitag offen und erst dieser entscheidet endgültig. Daß bei diesen Garantien jemand ein Unrecht geschehen kann, ist nicht anzunehmen.

In zwei Anträgen ist eine sehr gute Anregung gegeben auf Einführung einer Bestimmung über die Streichung aus der Mitgliederliste, also die Entfernung aus der Partei ohne den üblen Beigeschmack des schimpflichen Ausstoßens. Es wird auf diejenigen verwiesen, die nicht in

der Lage sind, den Beitrag zu zahlen. Wenn jemand längere Zeit nicht gezahlt hat, ist er kein Mitglied mehr, aber man kann auch kein Ausschlußverfahren einleiten. Die Anträge wollen also, daß in einem solchen Falle die Streichung eintritt, wobei man auch für die Fälle von Arbeitslosigkeit und andere Unglücksfälle Vorsorge über Stundung der Beiträge treffen kann.

Im Zusammenhang damit möchte ich der Anregung gedenken, die Genosse Friedrich Adler in der letzten Nummer des „Kampf" gegeben hat. Sie geht vom Falle Hildebrand aus. Das ist ein höchst ehrenwerter Mann, aber aus einigen Büchern, die er geschrieben hat, ergibt sich, daß er kein Sozialdemokrat mehr ist. Daraus darf man ihm keinen Vorwurf machen. Wenn jemand meint, daß seine wissenschaftliche Ueberzeugung sich mit dem, was die Partei tut — und darauf kommt es an — nicht deckt und das ausspricht, darf man ihm nichts vorwerfen. Er ist nur kein Parteigenosse mehr. Hildebrand hatte aber die sonderbare Idee, in der Partei zu bleiben, und manche seiner Freunde sind zu der sonderbaren Theorie gekommen, daß jeder, der sozialdemokratisch wählt und der sagt: „Ich will bei euch sein", auch der Partei angehöre, auch wirklich Sozialdemokrat sei. Da diese Meinung nicht geteilt wurde, kam es zum Ausschlußverfahren gegen Hildebrand, und es war sicher sehr unangenehm, daß man sagen mußte: „Der Mann ist aus der Partei ausgeschlossen." Mit dem Ausschluß verbindet man nämlich die Vorstellung der Strafe für eine nicht reelle, mindestens fast ehrlose Handlung, um so mehr, als auch das Wort ehrlos in dem Paragraphen über das Ausschlußverfahren steht. Es ist daher eine sehr gute Anregung des Genossen Friedrich Adler, es solle auch eine Streichung in dem Falle erfolgen können, wenn jemand infolge einer öffentlichen Aktion nicht mehr Sozialdemokrat ist. Die Parteivertretung hat darüber nicht beraten und ich kann keinen Vorschlag machen. Die Kommission kann sich aber mit der Sache beschäftigen, die ich persönlich für nützlich halte.

Ich habe nun alle wichtigen Bestimmungen, die wir geändert wissen wollen, dargelegt. Selbstverständlich bin ich nicht auf alles eingegangen, namentlich nicht auf die vielen stilistischen und unbedeutenden Aenderungen, die Sie ja aus dem Bericht entnehmen können. Wir haben auch die so notwendigen Aenderungen im Kapitel Frauenorganisation nicht vorgenommen. Das ist ein Kapitel, das wir erst beraten können, bis uns die Vorschläge der Frauenorganisation vorliegen.

Wir werden auf dem Parteitag mit der Debatte nicht Ende kommen; es ist daher notwendig, eine Kommission einzusetzen, der alle diese Abänderungsanträge zugewiesen werden. Diese Kommission wäre zusammenzusetzen: erstens aus je einem Vertreter von Wien und von jedem Kronland, zweitens aus zwei Vertretern der Parteivertretung und einem Vertreter der Frauenorganisation. Selbstverständlich müssen mit beratender Stimme die Parteisekretäre zugezogen werden, um Aufklärung zu geben. Was wir hier als Aenderung des Organisationsstatuts beantragen, ist gewiß noch nicht geeignet, ein wirklich vollkommenes Statut zu schaffen. Ein solches wird sich erst im Laufe der Jahre entwickeln. Wir werden uns noch oft mit solchen Aenderungen zu befassen haben, bis wir ein Statut besitzen, das wirklich tadellos ist. Um so notwendiger ist es aber, daß wir diese Reformarbeit vornehmen, wie sie die Parteivertretung beantragt. Hoffen wir, daß wir auf Grund des neuen Statuts die Schlagkraft der Partei erhöhen, neue Agitationsmöglichkeiten schaffen, der Partei neue Streiter zuführen, sie aber auch in vernünftiger Weise zusammenfassen, um die Aktionen des Proletariats in Oesterreich kräftig und durchschlagend zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag der Genossen Cech und Rütt wird der Parteivertretung das Absolutorium erteilt.

Vorsitzender **Tomschik** verliest ein Begrüßungstelegramm der italienischen sozialistischen Partei und schließt die Vormittagssitzung.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender: Tomschik.

## Debatte.

**Witternigg** (Salzburg): Als wir die Vorschläge der Parteivertretung kennen lernten, da haben wir den Eindruck bekommen, daß hier wiederum nur halbe Arbeit geleistet wird. Die ganze Reform unseres Organisationsstatuts betrifft nur die Reichsparteivertretung, das Sekretariat und die Ausschließungsbestimmungen. Aber gerade was den Kern unserer Organisation betrifft, die Schlagfertigkeit der Organisation, finden wir keine einzige Aenderung. Sie können in Wien mit Recht von einer Bezirksorganisation sprechen, weil hier jeder Bezirk so viel Mitglieder zählt, wie in der Provinz ein ganzes Kronland. Die Bezirke sind hier territorial geschlossen. Wir aber haben zerrissene Gebiete, und nun sollen wir nach dem Statut unser Land ebenfalls in Bezirksorganisationen einteilen. Meine praktische Erfahrung geht dahin, daß in der Provinz, mindestens in den Alpenländern, die Bezirkseinteilung nicht praktisch ist. Die Berichterstattung würde besser funktionieren, wenn man, wie die Steiermärker Genossen es in ihrem Antrag zum Ausdruck bringen, der Landesorganisation die Berichterstattung an die Reichsparteivertretung überlassen würde. Heute ist uns alles genommen. Man sagt, daß die Reichsparteivertretung Fühlung haben soll mit den Bezirksorganisationen, und dies soll hergestellt werden dadurch, daß man von den Bezirksorganisationen einen Bericht verlangt. Aber auf diese Weise ist eine Fühlungnahme nicht hergestellt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Komitee ein Organisationsstatut schaffen muß, das den Verhältnissen der einzelnen Länder Rechnung trägt.

Dr. **Schacherl** (Steiermark): Ich habe gestern in der „Arbeiter-Zeitung" gelesen, daß der Antrag der steirischen Genossen den Zweck verfolge, die Macht der Landesorganisation zu verstärken. So hochfliegende Pläne haben wir gar nicht. Wir wollen nur das bescheidene bißchen Einfluß, das wir bis jetzt hatten, nicht verlieren; wir wollen gewissermaßen den Statusquo erhalten. Wir sind gewiß auch von der Notwendigkeit eines straffen Zentralismus überzeugt, aber es soll nicht die Beweglichkeit unterbunden werden. Wir wollen nur nicht, daß der Einfluß der Landesorganisation ganz ausgeschaltet werde. Vornehmlich sind es praktische Gründe, die uns zu unseren Anträgen bestimmen, zum Beispiel die alljährliche Berichterstattung an den Parteitag. Die Parteivertretung schlägt vor, die Berichte mögen direkt an das Sekretariat erstattet werden. Vormittags haben wir gehört, daß der Sekretär Genosse Deutsch gerade mit den Berichten ein wahres Martyrium durchmacht. Nun, wir wollen keine Märtyrer. (Seitz: Das heißt, Sie wollen sie auf das Land übernehmen.) Es ist doch viel praktischer, wenn die Bezirksorganisation den Bericht an die Landesorganisation erstattet, die den Bericht auch wirklich kontrollieren kann, und daß erst der zusammenfassende Landesbericht an das Sekretariat geht. Sonst hätten ja auch unsere Bezirksvertrauensmänner doppelte Arbeit. Ein zweiter Punkt betrifft die Kandidaturen für den Reichsrat. Genosse Seitz meint, unser Antrag sei bedenklich. Davon kann keine Rede sein. Denn was wir vorschlagen, ist bis heute tatsächlich immer geschehen. (Widerspruch.) Ich glaube, daß der Vorschlag der Parteivertretung viel zu sehr auf Wiener Verhältnisse zugeschnitten ist und die Verhältnisse draußen in der Provinz gar nicht berücksichtigt. Da besteht ein Wahlbezirk oft aus mehreren Bezirksorganisationen. Wenn sich jede Bezirksorganisation erst mit der Parteivertretung ins Einvernehmen setzen wollte, was käme da heraus? Umgekehrt gehören die Mitglieder einer und derselben Bezirksorganisation oft zu verschiedenen Wahlkreisen. Wie wollen Sie dann das machen? Die Arbeit wäre sehr kostspielig, zeitraubend und in vielen Fällen vergeblich. Viel besser als die Reichspartei-

vertretung könnte in vielen Fällen die Landesparteivertretung die Sache regeln, sie soll ja auch nach unserem Antrag nicht selbständig entscheiden. Aber sie kann eine Landeskonferenz einberufen und da Zwistigkeiten viel eher aus der Welt schaffen, da sie die Personen kennt. Die Befürchtung des Genossen Seitz, daß da die Landesinteressen den Reichsinteressen vorgezogen würden, ist hinfällig, weil ja auch nach unserem Vorschlag die Kandidaten selbstverständlich im Einvernehmen mit der Reichsparteivertretung aufgestellt werden sollen. Tritt sie dem Beschluß nicht bei, so wird eben die Reichskonferenz zu entscheiden haben. Mit den Bestimmungen bezüglich der Nachwahl sind wir einverstanden, doch meinen wir, daß der Vorsitzende, der ja in vielen Fällen die Entscheidung gibt, also den Abgeordneten ernennt (Zwischenruf: Den Kandidaten! [Heiterkeit.]), kein Abgeordneter sein soll. Auch meinen wir, daß der Vorsitzende nicht erst bei Stimmengleichheit entscheiden, sondern von vornherein mitstimmen soll, damit auf ihn kein Odium fällt. Andere unserer Anträge beziehen sich auf die Aufnahme und auf den Ausschluß aus der Partei. Der § 2 bestimmt, es soll auch derjenige nicht der Partei angehören, der sich eines groben Verstoßes gegen die Interessen der Partei schuldig macht. Das finden wir zu kautschukartig, das könnte zur Gesinnungsriecherei führen. Auch die Bestimmung, daß man in gewissen Fällen nicht aus der Partei, sondern aus einer bestimmten Organisation ausgeschlossen werden kann und dann einer anderen zugewiesen wird, ist nicht glücklich. Hat einer etwas Geringfügiges angestellt, so sind ja jetzt mildere Strafen vorgesehen, die wohl genügen, zum Beispiel für Querulanten und dergleichen. Die neue Organisation würde sich auch bedanken, den aus einer anderen Ausgeschlossenen aufzunehmen. Was die Parteivertretung selbst angeht, so halten wir es weder für gut noch für nützlich, daß von den zehn Mitgliedern wiederum sieben als Vorstand herausgehoben werden sollen. Die Schlagfertigkeit der Parteivertretung wird nicht größer, wenn es sieben sind, als wenn es zehn sind, und es würden sich die drei übrigen Mitglieder auch für ihre Aufgabe schönstens bedanken, das fünfte Rad am Wagen zu sein.

**Zelenka** (Wien) wünscht, daß in jeder politischen Organisation einige Mitglieder bestimmt werden, die regelmäßig einmal in der Woche über alle Angelegenheiten, welche die Partei berühren, berichten; nur so ist es möglich, den Verleumdungen unserer Gegner wirksam entgegenzutreten. Die Arbeit, die hier gefordert wird, ist ja sehr groß, aber für das Interesse der Partei kann nichts zu viel sein.

**Wagner** (Wien): Die Bezirksorganisation Ottakring stellt zum Organisationsstatut mehrere Anträge. Im § 31 des Entwurfes heißt es, daß Anträge der Parteimitglieder zum Parteitag mindestens drei Wochen vor dem Parteitag einzubringen sind. Diese Frist ist zu kurz, weil doch noch Zeit bis zur Veröffentlichung verstreicht und dann nicht genügend Zeit ist, die Anträge auch noch zu prüfen. Es soll deshalb heißen, daß die Anträge mindestens sechs Wochen vorher eingebracht und drei Wochen vor dem Parteitag veröffentlicht werden müssen. Im § 33 heißt es, daß die zehn Mitglieder der Parteivertretung und die zwei an deren Sitze wohnhaften Mitglieder der Kontrolle getrennt von den anderen acht Mitgliedern der Kontrolle gewählt werden sollen. Diese doppelte Wahl hat doch keinen Zweck und es soll deshalb bei der gegenwärtigen Bestimmung bleiben.

Im § 34 beantragen wir die Einschaltung, daß die Mitglieder der Kontrolle das Recht haben sollen, an allen Sitzungen der engeren Parteivertretung bei finanziellen und administrativen Angelegenheiten mitzuberaten, bei allen übrigen Gegenständen mit beschließender Stimme teilzunehmen. Es wurde schon in der Wiener Lokalorganisation gesagt, daß man die Kontrolle bei allen Angelegenheiten, die außerhalb ihres Kontrollwirkungskreises liegen, nicht nur mitberaten, sondern auch mitbeschließen lassen solle.

Was die Kandidatenaufstellung bei Nachwahlen betrifft, sind wir der Meinung, es wäre praktischer, wenn der Vorsitzende der Kommission, die im Falle der Nichtübereinstimmung zu entscheiden hat, von den sechs Mitgliedern der Kommission gewählt und nicht von der Fraktion bestimmt würde. Es wäre das dann ein Genosse, dem die Objektivität schon im Gesicht geschrieben steht. Wir zweifeln nicht, daß der Klub auch einen unparteiischen Vorsitzenden bestellen würde, aber die Parteivertretung und die Leitung der Fraktion dürften doch so ziemlich dieselben Personen sein und darum wäre es besser, die Kommission wählt den Vorsitzenden selbst. Wählt sie dann ein Mitglied der Fraktion, so ist doch nichts dagegen einzuwenden; anders ist es aber, wenn der Vorsitzende gewissermaßen oktroyiert wird. Wenn man einem Bezirk einen Kandidaten aufoktroyieren würde, könnte es eintreten, daß ein ziemlich sicherer Bezirk keinen Erfolg hat. Es entscheiden doch außer den Parteigenossen auch noch andere Wähler und Abgeordneter soll doch in den meisten Fällen der sein, der den Bezirk geistig führt und in diesem Bezirk sich praktische organisatorische Kenntnisse erworben hat. Es ist also nicht ganz egal, wer in dem Bezirk aufgestellt wird. Denn wenn der Bezirk verloren geht, kann es demselben doch viel weniger gleichgültig sein als der Fraktion, weil doch eine große Summe Arbeit notwendig ist, bis ein Bezirk so weit ist, daß ein sozialdemokratischer Kandidat gewählt wird.

**Eggenbauer** (Wien): Die Konferenz der Bezirksorganisation Wien-Landstraße ist im großen und ganzen mit dem von der Parteivertretung vorgelegten neuen Organisationsstatut einverstanden. Nur in einigen kleinen Punkten haben wir Aenderungen zu beantragen. Insbesondere wünschen wir dort, wo es sich um die Abhaltung des Parteitages handelt, daß der Parteitag nur alle zwei Jahre stattfindet. Die Abhaltung eines Parteitages verursacht große Kosten nicht nur der Parteivertretung, sondern auch den einzelnen Bezirken. Wir sehen heute zum Beispiel, daß nicht alle Bezirksorganisationen vertreten sind, weil sie die Kosten der Delegierung nicht erschwingen können. Das wird natürlich noch ärger, wenn einmal der Parteitag ganz im Westen oder gar im Osten unseres Landes stattfindet, wo die Reisekosten in die Wagschale fallen. Wir glauben auch, daß der Weg gefunden werden muß zu einem Gesamtparteitag und daß wir für diesen Zweck einen Spielraum brauchen. Wenn die Parteivertretung der Ansicht ist, daß sie mit den Parteigenossen öfter Fühlung nehmen muß, so ist dies ja richtig; aber zu diesem Zwecke hat sie ja noch immer das Mittel, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Wir wünschen weiter, daß die Art der Delegierung abgeändert wird. Jene Bezirke, die mehr Parteimitglieder haben, sollen auch ein größeres Vertretungsrecht auf dem Parteitag haben. Es wäre gerecht, hier eine Abstufung vorzunehmen. Die Genossen aus Karlsbad wollen dasselbe. Sie wollen aber, daß die Bezirksorganisationen bis zu tausend Mitgliedern nur einen Delegierten haben sollen. Wir sind der Ansicht, daß man es hier bei der alten Bestimmung lassen kann, daß die Bezirksorganisationen, auch wenn sie nur bis zu tausend Mitgliedern zählen, das Recht haben sollen, zwei Delegierte zu entsenden. Unser Antrag geht dahin, daß Organisationen bis zu zweitausend Mitgliedern zwei Delegierte, und wenn sie mehr als zweitausend Mitglieder haben, einen dritten, wenn sie mehr als viertausend Mitglieder haben, einen vierten Delegierten zu entsenden das Recht haben sollen. Das wäre eine Art proportionaler Vertretung. Schließlich wünschen wir, daß der Parteitagsbericht vier Wochen vor dem Parteitag veröffentlicht werden soll, denn nur in diesem Falle könnte er als Grundlage zu Diskussionen in Parteimitgliederversammlungen dienen.

**Schuster** (Karlsbad): Die Kreis- und Bezirksorganisation Karlsbad sowie auch die Lokalorganisation Drahowitz haben einige Abänderungsanträge zum Organisationsstatut gestellt. Der Vorredner hat mich eines Teiles der Begründung enthoben. Die Fassung des § 2 im neuen Partei-

statut scheint uns etwas zu sehr auf die bürgerlichen Rechts- und Ehrbegriffe Rücksicht zu nehmen. Darum wünschen wir eine Aenderung in der von uns vorgeschlagenen Form. Wir wünschen, daß bei § 3 die Worte: „Auf Vorschlag der Lokalorganisation" eingefügt werden. Es ist richtig, daß eine Bezirksorganisation, in deren Kreis eine größere Zahl von Lokalorganisationen sich befindet, über die Aufnahme eines Mitgliedes nur dann entscheiden kann, wenn ein entsprechender Vorschlag der Lokalorganisation oder deren Ausschuß vorliegt. Der Parteitag soll nur alle zwei Jahre abgehalten werden, da die schwächeren Bezirke unter den gegebenen Umständen nicht in die Lage kommen, von ihrem Delegierungsrecht Gebrauch zu machen. Die Wahlen der Delegierten zum Parteitag sollen auf eine demokratischere Grundlage gestellt werden. Die Delegierten sollen nicht mehr in der Plenarversammlung oder in der Bezirkskonferenz gewählt werden, sondern durch eine Urabstimmung in allen Organisationen. Zu dem § 42 haben wir einen Untertitel: „Der Ausschluß und Austritt aus der Partei" vorgeschlagen, worin ganz klar ausgesprochen ist, wann die Mitgliedschaft erlischt und wann sie wieder erworben werden kann. Einer der Vorredner hat erklärt, es sei nicht gut, wenn die Parteivertretung alljährlich mit mehr oder minder einschneidenden Reformen des Organisationsstatuts kommt. Aber es nützt schon einmal nichts. Wenn man sieht, daß die bisherigen Bestimmungen nicht zureichen, so wird kein Parteitag verabsäumen können, unter Umständen kleine Aenderungen vorzunehmen.

**Abram:** Mit Rücksicht auf die zahlreichen Punkte der Tagesordnung beantrage ich Schluß der Rednerliste. (Wird angenommen.)

Gabriele **Proft:** So umfangreich die Abänderungen sind, die die Parteivertretung vorschlägt, so wenig betreffen sie die Bestimmung über die Frauenorganisation, was daher kommt, daß erfreulicherweise das einträchtige Zusammenarbeiten mit den Genossinnen in den wenigsten Fällen etwas zu wünschen übrig läßt, besonders seitdem die Einheitlichkeit so weit geht, daß wir die gleichen Organisationen und Marken haben. Allerdings ist es unser sehnlichster Wunsch, daß der § 30 des Vereinsgesetzes, der den Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verbietet, falle. (Sehr richtig!) Aber solange diese vorsintflutliche Gesetzesbestimmung besteht, werden wir uns weiter so behelfen wie es jetzt ist, und hoffen, daß es auch ganz gut gehen wird. Es sind nun zwei Anträge eingelaufen, die sich auf das Delegierungsrecht der Frauen zu dem Parteitag beziehen. Die Bezirksorganisation Karlsbad beantragt, daß den Frauenorganisationen eines jeden Bezirkes dasselbe Delegationsrecht wie den Bezirksorganisationen selbst zustehen soll. Das wäre ein Fortschritt, weil die Frauenorganisationen damit selbst das Delegationsrecht bekämen, während jetzt nur die Bezirke und die Kreise das Recht haben, außer den männlichen ein weibliches Parteimitglied zu entsenden. Trotzdem müssen wir die Aenderung dankend ablehnen, denn sie brächte den Frauenorganisationen wohl die Möglichkeit, selbständig eine Frau namhaft zu machen, die zum Parteitag geht, aber in den meisten Fällen fehlten die Mittel zur Delegierung und deshalb ist es besser, daß heute die Bezirksorganisation delegiert und in der Regel auch die Kosten der weiblichen Delegierten bezahlt. Das Frauenlandeskomitee in Böhmen hat nun den Antrag gestellt, es mögen die Landeskomitees der Frauen ebenfalls eine Delegierte zum Parteitag entsenden können. Wir glauben, daß diesem Wunsch entsprochen werden soll, und zwar in der Form, daß in dem § 27, wo es heißt, Bezirke und Kreise, in denen sich Frauenorganisationen befinden, haben das Recht, auch eine weibliche Delegierte zu entsenden, auch das Wort Länder eingefügt wird. An der Zahl der weiblichen Delegierten würde sich dadurch nicht viel ändern, es würde nur die Delegierung dadurch leichter sein, daß die Genossinnen, die auch heute schon zum Parteitag kommen, nicht erst in verschiedenen Organisationen herumsuchen müssen, um ein Mandat zu bekommen. (Beifall.)

Pülsl (Liesing): Wir haben uns bei der Beratung des Organisationsstatuts von demokratischen Gefühlen leiten lassen und deshalb den Antrag gestellt, daß zur Reichskonferenz auch jeder Wahlkreis eine Vertretung entsenden kann. Es wäre doch sehr gut, wenn nach dem Statut an der Reichskonferenz auch Bezirks- und Wahlkreisvertrauensmänner teilnehmen könnten, da es vorkommen kann, daß es bei dem Vorschlag der Kandidaten zu Differenzen kommen kann und man in einem solchen Falle doch auch die Bezirks- oder Wahlkreisvertrauensmänner anhören muß, bevor entschieden wird. Wenn gesagt worden ist, daß von diesem Recht sehr wenig Gebrauch gemacht wird, da die Kosten zu hoch sind, so schließt dies nicht aus, daß der Passus doch im Statut enthalten sein kann, der die Teilnahme ermöglicht. Ich bitte deshalb, die Antragprüfungskommission möge den Antrag nicht ablehnen, sondern zum Beschluß erheben.

Was den zweiten Antrag anbelangt, der von Liesing bezüglich der Kommission bei Nachwahlen gestellt wurde, so schließe ich mich den Ausführungen meiner Vorredner voll und ganz an, welche ebenfalls über diese Sache gesprochen haben. Wir haben uns bei der Beratung von denselben Motiven leiten lassen als die übrigen Organisationen. Auch wir verlangen, daß nicht ein Reichsratsabgeordneter als Vorsitzender bestimmt wird, sondern daß sich die sechs Genossen einen siebenten als Vorsitzenden wählen sollen, denn nur bei einem solchen kann man Objektivität voraussetzen. Ich schließe mich daher den Vorrednern an und ersuche, diesen Antrag annehmen zu wollen.

Abgeordneter **David**: Als der Entwurf zur öffentlichen Diskussion gestellt wurde, wurde von einem Teil der Parteipresse sowie von leitenden Personen er als eine Sache dargestellt, die einen Zug ins Demokratische hat. Wenn man aber den Entwurf näher betrachtet und die dazu gestellten Anträge, die das Statut fast ganz zerzausen, so muß man doch sagen, daß die Genossen sehr gewichtige Gründe haben, sich gegen d i e s e n demokratischen Zug zu verwahren. Es fehlt mir die Zeit, ins einzelne einzugehen, weil ich selbst noch einen Antrag begründen will. Die Demokratie, die so gepriesen wird, ist die, daß die Delegierten jetzt in großen Versammlungen gewählt werden sollen. Aber schon bei der Parteivertretung hört sie auf. Nicht einmal innerhalb der Parteivertretung soll da gleiches Recht für alle sein, sondern die Parteikontrolle soll anders gestellt werden. Um eine solche Aenderung herbeizuführen, hätte man doch auf Tatsachen hinweisen müssen. Der demokratische Zug hört auch bei der Kandidatenaufstellung auf, allerdings nur bei Nachwahlen. Nicht der Wahlkreis ist mehr der ausschlaggebende Teil, sondern es wird eine Kommission gewählt, deren Vorsitzender ein Abgeordneter sein soll, der an und für sich schon Partei ist. Es ist gesagt worden, die Fraktion müsse am besten wissen, wer als Abgeordneter gewählt werden soll. Ich hätte am liebsten gewünscht, Genosse S e i t z hätte gesagt, wir brauchen vorwiegend Arbeiter und nicht Advokaten, Aerzte Bautechniker. (S e i t z: Das habe ich doch gesagt, und sogar in erster Linie.) Und nun kommt der Unparteiische, das wird wohl der Genosse S e i t z sein. (Heiterkeit.) Sie sehen, es ist mit dem demokratischen Prinzip nicht so weit her. Alle Antragsteller sind an einem Punkt achtlos vorübergegangen. Der Entwurf enthält die Bestimmung, daß der Parteitag über die Partei- und Wahlfondsbeiträge das Beschlußfassungsrecht habe. Dabei wurde ein Grundfehler gemacht, denn der Passus schränkt das Recht des Parteitages über die Partei- und Wahlfondsbeiträge ziemlich ein. Wer auf dem Parteitag in Innsbruck war, wer da weiß, wie sich die Kommission auf das entschiedenste dagegen verwahrt hat, daß in Hinkunft in solcher Weise Beiträge erhöht oder eingeführt werden, wie es mit dem Wahlfonds der Fall war; wer da weiß, welche Widerwärtigkeiten es in den einzelnen Organisationen gegeben hat, wird wissen, was dieser Paragraph bedeutet. Es steht nämlich darin, daß ohneweiters die Wahlfondsbeiträge erhöht werden können. Ich war Referent der Kommission in Innsbruck, und es wurde mit Zustimmung

des Parteitages dem Vertreter der Parteivertretung in der Kommission ausdrücklich gesagt, daß in Zukunft solche Anträge ein Jahr vorher zur Diskussion gestellt werden müssen. Ich habe nun im Verein mit mehreren anderen Genossen den Antrag gestellt, daß Abänderungen des Mitgliedsbeitrages sechs Monate vorher eingebracht und vier Wochen nach der Einbringung veröffentlicht werden müssen. Ich glaube, Sie werden dem Antrag zustimmen, weil wir nicht abermals solche Zwistigkeiten haben wollen wie damals. Wenn ein solcher Antrag rechtzeitig zur Diskussion gestellt wird, dann klären sich die Meinungen und man bringt die Mittel, die die Partei braucht, viel leichter auf. (Beifall.)

**Preußler** (Salzburg): Der Antrag der Salzburger Genossen will nur den Zweck erfüllen, einen direkten Kontakt zwischen Landesorganisation und Parteigenossen herzustellen. Unser Antrag ändert nichts an dem Entwurf, er bricht nur mit seiner Starrheit und bringt zum Ausdruck, daß die Organisationsbestimmungen sich den Bedingungen der einzelnen Länder anpassen müssen. Er enthält auch nichts Neues, sondern wiederholt nur den bestehenden Zustand, wie wir ihn in einer Reihe von Alpenländern finden. Die Wiener Verhältnisse können nicht zum Vergleich herangezogen werden. Ottakring allein ist schon jetzt größer, als die gesamte Landesorganisation von Salzburg jemals umfassen kann. Unser Antrag will nur den Landeskonferenzen die Möglichkeit geben, sich auf besondere Verhältnisse einzurichten, der Beschluß darüber ist natürlich den Landeskonferenzen vorbehalten.

**Bretschneider** (Wien): Es war mir und keinem der Wiener Parteigenossen möglich, als der Genosse Hueber nach dem Schlußwort des Genossen Skaret zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort ergriff, auf seine Angriffe auf die Wiener Lokalorganisation entsprechend zu antworten, weil es die Geschäftsordnung nicht zuließ. Aber ich bin jetzt gezwungen, darauf zu erwidern, daß seine Anwürfe vollständig jeder ernstlichen Begründung entbehren. (Sehr richtig!) Es ist kaum zu glauben, daß der Genosse Hueber, der schon zwanzig Jahre in Wien lebt, nicht wissen sollte, was gerade in den letzten zwanzig Jahren in Wien an politischer Arbeit geleistet wurde. Unsere Vertrauensmänner arbeiten unermüdlich daran, die Häuser- und Straßenorganisation durchzuführen, jeden Rayon mit einem Rayonführer zu besetzen. Die Rayonführer wissen ein Lied davon zu singen, wie oft ihre Tätigkeit gerade von den gewerkschaftlich Organisierten erschwert wird. Ja auch die Landesparteivertretung weiß davon zu sagen, daß die Gewerkschaftskommission uns nicht die Unterstützung zuteil werden ließ, die sie in Reichenberg versprochen hat. Als wir verlangten, daß auch Mitglieder der Gewerkschaftskommission den Aufruf zur Werbung neuer Parteimitglieder unterschreiben sollten, da haben wir mit vieler Mühe nur die Unterschrift des Genossen Hueber erlangt.

Nun zu den Bestimmungen des Statuts über die Kandidatur. Nach dem neuen Statut soll sich die Parteivertretung direkt nur mit den Bezirksorganisationen ins Einvernehmen setzen. Bisher aber war es doch Gepflogenheit, daß man sich auch ein bißchen bei den zuständigen Landesorganisationen angefragt hat, nicht direkt bei der Bezirksorganisation. Die vollständige Ausschaltung der Landesorganisation bei den Kandidaturen für den Reichsrat können wir nicht so ohneweiters hinnehmen. Wenn die Landesorganisation gut genug ist, eine Werbearbeit bis in die entlegensten Winkel zu leisten, wenn sie gut genug ist, bei den Reichsratswahlen Geld aufzubringen, dann könnte man ihr auch wieder bei den Reichsratswahlen ein wenig gerecht werden und die Bestimmung des Organisationsstatuts demokratischer gestalten. Ich schließe mich daher dem Antrag der steirischen Genossen voll und ganz an, auch bezüglich der Nachwahlen, obwohl ich selbst Abgeordneter bin.

## Schlußwort des Referenten.

Seitz: Ich will nur einige ganz besonders wichtige Fragen herausgreifen, für alles andere wird genug Gelegenheit in der Kommission sein. An die Spitze meiner Ausführungen, ja an den Anfang meiner Arbeit habe ich den Grundsatz gestellt, daß man die Forderungen der Demokratie in Einklang zu bringen hat, mit den Anforderungen der Schlagfertigkeit und Einheitlichkeit der Partei. Die Einheitlichkeit ist nur möglich bei einem gewissen Maß von Zentralismus. Es ist nun ein Mißverständnis entstanden, dem ich schon vor der Beratung der Kommission entgegentreten muß. Das Mißverständnis besteht darin, daß die Genossen, die sich beklagen, es seien die demokratischen Grundsätze in dem Aufbau des Statuts zu wenig berücksichtigt, den Gegensatz von Demokratie und Oligarchie verwechseln mit dem Gegensatz von Zentralismus und Partikularismus. Der letztere, dem viele Genossen das Wort hier geredet haben, als wäre er gleichbedeutend mit Demokratie, entspricht einer ganz veralteten Auffassung der Demokratie, Kantönlidemokratie, die mit unserer Demokratie nichts zu tun hat. Der Partikularismus macht jede Schlagfertigkeit der Partei, jedes einheitliche Zusammenwirken der Arbeiterklasse, wie wir es gerade in Oesterreich so notwendig haben, unmöglich. Deshalb muß es Bestimmungen geben, die der Gesamtheit und ihren Organen, der Parteivertretung 2c., ein gewisses Maß von Einfluß sichern. Sie können die Parteivertretung, der Sie in der Erkenntnis, daß ein gewisses Maß von Zentralismus notwendig ist, Machtbefugnisse übertragen, wenn sie sie mißbraucht, zum Teufel jagen. Deshalb haben wir ja den Parteitag; aber wenn Sie einmal zwanzig Männer auf den verantwortungsvollen Posten gestellt haben, dann müssen Sie ihnen auch mehr Macht als den Landesorganisationen geben, damit sie zwischen den verschiedenen Strömungen in den einzelnen Ländern, wie sie durch die verschiedenen Verhältnisse bedingt sind, den Einklang herstellen.

In diesem Zusammenhang möchte ich die so oft angefochtene Bestimmung erwähnen, daß in die Kommission, die bei Nachwahlen an die Stelle der Reichskonferenz tritt, der Vorsitzende von der Fraktion zu bestimmen sei. Ich habe immer betont, daß uns das wichtig ist. Nicht von wem der Vorsitzende nominiert wird, sondern daß überhaupt jemand entsendet wird, der weiß, was man braucht, der unparteiisch ist und daher die notwendige Autorität besitzt. Wenn Sie glauben, daß ein von der Kontrollkommission gewähltes Mitglied besser ist als ein vom Klub der Abgeordneten gewähltes Mitglied, dann nehmen Sie jenes; wenn Sie wünschen, daß die sechs Mitglieder der Kommission einen siebenten zum Vorsitzenden wählen, so habe ich auch dagegen nichts, nur müssen Sie Vorkehrung treffen für den Fall, der ja in der Regel eintritt, daß drei Kommissionsmitglieder für diesen und die drei anderen für jenen sind und dann das Los entscheiden muß. Ich halte das Losen in einer so bedeutenden Sache für unwürdig. Es muß von vornherein im Statut bestimmt sein, wer das Recht haben soll, den Siebenten zu bestimmen.

Gestatten Sie mir zum Schluß eine persönliche Bemerkung. Ich habe das Unglück, daß der Genosse David gerade einem wichtigen Teil meiner Ausführungen keine Aufmerksamkeit geschenkt oder diesen Teil meines Referats überhört hat, nämlich meine Ausführungen über die Grundsätze, nach denen sich die Parteivertretung bei der Auswahl der Kandidaturen bisher gerichtet hat. Genosse David ist der Meinung, ich hätte von allem möglichen geredet, von Medizinern, Juristen, Politikern, Staatsrechtlern, nur nicht von Arbeitern. Demgegenüber konstatiere ich und rufe jene Genossen, die mein Referat ganz gehört haben, zu Zeugen, daß ich ausdrücklich gesagt habe: Wir sehen immer darauf, daß einige oder mehrere Metallarbeiter, Holzarbeiter, einige aus der chemischen Branche, kurz von den Gewerkschaftsorganisationen drinnen sind, nämlich Genossen, die wissen, was die einzelnen Branchen vom Parlament brauchen, und erst nachdem ich diese

wichtigsten Mitglieder der Fraktion genannt hatte, sprach ich auch davon, daß wir uns auch in den anderen Fragen entsprechend repräsentieren müssen. Ich bedaure sehr, daß David das nicht gehört hat, weil die Schlußfolgerungen, die er gezogen hat, für mich persönlich höchst peinliche waren. Genosse David hat sich auch geirrt, wenn er beklagt hat, daß die Aenderungen der Beitragsleistung nicht unter eine gewisse Sicherung gestellt sind. In dem von der Parteivertretung ausgesendeten Vorschlag ist das allerdings der Fall; in dem Vorschlag aber, den ich Ihnen heute als Ergänzungsvorschlag vorgelesen habe, ist die Aenderung der Beitragsleistung unter dieselbe Sicherung gestellt wie die Statutenänderung.

Ich habe den Antrag gestellt, eine Kommission zu wählen; ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen und die Wahl sofort vorzunehmen, damit die Kommission sogleich an ihre Arbeit treten kann. Falls mein Antrag angenommen wird, so schlage ich Ihnen jetzt schon auf Grund der Vereinbarungen zwischen dem Parteisekretariat und den einzelnen Ländern folgende Kommissionsmitglieder vor:

Für Wien: David, Niederösterreich: Hackenberg (Gmünd), Oberösterreich: Kollinger, Böhmen: Czermak, Mähren: Czech, Steiermark: Dr. Schacherl, Salzburg: Witternigg, Tirol: Abram, Schlesien: Jokl, Kärnten: Gröger, Bukowina: Vogel; für die Parteivertretung Seitz und Seliger, für die Frauenorganisation: Genossin Proft; für das Parteisekretariat werden mit beratender Stimme die Genossen Skaret, Winarsky, Deutsch und Fritz Adler mitwirken.

In der Kommission werden hoffentlich alle Unklarheiten beseitigt werden und wir werden ein Organisationsstatut bekommen, das uns in Stand setzt, schlagfertig und gerüstet unseren Gegnern entgegentreten zu können. (Beifall.)

Der Antrag des Referenten, eine Kommission zu wählen, und die von ihm vorgeschlagene Liste werden angenommen, darauf wird der Punkt „Aenderung des Organisationsstatuts" bis zum Bericht der Kommission von der Tagesordnung abgesetzt.

**Hueber:** Ich habe nach meinen Ausführungen nicht erwartet, daß der Landessekretär die Dinge noch mehr auseinanderbringt, statt sie einander zu nähern. Er hat etwas Konkretes vorgebracht, das gewissermaßen als Anklagematerial gegen die Gewerkschaftskommission gelten soll. Ich erkläre, daß ich als Sekretär der Gewerkschaftskommission verpflichtet bin, jede Flugschrift, die von der Partei herausgegeben wird und die ich im Namen der Kommission zu unterschreiben habe, der Gewerkschaftskommission zur Beratung vorzulegen. Mir ist ein Bürstenabzug vorgelegt worden, ohne mir die Möglichkeit zu bieten, dessen Inhalt der Gewerkschaftskommission zur Beratung vorzulegen. Ich sagte daher, daß ich kein Recht habe, hier ohne Wissen der Kommission eine Flugschrift zu verbreiten, deren Inhalt die Kommission nicht kennt. Außerdem habe ich gegen den Inhalt Bedenken erhoben, weil ich auch die Pflicht habe, vorsichtig zu sein, und durch eine Drucksorte unter Umständen den Gegnern vielleicht eine Waffe gegen uns gegeben werden kann. Ich habe daher gesagt, ich könne nicht im Namen der Gewerkschaftskommission unterschreiben. Wenn das eine Anklage sein sollte, dann bedaure ich, daß das hier erklärt wurde. Damit wurde der Sache, was den Ausbau der Organisation betrifft, kein großer Dienst geleistet. (Starke Oborufe.)

## Wahlkommission.

**Skaret:** Im Einvernehmen mit den Kronländern schlage ich Ihnen für die Kommission zur Wahl der Parteivertretung und Parteikontrolle vor: für Wien: Bretschneider, Niederösterreich: Hackenberg, Oberösterreich: Wokral, Böhmen: Goth, Mähren: Arthaber, Steiermark:

Lindner, Salzburg: Prokſch, Tirol: Scheibein, Schleſien: Heidrich, Kärnten: Gröger, Bukowina: Vogel. (Wird angenommen.)

Danach erſtattet Renner den Bericht der parlamentariſchen Fraktion.

## Bericht des Klubs der Abgeordneten.

Referent Dr. Renner: Jener Gegenſtand unſerer Klubtätigkeit, der das höchſte Intereſſe des Parteitages beanſpruchen darf, Arbeiterſchutz und Arbeiterverſicherung, iſt ein eigener Punkt der Tagesordnung, infolgedeſſen habe ich kurz über unſere allgemeine Politik zu ſprechen. Ich kann aber meinen Bericht nicht erſtatten, ohne den Parteitag in die Arbeitsweiſe unſeres Klubs und in die beſonderen Verhältniſſe einzuweihen, unter welchen er arbeitet. Bekanntlich iſt unſere Volksvertretung die Zuſammenfaſſung von acht Parlamenten, das iſt von den Vertretungen von acht Nationen. Wir ſind gewiſſermaßen ein Bundesparlament und zählen deshalb mehr als ein halbes tauſend Mitglieder, ein Plenum, das kaum verhandlungsfähig iſt. Folglich wird die Tätigkeit des Parlaments immer mehr in die Ausſchüſſe verlegt. Die Verhandlungen im Plenum geben gar kein Bild von den wirklichen Arbeiten und Entſcheidungen des Parlaments. Wir haben 18 Ausſchüſſe mit je 52 Mitgliedern und 14 mit 26 Mitgliedern. Das heißt, die Abgeordneten treten in 32 Körper auseinander und es ſind nicht weniger als 1300 Ausſchußſtellen zu beſetzen. Es verhandeln an einem Tage zwei, drei und vier Ausſchüſſe nebeneinander. In ihnen ruht nicht nur das Schwergewicht der ſachlichen Beratung, ſondern auch, was das Charakteriſtiſche für das öſterreichiſche Parlament iſt, die ſachliche und politiſche Entſcheidung. Das Haus hat ſie nur anzunehmen oder zu verwerfen. Die Debatten im Hauſe geben keineswegs mehr den ganzen Inhalt der politiſchen Arbeit wieder. Jeder Ausſchuß hat Geſetzgebungsmaterien zu bewältigen, wie ſie ſonſt nur von Miniſterialſektionen oder Miniſterialdepartements erledigt werden. Da viele Ausſchüſſe zu gleicher Zeit tagen, iſt es faſt nicht einmal dem Klub mehr möglich, die Ueberſicht über ſeine geſamte Arbeit zu behaupten. Damit jeder von uns wiſſe, was die Mitglieder der anderen Ausſchüſſe tun, haben wir einen eigenen Mittwochabend eingeführt, um Berichte auszutauſchen. Wenn die Tätigkeit ſo unüberſichtlich wird, daß ſie ſelbſt von eifrigen Abgeordneten ohne beſondere Hilfsmittel nicht überſchaut werden kann, kann man ſich vorſtellen, daß ſich die Leſer der Parlamentsberichte über die politiſchen Kämpfe keine konkrete Anſchauung mehr bilden können. Sie begreifen daher den Unterſchied zwiſchen unſeren und anderen Parlamenten, beſonders dem deutſchen Reichstag. Dort ſteht eine Angelegenheit nach der anderen auf der Tagesordnung. Bei uns laufen die Finanzvorlage, die Wehrvorlage, die Teuerungsanträge nebeneinander, und der Leſer bekommt den kaleidoſkopiſchen Eindruck einer Vielgeſchäftigkeit, bei der nicht viel herauskommt. Die Folge iſt, daß unſere Tätigkeit niemals zur Geltung kommen kann, ſofern die Wähler draußen nicht mit uns täglich mitarbeiten.

In den 32 Ausſchüſſen ſtehen zwei oder vier deutſche Sozialdemokraten einer vielfachen Ueberzahl bürgerlicher Parteien und überdies der Regierung mit ihren routinierteſten Sektionschefs und Hofräten gegenüber. Sie werden begreifen, daß alles darauf ankommt, daß unſere Abgeordneten ebenſo ſachkundig wie ſchlagfertig ſind; in vielen Fällen hängt der parlamentariſche Erfolg geradezu davon ab, daß ſich der Abgeordnete raſch in die Materie einarbeitet und ſchlagfertig der Regierung und den Gegnern imponiert, die nicht ſelten von Regierungsbeamten inſtruiert ſind. Wenn wir den Klub im ganzen tüchtig wollen, müſſen wir auf die beſondere fachliche Ausbildung und Tüchtigkeit unſerer Genoſſen das Augenmerk lenken. Dabei müſſen wir konſtatieren — und zwar iſt das nicht unſer eigenes Urteil, ſondern das der Gegner — es iſt eine ausgemachte Sache, daß wir die fleißigſten, aber auch die tüchtigſten und ſchlagfertigſten Aus-

schußmitglieder stellen. Ich meine, daß wir dieses Lob der Gegner als eine Anerkennung unseres Eifers hinnehmen können. Aber ich hege die Ueberzeugung, daß als Mitglied der eigentlichen Kampforganisation der Sozialdemokratie gegenüber der Regierung und der bürgerlichen Parteien das Beste gerade gut genug ist und je mehr wir unsere Männer fachlich vor- und durchbilden, um so besser — das müssen und sollen nicht gerade Doktoren sein, in den hervorragendsten Fällen sind es Arbeiter, Nichtakademiker. Ich verweise auf die großen Erfolge einer ganzen Reihe unserer Parlamentarier proletarischer Herkunft, die sich rasch eingearbeitet und glänzend bewährt haben und die Fachmänner der Regierung überrascht haben durch ihre Findigkeit, Sachlichkeit und Energie in der Wahrung der proletarischen Interessen.

Wenn sich die Arbeit nun dermaßen zersplittert und versachlicht, ist es begreiflich, daß wir Sorge haben, ob das, was wir tun, draußen auch verfolgt und verstanden wird. Aus den Erfahrungen, die ich bei der Berichterstattung an die Wähler gemacht habe, kann ich Ihnen schildern, daß man überrascht ist, wie wenig von unserer Arbeit hinausdringt. Hier ist die Hauptsache die Verbreitung der Presse und die unablässige Diskussion in der Bezirks- und Lokalorganisation. Man kann sagen, daß unsere Vertretung durch die Fülle der Probleme, die sie zu bewältigen hat, rascher vorgeschritten ist als der Apparat, der diese Arbeit den Massen mitteilt.

So stehen wir in zweiunddreißig Ausschüssen im ständigen Kampf, dessen Einzelpositionen vorzuführen die Zeit nicht ausreicht. Ich werde versuchen, einen Ueberblick über die Fülle der zu bewältigenden Aufgaben zu geben. Ich möchte anknüpfen an die letzten Wahlen und an das, was man den Junisieg nennt. Obwohl die Wahlen für die Sozialdemokratie im ganzen einigermaßen eine Enttäuschung waren, so war doch eines sichtbar: der Zug nach links, das Zurückdrängen der klerikalen und wirtschaftlich reaktionären Parteien, der Vorstoß des sogenannten bürgerlichen Freisinns. Man konnte erwarten, daß das neue Parlament sich in allen Fragen der politischen und geistigen Freiheit und des wirtschaftlichen Lebens ein bißchen moderner bewähre als das frühere, in dem Geßmann und seine Leute die Herrschaft hatten. Sie wissen also, daß der Nationalverband die Führung des neuen Hauses an sich riß und daß er auch vor seinen Wählern eine Reihe von Verpflichtungen geistigen und wirtschaftlichen Fortschritts übernommen hat. Versuchen wir nun festzustellen, wieweit die bürgerlichen Parteien ihre Pflicht getan, wieweit sie den erhaltenen Aufträgen Folge geleistet haben. Zunächst glaubte man, daß, nachdem wir ein freiheitliches Regime bekommen, die verfassungsmäßigen Institutionen werden ausgebaut werden. Wir haben es nicht daran fehlen lassen, die Regierung vorwärts zu treiben. Wir haben die Regierungen Gautsch und Stürgkh unablässig kontrolliert, wir haben aber erfahren, daß all deren reaktionäre Machinationen von Christlichsozialen und dem Nationalverband in gleicher Weise gedeckt wurden. Wir haben besonders die Justizverwaltung Hochenburgers wiederholt gegeißelt, insbesondere die Judikatur über die Ereignisse vom 17. September. Wir haben die beispiellose Klassenjustiz in Böhmen durch den Antrag Seliger zur Verhandlung gestellt, aber wir haben immer gefunden, daß kein Mißbrauch des richterlichen Amtes so groß war, daß er nicht Deckung gefunden hätte bei den Christlichsozialen wie beim Nationalverband. Herr v. Hochenburger kann sich auf die billigste Weise über die Kritik hinwegsetzen, es genügt, daß irgendein Choc einen Zwischenruf gegen ihn macht, und er wird ein heiliger nationaler Besitzstand und jede seiner Untaten wird vom Nationalverband gutgeheißen. Auch sonst haben der Nationalverband und die mit ihm verbündeten Christlichsozialen jeden Uebergriff des wiedererstandenen altösterreichischen Regierungssystems sofort gebilligt. Den Ausnahmszustand in Kroatien, den Staatsstreich in Ungarn, das niederträchtige Vorgehen der Budapester Polizei am 23. Mai haben wir zum Gegenstand von Anträgen und Anfragen gemacht, um Gewissen und Gefühl der Oeffentlichkeit aufzupeitschen.

Umsonst. Alle diese Erörterungen wurden von den bürgerlichen Parteien kurz abgeschnitten.

Besonderes Gewicht haben wir auf eine Sache gelegt, die für das konstitutionelle Leben von größter Wichtigkeit ist. Der Nationalverband verdankt einen großen Teil seiner Mandate dem blanken Wahlschwindel. Wir haben die Verhandlung der angefochtenen Wahlen erzwungen und den Legitimationsausschuß angespornt, Bericht zu erstatten. Es wurden schon Wahlen zum Gegenstand der Berichterstattung im Hause gemacht, aber wir erfuhren, daß Herr Stölzel und seine Gesinnungsgenossen jede Ungesetzlichkeit in der zynischesten Weise billigten, wofern sie sich nur gegen die kämpfende Arbeiterklasse richteten.

Sie erinnern sich an den Zwischenfall, wo Genosse Seitz dem Nationalverbandsmitglied, das den Mißbrauch der Gemeindegewalt zu Wahlzwecken als selbstverständlich ansah, Ehrlosigkeit vorwarf. Es kam zum Mißbilligungsausschuß. Wir sind nicht zurückgewichen, was ehrlos ist, soll ehrlos genannt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Bei Abstimmungen über protestierte Wahlen läßt sich die bürgerliche Mehrheit nicht von Recht und Gesetz leiten, sondern das unverhüllte, unmaskierte Parteiinteresse entscheidet. Da müssen wir dahin wirken, daß endlich ein bißchen Rechtsbewußtsein geweckt werde, daß, wenn es nicht anders geht, die Wahlprüfungen dem Parlament entzogen und einem Gerichtshof überwiesen werden. Auch hier stoßen wir auf den Widerstand der bürgerlichen Parteien, wie überall. Nicht nur in den Ausschüssen. Als die Frage der Ehereform ins offene Haus kam (Antrag Malik), da konnten wir sehen, wie vom Nationalverband ein Teil trotz aller freiheitlichen Verpflichtungen gegen die Wähler einfach auskniff, ein anderer sogar direkt gegen ein moderneres Eherecht stimmte. Im Verfassungsausschuß haben wir für die Aufhebung des § 30 des Vereinsgesetzes zu kämpfen. Der Justizausschuß hat einige hochwichtige Gesetze zur Beratung. Es ist die Frage des Strafmandats verhandelt worden. Nun haben wir deutschen Sozialdemokraten im Justizausschuß nur einen einzigen Vertreter, nämlich mich. Ich habe für die Frage des Strafmandats dem Genossen Forstner gern Platz gemacht, der bei dieser schwierigen Materie bewiesen hat, was ein Arbeiter leisten kann, der sich mit Eifer in seine Aufgabe eingearbeitet hat. Von größter Wichtigkeit wird die Reform des Strafgesetzes und der Strafprozeßordnung sein. Ich bin freilich außer im Justizausschuß noch in acht anderen Ausschüssen. Ich danke diesen Vorzug einfach dem Umstand, daß ich zufällig der einzige Jurist bin, der im deutschen Sprachgebiet gewählt wurde. Bei Beratung des Strafgesetzes und der Strafprozeßordnung — sie wird nicht so rasch auf die Tagesordnung kommen — müssen wir trachten, daß wir auch für solche Fächer, die der Praxis des täglichen Arbeiterlebens etwas ferner liegen, entsprechend tüchtige Vertreter finden. Nichts wäre gefährlicher, als wenn Nationalverbändler und Christlichsoziale Strafgesetz und Strafprozeßordnung nach ihrem eigenen Wunsche und Willen durchführen könnten. Es wäre schlimmer als das Strafgesetz des Jahres 1852. Haben sie doch ihre innerlich reaktionäre Natur bei einem Gesetz betätigt, wo man es nicht vermuten sollte, beim Epidemiegesetz. Wir haben in Oesterreich zweierlei Epidemiegesetze: eines für die Tiere, das übertrieben streng ist. Gegen menschliche Epidemien aber haben wir einen ganz unzulänglichen Schutz, und doch handelt es sich um die Existenz von Menschenmassen, Proletariern vor allem. Das Epidemiegesetz wurde dem Hause vorgelegt und im Ausschuß durchberaten. Die bürgerlichen Vertreter haben dort dem neuen Gesetz zugestimmt. Dann aber, im Hause, fanden sie plötzlich demagogische Rücksichten und stimmten für die Rückverweisung an den Ausschuß. Ich erwähne dies deshalb, weil ein Antrag der Bezirksorganisation Rumburg vorliegt, der dieses Epidemiegesetz zum Gegenstand hat. Durch die Rückverweisung des Gesetzes an den Ausschuß ist der Antrag nicht mehr aktuell. Ich möchte Ihnen empfehlen, den Antrag dem Klub der deutschen Abgeordneten zuzuweisen. Allerdings muß ich

konstatieren, daß dieser Antrag selbst auf teilweise unrichtigen Voraussetzungen aufgebaut ist und daß er auf einem gewissen Mangel an Kenntnis des Entwurfes aufgebaut ist. Es ist nicht wahr, daß das neue Gesetz eine Verschärfung in der Richtung des Impfzwanges bringt. Wir wollen in dieser Frage als Parteitag nicht endgültig entscheiden, weil hygienische, wissenschaftliche Momente in Betracht kommen. Aber wir werden jedenfalls die sonderbare Sorgfalt für die individuelle Freiheit und die individuelle Gesundheit, die sie dem Arzt entzogen wissen wollen, bei jenen Parteien zu beurteilen wissen, die bei einer Militärvorlage das Leben und die Gesundheit von Hunderttausenden bedenkenlos opfern. (Lebhafte Zustimmung.)

Damit bin ich auf die Wehrvorlagen zu sprechen gekommen. Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen. Aber es wurde ab und zu eine Stimme laut, am lautesten die des Bielohlawek im Landtag, wir hätten das Gesetz obstruieren sollen. Aber jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, daß die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme nur auf unsere Obstruktion gewartet haben, um das Gesetz mit dem § 14 zu machen und uns dann die Verantwortung zuzuschieben. Die Taktik der Obstruktion also wäre selbstmörderisch gewesen. Aber was ist nun zu tun? Das Unrecht des Gesetzes ist noch nicht so unmittelbar wirksam. Erst in drei Jahren wird der ganzen Bevölkerung dieses Unrecht fühlbar werden. Es gilt dann, die Konsequenzen zu ziehen und den Kampf gegen den Militarismus an der Hand dieses Gesetzes weiterzuführen. Jeder Rekrut, der einrücken muß, jeder Vater und Bruder eines Rekruten, jeder Angehörige muß darüber aufgeklärt werden, daß die bürgerlichen Parteien die Schuld an dem Gesetz tragen. Wenn ein früherer Redner gesagt hat, ein bißchen Hervéismus könnte uns nicht schaden, so bin ich durchaus nicht dieser Meinung, sondern ich glaube, daß wir uns nur auf unsere alten Grundsätze berufen brauchen (Zustimmung), ich glaube, es wird notwendig sein, unsere Agitation in Hinkunft auf die Frage des Militarismus auf Grund dieses Gesetzes und im Zusammenhang mit der Frage von Krieg und Frieden, die ja jetzt besonders aktuell ist, zu konzentrieren.

Wenn wir also die Bilanz in freiheitlichen Dingen ziehen, so kommen wir zu dem Resultat, daß die bürgerlichen Parteien den Staatsbürger noch mehr geknechtet und unterdrückt, aber kein einziges seiner Rechte erweitert oder sichergestellt haben.

Steht es da etwa in wirtschaftlichen Dingen besser? Der Sturm der letzten Juniwahlen ward ja durch die wirtschaftlichen Bedrängnisse entfacht. Die Christlichsozialen sind in Wien davongejagt worden, aber die Nationalverbändler sind auch in Wirtschaftsfragen nicht besser. Die bürgerlichen Parteien haben aus den Juniwahlen nichts gelernt. Zunächst die Staatswirtschaft! Wir führen den Kampf gegen die ausbeuterische Steuerpolitik schon seit manchem Jahr. Im Jahre 1908 kam Korytowski mit seiner Vorlage, dann Bilinski, dann Mayer und schließlich Zaleski, und so ist das Finanzministerium wieder in die sicheren Schlachzizenhände gelangt. Geblieben ist der Versuch, die indirekten Steuern zur Grundlage der gesamten Steuerreform zu machen und die geliebte Branntweinsteuer mit ihren Liebesgaben an die Großgrundbesitzer in Galizien und Böhmen zu sichern. Wenn die sozialdemokratische Fraktion ein Verdienst hat, so dieses, daß sie imstande war, durch volle fünf Jahre allen diesen Steuerplänen einen unüberwindlichen Widerstand entgegenzusetzen. Da sie ihn nicht brechen konnten, suchten die Regierung und die bürgerlichen Parteien nach einer größeren Majorität für das Finanzprogramm, das eigentlich die Vollendung des Finanzsystems Dunajewskis und des eisernen Ringes ist. Sie wollen die Versöhnung der Nationen in Böhmen und Galizien. Gewiß eine schöne Sache. Aber wollen sie den nationalen Frieden um seiner selbst willen zur Konsolidierung Oesterreichs? Nein, sie wollen die Völker versöhnen, um mit neuen Steuern über sie herzufallen. Ich glaube, das ist kein guter Vorspann für den nationalen Ausgleich — der Friedensengel in Gestalt des Bankerotts! Die bürgerlichen Parteien wollen, wie gesagt,

aus den Juniwahlen nicht lernen. Nur in einem Punkte haben sie sich ein bißchen bekehrt, bei einer direkten Steuer, nämlich bei der Hauszinssteuer. Aber nicht zur Vernunft haben sie sich bekehrt. Sie wissen alle aus Ihren Kreisen, daß diese Hauszinssteuer den Anlaß zu neuen Verdächtigungen unserer Partei gegeben hat. Die Gebäudesteuern bildeten den Gegenstand einer Vorlage schon im ersten Parlament des allgemeinen Wahlrechtes. Diese Vorlage brachte eine Totalreform der Steuer. Der Staat erklärte sich bereit, auf das Wachsen der Hauszinssteuer zu verzichten und die Gebäudesteuern zu reformieren. Die bürgerlichen Parteien haben diese Vorlage, die einzige durchgearbeitete Vorlage, liegen lassen bis zum Schluß, und unsere wiederholten Anträge, die Vorlage auf die Tagesordnung zu stellen, brutal niedergestimmt. Dann kam die Annexion, die kriegerischen Rüstungen. Nun wurde dem Finanzminister der Geldbeutel zu mager und die Hauszinssteuervorlage wurde zurückgezogen. Wir haben darauf gedrungen, daß nun wenigstens die Gebäudesteuerreform in Teilreformen aufgelöst werde, daß sie Stück für Stück ersetzt werde durch ein anderes System. Das ist uns zum Teil gelungen, das Neubautengesetz ist am 1. Jänner in Kraft getreten. Für die Zeit des Ueberganges haben wir die Sperre der Hauszinssteuer beantragt. Die bürgerlichen Parteien haben uns niedergestimmt, trotzdem die Hausbesitzer selbst damit einverstanden waren. Wir haben die Arealbesteuerung in Beratung. Es wird uns allmählich gelingen, die ärgsten Härten zu beseitigen. Wir haben uns durchaus ablehnend verhalten gegenüber allen Versuchen, die Vorteile des Neubautengesetzes ohneweiters auf alle Bauten zu übertragen, weil der Betrag nach den Erfahrungen des Jahres 1896 einfach zur Gänze von den Hausbesitzern in den Sack gesteckt würde. Unsere Tätigkeit im Steuerausschuß war vielfach Gegenstand von Verdächtigungen. Wir waren in der Zwangslage, alten Lügen der bürgerlichen Presse entgegenzuarbeiten. Die Steuermaterie ist schwierig. Es ist nicht leicht, einen Entwurf in allen seinen Details bekanntzumachen, und die Möglichkeit des Verdächtigens ist außerordentlich verlockend, sobald man nur dagegen zu sein braucht, daß die Hausbesitzer die Steuernachlässe einstecken und die Hausbesitzerorgane daraufhin erzählen können, die Sozialdemokratie sei gegen die Herabsetzung der Mietzinse. Hier ist es Aufgabe der Vertrauensmänner, die Parteigenossen gegen diesen Schwindel durch Aufklärung sicher zu machen.

Der Hauptteil unserer Wirtschaftspolitik, wenn wir von der Sozialpolitik absehen, betrifft die Frage der Teuerung. Darüber ist so viel berichtet worden, daß ich bloß die Hauptsachen zu erwähnen brauche. Der Teuerungsausschuß, über den man sich in der Oeffentlichkeit manchmal lustig gemacht hat, hat in fünf Subkomitees den ganzen vorigen Winter über außerordentlich intensiv gearbeitet und ich kann feststellen, nicht ohne Erfolg. Zwar stellt sich und kann sich der Erfolg nicht so darstellen, wie ein christlichsozialer Landtagsabgeordneter gemeint hat: „Sind die Wohnungen und das Fleisch jetzt billiger geworden?“ Der Teuerungsausschuß kann weder der Wohnungsnot abhelfen, indem er selbst Wohnungen baut, noch der Fleischverteuerung, indem er selbst Vieh züchtet. Er kann nichts anderes, als die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Aenderung schaffen und diese gesetzlichen Voraussetzungen liegen im Zollregime und in der inneren Wirtschaftspolitik des Staates. Die Hauptfrage war für uns die Fleischfrage. Sie erinnern sich der Versuche Gautsch' mit den Veterinären, die angeblich Argentinien bereist haben, daß es unmöglich sei, überseeisches Fleisch einzuführen, da Ansteckungsgefahr bestehe. Der Teuerungsausschuß hat diesen Versuch glatt zurückgewiesen, er hat den Beweis erbracht, daß das erste Kulturvolk in Europa, die Engländer, sich von diesem Fleisch nähre, ohne irgendwelche Gefahr der Ansteckung. Unsere Anträge gegen die Kartelle betreffend Petroleum, Eisen, Kohle u. s. w. und insbesondere gegen den Zuckerwucher haben wir dem Hause unterbreitet. Bei einer Reihe von Abstimmungen teils mit Erfolg, teils ohne Erfolg. Größtenteils wurde

der Erfolg verhindert durch die Gegnerschaft des Herrenhauses und durch das unzuverlässige Verhalten der bürgerlichen Parteien.

Das Wichtigste in unserem Teuerungskampf ist aber dieses: die Teuerung beruht nicht auf vorübergehenden wirtschaftlichen Erscheinungen. Diese übermäßige Teuerung in Oesterreich beruht auf der staatlich-kapitalistischen Schutzpolitik im Aeußeren und Inneren seit 1879, die sich aufbaut auf einer endlosen Reihe von Gesetzen, auf die unser ganzes kapitalistisches System eingerichtet ist. Wir haben nicht nur Schutz der Viehzüchter und Bauern, wir haben Schutz der Zwischenhändler durch den Befähigungsnachweis; das ganze Wirtschaftsleben ist durch ein kleinbürgerliches, zünftlerisches Schutzsystem beengt und eingeschnürt, das man nicht über die Nacht abtragen kann. Diese Aufgabe ist so schwer, daß von manchen Seiten befürchtet wird, dieses Schutzsystem werde erst mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst fallen. Diese Aufgabe kann nicht im Handumdrehen gelöst und in einer einzigen Schlacht entschieden werden, sondern es bedarf eines langen, zähen und ausdauernden Krieges gegen das herrschende Wirtschaftssystem. Dieser Krieg wurde 1907 eröffnet. Wir führen ihn fort und wir können konstatieren, daß die Abstimmungen im Teuerungsausschuß uns zwar nicht den Sieg, aber doch ein merkliches Zurückweichen der agrarkapitalistischen Mehrheit gebracht haben, so daß wir in manchen Fragen eine knappe Majorität, wenn schon nicht im Hause, so doch im Teuerungsausschuß erlangt haben, in manchen Fragen aber im Hause wie im Ausschuß nur knapp unterlegen sind. Wir dürfen den Erfolg nicht beurteilen nach unseren Wünschen, sondern nach der Haltung der bürgerlichen Parteien von 1907, wo sie uns mit höhnischem Lachen entgegengetreten sind, und nach ihrem Verhalten in den Jahren 1911 und 1912, wo wir manchmal eine Mehrheit erzielten. Für diese fünf Jahre ist das gewiß ein Erfolg, aber es ist gar nichts für die Not der Bevölkerung und unser Endziel. Wir müssen diesen Kampf fortführen, denn es kommt ein Tag, wo dieses Schutzsystem die Probe zu bestehen haben wird, wo es erneuert werden soll. Im Jahre 1917 kommt es zum Abschluß eines neuen Ausgleichs mit Ungarn, zu einem neuen autonomen Zolltarif, zur Vereinbarung neuer Handelsverträge. Alle unseren bisherigen Kämpfe in der Frage der Teuerung sind nur ein Vorspiel für dieses Jahr, aber die Zeit ist kurz, die Beratungen über den Zolltarif werden bald in den Ministerialbureaus beginnen. Der Entwurf jener Gesetze wird den Parlamenten wenigstens zwei Jahre vorher vorliegen, höchstens eine einzige Reichsratswahl wird dazwischen liegen und die Abstimmung bei dieser Wahl wird entscheiden, ob wir zehn bis zwanzig Jahre Hungerpolitik mehr haben werden oder ein System einer relativen Freiheit der Einfuhr und der Lebensmittelversorgung. Wenn wir wissen, worüber die Entscheidung bei den nächsten Reichsratswahlen fällt, dann müssen Sie begreifen, daß dieser Kampf die größten Anforderungen an uns stellt, und daß es heißen muß: A l l e a n d i e F r o n t!

Wie die bürgerliche Mehrheit und die Regierung sich zu den einzelnen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik gestellt haben, darauf kann ich bei dem Mangel an Zeit nicht eingehen. Ich möchte nur die Konsequenzen ziehen. Die führende Partei im Parlament ist der Nationalverband und neben ihm mit der sogenannten Politik der freien Hand die Partei der Christlichsozialen; diese zwei Parteien entscheiden innerhalb der deutschen Nation unsere Politik. Sie führen sie angeblich. Mit den Christlichsozialen noch einmal abzurechnen, haben Sie jetzt im Augenblick gewiß kein Bedürfnis. Wir haben so oft und so gründlich mit ihnen abgerechnet, daß unsere Vertreter das Sündenregister der Christlichsozialen besser kennen als mancher Christlichsoziale seine Litanei. (Heiterkeit.) Aber der Nationalverband, der sich die Führung über das deutsche Volk zuspricht, der es versteht, durch demütige Kniebeugungen gegen die Klerikalen die klerikale Gefolgschaft nach sich zu ziehen, hat bei den letzten Wahlen große Ver-

heißungen gemacht, aber wenn wir uns fragen, was er geleistet hat, so bekommen wir überall zur Antwort: Nichts. In freiheitlicher Beziehung: Nichts. Er hat alle unsere Anträge in dieser Richtung niedergestimmt. In nationaler Beziehung: Nichts. Er war weder klug genug, den Frieden in Böhmen abzuschließen, noch auch stark genug, den Krieg zu führen. Er ist zu feig, zu kämpfen, er ist zu feig, sich zu vertragen. Selbst in der nationalen Frage, in der ureigensten Plattform hat der Nationalverband völlig versagt. Er hinterläßt verelendete Lehrer und vor allem ein tief kompromittiertes und versumpftes Staatswesen. Also in nationaler, in wirtschaftspolitischer und steuerpolitischer Beziehung ist ihre Leistung — nichts! Nur in einer Beziehung hat er sich besonders hervorgetan: in der Sozialpolitik. Er hat vom ersten Tage an bis zum letzten seine Todfeindschaft gegen jede Maßregel zum Schutz der Arbeiterklasse bekundet. Sonst hat er selbst für das bürgerliche, für das deutsche Oesterreich nach jeder Richtung vollkommen versagt. So können wir uns auf den Tag freuen, wo wir wieder in die Wahlen gerufen werden und mit dem Nationalverband und den Resten der christlichsozialen Herrschaft in den Städten abrechnen können.

Heute sind wir in einer anderen Situation als vor einem Jahre. Alle die frommen Täuschungen, denen der deutsche Wähler so leicht erliegt, Täuschungen religiöser und nationaler Art, sie sind in nichts zerronnen, nichts hat diese neue vereinigte Linke in der Hand: nichts als Wehrreform, neue Staatsschulden, fortwährende Bedrohung durch neue Steuern. Das ist das ganze Ergebnis der Tätigkeit des Naionalverbandes. Er hat sich erwiesen als die Vertretung der kapitalistischen Bourgeoisie, als die Avantgarde des Kapitalismus und aller der Ausbeuter des Volkes. Wir brauchen die Stunde der Abrechnung nicht zu fürchten, sie mag kommen, wann sie wolle, wir werden vorbereitet sein und es soll nicht mehr geschehen, daß weite Schichten sich einer Täuschung hingeben, auch nicht mehr, daß bürgerliche Parteien mit schwindelhafter Wahltechnik uns imponieren. Wir haben die gute Sache für uns und werden hoffentlich auch die Geschicklichkeit für uns haben, den Wahlschwindel zu parieren! So hoffe ich, daß unsere parlamentarische Tätigkeit für die Massen des Proletariats ein Kampfmittel wird, für Sie zum Siege und zur dauernden Befreiung der Arbeiterschaft Oesterreichs. (Stürmischer Beifall.)

## Die Debatte.

**Bartel***) (Rumburg): Ich bin trotz der vorgerückten Stunde gezwungen, die Genossen von Nordböhmen gegen das, was hier gesagt wurde, in Schutz zu nehmen. Insbesondere muß ich gegen den Vorwurf des Naturheilfanatismus sprechen. Der Naturheilbewegung haben wir es zu verdanken, daß gestern ein Antrag der Rumburger Organisation der Fraktion zugewiesen wurde. Die Naturheilbewegung ist eine Volksbewegung.

Vorsitzender **Pernerstorfer:** Den Genossen, die gestern nicht anwesend waren, muß ich mitteilen, daß in dieser Debatte auch jene Redner zum Worte kommen, die nicht Gelegenheit hatten, bei der Erstattung des parlamentarischen Berichtes zum Worte zu kommen.

**Bartel** (fortfahrend): Die Naturheilbewegung setzte vor etwa zwanzig Jahren bei uns ein, und zwar nicht durch das Bestreben der in unserem

*) Am Beginn des dritten Sitzungstages mußte aus technischen Gründen die Debatte über das am Schlusse des Vortages gehaltene Referat Renners unterbleiben. Die Debatte entfiel vorläufig, um dann erst bei der Beratung des vorletzten Punktes der Tagesordnung: „Das Parlament und der Arbeiterschutz" aufgenommen zu werden. Der leichteren Uebersicht halber setzen wir aber jenen Teil der Debatte, der sich mit dem Bericht des Klubs der Abgeordneten befaßt, hieher und lassen dieser Debatte auch das Schlußwort, das Genosse Renner unmittelbar danach gehalten hat, folgen.

Wahlkreis wohnenden bürgerlichen Naturheiler. Es wurden von den Arbeiterbildungsvereinen Sektionen errichtet. Durch die unvollkommene Ausgestaltung des ärztlichen Dienstes und auch durch ungeschicktes Auftreten einzelner Aerzte waren unsere Leute gezwungen, sich mit der Naturheilfrage zu befassen. Denken Sie an die kleinen Dörfer an den Abhängen des böhmischen Niederlandes. Die Leute sind mehr auf sich selbst angewiesen und es entstand die Naturheilbewegung als eine Volksbewegung, die man nicht mit dem Ausdruck Naturheilfanatismus aus der Welt schaffen kann. Wir haben im Wahlverein achthundert Mitglieder, fünfzig Prozent davon stehen der Bewegung sehr nahe oder sind ihr mindestens sympathisch gesinnt. Daher mußten wir uns mit dieser Frage befassen und unsere Taktik danach einrichten. Wenn der einzelne Arbeiter durch die Erkrankung seines Kindes sehr in Anspruch genommen wird und zwei bis drei Stunden zum Arzt zu gehen hat, wenn bis zum Erscheinen der ärztlichen Hilfe die Gefahr sehr arg werden kann, so müssen sich die Leute einige praktische Kenntnisse verschaffen, um verletzten Personen erste Hilfe leisten zu können. So hat sich das Naturheilverfahren durch Unterstützung der Bildungsvereine bei den Mitgliedern herausgebildet und kann heute nicht mehr so leicht aus der Welt geschafft werden. Am wenigsten durch ein verurteilendes Schlagwort. Es wäre nur einzuschränken, wenn eine Reihe von Aerzten vorhanden wäre und die Bevölkerung über die erste Hilfe von diesen unterrichtet würde. Besonders kommt das Naturheilverfahren in dem Streben gegen den Impfzwang zum Ausdruck. Da wir nahe an der deutschen Grenze liegen, kommt begreiflicherweise die Bewegung gegen den Impfzwang auch zu uns herüber. Das Gesetz, das vor kurzem im Parlament beraten wurde, hat bei uns großen Aufruhr geschaffen. (Abgeordneter **Neumann**: Im Gesetz steht nichts vom Impfzwang!) Aber wir kämpfen doch gegen die Uebergriffe der Behörden. Kaum ist ein Kind geboren, werden die Eltern aufmerksam gemacht, es impfen zu lassen; beim Eintritt in die Schule abermals. Dann alle Jahre wieder und so geht es weiter. Es greift auch die Polizei ein. Erklärt der betreffende Vater, seine Kinder nicht impfen zu lassen, wird er trotzdem alle Jahre wieder belästigt. Die Sache geht so weit, daß ein Bezirksarzt, der ein zur Ferienkolonie von der Schulleitung empfohlenes Kind zu untersuchen hat, den Eltern mitteilt, es könne nicht in die Kolonie genommen werden, da es nicht geimpft sei. In diesem Vorgehen erblickt die Bevölkerung den Impfzwang. Allerdings steht im Gesetz nichts über diesen Zwang; aber gerade dadurch, daß nichts darinnen steht, wirken die Beamten im Bezirk, wie es ihnen beliebt. Was nicht verboten ist, das kann der Beamte sich aus dem Gesetz herausnehmen. (Zwischenrufe.) Die Genossen im Bezirk sagen sich dies und glauben auch daran. Bei uns besteht die Ueberzeugung, daß man aus einem Gesetz zwischen den Zeilen mehr herauslesen kann, als darinnen steht. Solche Meinungen können Sie der Bevölkerung nicht aus dem Kopf bringen. Nur durch jahrelange Erfahrungen werden diese unmöglichen Ansichten widerlegt werden können. Kommen Sie nun auf den Gedanken, daß wir gegen das Gesetz absolut Opposition machen wollen, so geschieht es nicht, um Ihnen Schwierigkeiten zu machen, sondern aus praktischen Erwägungen heraus, infolge der Beobachtungen, die wir in unserem Gebiet zu machen Gelegenheit haben. Wir würden ja sonst ohneweiters unsere eroberten Positionen preisgeben. Wir wollen es unbedingt den Abgeordneten anheimgeben, die Impffrage auch von unserem Standpunkt zu betrachten und mit den Verhältnissen zu rechnen. Darum mußte ich mich auch hier zum Wort melden.

**Afritsch** (Graz): Ich spreche in der gleichen Angelegenheit wie mein Vorredner. Mir und auch einigen anderen Genossen kam es nicht richtig vor, den Antrag der Organisation Rumburg ganz ohne Debatte unseren Abgeordneten zuzuweisen. Wir meinen, in dieser wichtigen Sache müsse auch in irgendeiner Form die Stimmung des Parteitages zum Ausdruck

gebracht werden. Natürlich war der Antrag dem Klub zuzuweisen, aber vorher haben wir doch noch unsere eigene Haltung klarzustellen. Vor allem müssen wir sagen, daß wir ein Seuchengesetz nicht nur im Interesse der Menschen, sondern auch im Interesse der Arbeiter für besonders gut und notwendig halten. In der Berichterstattung über die parlamentarische Tätigkeit wurde schon durch Ihre Zustimmung einem Ausspruch des Berichterstatters Ausdruck gegeben, daß wir nicht allein die Strömungen zum Schutze der Seuchen des Viehes, sondern noch viel mehr solche zum Schutze der Menschen benötigen. Durch die bloße Zuweisung des Rumburger Antrages an den Klub könnte in der Oeffentlichkeit die Meinung entstehen, daß sich der Parteitag nicht trauen würde, in der Sache seine eigene Meinung zu äußern. Berücksichtigen wir, mit welcher Kraft die Abgeordneten gerade für dieses Gesetz gearbeitet haben, so ist es wohl doch nicht ganz der richtige Weg, daß man ihre Arbeit auf diese Art und Weise auf dem Parteitag abfertigt. Ich will mich über die Frage der Naturheilbewegung nicht äußern, aber es ist eine Tatsache, daß bei dem Gesetz der Impfzwang gar keine Rolle spielt. Und die Rumburger Genossen sind uns wohl den Beweis schuldig geblieben, daß dieses Gesetz nach anderer Richtung für die Arbeiterschaft Nordböhmens gefahrbringend sein wird. Der Antrag der Rumburger Genossen ist meiner Ansicht nach gar nicht am Platz. Ich erlaube mir daher aus diesem Grunde folgenden Antrag vorzuschlagen:

> Der Parteitag spricht den Wunsch aus, daß sich der Klub der deutschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhause durch den ihm zugewiesenen Antrag der Bezirksorganisation Rumburg in seiner durchaus einwandfreien und einzig richtigen Haltung in der Frage des Seuchengesetzes nicht beirren lasse.

Abgeordneter **Seliger**: Durch die Ausführungen des Genossen Bartel ist die Diskussion über das Koalitionsrecht zu einer über das Seuchengesetz geworden. Ich möchte aber Genossen Bartel aufmerksam machen, daß das ein Gesetz zum Schutze der Arbeiter ist, für das einzutreten die Sozialdemokraten nicht nur aus allgemeinen Interessen die Pflicht haben, sondern auch aus den Interessen der Arbeiterklasse selbst. Man redet immer über den Impfzwang. Aber wenn ein Gesetz über den Impfzwang vorläge, würden wird doch nicht eine Agitation der Genossenschaften oder Hauseigentümer sehen. Sie hassen das Gesetz nur in dem Punkte, wo es ein Arbeiterschutzgesetz ist, wo es sich um die Schließung von Betrieben handelt. Es sind durchaus antisoziale und arbeiterfeindliche Motive, die der Agitation gegen das Seuchengesetz zugrunde liegen. Wir in Deutschböhmen, wo diese Bewegung besonders überhandgenommen hat, können erkennen, daß sich hinter die Naturheiler unsere ärgsten Feinde, vor allem die Nationalverbändler gesteckt haben, denen es nur um ein Mittel zur Verleumdung der Sozialdemokratie zu tun ist. Wir müssen von den Genossen im nördlichsten Böhmen erwarten, daß sie einen so scharfen Blick haben, um diese Mache zu erkennen. Es ist notwendig von dieser Stelle aus zu sagen, daß die Genossen sich klar sein müssen, daß es eine Gemeinschaft von sozialdemokratischen Arbeitern mit diesen Feinden der Arbeiterschaft auch in den Naturheilvereinen nicht geben kann. Denn diese Vereine geben jetzt den Deckmantel ab für den Kampf gegen die Sozialdemokratie, um arbeiterschützende Bestimmungen zu verhindern. Wir müssen nach politischer Reinheit in unseren Reihen trachten und es muß gesorgt werden, daß unsere Genossen in den Naturheilvereinen nicht das Opfer der deutschnationalen Beutepolitik werden. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Renner**: Es ist schade, daß die nunmehrige Debatte nicht in räumlicher Trennung von der über das Koalitionsrecht stattfindet. Ich habe nicht aus Angstmeierei beantragt, den Antrag Rumburg dem Klub zuzuweisen. Ich habe es getan aus natürlicher Achtung vor den

Anträgen einer sozialdemokratischen Organisation. Es steht dem Parteitag frei, sich selbständig zu entscheiden, und wenn er die energische Resolution Afritsch annehmen will, mit der ich einverstanden bin, möge es geschehen. Wir werden auf den Antrag Rumburg sicher Antwort geben, aber unsere Haltung wird er nicht beeinflussen können. Wir wissen, was in der Agitation gegen das Seuchengesetz die Berufung auf die persönliche Freiheit bedeutet. Die Leute, die die Hetze gegen uns treiben, sind es, die der Arbeiterklasse einen Zwang nach dem anderen auferlegen. Wo sind die Herren beim Militärzwang, beim Steuerzwang, wo ist Herr Herzabek, der auf dem Wege vom Ausschuß ins Plenum seine Meinung geändert hat? Aber wenn es sich darum handelt, einen Heilzwang einzuführen, wehren sie sich, doch nicht aus menschlichem Interesse, sondern aus dem Interesse des Besitzes, des Fortbestandes ihrer Betriebe, weil sie den Arbeiter ausbeuten wollen, wenn er schon als Opfer der Krankheit gezeichnet ist. Diese Agitation ist dasselbe, was die klerikale Agitation gegen den Schulzwang war. Die Klerikalen sprachen ja auch von persönlicher Freiheit; keine Behörde dürfe sich einmischen. Wir wissen, daß das Kind nicht allein dem Vater gehört, sondern der Gesellschaft, und daß die Vernunft sich durchsetzen muß gegenüber dem einzelnen, der ihr aus Vorurteil widerstreben sollte. Das Gesetz hat gar nicht den Inhalt, der ihm zugeschrieben wird. Die Agitation beruht auf Unkenntnis und mangelhaftem Verständnis. Wir sind der Meinung, daß die Fraktion das Richtige getroffen hat, daß sie in diesem Schutzgesetz gegen Krankheit in erster Linie ein Schutzgesetz für die Arbeiter sieht. Nehmen sie den Antrag Afritsch an!

Vorsitzender **Pernerstorfer**: Da jetzt der Referent der Fraktion über diesen Gegenstand gesprochen hat, werde ich über den Antrag Afritsch abstimmen lassen. Es wurde vom Genossen Deutsch die Konstatierung des Stimmenverhältnisses verlangt. Ich werde diesem Wunsche Rechnung tragen.

Der Antrag wird hierauf einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

---

# Dritter Verhandlungstag.

Vorsitzender **Pernerstorfer** gibt bekannt, daß die sozialdemokratische Partei in Russisch-Polen herzliche Brudergrüße und Glückwünsche schicke, und fährt fort: Wir haben die Freude, den tapferen Vorkämpfer des rumänischen Proletariats, Dr. Rakovsky, in unserer Mitte zu begrüßen, und ich erteile ihm das Wort.

Dr. **Rakovsky** (Rumänien) spricht französisch. Dr. Adler übersetzt die Rede:

Ich spreche im Namen der rumänischen sozialdemokratischen Partei und im Namen der Gewerkschaften Rumäniens. Ich bin hergekommen, um den Sozialdemokraten Oesterreichs den Dank abzustatten, der schon seit langen Jahren verdient wurde für ihr Eingreifen zu einer Zeit, die mehrere Jahre zurückliegt und wo die Verfolgungen der Sozialdemokraten in Rumänien furchtbare Dimensionen angenommen haben. Die Hilfe, die die Oesterreicher uns bringen konnten, indem sie das Augenmerk der europäischen Oeffentlichkeit auf diese brutalen Tatsachen gelenkt haben im Abgeordnetenhaus und in den Delegationen, war für uns ungemein wichtig. Aber noch viel wichtiger ist unserer Ansicht nach das, was heute geschieht. Gerade heute müssen die Sozialdemokratie und das Proletariat auf dem Balkan

und auch in Rumänien in hohem Grade Dank und Anerkennung aussprechen für die Haltung, die die Internationale überhaupt, besonders aber die österreichische Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Situation eingenommen haben. Ihr Feldzug gegen den Krieg ist insbesondere wichtig für das Proletariat Rumäniens. Wir wissen nicht, was morgen geschehen wird, aber schon heute können wir mit der größten Genugtuung sagen: Was das Proletariat leisten konnte, was seine Pflicht war, hat es getan. Die Sozialdemokraten auf dem Balkan in jedem einzelnen Lande, in Bulgarien, in Serbien und in Rumänien, haben mit aller Kraft gegen den Krieg protestiert. Wir haben ihn schon seit Jahren vorhergesehen, er war seit vier Jahren zu erwarten. Die Sozialdemokraten haben alles, was möglich war, zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung getan, damit der friedliche Weg gegangen werde, damit unter dem Vorsitz der Partei eine Regeneration und Reformation aller politischen Einrichtungen des Balkans das Recht der Balkanvölker erfülle und ihre Bedürfnisse befriedige. Das ist vereitelt worden einerseits durch die Umtriebe der europäischen Diplomatie, die es zu einer umfassenden Reform und Umschmelzung der politischen Verhältnisse nicht kommen ließ, und vereitelt worden durch eine Reihe von verhängnisvollen Fehlern der Türkei selbst. Nun war es klar, daß das Proletariat des Balkans davor steht, zu bluten, nicht nur auf den Schlachtfeldern und vor den Kanonen zu stehen, sondern ausgesetzt zu sein allen Roheiten und Grausamkeiten, die die Baschibozuks als Marodeure auf diesem unglücklichen Boden verüben werden. Es ist sicher, daß diese Erhebung der Balkanvölker und der Balkanstaaten unter der Aegide der Könige geschieht, die den Krieg nicht begonnen haben für die Rechte der Völker, sondern die Blut fließen lassen, um für jeden einzelnen König den Thron zu festigen, und daß wir an Stelle der Autonomie der Völker eine Bewegung sehen mit allen Lastern und Verbrechen, die dem Imperialismus überall anhaftet.

Für die Sozialdemokratie und die europäische Demokratie haben die Dinge gewechselt. Seit altersher waren die Hoffnungen der Demokratie auf die Türkei gerichtet, und wir rechnen es der Internationale und besonders der österreichischen Sozialdemokratie und der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs als besonderes Verdienst an, daß sie sich klar geworden sind, daß in dieser Beziehung eine politische Wendung eingetreten ist und demgemäß auch in ihren Anschauungen eintreten mußte, daß sie erkennt, daß es zu spät sei, den Blick auf die Türkei zu richten, sondern daß er gerichtet werden muß auf die wachsende Demokratie der Balkanvölker, auf die demokratische Föderation der Balkanvölker, die auch Rumänien und die Türkei selbst umfassen muß. Durch diese neue Auffassung, diese klare Einsicht in die geschichtlichen Bedingungen der Sozialdemokratie des Balkans ist ein Doppeltes geschehen. Erstens hat sich die Internationale uns gegenüber erwiesen als das, was sie sein soll, und was man von ihr erhoffte, ferner bedeutet die Wendung der Rehabilitierung der europäischen Demokratie in den Augen der Balkanvölker, ihrer öffentlichen Meinung und auf dem Boden der Balkanvölker. Es ist eine Rehabilitierung auch für Oesterreich. (**Adler** fügt ein: Ich nehme das Kompliment für Oesterreich sehr gern entgegen und würde nur wünschen, daß Oesterreich dieses Lob verdiene, daß es die Konsequenzen aus dieser Rehabilitierung ziehe und bei ihnen verbleibe.) Ich bin auch überzeugt, daß, wie Sie es vorgestern ausgesprochen haben, der Balkan, der befreit sein wird von der Bevormundung und Unterdrückung der türkischen Herrschaft, eine kräftigere Barriere gegen die Uebergriffe des russischen Zarismus nach Europa sein wird, als es das zerfallende türkische Reich sein konnte. Sie haben nicht nur die Balkanvölker verpflichtet durch Ihre Haltung in der Internationale, sondern zugleich eine Politik der Vernunft und des Friedens gemacht, indem Sie die Losung ausgegeben haben: Der Balkan den Balkanvölkern! Um Ihnen den Dank dafür auszusprechen, bin ich hier erschienen. (Stürmischer Beifall.)

## Bildungsarbeit.

Referent Dr. Danneberg: Der Parteitag hat gestern über den Aufbau und Ausbau der Organisation verhandelt. Heute handelt es sich um die innere Festigung der Organisation, um die Bildungsarbeit. Bildungsarbeit hat unsere Partei zu leisten und hat sie geleistet seit ihrem Beginn. Aber auch Bildungsarbeit als eine besondere Seite unserer Parteiarbeit ist keine neue Sache der Partei, sie wird in den letzten Jahren mit besonderem Eifer betrieben. Die Zentralstelle für das Bildungswesen hat im Laufe der letzten vier Jahre nicht weniger als 5399 Einzelvorträge, 267 Vortragszyklen mit 1378 Vorträgen und 255 Unterrichte mit 5980 Unterrichtsstunden veranstaltet. Wir haben außerdem eine Arbeiterschule als die Krönung unseres ganzen Unterrichtssystems eingerichtet und bisher schon mehr als vierhundert Genossen herangebildet. Wir haben unsere Genossen auch auf die bürgerlichen Bildungseinrichtungen stets aufmerksam gemacht, auf die volkstümlichen Universitätskurse, auf den Volksbildungsverein mit seinem Volksbildungshaus, auf das Volksheim, auf die „Urania" und alle anderen Institutionen, welche sich bemühen, Bildung unter die Arbeiterschaft zu bringen. In der Provinz haben wir 509 Einzelvorträge, 61 Vortragszyklen mit 292 Vorträgen und auch einige Unterrichte vermittelt. Die Parteischule, auf dem Reichenberger Parteitag noch als schüchternes Projekt behandelt, wurde inzwischen in Bodenbach und Klagenfurt mit vollem Erfolg verwirklicht. Wir haben auch Lichtbildervorträge veranstaltet, wir haben Vortragsdispositionen herausgegeben und in 17.000 Exemplaren verbreitet. Außerdem geben wir bereits den vierten Jahrgang unserer „Bildungsarbeit" heraus, die infolge ihrer vielfachen Anregungen überall Anerkennung gefunden hat. In der letzten Zeit haben wir begonnen, auch das Bibliothekswesen zu reorganisieren. Wir haben vor einigen Tagen ein Programm für diese neue Seite unserer Tätigkeit ausgearbeitet, und die Genossen werden ja bald hören, was wir auf diesem Gebiet planen. Viel ist auch von den Genossen selbst in zahlreichen Orten geleistet worden, wir können aber darüber keinen genaueren Bericht erstatten.

Mit Stolz dürfen wir sagen, daß die Partei sich seit dem Reichenberger Parteitag ein neues Arbeitsgebiet erobert und Menschen und Geld in einem solchen Ausmaß dafür verwendet hat, wie es auch optimistische Genossen in Reichenberg nicht für möglich gehalten haben. Aber das Lob, das man spenden kann, und die Anerkennung, die die Genossen verdienen, sollen durchaus nicht aufgefaßt werden als die Aufforderung zur Genügsamkeit, daß wir etwa zufrieden sein sollen mit dem, was auf dem Gebiet bisher geleistet worden ist. Der Parteitag muß sich darüber klar werden, daß wir noch *mancherlei Mängel* zu konstatieren haben, die nur verbessert werden können, wenn wir uns dessen bewußt werden, daß sie vorhanden sind, und wenn wir ihre Gründe erkennen. Ich glaube, daß ein guter Teil dieser Mängel darauf zurückzuführen ist, daß sich *noch immer nicht alle Genossen, vor allem nicht alle Vertrauensmänner, des Wertes und der Bedeutung der Bildungsarbeit bewußt sind*, daß es noch viele gibt, die dieser Arbeit mit Zweifel gegenüberstehen und meinen, daß eine Partei des politischen Kampfes sich nicht mit derlei Dingen befassen soll. Darum ist es wohl gestattet, einige Worte über Zweck und Bedeutung der Bildungsarbeit, wie wir sie auffassen, zu sagen. Wir wollen uns keiner Täuschung über Wert und Ziel der Bildungsarbeit hingeben. Wir sind nicht der Ansicht, daß wir Allerweltsbildung verbreiten müssen, wir verfallen nicht in Bildungsduselei und wollen nichts gemein haben mit denen, die glauben, daß es nur eine Frage des guten Willens ist, daß Bildung in alle Schichten dringt. Wir sind der Ansicht, daß die wahre Volksbildung, wie sie *Fichte* gemeint hat, „die Bildung des Volkes in allen seinen Teilen", eine Utopie bleiben muß, solange die heutige Gesellschaftsordnung besteht. Wir wissen, daß nicht nur die materiellen Güter ein Privi-

leginm der Besitzenden sind, sondern daß auch die Wissenschaft nur den Reichen eignet, und die Freiheit, zu lernen, nicht anders praktisch zu werten ist, als die von Lassalle gehöhnte Freiheit für jeden, Millionär zu werden. Es kann jeder lernen, was er mag; aber die Bedingungen sind so ungünstig für die Arbeiter, daß es ihnen praktisch verwehrt ist, in die Wissenschaft einzudringen. Wir wissen, daß die Erwerbung von Bildung Zeit und Geld kostet. Die Arbeiterklasse aber als die Klasse, die bestimmt ist, Mehrwert zu schaffen für andere, und die für ihre Arbeit nicht mehr bekommt, als was eben hinreicht, die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen, hat nicht Zeit und Geld, Bildung in entsprechendem Ausmaß zu erlangen. Trotzdem wollen und können wir nicht auf die Verbreitung der Bildung verzichten; wir müssen sie nur in dem richtigen Sinne auffassen und müssen, weil wir wissen, daß nicht alles gemacht werden kann, uns beschränken und die Bildung verbreiten, die der Arbeiter für den Kampf seiner Klasse braucht, die er nötig hat, um seine politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Kämpfe in besserer Rüstung führen zu können. Das zeigt auch den Zweck und das Ziel, das die Bildungsarbeit hat. Es gibt sehr viele arbeiterfreundliche Leute unter denen, die für die Volksbildung tätig sind und die die Bildung anders werten als wir. Ich will nur an das Wort des Professors Jodl erinnern, der sich große Verdienste um die Volksbildung erworben hat und der sagte: „Es gibt kein stärkeres Band zwischen den Menschen als Bildung, die materiellen und politischen Interessen reißen sie auseinander, die Bildung schlägt über diese Abgründe immer wieder Brücken.“ Wir wollen die Bildung nicht als eine Brücke über die Abgründe, die zwischen Menschen und Klassen bestehen. Wir wollen im Gegenteil, daß die Arbeiterklasse immer besser in den Stand gesetzt werde, ihre Kämpfe gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu führen, wir wollen die Bildung nicht als ein Mittel der Versöhnung, daß die Arbeiter den Kapitalismus erträglicher finden sollen, sondern wir wollen, daß sie ihn unerträglich finden. Das ist die Bildungsarbeit, wie wir sie verstehen. Dabei sind wir durchaus nicht engherzig und heißen jede geistige Anregung für das Proletariat willkommen. Wir begrüßen mit Freuden die Bestrebungen, die es ermöglichen, Bildung auch außerhalb der Partei zu erwerben. Wir begrüßen Bildungsbestrebungen auf naturwissenschaftlichem und anderem Gebiet, weil jede geistige Anregung für uns von Nutzen ist, aber wir müssen den Hauptwert auf die Bildung legen, die den Arbeitern eine bessere Führung des Klassenkampfes ermöglicht.

Wir fassen also die Bildungsarbeit als Vorarbeit für den Kampf auf, ja wir müssen sogar sagen, daß unser Kampf ohne Bildungsarbeit gar nicht mehr zu führen ist. Wir Sozialdemokraten sind eine revolutionäre Partei, deren Ziel die Umgestaltung der Gesellschaftsordnung ist. Sich zu dieser Partei zu bekennen, hat in früheren Jahren großen Opfermut erfordert. Damals ist nur derjenige Sozialdemokrat gewesen und geblieben, der wirklich alle ihre Grundsätze gekannt hat. Heute ist es leichter, Sozialdemokrat zu sein, als vor zwanzig Jahren, und heute kommen Tausende und Abertausende in unser Lager, ohne über alle Forderungen unterrichtet zu sein, ohne vor allem, weil sie in der Agitation des Tages gewonnen werden, unterrichtet zu sein über das letzte Ziel unserer Partei: ihren grundsätzlichen Kampf gegen die ganze kapitalistische Gesellschaftsordnung. Daraus erwächst die Verpflichtung, alle einzuweihen in unser Programm, sie zu belehren, daß wir uns nicht nur dadurch von den anderen unterscheiden, daß wir es mit dem Kampfe gegen die indirekten Steuern ehrlich meinen, während die anderen nur Demagogie treiben, daß wir eine vernünftige Sozialversicherung wirklich wollen, während die anderen nur Schwindel damit treiben. Wir müssen alle zur Klarheit bringen, daß wir mehr als die Durchsetzung unserer Gegenwartsforderungen wollen, daß wir die kapitalistische Gesellschaftsordnung grundsätzlich bekämpfen und die Verwirklichung des Sozialismus anstreben. Das erfordert eine eifrige

Erziehungsarbeit in Oesterreich schon deshalb, weil bei uns der tägliche Kampf der Partei nicht im selben Maße ein förmlicher Anschauungsunterricht auch für die sozialistische Erziehung ist, wie etwa in Deutschland. In dem sonderbaren Lande, in dem wir leben, müssen wir uns mit so viel Problemen befassen, die mit dem Sozialismus unmittelbar nichts zu tun haben, daß dadurch oft Mißverständnisse hervorgerufen worden sind, und wir wissen, wie mangelhafte Erkenntnis der Parteimitglieder und mitunter auch die Vertrauensmänner die Arbeit der Partei erschwert. Davon legen Zeugnis ab die Schwierigkeiten bei der parlamentarischen Behandlung der Teuerung und anderer Fragen. Die Partei kann ihre Politik nur betreiben im Zusammenhang mit der großen Masse der Arbeiter und begleitet von dem Verständnis der Arbeiterklasse, wenn wir es nicht nur zu tun haben wollen mit Mitläufern und lässigen Beitragszahlern, sondern mit klassenbewußten Parteigenossen.

Dazu kommt noch ein anderer Grund, aus dem die Bildungsarbeit unerläßlich ist. Der Arbeiter spielt heute in der Politik eine ganz andere Rolle als vor zwanzig oder dreißig Jahren. Er war damals nur Objekt der Politik. Er war rechtlos und sollte es bleiben. So hatten die herrschenden Klassen kein unmittelbares Interesse an seiner Gesinnung. Heute hat sich die Arbeiterklasse das gleiche politische Recht erobert und damit die Herrschenden dahin gebracht, sich um die Gesinnung der Arbeiterschaft zu kümmern und ihre Gesinnung auf das stärkste zu beeinflussen. So sehen wir seit der Einführung der fünften Kurie, und besonders seit der Einführung des gleichen Wahlrechtes, daß auch von den Bürgerlichen Organisationen geschaffen worden sind und nichts unversucht gelassen wird, um wenigstens einen Teil der Arbeiterklasse abzusplittern vom großen Heere und zum Klassenverrat zu erziehen. Wir sehen nationale, wir sehen christlichsoziale, wir sehen spezifisch gelbe Organisationen emporwachsen, und wir bemerken in den letzten Jahren, wie die Gegner sich bemühen, vor allem auch die Jugend der Arbeiterklasse entsprechend zu beeinflussen, wie sie sich bemühen, die Quellen der Entwicklung unserer Bewegung zu verschütten. Heute werden ungeheure Anstrengungen auch mit Hilfe des Staates und der Länder, aller offiziellen Körperschaften gemacht, um die Arbeiterjugend abzuhalten von der großen Armee der Sozialdemokratie. Die Zahl der klerikalen und nationalistischen Vereine ist im Wachsen begriffen, und eine noch zu wenig beachtete neutrale Arbeiterjugendbewegung versucht mit Kaffeekuchen, „Safaladi" und mit Vorträgen über Vater Radetzky gewissermaßen eine Reinkultur des Schwarzgelbtums zu züchten. Es wäre Zeit, daß wir früher anfangen, Vorkehrungen dagegen zu treffen, bevor in den Reihen der anderen schon ein zu großer Teil der Arbeiterjugend steht. Wir dürfen überhaupt nicht unterschätzen, was die Gegner tun. Wir müssen die Organisation der Gegner nach jeder Richtung kennen, wir dürfen die gegnerischen Organisationen nicht mit unseren Organisationen vergleichen, wir dürfen uns nicht dadurch täuschen lassen, daß zum Beispiel die deutschnationalen politischen Organisationen klein sind und keinen Vergleich aushalten mit unseren politischen Organisationen. Gestatten Sie mir, weil davon in unserer Presse nur wenig die Rede ist, auf ein paar Einrichtungen hinzuweisen, über die wir in der Regel mit Geringschätzung hinweggehen, denen aber doch einige Bedeutung zukommt. Die Christlichsozialen zum Beispiel haben vor einigen Jahren die Zentralstelle des katholischen Volksbundes gegründet, so eine Art Bildungszentrale, wie auch wir sie haben. Diese Zentrale des katholischen Volksbundes ist mit großem Eifer tätig. Sie hatte am 1. August 1912, an dem sie Rechenschaft abgelegt hat, bereits 178 Gruppen in Oesterreich mit 14.517 Mitgliedern, von denen 3850 Arbeiter sind. Dieser katholische Volksbund hat im letzten Jahre sieben soziale Kurse, die durch mehrere Tage gedauert haben, eingeführt, und er hat insbesondere in der letzten Zeit, im September und Oktober, in Wien einen volkswirtschaftlichen Kursus abgehalten, der vier Wochen gedauert hat und der unserer Parteischule von

Bodenbach und Klagenfurt genau nachgebildet ist sowohl im Lehrplan als auch in den technischen Einrichtungen. Diese Bestrebungen zeigen, daß man auch auf der anderen Seite bemüht ist, sich Agitatoren und geschulte Vertrauensmänner zu erziehen. Wir alle kennen die sogenannten nationalen Schutzvereine, die heute, nach ihren Jahresberichten zu schließen, sehr mächtige Organisationen sind. Nach dem Ausweis für 1911 zählen die sechs größten dieser Vereine, der Bund der Deutschen in Böhmen, der Böhmerwaldbund, der Bund der Deutschen Nordmährens, der Bund der Deutschen Südmährens, die „Nordmark" und die „Südmark", zusammen nicht weniger als 3492 Gruppen mit 312.817 Mitgliedern. Das sind Ziffern, deren Bedeutung wir nicht unterschätzen dürfen. Vergleichen wir damit, daß wir in ganz Deutschösterreich nur 1369 Lokalorganisationen, also nicht einmal halb soviel Stellen haben als die anderen, und 145.524 Parteimitglieder gegenüber diesen 312.817 nur der sechs größten nationalen Schutzvereine. Wir dürfen nicht verkennen, daß diese Schutzvereine in ihrer Art eine eifrige Erziehungsarbeit zu leisten sich bemühen. Die „Südmark" zum Beispiel, deren Wirkungsgebiet die Alpenländer sind, verfügte 1911 über 270 Bibliotheken mit 169.000 Bänden, die von 27.757 Lesern 236.000mal benützt worden sind. Das sind Bildungsquellen, die die anderen ihren Leuten eröffnen und die uns darauf aufmerksam machen müssen, daß auch von anderer Seite eine eifrige Erziehungsarbeit geleistet wird, der wir eben unsere Arbeit entgegensetzen müssen. Die „Südmark" verfügt weiter über drei angestellte Wanderredner, von denen einer in den zwölf Monaten 1911 170 Vorträge, einer in neun Monaten 106, der letzte in zehn Monaten 159 Vorträge in den verschiedensten Orten gehalten hat. Das alles sind Leistungen, die uns sagen, daß das, was wir bisher getan haben, noch viel zu wenig ist, und daß wir die Verpflichtung haben, noch eifriger als bisher tätig zu sein, um die Arbeiterklasse zu wappnen gegen politische Verführung, von der sie heute wirklich in einem großen Ausmaß bedroht ist.

Allerdings gar zu sehr brauchen uns die Leistungen unserer Gegner nicht zu imponieren, weil ja viele Tatsachen des praktischen Lebens den Arbeiter immer wieder erkennen lassen, wohin er gehört, und weil wir aus unserer Erfahrung wissen, daß viele, die zuerst in den Händen der Klerikalen oder Nationalen gewesen sind, dann doch den Weg in die Heimat, zur Partei ihrer Klasse gefunden haben. Wir brauchen auch vor den großen Anstrengungen, die unsere Gegner auf dem Gebiet der Jugenderziehung machen, keine große Angst zu haben, denn wenn jene mit den jungen Arbeitern zusammenkommen wollen, dann müssen sie Horte und Heime gründen und sie haben die jungen Arbeiter doch nur am Sonntagnachmittag und vielleicht noch an einzelnen Stunden am Abend eines Wochentages. Wir aber haben den jungen Arbeiter unter den Händen unserer Genossen 50 bis 60 Stunden in der Woche in der Werkstatt und Fabrik, auf dem Bau und in der Grube, und wenn die organisierten Arbeiter es nur verstehen, mit der Arbeiterjugend richtig umzugehen, dann müssen alle Bestrebungen der Gegner zuschanden werden und fruchtlos bleiben. Aber die Arbeiter müssen sich überall dessen bewußt sein, daß da eine Erziehungsarbeit von Mann zu Mann, von einem jungen Arbeiter zum anderen zu leisten ist. Das ist eine schwere Arbeit, eine Arbeit, die auch schwer ist unter denen, die wir heute schon für die Partei gewonnen haben. Die Fluktuation ist, wie Sie aus den Berichten ersehen können, auch in unserer Parteiorganisation sehr groß. Seit dem 1. Jänner 1910, in den zweieinhalb Jahren also, seitdem unsere neue Parteiorganisation besteht, sind vom Parteisekretariat 271.359 Parteilegitimationen ausgegeben worden. Die Zahl unserer Parteimitglieder betrug am 30. Juni des heurigen Jahres nur 145.524, die Differenz beträgt also fast 126.000. Wenn wir natürlich auch annehmen können, daß eine Menge dieser Legitimationen in den verschiedenen Sekretariaten lagert, daß viele Parteimitglieder gestorben, ausgewandert sind u. s. w., so können wir doch aus den Ziffern den Schluß ziehen, daß es gewiß 90.000 Men-

schen in Oesterreich gibt, die sich in den letzten zwei Jahren in eine Organisation haben einschreiben lassen, Mitglieder geworden sind und dann wieder der Organisation den Rücken gekehrt haben. Das muß uns zu denken geben. Wenn von der Parteiorganisation überall die entsprechende Erziehungsarbeit geleistet worden wäre, wenn wirklich alle jene, die zu uns gekommen sind, zu klassenbewußten Sozialdemokraten gemacht worden wären, dann hätte die Fluktuation erheblich kleiner sein müssen.

Es ist nun die Frage aufzuwerfen: Was soll auf dem Gebiet der Bildungsarbeit geschehen? Auf diese Frage können wir bei der Kürze der Zeit hier nicht eingehen. Das, was geschehen soll, das, was sich aus der praktischen Erfahrung der letzten Jahre als möglich ergeben hat, habe ich in dem Arbeiter-Notizkalender für das Jahr 1913 auseinandergesetzt; dort finden Sie eine eingehende Schilderung dessen, was, angefangen von den kleinen Diskussionen und von den kleinen Vorlesungen, auf dem Gebiet des Bildungswesens möglich ist, gesteigert bis zur Krönung unseres ganzen Arbeiterbildungswesens, bis zur Parteischule. Ich verweise auf die vielen Anregungen, welche die „Bildungsarbeit" unseren Genossen immer wieder gibt. Leider existieren heute noch immer einige hundert Parteiorte in Oesterreich, in denen unser Organ, die „Bildungsarbeit", auch nicht in einem einzigen Exemplar vertreten ist. Genossen, die Bildungsarbeit leisten wollen, müssen dieses Blatt zur Hand nehmen und ich will hoffen, daß von diesem Parteitag wenigstens die Anregung zu einer Weiterverbreitung des Blattes ausgeht. Erfreulich ist, daß gerade mit dem heurigen Herbst die Bildungsarbeit draußen im Reich intensiver eingesetzt hat als früher. In allen wichtigen Parteizentren von Karlsbad bis Czernowitz, vom äußersten Westen bis zum äußersten Osten haben wir eine Reihe von Elementarschulen des Sozialismus, in denen der theoretische Teil unseres Parteiprogramms und das Wichtigste aus der Gewerkschaftskunde den Vertrauensmännern vermittelt wird. Diese Schulen werden sicherlich den Erfolg haben, den wir wünschen.

Ein Wort über unsere Parteischule! Sie ist bisher zweimal abgehalten worden. Sie hat manchem viele Anregung gebracht, manche vielleicht enttäuscht. Wir müssen uns über ihre Aufgabe klar sein. In vier Wochen kann man nicht die gesamten Sozialwissenschaften unterrichten und noch weniger erfassen. Was die Schule will, das ist, einigen Dutzend Vertrauensmännern, die freigemacht werden von jeglicher Parteiarbeit und Berufsarbeit, systematisch zu zeigen, wie sie selber zu lernen haben, sie einzuführen in die Grundzüge derjenigen Wissenschaften, die für uns die wichtigsten sind, sie zu lehren, wie sie sich selber fortbilden müssen und wie sie das Gelernte zu verwerten haben. Von diesem Gesichtspunkt beurteilt, hat die Parteischule beidemal große Erfolge gebracht. Es sind Wünsche laut geworden, die dahin gehen, die Schulzeit zu verlängern, den Lehrplan auszudehnen oder wenigstens den gegenwärtigen Lehrstoff zu verteilen nicht auf vier, sondern auf sechs bis acht Wochen. Das alles sind Vorschläge, die die Parteivertretung und die Bildungszentrale einer Erwägung für das nächstemal werden unterziehen müssen. Aber heute schon müssen wir darauf hinweisen, daß das, was finanziell von der Parteizentrale für das Bildungswesen geleistet wird, an die Grenze des Möglichen gekommen ist, was im Rahmen des Budgets der Partei geleistet werden kann. Noch ein anderer Wunsch ist laut geworden aus dem Kreise der Genossen in der Provinz. Die Bildungszentrale möge endlich dem Beispiel unserer reichsdeutschen Genossen folgen und Wanderlehrer in ihren Dienst stellen. Darüber wurde schon oft diskutiert, aber vorderhand ist der Wunsch nicht erfüllbar, weil es uns an dem notwendigen Geld und an den notwendigen Menschen mangelt. Ich zweifle trotzdem nicht, daß auch wir in absehbarer Zeit dazu werden kommen müssen, einen Genossen mit dieser wichtigen Aufgabe zu betrauen.

Bei der Gelegenheit möchte ich aber einen Appell an alle Parteigenossen und besonders an die Vertrauensmänner richten, sich mehr als bisher der Jugendbewegung anzunehmen, die für die Erziehungsarbeit außerordentlich wichtig ist. Ich fordere Sie auch auf, sich zu interessieren für die verhältnismäßig neuen Bestrebungen, die Erziehung der Kinder des Proletariats zu beeinflussen. Nicht etwa, daß wir sechs- und achtjährigen Kindern den Sozialismus einpauken wollten. Wir wollen nur helfen, sie zu gesunden Menschen zu erziehen und sie vor der klerikalen und nationalistischen Verseuchung zu bewahren. Eine Verpflichtung der Organisationen in dieser Beziehung ist erfreulicherweise in das neue Organisationsstatut aufgenommen worden.

Wir verkennen allerdings nicht, daß sich der Bildungsarbeit in der Partei große Schwierigkeiten entgegenstellen, daß die Schwierigkeiten, mit denen wir in Oesterreich überhaupt zu kämpfen haben, besonders auch auf dem Gebiet der Bildungsarbeit zu finden sind. Wir haben zu rechnen mit einer großen Zersplitterung der Organisation, hervorgerufen durch die Siedelungsverhältnisse der Industrie und der deutschen Arbeiterschaft in Oesterreich. Die Partei zerfällt in fast lauter kleine Organisationen in den Dörfern. Diese Zersplitterung verursacht eine große Verteuerung der Parteiarbeit und einen ungeheuren Kräfteverbrauch. Die deutschen Genossen haben in Berlin und Hamburg allein mehr Parteimitglieder als wir, Wien mitinbegriffen, in anderthalbtausend Orten Deutschösterreichs. Eine Schwierigkeit, über die besonders geklagt wird, besteht auch darin, daß unsere Vertrauensmänner und die Angestellten der Partei überlastet sind, so daß ihnen keine Zeit bleibt, sich selbst weiter zu bilden und Bildungsarbeit zu leisten. Aber bei gutem Willen werden die Organisationen einen Ausweg finden. Man wird den Vertrauensmännern die nötige freie Zeit zum Lesen und Lernen schaffen müssen. Das ist besonders wichtig gerade für die Vertrauensmänner in den kleinen Orten, die ja vielfach auf sich selber angewiesen sind. Eine andere Klage ist die, daß kein Geld vorhanden ist. Wir sind gewiß eine arme Partei, und unser Parteikassier hat gestern gesagt, daß wir mit Wasser kochen müssen. Aber auch in einem kleinen Haushalt kann man bei geschickter Einteilung für alles Platz schaffen. In vielen Orten wird man sich begreiflich machen müssen, daß die Parteiorganisation nicht bloß für Wahlen da ist, sondern auch für die Verbreitung des sozialistischen Gedankens. Gerade in den letzten Jahren sind die Wahlkosten erschreckend hoch geworden. Wir müssen uns daran gewöhnen, Geld auszugeben auch für andere Zwecke als für Wahlen. Das Geld, das auf die Bildungsarbeit verwendet wird, kann uns manche Wahlkosten ersparen. Bei Wahlen stehen wir immer vor dem Ungewissen. Wir haben nicht die nötige geistige Fühlungnahme mit den vielen Arbeitern, die formell zu uns gehören. Auf Grund von genauen Berechnungen kann ich heute konstatieren, daß selbst in Wien, wo die Verhältnisse am besten sind und wo wir so überaus starke Anstrengungen machen, gewiß zwei Drittel aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im ganzen Jahr auch nicht einen einzigen sozialistischen Vortrag anhören und daß heute in Wien zwei Drittel aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im ganzen Jahr auch nicht ein einziges Buch aus der Bibliothek ihrer Organisation entlehnen. (Hört! Hört!) Diese hunderttausend Arbeiter werden auch von unserer Parteipresse gar nicht erreicht, sondern bleiben unter dem Einfluß der Bildelpresse. Das macht den großen Wahlapparat notwendig und das erzeugt jenes Fieber, das manche Organisationen veranlaßt, in Wahlzeiten Geld für alles mögliche hinauszuwerfen, das man für andere Zwecke der Partei besser und fruchtbringender anwenden könnte.

Auch unsere Parteipresse sollte mehr mithelfen, die Bildungsarbeit zu fördern. Ich richte hier an die Redakteure aller Partei- und

Gewerkschaftsblätter den Appell, die Bildungsarbeit besser und in anderer Form zu unterstützen, als dies bisher geschehen. Unsere Parteipresse müßte sich mehr kümmern um die Parteiliteratur. Wenn heute eine neue Broschüre oder ein Buch erscheint — das ist jetzt in Oesterreich häufiger der Fall als früher —, dann registriert das die Parteipresse höchstens in den Annoncen oder druckt den Waschzettel des Verlages ab. Wir finden nur in den seltensten Fällen, daß die Parteipresse sich selbständig über die Propagandabroschüren des Sozialismus äußert. Die „Arbeiter-Zeitung" allerdings bringt ja Rezensionen und kümmert sich um die Literatur mehr als die anderen Blätter, aber sie bevorzugt wenigstens bisher solche Werte, die für den zünftigen Gelehrten berechnet sind, nicht die Propagandaliteratur für die Arbeiter.

Ein Wort auch über die Kolportage. Wir haben sie in vielen Orten schlecht organisiert, weil es Sitte gewesen ist, daß man altgewordenen Parteigenossen mit der Kolportage einen kleinen Erwerb geben wollte und so den Vertrieb der Parteiliteratur von dem größeren oder geringeren Eifer dieser alten Parteigenossen abhängig gemacht hat. Das hat sehr geschadet und auf diesem Wege kommen wir nicht weiter. Die Verbreitung der Parteiliteratur muß zur direkten Parteiarbeit werden, für die man in den Organisationen ebenso Sorge tragen muß, wie für die Erledigung der Arbeiten des Obmannes, des Kassiers, des Schriftführers und der anderen Funktionäre.

Die Kolportage muß systematisch organisiert werden, dann wird unsere Parteiliteratur wirklich verbreitet werden. Ich will da nur ein einziges Beispiel anführen, und zwar aus dem V. Wiener Bezirk. Dort wurde die Parteikolportage im Jahre 1901 vom Bezirk organisiert und es wurde damals ein Umsatz von 576 Kronen erzielt. Im Berichtsjahr 1911/12 aber betrug der Umsatz 8401 Kronen, wovon 3000 Kronen auf die eigentliche Parteiliteratur entfallen. Von 1901 bis zum 30. Juni 1912 wurde ein Umsatz vom 12.489 Kronen erzielt. Das ist ein Beispiel, das Nachahmung verdient.

Aber nicht nur die Kolportage muß eingerichtet werden, es muß auch das Lesen besser organisiert werden. Wir haben hier eine sozialistische Musterbibliothek ausgestellt, die ein Inventarstück in allen Lokalorganisationen werden soll. Wo dies nicht möglich ist, muß wenigstens an die Errichtung sozialistischer Wanderbibliotheken geschritten werden. Der Verband der jugendlichen Arbeiter Oesterreichs hat heuer allein bereits 40 Wanderbibliotheken eingerichtet, die einen Wert von mehr als 4000 Kronen haben und die bereits in den Alpen- und Sudetenländern im Umlauf sind. Daß auf dem Gebiet der Bibliotheken noch große Erfolge winken, dafür will ich zwei Beispiele anführen. Unsere Ottakringer Genossen haben mit einem Kostenaufwand von 1600 Kronen eine Jugendbibliothek mit 520 Bänden eingerichtet und schon im ersten Jahre des Betriebes einen Umsatz von 13.996 Büchern erzielt. Unsere Meidlinger Genossen haben im Jahre 1908 eine Zentralbibliothek eingerichtet, die im ersten Jahre 5881 Entlehnungen erreichte. Heuer aber wurden bereits in den ersten zehn Monaten des Jahres 1912 27.953 Bände verliehen. Durch systematische Arbeit wurden die Entlehnungsziffern auf das Sechsfache gesteigert, ein Beweis, wie groß der Bildungshunger der Arbeiterschaft wird, wenn er einmal geweckt ist.

Die verdammte Bedürfnislosigkeit, von der schon Lassalle gesprochen hat, ist auch in geistiger Beziehung zu bekämpfen. Wir müssen die Arbeiter nicht nur nach höheren Löhnen, nach kürzerer Arbeitszeit, nach besseren Wohnungen begehrlich machen, sondern auch nach den geistigen Gütern, nach der sozialistischen Bildung, die wir für den Kampf brauchen. Freilich stehen uns hiebei die größten Schwierigkeiten entgegen. Friedrich Engels hat schon vor siebzig Jahren geschrieben: „Wenn die Bourgeoisie den Arbeitern zu leben so viel läßt, als eben nötig ist, so dürfen wir uns

nicht wundern, wenn sie ihnen auch nur so viel Bildung gibt, als im Interesse der Bourgeoisie liegt. Und das ist so viel wahrlich nicht. Es kann aber nicht anders sein. Die Bourgeoisie hat wenig zu hoffen, aber manches zu fürchten von der Bildung der Arbeiter." Dasselbe hat auch Karl Marx gesagt: „Die Bourgeoisie muß die Einsicht der Massen fürchten, sobald sie revolutionär werden." Das, was die Herrschenden fürchten und verhindern wollen, gerade das müssen wir herbeizuführen suchen, weil wir darauf unsere Hoffnungen bauen. Unsere Bildungsarbeit ist also und soll nichts anderes sein als Rüstungsarbeit. Sie soll neue Kraft, neuen Trotz und neue Begeisterung wecken.

Wiederholt ist auf diesem Parteitag gesagt worden, daß wir ernsten Zeiten entgegengehen, in denen an uns Anforderungen gestellt werden können in ganz anderem Maße, als dies bisher geschehen ist. Es können wieder Zeiten kommen, in denen von jedem einzelnen der ganze Einsatz seiner Person verlangt wird. In solchen entscheidungsschweren Tagen werden nur diejenigen Parteimitglieder die Politik der Partei verstehen und unserer Fahne folgen, die wirkliche Sozialdemokraten sind, nicht nur lässige Beitragszahler und Mitläufer. Darum müssen wir die harte Kleinarbeit, die auch die Bildungsarbeit ist, unter allen Umständen leisten.

Ich glaube, zu diesem Gegenstand bedarf es keiner Resolution. In dem neuen Parteistatut ist die Verpflichtung der Organisationen zur sozialistischen Erziehungsarbeit ausgesprochen. Diese Bestimmung des Statuts wird genügen, daß sich alle Organisationen der Notwendigkeit bewußt werden, diese Arbeit mit dem größten Eifer zu pflegen. Von diesem Parteitag soll der Ruf an alle ergehen, Bildungsarbeit zu leisten als Rüstungsarbeit für die gewaltigen Kämpfe der Zukunft. (Stürmischer Beifall.)

## Die Debatte.

**Schneidmadl** (St. Pölten): Wenn wir bedenken, daß durch das Wachstum der Bewegung uns ungeheuer komplizierte Aufgaben gestellt worden sind, müssen wir sagen, daß es heute viel schwerer als einstmals ist, sich als Sozialdemokrat zu betätigen. Die Aufgaben sind so vielfältig geworden, daß es schwer ist, auf allen Gebieten bewandert zu sein. Es ist darum wichtig, daß das, was der Referent gesagt hat, voll beherzigt werde. Wenn es nicht gelingt, die Mitglieder in den Geist unserer Bewegung einzuführen, ist es nur zu leicht möglich, daß sie wieder verloren gehen, wenn die Hoffnungen, die sie zu uns führten, nicht sofort erfüllt werden können. Diese Bildungsarbeit erfordert viele Kräfte. Verschiedene Organisationen messen ihr leider die ihr zukommende Bedeutung nicht zu; aber auch die Kräfte zu systematischer Arbeit auf diesem Gebiet fehlen. Es war daher ein sehr zu begrüßender Schritt der Parteivertretung, die Parteischule einzurichten, die die Aufgabe hat, den Vertrauensmännern behilflich zu sein, sich Wissen anzueignen. Wir draußen sind darauf angewiesen, unser Wissen ausschließlich aus der Presse, den Broschüren und den Büchern zu vervollkommnen. Sie wissen, welche Fülle von Material da zu bewältigen ist und wie schwer es ist, sich zu orientieren. Die Parteischule hat nun die Aufgabe gelöst, die Ordnung des Materials zu ermöglichen und damit den Grund für eine systematische Weiterbildung gelegt. Allerdings ist der Zeitraum, der der Parteischule zur Verfügung steht, beschränkt. Im Deutschen Reich dauert die Parteischule sechs Monate und doch sagen die Genossen, die sie besuchen, daß die Zeit nicht genügt, um alles zu bewältigen. Es wäre wünschenswert, daß unsere Parteibewegung finanziell befähigt wäre, die Dauer der Parteischule auszudehnen, daß die Kurse durch längere Zeit hindurch stattfinden. Wenn ich diesem Wunsche Ausdruck gebe, so verhehle ich mir nicht, daß dies bedeutende Kosten verursachen würde; aber ich meine, daß die Auslagen für diesen Zweck reichliche Früchte tragen. (Beifall.)

**Gabriel** (Spittal): Ich komme aus einem Lande, in dem sich alle Bildungsfeinde vereinigt haben, um die Bildung des Volkes herab zudrücken. Ich komme aus dem Kärnten, wo uns nicht nur die natürlichen Feinde der Volksbildung, die Christlichsozialen, sondern wo uns selbst die Deutschfreiheitlichen als die größten Feinde der Volksbildung entgegen treten. Diese Deutschfreiheitlichen, die im Lande die Herrschaft haben, haben den sehnlichsten Wunsch, die Volksschule, so schlecht sie heute ist, noch weiter zu verschlechtern. Das tun sie, obwohl sie behaupten, daß sie aus Liebe zur Nation handeln. Sie tun das, um die Stimmen der Bauern nicht zu verlieren. In unserem Kärnten ist der natürliche Volksbildner, die freiheitliche Lehrerschaft, der gehässigste Gegner der organisierten Arbeiterschaft. Sie können sich vorstellen, wie die Bildungsarbeit unter der Arbeiterschaft beschaffen sein kann. Unsere Vertrauensmänner dort, die berufen sind, Bildung und Aufklärung unter die Arbeiter zu bringen, haben bisher selbst nur die minimalste Gelegenheit gehabt, um sich einiges Wissen anzueignen. Wir müssen es um so freudiger begrüßen, daß es die Parteivertretung ermöglicht hat, im Sommer dieses Jahres die Parteischule in Kärnten abzuhalten. Die Parteischule in Klagenfurt hat nützlich gewirkt schon dadurch, daß während dieser vier Wochen, wo so viele Parteigenossen aus allen Ländern der Monarchie versammelt waren, verschiedene Vorträge, Vorlesungen und Versammlungen abgehalten wurden. Und wir können heute schon feststellen, daß das Interesse für die Bildung in Kärnten seit diesen paar Wochen bedeutend gewachsen ist. Wenn nun diese acht Schüler des Landes, die die Parteischule mitgemacht haben, ihre Aufgabe voll und ganz erfüllen können, indem sie hinausziehen in alle Täler und Dörfer und dort systematisch das Wissen, das sie in der Parteischule gesammelt haben, verbreiten, dann dürfen wir hoffen, daß die Parteischule in Kärnten das Beste geleistet hat, was man erhoffen konnte. Die Bildungsarbeit ist bei uns schwieriger als sonstwo; unsere Vertrauensmänner in den Dörfern werden verfolgt und in ihrer Existenz bedroht, wenn sie ihre Parteipflicht erfüllen. Trotzdem hoffen wir auf diesem Gebiet vorwärts zu kommen und sind überzeugt, daß unsere elenden, wirtschaftlichen Verhältnisse und die politische Gleichgültigkeit der ländlichen Arbeiterschaft erst behoben werden können, wenn wir imstande sind, auch ihnen systematische Bildung angedeihen zu lassen.

**Dr. Popper** (Wien): Wir übersehen viel zu sehr, daß wir im Interesse der Bildungsarbeit den Kampf gegen die weitverbreiteten Trinksitten mehr unterstützen müßten. In der Steiermark hat die Abstinenzbewegung schon festen Fuß gefaßt. Ich verweise Sie auf die Rundfrage des Genossen Schacherl, die das Ergebnis gebracht hat, daß Arbeiter und Arbeiterinnen eifrigere Parteimitglieder geworden sind, in der politischen und gewerkschaftlichen Organisation mehr geleistet haben, seitdem sie dem Alkohol entsagten. Es handelt sich aber auch darum, durch die Beseitigung der Trinksitten neuen Boden für die Bildungsarbeit zu gewinnen. In der letzten Nummer des „Abstinent" erörtert Genosse Dr. Wlassak die Frage, wieso es kommt, daß sich so viele Arbeiter die Schundpresse gefallen lassen, wieso es möglich ist, daß sie nicht merken, daß diese Presse gegen ihr Klasseninteresse, gegen ihr Klassenempfinden steht. Man kann natürlich nicht sagen, daß solche Sudelblätter nur von Trinkern gelesen werden. Aber ich möchte keck behaupten, daß sich ein Arbeiter mit stets nüchternem Gehirn unter keinen Umständen solch eine Presse auf die Dauer bieten läßt.

**Therese Schlesinger** (Wien): Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf das Diskussionswesen lenken, das in der Partei arg vernachlässigt wird. Es hat ja wenig Zweck, wenn noch so gebildete und sattelfeste Parteigenossen als Referenten auftreten und zwei Drittel aller Hörer sich höchstens so lang mit dem Vortrag und seinem Inhalt befassen, als sie eben zuhören müssen. Dies wäre ganz anders, wenn es Sitte würde, an jeden Vortrag eine Diskussion anzuschließen. Dann wäre die Aufmerksamkeit schon von vornherein eine

konzentriertere. Dies ist aber nicht der einzige Vorteil. Viele Genossen hören einem Vortrag zu und glauben, ihn zu verstehen. Es drängt sich ihnen keine Frage auf. Aber wenn nur ein einziger Genosse eine Frage stellt, dann ist es, als ob eine Schnur aufgerollt würde. Eine Frage folgt der anderen und jetzt erst hat der Referent Gelegenheit, den Gegenstand so zu beleuchten, wie er den Arbeiter wirklich interessiert. Nicht bloß die Arbeiter sollen vom Referenten lernen, auch wir Referenten wollen vom Arbeiter lernen. Und wenn Sie die Diskussion unterbinden, so bringen Sie uns um diese Bildungsmöglichkeit. Ein großes Hemmnis ist natürlich in Wien das Sperrsechserl. Ich mute Ihnen nicht zu, den Kampf gegen den Zehn Uhr-Torschluß aufzunehmen. (Heiterkeit.) Aber die Schwierigkeit läßt sich umgehen, wenn dem Vortragsabend ein eigener Diskussionsabend folgt. Die Vortragenden müssen eben zweimal kommen, um auch die Diskussion zu leiten. Der Referent hat Sie aufgefordert, sich der Organisierung der Arbeiterjugend anzunehmen. Wenn davon gesprochen wird, denkt man immer nur an die männliche Jugend. Die Organisierung der weiblichen Arbeiterjugend wäre geradeso notwendig, vielleicht notwendiger, weil die Mädchen viel mehr der Anleitung bedürfen. Es gibt Gegenden in Oesterreich, wo diese Ueberzeugung schon durchgedrungen ist; aber in anderen Gegenden, und es sind dies die ausgebreiteteren, will man nicht daran rühren. Einmal jedoch muß es geschehen, und je früher wir es tun, desto besser ist es. (Beifall.)

**Witternigg** (Salzburg) erörtert seine Erfahrungen auf dem Gebiet der Bildungsarbeit in Salzburg. Wir haben in einem kleinen Ort im Pinzgau eine Parteischule errichtet. Obwohl es nur ein Marktflecken von 4000 Bewohnern war, wurde jede Unterrichtsstunde von durchschnittlich 14 Hörern besucht und fand ein Interesse, wie es in den Städten nur selten zu konstatieren ist. Auch die Finanzierung der Errichtung solcher Schulen in Provinzorten kann keine Schwierigkeiten haben, die Lokalgruppen mögen sich an die Zentralverbände um Subventionen wenden und die Zentralverbände sollten sich stets eine solche Subvention gestatten, denn solche Ausgaben für die Bildungsarbeit sind fruchtbarer als die Ausgaben für fünf oder sechs Volksversammlungen.

**Rothe** (Wien): Während die klerikalen und nationalistischen Bewegungen auf die Stimme der Vernunft verzichten, haben wir das größte Interesse, das Denken der Arbeiter zu schulen, ihren Verstand zu schärfen. Wir haben ein sittliches Ziel, wir wollen die politische, soziale und wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse. Dieses Ziel wollen wir eben auch erreichen durch Verbreitung wahrer, ungefälschter Erkenntnisse. Mit jeder neuer Erkenntnis, mag sie wissenschaftlich oder politisch sein, führen wir den Volksgenossen vorwärts, mit jeder Vermehrung seiner Einsicht fügen wir ihn fester an uns. Deshalb wollen wir alle miteinander auch an dem großen Werk der Bildungsarbeit teilhaben, weil wir überzeugt sind, daß durch die geistige Befreiung des arbeitenden Volkes rascher und sicherer, umfassender und andauernd das letzte Ziel erreicht, die Hauptaufgabe unserer Partei gelöst wird, die wirtschaftliche und politische Befreiung aller vom Kapitalismus Ausgebeuteten.

**Preußler** (Salzburg): Es kommt mir vor, als ob wir in dem jetzigen Stadium viel zu wenig praktisch gebildete Theoretiker und viel zu wenig theoretisch gebildete Praktiker haben. Ein so wichtiger Faktor die Erziehung der Arbeiter durch die Praktiker ist, so oft finden wir doch auch vielfach die Erscheinung, daß unsere Vertrauensmänner so wenig Zeit haben für ihre eigene theoretische Durchbildung. Wir sollten einerseits die Theoretiker bestimmen, sich mehr der Praxis zuzuwenden, müssen aber auch anderseits erklären, daß das Proletariat von unseren Vertrauensmännern nur dann für seine Aufgabe herangebildet werden kann, wenn die Vertrauensmänner selbst durch ihre wissenschaftliche Schulung die Möglichkeit haben, diese Heranbildung in die Wege zu leiten. Wenn die Vertrauensmänner, insbesondere aber die älteren Genossen, die in ihrem Klassenbewußtsein beson-

ders scharf ausgebildet sind, sich der Bildungsarbeit vielleicht schroff gegenüberstellen würden, so wäre das in Bezug auf das ganze Erziehungswesen ein sehr großer Fehler.

**Dr. Hartmann** (Wien): Meine Ansicht ist, daß der hohe Stand der sozialdemokratischen Bildungsarbeit in Oesterreich nicht nur auf die ausgezeichnete Tätigkeit und die originellen Ideen des Bildungsausschusses, sondern auch darauf zurückgeht, daß das neutrale Bildungswesen, Volksbildungsverein, Volksheim, volkstümliche Universitätskurse u. s. w., bei uns ebenfalls einen sehr hohen Stand erreicht hat. Durch diese Teilung der Arbeit ist es möglich geworden, daß der Bildungsausschuß sich auf die sozialdemokratische Bildungsarbeit konzentrieren kann, die natürlich nicht neutral sein kann. Ich will nun nur ein Detail besprechen: die Skioptikon vorträge mit dem vorgedruckten Text. Bei den finanziellen Verhältnissen, in denen sich der Bildungsausschuß noch befindet, sehe ich ein, daß ein solcher Weg gelegentlich noch eingeschlagen werden muß. Ich möchte aber auch sagen, daß es nötig ist, ihn so bald als möglich zu verlassen. Das Skioptikon ist eine nützliche Einrichtung; wenn man es aber mißbraucht, wird der Vortrag totgeschlagen und das eigentlich Bildende fällt unter den Tisch. Es werden vierzig, sechzig, hundert Bilder vorgeführt, sie können sehr hübsch sein, sagen aber nichts, wenn nicht die Erklärung dazugegeben ist. Wenn die Erklärung aber in einem Textbuch besteht, das vorgelesen wird und der Vorleser in keiner Beziehung zur Sache steht, ist der Sache wenig gedient. Es entfällt gerade das, was der Vorzug des gesprochenen Wortes vor dem Buche ist, die Anpassung des Vortragenden an sein jeweiliges Publikum und dadurch die Möglichkeit, immer wieder zum Denken anzuregen. Wenn heute jenes System aus äußeren Gründen noch nötig sein mag, muß man trachten, aus diesem Kinderstadium hinauszukommen und etwas Wertvolleres an die Stelle dessen zu setzen, was man heute als Surrogat bieten muß.

**Dr. Adler**: Ich habe mich verpflichtet gefühlt, hier etwas auszusprechen, was der Referent nicht gut tun kann, weil er zu sehr beteiligt ist; was aber doch auf dem Parteitag im Namen des Parteitages und im Namen der Partei geschehen muß, das ist nämlich, Ausdruck zu geben unserer großen Freude, Dankbarkeit und Anerkennung für das, was auf dem Gebiet der Bildungsarbeit in den letzten Jahren geschaffen wurde. (Sehr richtig!) Sie wissen, in welcher Lage wir in dieser Beziehung noch vor kurzem waren. Wir alle haben empfunden, daß in einer Zeit der politischen Kämpfe, wo alle Kräfte in Anspruch genommen waren durch den unmittelbaren politischen Kampf, der sich wie jeder politische Kampf sehr spezialisiert hat, in einer Zeit, für welche das lateinische Sprichwort gilt: „Inter arma silent musae". Im Kampfe müssen die Musen, müssen die Wissenschaften schweigen. Wir alle haben es als sehr bedauernswerte Folge unserer Situation empfunden, daß die geistige Entwicklung unserer Partei und unserer Parteigenossen eine lange Zeit während dieser Periode des Kampfes zurückgeblieben ist. Wir haben das alle empfunden und sehr bedauert, wir haben gewissermaßen unsere Rekruten nur notdürftig abrichten können. Wir mußten ihnen das Gewehr in die Hand geben und sie sofort vorwärts in das Feuer des politischen Kampfes schicken. Zu einer genaueren Ausbildung, zu einer prinzipiellen Durchbildung hatten wir keine Zeit, aber auch keine Kräfte, weil alle Kräfte in den Dienst der augenblicklichen politischen Notwendigkeit gestellt werden mußten. Und so hatten wir das Gefühl, daß eine gewisse Lücke entstanden ist. Wir von der alten Generation, die noch etwas gelernt haben — ich bin selbst alt und bitte, es mir nicht zu verübeln, daß ich so etwas sage — wir Alten, die wir viel gelesen haben, weil wir politisch wenig zu tun hatten, wir sahen, daß bei der neuen Generation sozusagen die politische Muskulatur sehr gut entwickelt war — zum Glück, denn der Tapferkeit und der Energie dieser neuen Generation, die eine solche Schlagfertigkeit entwickelt hat, haben wir

ja unsere Erfolge zum großen Teil zu verdanken — wir sahen aber, daß in der neuen Generation eine gewisse Lücke, ein gewisses Abreißen der geistigen Tradition zu konstatieren war. Es ist das Erfreulichste, was wir in unserer großen Parteitätigkeit sehen, daß eine neue Generation herangewachsen ist, die lehrt und die lernt, die sich mit Leidenschaft in intensive Bildungsarbeit versenkt, die ihre ganze Persönlichkeit in den Dienst der Bildung des Unterrichts, der Theorie, der theoretischen Erziehung der Sozialdemokratie stellt. Das sehen wir in den verschiedenen Stufen unserer Bildungsarbeit verkörpert. Dazu gehört nicht nur unsere wissenschaftliche Zeitschrift „Der Kampf", dazu gehört auch die „Bildungsarbeit", die ich Ihnen gar nicht genug anempfehlen kann. Jede Nummer ist mir persönlich geradezu ein Fest, nicht als ob ich mit allem, was darin steht, mit jedem Worte einverstanden wäre; aber es ist mir ein Fest, weil ich sehe, mit welcher leidenschaftlichen Begeisterung sich die Genossen, die sich damit beschäftigen, hineinleben, und wie sie sich durch gar nichts ablenken lassen, um dieses ihr spezielles Ziel zu verfolgen. Wir stehen tatsächlich vor einer Neuerung unserer Partei auf diesem Gebiet. Was die Arbeiterschule in Wien uns leistet und die Parteischule, die hoffentlich in Zukunft jährlich und, wie ich hoffe, in noch größerem Maßstab sich eröffnen wird, ist nichts Geringes. Selbstverständlich sind Ihre Wünsche weit größer. Das ist auch bei mir der Fall. Aber es ist durchaus am Platze, daß wir den großen Zug anerkennen, der in den Dingen liegt. Wir haben heute schon eine große Anzahl sehr junger Leute, man sieht sie auch auf dem Parteitag. Wir finden wieder theoretisch interessierte Leute, die unzufrieden sind und, wenn sie unzufrieden sind, es nicht in so wilder Weise wie früher, sondern in geordneter Weise, wie wir es heute gesehen, zum Ausdruck bringen. (Heiterkeit.) Wir stehen mitten in einer geistigen Wiedergeburt der Partei. Diese Ueberzeugung habe ich und der Freude darüber wollte ich hier Ausdruck geben. Ich möchte im Namen der Partei — ohne Mandat — allen denjenigen, die sich mit einer Hingebung sondergleichen für diese besondere Arbeit ausleben und darin den Zweck ihrer Parteiexistenz, und ich möchte sagen ihrer ganzen menschlichen Existenz erblicken, den Dank der Partei aussprechen. (Beifall.)

Freilich damit ist nichts geschehen. Diese Genossen sind nicht ordenssüchtig, sie verlangen keinen Parteiorden, aber sie ringen nach dem Erfolg, sie sehnen sich danach, daß ihre Arbeit nützt und fruchtet, und darum möchte ich vor allem die Genossen aus der Provinz, die wir nicht alle Tage sehen, bitten, daß sie diesen Teil unserer Arbeit nicht nur ernst nehmen, sondern als den ernstesten betrachten, den wir überhaupt haben. (So ist es!) Gewiß müssen wir in jedem Moment den Augenblick nützen und tun, was die Stunde von uns verlangt. Noch wichtiger aber, als die Stunde zu nützen, ist, das zu tun, was die Zukunft verlangt. Das tun wir, indem wir mit allen kleinen und großen Mitteln für die Erziehung der heranwachsenden Generation arbeiten. Einen prinzipiellen Beschluß zu fassen, hat keinen Zweck; aber ich würde es sehr wünschen, daß Sie von hier fortgehen in der Ueberzeugung, daß man auch in der kleinsten Lokalorganisation Kenntnis nimmt von der Summe geistiger Arbeit und Anregung für die Partei, die im „Kampf" und in der „Bildungsarbeit" steckt. Ich will nicht Reklame machen für diese Blätter (Zwischenrufe: Warum nicht?), ich will nur damit andeuten, daß es sich um einen ganzen Komplex geistiger Arbeit und geistiger Nahrung handelt. Es darf keinen Verein geben, keine noch so kleine Organisation, in der diese Blätter nicht aufliegen und wo sie nicht zum Ausgangspunkt der Erziehungsarbeit im kleinsten wie im größten Kreise gemacht werden. Wenn uns gesagt wurde, der „Kampf" stagniert, die „Bildungsarbeit" könnte noch viel mehr Abnehmer haben, so ist das richtig. Aber nicht um das handelt es sich in erster Linie, daß der „Kampf" und die „Bildungsarbeit" mehr Abonnenten finden, sondern das ist das Entscheidende, daß der „Kampf" und die „Bildungsarbeit" mehr gelesen

werden, daß sie zur Grundlage von Diskussionen gemacht werden, daß ihr geistiger Gehalt den Lesern in Fleisch und Blut übergeht und daß Sie mit derselben glühenden Begeisterung Vertreter und Verbreiter der sozialdemokratischen Bildung werden als jene, von denen diese Initiative ausgeht. (Großer andauernder Beifall.)

## Nachmittagssitzung.

Vorsitzender: Pernerstorfer.

### Bericht über das Verhältnis zur Gesamtexekutive.

Referent Dr. Viktor Adler: Parteigenossen und Genossinnen! Unsern letzten Parteitag in Innsbruck hat in der umfassendsten Weise das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich zu der Gesamtpartei beschäftigt. Durch das Eindringen des Separatismus in die tschechische Arbeiterschaft, durch die dadurch herbeigeführte Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie und durch die Aufrichtung einer neuen Partei, die sich als Tschechische Sozialdemokratie konstituiert hat, durch alle diese Dinge, die Ihnen wohl bekannt sind, ist eine Abschwächung des Bewußtseins der Gesamtpartei und auch eine Abschwächung ihrer Funktion zustande gekommen. Die Bemühungen des Innsbrucker Parteitages haben in erster Linie der Notwendigkeit gegolten, zu allen diesen Ereignissen klar und bewußt Stellung zu nehmen, und in zweiter Linie dem Wunsche, die Gesamtpartei, die in ihrer Grundlage schwer erschüttert und im Bewußtsein der Massen abgeschwächt war, wieder zu festigen und zu stärken. Die Hauptschwierigkeit, der wir gegenüberstehen, war und ist noch immer dieselbe Tatsache, daß innerhalb eines so wichtigen und großen Teiles des österreichischen Proletariats, wie es das tschechische ist, sich im wachsenden Ausmaß Tendenzen bemerkbar machen und immer neue Tatsachen gebracht werden, die diese tschechoslawische Partei außerhalb des Rahmens der Gesamtpartei stellen, zum Teil bewußt, zum Teil indirekt durch die Tatsachen, die sie schaffen, und dementsprechend immer wachsende Schwierigkeiten einer Zusammenarbeit mit dieser Partei. Das, was wir damals zunächst tun mußten, das war, unser Urteil und unseren Standpunkt zu erklären gegenüber dem Separatismus, war die klare, scharfe und unverhüllte Erklärung, daß wir die separatistischen Bestrebungen innerhalb der tschechoslawischen Partei, ihre Zerstörungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften, daß wir diese ganze Richtung nicht nur für falsch, sondern für sehr verderblich und die Partei zerstörend ansehen. Zweitens hatten wir dazu Stellung zu nehmen, daß sich eine neue Partei, die Tschechische Partei, gebildet hat, die sich konstituiert hat aus den zentralistisch gebliebenen Genossen der tschechoslawischen Partei, die von dieser Partei hinausgedrängt wurden und genötigt waren, sich auch politisch eine eigene Verfassung zu geben, sich als Partei zu konstituieren. Wir haben damals gesagt und wiederholen es heute: daß es weh tut und daß wir es als Unglück empfinden, daß durch all diese Vorgänge eine Spaltung eingetreten ist; aber wir mußten damals sagen und wir wiederholen es heute: Es wäre noch schlimmer als diese Spaltung gewesen, wenn ohne Widerspruch und ohne Ausnahme das gesamte tschechische Proletariat sich auf den Standpunkt der tschechischen Separatisten gestellt hätte.

Die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie hat in Innsbruck Aufträge bekommen nach verschiedenen Richtungen: zunächst einen ganz bestimmten Auftrag, dahin zu wirken, daß die Anerkennung der

tschechischen Sozialdemokratie, die von dem Innsbrucker Parteitag ausgesprochen wurde, auch von den übrigen österreichischen Parteien, somit von der gesamten Exekutive ausgesprochen wird, und im weiteren Verlauf auch dahin zu wirken, daß auch in der Weltinternationale die tschechische Sozialdemokratie als Partei anerkannt und ihr angeschlossen werde. Ein zweiter Auftrag, für den das nur die Vorbedingung ist, war der, die Parteivertretung möge trachten, die österreichische Gesamtpartei neu zu beleben, sie wieder wirksamer zu gestalten, und zwar zunächst vielleicht auf dem Wege einer Einberufung aller Exekutiven, da ein Gesamtparteitag schwer möglich ist. Es ist selbstverständlich, Parteigenossen, daß dieser zweite Auftrag, die Gesamtpartei wieder lebendiger zu machen, sie von der Lähmung, die ihr durch den Separatismus beigebracht wurde, freizumachen, nur schwer zu erfüllen war, weil wir uns diesem Problem nur nähern konnten, wenn wir erst organisatorisch das Verhältnis zu der neuen tschechischen Sozialdemokratie in Ordnung gebracht haben. Wir haben nun, nachdem der Innsbrucker Parteitag die tschechische Sozialdemokratie anerkannt hat, veranlaßt, daß diese Anerkennung auch durch die polnische, durch die slowenische und die italienische Partei erfolgte. Ausgeblieben ist natürlich die Anerkennung durch die tschechoslawische Partei. Darauf aber konnten wir selbstverständlich nicht warten. Es blieb uns nur übrig, angesichts der Aufforderung der Genossen von der tschechischen Sozialdemokratie, sie in die Gesamtpartei aufzunehmen und ihr eine Vertretung in der Gesamtvertretung zu geben, eine Sitzung der Gesamtexekutive einzuberufen und dazu selbstverständlich alle Parteien, auch die tschechoslawische, einzuladen. Wir haben das getan und für Ende Juni eine solche Sitzung anberaumt. Die tschechoslawische Sozialdemokratie ist aber zu dieser nicht erschienen und hat erklärt, daß sie bereits in einem früheren Stadium — was uns wohl bekannt war — durch den Mund des Abgeordneten Němec uns zu wissen getan habe, daß sie die Aufnahme der tschechischen Sozialdemokratie als eine Ausweisung der tschechoslawischen Partei — also der Separatisten — ansehen würde. Zweitens haben sie sich darauf berufen, daß sie der Gesamtexekutive nicht die Kompetenz zusprechen können, eine Partei in die Gesamtheit aufzunehmen, sondern daß dazu ausschließlich und allein ein Gesamtparteitag autorisiert wäre. Wir haben nun unsere Sitzungen trotzdem abgehalten und mußten diese Argumente abweisen. Wir mußten uns ja sagen, daß es absolut nicht angehe, selbst wenn man sich zunächst einmal auf den Standpunkt der Tschechoslawen stellt, über den Wunsch einer Partei, deren Existenz eine Tatsache ist, bevor man sie gehört hat, von vornherein negativ zu entscheiden. Das ist das eine. Und wir mußten uns zweitens sagen, daß die Gesamtexekutive um so mehr kompetent ist, als der Gesamtparteitag, nach dem Rezept der Tschechoslawen, doch niemals zusammentreten könnte. Aber ein Gesamtparteitag würde ja selbstverständlich auch nur auf Grund des alten, von den Tschechoslawen nicht mehr anerkannten Statuts einberufen werden können. Auf Grund dieses Statuts hat wieder die neue Partei keine Basis der Einberufung. Die Argumentation, die für die Separatisten besteht, daß sie sich nicht mit den tschechischen Genossen an denselben Tisch setzen wollen, gilt in gleicher Weise für die Gesamtexekutive wie für die Gesamtpartei. Wir brauchen aber nicht zu warten, weil der Einwurf der Inkompetenz ein vollkommen falscher ist. Nicht allein darum, weil wir schon einmal einen derartigen Fall gehabt haben — es handelte sich um die Einreihung der jüdischen Separatisten — wobei es eine Debatte gegeben hat und alle möglichen Argumente vorgebracht wurden, nur nicht das der mangelnden Kompetenz. Auch von den Tschechoslawen wurde dieses Argument damals nicht vorgebracht. Aber ganz abgesehen davon: die Gesamtexekutive kann keine höhere Kompetenz haben oder beanspruchen, als ihr gegeben wird durch die Summe aller in ihr vertretenen Parteien. Und wenn nun die deutsche, die polnische, die italienische, die slowenische

Partei, jede für sich erklärt hat, sie sei für die Aufnahme der neuen Partei, so hat damit die Gesamtexekutive von allen diesen Parteien den Auftrag, die Gesamtpartei herzustellen, und eine höhere Kompetenz kann es nicht geben.

Es ist also der Einwand der Separatisten ein formaler, ein advokatorischer; aber wir würden über diese Paragraphenreiterei auf gar keinem Wege hinwegkommen. Tatsache ist, daß alle in Oesterreich vertretenen Parteien und ihre Summe, jede einzelne und alle zusammen, die tschechische Sozialdemokratie als eine Partei anerkannt haben, mit Ausnahme der Separatisten. Daß diese sie nicht so bald anerkennen werden, das haben wir gewußt. Wir haben allerdings — und ich gestehe, daß ich trotz allem meinen alten Optimismus nicht ganz verloren habe — wir haben geglaubt, wenn das einmal geschehen ist, werde sich die tschechoslawische Partei mit dem formalen Protest begnügen, der in so scharfen Worten wie immer hätte gehalten sein können — wir sind in dieser Beziehung vieles gewohnt und sind nicht ängstlich und zimperlich — daß sie aber erklären würden, sie stünden einmal vor dieser Tatsache, aber die Notwendigkeit der einheitlichen Partei sei doch so groß, daß sie, natürlich unter Protest, mitarbeiten. Das, so hätte ich geglaubt, wäre eine goldene Brücke für jemand, der den Frieden will. Wir hatten Gelegenheit, diese Brücke noch etwas zu vergolden. Die Gesamtexekutive hat es selbstverständlich für nötig gefunden, vor vier Wochen angesichts des drohenden Krieges zusammenzutreten und zu überlegen, was die Sozialdemokratie als Gesamtpartei in diesem Moment als ihre Pflicht ansieht. Es wurde also eine Sitzung der Gesamtexekutive einberufen, und der wichtigste Punkt der Tagesordnung war: Die Kriegsgefahr und eine Aktion der Partei. Ich bekenne aufrichtig: Sie sehen, ein wie schlechter Prognostiker und Diagnostiker ich bin, daß ich die stille Hoffnung gehabt habe, daß die Tschechoslawen sagen werden: Es ist eine Niederträchtigkeit und ein Verbrechen, daß die anderen aufgenommen wurden; aber angesichts des gegenwärtigen geschichtlichen Moments, in dem es nötig ist, daß alle Kraft des Proletariats in Oesterreich zusammengefaßt werde, überwinden wir uns und kommen unter Protest — selbstverständlich! — und beraten gemeinsam. Das wäre, glaube ich, eine ganz vernünftige Haltung gewesen. Die tschechoslawische Partei hätte sich nichts vergeben und manche Schwierigkeit für jetzt auch für die Zukunft beseitigen können. Leider war die tschechoslawische Partei auch diesmal anderer Ansicht als ich. Sie hat von dieser Gelegenheit keinen Gebrauch gemacht, sondern hat einen Brief geschickt, worin sie sagt, daß sie der Einladung nicht folgen könne aus den Gründen, die ihre Vertreter in der vorletzten Sitzung der Gesamtparteivertretung abgegeben haben: nämlich wegen des Verhaltens der tschechischen Sozialdemokraten. Sie hat allerdings hinzugefügt: „Da aber auf der Tagesordnung auch die Frage der Kriegsgefahr steht und mit Rücksicht darauf, daß die Exekutive unserer Partei bereits eine Reihe von Propositionen gemacht hat, bitten wir, uns das Ergebnis der Beratungen mitzuteilen, damit wir im Falle der Notwendigkeit unsere Propositionen in die notwendige solidarische Uebereinstimmung bringen können."

Damit ist uns allerdings nicht gedient. Die Gesamtexekutive kann nicht einer Partei, die an ihren Beratungen keinen Anteil nimmt, die nicht ihre Beschlüsse für sich als bindend erklärt, einer außenstehenden Partei es überlassen, ob sie in dem, was wir tun, etwas Plausibles findet oder nicht. Ein solcher Zustand hätte sehr geringen Wert. Wir mußten endgültig feststellen: Betrachtet sich die tschechoslawische Partei noch als Glied der Gesamtpartei oder nicht, betrachtet sie ihre Beschlüsse noch als bindend oder nicht? Es geht nicht an, daß wir immer dieselbe Erklärung bekommen, daß sie mit Rücksicht auf die Anwesenheit der tschechischen Sozialdemokratie sich nicht beteiligen. Die Gesamtexekutive hat in dieser Richtung auch einen Beschluß gefaßt und an die tschechoslawische Exekutive folgendes Schreiben gerichtet:

Wien, 9. Oktober 1912.

An die

Tschechoslawische Parteiexekutive

Prag.

Werte Genossen!

In Beantwortung Ihres geschätzten Schreibens vom 5. d. M. bin ich beauftragt, an Sie die Frage zu richten, ob die tschechoslawische Partei die Beschlüsse der Gesamtexekutive für sich als bindend ansieht.

Wir bitten um recht baldige Antwort.

Mit Parteigruß

Für die Gesamtexekutive:
Skaret.

Wir wollten einmal klaren Wein und reinen Tisch haben; der Wunsch ist aber ein einseitiger, er wird von der anderen Seite nicht geteilt, denn wir bekamen als Antwort nicht ein Ja oder ein Nein, sondern wieder eine juristische Auseinandersetzung. Die tschechoslawische Partei schrieb nämlich:

Prag, 24. Oktober 1912.

Geehrtes Sekretariat der Gesamtparteivertretung der sozialistischen Partei in Oesterreich.

Werte Genossen!

In Erledigung Ihrer Zuschrift vom 9. d. M. gestatte ich mir höflichst mitzuteilen, daß die Exekutive der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei als verbindlich alle Beschlüsse der Gesamtvertretung ansieht, die von der Gesamtparteivertretung, wie sie auf Grund des Beschlusses des gesamtösterreichischen Kongresses der sozialdemokratischen Parteien vom 24. bis 29. September 1899 in Brünn zusammengesetzt war, gefaßt wurden.

Dieser Parteitag hat in keinem seiner Beschlüsse die Gesamtparteivertretung ermächtigt, selbst irgendwelche neue Parteien aufzunehmen. Daß der Kongreß ein solches Recht der gemeinsamen Parteivertretung nicht zubilligen wollte, das bezeugt die Bestimmung über die Zusammensetzung der Gesamtparteivertretung, worin die nationalen Parteien, die die Gesamtparteivertretung bilden sollen, namhaft gemacht sind. Gerade diese klaren Beschlüsse des Kongresses vom Jahre 1899 machen Anschauungen unhaltbar, wie sie in der Zuschrift vom 22. Juni 1912 kundgegeben wurden. Die Gesamtparteivertretung kann sich zur Unterstützung der Berechtigung der Aufnahme der tschechischen Zentralisten nicht auf Beschlüsse der nationalen Parteien berufen, weil die Kongresse der nationalen Parteien nicht das Recht haben, derlei zu beschließen, am wenigsten können die ruthenischen oder die italienischen Genossen außerhalb ihres Kongresses eine Zustimmung zur Erweiterung der Parteivertretung kundgeben. Das Recht, die Parteivertretung zu erweitern, steht dem Gesamtparteitag zu, dessen Einberufung sicherlich nicht schwierig ist, und auch die Frage der Vertretung auf dem Gesamtparteitag ist eine Frage, über welche die vom Kongreß vom Jahre 1899 bestimmte Gesamtparteivertretung entscheiden kann. Die nationalen Kongresse können Beschlüsse der Gesamtkongresse nicht ergänzen, sie können bloß an den Gesamtparteitag Anträge stellen. Mit der Spaltung unserer Partei als einer Tatsache zu rechnen, ist nur eine Sache der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, aber es kann nicht mit dieser Tatsache aus eigenem Willen und gegen den Willen unserer Partei die Gesamtparteivertretung rechnen.

Das ist der Sinn des ganzen Geistes des gemeinsamen Organisationsstatuts, das durch die Aufnahme der tschechischen Zentralisten durch die Gesamtvertretung ausdrücklich verletzt wurde.

Auf Beschluß der Exekutive der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Für das Sekretariat der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Prag:

Anton Bruha, Sekretär.

Die Berufung auf den Brünner Parteitag soll besagen, daß die Beschlüsse, die ohne die tschechischen Sozialdemokraten gefaßt sind, bindend seien, diejenigen, bei denen die tschechischen Sozialdemokraten mitgewirkt haben, aber nicht. Die tschechoslawische Partei steht auf einem Standpunkt, der immer der gleiche formale ist: Wir haben kein Recht, die tschechische

Sozialdemokratie anzuerkennen, das könne nur die tschechoslawische Partei; die tut es nicht, also sind die Leute von der tschechischen Sozialdemokratie lebenslänglich Rebellen und können niemals aufgenommen werden. Niemand mehr als ich begreift die Sorge und den Schmerz, den die tschechoslawischen Sozialdemokraten angesichts der Spaltung haben, und ich begreife, daß sie sich dagegen wehren. Aber es wäre gut gewesen, wenn sie diese Sorge früher gehabt hätten, zu einer Zeit, wo die Spaltung sich noch hätte vermeiden lassen. Heute können sie die Augen davor verschließen, daß eine zweite tschechische Partei besteht, sie können aber nicht verlangen, daß wir die Augen davor verschließen. Die zweite Partei ist da, wir haben keinen Anlaß, sie zu ignorieren, aber alle Gründe, mit ihr zu rechnen und sie anzuerkennen. Wenn die tschechoslawische Partei dagegen protestiert, müssen wir warten — leider gibt es keinen anderen Weg — bis die Einsicht in das Notwendige auch dorthin gekommen sein wird.

Zu meinem großen Bedauern muß ich allerdings bekennen, daß es nicht danach aussieht, als ob diese Entwicklung sich sehr schnell vollziehen sollte. Seit Innsbruck haben sich die Dinge nicht verbessert, sondern verschlechtert, insofern als der Gegensatz immer schärfer geworden ist und auch insofern als die tschechoslawische Partei leider die letzten Bedenken, die letzten inneren Hemmungen hat fallen gelassen. Wir haben eine ganze Reihe von Tatsachen auf gewerkschaftlichem Gebiet, das Zerspalten ist so weit gegangen, als es überhaupt nur gehen konnte. Von den Tschechoslawen ist da kein Halt geschehen; wenn da eine rückläufige und günstigere Bewegung sich merkbar macht — und ich hoffe, daß dies keine Illusion, sondern eine Tatsache ist — so ist dies nicht auf die erwachende Erkenntnis der Tschechoslawen zurückzuführen, sondern auf das erwachende Bewußtsein der tschechischen Gewerkschafter, daß der separatistische Weg ein Weg des Selbstmordes ist. Auf politischem Gebiet brauche ich Ihnen nicht zu sagen, wie schlecht es da steht. Wir haben auch im Parlament versucht, wenn auch der alte Verband aufgelöst war, in ein leidliches Verhältnis zu kommen, aber es hat sich als unmöglich erwiesen. Immer mehr hat sich der Klub der tschechoslawischen Sozialdemokraten, ich möchte so sagen, als Konkurrenz entwickelt und hat immer mehr die Neigung gezeigt, wie sich aus einzelnen, wenn auch nicht sehr auffälligen, so doch bezeichnenden Symptomen ergibt, zu einer gewissen Solidarität mit den Nationsgenossen, mit den tschechisch bürgerlichen Parteien zu kommen. Ich will das gar nicht im Tone einer Anklage sagen, möge sich das die tschechoslawische Partei mit sich selbst ausmachen, die Folgen werden für sie keine günstigen sein. Es ist eben schwer, auf die Dauer im Gefolge und in einer wenn auch noch so entfernten Interessengemeinschaft mit bürgerlich-nationalen Parteien eine proletarische Politik zu machen. (Sehr richtig!) Es ist ein großer Unterschied, ob man nationale Politik treibt mit Berücksichtigung der proletarischen Forderungen, oder ob man proletarische Politik macht, allerdings in dem Bewußtsein, daß es in Oesterreich Nationen gibt, deren Interessen und deren Existenz man anerkennt, so daß man danach handeln muß. (So ist es!) Das ist heute der Unterschied, der uns von der tschechoslawischen Partei trennt. Die Gesamtexekutive hat beschlossen, die Tschechische Partei (die Zentralisten) aufzunehmen. Sie sind nun ein Glied der Gesamtpartei und haben Vertreter in der Gesamtexekutive. Sie haben das an dem Manifest gesehen, das wir jüngst erst infolge der Kriegsgefahr herausgegeben haben und das die Unterschrift aller nationalen Organisationen trägt; im Namen des tschechischen Proletariats allerdings leider nur für eine Minorität, die tschechische Sozialdemokratie. Denn es ist eine Tatsache, daß die Mehrheit der tschechischen Arbeiter bei den Separatisten ist.

Wir haben dann die Aufgabe gehabt, die Aufnahme der Tschechischen Sozialdemokratie in die Internationale zu befürworten. Es war eine Sitzung des Internationalen Bureaus in Brüssel und da ist das Ansuchen der Tschechischen Sozialdemokratie, eingegliedert zu werden, zur Sprache

genommen. Ich muß zum näheren Verständnis hier sagen, daß unsere internationale Organisation in Bezug auf Oesterreich ein bißchen kompliziert ist. Wir haben für ganz Oesterreich zwanzig Stimmen. Wir haben aber eine Abteilung Tschechisch-Böhmen. Die Tschechen haben sich bereits vor vielen Jahren, gleich wie diese Einteilung gemacht wurde, als besonderer Unterkörper mit besonderer Firma konstituiert und ihre Sektion trägt nunmehr den Titel Oesterreich-Böhmen. Die Tschechen wollten von der internationalen Landkarte sozusagen nicht verschwinden, sie wollten gesehen werden, ihre Firma sollte auch erwähnt sein. So haben wir also eine tschechische Sektion. Der Rest der Internationale ist nun Oesterreich. (Heiterkeit.) Die Polen haben damit ja schon längst angefangen, schon bei der Gründung der Internationale haben sie, weil sie in mehreren Staaten leben, auf mehrere Staatsgebiete aufgeteilt sind, eine eigene polnische Sektion gebildet. Das hängt mit der Geschichte der Demokratie in Europa zusammen. So gibt es eine polnische Sektion. Unsere polnischen Genossen sitzen da drüben bei den Polen. Da fällt mir nun eines auf. Bei den Polen ist die Sache begreiflich, die sitzen drüben. Pittoni ist bei uns, aber er könnte ganz gut bei den Italienern da drüben sitzen, wenn es nach dem nationalen Moment ginge. Wir Deutschen hätten einen guten Platz, wir würden zu guten alten Bekannten kommen. (Heiterkeit.) Wir würden in der deutschen Sektion nicht die Ersten sein, aber wir würden ganz gut gelitten sein. Sogar die Südslawen könnten ganz gut Platz finden; auch sie gehören einer Nation an, die auf mehrere Staaten verteilt ist. Das einzige Volk, das innerhalb Oesterreichs lebt und zu leben und zu sterben berufen ist, das im Ausland außerhalb Oesterreichs wirklich nichts suchen und nichts finden kann, das sind die Tschechen. (Heiterkeit.) Und gerade sie haben es für notwendig gehalten, sich von Oesterreich durch deutliche Unterscheidung zu trennen. Es gibt kein Volk, das identischer in seiner ganzen Entwicklung mit Oesterreich ist als die Tschechen. Ob ihnen das Vergnügen macht oder nicht, das ist eine andere Frage, aber es ist eine Tatsache. Wenn wir eine tschechische Sektion in Oesterreich haben, so widerspricht das allen historischen und ethnologischen Tatsachen und entspricht nur dem Wunsche der Tschechoslawen, als selbständige Partei da zu sein. Aber selbstverständlich, wenn es eine tschechische Sektion innerhalb der österreichischen Internationale gibt, dann gehört die tschechische Sozialdemokratie auch dazu. Das versteht sich von selbst. Es mußte also in der Internationale die Anmeldung beim Internationalen Bureau in der Form geschehen und aufgefaßt werden, daß die tschechische Sozialdemokratie einzugliedern ist als Untersektion in die tschechische Sektion. Da fragte man natürlich auch die bisherige Sektion und die Antwort war ja nicht zweifelhaft. Wir haben sie in Kopenhagen deutlich gehört, wie wenig sie den Wunsch hatten, die Zentralisten aufzunehmen.

Trotzdem haben wir in Brüssel einige Schwierigkeiten gehabt, weil die Vertretung der tschechoslawischen Sozialdemokratie gemeint hat, die Sache sei noch nicht genügend erörtert und könnte vertagt werden. (Rufe: Aha! Heiterkeit.) Und sie haben weiter gemeint, es werde dem Frieden und dem Ausgleich in Oesterreich mehr gedient sein, wenn dieser Anspruch abgewiesen werde, und es würden die Bemühungen, die die tschechoslawische Partei in Oesterreich macht, um den Frieden herbeizuführen (Gelächter), gestört werden, wenn die neue Partei, die doch die Spaltung bewirkt habe, eine offizielle Anerkennung durch die Internationale erhielte. Ich will mich hier auf eine Kritik dieser Erörterungen nicht einlassen; wir sind übereingekommen, daß der Inhalt dieser Debatte als intern zu betrachten ist. (Rufe: Aber das „Právo Lidu" hält sich nicht daran!) Es waren ja auch einige interne Fragen über England und andere Länder zu erledigen, Sie wissen ja, es gibt überall Schwierigkeiten. Wir haben gesagt, daß wir von den dortigen internen Verhandlungen kein Aufhebens machen werden, und wenn sich die tschechoslawische Presse daran halten wird, dann werden wir uns auch daran halten. Wenn aber nicht, dann werden wir die nötigen Berichtigungen in die Welt setzen, und wenn schon nicht im „Právo Lidu",

so in unserer Presse. Sicher ist, daß nach längerer Debatte mit allen Stimmen gegen die drei Stimmen der tschechoslawischen Vertreter die Aufnahme der tschechischen Sozialdemokratie als Untersektion im Internationalen Bureau beschlossen wurde. (Beifall.)

Die zweite Frage, die Frage der Vertretung in dem Bureau selbst, mußte aus Gründen vertagt werden, die Ihnen hier auseinanderzusetzen zu kompliziert wäre. Es gibt nämlich eine Reihe solcher Fragen auch in anderen Ländern und da hat man sich nicht getraut, sofort ein Präjudiz zu schaffen. Das heißt ich hätte mich schon getraut (Heiterkeit), aber die Leute wollten sich das noch einmal überlegen. Doch das ist Nebensache; wichtig ist die Anerkennung der zentralistischen Tschechen und ihre Eingliederung in die Internationale. Ich muß noch erwähnen, daß bei der Sitzung der Internationale ein Vertreter der Zentralisten selbst das Wort geführt hat und daß auch ich als Beauftragter das Meinige zur Aufklärung beigetragen habe. Damit haben wir diese Seite unseres Auftrages erledigt.

Wie kommen wir nun weiter? Wir haben das große Bedürfnis, und ein Bedürfnis, das um so größer wird, je ernster die Zeiten werden, der Gesamtpartei in Oesterreich wieder Ausdruck und inneres Leben zu geben; darüber ist kein Zweifel. Wir haben aber sehr große Schwierigkeiten. Ich meine, daß schon seit Innsbruck ein großer Fortschritt gemacht wurde. Sie dürfen nicht allein die rein formalen Dinge als Ausdruck des Bedürfnisses ansehen. Nicht bei uns Deutschen allein ist dieses Bedürfnis lebendig. Ich verweise Sie auf die zutreffenden ausgezeichneten Ausführungen Daszynskis am ersten Abend, aus denen zu erkennen war, daß auch bei den polnischen Sozialdemokraten das Bedürfnis nach einer verstärkten Zusammenfassung immer lebendiger wird. Sie wissen, daß die italienischen Abgeordneten und der ruthenische Genosse bei uns im Klub als Hospitanten sitzen. Wir stehen mit den Polen in engster Fühlung. Die allgemeine Disposition der Geister ist so, daß dieses Zusammenarbeiten mit den polnischen Genossen, das bisher schon war, in absehbarer und sehr naher Zeit wieder dazu führen wird, daß auch formell ein Verband in irgendeiner Form konstituiert werden wird. Ich will darüber nicht mehr sprechen, als heute von sicheren Tatsachen gesprochen werden kann; aber man kann nicht daran zweifeln, daß auf diesem Wege in absehbarer Zeit alle sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament mit Ausnahme der Separatisten einen parlamentarischen Verband bilden werden. (Bravo!) Parteigenossen! Das sind lauter Vorarbeiten für das, was wir wünschen, die Belebung der Gesamtpartei auch nach außen, die Beratungen auf einem Gesamtparteitag. Da will ich nun sagen, daß für den Auftrag von Innsbruck, eine gemeinsame Sitzung aller Exekutiven zu veranlassen, der Tag nähergerückt ist, wo diese Vorbedingung wird erfüllt werden können. Aber ich kann nicht umhin, ausdrücklich zu erklären, und diese Erklärung ist notwendig, um Klarheit für alle zu schaffen: Wenn einzelne unserer Genossen, welche die Geschichte unserer Partei nicht genügend kennen und sie nicht miterlebt haben, ein Ideal der Einheit der Partei im Herzen tragen — ein Ideal, das ich verehren würde, wenn ich nicht in einem Lande leben müßte, wo es verschiedene Nationen gibt — das Ideal, wir könnten eine Verschmelzung in eine einheitliche, homogene, national nicht gegliederte Partei erreichen, so sage ich, diese Genossen sind im Irrtum und sie würden erschweren, ja unmöglich machen, was allein möglich ist, die Zusammenfassung autonomer, selbstständiger nationaler Organisationen zu einer Partei. Es ist nicht Mutwille gewesen, nicht Hang, sich an der nationalen Demagogie zu berauschen, wenn wir die Form von nationalen Organisationen vom Anfang an hatten und haben mußten. Und man versteht die Geschichte der Partei sehr schlecht — Bauer hat uns dies in einem sehr lesenswerten Artikel im „Kampf" wieder ins Gedächtnis zurückgeführt — wenn man glaubt, erst im Jahre 1897 sei die nationale Gliederung erfunden worden. Im Gegenteil — lesen Sie die Parteitagsprotokolle nach und die Reden, die dort gehalten wurden — es war ein Zusammenfassen, ein Föderieren, nicht ein Auseinandernehmen.

Jeder Versuch, darüber hinauszugehen, würde uns nur zurückwerfen (Sehr richtig!), und abgesehen davon, wenn das auch wäre, wir würden nichts anderes tun, als daß wir die mühsame und zum Teil schmerzliche Geschichte unserer Partei wieder von Anfang an durchmachen müßten, um dort hinzukommen, wohin wir heute, durch die Geschichte und die Tatsachen belehrt, hingekommen sind. Man kann theoretisch über das Verhältnis von Nation und Proletariat urteilen wie man will. Man kann dabei die Tatsachen sehen, ein offenes Auge für die Wirklichkeit haben, oder man kann theoretisch so tun, als ob es sich um eine Angelegenheit auf einem anderen Stern handelte, auf Distanz, als ob wir nur in unserem Hirn uns vorstellen könnten, daß es dort Menschen gibt, von denen wir uns abenteuerliche Vorstellungen machen dürfen; man kann auch so darüber philosophieren, darüber ist nichts zu sagen. Jeder soll philosophieren, wie er will, und vor allem, wie er kann. (Heiterkeit.) Aber für unsere Praxis, für die Erkenntnis dessen, was wir zu tun haben, ist nicht maßgebend die Abstraktion, das Wegsehen von Tatsachen, sondern das Einsehen in die Tatsachen, das Einsehen, das wir alle blutig genug bezahlt haben. Wir wünschen die Autonomie unserer Partei nicht aufzugeben, und wenn wir es wollten, würden es die anderen nicht wollen. Auch die tschechischen Sozialdemokraten, die jüngsten, die mit sehr zentralistischen Vorstellungen in das politische Leben treten, weil sie sich im Gegensatz zum Separatismus entwickelt haben, auch diese würden nach sehr kurzer Zeit aus dem Einheitstraum in die autonomistische und föderalistische Wirklichkeit erwachen. Ich möchte nicht, daß sich die deutschen Genossen darüber täuschen. Das sind Dinge, die sich von selbst verstehen und die aus der Natur der Sache hervorgehen. Sie sind nicht angenehm, aber wir müssen mit ihnen rechnen. Wir hoffen, daß wir die Empfindung für die Notwendigkeit einer Gesamtpartei stärker machen werden, und wir werden dazu alles tun, was in unserer Macht steht. Aber überstürzen dürfen wir auf diesem Gebiet nichts. Es darf bei niemand der Eindruck entstehen, als ob die deutsche Sozialdemokratie, so notwendig sie die Gesamtpartei empfindet, sie notwendiger empfindet als irgendein anderer. Es ist ein ganz gemeinsames Interesse, und nur insofern dieses gemeinsame Interesse überall als solches empfunden wird, nur insofern läßt es sich verwirklichen.

Damit ist das, was ich in diesem Moment zu sagen habe, wohl gesagt. Das, was wir dafür geleistet haben, es ist nicht viel, es ist gerade nicht begeisternd, aber wird sind zufrieden; ich würde wünschen, daß die Parteivertretung mit derselben Nachsicht, aber vor allem mit derselben Vorsicht den Gesundungsprozeß der Partei fördere wie bisher. (Stürmischer Beifall.)

## Die Debatte.

Abgeordneter **Jokl**: Ich will Sie nicht lange aufhalten, ich glaube aber, im Namen der Parteigenossen und besonders im Namen Schlesiens, des Landes, das von drei Nationen bewohnt wird, das unter dem Ansturm der Separatisten am meisten zu leiden hat, der Befriedigung Ausdruck geben zu können, daß es innerhalb der für die Weltgeschichte gewiß kurzen Zeit eines Jahres gelungen ist, einen solchen Fortschritt zu dem Ziele der Wiederaufrichtung der Gesamtpartei durchzusetzen. Ich glaube, es ist notwendig, daß wir dieser Befriedigung auch äußerlich Ausdruck geben, und empfehle Ihnen folgende Resolution:

> Der Parteitag billigt die Bemühungen der Parteivertretung um die Festigung der Gesamtpartei und fordert sie auf, ihre Bemühungen fortzusetzen.

**Hueber**: Für die Gewerkschaften Oesterreichs ist der heutige Tag eigentlich ein Freudentag. Daß man in der Partei unsere tschechischen Zentralisten schlechtweg als Rebellen in Oesterreich erklären konnte und daß sie nun doch in die Internationale aufgenommen worden sind, ist nicht etwa durch die bloße Erkenntnis erfolgt, sondern durch die Tatsachen, die nun einmal existieren, und besonders durch die Tatsachen, die sich auf

gewerkschaftlichem Boden ereignet haben. Bedenken Sie nun, daß wir in Oesterreich etwa 150.000 tschechische Arbeiter gewerkschaftlich organisiert haben und daß die tschechoslawische Partei mit der Zertrümmerung dieser Organisation begonnen hat, mit Hilfe ihrer ganzen Presse, mit der ganzen Autorität ihrer Abgeordneten und mit dem ganzen nationalen Elan. Und heute, nachdem sie ihre Arbeit vollendet haben, stehen noch immer gut 75.000 tschechische Arbeiter in der Zentralorganisation. Die Tschechoslawen selbst haben 80.000 Arbeiter organisiert. Nun, Genossen, für das weitere Arbeiten ist es für uns wie für die Partei von großer Wichtigkeit für die Zukunft, wie wir uns die Ausgestaltung der Partei vorstellen. Es läßt sich nicht leugnen, daß es eine der Schwierigkeiten für die Sozialdemokratie wie für die gewerkschaftliche Organisation ist, daß die gewerkschaftliche Organisation in Oesterreich alle Nationen in sich vereinigt und daß die politischen Organisationen daneben national getrennt bleiben. Das sind Reibungsflächen, welche wir niemals beseitigen und welche unter Umständen große Schwierigkeiten hervorrufen können. Ich will ja nicht prophezeien, ich gehe auch nicht von der Theorie aus, ich erkläre aus meinem proletarischen Leben, daß diese nationalen Schwierigkeiten, die uns in Oesterreich heute noch hemmen, doch nur vorübergehende Episoden bedeuten. Das sage ich nicht vom Standpunkt des Theoretikers, sondern vom Standpunkt des Lebens des Proletariers, der mit seiner Familie von einer Scholle zur anderen gehetzt wird, der ja gewiß nicht vaterlandslos ist, aber der, ob er nun Deutscher oder Tscheche ist, doch kosmopolitisch sein muß. Ich halte es für notwendig, den Gesamtparteitag baldmöglichst einzuberufen. Es wird halt ohne Tschechoslawen gehen müssen. Aber es wird dadurch unserer Arbeiterschaft der Beweis erbracht, daß man es nicht bloß beim Versuch lassen will, sondern praktisch darangeht, trotz der nationalen Trennungen die Einheit der Partei ernstlich durchzusetzen. Immer müssen wir an unsere Arbeiter denken, daß sie nicht die Beute der Chauvinisten draußen werden; ihnen sind wir die Einberufung des Gesamtparteitages schuldig. Wir müssen daran denken, daß zweieinviertel Millionen Arbeiter überhaupt nicht in unseren Organisationen stehen, und diese können vor allem die Opfer der nationalen Demagogen werden. Wenn hier die Gewerkschafter mit den Politikern auch ein bißchen übers Kreuz gekommen sind, so habe ich doch die Ueberzeugung, daß wir Gewerkschafter keine bessere Arbeit für die Sozialdemokratie leisten können, als die zentrale Organisation, als die Zusammenfassung aller Nationen und Zungen. Darin liegt die Sicherung der Sozialdemokratie in Oesterreich. Ist es doch das große Ziel unserer Arbeiterschaft, weniger die nationalen Unterschiede hervorzuheben, sondern vor allem zusammenzuschweißen und zu organisieren. Die Hauptsache ist das Klassenbewußtsein. Weg mit dem Chauvinismus! (Stürmischer Beifall.)

Dr. **Bauer**: Genosse Hueber hat gesagt, daß wenigstens die Fiktion einer Gesamtpartei als ein erster Schritt zu einer wirklichen festen Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte in unserem Lande geschaffen werden solle. Ich möchte gegen den Ausdruck Fiktion Verwahrung einlegen. Eine Fiktion ist schon heute nicht die Zusammenfassung, sondern sehr oft die Scheidung. Das kann man im Parlament jeden Tag beobachten. Der Klub der deutschen und der Klub der polnischen Sozialdemokraten sind voneinander nach ihren Statuten vollständig getrennt, keine gemeinsame Exekutive, kein gemeinsames Organ vereinigt sie. Die juristische Fiktion ist also, daß sie als unabhängige Körper fern voneinander stehen. Aber daß dieses Statut Fiktion ist, sehen wir in dem Zusammenarbeiten in dauernder und fester Gemeinschaft. Wenn auch in einzelnen nationalen Fragen jeder Klub selbständig entscheidet und in Landesfragen jeder seine Interessen hat, die polnischen Genossen an den galizischen Kanälen zum Beispiel ein anderes Interesse haben als wir, wenn wir also auch in manchen spezifisch österreichischen Fragen nicht immer einer Meinung sind,

wird aber doch in allen wichtigen Fragen, die das große Klasseninteresse der Arbeiter Oesterreichs ohne Unterschied der Nation berühren, gearbeitet als eine Partei. Wir werden als eine Partei angesehen, und wenn Genosse Diamand im Volkswirtschaftlichen Ausschuß zum Berggesetz Anträge stellt gegen den Kohlenwucher, so wird niemand sagen, das seien die Anträge nur der polnischen Sozialdemokraten, sondern es wird jeder sagen, das sei der Kampf zwischen der Sozialdemokratie und den besitzenden Klassen, daß hier Diamand also als unser Wortführer auftritt ebenso wie als Wortführer des polnischen Klubs, trotzdem wir ihm nach dem Statut kein Mandat gegeben haben. Die Gemeinsamkeit ist also eine Tatsache und die Notwendigkeit ist, nicht Fiktionen zu schaffen, sondern die Gemeinsamkeit, die besteht, organisatorisch zum Ausdruck zu bringen, soweit sie eben da ist und empfunden wird. Das Hindernis war bisher, daß wir gehindert wurden durch die juristischen Satzungen der Separatisten, von denen uns Genosse Adler so ausführlich erzählt hat. Doch wie immer wir früher gedacht haben, heute kann kein Zweifel bestehen, daß es töricht wäre, uns von Rücksichten auf die formalistische Auffassung der Separatisten hindern zu lassen, die Gemeinsamkeit der der Internationale treu gebliebenen Sozialdemokraten wiederherzustellen. Es ist heute keine andere Gemeinsamkeit möglich als eine mit Ausschluß der Separatisten und so muß sie hergestellt werden. Wer daran zweifelt, daß diese Gemeinsamkeit nur mit dem Ausschluß der Separatisten möglich ist, braucht nur zu lesen, wie das Zentralorgan der Tschechoslawischen Partei auf die Beschlüsse des Internationalen Bureaus in Brüssel geantwortet hat. Genosse Adler hat mitgeteilt, daß in Brüssel besprochen wurde, keine Verlautbarungen in der Presse zu machen. Für die Separatisten gilt das aber nicht, sie separieren sich auch davon, die Beschlüsse des Bureaus zu halten. Was sie nun auf die Beschlüsse von Brüssel antworten, ist nichts als zwei Spalten des ordinärsten und verlogensten Geschimpfes über die Person des Genossen Adler. Daß ihn das nicht im geringsten berührt und an ihn nicht heranreicht, das verstehe ich sehr wohl; aber es beweist, daß diese Leute, seitdem sie sich auf den falschen Weg begeben haben, nun aller moralischen und intellektuellen Hemmungen ledig geworden sind und daß wir heute mit ihnen nicht zusammen arbeiten können. Nach solchen Proben — und wir haben ihrer in der letzten Zeit mehr erlebt — müssen wir, unbekümmert um das, was die Separatisten tun, die Gemeinsamkeit der sozialdemokratischen Parteien in Oesterreich immer mehr verknüpfen. Ich bin einverstanden mit dem, was Genosse Adler über den Weg dazu gesagt hat.

Dem Genossen Hueber und allen jenen, die mit ihm einverstanden sind, möchte ich nur eines sagen: Was immer sie von der Zukunft glauben, heute ist es sicher, daß die nationale Autonomie auf politischem Gebiet innerhalb der Gesamtpartei nicht angetastet werden kann und darf. Deshalb möchte ich sagen, daß es der größte Fehler wäre, wenn wir als Politiker oder als Gewerkschafter auch nur den leisesten Versuch machten, die internationale Einheit der Gewerkschaften dazu zu gebrauchen, die politische Autonomie einer Nation einzuschränken, auf sie politischen Einfluß gewinnen zu wollen. Die internationale Einheit der Gewerkschaft hat ihr Gegengewicht in der politischen Autonomie. In allem, was das gemeinsame Klasseninteresse der Arbeiter erheischt, gibt es dabei keine Verschiedenheit. Wenn aber die anderen Nationen in nationalen Fragen oder Landesfragen ihre besondere Ansicht haben, kann es nicht unsere Sache sein, sie beeinflussen zu wollen; darüber müssen sie selbst entscheiden. Nur wenn wir ihre nationale Autonomie achten, ist die Grundlage des Vertrauens geschaffen, die die internationale politische Aktion und Organisation möglich macht. Deshalb glaube ich, daß die Zukunftshoffnung auf die Verschmelzung in eine einzige Partei, so schön sie sein mag, uns nicht hindern darf, die Grenzen zu beachten, die beobachtet werden müssen, gerade weil wir die

internationale Einheit wollen, die nie das Ergebnis eines Zwanges sein kann, sondern nur das Ergebnis des einheitlichen Willens der Arbeiter aller Nationen dieses Staates. Es wäre ganz verfehlt, wenn wir aus lauter Internationalismus die Gefahren nationaler Streitigkeiten dorthin trügen, wo sie heute nicht bestehen. So sehr ich aber diese Vorsicht für notwendig halte, möchte ich doch nicht, daß sie zu allzu großer Aengstlichkeit oder allzu kühler Betrachtung der internationalen Gesamtpartei wird. Es handelt sich nicht um etwas, was nebensächlich wäre, sondern es handelt sich hier um das Größte der Arbeiterbewegung. In unserem Lande kann die große Vorstellung der Internationalität des Proletariats nicht anders lebendig, nicht anders anschaulich werden, nicht anders Kopf und Herz jedes Proletariers erfassen und beherrschen als durch das Bild eines einträchtigen Zusammenwirkens in diesem Reiche selbst. Nur so kann sich der Arbeiter die Internationalität denken, nicht bloß als die Verknüpfung über die Grenzen dieses Reiches hinaus. Wir sollen diese Sache nicht mit zu viel Kühle und Gleichmut behandeln, sondern mit der festen und von Leidenschaft getragenen Ueberzeugung, daß es sich um das Größte handelt, was wir haben: daß die Arbeiter aller Nationen überall und in Oesterreich erst recht, wo wir aneinander gekettet sind, zusammenwirken müssen für ein Ziel, das allen gemeinsam ist. (Lebhafter Beifall.)

**Mattl** (Budweis): Genosse Hueber hat davon gesprochen, daß vielleicht die Zeit kommen wird, wo der internationale Zusammenschluß in der politischen Organisation wird eintreten müssen. Er hat ausdrücklich betont, er spreche nicht vom Standpunkt der Theorie, sondern aus dem Empfinden des Arbeiters. Wer in den Orten lebt und agitiert, wo die Separatisten mit aller Gewalt daran sind, die Gewerkschaften zu zertrümmern, hat auch Gelegenheit, das seelische Empfinden des Arbeiters zu kennen. Es wurde heute davon gesprochen, daß die Arbeiter theoretisch gebildet werden müssen; doch ich meine, ohne ein Gegner der Theorie zu sein, nicht allein die theoretische Bildung ist es, mit der man Schlachten gewinnt; das Empfinden, das den Kämpfer beseelt, das war es, was in gemischtsprachigen Orten die Organisation unterbunden hat, und ich schreibe dieser Mutlosigkeit der Arbeiterschaft es zu, daß wir im letzten Jahre etwas im Rückstand geblieben sind. In jenen gemischtsprachigen Gebieten sagen sich die tschechisch zentralistisch organisierten Arbeiter, daß die deutsche Sozialdemokratie zu wenig gegen den Separatismus getan, daß sie zu lange den Hetzereien zugesehen habe; man meint, es wäre nicht zum heutigen Zustand gekommen, wenn die deutsche Partei energischer ins Feld gezogen wäre. Durch den Beschluß des Internationalen Bureaus wird es wohl möglich werden, daß sich in Zukunft die Organisation bei uns wieder festigen wird.

Referent Dr. **Adler** (Schlußwort): Ich werde ganz kurz sein. Dem Genossen Hueber möchte ich sagen, daß wir ihn ja alle ganz verstehen und die Sehnsucht, die er hat, ebenfalls haben. Er empfindet sie vielleicht darum noch mehr, weil der Traum einer nicht nach nationalen Parteien gegliederten einheitlichen Partei auch eine große Annehmlichkeit und ein Nutzen für die Gewerkschaften wäre. Aber ich glaube, es wäre sehr nützlich, wenn sich unsere Gewerkschaften klarmachten, daß das eigentliche Verbrechen des Separatismus — bevor es ein Verbrechen des Charakters wurde — ein Fehler des Intellekts, des Urteils war, der darin bestanden hat, daß Grundsätze und Methoden, die für die politische Partei notwendig sind, angewendet werden sollen auf die Gewerkschaftsorganisation, wo sie schädlich ist. Das Verbrechen hat seine Wurzel darin, daß man meint, daß eine und dieselbe Methode und ein und dasselbe Gesetz der Entwicklung auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiet bestehe. Nun ist während dieses ganzen Streites wiederholt festgestellt worden, daß, während die gewerkschaftliche Entwicklung mit Notwendigkeit aus den Bedingungen ihrer Existenz und ihrer Wirkungsmöglichkeit heraus immer mehr auf eine Zusammenfassung, eine Vereinigung drängt, erst von Fachvereinen, dann

von Gruppen, es eine Tatsache ist, die sich auf allen Gebieten politischer Organisation zeigt, sogar dort, wo nicht nationale Verschiedenheiten sind, daß die politische Tätigkeit mit jedem Fortschritt, den die Partei macht, überall eine gewisse Differenzierung in der Organisation mit sich bringt, weil diese nötig und nützlich ist. Das sehen wir nicht nur in Oesterreich, wo es zu den gröbsten Exzessen und Katastrophen führt, sondern auch in jenem Lande, dessen zentralistische Tendenz nichts zu wünschen übrig läßt, wo es nicht nationale Verschiedenheiten sind, sondern wo das Wesen und die Entwicklung der politischen Partei mit Notwendigkeit zur Differenzierung drängt.

Ich möchte auch in den Träumen des Genossen Hueber schwelgen, aber ich muß mir den Genuß versagen. So wenig es möglich ist, die politischen Notwendigkeiten anzuwenden auf gewerkschaftliche Dinge, so sehr müssen wir uns hüten, gewerkschaftliche Notwendigkeiten unbesehen auf politische Organisationen anzuwenden. So sehr wir es wünschen würden — wir würden bequemer leben und nicht soviel Zeit und Mühe verschwenden müssen — aber leider ist die Welt nicht so gut eingerichtet und wir können nicht anders, als in der Gewerkschaft den gewerkschaftlichen, in der politischen Organisation den politischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Darum aber sagen wir eines: Wenn es nicht möglich ist und nicht sein kann, daß die gewerkschaftliche Einheitlichkeit der nationalen Organisation in der Politik entspricht, so hat die einheitliche gewerkschaftliche Organisation in ihrer Gesamtheit erst recht dazu zu führen, das Gegenbild zu sein der Gesamtpartei des Reiches. Wir können in den Gewerkschaften nicht verfahren wie in den nationalen Organisationen der Partei. Wir können hier nicht Architekturen aus Wolkenkuckucksheim ins Leben rufen, die Zukunftsträume einer dekretierten gemeinsamen Sprache sind für uns völlig wertlos. Das einzige aber, was wir können, das ist, trotz dieser nationalen autonomen Organisationen, die Empfindung der Zusammengehörigkeit in einer gemeinsamen Partei, die in ihrer Gemeinsamkeit und in ihrer Zusammenfassung dann allerdings der zusammengefaßten gewerkschaftlichen Organisation entspricht, die können wir lebendig machen und in das Bewußtsein aller Arbeiter versetzen. Nicht das Zurücktreten der autonomen Organisationen, sondern das Betonen und Verstärken des Gesamtgedankens, das ist es, was möglich und was notwendig ist und was die Gewerkschaften brauchen.

Genosse Bauer hat mitgeteilt, daß die tschechoslawische Presse, insbesondere das „Právo Lidu", einen etwas ausführlicheren Bericht über die Vorgänge in Brüssel gebracht hat. Ich fürchte, ich werde mir auch heute wieder einen großen Vorwurf zugezogen haben. In der Uebersetzung wird hervorgehoben, bis zu welchem Exzeß ich es dort getrieben habe; ich sei sogar heiser geworden. (Schallende Heiterkeit.) Ich fürchte, daß mir das heute wieder passieren könnte; ich bin nicht heiser geworden durch die Schuld der Separatisten, sondern ich habe am Abend vorher in einem internationalen Meeting längere Zeit, wie es meine Gewohnheit ist, gesprochen. (Große Heiterkeit. Sehr gut!) Ich möchte aber sagen, daß es mir wirklich gleichgültig ist, daß sie mich als Karnickel nehmen, daß sie mich verantwortlich machen für alles, was geschieht. Ich bin sehr erfreut, aus dem „Právo Lidu" zu hören, daß ich einmal bei den tschechoslawischen Arbeitern ein gutakkreditierter Mann war; daß es damit jetzt zu Ende ist, das muß ich mir gefallen lassen und werde es mit Fassung tragen, ich hoffe aber, es wird anders werden, denn sie können auch wieder gescheiter werden. (So ist es!)

Ich möchte Sie bitten, und nur darum spreche ich davon, daß Sie sich durch dieses Geschimpfe nicht zu sehr aufregen lassen. (Sehr richtig!) Die schimpfen immer. (Heiterkeit.) Lassen Sie sie doch ruhig schimpfen und glauben Sie nicht, Sie müßten es ihnen gleichtun. (Beifall.) Es zweifelt ja niemand an unserer Fähigkeit dazu (Große Heiterkeit), wenn ich auch

zugeben will, daß wir es in dieser Beziehung niemals so weit bringen werden wie die Herren in Prag. Einen solchen Ehrgeiz haben wir nicht. Ich bitte Sie, ein bißchen kaltes Blut zu bewahren, Sie tun damit das beste dafür, was doch einmal kommen muß. Wir können mit den Separatisten keinen Bund haben und können mit ihnen leider Politik nicht machen. Wir haben sie nicht ausgeschlossen, sie haben sich selbst ausgeschlossen. (Ganz richtig!) Ich möchte ein Wort des Genossen Bauer richtigstellen, das ihm entschlüpft ist und das mich in seiner Nuance geniert. Wir haben nicht einen Verband mit Ausschluß der Separatisten, sondern einen Verband ohne die Separatisten. Wir schließen nicht aus und wir wollen nicht ausschließen. Wenn sie ausgeschlossen sind, so darum, weil sie sich selber ausgeschlossen haben. Aber, Parteigenossen, vergessen Sie nicht, daß dieser Zustand ein sehr beklagenswerter ist und daß er verschwinden muß. Wir können heute nichts dazu tun, als daß wir uns maßvoll und vernünftig benehmen. Leider ist bei weitem der größere Teil des tschechischen Proletariats — und das tschechische Industrieproletariat wird von Tag zu Tag wichtiger für das Gesamtproletariat in Oesterreich — leider ist die große Mehrheit heute noch bei den Separatisten und wenn ich sage heute noch, so meine ich damit nicht, daß es morgen anders sein wird, ich weiß sehr genau, eine wie schwere, sehr schwere Arbeit das ist. Wir wünschen der Tschechischen Sozialdemokratie allen möglichen Erfolg, aber wir können leider nicht erwarten, daß sie die anderen in sich aufnehmen. Wir müssen fürchten, daß das ein sehr langwieriger Prozeß sein müßte. Wir müssen hoffen und erwarten, daß dort drüben eine Umkehr, eine Einkehr zur politischen Vernunft und zu sozialdemokratischen Empfindungen kommen wird. Aber das ist nicht einmal mehr eine Hoffnung, sondern beinahe nur ein Wunsch; aber ich weiß, daß doch ein beträchtlicher Teil unserer Zukunft und insbesondere auch der Entwicklung der Arbeiterschaft auf allen Gebieten in Oesterreich davon abhängt, daß sich diese Armee wieder vereinigt. Darum werden wir das unsere tun, wie Genosse Bauer gesagt hat, ohne Uebereilung, aber auch ohne überflüssige Aengstlichkeit. Wir werden das unsere tun, um die Internationale hier bei uns, um die Gesamtpartei zu festigen. Aber lassen Sie uns auch nach der negativen Seite alles tun, das heißt unterlassen, was uns ins Unrecht setzen könnte, und trachten Sie, jede geringste und entfernteste Möglichkeit zu stärken, denen, die drüben stehen, den Weg zur Vernunft trotz alledem offen zu lassen. (Sehr richtig!) Lassen Sie sie schimpfen, das schlechte Gedächtnis für solche Dinge ist eines der ersten Erfordernisse aller Politik. (Beifall und lebhafte Heiterkeit.)

Der Antrag, der hier eingebracht wurde, will besagen, daß Sie mit der Haltung, die wir eingenommen, zufrieden sind und daß Sie wünschen, daß es bei dieser Haltung bleibe, und ich hoffe, daß Sie den Antrag annehmen werden. (Lang anhaltender Beifall.)

Der Antrag Jokl wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

## Bericht der Kommission über das Organisationsstatut.

Vorsitzender Pernerstorfer: Wir wollen die gestrige Beratung sozusagen als erste Lesung erklären. Wir treten nunmehr, nachdem gestern der Parteitag den Antrag der Regierung (Stürmische, minutenlange Heiterkeit), also der Parteivertretung — um mich genauer auszudrücken — (Erneute Heiterkeit) einer Kommission zugewiesen hat, zugleich mit dem Bericht in die Spezialdebatte ein. Da auch alle Abänderungsanträge gleichzeitig der Kommission zugewiesen wurden, so mache ich darauf aufmerksam, daß, sofern nicht der Berichterstatter es fordert, ich diese Anträge nicht zur Abstimmung stelle. Will jedoch ein Antragsteller, daß sein Antrag zur Abstimmung gelange, so muß er dies beim betreffenden Punkt anmelden. Da kein Widerspruch erhoben wird, so ist mein Vorschlag angenommen.

Den Bericht der Kommission erstattet Abgeordneter **Seitz**: Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, wie notwendig die von der Parteivertretung vorgeschlagene Statutenänderung ist, so wäre er dadurch erbracht worden, daß die Antragskommission nach einer allerdings fünf- bis sechsstündigen Beratung zu einem vollen Einvernehmen gekommen ist, und daß wir über keinen wichtigen Punkt mit Mehrheit zu entscheiden hatten, sondern daß alle Mitglieder einverstanden waren. Dies ist um so wichtiger, als ja die Antragskommission aus Vertretern aller Kronländer und der Stadt Wien bestand, also aus allen jenen Organisationen, die sich mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Ich möchte nur vorausnehmen, daß der Antrag Austerlitz und Genossen für die weitere Parteivertretung den Ausdruck „Reichsparteivertretung" und für die engere den Antrag „Parteivorstand" zu wählen, angenommen wurde. Ich werde diese Bezeichnungen schon jetzt im Bericht durchführen. Eine Einigung wurde erzielt über die Bestimmungen betreffend die Mitgliedschaft, über die Stellung der Landesorganisationen, deren Berichte und ihren Einfluß auf die Kandidaturen, über die Vertretung der Frauenorganisation und über die Kontrolle, ferner über die Berichte an den Parteitag. Eine Verlängerung der Fristen zur Berichterstattung läßt sich leider nicht erzielen. Einigkeit herrschte über die Bestimmungen, über das Einbringen von Anträgen zum Statut und zur Beitragsleistung. Auch die Frage der Wahl zum Parteitag wurde mit Stimmeneinhelligkeit gelöst. Die Kommission verkennt nicht die Vorteile des Prinzips der Verhältniswahl, findet es aber derzeit noch nicht durchführbar und fordert noch eingehendes Studium, worüber Ihnen eine Resolution vorgelegt wird. Ich werde nun die einzelnen Paragraphen samt den dazu gestellten Abänderungsvorschlägen kurz durchgehen und jedesmal dazu bemerken, was die Kommission dazu gesagt hat.

Was die Paragraphenzahl anbelangt, so werde ich mich an den Entwurf der Parteivertretung halten. Dabei ist es selbstverständlich, daß, weil Einschiebungen und Ausschaltungen stattgefunden haben, bei der endgültigen Redigierung, die wir dem Sekretariat überlassen, die Paragraphen die richtige Numerierung erfahren werden, wobei vielleicht das eine oder andere Wort besser gefaßt wird.

Der Referent bespricht nun jeden Paragraph des Entwurfes und die dazu gestellten Anträge. Es wird über jeden Paragraph sofort abgestimmt. Es wird vor allem beschlossen, die Bezeichnungen „Reichsparteivertretung", „Reichsparteivorstand" und „Reichsparteikontrolle" durchzuführen.

§ 1 wird nach dem Entwurf der Parteivertretung angenommen. Der Referent bemerkt: Der Antrag 8 wäre nicht durchführbar.

§ 2 wird nach dem Entwurf der Parteivertretung angenommen. Der Referent bemerkt: Der Antrag 12 der Bezirksorganisaiton Karlsbad ist überflüssig, da selbstverständlich unter ehrloser Handlung eine zu verstehen ist, die unseren Moralbegriffen widerspricht.

Antrag 18 ist zunächst: Das Verbot, für bürgerliche Zeitungen zu schreiben, ist auch im reichsdeutschen Parteistatut nicht enthalten, sondern die Dresdener Resolution hat dieses Verbot für wünschenswert erklärt. Eine solche Resolution ist bei uns nicht eingebracht worden, auch kann das, was einer bürgerliche Zeitschrift ist, manchmal schwer werden. Ueber die Unmöglichkeit des Antrages 14 der Organisation Drahowitz, bei wirtschaftlichem Zwang die Zugehörigkeit zu einer anderen Partei zuzulassen, habe ich schon im ersten Referat gesprochen.

§ 3 wird gemäß dem Antrag 12 der Bezirksorganisation Karlsbad angenommen. Damit erledigt sich der das gleiche bezweckende Antrag 14 der Lokalorganisation Drahowitz.

§ 4 wird in der Fassung des Entwurfes angenommen. Der Referent bemerkt zum Antrag 14 Lokalorganisation Drahowitz, der mit einer Forderung des schon erledigten Antrages 18 übereinstimmt: Diese Vorschrift läßt sich nicht im Statut aufstellen.

Zum § 5 ist kein Antrag gestellt, er wird nach dem Entwurf angenommen.

§ 6 wird in der Fassung des Entwurfes angenommen.

Der Referent bemerkt dazu: Zu diesem Paragraphen sowie zu den §§ 8, 9, 13 lagen Anträge der Genossen Wittenigg und Preußler vor, die bezwecken, daß die Schaffung und der Bestand der Bezirksorganisationen keine bindende Verpflichtung sei. Sie haben diese Anträge zurückgezogen. Die Kommission hat erklärt, daß, wenn in einem Lande wirklich die Notwendigkeit besteht, in dieser Richtung eine Ausnahme zu schaffen, sie durch das betreffende Landesstatut gemacht werden kann. Die Kommission hat den Salzburger Genossen das Versprechen gegeben, daß das, wenn ihr Landesstatut eine solche Ausnahme enthält, man es nicht einfach mit der Begründung, es dürfe dem Organisationsstatut nicht widersprechen, anfechten wird. Die Genossen wünschen, daß das im Protokoll bemerkt werde. Diesem Wunsche wird Rechnung getragen.

§ 7 wird in der Fassung des Entwurfes angenommen.

Der Referent bemerkt dazu: Es liegt folgender Antrag der Bezirksorganisation St. Pölten vor.

Der § 7 soll lauten:

„Die Lokalorganisation ist die Zusammenfassung aller in einem Orte wohnenden Parteimitglieder. Der Lokalausschuß ist alljährlich in einer Parteimitgliederversamlung zu wählen

Innerhalb der Lokalorganisation ist die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen. Das Einkassieren der Parteimitgliedsbeiträge hat durch die Häuserorganisation zu erfolgen."

Dem ersten Teil wird bei § 20 Rechnung getragen werden, der zweite Teil gehört in die Statuten der Lokalorganisation, aber nicht in das Organisationsstatut.

§ 8 wird in der Fassung des Entwurfes angenommen.

Der Referent bemerkt hiezu: Es lag dazu noch folgender Antrag der Bezirksorganisation St. Pölten vor:

In das Organisationsstatut ist folgende Bestimmung aufzunehmen:

In den Wahlbezirken, wo die agitatorischen Bedürfnisse dies notwendig machen, ist ein Wahlbezirkskomitee zu konstituieren. Zu diesem Zwecke treten die in Betracht kommenden Bezirksausschüsse zu einer Konferenz zusammen, in der das Wahlbezirkskomitee gewählt und sein Sitz bestimmt wird. Dem Wahlbezirkskomitee obliegt die einheitliche Leitung der Agitation im Wahlbezirk. In den Ländern, wo ein Bezirkswahlfonds gebildet wird, wird derselbe vom Wahlbezirkskomitee verwaltet. Die Bezirksorganisationen haben den Wahlfonds für alle Orte des Wahlbezirkes dem Komitee zu überweisen. Vor Wahlen in den Reichsrat 2c. wird über die Verwendung des Bezirkswahlfonds in einer Konferenz beschlossen, die von allen Wahlorten zu beschicken ist. Die durch die Tätigkeit des Wahlbezirkskomitees auflaufenden Kosten werden von den beteiligten Bezirksorganisationen gemeinsam getragen.

Referent: Die Kommission fand nicht, daß die Aufnahme dieser Bestimmung in das Statut angemessen sei. Dem Antrag 18, soweit er hieher gehört, ist ohnehin im Entwurf schon Rechnung getragen. Der Antrag 14 der Lokalorganisation Drahowitz hat keine Gründe für sich.

Die §§ 9 bis 18 werden gemäß dem Entwurf angenommen. Gegenanträge liegen nicht mehr vor.

§ 19 wird gemäß dem Entwurf angenommen. Der Referent bemerkt: Hier kommt noch in Betracht, daß der schon bei § 8 angeführte Antrag St. Pölten, soweit er für den Bezirkswahlfonds vorsehen will, durch die Ablehnung des ersten Teiles hinfällig wird.

§ 20 wird in der Fassung des Entwurfes angenommen und es wird gemäß dem bei § 7 angeführten Antrag der Bezirksorganisation St. Pölten beschlossen, daß der Lokalvertrauensmann, beziehungsweise der Lokalausschuß alljährlich in einer Parteimitgliederversammlung zu wählen sind.

§ 21 wird in der Fassung des Entwurfes angenommen.

Der Referent bemerkt: Hiezu lag der Antrag 15 der Landesorganisation Steiermark vor, er wurde zurückgezogen, weil eine Form gefunden wurde, in der der Bericht an die Reichspartei zugleich an die Landesstellen gelangen kann. Die steiermärkischen Vertreter erklären, daß damit das, was sie wollen, erreicht ist.

Die §§ 22 und 23 werden nach dem Entwurf angenommen.

§ 24 wird nach dem Entwurf angenommen.

Der Referent bemerkt: Der Antrag Drahowitz, daß die Adressen auf der Bezirksorganisation bekanntzugeben seien, gehört nicht in das Organisationsstatut.

§ 25 wird nach dem Entwurf angenommen.

Es folgt die Verhandlung des § 26.

Der Referent bemerkt: Hiezu lagen die Anträge 18 und 19 vor. Die Kommission meinte, daß der Antrag 19 des Genossen Tanneberg angenommen werden soll, weil er von der Jugendorganisation selbst ausgeht und daß diese von ihr beantragte Fassung gewählt werden kann.

§ 26 wird in der Fassung des Antrages 19 angenommen.

§ 27 wird in folgender Fassung angenommen:

Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei, er wird vom Parteivorstand alljährlich einberufen mit Ausnahme jener Jahre, in denen ein Gesamtparteitag oder ein Internationaler Kongreß stattfindet.

Der Referent bemerkt: Dazu lagen Anträge 12 und 13 der Bezirks- und Kreisorganisation Karlsbad, ferner der Antrag 22 der Bezirksorganisation Landstraße vor, die wollen, daß der Parteitag nur alle zwei Jahre stattfindet. Die Kommission ist der Ansicht, daß es höchst bedauerlich wäre, wenn die Parteitage, die eine solche Notwendigkeit für die Partei sind, eingeschränkt würden. Sie beantragt daher eine Fassung, wonach der Parteitag jedes Jahr stattzufinden habe, jedoch mit Ausnahme der Jahre, in denen ein internationaler Kongreß oder ein Gesamtparteitag stattfindet. Damit ist den Anregungen der Antragsteller auch einigermaßen Rechnung getragen. Die Genossen, die fürchten, daß durch diese Einschränkung die Parteitätigkeit behindert werde, bitte ich, zu bedenken, daß in wichtigen Fällen auch ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden kann.

Bei der Abstimmung über § 27 (behandelt auch das Delegierungsrecht) wird der Antrag 12 der Bezirksorganisation Karlsbad der Parteivertretung zugewiesen.

Der Referent bemerkt: Es liegt auch der Antrag 22 der Bezirksorganisation Landstraße vor. Dieser Antrag soll auch nicht heute erledigt werden, denn von vielen Organisationen und Genossen ist die Anregung gekommen, die Verhältniswahl für den Parteitag einzuführen. Ich bekenne, daß ich sie in meinem ursprünglichen Entwurf auch aufgenommen hatte. Wir haben uns aber überzeugt, daß aus vielen Gründen diese Frage eines eingehenden Studiums bedarf. Die Kommission ist deshalb der Ansicht, daß folgender Antrag Resel angenommen werden soll:

Die Parteivertretung wird beauftragt, dem nächsten Parteitag Vorschläge über die Neuregelung des Vertretungsrechtes auf dem Parteitag zu machen und drei Monate vor dem Parteitag zu veröffentlichen.

Punkt 1 des § 27 wird in der Fassung des Entwurfes angenommen; die Resolution wird angenommen.

Punkt 2 wird in folgender Fassung angenommen: „Die Mitglieder der Parteivertretung und die Parteisekretäre." Der Referent bemerkt dazu: Diese Fassung ist einfacher und kürzer als die des Entwurfes und sie ist, da der § 33 des Entwurfes geändert wurde, eine Folge dieser Aenderung. Selbstverständlich haben die Parteisekretäre nur beratende Stimme. Es ist von mancher Seite gegen die Bestimmung ein Bedenken erhoben worden. Ich habe aber noch nie eine Körperschaft gesehen, die Sekretäre anstellt und sie nicht ihren Beratungen beizieht. Wie kann man jemand Aufträge

geben, ohne daß er weiß, aus welchen Gedanken heraus die Beschlüsse, die er durchzuführen hat, geboren wurden.

Punkt 3 wird nach der Fassung des Entwurfes angenommen.

Bei Punkt 4 werden die Worte „und je eine Delegierte der Frauenlandeskomitees" angefügt. Der Referent bemerkt dazu: Es entspricht das einem Antrag des Frauenreichskomitees.

Die Punkte 5 und 6 werden in der Fassung des Entwurfes angenommen.

Die §§ 29 und 30 werden in der Fassung des Entwurfes angenommen.

§ 31 wird in der Fassung des Entwurfes angenommen, jedoch wird hinzugefügt: „und am gleichen Tag in sämtlichen übrigen Tagesblättern".

Der Referent bemerkt dazu: Damit ist dem Antrag 15 der Landesparteivertretung Steiermarks Rechnung getragen. Dem weiteren Antrag derselben Antragsteller, daß die Veröffentlichung des Parteiberichtes an einem und demselben Tag erfolgen sollte, können wir nicht entsprechen. Der Bericht wird später fertig, denn das Material zu den Tabellen läuft spät ein. Der andere Text wird darum schon früher gedruckt. Würde man also den Anträgen stattgeben, würde das eine Hinausschiebung bedeuten. Ich glaube, auch die steirischen Genossen erkennen das an. So rasch man ihnen die Berichte zur Verfügung stellen konnte, ist es geschehen.

§ 32 (§ 31, Absatz 2 des Entwurfes) wird nach diesem angenommen.

Der Referent bemerkt: Es liegt der Antrag 16 der Kreisorganisation Reichenberg vor, daß der Parteibericht 28 Tage vor dem Parteitag zu veröffentlichen sei. Wenn es möglich wäre, wäre die Kommission dafür. Aber die Genossen können versichert sein, daß, sobald wir die Berichte bekommen, wir froh sind, den Bericht frühzeitig hinauszugeben.

§ 32 (§ 31, Absatz 3 des Entwurfes) wird nach diesem angenommen.

Der Referent bemerkt: Die Anträge 12 der Bezirksorganisation Karlsbad und 14 der Lokalorganisation Drahowitz verlangen eine Frist von sechs, der Antrag 22 der Bezirksorganisation Landstraße eine von vier Wochen. Aus den angeführten Gründen ist es nicht möglich, dies zu beschließen.

§ 34 (§ 32 des Entwurfes) wird nach diesem angenommen.

§ 35 (der übrige Teil des § 32 des Entwurfes) wird in den Punkten 1 bis 4 nach diesem angenommen. Im Punkt 5 werden die Worte: „von einer Organisation" eingefügt.

Der Referent bemerkt dazu: Es ist die Meinung aufgetaucht, man könnte aus der Fassung des Entwurfes herausinterpretieren, daß Anträge auf Aenderung des Organisationsstatuts nur von der Parteivertretung gestellt werden können. Das ist nicht richtig. Um es aber ganz sicher zu stellen, soll das ausdrücklich gesagt werden.

Ferner wird bei Punkt 5 eingeschaltet:

Anträge betreffend die Partei- und Wahlfondsbeiträge sind beim Parteivorstand mindestens sechs Monate vor dem Stattfinden des Parteitages einzubringen und müssen ebenso wie die von ihm in dieser Sache gestellten Anträge mindestens fünf Monate vor dem Parteitag im Zentralorgan bekanntgegeben werden.

Damit ist folgendem Antrag David und Genossen Rechnung getragen:

5. Beschlußfassung über Parteiorganisationen, deren Statut über die Partei- und Wahlfondsbeiträge und über alle das Parteileben berührenden Fragen; Aenderungen des Organisationsstatuts können nicht nur von der Parteivertretung, sondern auch von den Parteimitgliedern gestellt werden. Diese Anträge müssen jedoch mindestens sechs Wochen vor dem Parteitag eingebracht und mindestens vier Wochen danach im Zentralorgan veröffentlicht werden.

Anträge, die die festgelegten Partei- und Wahlfondsbeiträge beinhalten, gleichgültig ob sie von der Parteivertretung oder einem Parteimitglied gestellt werden, müssen mindestens sechs Monate vor der Tagung des Parteitages eingebracht und mindestens vier Wochen nach ihrer Einbringung im Zentralorgan bekanntgegeben werden.

Die Punkte 6 und 7 werden nach dem Entwurf angenommen.

Im letzten Absatz wird eingefügt:

Haben mehr Personen als zu wählen wären, die absolute Mehrheit erreicht, so gelten diejenigen als gewählt, die die meisten Stimmen erhalten haben.

In der letzten Zeile des Absatzes wird nach dem Wort „entscheidet" das Wort „immer" eingefügt.

Es folgt nun die Verhandlung über die §§ 36 bis 45 (§ 33 bis § 37 des Entwurfes).

Referent: Die Bestimmungen über die Reichsparteivertretung, den Reichsparteivorstand und die Reichsparteikontrolle haben eine ganz neue Stilisierung erfahren. Es war Aufgabe der Kommission, das Prinzip der strengen Trennung von Verwaltung und Kontrolle durchzuführen. Aber es wurde auch den Bedenken Rechnung getragen, daß der politische Einfluß der Mitglieder der Kontrolle leiden könnte. Es ist gesagt worden, daß, wenn die Mitglieder der Kontrolle, die von ihr zu den Sitzungen des Vorstandes entsendet werden, der Einfluß dieser Genossen auf die politische Führung und in gewichtigen finanziellen Fragen eingeschränkt werden könnte. Besonders hatten die Wiener Genossen diese Befürchtung für die zwei ihren Reihen entnommenen Mitglieder der Kontrolle. Aber es kommt nicht auf das Stimmen eines Anwesenden, sondern auf seine Argumente an, und es wird nur wenige Beratungen von größerer Wichtigkeit geben, bei denen es auf eine Stimme oder zwei angekommen wäre. Die Beschlüsse der Parteivertretung erfolgten zumeist einstimmig. Außerdem ist schon wiederholt in der Wiener Lokalorganisation und sonst erklärt worden, daß zu einer solchen Befürchtung kein Grund gegeben ist, weil bei Entscheidungen von größerer Wichtigkeit die Gesamtparteivertretung zusammentritt, in der die Mitglieder der Kontrolle das Stimmrecht haben. Aber da damit die Empfindungen nicht zu bannen waren, wurde eine klare Abgrenzung vorgenommen. Ein Antrag der Bezirksorganisation Ottakring, daß die Mitglieder der Kontrolle in den Sitzungen des Parteivorstandes nur bei finanziellen und administrativen Angelegenheiten beratende, in allen anderen aber beschließende Stimme haben. Genosse Friedrich Adler hat nun einen Vorschlag gemacht, der allen Wünschen Rechnung trägt, und so beantragt die Kommission, daß die Mitglieder der Kontrolle in allen Angelegenheiten, die nicht ihrer Kontrolle unterliegen und in denen sie nicht Beschwerdeinstanz sind, das Stimmrecht haben. Auch die Ottakringer Genossen werden nicht bestreiten können, daß diese zwei Ausnahmen bestehen müssen.

Im einzelnen ist zu sagen: Im Entwurf hieß es, der Parteivorstand bestimme und kontrolliere die Haltung der Parteiorgane. Die Kommission meinte, das Wort „kontrolliert" besage alles, das Wort „bestimmt" sei also überflüssig. Das Anstellungsrecht des Parteivorstandes, das vorgesehen wird, bezieht sich naturgemäß nur auf Posten, die von ihm kreiert sind. Es wäre unrichtig, zu sagen, es sei Sache der Parteivertretung, den Bezirksvertrauensmann anzustellen, wenn der Bezirk selbst den Posten kreiert hat. Es wurde über die auch im Entwurf vorgesehene Bestimmung gesprochen, daß nicht der Parteivorstand selbst alle Angestellten der Partei und ihrer Unternehmungen ernennen müsse. Aber es ist unmöglich, daß der Parteivorstand selbst alle diese Details besorgen könnte. Es geht nicht anders, als daß er die leitenden Angestellten bestimmt, die ihm verantwortlich sind. Es ist dann noch immer möglich, durch die Kontrolle eine eventuell notwendige Remedur zu schaffen. Der § 44 stellt nun das fest, was schon lange Praxis war. Es ist öfter notwendig gewesen, daß das Reich umfassende Organisationen, die von Parteigenossen geleitet werden, in Beziehung zum Parteivorstand treten. Ebenso ginge es nicht, daß der Klub der Abgeordneten ohne Vorstandsmitglieder oder der Parteivorstand ohne Abgeordnete beriete. Geradeso ist es nötig, daß der Mann, in dessen Händen alles zusammenläuft, was das Parlament betrifft, den Sitzungen der Reichspartei-

vertretungen mit bewohnen könne. Die neue Bestimmung, daß die Dauer aller Funktionen bis zum Amtsantritt der neuen Funktionäre währe, ist nun selbstverständlich. Genosse Hummel hat jetzt den Antrag gestellt, daß es nicht heißen solle, der Parteivorstand verfüge, sondern er verwalte die Parteigelder. Gegen diese Aenderung ist nichts einzuwenden. Ich hebe nochmals hervor, daß dieser Teil des Parteistatuts in der Kommission Gegenstand eingehender Beratung war und daß die Beschlüsse in vollem Einvernehmen gefaßt wurden.

Es werden nun die §§ 36 bis 45 (an Stelle der §§ 33 bis 37 des Entwurfes) angenommen. (Siehe das Organisationsstatut.)

§ 38 wird nach dem Entwurf angenommen.

Der Referent bemerkt: Hiezu lag der Antrag 17 der Bezirksorganisation Liesing vor, daß jeder Wahlbezirk einen Delegierten zur Reichskonferenz soll entsenden können. Es wurde lange über den Gedanken gesprochen; es war aber nicht möglich, die Absicht zu erfüllen. Es wurde auch erwogen, ob nicht wie bisher nur Vertreter der Landesorganisation zur Reichskonferenz kommen sollen. Die Kommission meinte aber, es solle den Landesparteivertretungen überlassen bleiben, ob alle ihre Mitglieder kommen sollen oder nur ein Teil.

Die §§ 47 und 48 (§§ 39 und 40 des Entwurfes) werden in dessen Fassung angenommen.

§ 49 (§ 41 des Entwurfes) wird in dessen Fassung beschlossen, nur wird hinzugefügt, daß bei Erstattung der Vorschläge die Landesparteivertretung zuzuziehen sei und daß die für die Nachwahlen vorgesehene Kommission selbst ihren Vorsitzenden wähle, und daß, wenn über dessen Person keine Einigung zustande komme, ihn die Parteikontrolle bestimme.

Der Referent bemerkt: Hier war die Frage zu lösen, wie die Landesparteivertretungen zu dem gebührenden Einfluß bei der Kandidatenaufstellung kommen sollen. Angeregt wurde die Frage durch den Antrag 15 der Landesparteivertretung Steiermarks. Das ist einfach früher übersehen worden. Auch in Bezug auf die Wahl des Vorsitzenden ist diesem Antrag und den Wünschen, die hier geändert wurden, entsprochen worden.

Die §§ 51 bis 56 (§§ 42 und 43 des Entwurfes) werden nach diesem angenommen; bloß aus § 53 werden die Worte: „unter Zuweisung des Mitgliedes an eine andere Organisation" gestrichen.

Der Referent bemerkt dazu: Der Antrag 15 der Landesparteivertretung will, daß die nun den § 56 bildende Bestimmung ganz und auch sonst die Bestimmung gestrichen werde, daß auch jemand aus einer Organisation, aber damit nicht aus der Partei ausgeschlossen sein könne. Es gibt nun Leute, die sich aus persönlichen Gründen nicht in eine Organisation einfügen können, aber doch ganz brave Leute sind. Deshalb wurden die Anträge Steiermarks abgelehnt und bloß beschlossen, daß niemand einer anderen Organisation zugewiesen werde; er muß sich also die andere Organisation selbst suchen.

Als §§ 57 und 58 wird eingefügt:

§ 57. Mitglieder, die länger als drei Monate mit den Beiträgen im Rückstand sind, können von ihrer Lokalorganisation aus der Mitgliedsliste gestrichen werden. In Fällen von Arbeitslosigkeit oder Krankheit können die Beiträge im Einvernehmen mit der Bezirksorganisation bis auf sechs Monate gestundet werden.

§ 58. Tritt ein Mitglied, das sich nicht mehr zu den Grundsätzen des Parteiprogramms (§ 1) bekennt, nicht aus eigener Initiative aus der Partei aus, so kann der Parteitag auf Antrag des Parteivorstandes die Organisation seines Wohnortes mit der Streichung seines Namens aus den Mitgliedslisten beauftragen.

Der Referent bemerkt dazu: Die Anträge 12 der Bezirksorganisation Karlsbad und 14 der Lokalorganisation Trahowitz wollen, daß auch der

Fall, daß ein Parteimitglied durch Nichtzahlung der Beiträge aufhört, es zu sein, vorgesehen werde. Die Folge dieser Anträge ist der § 57. Weiters hat die Kommission die Anregung berücksichtigt, die Genosse Friedrich Adler im „Kampf" gegeben hat, und den § 58 beschlossen. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, daß kein Unrecht geschehen kann. Es muß eine Beratung des Parteivorstandes erfolgen, dieser muß beim Parteitag den Antrag stellen und der Parteitag hat erst die Entscheidung zu treffen; es ist also ausreichende Gewähr für die gerechte Handhabung geboten.

§ 59 (§ 44 des Entwurfes) wird in dessen Fassung angenommen. Nur heißt es nicht mehr, daß die Bezirksorganisation ein Schiedsgericht einzuberufen hat, sondern daß sie es kann.

Referent: Wir haben nun das Statut erledigt. Gewiß haben wir damit noch lange nicht alles getan, was vielleicht in Bezug auf die Parteiverfassung nötig wäre. Unsere Arbeit ist aber ein Schritt nach vorwärts im Interesse der Schlagkraft und der Entwicklung der Partei. Die Parteivertretung hat nun die Aufgabe, Musterentwürfe für die Statuten der Landes-, Kreis-, Bezirks- und Lokalorganisationen auszuarbeiten. Sie wird solche Entwürfe den Landesorganisationen übermitteln und hofft, daß diese ihre Statuten feststellen, dann den Bezirksorganisationen Normen geben und daß dann die Lokalorganisationen ihrer Pflicht nachkommen werden. So hoffen wir, zu einer Verfassung zu kommen, die alles regelt, was Pflicht sämtlicher Organe ist. Wenn dafür gesorgt wird, daß die Normen einander nicht widersprechen, wird die Partei stets schlagbereit sein. Ich bitte Sie, diese Formalitäten nicht geringzuschätzen. Wir konnten lange arbeiten, ohne an ein Statut zu denken. Das war möglich, solange wir klein waren; je mehr sich aber die Partei entwickelt, um so nötiger ist eine klare und präzise Verfassung; sie bietet die Gewähr, daß die Partei mächtig und stark bleibt und immer mehr innere Kraft gewinne. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Pernerstorfer**: Ich werde nun die Abstimmung über das Statut als Ganzes, vorbehaltlich Nummerierung und stilistische Aenderungen, vornehmen, also die dritte Lesung. (Heiterkeit.)

Das Organisationsstatut wird als Ganzes einstimmig angenommen.

Es folgen nun

## Vorschläge für die Wahl der Parteivertretung.

Abgeordneter **Bretschneider**: Die Kommission schlägt Ihnen, und zwar einstimmig, folgende Mitglieder vor. Für den Parteivorstand: Adler, Ellenbogen, Pernerstorfer, Adelheid Popp, Reumann, Schrammel, Schuhmeier, Seitz, Skaret, Tomschik. Für die engere Parteikontrolle: Beer und Widholz. Für die weitere Parteikontrolle: Czech (Brünn), Dimnig (Klagenfurt), Gruber (Linz), Jokl (Troppau), Preußler (Salzburg), Resel (Graz), Schäfer (Reichenberg), Seliger (Teplitz).

Nach dem soeben beschlossenen Parteistatut hat die Abstimmung in getrennten Listen vor sich zu gehen. Im Auftrag der Wahlkommission habe ich Ihnen folgendes zur Kenntnis zu bringen: Seit Jahren machen sich Klagen der Länder bemerkbar, welche bisher keine Vertretung in der Reichskontrolle erlangen konnten, weil das Parteistatut nur acht Mitglieder vorgesehen hat, und sie wünschen, es möge ihnen im Interesse ihrer Landesorganisationen — damit sie in ständiger Fühlung mit der Reichsparteivertretung seien — ein Mandat im Hohen Rate unserer Partei zugesprochen werden. Die Kommission konnte sich mit dieser Frage nicht beschäftigen, weil sie nicht in ihre Kompetenz fällt. Es geht auch nicht an, daß knapp vor den Wahlen solche Vorschläge erstattet werden. Wir schlagen daher allen Genossen aus jenen Ländern den legalen Weg vor. Es bleibt ihnen aber unbenommen, bei einem kommenden Parteitag den Antrag in vor-

geschriebener Frist zu teilen so daß dann die gesamte Parteiöffentlichkeit zu diesem Verlangen Stellung nehmen kann.

Abgeordneter **Pongratz** stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Wahl mittels Akklamation vorzunehmen.

Abgeordneter **Seitz** macht darauf aufmerksam, daß eine Trennung der Wahlliste des Vorstandes und der engeren Kontrolle nicht möglich ist, weil bei einer Stimmenzersplitterung das Skrutinium zu kompliziert wäre.

Vorsitzender **Pernerstorfer**: Der Widerspruch eines einzigen genügt, um die Abstimmung über den von Pongratz gestellten geschäftsordnungsmäßigen Antrag zu verhindern.

Abgeordneter **David**: Es geht nicht, mittels Akklamation zu wählen, wenn man vor ein paar Minuten ein Statut angenommen hat, das die Abstimmung durch Listen obligatorisch festgelegt hat.

**Hackenberg** (Gmünd): Die Wahlen können heute nicht vorgenommen werden, wenn David seinen Protest aufrecht erhalte.

Abgeordneter **Seliger**: Ich beantrage, die Wahlen morgen vorzunehmen, und zwar mittels neuen Stimmzetteln.

Der Parteitag bestimmt, daß die Wahlen in der folgenden Sitzung vorgenommen werden sollen.

# Vierter Verhandlungstag.

Vorsitzender: Tomschik.

## Bericht über die Gemeindevertreterkonferenz.

Referent **Winarsky**: Wie Ihnen bekannt ist, ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Gemeindevertreter nicht leicht. Sehr oft wird auch innerhalb der Partei die Arbeit in den Gemeindevertretungen unterschätzt. Es ist aber gewiß, daß wir im Interesse des Proletariats in den Gemeindestuben eine ganz außerordentliche Tätigkeit entfalten können. Nun sind die Gemeindevertreter schon wiederholt darangegangen, eine Verbindung untereinander zu schaffen. Der wichtigste Versuch war die Konferenz, die im Jahre 1909 in Reichenberg tagte; aber auch diese Konferenz hat nicht das Ergebnis zutage gefördert, das wir gewünscht hätten. Eine ganze Reihe von Umständen hemmt es, einen dauernden Verband der Gemeindevertreter zu schaffen. Solange aber eine Verbindung nicht existiert, ist jeder Gemeindevertreter in einer schwierigen Lage, in einer viel schwierigeren als in Deutschland. Dort gibt es eine reichhaltige sozialdemokratische Literatur über die Gemeindepolitik, vor allem eine Sammlung der vortrefflichen Broschüren, die in der Buchhandlung „Vorwärts" erschienen sind, und dann eine Reihe von großen Werken, voran die verdienstlichen Bücher des Genossen Lindemann und ferner eine reichhaltige Wochenschrift. So haben die Gemeindevertreter eine Reihe von Fingerzeigen und sie kommen selten in Gefahr, eine Entscheidung fällen zu müssen, für die nicht schon vorgesehen wäre. In Oesterreich gibt es keine sozialdemokratische kommunale Literatur. Die Schriften, die in Deutschland erscheinen, können nicht immer auch hier verwendet werden; wohl sind die Grundlagen der Politik die gleichen, aber die gesetzlichen Voraussetzungen sind verschieden. Ebenso steht es mit der „Zeitschrift für Kommunalpolitik". Sie kann uns nicht helfen, denn wir haben hier nicht nur eine andere Gesetzgebung als in Deutschland, auch in den einzelnen Ländern sind die Gemeindeordnung und die Gemeindewahlordnung verschieden. In Oesterreich ist nun die große Mehrzahl sozialdemokratischer Gemeindevertreter in kleinen und kleinsten Orten gewählt. Von den zirka 1500 entfallen zwei Drittel auf Deutschböhmen, aber dort haben wir in keiner einzigen größeren Stadt einen Gemeinderat, nur in den kleinen Städten und in den Industriedörfern. In manchen Orten

haben wir nicht nur den dritten, sondern auch den zweiten Wahlkörper, also die Mehrheit und darum gibt es eine Reihe von sozialdemokratischen Gemeindevorstehern. Aber alle diese Gemeindefunktionäre sind vollkommen von einander isoliert und nicht imstande, einander zu unterstützen.

So ist es dazu gekommen, daß auf der Reichenberger Konferenz drei wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Der erste war, daß eine Zentralstelle für Gemeindepolitik geschaffen werde. Bei dem Mangel an Mitteln konnte nichts geschehen, als daß die sozialdemokratischen Gemeinderäte Wiens mit der Erledigung der Korrespondenz betraut wurden. Der zweite Beschluß ging auf Schaffung eines Kommunalprogramms für das ganze Reich. Mit den Vorarbeiten wurden ebenfalls die Wiener Gemeinderäte betraut. Der dritte und wichtigste Beschluß war, ein Korrespondenzblatt für die sozialdemokratische Gemeindepolitik zu schaffen. Ausgeführt ist bisher kein einziger dieser Beschlüsse. Es wurde allerdings bekanntgegeben, daß eine Zentralstelle für Gemeindepolitik existiere; aber da eine Organisation nicht vorhanden ist, beschränkt sich die Tätigkeit auf die Erledigung von Anfragen. Auch das Programm konnte bisher nicht ausgearbeitet werden, weil die Verhältnisse in den kleinen und kleinsten Gemeinden, für die das Programm in erster Reihe nötig ist, nur dann gut sein können, wenn eine dauernde Verbindung der Gemeindevertreter bereits existieren wird. Für die Vertreter in den großen Städten ist ein solches Programm nicht notwendig, weil sie im Wiener Kommunalprogramm vom Jahre 1895 eine Richtschnur für ihre Tätigkeit haben. Für die großen und mittleren Städte haben wir bestimmte Forderungen aufgestellt, die erfüllbar sind. Aber in den kleinsten Gemeinden fehlt die notwendige Unterlage.

Immer dringender wird in den verschiedensten Orten der Wunsch nach Herausgabe eines sozialdemokratischen Gemeindeorgans geäußert. In allen Konferenzen wird immer wieder der Beschluß gefaßt, man solle dem Beschluß der Reichenberger Gemeindevertreterkonferenz, ein eigenes Organ herauszugeben, Rechnung tragen. Auch in dieser Hinsicht war es nicht möglich, durch lange Zeit dem Bedürfnis zu entsprechen. Endlich sind wir aber doch in der Lage, diese Wünsche der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Erfüllung näherzubringen. Sie haben in den Mappen eine Probenummer einer sozialdemokratischen Gemeindevertreterzeitschrift erhalten, die von der Redaktion des „Kampf" hergestellt worden ist. Diese Probenummer soll alle Vierteljahre als Beilage des „Kampf" im Umfang eines Bogens erscheinen. Gewiß ist das, was in dieser Probenummer enthalten ist, ganz außerordentlich interessant und belehrend für jeden einzelnen Gemeindevertreter, und es ist ein Blatt, das gewiß sehr wünschenswert ist im Interesse der sozialdemokratischen Gemeindevertretungen. Nun ist aber das Bedenken von vornherein aufgetaucht, ob eine Beilage zum „Kampf", die nicht anders als mit dem „Kampf" erhältlich wäre und den einzelnen verpflichten würde, auch Abnehmer des „Kampf" zu sein, und die außerdem nur vierteljährlich erscheinen würde, geeignet wäre, den Wünschen und Bedürfnissen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu entsprechen. Wir haben uns verpflichtet gefühlt, die sozialdemokratischen Gemeindevertreter selbst über diese Angelegenheit zu befragen, und so hat vorgestern eine Besprechung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter stattgefunden, in der vor allem die Frage der Herausgabe eines eigenen Organs beraten wurde. Leider war das Lokal nicht so lange zur Verfügung, um eine vollkommen eingehende Diskussion darüber durchführen zu können. Es wurde aber der einmütige Wunsch nach der Schaffung eines Organs für sozialdemokratische Gemeindepolitik ausgesprochen, und zwar nach einem selbständigen Organ, das wenigstens einmal im Monat erscheint. Von dieser Konferenz habe ich den Auftrag erhalten, Ihnen folgenden Antrag vorzulegen:

In Anerkennung der Notwendigkeit, für die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Oesterreichs eine dauernde Verbindung zu schaffen, beschließt der Parteitag, dem Wunsche der Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter

Rechnung zu tragen, und beauftragt die Parteivertretung, für die sofortige Schaffung eines regelmäßig monatlich erscheinenden Korrespondenzorgans für sozialdemokratische Gemeindepolitik die notwendigen Verfügungen zu treffen. Die Wiener sozialdemokratischen Gemeinderäte werden beauftragt, als der Gesamtheit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Oesterreichs verantwortliche Preßkommission zu fungieren und das Korrespondenzblatt als Herausgeber zu zeichnen.

Wenn Sie diesen Antrag prinzipiell gutheißen und annehmen, so werden Sie der sozialdemokratischen Gemeindepolitik einen außerordentlichen Dienst leisten. Nach den Berechnungen, die vorliegen, ist es zweifellos ohne besonderes finanzielles Risiko möglich, eine selbständige Monatsschrift herauszugeben, die einen Bogen Umfang hat. Sie kann zu einem Preise an die Abonnenten abgegeben werden, der es auch den sozialdemokratischen Gemeindevertretern in den kleinen Gemeinden ermöglicht, Abonnenten zu sein. Es ist ja sicher, daß wir auch eine größere Zahl von anderen Leuten als Abonnenten gewinnen können und gewinnen werden, von Leuten, die keine Vertreter in einer Gemeinde sind, die sich aber für diese Probleme interessieren. Es ist außerdem sicher, daß wir dadurch eine dauernde Verbindung unter den sozialdemokratischen Gemeindevertretern werden schaffen können, da dieses Organ der Mittelpunkt für die sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden wird. Das ist das Wichtigste bei der Sache. Es ist kaum zu erwarten, daß bei einer nur vierteljährlich erscheinenden Beilage sich eine derartige Verbindung und Korrespondenz unter den Gemeindevertretern entwickeln könnte. Dazu ist der Zeitraum zwischen den einzelnen Nummern viel zu groß. Eine vierteljährlich erscheinende Beilage kann nicht alles unterbringen, was den Bedürfnissen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter entspricht. Mit der Herausgabe eines selbständigen Organs würden drei Aufgaben erfüllt werden. Erstens das Blatt würde selbst vorhanden sein und der Verständigung über sozialdemokratische Gemeindepolitik dienen. Zweitens würde eine rege Korrespondenz unter den Vertretern möglich sein und Raum geschaffen sein für gegenseitige Anregung. Drittens würde durch die Schaffung dieses Blattes ein Mittelpunkt geschaffen sein für alle Bestrebungen sozialdemokratischer Gemeindepolitik und dadurch der Anfang gegeben sein zu einer Organisierung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, die bis jetzt nicht durchgeführt werden konnte. Es ist klar, daß dieses Blatt nur dann Erfolg haben und seine Aufgaben erfüllen kann, wenn die sozialdemokratischen Organisationen, insbesondere die Bezirks- und Landesorganisationen, ihm eine entsprechende Unterstützung zuteil werden lassen. Diese Unterstützung darf nicht nur darin bestehen, daß auch die Organisationen Abnehmer dieses Blattes werden, soweit sie mit Bestrebungen in der Gemeinde im Zusammenhang stehen, sondern vor allem darin, daß in jenen Gemeinden, in denen sozialdemokratische Vertreter, die von ihrer Funktion ja nur Ausgaben und keine Einnahmen haben, vorhanden sind, auch in die Lage versetzt werden, das Blatt zu beziehen, wenn sie selbst nicht die notwendigen Mittel haben, um Abonnenten zu werden. In solchen Fällen muß die Organisation das Blatt für sie abonnieren. Das ist im Interesse der Organisation selbst gelegen, weil durch das Blatt ein ständiger Beirat für die Arbeit in der Gemeinde geschaffen werden soll. Das gilt besonders für die Genossen in der Provinz, die schon oft geklagt haben, daß ihre Vertreter in der Gemeinde in vielen Fällen eine den sozialdemokratischen Grundsätzen nicht entsprechende Politik gemacht haben. Das wird besser werden, wenn den betreffenden Gemeindevertretern ein solches sozialdemokratisches Gemeindeorgan in die Hand gegeben wird. Weiter aber ist es notwendig, daß die sozialdemokratischen Gemeindevertreter unterstützt werden in der Richtung, daß die Bezirks- und Landesorganisationen es als ihre Aufgabe ansehen, in regelmäßigen Zwischenräumen alle sozialdemokratischen Gemeindevertreter ihres Gebietes zu Regionalkonferenzen zusammenzurufen, darin zu referieren und Beschlüsse zu fassen. So kann

die Grundlage geschaffen werden zur Organisierung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Wenn dieses Blatt eine Zeitlang existiert, wenn es befruchtend wirkt auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter an den verschiedenen Orten, wenn diese vorbereitende Arbeit in den Regionalkonferenzen geleistet worden ist, dann wird es schließlich notwendig sein, die sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu einer Reichskonferenz zusammenzurufen und ein sozialdemokratisches Kommunalprogramm auszuarbeiten, wie es der Beschluß der ersten Gemeindevertreterkonferenz in Reichenberg fordert. Alle diese Probleme müssen gelöst werden, wenn wir wollen, daß in den Gemeindestuben gute proletarische Politik gemacht werden soll. Sie alle hängen auf das innigste zusammen mit dem Vorschlag, endlich ein selbständiges Organ für sozialdemokratische Gemeindepolitik zu schaffen. Ich bitte Sie daher, den Antrag, den ich Ihnen vorgelegt habe, anzunehmen. Wenn dann die Parteivertretung an seine Ausführung geht, dann werden wir eine gute Vorarbeit für die Tätigkeit in der Gemeinde geleistet haben und die Arbeiterklasse wird die Früchte dessen ernten, wozu wir heute den Samen ausstreuen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Braun**: Die Redaktion des „Kampf" kann vielleicht das Verdienst in Anspruch nehmen, daß sie die Durchführung der Reichenberger Beschlüsse über Gemeindeangelegenheiten einigermaßen in Fluß gebracht hat. Wir haben durch eine Probenummer den Versuch gemacht, das, was von den Beschlüssen der Reichenberger Konferenz am leichtesten zu erfüllen war, ins Leben zu rufen. Wir haben dabei auf die Tatsache Rücksicht genommen, daß bisher kein Organ zur Erörterung der Gemeindeangelegenheiten bestand und weniger besser ist als nichts. Wir haben weiter die Parteifinanzen berücksichtigt, und den starken Gründungseifer, der vielfach in unserer Partei herrscht, in langsamere Bahnen zu führen versucht. Unser Vorschlag hat nicht den Beifall der Konferenz der Gemeindevertreter gefunden, und nach der Erfahrung, daß zwölf Butterbrote besser sind als vier, hat sich die Gemeindevertreterkonferenz für zwölf Butterbrote erklärt, ohne zu fragen, wo sie herkommen sollen (Heiterkeit). Den Absichten der Gemeindevertreterkonferenz, in der die vor allem zu berücksichtigenden kleinen und kleinsten Gemeinden nicht vertreten waren, wünscht die Redaktion des „Kampf" nicht im Wege zu stehen. Wir wünschen nur, daß die Partei keine Enttäuschung erlebe und daß alle die großen Hoffnungen, die uns Genosse Winarsky in seiner Rede vorgeführt hat, erfüllt werden mögen. Wir glauben nicht gerade, daß es gut sein kann, das neue Blatt unter dem Gesichtswinkel der Wiener Gemeindepolitik zu redigieren. Die Redaktion des „Kampf" begnügt sich damit, daß ihre Anregung zur Gründung eines Gemeindeblattes geführt hat.

Abgeordneter **Neumann**: Wenn wir mit dem Vorschlag an den Parteitag herangetreten sind, ein eigenes Korrespondenzblatt herauszugeben, das monatlich erscheinen soll, so geschah das deshalb, weil es notwendig ist, daß durch ein solches Blatt eine umfangreichere Korrespondenz mit den Mitgliedern der Gemeindevertretung hergestellt wird. Wenn die Gemeindezeitung als Beiblatt des „Kampf" erschiene, so erscheine sie nur vierteljährlich und erfüllte diesen Zweck ganz und gar nicht. Es hat sich ergeben, daß eine größere Korrespondenz zur Verbindung der Mitglieder der Gemeindevertretungen dringend notwendig ist und gepflegt werden muß. Das Wort vom Gründungsfieber ist für das Blatt der Gemeindevertreter gänzlich unzutreffend. Denn das Blatt ist schon längst notwendig und es wird schon lange davon gesprochen, daß ein solches herausgegeben werde. Sein Erscheinen ist nur immer hinausgeschoben worden. Was die Fundierung des Blattes anlangt, so ist bei einigem guten Willen der Bezirks- und der Landesvertretungen ein finanzielles Fiasko nicht zu erwarten. An die kleinen Gemeinden treten eine Reihe von Fragen heran, die in einem solchen Korrespondenzblatt erörtert werden müssen. Ich mache da auf die Frage der Assanierung aufmerksam. In kleinen Gemeinden

wird diese Frage von unseren Vertretern manchmal ganz eigentümlich aufgefaßt. Es werden da in allererster Linie die finanziellen Rücksichten als das Wichtigste betrachtet, und wenn zum Beispiel eine Wasserleitung in einer Gemeinde zu beschließen ist, so kommt es vor, daß sozialdemokratische Gemeindevertreter aus Gründen der materiellen Belastung der Gemeindebewohner gegen die Wasserleitung sprechen. Wir können solche Dinge nicht unerörtert lassen. Dazu soll das Korrespondenzblatt dienen. Deshalb bitte ich Sie um die Annahme des Antrages der Gemeindevertreter; ferner bitte ich, daß die Bezirks- und Landesvertretungen in der Tat auch für die Fundierung des Blattes Sorge tragen mögen. Die Kosten sind nicht so groß und es wird sich im wesentlichen darum handeln, daß die Bezirks- und Landesvertretungen dieses Korrespondenzblatt für die Vertreter kleinerer Gemeinden abonnieren.

Der Antrag der Gemeindevertreterkonferenz wird angenommen.

Es folgt nun die

## Wahl der Parteivertretung.

Die Wahl der Parteivertretung und der Parteikontrolle wurde mit Stimmzetteln vorgenommen.

Es wurden gewählt:

In den Parteivorstand: Dr. Viktor Adler (196 Stimmen), Dr. Wilhelm Ellenbogen (196 Stimmen), Engelbert Pernerstorfer (196 Stimmen), Adelheid Popp (195 Stimmen), Jakob Reumann (196 Stimmen), Anton Schrammel (195 Stimmen), Karl Seitz (196 Stimmen), Franz Schuhmeier (191 Stimmen), Ferdinand Skaret (196 Stimmen), Josef Tomschik (195 Stimmen).

In die Parteikontrolle wurden gewählt: Heinrich Beer mit 196 Stimmen, Laurenz Widholz mit 191, Ludwig Czech (Brünn) mit 191, Martin Dimnig (Klagenfurt) mit 191, Josef Gruber (Linz) mit 191, Hans Jokl (Troppau), Robert Preußler (Salzburg), Hans Resel (Graz), Anton Schäfer (Reichenberg), Josef Seliger (Teplitz) mit je 190 Stimmen. Sechs Stimmen waren zersplittert.

## Die Bedrohung des Koalitionsrechts.

Referent **Beer**: Seit der Erringung des allgemeinen Wahlrechtes vollzieht sich in Oesterreich eine unausgesetzte Verschärfung der Klassengegensätze und immer deutlicher tritt in Erscheinung, daß die Unternehmer dank ihren Organisationen den allergrößten Einfluß auf die Entschließungen des Parlaments suchen, weit mehr jedoch noch auf die Verwaltungsbehörden. Wir haben ja in Oesterreich nie Ursache gehabt, darüber zu klagen, daß uns die Regierung entgegenkommend behandelt hätte, und am allerwenigsten haben die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter hiezu Anlaß. Aber in den jüngsten Zeiten wird es immer offenkundiger, daß der Einfluß der Unternehmerorganisationen im Wachsen ist, daß er sich von Tag zu Tag zusehends steigert, und der sinnfälligste Ausdruck dieser Zustände ist der vollständige Stillstand unserer ganzen sozialreformatorischen Gesetzgebung. Es kommt aber weit mehr als sonstwo gerade im Budget des österreichischen Staates der Klassencharakter dieses Staates zum Ausdruck und ich glaube, es kann nur nützlich sein, einmal wirklich aufzuzeigen, in welch unverantwortlicher und ungenügender Weise Parlament und Regierung für die Sozialpolitik Sorge tragen; aufzuzeigen, wie absolut wenig von den ungeheuer großen Summen, die der österreichischen Bevölkerung erpreßt werden, für wirklich sozialpolitische Zwecke aufgewendet werden. Es sind wiederholt statistische Aufnahmen vorgenommen worden, aber sie alle leiden, meines Erachtens nach, an einem großen Fehler, daß sie nämlich unter Sozialpolitik eine Reihe von Dingen verstehen, die mit Sozialpolitik im allgemeinen überhaupt nichts zu tun haben. Und so ist man zu

den Ziffern von 15 und 16 Millionen Kronen gekommen, wiewohl das gewerbliche Bildungswesen allein ein Budget von rund 13½ Millionen Kronen erfordert. Ich habe eingehende Untersuchungen für eine Reihe von Jahren angestellt und bin zu folgenden Ergebnissen gekommen: Im Jahre 1900 wurden für rein soziale Lasten nicht mehr als 582.210 Kr. aufgewendet. Dieser Betrag stieg im Jahre 1912 bis zur Summe von 3,063.560 Kr., wobei ich jedoch bemerken muß, daß fast die Hälfte dieser Summe auf die Wohnungsfürsorge entfällt, die ja eigentlich auch keine ausschließliche Arbeitersache ist. Alles in allem beträgt die Summe, die sich im österreichischen Budget für soziale Lasten auftreiben läßt, neun Hundertstel eines Prozents. Nicht einmal ein Zehntel eines Prozents wurde für rein sozialpolitische Zwecke aufgewendet. Es kommt jedoch noch hinzu, daß selbst auch dieser Pappenstiel den österreichischen Unternehmern als zu groß erscheint. Die Unternehmer klagen nun unausgesetzt über die großen Lasten und weisen mit Unrecht darauf hin, daß die österreichische Industrie infolge dieser Lasten nicht konkurrenzfähig sei. Aber ich glaube, es läßt sich ziffermäßig nachweisen, daß in Deutschland und England die sozialen Lasten ungleich größer sind als bei uns in Oesterreich, wiewohl die deutschen Arbeiter wahrlich keinen Grund zum Jauchzen haben. In Oesterreich werden für Armenlasten, für Unfall- und Haftpflichtversicherung zusammen in einem Jahre 220 Millionen Kronen aufgewendet, das sind auf den Kopf der Bevölkerung Kr. 7·90. In Deutschland werden für dieselben Zwecke 1120 Millionen Kronen aufgewendet, das sind per Kopf der Bevölkerung Kr. 17·53. England aber wendet für diese Zwecke 1228 Millionen, das sind auf den Kopf der Bevölkerung Kr. 27·48. Es ist also unrichtig, daß die sozialen Lasten die Industrie unterbinden und die Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen. Ich habe es für zweckmäßig gehalten, diese Gegenüberstellung zu machen, und will nun auf das eigentliche Thema eingehen.

Nicht genug, daß auf sozialpolitischem Gebiet in den letzten Jahren fast gar nichts geschieht und leider wenig Aussicht vorhanden ist, daß es in absehbarer Zeit besser werde, sehen wir noch anderes sich vorbereiten. Die österreichische Regierung steht ganz im Banne der österreichischen Unternehmerorganisationen. Kein die Verhältnisse Kennender kann bestreiten, daß im Handelsministerium das Departement, dem die Aufgabe zufällt, für die Förderung der Industrie zu sorgen, seine Mission in dem Sinne auffaßt, die Arbeiter zu hemmen und zu schädigen. Man stellt sich in Oesterreich unter Förderung der Industrie die Behinderung des sozialen Aufstieges der Arbeiter vor. So wird das fünfte Departement des Handelsministeriums zum offenkundigen Ratgeber aller Unternehmerorganisationen bei den Angriffen auf das Koalitionsrecht. Es ist das Departement des Sektionschefs Brosche und seiner Departementskollegen, die diese Richtung in die Unternehmerorganisation, ich will nicht sagen, daß sie sie hineingetragen, sie aber jedenfalls befestigen, die den Unternehmern die verhängnisvollsten Ratschläge geben. Diese Sektion steht hilfsbereit, wenn es sich darum handelt, Angriffe auf das Koalitionsrecht zu formulieren und die entsprechende Propaganda dafür zu bereiten. Anderseits sehen wir die sozialpolitische Sektion, deren Aufgabe es wäre, den Aktionen gegen die Arbeiter entgegenzuwirken, und deren Pflicht es ist, den sozialpolitischen Fortschritt vorzubereiten, in einem tiefen, schweren Schlafe. Die Herren in dieser Sektion haben nichts zu tun und auch nicht den Ehrgeiz, etwas zu leisten. Wir sehen, daß diese Sektion alle Aktionen der sozialdemokratischen Abgeordneten beeinträchtigt, daß sie insbesondere im Wege steht, wenn notwendige Gesetze für die Arbeiterschaft zu schaffen wären.

Auch im Justizministerium gibt es eine Sektion — sie steht unter der Führung des Sektionschefs Schauer — die auf dem Gebiet der Gerichtspraxis durch offene Beeinflussung die Gerichte wesentlich mit dazu beiträgt, daß in der letzten Zeit eine Reihe von geradezu haarsträubenden Entscheidungen erflossen ist, die geeignet sind, das Koalitionsrecht auf das schwerste zu bedrohen. Der Oberste Gerichtshof hat an einem Tag entschie-

den, daß schwarze Listen verwerflich seien und der Unternehmer, der sie verschickt, ersatzpflichtig sei. Aber bald darauf hat er eine gegenteilige Entscheidung gefällt, sie als ein erlaubtes Mittel im sozialen Kampfe erklärt. Arbeiter werden wegen Erpressung angeklagt und verurteilt, die nichts getan haben als ihre Pflicht gegen sich und ihre Kollegen, indem sie einen anderen Arbeiter aufmerksam machten, es sei seine Pflicht, der Organisation beizutreten. Unternehmer aber, die den Hinauswurf androhen für den Fall, daß der Arbeiter nicht aus der Organisation austritt oder wenn er in sie eintritt, werden niemals angeklagt. Und in einem Ehrenbeleidigungsprozeß wurde der sozialdemokratische Redakteur verurteilt, der eine solche Tat eines Unternehmers mit den richtigen Worten bezeichnet hat, denn das Gericht hat ausgesprochen, der Unternehmer begehe da keine Erpressung. Ich meine, die Unternehmer verkennen die Situation vollständig und die ihnen willfährigen Verwaltungsbehörden verkennen sie noch weit mehr. Die Arbeiter können sich doch unter noch so fürchterlichen Androhungen von Gewalt das Koalitionsrecht unter keiner Bedingung nehmen lassen und ich spreche es aus, daß wir dieses Recht ungleich höher werten als irgendein anderes, denn es ist die Grundlage des sozialen Kampfes überhaupt. Heute ist es so und es wird, wenn sich die Arbeiterschaft nicht mit aller Entschiedenheit wehrt, immer mehr so werden, daß die Arbeiter wohl das Koalitionsrecht haben, wenn sie es jedoch gebrauchen, eingesperrt werden. Die Unternehmer tun von ihrem Standpunkt aus nicht klug daran, die Sache so zu übertreiben. Auf einer Seite wollen sie die gesetzliche Regelung des Kollektivvertrages; sie wünschen die Haftbarmachung der Gewerkschaften für die Einhaltung, und auf der anderen Seite wollen sie nicht zugeben, daß die Arbeiter auch dafür sorgen, daß die Arbeiter der Organisation angehören können, die den Vertrag schließen soll. Ich glaube, daß die Arbeiter, so sehr die Verfolgungen zugenommen haben, keinen Grund haben, sich einschüchtern zu lassen, sondern mit aller Energie diese Angriffe zurückweisen müssen, und daß vor allem eine entschiedene Aktion begonnen werden muß, um endlich die Ausübung des Koalitionsrechtes vollständig sicherzustellen.

Wir sehen aber auch noch eine neue Erscheinung, die, bisher wenigstens, so unverhüllt, offenkundig, so schamlos frei nie auf den Markt getreten ist. Wir sehen die direkte Beeinflussung der Gerichte durch die Unternehmerorganisationen, und bei den engen Beziehungen, die die Gerichtsvorsitzenden, die Bezirksrichter draußen in der Provinz, oftmals mit dem Fabrikantenklüngel haben, kommen wir zu den schauerlichsten Urteilen. Ich glaube nicht, daß es an sich schrecklicher ist, ob einer drei oder vier Tage bekommt oder drei oder vier Monate, als wenn einer unschuldigerweise auch nur einen einzigen Tag eingesperrt wird. (Sehr richtig.) Wir sehen die unerhörtesten Beeinflussungen. Ich muß auf einen Fall hinweisen, der sich vor nicht allzu langer Zeit in St. Pölten ereignet hat. Da kommt vor der Verhandlung zu dem Vizepräsidenten des dortigen Gerichtes Babitsch der Sekretär der Unternehmerorganisation, um ihn „aufzuklären" oder, besser gesagt, zu instruieren. Ja, wer ist denn eigentlich so ein Unternehmersekretär, daß er ungerufen zum Vizepräsidenten des St. Pöltener Kreisgerichtes geht, um ihm Informationen zu geben? Mit welchem Recht darf dieser Mann in einer ihn persönlich gar nicht berührenden Sache im Bureau des Vizepräsidenten des Kreisgerichtes erscheinen, um ihn zu „informieren?" Aehnliche Fälle liegen vielfach auch anderswo vor; freilich werden diese Tatsachen selten bekannt. Aber wir wissen, daß die Beeinflussung der Gerichte vor sich geht, denn in den Urteilsbegründungen finden wir Argumente, die von den Scharfmacherorganisationen geliefert wurden und nur von ihnen geliefert werden konnten. Wir sehen auf allen Gebieten ein systematisches Vordringen der Unternehmerorganisationen, denen die Verwaltungsbehörden und die Regierung absolut willfährig sind.

Ich gebe freimütig zu, daß es einmal auch vorkommt, daß ein Streikbrecher geprügelt wird. Ich gebe freiwillig zu, daß dies, wenn auch in sel-

tenen Fällen, vorkommt. (Zwischenrufe: Umgekehrt ist es die Regel!) Allein es muß der Regierung doch bekannt sein, mindestens ihren Bezirkshauptleuten und Verwaltungsbeamten, daß in der letzten Zeit Unternehmer die Streikbrecher systematisch bewaffnen, mit Revolvern bewaffnen, mit Eisenprügeln, die sie in ihrer eigenen Werkstätte herstellen und den Streikbrechern zur Verfügung stellen. Da wären natürlich die Arbeiter dumm, wenn sie dies wissen, sich nicht mit entsprechender Rücksichtslosigkeit zur Wehr zu setzen. (Sehr richtig!) So hat es sich ereignet, daß in Wels die Streikbrecher vom Unternehmer Revolver ausgefaßt haben. Wir haben beim Bezirkshauptmann die Anzeige erstattet. Es wurde festgestellt, daß es so ist, und doch ist absolut nichts geschehen, um diesem Unfug ein Ende zu bereiten. In Wels waren es die Streikbrecher, die provoziert haben (So ist es!), und doch hat man sich dann auf die Zeugnisse der Streikbrecher berufen, um ein Verbot des Streikbrecherpostens zu erlassen. (Sehr richtig!) Es scheint, daß dies sehr erwünschte „Unzukömmlichkeiten" sind, die die Unternehmer heraufbeschwören, damit die Verwaltungsbehörden scheinbar das Recht zum Einschreiten haben. (So ist es!) So steht es überall. In Eger hat sich in letzter Zeit folgender Fall ereignet: Es ist absolut nichts geschehen, was dem dortigen Polizeikommissär Müller auch nur den Schein eines Rechtes gegeben hätte, gegen die Streikposten vorzugehen. Aber das hat den Herrn nicht beirrt. Er hat einfach schlankweg das Streikpostenstehen verboten. Freilich, wenn man einen deutschnationalen Bürgermeister zum Chef hat, dann braucht man nicht zu fürchten, daß man zur Verantwortung gezogen wird. Ich spreche da aus Erfahrung. Ich habe einmal in Böhmen in einem kleinen Orte interveniert. Ich habe gesagt, ich würde mich beim Ministerium beschweren, und ich bekam von dem betreffenden Herrn zur Antwort: „Ich will ja nicht Hofrat werden, mich kümmert der Minister gar nichts, mir hat nur der Bürgermeister zu befehlen." (Heiterkeit. Rufe: Hört! Hört!) Und so könnte ich Ihnen noch eine Reihe von Vorfällen der empörendsten Art schildern und Ihnen so den zwingenden Beweis liefern, daß wir es hier mit einem wohlvorbedachten konzentrischen Angriff der Verwaltungsbehörden, der gesamten Unternehmerorganisationen und nicht zuletzt auch der Regierung zu tun haben, um den Arbeitern das Streikrecht zu nehmen. Man traut sich nicht, wie es doch männlicher wäre, eine offene Schlacht anzubieten, man traut sich nicht, offen durch ein Gesetz vorzugehen, weil man sehr wohl weiß, daß selbst dieses Parlament nicht imstande wäre, ein derartiges Gesetz zustande zu bringen. (Sehr richtig!) Nicht vielleicht, weil die Herren den Willen dazu nicht hätten; aber wir können beruhigt sein, die Bäume dieser Herren werden nicht in den Himmel wachsen, und ein Angriff auf das Koalitionsrecht durch ein offenes Gesetz bedeutet den Krieg für die Arbeiterschaft auf der ganzen Linie. (Stürmischer Beifall.)

Weil man nicht den Mut gehabt hat, ein Ausnahmsgesetz zu schaffen, deswegen sucht man auf Schleichwegen feig und hinterrücks der Arbeiterschaft das Recht zu rauben. Aber ich glaube, nicht nur der Parteitag darf an diesen Dingen nicht vorübergehen, es muß der ganzen Oeffentlichkeit klargemacht werden, daß wir uns einer schweren Verfehlung schuldig machen würden, wenn wir dieses langsam schleichende und langsam fressende Gift länger dulden würden. Vielleicht haben wir schon zu lange zugesehen und nichts ist in Oesterreich gefährlicher als ein Präjudiz. Da beruft sich eine Behörde auf die andere und wir sehen jetzt, wie diese Erlässe der Bezirkshauptmannschaften von St. Pölten und Wels die Runde machen durch ganz Oesterreich. Bei jedem Streik sehen wir dieselbe Erscheinung, bei jedem Streik stoßen wir beinahe wörtlich auf denselben Erlaß, bei jedem Streik dieselben Schikanen, dieselben Drangsalierungen, dieselben brutalen Verfolgungen und, was das Unerhörteste ist: die Herren scheuen selbst davor nicht zurück, die Leute, gegen die nichts Gesetzwidriges vorliegt, in Untersuchungshaft zu nehmen, um sie kirrezumachen, um sie einzuschüchtern und dann nach ein paar Tagen freizulassen. Diese Erfahrung macht man nun

allenthalben in Oesterreich: brutale Unterdrückung, Trangsalierung, Einschüchterung. So ist die Ansicht richtig, daß wir es mit einem konzentrischen Angriff zu tun haben auf das Recht der Arbeiter, auf die Gewerkschaften und auf das Koalitionsrecht.

Wir sahen in den letzten Jahren eine weitere neue Erscheinung. Das Streikpostenstehen ist in keinem Gesetz verboten, und da es nicht verboten ist, ist es selbstverständlich erlaubt. In keinem Gesetz findet sich ein Anhaltspunkt, der den Behörden gestatten würde, Streikposten, die ruhig ihrer Pflicht nachkommen, zu entfernen. Wir können auch darauf hinweisen, daß der Minister Bienerth im Jahre 1908 ausdrücklich eine solche Erklärung im Budgetausschuß und in einer Interpellationsbeantwortung im Abgeordnetenhause abgegeben hat. Aber ein Minister ist nur in Wien mächtig. Je weiter weg von Wien, um so geringer wird sein Einfluß, und wenn es sich um die autonome Verwaltung, um einen deutschnationalen Bürgermeister handelt, hat der Minister überhaupt nichts zu reden, wenn es diesem Bürgermeister gefällt, seiner Arbeiterfeindlichkeit die Zügel schießen zu lassen. Aber auch die staatlichen Behörden kümmern sich nicht um die Erklärungen der Minister. In der letzten Zeit haben die Bezirkshauptmannschaften von Wels und St. Pölten Streikpostenverbote erlassen. In dem St. Pöltener Verbot steckt das Zugeständnis, daß nicht der entfernteste Anlaß zu ihm gegeben war. Es wird nämlich darin von Unzukömmlichkeiten geredet; aber das Gesetz kennt keine Unzukömmlichkeiten, es kennt nur Gesetzesübertretungen. Zufolge unserer Intervention ist dieses Verbot nach schwerer Mühe aufgehoben worden. Es sind dabei große Schwierigkeiten zu überwinden. Wenn man zum Minister kommt, gibt er die Antwort, er müsse sich erst informieren. Man führt die Tatsachen an, die Beweise, aber er muß sich erst informieren. Die Information bleibt uns, und fast schaut es so aus, als wünsche man das Ausbleiben. Aber selbst wenn sie eintrifft, wird Abhilfe nur in den seltensten Fällen geschaffen, obwohl Uebergriffe nicht selten vorkommen.

Aber ich sehe mich bemüßigt, auch noch auf eine andere Gefahr hinzuweisen. So oft von einer Reform des Strafgesetzes die Rede ist, hören wir auch von der absoluten Notwendigkeit, das Koalitionsrecht zu reformieren. Schon als im Jahre 1889 Justizminister Schönborn im Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf bezüglich der Strafgesetzreform vorlegte, brachte der Entwurf die unerhörtesten Verschlechterungen, die unglaublichsten und unmöglichsten Dinge. Das Gesetz wurde nicht fertig, genau so, wie seither das Gesetz vom Jahre 1891 nicht zustande kam. Aber so oft ein neuer Strafgesetzentwurf dem Hause unterbreitet wird, finden wir die unerhörtesten, die gröbsten und brutalsten Verschlechterungen gerade bei den Bestimmungen vorbereitet, die den sozialen Kampf der Arbeiter ermöglichen sollen. Auch der jetzige Gesetzentwurf, der dem Herrenhause unterbreitet worden ist, enthält eine Reihe von sehr ernsthaften und sehr ernst zu nehmenden Verschlechterungen des Koalitionsrechtes, insbesondere aller Arbeiter, die im Staatsdienst stehen, der Eisenbahner u. s. w. Ich lenke die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die Tatsache und wir dürfen wohl alle die Hoffnung aussprechen, daß unsere Fraktion mit gebührendem Ernst und mit gebührender Rücksichtslosigkeit alles im Parlament tun wird, um das Zustandekommen dieser Verschlechterung auf jeden Fall zu verhindern.

Nun noch von zwei Dingen. Ueber die schamlose Einrichtung des Arbeitsbuches ist wiederholt gesprochen worden, sowohl im Parlament als auf Kongressen, und einmütig ist die organisierte Arbeiterschaft der Auffassung, daß diese Einrichtung längst reif zum Falle sei. Unsere Fraktion im Parlament hat diesbezüglich Anträge eingebracht und die Regierung will sich, wie es scheint, nicht ganz ablehnend verhalten. Aber die Sache geht nicht vom Fleck, und bei der bekannten Unaufrichtigkeit der österreichischen Regierungen ist eher anzunehmen, daß sie die Arbeitsbücher wünschen, weil

die Unternehmerorganisationen das größte Gewicht darauf legen. Aber ich muß darauf hinweisen, daß das Arbeitsbuch die Möglichkeit schafft zu unerhörten Verfolgungen der Arbeiter durch geheime Zeichen. Dazu bietet das Arbeitsbuch die beste Handhabe, und das Brutale an der Sache ist, daß der Arbeiter gezwungen ist, dieses Buch dem Unternehmer selbst in die Hand zu drücken, dieses ihn stigmatisierende Buch von Fabriktor zu Fabriktor zu tragen, ohne zu wissen, warum er nicht aufgenommen wird trotz einer guten Konjunktur. Durch einen Zufall kommt er darauf, ein Werkführer lächelt ihm höhnisch zu und nun sieht er die geheimen Zeichen im Buche: ein stark geführter Buchstabe, ein Lateinbuchstabe in Kurrentschrift, eine Klammer oder sonst ein unscheinbares Zeichen spricht ihm das Hungerurteil. Schon aus dem Grunde allein muß das Arbeitsbuch beseitigt werden, weil es den Unternehmern die Möglichkeit bietet, die Arbeiter mit Hilfe einer gesetzlichen Einrichtung zu stigmatisieren und zu brutalisieren. Aber ich glaube auch aus einem anderen Grunde. Warum sollen die Arbeiter Oesterreichs schlechter daran sein als die Arbeiter anderer, freilich etwas fortgeschritteneren Staaten? Wenn die deutsche Industrie ohne Arbeitsbuch bestehen kann, dann kann auch die österreichische Industrie ohne Arbeitsbuch bestehen. Vielleicht darf ich darauf verweisen, daß die Unternehmer mit ihren scharfmacherischen Tendenzen nicht mehr verzichten wollen auf das Arbeitsbuch, aber der Präsident der österreichischen Industriellen, Herr Vetter, hat selbst im Arbeitsbeirat bei Besprechung und Beratung der Regiebauten der Eisenbahnen der Abschaffung des Arbeitsbuches beigestimmt. Daraus geht klar und deutlich hervor, daß das Arbeitsbuch keine Notwendigkeit für die österreichische Industrie bedeutet, denn so gut die österreichische Regierung das Interesse der österreichischen Industrie wahrt, so gut wahrt es mindestens auch der Präsident der österreichischen Industriellen.

Aber wir sehen auch eine andere Sache, die in der letzten Zeit die Arbeiter mit großem Recht beunruhigt: die ungeheure Brutalität, daß der Kontraktbruch, von Arbeitern verübt, mit Haft bestraft wird, daß der Arbeiter überdies verpflichtet werden kann zur vollen Schadenersatzleistung und außerdem noch durch die Gerichte belangt werden kann, in den Betrieb zurückzukehren und dort die Arbeit fertigzustellen. (Hört! Hört!) Eine Einrichtung, die einzig und allein in Oesterreich existiert. Während der Unternehmer bei Kontraktbruch nur zum Schadenersatz verpflichtet werden kann, daß er den Arbeiter für die vereinbarte Kündigungsfrist zu entschädigen hat, kann der Arbeiter verhalten werden, die Arbeiter fertigzustellen, kann eingesperrt und zum Schadenersatz verurteilt werden. Vergessen Sie nicht, Parteigenossen, daß es sich hiebei unter Umständen um Hunderte, vielleicht um Tausende Kronen handeln kann, wie etwa in den komplizierten Arbeiten in der Maschinenindustrie und in der Elektrotechnik, zumal da auch die Lieferungen vielfach von bestimmten Terminen abhängen. Es ist ein Unrecht, das hier gesetzlich verübt wird. Wir müssen unsere Anstrengungen deshalb verdoppeln, um diese Ungeheuerlichkeit aus der Gewerbeordnung zu beseitigen.

Und nun ein letztes Wort bezüglich der Werkswohnungen. Vielleicht befinde ich mich mit einzelnen unter Ihnen in Widerspruch, wenn ich glaube, daß solche Einrichtungen nicht dem sozialen Sinne der Unternehmer entsprungen sind. Gewiß will ich nicht generaliter ein Urteil abgeben. Es muß Rücksicht genommen werden auf alle Umstände. Ausgeschaltet müssen die Nebenabsichten der Unternehmer werden. Manche Werkswohnung ist unter geregelten Umständen einer dumpfen, feuchten und teuren Wohnung, die der Arbeiter gerade in Industriegegenden häufig zu nehmen gezwungen ist, vorzuziehen. Aber allein aus diesen Absichten bauen die Unternehmer die Werkswohnungen nicht. Der Bau der Werkswohnungen entspringt vielmehr der Tendenz, die Wohlfahrtsfessel stärker zu schnüren und aus der Wohlfahrt eine Sklaverei zu machen. Nicht mit Unrecht hat man das Wort von der Wohlfahrtssklaverei geprägt. Wir sehen auch in der Tat, daß diese

Werkswohnungen im sozialen Kampfe eine Waffe gegen die Arbeiter sind. Wir finden immer wieder Delogierungen gerade in dem Augenblick, wo der Arbeiter um ein größeres Stück Brot in den Streik tritt. Ich glaube, ruhig sagen zu können, daß die Unternehmer mit großem Raffinement hier ihre Macht spielen lassen und bei Streiks gerade die an Zahl reichsten Familien delogieren, um auf die Streikenden einen Druck auszuüben. Deshalb haben wir auch das allergrößte Interesse, daß die Bemühungen unserer Fraktion auf diesem Gebiet von Erfolg begleitet sind. Es sind wiederholt Gesetzentwürfe eingebracht worden. Wir stehen in Unterhandlung, aber die Unternehmer stemmen sich dagegen, daß die Arbeiter im Augenblick eines Streiks überhaupt nicht aus der Werkswohnung entfernt werden können. Die jetzt geltenden Bestimmungen müssen je eher je besser beseitigt werden. Ein Mietvertrag, wonach im Streik überhaupt nicht gekündigt werden darf, wie er im sozialdemokratischen Antrag vorliegt, muß zustande kommen. Ich habe mich auf diese Darstellung beschränkt, in der Voraussetzung, daß Ihnen aus der Praxis Fälle zur Genüge bekannt sind. Was ich wünsche, ist, in Ihnen die Ueberzeugung lebendig zu machen, daß die Arbeiter alles Interesse daran haben, den Bemühungen nach der Verschlechterung des Koalitionsrechtes in aller Entschiedenheit zu begegnen; ebenso den Bemühungen der Gerichte, die Arbeiter wegen Erpressung anzuklagen und zu verurteilen. Es kann nicht unterschätzt werden, daß ein Stück des sozialen Aufstieges der Arbeiterklasse vor allem davon abhängt, ob die Arbeiter nicht nur das Recht auf Koalition erhalten, sondern auch die praktische Betätigung dieses Rechtes sich ermöglichen. Wir haben nichts von den liberalsten Gesetzen, wenn in feiger und hinterlistiger Weise den Gesetzen eine Auslegung gegeben wird, die sie in ihr striktes Gegenteil verkehrt.

Es ist im Laufe der Debatte bei einem früheren Punkte darauf hingewiesen worden, und ich glaube mit Unrecht, daß die Gewerkschaft die Partei nicht in ausreichendem Maße unterstützt. Ich glaube, daß dieses Urteil getrübt ist durch nicht hinreichende Sachkenntnis. Die Gewerkschaft und die Partei sind zwei Bewegungen, die nebeneinander bestehen, doch nach einem und demselben Ziele ringen. Zwei Bewegungen, die sich unterscheiden durch ihre Arbeitsmethoden und ihre Arbeitsmittel, die sich aber nicht unterscheiden durch ihre Zwecke. Wir wünschen, mit der Partei im besten Einvernehmen zu stehen, und stehen mit ihr im besten Einvernehmen; gemeinsam führen wir den Kampf gegen jede schamlose Rechtsbeugung, die in der letzten Zeit sich da und dort ereignet hat, gegen alle jene Verschlechterungen, die in der Verwaltungspraxis eingeführt werden. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Ihnen vorliegende Resolution anzunehmen, zugleich aber auch hinter ihr zu stehen mit allem Nachdruck und in der Ueberzeugung, daß wir diesen Kampf auskämpfen müssen, koste es, was es wolle, um das Koalitionsrecht den arbeitenden Klassen zu sichern und sie in den ungestörten Besitz dieses Rechtes zu setzen. (Stürmischer Beifall.)

## Das Parlament und der Arbeiterschutz.

Referent Dr. **Bauer**: Als im Jahre 1882 das Wahlrecht der Fünfguldenmänner eingeführt wurde, drückte sich diese Aenderung der politischen Machtverhältnisse bald im Inhalt und Geiste unserer Gesetzgebung aus. Die nächste Folge war die Gewerbeordnung von 1883, die dem Zünftlertum Ausdruck gibt, den Befähigungsnachweis und die Zwangsgenossenschaften einführt, also der politische Machtausdruck der Klasse des kleinen Mannes war, der sich durch die Wahlreform ein Stück politischer Macht erobert hatte. Nach diesem Beispiel möchte man erwarten, daß die Wahlreform von 1907, die das allgemeine und gleiche Wahlrecht einführte, gleiche Wirkung auf unsere Gesetzgebung haben werde, daß nunmehr in höherem Maße Rücksicht genommen werden würde auf die Bedürfnisse der Arbeiter. Wenn

Sie aber betrachten, was seit dem Jahre 1907 auf dem Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung geleistet wurde, müssen Sie zugeben, daß diese Erwartungen getäuscht wurden. Es ist sehr wenig, was seit dem Jahre 1907 geschaffen wurde, und die Aufzählung allein ist schon eine schärfere Anklage gegen das Parlament und die bürgerlichen Parteien, gegen das Herrenhaus und die Regierung, als es die stärksten Worte sein können.

Im ganzen wurden drei Gesetze zum Schutze der Industriearbeiter geschaffen: das Gesetz über die Nachtarbeit der Frauen, das Gesetz über das Verbot der Verwendung des weißen Phosphors und das über die Unfallversicherung im Baugewerbe. Es sind durchweg kleine Gesetze, jedes bezieht sich nur auf einen kleinen Teil der Arbeiterschaft, aber nicht eines der Gesetze ist hervorgegangen aus der Initiative der Regierung oder einer bürgerlichen Partei. Das Gesetz über die Nachtarbeit der Frauen, das nur unwesentliche Verbesserungen brachte, ist die Folge einer internationalen Vereinbarung, von der sich die österreichische Regierung nicht ausschließen konnte. Das Gesetz über das Verbot des weißen Phosphors entsprang einem Initiativantrag der Abgeordneten Schrammel und Adler und das über die Unfallversicherung im Baugewerbe ist ebenfalls die Folge eines Antrages der sozialdemokratischen Abgeordneten. Das ist alles, was für den Arbeiterschutz in der Industrie geschehen ist.

Ganz ebenso erging es den Bergarbeitern. Für sie sind zwei Gesetze geschaffen worden: das über die Nachtarbeit der Frauen und das über die wöchentliche Lohnzahlung. Es waren das zwei kleine, längst fällige Gesetze, die auch nur bescheidene Reformen bringen. Aber wieder ist nicht eines davon der Initiative der Regierung zuzuschreiben. Das Gesetz über die Nachtarbeit der Frauen im Bergbau ist die Folge einer internationalen Vereinbarung und das über die Lohnzahlung im Bergbau wurde beschlossen auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages, den die Abgeordneten Cingr, Seliger und Reger gestellt hatten. Bis es beschlossen wurde, gab es lange, durch Jahre hingezogene Verhandlungen. Im Herrenhause ging es schließlich doch durch, weil damals zufällig die große Welle des Bergarbeiterstreiks durch Europa ging, die in dem großen englischen Bergarbeiterstreik ihren Ausgang hatte.

Etwas mehr ist für die Arbeiter des Handelsgewerbes erreicht worden: das Handlungsgehilfengesetz und das sogenannte Ladenschlußgesetz, die gegenüber unseren Forderungen weit zurückbleiben, aber trotzdem einen nicht unwesentlichen Fortschritt der Gesetzgebung darstellen, insofern nur die Vollmachten, die den politischen Behörden darin erteilt werden, auch wirklich gehandhabt werden. Daß dies bisher nicht der Fall ist, zeigt der Kampf um die Sieben Uhr-Sperre. Die Behörden meinen, es genüge, daß das Gesetz im Reichsgesetzblatt steht, es sei aber nicht notwendig, es wirklich ins Leben umzusetzen. Das ist aber auch alles, was auf diesem Gebiet erlangt wurde. Weil ich nicht unbillig sein will, will ich auch anführen, was auf dem Verordnungsweg geschehen ist: eine Erweiterung der Gewerbeinspektion, eine Reihe von Verordnungen über den Schutz gegen die Bleikrankheiten in einigen Berufen und die Arbeitspausen in den ununterbrochenen Betrieben. Mehr kann ich nicht anführen. Die Submissionsverordnung des Handelsministers Weiskirchner kann ich nicht in den Arbeiterschutz einreihen, denn an die Arbeiter hat der Herr Minister vergessen. Die Ausgestaltung der Gewerbeinspektion ist in anderen Ländern eine Sorge der Regierung, bei uns konnte sie erst durchgesetzt werden durch eine Reihe von parlamentarischen Aktionen, durch das Interesse, das besonders Genosse Adler dafür hat. Die Verordnung über die Sonntagsruhe und die Arbeitspausen in den kontinuierlichen Betrieben ist eine sehr unzulängliche Abschlagszahlung der Regierung auf unsere Anträge, die den Achtstundentag zum Ziele hatten. Die Regierung hat sie nur erlassen, weil sie meinte,

unseren Antrag damit zurückzuschieben. Es bedarf keiner Ausführung, daß die Verordnungen bei weitem nicht genügen. Aber wir könnten diese zwei Verordnungen immerhin als einen bescheidenen Fortschritt für einige Industriezweige anführen, wenn wir sicher wären, daß sie auch wirklich energisch durchgesetzt werden. Gerade die Betriebe mit kontinuierlichem Betrieb gehören den mächtigsten Kapitalisten, die den größten kapitalistischen Einfluß haben, und darum wird es hier besonderer Aufmerksamkeit der Gewerkschaften und der Gewerbeinspektion bedürfen, damit diese Verordnungen durchgeführt werden. Nun bin ich mit der Aufzählung fertig, mehr haben wir nicht erreicht. Man muß nicht einen sozialdemokratischen Maßstab anlegen, man muß nur vergleichen, was seit 1907 in anderen Ländern geschehen ist, in denen auch die bürgerlichen Parteien die Mehrheit haben und die Regierung auch die Exekutive der herrschenden Klassen ist, man muß nur sehen, was in Deutschland oder in den Niederlanden geschehen ist — von England will ich gar nicht reden, das seit 1906 in der Sozialpolitik einen verhältnismäßig raschen Fortschritt gemacht hat — und man muß sagen: nahezu gar nichts, beschämend wenig ist es, so daß wir weniger gar nicht hätten bekommen können.

Nun muß ich ja zugestehen, daß die Verantwortung dafür nicht restlos auf das Abgeordnetenhaus fällt. Es ist kein Zweifel, daß die größten Hindernisse vor allem im Herrenhaus liegen. Wir haben die Wahlreform sehr teuer erkaufen müssen. Um sie durchzusetzen, mußte den Herrenhäuslern zugestanden werden, daß mehr als 170 ernannte Mitglieder nicht sein dürfen, daß sie also vor einem Pairsschub gesichert sind. Obwohl von diesem Mittel in Oesterreich nie Gebrauch gemacht worden ist und der Schutz nur eine theoretische Sicherung der Herrenhäusler ist, hat er genügt, das Selbstbewußtsein des Herrenhauses zu steigern. Es gibt kein Gebiet, auf dem das Herrenhaus nicht eine Fessel des Fortschrittes wäre. Wir sehen das bei der Steuergesetzgebung, bei der Dienstpragmatik, bei der Teuerung, bei der Sozialversicherung: in jeder Sache steht das Herrenhaus den Wünschen der breiten Massen feindlich gegenüber. Am deutlichsten aber zeigt sich das auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes. Selbst die wenigen Gesetze, die fertig wurden, wurden teils verschleppt, teils wesentlich verschlechtert, sogar das dürftige Gesetz über die Nachtarbeit der Frauen war im Herrenhaus schwer durchzusetzen, obwohl es auf einer internationalen Vereinbarung beruht. Sie erinnern sich, daß das Herrenhaus das Ladenschlußgesetz verschlechtert hat, indem es die Ausnahme für die Kurorte gemacht hat, damit die Herrenhäusler in den Kurorten auch am Abend ihre Krawatten einkaufen können. Das ist ja jetzt ein wichtiger Gesichtspunkt für die Sozialpolitik! Das Handlungsgehilfengesetz wurde vom Herrenhause verschlechtert, indem es die Lehrlinge ausgenommen und die Bestimmungen über die Konkurrenzklausel und den Urlaub wesentlich verschlechtert hat.

Aber mit Verschlechterungen begnügt man sich nicht mehr. Man läßt die Gesetze einfach liegen. Während das Herrenhaus so umfangreiche Gesetze wie die Wehrvorlagen in einer einzigen Sitzung angenommen hat, kommen die sozialpolitischen Gesetze in eine eigene Kommission, werden hier lange beraten, und wenn sie dann wieder ins Plenum kommen, werden sie an die Kommission zurückgewiesen, wie man es an dem Steuergesetz für die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften gesehen hat, oder ein solches Gesetz kommt überhaupt nicht zur Verhandlung im Plenum. Das Gesetz über den Kontraktbruch ist nicht einmal, sondern dreimal im Abgeordnetenhaus beschlossen worden, nicht mit Mehrheit, sondern einstimmig. Trotzdem hat das Herrenhaus noch keine Zeit gehabt, es zu erledigen, obwohl es doch nichts anderes ist als eine Verbeugung vor der formalen Rechtsgleichheit zwischen Unternehmer und Arbeiter. Die kleinen Gesetze über die Unfall- und Krankenversicherung der in der Seeschiffahrt und Seefischerei Beschäftigten liegen noch

immer im Herrenhaus, kein Mensch weiß, warum es sie noch nicht erledigt hat. Wenn Sie aber die ganze Arbeiterfeindlichkeit des Herrenhauses, besonders der Clique auf der Linken, die fast ausnahmslos ein persönliches Interesse an der Ausbeutung der Arbeiter hat und der man die Führung in sozialpolitischen Dingen ausnahmslos überlassen hat, kennen lernen wollen, dann empfehle ich Ihnen, sich mit dem Verhalten des Herrenhauses zum § 74 der Gewerbeordnung zu beschäftigen. Dieser Paragraph bestimmt heute, daß die Unternehmer verpflichtet sind, bezüglich der Arbeitsräume, der Maschinen und der Werkgerätschaften alle Vorkehrungen zum Schutz der Arbeiter zu treffen. Wie es in der Praxis damit steht, braucht man nicht zu erzählen, die Unfallstatistik sagt uns, wie es mit dem Schutz der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter beschaffen ist. Der Paragraph hat nun die Lücke, daß er nur Arbeitsräume, Maschinen und Werkgerätschaften erwähnt. Das genügt aber nicht, man muß auch andere Vorkehrungen treffen können, so zum Beispiel den Unternehmer verpflichten können, den Arbeitern bei einer gefährlichen Arbeit Schutzbrillen beizustellen. Heute können die Unternehmer dagegen den Einwand machen, die Regierung habe kein Recht zu solchen Forderungen, Schutzbrillen seien nicht Maschinen oder Werkgerätschaften. Um diese Lücke auszufüllen, sagt die Novelle — ausnahmsweise ein Regierungsvorschlag — der Unternehmer müsse alle sanitären Vorkehrungen treffen, die zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter erforderlich sind. Das ist nichts als die Legalisierung dessen, was man schon früher hat praktisch machen müssen. Darüber nun ein Sturm bei den Unternehmern! Sie erklären den neuen Paragraphen als einen furchtbaren Anschlag auf die Lebensmöglichkeit der österreichischen Industrie. Sie schreien, erworbene Rechte dürfen nicht angetastet werden! Weiskirchner war Handelsminister, also war die Folge des Unternehmergeschreies das sofortige Zurückweichen der Regierung. Sie verschlechtert also das Gesetz dahin, daß die Vorschriften nur erlassen werden können, insofern dadurch die durch den Betriebskonsens erworbenen Rechte der Unternehmer nicht geschmälert werden. Wir wehren uns dagegen mit allen Kräften. Abgeordneter Volkert nannte das Zurückweichen die Statuierung des „erworbenen Rechtes auf Arbeitermord" und dem Abgeordneten Seitz gelang es, durchzusetzen, daß wenigstens bei Umbauten den Unternehmern Aenderungen sollen aufgetragen werden. So wurde im Ausschuß der Paragraph in der Fassung des § 120 der deutschen Gewerbeordnung angenommen. Im Plenum fallen aber die bürgerlichen Parteien wieder um, es wird der Weiskirchnersche Text wiederhergestellt und das Gesetz wird schon damit wesentlich entwertet. Unsere Genossen mußten sich die Frage vorlegen, ob man für dieses seltsame Arbeiterschutzgesetz überhaupt noch stimmen könne. Wenn unsere Abgeordneten trotzdem dafür gestimmt haben, so deshalb, weil es in anderen Punkten wohl nichts Neues bringt, aber doch wenigstens die Möglichkeit, etwas zu verordnen. Das Gesetz bestimmt nämlich auch, daß in einzelnen Betrieben, wo eine besonders große Gefahr für die Gesundheit der Arbeiter besteht, ein Maximalarbeitstag vorgeschrieben werden kann. Zum Beispiel in der chemischen Industrie. Dieser sanitäre Maximalarbeitstag wird nicht etwa unmittelbar durch das Gesetz vorgeschrieben, sondern es wird darin gesagt, daß er nur verordnet werden kann auf Beschluß des Ministerrates — dem Handelsminister allein darf man natürlich so etwas nicht anvertrauen: Herr Schuster-Bonnot steht offenbar im Verdacht, daß er gar zu energisch gegen die Unternehmer vorgehen könnte — nachdem man vorher die Handelskammern, die Gewerbegenossenschaften und alle möglichen Unternehmervereine befragt. Außerdem ist es unseren Abgeordneten im Parlament gelungen, noch einige kleine Verbesserungen hineinzubringen. Die Regierung bekommt zum Beispiel das Recht, den Unternehmern dort, wo es sich um besonders gefährliche Arbeiten handelt, vorzuschreiben, die Arbeiter periodisch ärztlich untersuchen zu lassen. Das

sind Verbesserungen, die freilich nichts anderes sind als Vollmachten an die Regierung. Wegen dieser kleinen Verbesserungen müßten wir das Gesetz annehmen und dafür stimmen. Und nun kommt das Herrenhaus und hat Bedenken, daß dieses Gesetz eine Gefahr sein könnte für die österreichische Industrie! Ich habe Ihnen das etwas ausführlicher erzählt, damit Sie sehen, welche Borniertheit in diesen Bedenken steckt. (Sehr richtig!) Diese Bedenken, daß eine solche Regierung von ihrer Vollmacht Gebrauch machen könnte! Diese Furcht vor dem sozialpolitischen Radikalismus einer österreichischen Regierung! (Gelächter.) Selbst bei Herren, die ein persönliches Profitinteresse haben, wie jene Herren in der Herrenhauskommission, sind solche Bedenken doch ein bißchen übertrieben. Wie engherzig das ist, sehen Sie daraus, daß die Vollmachten, die bei uns dem Handelsminister, teilweise dem Ministerrat gegeben sind, in der deutschen Reichsgewerbeordnung eingeräumt sind, nicht etwa dem Bundesrat, sondern jeder gewöhnlichen Polizeibehörde.

Das Herrenhaus läßt sich sehr imponieren von Petitionen. Es brauchen nur ein paar Dutzend Gewerbegenossenschaften von Herrn Braß vorgedruckte Petitionen einzubringen, so ist dies für das Herrenhaus Grund genug, sich vor dem in den Zünftlern verkörperten Volkswillen zu beugen. Wenn die Herren Herrenhäusler vor Petitionen einen solchen Respekt haben, petitionieren können wir auch. Wir können dazu auch andere Formen wählen als Unterschriften auf Papier; wir könnten uns auch einmal persönlich zeigen. (Sehr richtig!)

Für so wichtig ich es halte, dieses Treiben der Herrenhäusler an den Pranger zu stellen und auch auf jene Leute hinzuweisen, die dort keine persönlichen Interessen vertreten und durch ihre soziale Stellung und ihren Beruf verpflichtet erscheinen, doch eine andere Haltung einzunehmen als die Herren Janotta, Krupp u. s. w. — es gibt ja, um nur ein Beispiel zu erwähnen, auch Kirchenfürsten dort, die beim Eucharistischen Kongreß für das „irdische und himmlische Brot der Arbeiter" so schöne Worte hatten und nun im Herrenhaus bei allen sozialpolitischen Verhandlungen schweigen — so wollen wir doch nicht vergessen, daß die Grundlage zu diesem Treiben nicht im Herrenhaus allein liegt, sondern auch in den sehr merkwürdigen Beziehungen zwischen Herrenhaus und Abgeordnetenhaus. Es ist bekannt, daß gerade die Linke des Herrenhauses in sehr intimen Beziehungen zum Deutschen Nationalverband im Abgeordnetenhaus steht, daß an den Sitzungen des Nationalverbandes Vertreter der Herrenhauslinken teilnehmen. Wir müssen uns fragen, wie es denn kommt, daß die Herren Nationalverbändler für ein Arbeiterschutzgesetz stimmen und dann ihre Freunde auf der Linken des Herrenhauses die Annahme desselben Gesetzes verhindern. Wir müssen uns fragen, ob da nicht planmäßig von den Herren vorgegangen wird. (Zwischenrufe: Abgekartetes Spiel!)

Die Bedingungen für die Arbeiterschutzgesetzgebung haben sich wesentlich verändert. Vor allem ist das Verhalten der Regierung zu kennzeichnen. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Regierung so gut wie gar keine Arbeiterschutzgesetzentwürfe vorlegt. Wie sieht es nun aus, wenn sie einmal gezwungen ist, zu unseren Vorschlägen und Anträgen Stellung zu nehmen? In anderen Ländern erhebt sich in einem solchen Fall der Minister und sagt: „Die Regierung ist dafür" oder „sie ist dagegen". Wie aber sieht das bei uns aus? Da erklärt der Regierungsvertreter, die Sache habe einen berechtigten Kern, es sei klar, daß man sich damit einmal beschäftigen müsse, aber sie sei noch nicht ganz reif und es müßten vorher noch Vorerhebungen gepflogen werden. (Heiterkeit.) Es gehe nicht an, das Arbeitsbuch aufrechtzuerhalten, es müsse abgeschafft werden; aber es müsse dafür ein anderes Legitimationspapier eingeführt werden; das müsse sich die Regierung erst genau überlegen und das Zweckmäßige aus-

sindig machen. Auch die Herabsetzung des Normalarbeitstages, dessen Länge im Jahre 1885 bestimmt worden war, sei nicht sofort möglich, es müßten erst Studien gemacht werden. Das alles geschieht nur, damit unsere Anträge nicht angenommen werden, und der Regierung fällt es natürlich gar nicht ein, wirklich Studien zu machen und eine andere Vorlage zu unterbreiten. Die „Studien" haben schon ihre Schuldigkeit getan, wenn unser Antrag abgelehnt ist, und sie werden dann gar nicht aufgenommen. Es ist kein Nein und kein Ja, das man von der Regierung erhält. Immer nur dasselbe: „Ich werde mir die Sache überlegen."

Zu dieser Verschleppungstaktik hat die Regierung noch ein eigenes Instrument im Arbeitsbeirat. Das ist so echt österreichisch, daß eine Körperschaft, die zur Förderung, Erleichterung der sachlichen Durchberatung sozialpolitischer Gesetzentwürfe eingesetzt wurde, nichts anderes geworden ist als ein Verschleppungsmittel. Natürlich, wenn man von der Regierung etwas will, zum Beispiel die Unfallversicherung für die Bergarbeiter, dann ist es sehr bequem, darauf zu sagen: „Wir, die Regierung, sind ja fertig, aber wir müssen erst den Arbeitsbeirat und den Industriebeirat befragen." Bis das erreicht ist, wird im Parlament schon eine Situation eingetreten sein, die das Gesetz unerreichbar macht! Welchen Zweck sonst als die Verschleppung hat dieser Arbeitsbeirat? Vor allem ist da zu sehen, daß nach seiner neuen Konstituierung nicht einmal noch alle Ausschüsse eingesetzt sind! Aber welchen Wert haben seine Arbeiten? Wir haben es beim Bäckerschutzgesetz gesehen. Nachdem die Industriellen mit uns im Arbeitsbeirat für die Bäcker Beschlüsse gefaßt hatten, entrüsteten sie sich dann im Industriebeirat über diese Beschlüsse! Das gibt also ein hübsches Verdünnungssystem. Zuerst kommt unser Antrag. Wir verlangen selbstverständlich schon selber in ihm nicht unser Endziel, weil wir ja einsehen, daß das noch nicht zu erreichen ist. Wir selber verlangen nur das Mögliche. Dann kommt der Arbeitsbeirat; dort wird schon die Hälfte gestrichen. Dann kommt die Regierungsvorlage, die die andere Hälfte streicht, so daß schließlich nichts übrig bleibt als der bisherige Zustand, und das kommt ins Parlament. Und jetzt kommen die Gewerbegenossenschaften vom ganzen Reiche und schreien: „Das darf nicht angenommen werden, das ist gegen das Gewerbe, das ruiniert das Gewerbe!" Das ist die Geschichte des Bäckerschutzgesetzes!

Aber neben der Regierung und dem Herrenhause haben wir auch die bürgerlichen Parteien. Es hat eine Zeit gegeben, wo man den Widerstand der Großindustriellen und Großkapitalisten gegen den Arbeiterschutz brechen konnte mit Hilfe der Feudalen und der Zünftler. Das war, als die Feudalen mit dem „mobilen Kapital" noch im Kampfe lagen und den Arbeiterschutz wenigstens für die Industriearbeiter bewilligten — die Landarbeiter nahmen sie vom Arbeiterschutz aus, denn sie waren nur für den Arbeiterschutz der Arbeiter der anderen. (Heiterkeit.) Heute hat sich das gründlich geändert. Man braucht nur irgendeine Verhandlung des Sozialpolitischen Ausschusses zu betrachten, um zu sehen, daß die Agrarier und die Zünftler ebenso Feinde des Arbeiterschutzes sind wie das Großkapital selbst. Die Parteien der kleinen Bauern und kleinen Gewerbetreibenden finden sich durch die Bande des Unternehmerinteresses eng verbunden den Rothschild, Schoeller und Gutmann. Die Landflucht hat ja gezeigt, daß die Regelung der Arbeiterverhältnisse der Industrie auch Einfluß übt auf den Arbeitsmarkt des Landes. So steht uns jetzt gegenüber Großkapital, Agrariertum und Zünftlertum vereint, ein Bund aller bürgerlichen Parteien. Es ist bezeichnend, daß der Achtstundentag in den Eisenwerken nicht nur bekämpft wird von Herrn Licht, der Herrn Schuster das Mandat verdankt und bei dem man es für begreiflich findet, daß er für das Großkapital eintritt, sondern daß er auch bekämpft wird von den Vertretern kleiner Leute, von den Goll und Wohlmeyer, die mit dem Hinweis, daß irgendein kleiner Kalkofen den Achtstundentag nicht aushalten könnte, verhindern, daß Rothschild und Gutmann den Achtstundentag geben müssen. Wir

haben also einen Ring aller bürgerlichen Parteien gegen den Arbeiterschutz und sehen sie mit ähnlichen Mitteln wie die Regierung hantieren. Wir haben zum Beispiel den Antrag gestellt, für alle Gewerbebetriebe den zehnstündigen Maximalarbeitstag einzuführen — wahrlich bescheiden genug! — da trat der Vertreter der bürgerlichen Mehrheit, Abgeordneter Freißler, auf, um diesen Antrag zu bekämpfen. Das ist begreiflich, er ist Unternehmervertreter. Aber nun kommt die Schwierigkeit für ihn: er ist auch von Arbeitern gewählt. Wie hilft er sich also? Er sagt in seinem Bericht, man könnte den Zehnstundentag vielleicht in Großbetrieben einführen, aber nicht in einem kleinen Betrieb, oder er wäre vielleicht für Arbeiterinnen möglich, aber noch nicht für Arbeiter. Stellt er also Abänderungsanträge zu unserem Gesetzentwurf? Nein! Er beantragt, das Ganze abzulehnen und den Arbeitern statt eines Gesetzes eine wertlose Resolution zu geben!

Es ist ganz klar, daß wir weder von der Regierung noch von irgendeiner bürgerlichen Partei im Kampfe für die Arbeiterschutzbestimmungen Unterstützung erwarten dürfen. Deshalb müssen wir mit allen Mitteln dafür Sorge tragen, daß den Herren gezeigt wird, daß die breiten Massen ihr Spiel durchschauen. Wir werden Arbeiterschutz nur bekommen, wenn die Herren sehen, daß sie nicht anders können, daß ihre Mandate gefährdet sind. Jeder dieser Berichte, wie ihn der Herr Freißler erstattet hat, müßte von uns in den einzelnen Wahlbezirken als Propagandastoff benützt werden. Auf diesem Gebiet haben wir zu wenig geleistet. Es gibt Branchen, die ihren Kampf für Arbeiterschutzforderungen mit musterhafter Planmäßigkeit und Schlagfertigkeit führen, wie zum Beispiel die Bäcker. Aber im allgemeinen nützen wir die sozialpolitischen Vorgänge draußen in den Wählerversammlungen und auch in unserer Presse noch nicht genügend aus. Die Sozialpolitik muß zum wichtigen Gegenstand unserer Agitation werden, vielleicht auch einmal zum Gegenstand von Massenversammlungen. Dann werden wir die Denkfaulheit breiter Massen in dieser Beziehung beseitigen und dadurch den bürgerlichen Parteien das zweideutige Spiel mit der Sozialpolitik erschweren.

Wir warten auf wichtige sozialpolitische Reformen schon lange genug. Die Sozialversicherung liegt schon seit dem 3. November 1908 als Entwurf vor. Was ist im Ausland inzwischen alles geschehen? Die deutsche Reichsversicherungsordnung ist entstanden. England hat mit seiner Arbeitslosenversicherung ganz neue Bahnen eingeschlagen. Wir aber stehen immer noch dort, wo wir am 3. November 1908 gestanden sind! Natürlich ist in Oesterreich jeder „für die Sozialversicherung!" Aber es handelt sich nicht darum, daß man für irgendeine nebelhafte Sozialversicherung ist, sondern daß man für den bestimmten vorliegenden Sozialversicherungsentwurf sich einsetzt. Wir brauchen hier unsere Forderungen bezüglich dieses Entwurfes nicht zu wiederholen. Wir haben sie schon wiederholt ausgesprochen. Mit der bloßen Veröffentlichung irgendeines Gesetzentwurfes im Reichsgesetzblatt ist niemand gedient. Wir wollen ein gutes, brauchbares, vor allem aber ein durchführbares Gesetz. Ebenso energisch aber, wie wir die Umarbeitung dieses Gesetzentwurfes fordern, ebenso notwendig wäre es, daß man sich doch nicht gar soviel Zeit damit lasse. Das Subkomitee des Versicherungsausschusses ist jetzt mit drei Hauptstücken fertig geworden. Es ist also doch Aussicht vorhanden, daß die Sache endlich vorwärts kommt. Man müßte ja sonst glauben, daß das, was die Herren im Sozialversicherungsausschuß treiben, ein bloßes Gesellschaftsspiel ist.

Nun steht aber mit der Sozialversicherung noch eine Reihe anderer Fragen in Zusammenhang. So die Einrichtung der Bruderladen. Jetzt auch noch die Unfallversicherung für die Bergarbeiter, den ersten Schritt zur Reform der Bruderladen, auf die lange Bank zu schieben und Verhandlungen über den Gegenstand verschleppen zu wollen, ist nicht notwendig. Dann die

eigentlichen Arbeiterschutzbestimmungen im engeren Sinne. Zunächst die Anordnungen über die Arbeitszeit. Eine ganze Reihe von Ländern hat den zehnstündigen Maximalarbeitstag bereits durch das Gesetz verfügt. Frankreich teilweise schon seit 1900, jetzt allgemein für alle gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Unterschied mit Ausnahme der Kleinbetriebe. Ein ähnlicher Entwurf liegt in der Schweiz vor und dringt hoffentlich bald durch. Das kleine Serbien, dem gegenüber Oesterreich gerade jetzt sich als Hüter der Zivilisation aufspielt, hat den gesetzlichen Zehnstundentag für Männer und Frauen. Den gesetzlichen Zehnstundentag für Frauen hat bereits eine ganze Reihe von Ländern, England, Deutschland, die Niederlande, in jüngster Zeit Griechenland. Wir aber in Oesterreich „studieren" noch immer und erforschen noch, ob das möglich ist! Unterschätzen Sie die Bedeutung der Sache nicht! Nach amtlichen Erhebungen hat es im Jahre 1906 immer noch 263.000 Arbeiter und 144.000 Arbeiterinnen in fabrikmäßigen Betrieben mit längerer als zehnstündiger Arbeitszeit gegeben! In der Textilindustrie arbeiteten im Jahre 1908 immer noch mehr als 120.000 Arbeitskräfte länger als zehn Stunden. Namentlich in der Frauenarbeit und dann gar im Kleingewerbe, das überhaupt noch keine Schutzbestimmungen hat, herrscht noch immer nicht einmal der Zehnstundentag! Dann kommt noch hinzu die Ueberstundenarbeit, so daß wir in Oesterreich in Wirklichkeit für einen nicht geringen Teil unserer Industrie und unseres Gewerbes noch nicht einmal den Zehnstundentag haben, während unsere Nachbarländer den Zehnstundentag längst als Maximalarbeitstag festgestellt haben. Man verhandelt heute schon darüber, eine internationale Konvention über den Zehnstundentag zu schaffen. Wollen wir in Oesterreich nicht wenigstens ein Jahr vor der internationalen Konvention das Gesetz über den Zehnstundentag fertigbringen? Dürfen wir nicht einmal um ein Jahr Japan oder Luxemburg zuvorkommen?

Die Industrie, die sich am meisten gegen den Zehnstundentag wehrt, ist die Textilindustrie, sind namentlich die Spinnereien. Und gerade die Spinnereien arbeiten fortwährend mit starken Produktionseinschränkungen, lassen die Arbeit einen Tag in der Woche stehen und dann kommen sie und sagen, die Industrie werde zugrunde gerichtet, wenn man nur zehn Stunden lang arbeitet!

Besondere Regelung bedarf die Arbeitszeit in kontinuierlichen Betrieben. Insbesondere die barbarische Tatsache der Achtzehnstundenschicht beim Schichtwechsel ist etwas, über das wir schon längst hinaus sein könnten. Die Regierung hat die schon erwähnten zwei Verordnungen erlassen, aber gerade für die größten Industriezweige, die eine Belastung am leichtesten ertragen können, gelten sie am allerwenigsten. Für die zollgeschützten, kartellierten Eisenwerke sind sie am unzulänglichsten. Zumindest darüber müssen wir hinaus. Das Nächste, was wir durchsetzen müssen, ist die Beseitigung der Barbarei der achtzehnstündigen Schicht.

Verkürzungen der Arbeitszeit finden den hartnäckigsten Widerstand auch für andere Industriezweige. Ich erinnere noch einmal an das Bäckerschutzgesetz. Die Regierungsvorlage ist so dürftig, daß die meisten Bäckergehilfen gar nichts von ihr hätten, denn sie bleibt weit hinter den Tarifverträgen zurück. Für die große Mehrheit der Bäckergehilfen würde das Gesetz keinen Fortschritt bedeuten, nicht einmal die Legalisierung dessen, was sie schon haben. Trotzdem hören wir wieder ein großes Geschrei, das die Unternehmer ja mit beneidenswerter Dreistigkeit bei jeder sozialpolitischen Sache erheben, trotzdem hören wir das Gerede ungebildeter Dummköpfe bis recht hoch oben hinauf, die sich erdreisten, von einem Brotverteuerungsgesetz zu sprechen, und damit nur beweisen, daß sie von den Grundsätzen der Sozialpolitik und den Lehren über die Preisbildung nicht soviel wissen, als man von einem Studenten bei

der Staatsprüfung fordert. Der Widerstand gegen das Bäckerschutzgesetz ist so albern, daß wir uns hier nicht in die Defensive drängen lassen können. Das wenigste, was wir fordern müssen, ist der Beschluß des Arbeitsbeirates. Er war der Gegenstand eines Kompromisses und enthält das, was auch die Unternehmer als schon heute möglich und durchführbar zugestehen mußten. Davon werden wir uns nicht zurückwerfen lassen. Wenn die Herren Einspinner und Konsorten glauben, daß sie die Beratung verhindern können, daß sie durch parlamentarische Winkelzüge, wie den Einspruch gegen die Zuweisung an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß, die Sache erschweren können, glaube ich nicht, daß sie den rechten Weg gehen. Uns kann es ganz recht sein, daß die Regierungsvorlage nicht dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß zugewiesen wird, denn dann kann dort unser Bäckerschutzgesetz, der Antrag Muchitsch-Silberer, beraten werden, der schon im Ausschuß liegt und keiner Zuweisung mehr bedarf.

Wie lange ist es her, daß man ein Heimarbeitergesetz vorbereitet? Inzwischen hat man ein solches Gesetz überall geschaffen, sehr gute und weitgehende, wie in England, wo einem nicht geringen Teil der Heimarbeiter durch Lohnkommissionen Lohnerhöhungen gesichert wurden, und wo es auch unzulängliche Gesetze sind wie in Deutschland, wenigstens Versuche zur Abhilfe. Bei uns arbeitet man auch; man hat ausgezeichnete Enqueten veranstaltet, riesiges statistisches Material über die Heimarbeit in der Kleider- und Schuhkonfektion angehäuft. Man kann ein großer Gelehrter werden mit dem Material, das die Regierung sammeln läßt, aber eine Vorlage ist noch immer nicht da. Die Regierung „studiert" noch immer, versteht aber noch immer nicht, ein ausländisches Gesetz abzuschreiben, was doch das Ende ihrer Studien sein wird!

Mit Resolutionen und Aufforderungen ist gar nichts getan. Als die Bewegung in den Bergrevieren war, hat das Abgeordnetenhaus ein Mindestlohngesetz für die Bergarbeiter verlangt. Auch bürgerliche Parteien waren dafür; sie haben doch auch Bergarbeiter als Wähler. Damit ist aber die Sache für die Regierung erledigt; ein Beschluß mehr, der Papierkorb ist ja groß. „Wir werden studieren, wir werden erheben, wir werden das Material drucken lassen!" und das dauert bis zum St. Nimmerleinstag. Mit den schönsten und beredtesten Worten fordern unsere Abgeordneten, die Fraktion verwendet auf diese Fragen den größten Eifer, den eindringlichsten Fleiß und die größte taktische Geschicklichkeit; aber auch damit ist nichts zu erreichen. Wir stehen übermächtigen Gegnern gegenüber, die sich gegen den bescheidensten Fortschritt wehren, und dieser Widerstand kann nur gebrochen werden, wenn diese Forderungen lauteren Widerhall in den Massen finden als bisher. Ich weiß, warum das bisher so schwer gegangen ist. Wir mußten von der Teuerung, von den Wehrvorlagen reden, und ich weiß, daß es oft schwer ist, einer Wählerversammlung klarzumachen, worum es sich bei einer solchen Sache handelt. Man kann hier nicht jede Abstimmung über den § 71 zum Gegenstand einer Aktion machen, weil diesen Stoff nicht jeder versteht. Aber ich bin überzeugt, daß wir darüber viel zu wenig geredet haben — draußen in der Oeffentlichkeit, nicht im Parlament — und daß wir nur vorwärtskommen, wenn der Arbeiterschutz der Gegenstand der täglichen politischen Agitation wird, damit die bürgerlichen Parteien, das Herrenhaus und die Regierung sehen, daß sie den Arbeitern Schutzgesetze geben müssen, wenn sie nicht den letzten Arbeiterwähler in unser Lager jagen wollen. Das fürchten sie ja am meisten.

In Deutschland bringt die Regierung die sozialpolitischen Vorlagen ein, die bürgerlichen Parteien machen Vorschläge und unsere Genossen können sich begnügen, sie zu kritisieren. Auf diesem Wege der Kritik treibt man die anderen vorwärts. In Oesterreich kämen wir damit nie zu einem Arbeiterschutzgesetz. Selbst ein so kleines wie der § 71 kann nicht anders

durchgesetzt werden, als daß wir schreien und anklagen die, die es verschleppen wollen, bis wir es nach vieler Mühe erreichen. Wenn man anderswo sagt, die Befreiung der Arbeiterklasse von der Lohnknechtschaft kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, so kann bei uns in Oesterreich auch die kleinste Reform der sozialen Gesetzgebung, auch die geringfügigste Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter nicht anders errungen werden als durch die Kraft der Arbeiterklasse selbst. (Lebhafter Beifall.)

## Die Debatte.

**Mrkwička** (Wien): Der Kampf der Gewerkschaften wird immer schwerer. In der letzten Zeit haben wir Holzarbeiter so manche Erfahrung gemacht, die uns lehrt, uns mit aller Kraft zu wehren und alle Genossen anzurufen, daß sie mitwirken. Die Kraft der Unternehmerorganisation nimmt immer mehr zu und es ist nötig, alle Kräfte anzuspannen, um mit ihr gleichen Schritt zu halten. Wir sehen, daß in die Kämpfe nicht nur die Unternehmer durch ihre Organisation eingreifen, sondern auch Gemeindevorsteher und Bezirkshauptleute; nur eines leisen Winkes der Unternehmer bedarf es, daß sie sich in Bewegung setzen. Im letzten Jahre war in Schwaz ein Lohnkampf der Holzarbeiter. Es handelte sich bloß um eine einzige Werkstätte. Die Arbeiter, die beim Unternehmer Kost und Bett hatten, meinten, der Streik werde leicht zu gewinnen sein, denn die Streikposten werden die Zuziehenden aufmerksam machen, daß in der Werkstätte gestreikt werde. Aber der Unternehmer ging zur Bezirkshauptmannschaft, und die drei „Rädelsführer" wurden ausgewiesen. Natürlich gab es nicht einmal ein Strafverfahren vorher. Alle möglichen Schritte wurden unternommen, daß die Ausweisung aufgehoben werde; aber sie waren vergebens. In Asch hat es bei einem Kampfe der Holzarbeiter mehrere Streikbrecher gegeben. Man hat sie in ihren Wohnungen aufgesucht, um sie zu belehren, was sie damit anstellen. In einem Falle dürfte ein Streikender nicht sehr höflich gewesen sein; die Strafe dafür waren vier Monate schweren Kerkers. Mit welchem Vorurteil man den Streikenden gegenübersteht, erkennen Sie an folgenden gräßlichen Fällen. Heuer standen die Holzarbeiter von Leoben im Kampfe. Es kam ein wandernder Tischlergehilfe hin und kroch in die Scheune eines Bauern. Das erfuhr ein Verwandter des Bauern und im Streite schlug er mit der Mistgabel nach dem Kopfe des Tischlers. Dieser wurde schwer verletzt und starb. Da sich der Täter nicht selbst meldete, wurden vor allem die den Streik führenden Genossen verhaftet, denn man bildete sich ein, daß sie ein Interesse daran hatten, den Zugereisten umzubringen. Ein glücklicher Zufall war es, daß ein Eisenbahner den Streit zwischen dem Verwandten des Bauern und dem Tischler gehört hat. Wäre der Eisenbahner damals nicht vorbeigegangen, hätten die Genossen vielleicht monatelang sitzen können. Gegenwärtig ist in Innsbruck ein Kampf der Holzarbeiter. Da ist nun zufällig der Schuppen eines Tischlermeisters abgebrannt und das erste war es, die Streikenden der Brandlegung zu bezichtigen.

Die Fabrikwohnungen sind ein furchtbares Machtmittel der Unternehmer. In den meisten Fällen gilt die dreitägige Kündigung. Man versucht alle Mittel, aber die Arbeiter müssen doch die Wohnungen räumen. So war es vor acht Jahren in der Standinger Waggonfabrik, wo man die Organisation der Holzarbeiter zertrümmern wollte und 33 Familien hinausgeworfen hat, weil sie der Organisation angehören wollten. Auch heuer haben wir es beim Streik in Neffelsdorf erlebt, welch furchtbarer Druck die Wohnungen für die Arbeiter sind. Wenn es schon notwendig ist, daß Unternehmer Wohnungen bauen, weil sonst die Arbeiter keinen Unterstand hätten, so darf doch das Recht des Arbeiters, für seine Interessen einzutreten, nicht durch die Gefahr des Obdachloswerdens aufgehoben werden. Darum erklären wir, daß die Gewerkschafter mit aller Macht die politische Organisation unterstützen sollen. Der Kampf geht

dahin, dem Arbeiter zu höherer Lebenshaltung zu verhelfen, und er muß mit aller Macht geführt werden.

**Vermann** (Wien): Es mag für den Augenblick scheinen, als ob sich in den letzten drei Jahren in Oesterreich in kleiner Fortschritt in der Arbeiterschutzgesetzgebung gezeigt hätte. Aber wir müssen uns vor allem fragen, welchen Wert die im Parlament beschlossenen Gesetze für uns haben. Einmal ist es sicher, daß in Oesterreich mehr als in jedem anderen Staate die Gesetzgebung auf sozialpolitischem Gebiet nicht mehr bedeutet als die Sanktionierung bestehender Verhältnisse, als die Gesetzwerdung jener Errungenschaften, die die Arbeiterschaft nach schweren Kämpfen selbst durchgesetzt hat. Zweitens aber sehen wir bei uns in Oesterreich immer mehr die Tendenz, daß die im Parlament beschlossenen Gesetze den Verwaltungsbehörden zur Korrektur überlassen werden. Was das bedeutet, das kann man erst verstehen, wenn man sich vor Augen hält, wer diese österreichischen Behörden eigentlich sind. Da sind einmal die im alten Bureaukratengeist erstarrten Landesbehörden und dann die Bezirksbehörden, als deren Typus der Wiener Magistrat genannt werden kann, wohl die arbeiterfeindlichste Behörde in Oesterreich. So erleben wir es, daß das am 4. Mai 1910 in Kraft getretene Gesetz, womit die Arbeitszeit im Handelsgewerbe geregelt wurde, noch lange nicht durchgeführt ist. Es heißt darin, daß es den Landesbehörden überlassen sei, den Schluß der Arbeitszeit, der im Gesetz auf acht Uhr festgesetzt ist, eventuell auf sieben Uhr festzulegen. Wir meinen, daß, wenn die Landesbehörden das Recht erhalten haben, die Sieben Uhr-Sperre zu verordnen, ihnen damit zugleich die Pflicht auferlegt wurde, wo die Möglichkeit der Sieben Uhr-Sperre gegeben wird, auch von diesem Rechte Gebrauch zu machen. Wir sehen aber, daß sich bis auf wenige Länder die Landesbehörden in Oesterreich dieser im Gesetz ausgesprochenen Pflicht entzogen haben. Als Hauptargument gegen die Einführung der Sieben Uhr-Ladensperre, die bei uns die Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet, wird uns immer und immer wieder entgegengehalten, daß die Arbeiterschaft, die nach 6 Uhr abends aus den Fabriken kommt, nicht die Möglichkeit habe, einzukaufen. Und die Arbeiterschaft, sagt man, sei der erste Faktor, in dessen Interesse man sich unbedingt gegen die Sieben Uhr-Sperre aussprechen müßte. Dieselben Leute, die sich nicht genug hervortun können in Beschimpfungen der Arbeiter dort, wo es gilt, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren, dieselben Leute, die den Arbeitern in den Rücken fallen, wenn sie um ihre Rechte, um ihre Besserstellung kämpfen, dieselben Leute, die wir stets dort sehen, wo sich ein Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter bemerkbar macht, die kleinen Krämer, die kleinen Kaufleute u. s. w., dieselben Leute erlauben sich mit demselben Atemzug, mit dem sie die Arbeiter beschimpfen, für das Interesse der Arbeiter gegen das Interesse einer Arbeiterschicht, der Handlungsgehilfen, aufzutreten. Wir glauben, daß der Parteitag berufen ist, dagegen Protest zu erheben und zu erklären, daß es nicht im Interesse der Arbeiterklasse liegt, wenn die Sieben Uhr-Sperre nicht eingeführt wird, sondern daß die Arbeiterschaft in diesem kleinen Fortschritt zugleich einen Fortschritt für die gesamte Arbeiterklasse erblickt, und daß sie nicht will, daß man auf ihrem Rücken den Kampf gegen die Sieben Uhr-Sperre führe. Das besagt eine Resolution, die wir Ihnen vorlegen. Darin weisen wir auch darauf hin, daß die Sonntagsruhe für uns Handlungsgehilfen und Handelshilfsarbeiter in den meisten Fällen noch immer nicht verwirklicht ist. Trotzdem seit 1907 bei der Novellierung der Gewerbeordnung die Landesbehörden das Recht erhalten haben, den Handlungsgehilfen die Sonntagsruhe zu geben. Die Landesbehörden haben in den wenigsten Fällen von ihrem Rechte oder, wieder besser gesagt, ihrer Pflicht Gebrauch gemacht. Auch bei der Sonntagsruhe müssen wir dieselben Argumente von den Gegnern hören. Auch hier sagt man, daß die Arbeiterschaft am Sonntag einkaufen müsse, und es ist hohe Zeit, daß auch der Parteitag,

so wie es der Gewerkschaftskongreß getan hat, erklärt, daß die Sonntagsruhe für die Handlungsgehilfen und Handelshilfsarbeiter im Interesse der gesamten Arbeiterschaft ist. Genosse Beer hat von der Beeinflussung der Richter durch höhere Instanzen gesprochen. Aber nicht nur die Strafrichter werden beeinflußt, sondern, was für das tagtägliche Leben des Arbeiters noch von größerer Bedeutung ist, auch die Gewerberichter. Von Dr. Mayer, dem Ministerialrat im Justizministerium, wurde ein Kommentar zu dem neuen Handlungsgehilfengesetz, das im Jahre 1910 in Kraft getreten ist, herausgegeben; ein Kommentar, dessen leitender Gesichtspunkt das Unternehmerinteresse ist. Ein Kommentar, der trotzdem aber die Grundlage der gesamten Rechtsprechung bei unseren Gewerbegerichten bildet. Die österreichischen Gesetze, die geschaffen werden, sind so mangelhaft, daß sich schon kurz nach ihrer Entstehung die Notwendigkeit einer Verbesserung durch Novellierung herausstellt. Das beweist vor allem das Pensionsgesetz für Privatangestellte. Das ist so recht charakteristisch für den Wert der Schutzgesetzgebung in Oesterreich, daß sich die Angestellten gegen ein Gesetz, das zu ihrem Schutze eingeführt wurde, nicht genug wehren können. Nicht einen Schutz verdanken wir dem Gesetz, sondern eine direkte Schädigung unserer Interessen. Wir müssen alle Kräfte anwenden, um durch Novellierung von diesem „Schutzgesetz" befreit zu werden. Wir bitten Sie, unsere Resolution anzunehmen. Sie werden damit den Handelsangestellten und den Handelshilfsarbeitern, die wir gemeinsam diesen Kampf führen, einen großen Dienst erweisen.

**Zipper** (Wien): Das Vordringen der Unternehmerorganisationen und das Steigen ihres Einflusses machen sich täglich auf allen Gebieten des Klassenkampfes der Arbeiterklasse immer mehr fühlbar. Am allermeisten aber muß es verurteilt werden, daß sich auch die Behörden täglich mehr und mehr als Vollstreckungsorgane der herrschenden Klassen gebärden und als solche auch handeln. Bei diesem wichtigsten Kapitel unseres Parteitages halte ich es für angebracht, daß aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die es ja vorwiegend betrifft, hiezu gesprochen wird. Wir Bäckerarbeiter haben Fälle erlebt, wo beispielsweise ein Vertreter der Organisation entsendet wurde, um bei einem Konflikt wegen Vertragsbruch zu intervenieren, der also gewiß die ruhigste Absicht hatte, die Absicht nämlich, den Konflikt beizulegen, und daß dann, nachdem es nicht gelungen ist, Frieden zu stiften, da der Starrsinn und die Protzigkeit des Unternehmers dies nicht möglich machten, der Kampf gegen diesen Unternehmer aufgenommen werden mußte, daß dann aber nach Wochen, als der Kampf durch das Zusammengehen aller Arbeiter gewonnen wurde, die Behörden, um einen Liebesdienst den Christlichsozialen zu erweisen, gegen unseren Vertreter vorgegangen sind. Bei den Kämpfen der Bäckerarbeiter ist es immer so, daß nicht die Bäcker als solche den Kampf siegreich beenden können, sondern daß gerade ihnen die Arbeiterschaft vor allem als Konsument zur Seite stehen muß. Es haben sich viele solche Fälle ereignet, daß erst nach vielen Monaten der Staatsanwalt in Bewegung gesetzt wurde. Es wurden Opfer gesucht und gefunden. Es wurde eine Anklage konstruiert und das Opfer wegen Erpressung zu einer Kerkerstrafe verurteilt. Aber wir können nicht bei dem einzelnen Falle verbleiben; denn eine geradezu ungeheure Ernte hat die Klassenjustiz bei unserem letzten Wiener Kampfe gehalten, wo Hunderte von Arbeitern verurteilt worden sind, nicht allein wegen angeblicher Uebertretung des § 3 des Koalitionsgesetzes, sondern zu Kerkerstrafen bis zu drei Monaten. Man hat alles getan, um den Kampf zu erdrosseln, und nachdem das nicht gelungen ist, hat man die Opfer aus den Reihen der Kämpfenden nach Hunderten hervorgesucht. In der letzten Zeit aber hat sich ein Fall ereignet, der vielleicht einer der krassesten ist. In einer Stadt, wo es bereits einen Kollektivvertrag gibt — es ist dies Innsbruck — war der Unternehmer vertragsbrüchig geworden, und als nun die Organisation gegen den Unternehmer vorging, um ihn zur Er-

füllung seiner tarifmäßigen Pflicht zu verhalten, da hat die Staatsanwaltschaft eine Anklage verfaßt, nicht nur gegen den Gehilfenobmann, sondern auch gegen den verantwortlichen Redakteur des dortigen Parteiblattes. Der Tatbestand war so klar, daß das Bezirksgericht nicht anders konnte, als einen Freispruch zu fällen. Doch der Staatsanwalt erhob die Berufung und das Landesgericht verurteilte dann den Gehilfenobmann und den Redakteur, und erst im Wege einer Nichtigkeitsbeschwerde an die Generalprokuratur durch unseren Rechtsvertreter Dr. Ingwer wurde dieses Verbrechen, das man an den Arbeitern verüben wollte, abgewehrt. Man sieht daraus, daß die Justiz und die Behörden überhaupt täglich mehr und mehr zu Werkzeugen der herrschenden Klassen herabsinken. Das Koalitionsrecht bildet den Lebensnerv unserer Bewegung. Statt dieses Recht zu erweitern, wie es notwendig wäre, sucht man es durch alle möglichen Mittel zu verschlechtern. Aber wir sagen: Einen Angriff auf dieses Recht würden wir mit aller Kraft zurückweisen und nötigenfalls alles opfern, um dieses Recht zu verteidigen. Weitere Einzelheiten aufzuzählen halte ich hier nicht für notwendig, das gehört mehr auf die Verbandstage. Aber es ist eine Tatsache und die müssen wir hier feststellen, daß die Behörden immer mehr den Winken der Unternehmerorganisationen und ihrer einflußreichen Führer nachgeben und daß dadurch der soziale Kampf der Arbeiterschaft sehr erschwert wird. Wir wissen ja, daß durch die wachsende Macht des Proletariats diese Gegentendenz ausgelöst wird. Aber wir wissen ebenso, daß alle diese Mittel nicht imstande sein werden, unserer großen Bewegung Einhalt zu tun. Die Bäckerarbeiter werden so wie alle anderen Arbeiter bemüht sein, die politische Organisation zu fördern und zu stärken, weil es hier doch keinen Unterschied geben kann, weil der Kampf für alle Berufe gleich ist. Ich meine mit dem Genossen Beer, daß es ein Unrecht wäre, zu behaupten, daß die gewerkschaftlichen Organisationen da ihre Pflicht nicht erfüllen und die politischen Organisationen nicht fördern. Was unter den gegebenen Umständen möglich ist, geschieht von unserer Seite. Mit dem Zustand unserer Organisation, der gewerkschaftlichen sowohl als auch der politischen, sind wir gewiß nicht zufrieden. Noch steht ein zu großer, noch steht der überwiegende Teil des Proletariats abseits, und das ist es, was uns den Kampf so erschwert. Was die Arbeiterschutzgesetzgebung, insbesondere das Bäckerschutzgesetz betrifft, will ich nur aussprechen, daß wir die Haltung der Partei und den Inhalt der Resolution des Genossen Dr. Bauer vollständig billigen und daß wir Bäckerarbeiter diesen Kampf mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln weiterführen werden. Aber wir müssen an die Hilfe des übrigen organisierten Proletariats appellieren, und in diesem Sinne bitte ich Sie, so wie wir Ihren Kampf fördern, daß auch Sie nach Möglichkeit unseren Kampf fördern.

**Praschek** (Wien): Ich habe für die Schneider die Erklärung abzugeben, daß wir uns vollinhaltlich den Ausführungen des Genossen Beer anschließen. Auch wir sehen auf eine Reihe von Verfolgungen zurück, die bezwecken, daß durch die Verwaltungsbehörden die Kämpfe fast unmöglich gemacht werden. Wir hatten im Jahre 1911 einen großen Streik der Wiener Schneider, in dem die Streikposten durch die Polizei abgefangen wurden. In jedem einzelnen Falle mußten wir erst intervenieren, daß die Kollegen aus der Haft entlassen wurden. Viele Personen wurden angeklagt, aber die meisten mußten freigesprochen werden. Das beweist, daß die Polizisten ganz willkürlich vorgegangen sind. In Proßnitz hat ein Unternehmer von den Zuschneidern den Revers verlangt, daß sie sich verpflichten, aus der Gewerkschaft auszutreten, widrigenfalls sie den Posten verlassen müssen. Obwohl die Behörde davon Kenntnis bekommen hat, hat sie gegen den Mann nichts unternommen. Im Jahre 1909 war ein Streik in Mährisch-Ostrau; es wurden fünfundzwanzig Schneider verhaftet, und man verlangte, daß der Staatsanwalt die Anklage erhebe. Nur zwei konnten angeklagt werden und es wurde allerdings gegen sie wegen Erpressung vorgegangen. Verurteilt wurden sie wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes.

Im Jahre 1907 hat der Arbeitsbeirat zufolge des Antrages der Genossen Smitka und Hueber die Vorlage eines Heimarbeiterschutzgesetzes verlangt. Es wurden Enqueten abgehalten, aber etwas Wirkliches ist noch nicht zu sehen, trotzdem der Schutz der Heimarbeiter ein dringendes Bedürfnis auch vom Standpunkt der öffentlichen Interessen ist. Der Arbeitsbeirat hat eine Vorlage beschlossen und ich möchte wünschen, daß unsere Abgeordneten den nötigen Einfluß ausüben können, daß endlich die Regierung einen Entwurf einbringe.

Austerlitz: Angesichts der unermeßlichen Zahl von Beschwerden, die gegen die österreichische Verwaltung auf dem Gebiet des Koalitionsrechtes erhoben werden, wird es von Interesse sein, auch die Frage zu stellen, auf welche gesetzliche Bestimmung sich diese Verwaltung bei der Vergewaltigung des Koalitionsrechtes denn zu berufen vermag. Diese Frage wäre in jedem Staate die erste. Aber wer in Oesterreich bei Maßregeln der Verwaltung nach dem gesetzlichen, nach dem Rechtsgrund fragt, verrät ein Maß von Naivität, das einem gelernten Oesterreicher eigentlich nicht ziemt. (Heiterkeit.) Worauf beruft man sich nun bei den Verboten des Streikpostenstehens? Auf den § 7 der berüchtigten Verordnung vom Jahre 1854, die unter dem Namen Prügelpatent bekannt ist und diesen Namen auch heute mit Recht trägt, wenngleich seither das Prügeln abgeschafft worden ist. Diese Verordnung, die, weil unter dem absolutistischen Regime erlassen, die Kraft eines Gesetzes hat, bestimmt, daß eine Behörde, wenn sie im Bereich ihres Wirkungskreises ein Verbot erlassen hat, auch das Recht hat, es zu exekutieren, es in Wirksamkeit zu setzen. Aber eben im Bereich ihres Wirkungskreises: sie kann also nichts verbieten, was außerhalb ihres Wirkungskreises liegt. In der bekannten Rede des damaligen Ministers des Innern Bienerth wird nun behauptet, man könne nicht sagen, daß das Streikpostenstehen erlaubt oder verboten sei, da es dem österreichischen Recht „überhaupt fremd ist". Das ist, beiläufig bemerkt, die einzige Erklärung einer österreichischen Regierung, die jemals über das Streikpostenstehen erflossen ist, und um sie herbeizuführen, hat es keines geringen Druckes der Fraktion bedurft. Die österreichischen Regierungen halten es nämlich gegenüber den Beschwerden, Klagen und Vorwürfen wegen Vergewaltigung des Koalitionsrechtes genau so, wie sie es sich gegenüber allen Anklagen, die gegen die Verwaltung erhoben werden, zu halten angewöhnt haben: sie schweigen und stellen sich tot. Die Uebergriffe zu verteidigen, können sie natürlich nicht wagen; sie zu beseitigen, fehlt ihnen der Mut und der Ernst: also lassen sie alles gehen, wie es geht, lassen die Bezirkshauptleute wirtschaften und hüten sich, auf die Klagen und Beschwerden einzugehen. Aber ist es nicht eine Albernheit, zu behaupten, man könne nicht sagen, daß das Streikpostenstehen erlaubt sei, weil die Erlaubnis nirgendwo verkündet ist? Denn das öffentliche Recht kennt überhaupt keine Erlaubnis, es kennt nur Verbote. Das Recht, sich zu versammeln, sich zu vereinigen, das Recht, seine Meinung zu äußern, alles das sind geradezu angeborne und eingeborne Rechte der Bürger, und alle Gesetze, die diese Rechte regeln, haben nur den Zweck, die dem Staatsbürger zustehende Freiheit einzuschränken. Wenn ein Minister sagt, daß etwas nicht erlaubt ist, weil kein Gesetz es als erlaubt erklärt, so ist das derart sinnlos, daß die Umwälzung der Logik selbst bei einem österreichischen Minister überrascht. Das „Recht", auf der Straße zu gehen oder auf der Straße zu stehen, ist natürlich in keinem Gesetz verkündet. Nirgends steht, man könne vor dem Theater auf die Herauskommenden warten, auch das Rendezvousrecht ist nicht gesetzlich geregelt. (Heiterkeit und Zustimmung.) Aber auf wen jemand wartet, ist natürlich ganz gleichgültig, und wenn Herr v. Bienerth meinte, es komme bei dem Streikpostenstehen auf das Motiv an, wenn er also das Verbot des Streikpostenstehens damit rechtfertigen möchte, weil aus dem Stehen und Warten Verletzungen des Gesetzes entstehen können, so ist darauf zu antworten, daß auch aus anderem Stehen

und Warten Gesetzwidrigkeiten entspringen können, die bloße Möglichkeit aber zu der berüchtigten Prävention nicht ausreiche. Was ist nun das Streikpostenstehen? Es ist nichts anderes und nicht mehr, als daß sich einzelne Arbeiter auf der Straße aufhalten. Was sie nun damit bezwecken, geht die Polizei gar nichts an; um so weniger geht es sie an, weil auch der Zweck, den das Streikpostenstehen verfolgt, nämlich die Verständigung der Arbeiter, daß dort und dort gestreikt wird, und selbst die Ermahnung, nicht zum Streikbrecher zu werden, in keiner Hinsicht gesetzwidrig ist, vom Gesetz durchaus zugelassen ist. Die Polizei hat es bei ihrer Aufgabe, die Sicherheit des Verkehrs aufrechtzuhalten, nicht mit den angeblichen Absichten der Streikposten, sie hat es nur mit dem Aeußerlichsichtbaren des Streikpostenstehens zu tun, damit, daß sich Menschen auf der Straße aufhalten, auf der Straße herumgehen und stehen bleiben. Kann sie dagegen nun ein Verbot erlassen? Natürlich kann die Polizei Straßen absperren, den Aufenthalt in einer Straße, das Passieren von Straßen verbieten: das alles kann sie in ihrem Wirkungskreis tun, weil eben zu diesem die Sorge um die Ordnung und die Sicherheit des Verkehrs gehört. Aber sie kann natürlich nur ein allgemeines Verbot erlassen, für jeden gleich, und sie kann es natürlich nur erlassen, wenn die Sicherheit des Verkehrs das Verbot erfordert. Aber bestimmte Personen von dem Straßenverkehr auszuschließen, für bestimmte Personen ein Verbot zu erlassen, dazu hat sie natürlich kein Recht; und das Verbot, daß sich streikende Arbeiter in einer bestimmten Straße aufhalten, eine bestimmte Straße passieren dürfen, ist keine geringere, ist eine ebensolche Unverschämtheit, als wenn die Polizei verordnen wollte, daß ärmlich gekleideten Menschen das Betreten der Ringstraße von 5 Uhr nachmittags verboten ist. Oder wenn sie verbieten wollte, daß eine Straße von Frauen nicht zu betreten sei. Für die Polizei, die hier Verbote nur eben aus ihrem Wirkungskreis, den öffentlichen Verkehr zu regeln, erläßt, gibt es überhaupt keine Streikenden und keine Arbeitswilligen, gibt es nur Straßenpassanten. Zu welchem Zwecke sich jemand auf der Straße aufhält, ist der Polizei unbekannt, und wenn es auch wahrscheinlich ist, daß sich die Arbeiter in der Nähe eines bestreikten Betriebes nicht zu ihrem Vergnügen aufhalten, so geht das die Polizei gar nichts an. Deshalb sind alle die Verbote des Streikpostenstehens von Anfang bis zu Ende eine brutale Ungesetzlichkeit, womit sie sich freilich in die österreichische Verwaltung sehr gut einfügen, deren wahres Merkmal ja die Verachtung des Gesetzes ist.

Ueberhaupt muß man sagen, daß Widersetzlichkeiten der Streikposten zu ahnden nicht die Polizei, sondern das Gericht berufen ist, was um so mehr zu sagen nötig ist, als das berühmte Koalitionsgesetz im Grunde nur ein Ausnahmsgesetz gegen die Arbeiter ist. Mit dem Gesetz über das Koalitionsrecht werden, wie man weiß, eigentlich nur die Bestimmungen des alten Strafgesetzes, daß sich die Arbeiter nicht vereinigen dürfen, aufgehoben, was, da der frühere Zustand schon an Sklaverei grenzte, doch keine besondere Heldentat war. Sonst wird mit dem Koalitionsrecht eigentlich nichts getan, als daß das Strafgesetz gegen die Streikenden verschärft wird. Wenn Sie einem Menschen eine Beleidigung zufügen, ist er berechtigt, Sie vor das Strafgericht zu zitieren. Beleidigen Sie einen Streikbrecher, tritt der Staatsanwalt in die Schranken. Das tut er nicht einmal bei Beamten oder bei Behörden ohne besondere Befragung! Offenbar geht das Gesetz von der Erwägung aus, daß der Streikbrecher zu den Fundamenten der kapitalistischen Ordnung gehört und daß er der Ehrfurcht und des Schutzes nicht weniger beanspruchen kann, als wie sie sonst nur der Spitze zuteil wird. (Heiterkeit.) Es ist also das Koalitionsrecht ein sehr karges und kümmerliches Recht, und wenn das Streikpostenstehen nicht als ein Teil des Koalitionsrechtes angesehen wird, so ist das ganze Koalitionsgesetz ein Messer ohne Schale und Klinge. Denn

zu dem Rechte, einmal nicht zu arbeiten, dazu braucht man keine obrigkeitliche Erlaubnis. Wenn nicht gleichzeitig die entsprechende Handhabung des Koalitionsrechtes durch das Streikpostenstehen gewährt wird, so ist das so, als wenn man dem Staate ein Strafgesetz geben würde und keine Polizei und keine Gerichte zur Durchführung. Die Gesellschaft braucht zur Wahrung ihrer Rechte auch die Exekution ihrer Verfügungen. Und von den Exekutionen, die eine Gesellschaft gegen die Vergeher gegen ihr Recht ausübt, ist die Exekution gegen die Streikposten die berechtigteste. (Beifall.)

Nun wird wohl jeder fragen, was man gegen diese Ungesetzlichkeiten machen kann. Es ist wieder eine Eigentümlichkeit des österreichischen Rechtes, daß es gegen Verletzungen der Rechte der Staatsbürger durch die Verwaltung kein Rechtsmittel gibt, wenn diese Verletzung nicht gerade eine Person persönlich trifft. Wenn eine Verfügung mein persönliches Recht unmittelbar verletzt, kann ich die Verfügung vor dem Verwaltungsgericht anfechten. Wenn aber die Behörde eine Verfügung erläßt, durch die das gemeine Recht verletzt wird, wenn sie nicht die Rechte eines einzelnen, sondern die Rechte vieler antastet, so ist mir jede Beschwerde verwehrt. Das ist im Deutschen Reich anders. In Lübeck hat einmal der Senat das Streikpostenstehen kurzerhand verboten. Daraufhin hat der Genosse Frohme im „Hamburger Echo" die Bürger aufgefordert, diese Verordnung nicht zu halten, worauf er wegen öffentlicher Aufforderung zur Mißachtung von gesetzlichen Verordnungen angeklagt wurde. Aber es ist etwas Wahres daran, daß es „noch Richter gibt in Berlin", denn das Reichsgericht hat erklärt, daß die Verordnung des Lübecker Senats, weil sie mit der reichsgesetzlich festgesetzten Koalitionsfreiheit in Widerspruch steht, ungesetzlich ist, hat Frohme freigesprochen und das Koalitionsrecht der Arbeiter gesichert. Ich gebe zu, daß man im Deutschen Reiche in der Handhabung des Strafparagraphen des Koalitionsgesetzes keineswegs zimperlich ist. Es ist sogar möglich, daß man dort härter ist, aber jener eigentümliche, jener für Oesterreich so charakteristische Zustand, daß sich neben den gesetzlichen Bestimmungen eine Praxis einnisten kann, die mit vollständiger Verleugnung der gesetzlichen Bestimmungen verwaltet und verfügt, der ist außerhalb der schwarz-gelben Grenzpfähle nicht möglich. Das macht nun den Kampf gegen die Vergewaltigung des Koalitionsrechtes so schwierig. Es wird nicht wenige Genossen geben, die es nicht begreifen können, daß eine so große Partei, wie es heute die Sozialdemokratie doch ist, hier nicht Ordnung zu schaffen vermag, wo doch das Recht ganz auf ihrer Seite ist. Aber man darf nicht vergessen: Die Unternehmer sind heute sehr mächtig in Oesterreich, sie haben, durch die Banken, den ganzen verschuldeten Staat in Händen. Dazu kommt noch, daß die politischen Parteien immer arbeiterfeindlicher werden, immer gehässiger gegen die Arbeiter, und kommt noch, und das ist das Aergste, daß sich für diese politischen Parteien, denen die Selbständigkeit der Arbeiterschaft ein Greuel ist, nicht unbeträchtliche Schichten der Arbeiterschaft einfangen lassen. Deshalb gibt es auf die Klagen der Genossen nur eine Antwort: gegen die österreichische Sauwirtschaft gibt es kein anderes Mittel, keine andere Abhilfe als die Stärke und die Kraft der Arbeiter. Wenn wir es erreichten, daß sich die Regierung und daß sich ihre Beamten vor den Arbeitern so fürchten müßten, wie sie sich vor den Unternehmern fürchten, so würde jedem Bezirkshauptmann, der das Streikpostenstehen verbietet, vom Minister schon klargemacht werden, daß es ihm nicht recht ist, wenn er mit den Arbeitern in Konflikt gerät. Und so kehren wir zu der Frage zurück, die den Ursprung aller unserer Betrachtungen bildet: Wenn die Arbeiter nicht so dumm wären, den Feinden der Arbeiter aufzusitzen, nicht so töricht, sich von ihnen verführen zu lassen, so stände es um die Arbeitersache anders in Oesterreich, so müßten wir nicht mehr für die primitivsten Rechte kämpfen und brauchten nicht über Vergewaltigungen zu klagen, die zu erleiden nicht nur eine Unbill, sondern auch eine Schande für die Arbeiter ist. Wir sehen also, auch diese Frage ist

eine Organisationsfrage. Solange es nicht gelingt, die Armee von Meuterern und Verrätern, die hinter unserem Rücken lauert, den bürgerlichen Feinden zu entreißen und zu klassenbewußten Proletariern zu machen, so lange müssen wir immer damit rechnen, daß sich die österreichische Verwaltung in ihrer Sucht nach Ungesetzlichkeit, in ihrer Leidenschaft für das Unrecht gegen uns wenden wird. Wenn es aber gelingt, die gesamte Arbeiterschaft mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß nur im Lager einer klassenbewußten Organisation ihr gutes Recht vor allen Verletzungen durch die Bureaukratie gesichert ist, dann werden wir auf keinem Parteitag mehr über die Frechheiten der Bezirkshauptleute zu klagen haben, weil die Behörde wissen wird, daß jede Bestreitung des proletarischen Rechtes die gesamte Arbeiterschaft zum Schutze und zur Hut ihrer Rechte versammelt finden wird. (Großer Beifall.)

Abgeordneter **Hannisch**: Genosse Beer hat erklärt, daß seit dem Jahre 1907 auf sozialpolitischem Gebiet sehr wenig erreicht wurde und daß er nicht viel Hoffnung für die Zukunft habe. Leider muß ich diese Hoffnung teilen, denn schon die Zusammensetzung des Sozialpolitischen Ausschusses im Parlament selbst, der ja gewiß nur ein Spiegel des Hauses ist, zeigt, wie geschlossen die Gegner gegen jede Arbeiterforderung vorgehen. Wir haben neben den zwei typischen Vertretern der Großindustrie, den Abgeordneten Licht und Freißler, den Agrarier Goll mit Anhang und den Vertreter der Kleingewerbetreibenden Wohlmeyer sitzen. Die eine trampelt die sozialpolitischen Forderungen nieder mit dem Argument der Landflucht, der andere ist ein Anhänger Vogelsangs, aber er macht die Politik Rothschilds. So kann man im ganzen Ausschuß, wie er zusammengesetzt ist, nicht mehr erreichen als bisher erreicht wurde. Wir haben das am deutlichsten gesehen, nun nur von zwei Fällen zu sprechen, beim Arbeitsbuch und bei der Vorlage über den zehnstündigen Arbeitstag. Das Arbeitsbuch ist in der vorigen Legislaturperiode im Sozialpolitischen Ausschuß abgelehnt worden. Die Regierung hat sich damals nicht prinzipiell gegen die Abschaffung des Arbeitsbuches erklärt. Sie sagte nur, es müsse etwas geschaffen werden, damit die Gewerbeinspektoren zum mindesten beurteilen können, wie alt die jugendlichen Arbeiter im Betrieb sind, weil sonst jede Kontrolle fehlen würde. Wir haben den Antrag erneuert und es wurde darüber im Unterausschuß beraten, und wiederum hat die Regierung dieselben Argumente vorgebracht, aber ohne auch nur der Sache irgendwie näherzutreten, und die Folge wird sein, daß diese Vorlage neuerlich abgelehnt wird. Wir haben dasselbe beim Zehnstundentag gesehen, wo der Ausschuß beschlossen hat, die Vorlage dem Arbeitsbeirat zur Begutachtung vorzulegen. Der Arbeitsbeirat hat sich dafür erklärt. Nun hätte die Regierung einen Entwurf vorlegen müssen. Da kommt der Antrag des Referenten Freißler: „Die Regierung wird aufgefordert, eine Vorlage einzubringen." Der Antrag wird angenommen und die Regierung wird in dieser Legislaturperiode wieder keine Vorlage einbringen.

Man darf das eine nicht vergessen und das ist das Wichtigste, daß die Regierungsvertreter ausschließlich mit den Argumenten der Unternehmer operieren. Alle die Argumente, die in den Petitionen des Industriellenverbandes angeführt werden, finden wir bei den Regierungsvertretern wieder und mit allen diesen Argumenten werden unsere Anträge niedergetrampelt. Es besteht eine enge Verbindung zwischen dem Schwarzenbergplatz, das ist dem Bund der Industriellen und den abgetakelten Exzellenzen. Wer öfter dort zu tun hat, wird jedesmal irgendeine solche abgetakelte Exzellenz dort finden, und das sind Leute, die heute noch immer großen Einfluß bei ihren Parteien haben. Daraus ergibt sich der Schluß, daß wir einer vollständig arbeiterfeindlichen Mehrheit gegenüberstehen. Wenn nun im Parlament für die Arbeiter nur sehr wenig erreicht werden kann, so folgt daraus, daß die Arbeiter durch den Klassenkampf das erreichen

müſſen, was ſie auf dem Wege der Geſetzgebung nicht erreichen können. Wenn nun aber die Verwaltung dahin arbeitet, den Arbeitern das Streikrecht zu nehmen, das Recht des Streikpoſtenſtehens, das Koalitionsrecht, ſo führt das zur vollſtändigen Verelendung des Proletariats, wenn ſich die Arbeiterſchaft dies ruhig gefallen ließe. Sie müſſen noch etwas anderes in den Kalkul ziehen. Nämlich die Tatſache, daß durch die Entwicklung der Technik der gelernte Arbeiter immer mehr aus der Induſtrie verdrängt und durch Hilfsarbeiter erſetzt wird. Aber der Kampf der gelernten Arbeiter iſt viel leichter zu führen als der mit Hilfsarbeitern, die jeden Moment leicht durch die Arbeiter von der Straße erſetzt werden können. Wenn zum Beiſpiel die hochqualifizierten Buchdrucker möglicherweiſe ohne Streikpoſten auskommen können, ſo iſt das bei jenen Berufen, die ſich aus Hilfsarbeitern zuſammenſetzen, ganz unmöglich. Wir können ohne das Recht, dem Arbeiter, wenn er Arbeit ſucht, zu ſagen, daß in dem Betrieb geſtreikt wird, daß er dort die Arbeit nicht aufnehmen ſoll, nicht exiſtieren. Wir können uns dieſes Recht nicht nehmen laſſen. Wir ſind durch die großen Wahlkämpfe auf die großen Fragen geſchult und haben daher die kleinen Fragen wenig beachtet. Wir müſſen dieſen Fragen des tagtäglichen Kleinkampfes ein größeres Intereſſe entgegenbringen als bisher. Nicht nur die Gewerkſchaften, ſondern auch die Partei, kurz alles, was organiſiert iſt, hat ein Intereſſe daran, dieſem Zuſtand, daß die ganze Verwaltung im Dienſte des Kapitals arbeitet, ein Ende zu ſetzen. Es darf keine Arbeit, es darf kein Opfer zu groß ſein, um dieſes Recht der Arbeiter, ſich zu organiſieren, Streikpoſten zu ſtellen, um das Koalitionsrecht zu erhalten. Beim Koalitionsrecht handelt es ſich nicht nur um Geſetzesparagraphen, hier handelt es ſich um die tägliche Arbeitszeit, um den täglichen Lohn. Ohne Koalitionsrecht iſt der Arbeiter angewieſen auf das, was ihm der Unternehmer gibt, weil ihm die Möglichkeit genommen iſt, mehr zu erringen. Deshalb Kampf gegen dieſe Willkür ſo lange, bis die Arbeiter aller dieſer Feſſeln losgeworden ſind! (Beifall.)

---

Nachmittagsſitzung.

Vorſitzender: **Pernerſtorfer.**

**Waberſich** (Reichenberg): Ich habe zu den Ausführungen meiner Vorredner doch noch einige Umſtände zu erwähnen, die das Koalitionsrecht betreffen. Wir Bauarbeiter haben im heurigen Jahre in Oſtböhmen einen Kampf geführt, wo die Behörden nach ſiebenwöchiger Dauer alles aufgeboten haben, dem Kampf ein Ende zu ſetzen. Wenn wir ſieben Wochen in der Lage geweſen ſind, den Kampf zu führen, ohne daß die Streikpoſten von den Organen der Behörden behelligt wurden, ſo ergab ſich in der achten Woche, daß wir außerſtande waren, Streikpoſten ſtehen laſſen zu können. In Schatzlar zum Beiſpiel führte der Gendarm einen Streikpoſten weg. Nach 24 Stunden erklärte der Bezirksrichter: „Sie werden entlaſſen, ich kann Sie aber nicht früher freilaſſen, bevor nicht der nächſte Zug weggeht, außer Sie verſprechen mir, daß Sie zu Fuß von Schatzlar nach Trautenau gehen, denn es beſteht die Gefahr, daß Sie wieder Streikpoſten ſtehen.“ Dasſelbe geſchah einige Tage ſpäter in Trautenau. Da wurden einige Arbeiter eingeſperrt, die Familienväter ſind; die Frauen kamen ganz verzweifelt zu uns, wir intervenierten, boten ſogar eine Kaution von 1000 Kr. Der Unterſuchungsrichter erklärte aber: „Wir brauchen keine Kaution, ein Fluchtverdacht beſteht nicht, es beſteht nur die Gefahr, daß, wenn wir dieſe Leute herauslaſſen, ſie wieder Streikpoſten ſtehen.“ (Rufe: Unglaublich!) Erſt nach mehreren Tagen wurden ſie wieder freigelaſſen, bis wir die ſchriftliche Erklärung geben konnten, daß der Streik beendet ſei. Wir bitten die Fraktion, den Kampf zum Schutze des Koalitionsrechtes bis aufs äußerſte zu führen. Sie werden gewiß die Bauarbeiterſchaft auf Ihrer Seite haben. Noch auf einen Fall muß ich verweiſen, der ſich im Friedländer Gebiet ereignet hat. Seit einem Jahre haben wir eine Liſte in unſeren Händen, die

die Industriellenorganisation an ihre Mitglieder versendet hat. Mehr als 30 Buchstaben, Zeichen und Ziffern stehen da verzeichnet und jedes Zeichen bedeutet etwas anderes. Da steht zum Beispiel neben einem Buchstaben Aufwiegler, neben einem anderen arbeitsscheu, betrunken u. s. w. Das ist eine Methode, die die Arbeiter auf das empfindlichste schädigt. Die Textilarbeiter bei der Firma Eisenschimmel im Friedländer Gebiet hatten in der Zeit der günstigen Konjunktur eine ganz gute Organisation, zur Zeit der schlechten Konjunktur, heuer im Frühjahr, wurden eine Menge Vertrauensleute entlassen; alle diese entlassenen Vertrauensmänner hatten in ihrem Arbeitsbuch eines von diesen Zeichen. Wir haben nun die Chefs gefragt, was das bedeutet, und die haben gesagt, das sei ein Zeichen für die Registratur. Einer der Entlassenen hat geklagt und er wurde abgewiesen. Tatsache ist, daß es auf Grund dieser Zeichen bis heute nicht einem einzigen der Gemaßregelten gelungen ist, in einem Textilbetrieb unterzukommen. Sie haben alle im Baugewerbe als Taglöhner Arbeit suchen müssen. Deshalb spreche auch ich den Wunsch aus, daß alles getan werde, um das Arbeitsbuch endlich abzuschaffen.

**Dr. Karpeles** (Wien): Genosse Beer hat die Rolle gekennzeichnet, die die Sektionschefs Brosche und Schauer spielen, wenn es sich um die Abwehr der Forderung nach Ausbau des Arbeiterschutzes handelt. Er hat vergessen, einen Namen zu nennen, der den österreichischen Arbeitern ebenfalls bekanntgegeben werden muß. Sektionschef Müller, der Chef der Gewerbesektion im Handelsministerium, ist, wie ich glaube, der kleinlichste und gehässigste Feind aller Bestrebungen nach Ausbau des Arbeiterschutzes. Wenn die Chefs der Industrie- und der Gewerbesektion gegen den sozialpolitischen Fortschritt kämpfen, sind sie schließlich bis zu einem gewissen Grade in ihrer Rolle. Man erwartet von ihnen nicht viel mehr, denn so weit sind wir noch nicht, daß die Herren einsehen würden, daß die Rückständigkeit der österreichischen Industrie mitbedingt ist durch die Rückständigkeit der österreichischen Sozialpolitik, und daß es ihre Pflicht wäre, im Interesse der Industrie den Ausbau des Arbeiterschutzes zu fördern. Aber wenn sie in ihrer Rolle sein mögen, so ist es sicher nicht der Sektionschef Mataja, der Chef der sozialpolitischen Sektion. Ich weiß nicht, ob man den Vorwurf Beers, daß er schläft, nicht verschärfen kann. Ich muß sagen, daß es ihm vielleicht nicht an einigem guten Willen fehlt, daß er aber von einer geradezu verbrecherischen Feigheit ist, daß er sich nicht bemüht, die Interessen der Sozialpolitik so konsequent zu wahren, wie sich Brosche und Müller einbilden, die ihnen anvertrauten Interessen zu fördern, sondern daß er von vornherein alles abstreift, wovon er glaubt, daß es in den beiden anderen Sektionen Bedenken erwecken würde. Er läßt sich in seine Sektion Leute hineinsetzen, die überall hingehören, nur dorthin nicht. Das legislative Departement der sozialpolitischen Sektion ist das wichtigste. Durch die Vorrückung des Sektionsrates Gasteiger ist eine Stelle freigeworden und sie wurde besetzt mit dem Sektionsrat Angerer, der bis dahin Referent des Gewerberates war (Hört! Hört!), wo er seine Weisheit aus den Debatten geschöpft hat, die dort die Herren Einspinner und Pabst führen, und der in allen Dingen von einer, ich weiß nicht, ob erheiternden oder schmerzlichen Naivität ist, denn er duldet es, daß ihm solche Leute präsentiert werden; da darf man sich nicht wundern, daß es dort so aussieht. Seit vollen 15 Jahren ist der Arbeitsbeirat mit Gutachten und mit Ausarbeiten von Gesetzen über die Heimarbeit beschäftigt; wir haben aber trotzdem noch kein Heimarbeitergesetz. Genosse Bauer hat recht; der Arbeitsbeirat funktioniert als ein Mittel, den Fortschritt zu verhindern. Wenn die Fraktion im Abgeordnetenhause einen Antrag einbringt, wird er nicht einem Ausschuß zugewiesen, sondern geht an den Arbeitsbeirat und an die verschiedenen anderen Beiräte, und wenn er zugewiesen wird, geschieht das ebenfalls und er bleibt jahrelang liegen. Im Arbeitsbeirat wird oft ein einstimmiges Gutachten erzielt, weil sich die

Arbeitervertreter zu einem Kompromiß herbeilassen, das sie oft in Widerspruch bringt mit den Anschauungen der gewerkschaftlichen Organisation, und dann kommt ein Entwurf heraus wie das Bäckerschutzgesetz. Ich meine, auch die Parteivertretung und die Gewerkschaftskommission sollten sich einmal mit der Frage beschäftigen, ob es noch einen Sinn hat, daß die organisierte Arbeiterschaft noch Vertreter im Arbeitsbeirat hat und eine Reihe von Genossen zwingt, ihre Arbeitskraft in den Dienst einer Institution zu stellen, die für die Arbeiterschaft wertlos ist, aber der Regierung die Möglichkeit gibt, zu sagen, daß sie angeblich bereit sei, auf die Wünsche der Arbeiter zu horchen. Wenn wir keinen Arbeitsbeirat hätten und diese Komödie nicht länger mitmachen würden, würden die Arbeiter und der Arbeiterschutz nichts verlieren.

**Jarolim** (Turn): Mit der Resolution der Referenten bin ich vollkommen einverstanden. Ich halte es nur für nötig, einige Tatsachen anzuführen. Wie Sie wissen, hat auch die Gemeinde Wien das Koalitionsrecht der Bergarbeiter in Zillingdorf vernichtet. Kaum hatte sie das Bergwerk gekauft, wurde den Arbeitern mitgeteilt, daß sie das Versprechen abgeben müßten, aus der Union der Bergarbeiter auszutreten, widrigenfalls ihnen gekündigt werde. So blieb den Arbeitern nichts übrig, als zu streiken; der Kampf ging verloren, weil die Gemeinde Streikbrecher fand. Der Betriebsleiter hat gesagt, wenn die Arbeit nicht aufgenommen wird unter den Bedingungen, die der Gemeinde gutdünken, und die Gemeinde keine Arbeiter bekomme, werde sie Italiener aufnehmen. Die Herren haben damit bekundet, was es mit ihrer angeblich deutschen Gesinnung für eine Bewandtnis hat. Auch andere Kommunen lassen sich unglaubliche Eingriffe zuschulden kommen. Im Luisental in der Bukowina ist eine Ortsgruppe der Bergarbeiter. Eines Tages bekam der Obmann eine Sendung Mitgliedsbücher. Kaum hatte sie ihm die Post gebracht, so wurde er schon zum Gemeindevorstand gerufen, man nahm ihm die Mitgliedsbücher weg und gab sie nicht mehr zurück. In Schönfeld bei Karlsbad forderte der Betriebsleiter die Arbeiter auf, sofort aus der Organisation auszutreten, und weil sie es nicht taten, wurden sie alle gekündigt. Davon wurde auch die Staatsanwaltschaft in Kenntnis gesetzt, sie hat aber nichts getan. Auf dem Richard-Schacht in Westböhmen kam es zu Differenzen. Die Belegschaft hat bei der Betriebsleitung interveniert, der Betriebsleiter machte die Anzeige, die Staatsanwaltschaft hat sofort eingegriffen und sieben Arbeiter wurden zu 19 Monaten verurteilt, obwohl auch das Gericht zugeben mußte, daß durch das Vorgehen der Betriebsleitung die Arbeiter in berechtigte Erregung gekommen sind. Die Egerer Staatsanwaltschaft kann sehr hart sein, sie kann aber auch anders sein. Ein Bergarbeiter, der daneben auch ein bißchen Landwirtschaft betreibt, ist deshalb auch Mitglied der landwirtschaftlichen Organisation gewesen. Es wurde ihm mitgeteilt, daß er eine Milchverteuerung eintreten lassen müsse und daß er, wenn er sich nicht fügt, aus dem Verein ausgeschlossen werde. Hier hat die Staatsanwaltschaft nichts getan. Ich will noch auf eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes verweisen, die in der jüngsten Zeit erflossen ist. Das Berggesetz schreibt vor, daß die Bergbehörden Anordnungen treffen können, wo das Leben und die körperliche Sicherheit gefährdet sind. Bei hohen Temperaturen hat natürlich die Behörde einzugreifen. Das Revierbergamt Leoben hat nun angeordnet, daß dort, wo die Temperatur höher als 30 Grad ist, die Arbeit nicht mehr als sechs Stunden betragen darf. Die Unternehmer sind zum Verwaltungsgerichtshof gegangen und dieser hat entschieden, daß es wohl richtig sein mag, daß eine Temperatur von mehr als 30 Grad nicht angenehm ist, aber den Bergbehörden stehe nicht zu, eine Verordnung über die Arbeitszeit zu erlassen, weil damit das Neunstundengesetz außer Kraft gesetzt würde.

**Weigl** (Wien): Die Handels- und Transportarbeiter machen bei jeder Gelegenheit die Wahrnehmung, daß man bestrebt ist, das Koalitionsrecht zu unterdrücken. Man hat es den Arbeitern verwehrt, in den großen Kohlen-

höfen in Wien Streikposten aufzustellen. Jedem Kohlenwagen wurde eine Eskorte beigegeben. Berittene vorn und hinten und zur Seite Polizisten zu Fuß. Die Vorschriften, die für die Bediensteten auf den Bahnstationen gelten, wurden zugunsten der Streikbrecher übertreten. Was nicht einmal den Bahnbediensteten gestattet ist, die Geleise zu überschreiten, hat man den Streikbrechern ruhig erlaubt. Man hat Bahnarbeiter benützt, die Waggons auszuladen. Kein Wunder, daß unter solchen Verhältnissen der Streik verloren ging. Der Streik der Fensterputzer wurde von Unternehmerseite unter Führung des Arbeitgeberhauptverbandes bekämpft. Man hat es mit einem Konzentrationsbetrieb versucht. Es wurde der Betrieb der Firma Jordan dazu ausgesucht. Selbst in den Straßen in der Nähe dieses Betriebes zu stehen wurde von der Behörde verboten. Als ich intervenierte, daß es doch das Recht der Arbeiter sei, Streikposten aufzustellen, erklärte man mir: „Gewiß, Sie haben das Recht nach dem Koalitionsgesetz; aber wir haben die Polizeivorschriften für den Straßenverkehr, und an diese halten wir uns, und wenn nicht bis 12 Uhr die Streikposten verschwinden, dann gibt es vier bis fünf Arretierungen!" (Hört! Hört!) Und der Mann hat Wort gehalten. Wir haben dann beim Polizeipräsidium interveniert. Es sei doch unnötig, den ganzen Häuserblock dort durch so viele Polizeileute abzusperren. Man hat uns versprochen, dies abzustellen; aber am anderen Tage waren wieder 70 Polizisten zur Stelle, um den Platz zu blockieren. Wir haben dann Sukkurs geholt und da hat man sich denn doch auf Verhandlungen eingelassen. Das ist nur ein Beispiel, wie weit die Behörde geht, wenn es gilt, den Arbeitern ihr Recht zu schmälern. Beim Streik bei der Firma C. H. Hirsch ist die Polizei in der brutalsten Weise vorgegangen. Ein Vertrauensmann, der auf einer Seite gelähmt ist, wurde nicht nur von der Wache mißhandelt, sondern sogar noch wegen öffentlicher Gewalttätigkeit angeklagt, und als Genosse Forstner sich die Situation anschauen wollte, wurde er von der Wache beanstandet, angefahren und noch dazu angeklagt und seine Auslieferung verlangt. So geht man vor, um die Arbeiter in ihrem Kampf zu hindern. In Pola hatten wir bei der Tramway eine Aussperrung. Die Genossen hatten den 1. Mai gefeiert. Das war der Tramwaygesellschaft nicht recht und am 2. Mai wurde ausgesperrt. Man ging so weit, nicht nur die Streikbrecher zu bewaffnen, sondern man ließ sogar das Arbeiterheim absperren und den Schlüssel abziehen, um zu verhindern, daß die Arbeiter Versammlungen abhalten. Wir hatten den Seeleutestreik in Triest. Das geht lediglich so, daß bei den Schiffen, die einlaufen, die Matrosen sich nicht mehr frisch anheuern lassen, das heißt keine Arbeit aufnehmen. Drei Tage später war der Triester Hafen von Torpedobooten besetzt. Wir haben bei dem damaligen Handelsminister Dr. Weiskirchner interveniert und er sagte uns, es handle sich nur um die Beförderung der Post und er werde veranlassen, daß allfällige Unzukömmlichkeiten abgestellt werden. Am nächsten Morgen waren die Dampfer des Lloyd mit Matrosen der Kriegsmarine bemannt. Sogar über den Kopf der Landesregierung, des Statthalters von Triest, hinweg ist dies geschehen. Nicht nur die einzelnen Polizeibüttel gehen gegen die Arbeiter vor, sondern, wie das Beispiel zeigt, auch die Regierung direkt. Die Regierung unterstützt denselben Lloyd, der die riesigen Subventionen einsteckt, wenn es gilt, die Aermsten der Aermsten niederzuringen. Man gibt den Arbeitern zur See keine Krankenversicherung. Auf den Luxusdampfern haben sie Quartiere, die eine Schmach sind, aber man hat für sie Torpedoboote, wenn sie um eine bessere Existenz ringen. Auf dem Festland sucht man mit dem Prügelpatent alle Bestrebungen der Arbeiter niederzuringen. So untergräbt man die gesetzlichen Rechte der Arbeiterschaft und behindert sie an der Ausübung des Koalitionsrechtes. Da ist es wohl am Platze, daß wir dagegen unsere Stimme erheben. (Beifall.)

**Zelenka** (Wien): Wenn je ein Verbrechen gegen das Koalitionsrecht begangen wurde, wenn sich je ein Unternehmer profitgierig und schmutzig

einem Bediensteten gegenüber benommen hat, so war es die Gemeinde Wien ihren Bediensteten gegenüber. Es war kein Lohnkampf, es war kein Streik, es war keine Ursache da, die Organisation zu verbieten. Alle Genossen, die vor mir über die Verletzung des Koalitionsrechtes gesprochen haben, hatten für die Schmälerung des Koalitionsrechtes wenigstens die eine Erklärung anzuführen, daß sie im Kampf gestanden hatten. Das war aber bei der Gemeinde Wien nicht der Fall. Sie hat einfach den Straßenbahnern die Gewerkschaft verboten und erklärt, daß es niemand erlaubt sei, dem Verein anzugehören und das Fachblatt zu lesen, im Dienste wie außer dem Dienste, sei es auch nur in seiner Wohnung zu Hause. Unzählige Angestellte und selbst definitiv Angestellte, die jahrzehntelang der Gemeinde Wien gedient haben, wurden ohne Ursache hinausgeworfen. Ich war mit einer Deputation beim Bürgermeister Neumayer, um als Wortführer wegen Anerkennung des Fachvereines vorzusprechen. Ich kann nur sagen, daß ich erstaunt war, in welcher Art und Weise der Bürgermeister uns gegenübertrat und wie er mit uns sprach. Er hat wahrlich wenig Bildung und wenig feines Benehmen verraten. Das Koalitionsrecht ist das wichtigste Recht, das die Gewerkschaften brauchen, und ich sage Ihnen, es wird uns nichts übrig bleiben als Kampf auf der ganzen Linie, und je früher, je besser. So wichtig unsere Aktion gegen den Krieg, so wichtig unser großer Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, so wichtig ist auch dieser unser Kampf um die Koalitionsfreiheit. (Beifall.) Wenn Arbeiter auf sechs Wochen eingesperrt werden, bloß weil sie ihren Kollegen sagen: Du darfst nicht Streikbruch üben, dann müssen auch Leute bestraft werden wie der Direktor Spängler. Ich möchte die Gewerkschaftsleitung auffordern, gegen diesen Direktor Spängler die Anzeige zu erstatten und ihn zu belehren, daß es nicht angeht, die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter mit Füßen zu treten. Es muß den Herren von der Regierung klargemacht werden, daß wir nicht nur da sind, die Pflichten des Staatsbürgers zu erfüllen, sondern auch ein Recht haben, der Genüsse des Staates teilhaftig zu werden. Es geht nicht an, daß wir dem Staate Militärdienste leisten und indirekte Steuern zahlen, während die Faulenzer aus dem Schweiße des Arbeiters reich und fett werden. Nur ein energischer Kampf gegen die Regierung, gegen die Unternehmer und die in ihrem Dienste stehenden bürgerlichen Parteien kann die Rechte der Arbeiter sicherstellen. (Beifall.)

Abgeordneter **Müller:** Der Punkt über das Koalitionsrecht ist wohl unter allen Beratungsgegenständen der wichtigste. Wir haben schon aus der Debatte entnommen, wie viele Uebergriffe gegen das Koalitionsrecht begangen wurden. Was für alle Arbeiterkategorien in dieser Beziehung gilt, gilt insbesondere für die Eisenbahner und für alle Angestellten des öffentlichen Verkehrs, der öffentlichen Betriebe im Staat, im Lande und in der Gemeinde. Die Eisenbahner hatten vor zwanzig Jahren ein fiktives Koalitionsrecht, weil ihre Pflichten lediglich nur in der Dienstordnung niedergelegt waren und weil diese Dienstordnung bestimmte, inwieweit sie von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen dürfen. Wir haben durch die Organisation durchgesetzt, daß das Gesetz höher gestellt werde als die Dienstordnung. Wir haben von diesem Rechte zum Nutzen der Angestellten Gebrauch gemacht und eine ganze Reihe Vorteile erobert. Nun aber trachtet die Regierung und mit ihr der ganze Klüngel der bürgerlichen Abgeordneten, die Vertreter der Handels- und Gewerbekammern, gerade den Verkehrsbediensteten das Koalitionsrecht einzuschränken. Die Handelskammern und die organisierten Scharfmacher haben der Regierung und dem Parlament in einer Petition nahegelegt, das Koalitionsrecht speziell der Eisenbahner einzuschränken. Die Regierung hat sich jedoch nicht getraut, ein besonderes Ausnahmsgesetz für die Verkehrsbediensteten zu machen, und hat diese Einschränkung des Koalitionsrechtes der Verkehrsbediensteten in den neuen Strafgesetzentwurf aufgenommen. In diesem Strafgesetzentwurf ist

ein eigenes Hauptstück (XXXIV.) enthalten, das sich lediglich mit dem Koalitionsrecht der Eisenbahner und aller Angestellten in öffentlichen Diensten beschäftigt. Würden nur drei Paragraphe davon, und zwar 163, 430 und 431, Gesetzeskraft erlangen, dann wäre den Eisenbahnern jede Organisationsmöglichkeit, jede Lebensmöglichkeit unterbunden, aber nicht nur den Eisenbahnern, sondern allen Angestellten in öffentlichen Betrieben. Für das Arbeitspersonal ist die Erhaltung des gegenwärtigen gesetzlichen Zustandes eine Lebensfrage. Ich will Ihnen zur Charakteristik drei dieser Paragraphe, wie sie im Gesetz stehen, anführen. Der § 430 lautet: „Wer den Betrieb einer dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahn, einer Beleuchtungsanlage, Feuersignalleitung, der öffentlichen Post, des öffentliche Telegraphen oder Telephons gefährdet oder stört, wird mit Gefängnis von einer Woche bis zu einem Jahr bestraft." Es wird darin nicht gesagt, daß nur jener, der in boshafter Absicht den Verkehr gefährdet oder stört und Menschen oder Güter in Gefahr bringt, daß nur ein solcher boshafter Mensch bestraft wird, dagegen würde sich ja niemand auflehnen. Dieser Paragraph will etwas ganz anderes. Wie ist juristisch der Begriff der Gefährdung und Störung aufzufassen? Würde nur dieser Paragraph allein, ganz abgesehen von den Paragraphen 331 und 163, Gesetzeskraft erhalten, so könnte je nach Bedarf die Pflichterfüllung ebenso bestraft werden wie die Pflichtverletzung. Wenn die Eisenbahner in Hinkunft von ihren Vorschriften Gebrauch machen, ihren Dienst gemäß den Instruktionen versehen, aus welcher Absicht immer, sei es um ihre Lebenshaltung zu verbessern oder auch nur um ihre geraden Glieder zu schonen, dann wird man sie anklagen, sie hätten versucht, den Betrieb zu stören, und man wird sie bis zu einem Jahr Kerker bestrafen können, auch wenn gar kein Schaden dabei entstanden ist und jede boshafte Absicht von vornherein ausgeschlossen war. Sollten aber bei einer solchen Störung Menschen in Mitleidenschaft gezogen werden, zum Beispiel, daß ein Zug nicht rechtzeitig abfahren kann, so könnte dann der Schuldige nach dem zweiten Absatz des § 131 fünf Jahre Kerker bekommen. Sie werden begreifen, daß es sich hier um ein Lebensinteresse der Eisenbahner und ihrer Organisation handelt und daß wir deshalb alles aufbieten müssen, die ganze Arbeiterschaft über die schwere Gefahr ihrer Brüder, die in diesem Gesetz enthalten ist, zu unterrichten. Ein ebenso gefährliche Fußangel enthält der § 163 für die Bediensteten des Staates, Landes und der Gemeinde. Wer künftighin in einer Druckschrift oder öffentlichen Versammlung oder vor einer Menschenmenge dazu auffordert oder es anpreist, Pflichten nicht nachzukommen, die sich aus einem Gesetz, einer Verordnung, Anordnung einer öffentlichen Behörde oder Dienstvorschrift ergeben, wer eine Verbindung zu dem Zweck gründet, solche Pflichten nicht zu erfüllen, oder wer für sie Mitglieder wirbt, wird wegen Vergehens mit Gefängnis oder Haft von drei Tagen bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe von zwanzig bis zweitausend Kronen bestraft. Wenn die Eisenbahner zusammentreten und beraten: Wir haben jetzt alle Bittgänge unternommen, wir haben alle legislativen Maßnahmen angewendet, wir haben vergeblich versucht, unsere bescheidenen und möglichen Wünsche durchzusetzen, und kommen zu der Ansicht, ob nicht vielleicht der instruktionsgemäße Dienst das geeignetste wäre, unsere Forderungen durchzusetzen, dann werden wir mit Gefängnis oder Haft von drei bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafen von zwanzig bis zweitausend Kronen bestraft, denn es hatte nach dem zitierten Paragraph die Absicht bestanden, den Betrieb zu stören. Dann wäre dem Personal jede Möglichkeit benommen, in unseren Blättern Mißstände aufzudecken, Mittel und Wege anzugeben, wie man die Uebelstände beseitigen könnte; kurz, unsere Hände wären gebunden. Im Motivenbericht der Regierung wird es ganz deutlich ausgesprochen, daß man nicht etwa Störungen im Verkehr beseitigen will, sondern daß man die Kassen der Bahnverwaltung unter gesetzlichen Schutz stellen will gegen die Bediensteten. Es sollen also die Bahnen vor den Bediensteten dadurch

geschützt werden, daß man diesen das Koalitionsrecht vollständig nimmt, damit der Profit nicht darunter leide. Die Regierung sagt im Motivenbericht weiter, daß die Hemmung des Betriebes, wie sie sie jetzt unter Strafe setzen will, etwas ganz anderes ist als das bisherige Verbrechen. Alle öffentlichen Betriebe, Bahnen, Wasserwerke, Telephon, Schiffahrt sollen unter einen besonderen Schutz gestellt werden. Aber nicht bloß vorsätzliches Handeln soll bestraft werden, sondern auch die Nichtvollziehung eines Dienstvertrages. Das ist bisher eine Disziplinarsache gewesen und ist mit Geldstrafen von zwei Kronen oder mehr geandet worden. Künftig soll der Staatsanwalt bei Dienstvergehen eingreifen können. Wenn ein Bediensteter seinen Zug verschläft, und nicht wegfahren kann, so kann das auf der ganzen Linie den Verkehr hemmen und der Staatsanwalt kann einen dann auf sechs Monate einsperren lassen. Ich habe deshalb einen Erweiterungsantrag zur vorliegenden Resolution gestellt, der die Eliminierung der §§ 163, 430 und 431 des Strafgesetzentwurfes fordert. Wenn den in den öffentlichen Betrieben Beschäftigten das Koalitionsrecht genommen wird, ist das die Wegnahme des Rechtes auf bessere Wohnung, auf Nahrung und der Verzicht auf jeden sozialen Aufstieg. Ich bitte daher die Vertrauensmänner der Partei, in allen Orten, wo Eisenbahner sind, sie aufmerksam zu machen, welche Gefahren ihnen drohen und sie rüstfähig zur Abwehr machen. (Beifall.)

**Schrammel** (Wien): Niemand ist im Zweifel, daß, je mehr sich die Unternehmerorganisation entwickelt, desto stärker der Klassenkampf wird, desto mehr bemühen sich auch die Behörden, die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft zu schikanieren. Wir verlangen nicht Wohlwollen von den Behörden; was wir verlangen, ist, daß die Behörden die Gesetze einhalten, wie sie es von uns verlangen. Die Arbeiterschaft hat kein anderes Mittel, sich höhere Lebenshaltung zu verschaffen, als die Vereinigung. Die Herren Industriellen und alle, die von der Ausbeutung leben, haben es, wenn sie mehr Geld wollen, sehr einfach. Wälzen sie doch auch die Steuern auf die Konsumenten ab. Man kommt immer mit der Phrase, es sei nicht möglich, mehr Arbeiterschutz zu geben, denn die Interessen der Industrie verbieten es. Was ist nun wichtiger: den Menschen zu schützen oder der Profit? Man weiß ganz genau und überall, daß die Arbeit in der chemischen Industrie furchtbar schwer ist, man kennt die Krankheiten, die aus ihr entstehen, und will doch nicht die Arbeitszeit in den kontinuierlichen Betrieben verkürzen. Wenn man mit den Herren im Handelsministerium über diese Notwendigkeit spricht, erkennen sie sie an, fügen aber hinzu, es gehe nicht im Interesse der Industrie. Genosse Schuhmeier hat in der Delegation einen Antrag betreffend die Arbeitsverhältnisse der Pulverarbeiter eingebracht. Es wurde auch eine Resolution beschlossen, aber ich bin überzeugt, daß es bei diesem Beschluß bleiben wird, weil die Unternehmer sich dagegen wehren, daß der Staat die Arbeitszeit verkürze. Daß die Behörden so sehr das Unternehmerinteresse befolgen, ist nicht bloß eine Sorge der Gewerkschaften und eine Sache der Unterstützung der Gewerkschaften durch die Partei, sondern eine Sache der ganzen klassenbewußten Arbeiterschaft. Es ist falsch, von Partei und Gewerkschaft zu sprechen, als ob sie nicht eins wären. Es gibt nur eine sozialdemokratische Arbeiterpartei, die sich der verschiedenen Organe bedient, um für das Proletariat günstige Lebensbedingungen zu schaffen. In unserem Programm heißt es auch: Das Proletariat zu organisieren, es kampffähig zu machen, sind unsere Aufgaben. Da gibt es keine Trennung, da gibt es nur ein gemeinsames Arbeiten. Es ist sehr wichtig, daß wir besprechen, was gegen die Verschlechterung des Koalitionsrechtes und für den Ausbau des Arbeiterschutzes geschehen muß. Eine Industrie, die nur bestehen könnte durch den Massenmord an den Arbeitern, wäre wert, daß sie zugrunde geht. Wir wissen aber, daß, wenn das Koalitionsrecht gewahrt und die Arbeitsverhältnisse gebessert werden, die Industrie nicht zugrunde gehen, sondern um so besser gedeihen wird. Was man gegen

uns tut, geschieht nicht im Interesse der Industrie, sondern des Geldsacks der Fabrikanten. Wenn wir überall tüchtig im Sinne der Resolution arbeiten und die Arbeiter mehr für ihre wichtigsten Angelegenheiten interessiren werden, wird es auch in Oesterreich nicht möglich sein, den sozialen Fortschritt abzuhalten. (Beifall.)

Emmy Freundlich (Wien): In der Resolution des Genossen Bauer fehlt eine Forderung, die für die Arbeiterinnen Oesterreichs von außerordentlicher Bedeutung ist, nämlich nach dem freien Samstagnachmittag. Wenn wir heute über die Arbeitszeitverkürzung sprechen, können wir nicht daran vorübergehen, daß für die gewerblichen Arbeiterinnen die Sonntagsruhe nur nach dem Gesetz besteht, aber in Wirklichkeit nicht, weil die Arbeiterinnen, solange sie den ganzen Samstag arbeiten müssen, nicht imstande sind, aus dem Sonntag einen wirklichen Ruhetag zu machen, weil sie an diesem Tag ihre häuslichen Arbeiten verrichten müssen, die im Laufe der Woche zurückgeblieben sind. Es ist auch gerade in der Frage des freien Samstagnachmittags ein Präjudiz geschaffen worden. 38.000 in der österreichischen Tabakindustrie beschäftigte Arbeiterinnen sind schon seit dem 1. Jänner 1911 im Besitz des freien Samstagnachmittags. Gerade die Tabellen, die die österreichische Tabakregie veröffentlichte, geben den Beweis dafür, daß durch den freien Samstagnachmittag keine Schädigung der Industrie eingetreten ist, obwohl die Zahl der Arbeiterinnen zurückgegangen ist, wird mehr produziert. Es werden seither 1700 Arbeiterinnen weniger beschäftigt als vor der Einführung des freien Samstagnachmittags und trotzdem werden alljährlich um viele Millionen mehr Zigarren und Zigaretten erzeugt. Es gibt weiter eine ganze Reihe anderer Länder, die den freien Samstagnachmittag auch für die Arbeiterinnen eingeführt haben. In Deutschland ist es durch den Kampf der Gewerkschaften möglich geworden, daß der freie Samstagnachmittag für einen großen Teil der Arbeiterinnen erreicht worden ist. Auch die Union der Textilarbeiter in Oesterreich hat eine Verkürzung der Arbeitszeit an Samstagnachmittagen dadurch erreicht, daß in vielen Betrieben, in denen früher um 5 Uhr die Arbeitszeit endete, jetzt die Arbeitszeit schon um 4 Uhr ihr Ende erreicht. Wir müssen trachten, daß alle gewerblichen Arbeiterinnen in Oesterreich den freien Samstagnachmittag bekommen. Ich habe deshalb keinen Antrag gestellt, weil ich es für selbstverständlich gehalten habe, daß Genosse Dr. Bauer diesen Antrag in seine Resolution aufnehmen wird. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir uns erst seit einigen Jahren der Segnungen einer selbständigen Frauenorganisation einer bestimmten Arbeiterinnenkategorie erfreuen. Auch die Dienstmädchen, die auch eine Art Arbeitsbuch haben, das Dienstbotenbuch, welches genau so wie das Arbeitsbuch zu einem Steckbrief für die Arbeiterin werden kann, müssen wir schützen. Das Dienstbotenbuch ist schon in den meisten Staaten abgeschafft. Wenn wir es in Oesterreich den Landtagen überlassen müssen, die Dienstbotenfrage zu regeln, so ist das natürlich ein Nachteil. Das Dienstbotenbuch ist geradeso wie das Arbeitsbuch geeignet, die Arbeiterin in ihrem wirtschaftlichen Kampf zu schädigen. Es ist daher notwendig, daß wir auch der Frage der Abschaffung des Dienstbotenbuches unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung müssen wir mehr als bisher in den Vordergrund unserer Agitation stellen. Wenn die Parteivertretung und die Gewerkschaftskommission darüber beraten werden, in welcher Weise die sozialpolitische Gesetzgebung zu ordnen ist, so darf auch nicht vergessen werden, daß auch die Arbeiterinnen eines dringenden Schutzes in Oesterreich bedürfen. Wir müssen immer wieder hervorheben, daß das einzige Recht der Arbeiterin, welches ihr die bürgerliche Gesetzgebung dieses Klassenstaates gegeben hat, das Recht der Koalition ist. Wir müssen alles daransetzen, die Arbeiterinnen der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen, und dies in jeder Weise fördern. Die Zunahme der erwerbenden Frauen in Oesterreich ist eine ungeheuer große. Nach den Veröffentlichungen der letzten Volkszählung wird man

sehen, daß das weibliche Element eine hervorragende Rolle spielt. Ich bitte daher die Genossen und Genossinnen, bei der Agitation für die sozialpolitische Gesetzgebung alle diese Fragen, die uns durch die Resolution zur Propaganda übergeben werden, an die Frauen nicht zu vergessen, sondern mit allem Nachdruck und aller Energie für die Aufklärung der Arbeiterinnen in diesem Sinn zu arbeiten. (Beifall.)

Lehnert (Asch): Es hat in Oesterreich eine Zeit gegeben, wo das geflügelte Wort von galizischen Zuständen sozusagen aktuell war. Obwohl wir seither eine ziemliche Reihe von Jahren zurückgelegt haben, finden wir, daß es heute in Oesterreich immer noch Gebiete gibt, in denen galizische Zustände herrschen. Ich meine damit insbesondere den westlichen Teil von Böhmen, der zwischen der sächsischen und der bayrischen Grenze liegt. Dort herrschen heute wirklich noch echt galizische Zustände in Bezug auf das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft. Im letzten Jahr ist auf diesem Gebiet ein derartiger Rückschlag eingetreten, daß man sich unwillkürlich fragen muß, ob es nicht ein direkter Befehl von oben gewesen ist, der diese Zustände herbeigeführt hat. Denn alle maßgebenden Faktoren gehen mit der größten Brutalität und Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter vor. In den letzten Monaten ist eine ganze Reihe von Verurteilungen von einzelnen Genossen bloß deswegen erfolgt, weil sie Streikbrecher in etwas ungeschickten Worten ermahnt haben, nicht Streikbrecherdienste zu leisten. Monatelange Kerkerhaft, mit Fasttagen verschärft, wurde über diese Genossen verhängt. Reichsdeutsche Streikbrecheragenten, die mit scharfgeladenen Revolvern die Straßen durchwandert haben, ließ man vollständig unbehelligt. Wir haben die Gendarmen auf die Streikbrecheragenten aufmerksam gemacht und ihnen mitgeteilt, daß sie scharfgeladene Revolver in der Tasche haben. Die Gendarmen haben jedoch erklärt, das gehe sie nichts an. Erst auf Grund unserer Intervention bei der Polizeibehörde ist es möglich geworden, diese Streikbrecheragenten mit den geladenen Revolvern unschädlich zu machen. Dabei aber verbieten die Gendarmen das Streikpostenstehen sowohl in Asch als auch in Eger. Skandalös ist das Benehmen der Herren beim Egerer Kreisgericht. In Asch haben wir auf dem Gebiet des Koalitionsrechtes bei den Bezirksgerichten eine ziemliche Erziehungsarbeit geleistet, aber in Eger werden Urteile gefällt, wie sie im letzten galizischen Städtchen nicht vorkommen. Dort können die Urteile nicht drakonischer, nicht mehr von Haß gegen die Arbeiterschaft erfüllt sein als in Eger. Drei, vier bis fünf Monate Kerker prasseln nur so auf die angeklagten Arbeiter herunter. Die Herren Richter sind sehr geneigt, auf jedes Wort gegen einen Christlichsozialen oder Deutschnationalen die härtesten Strafen aufzuerlegen. Bei dem jetzigen Streik in dem Brunnerwerk für Fahrräder, wo der Direktor der Fabrik den Streik provoziert hat, um die Organisation zu zertrümmern, hat man unsere Genossen, die dort Streikposten gestanden sind, sofort verhaftet. Aber auch im Ascher Bezirk geht man gegen die Arbeiterschaft überaus drakonisch vor. Insbesondere bei Flugblattverteilungen, wie es zuletzt in Roßbach geschah, werden unsere Genossen verhaftet. Deutschnationale spionieren herum und hetzen die Gendarmen auf unsere Genossen, welche ganz einfach eingesperrt wurden, und erst auf unsere Intervention, wobei wir erklärt haben, daß wir uns telegraphisch an das Justizministerium wenden werden, wurden unsere Genossen wieder freigelassen. Wir müssen konstatieren, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter gegenwärtig die äußersten Gefahren zu bestehen hat. Es werden systematisch von oben herab Winke gegeben, das Koalitionsrecht einzuschränken aus Furcht vor der Erstarkung der gewerkschaftlichen Organisationen. Man treibt die Arbeiter in einen verzweifelten Kampf, versucht sie einzuschüchtern und mutlos zu machen. Wir müssen mit der größten Energie allen Behörden und der Regierung zeigen, daß wir durch die Erstarkung unserer Organisation und durch unser inniges Zusammenwirken unser Recht bis zum letzten Blutstropfen verteidigen werden.

**Friedmann** (Wien): Der Innsbrucker Parteitag hat das Organ der Organisation der Handels- und Gewerbetreibenden als Parteiorgan anerkannt und deshalb hat die Parteileitung der Redaktion das Recht eingeräumt, einen Delegierten zu entsenden. Ich muß auch den Dank dafür aussprechen, daß der Parteitag in so energischer Weise für das Koalitionsrecht eintritt. Nicht alle Kleingewerbetreibenden sind Scharfmacher, die das Koalitionsrecht als für sie schädlich erachten. Es ist nicht nur eine dringende Notwendigkeit für die Arbeiterschaft, sondern auch für die Kleingewerbetreibenden. In dem Augenblick, wo es zertrümmert wird und die Großkapitalisten in der Lage wären, die Löhne tief herabzudrücken, hätte auch die letzte Stunde für viele Kleingewerbetreibenden geschlagen. Die Zeiten haben sich auch in anderer Weise geändert, denn es sind doch auch die Söhne und Töchter der heutigen Kleingewerbetreibenden, die gezwungen sind, zum Großkapitalisten in die Arbeit zu gehen, und wie jeder andere Arbeiter das Interesse haben, höhere Löhne zu erringen. Aber weil auch die Lage der Kleingewerbetreibenden immer schwieriger wird, ist es auch für die heutigen Kleingewerbetreibenden eine Lebensfrage, daß das Koalitionsrecht erhalten bleibe, denn morgen können sie es selbst schon für sich gebrauchen müssen. Darum begrüßt nicht nur der noch kleine Kreis von Gewerbetreibenden, den ich vertrete, sondern der größte Teil der Kleingewerbetreibenden überhaupt, die mit uns bestimmt eines Sinnes sind, alle Aktionen zur Sicherung des Koalitionsrechtes. Die organisierten Kleingewerbetreibenden haben gewiß ihre Pflicht als Parteigenossen in jeder Richtung zu erfüllen getrachtet, was ich durch Tatsachen dartun kann.

**Vorsitzender** (unterbrechend): Das gehört nicht zur Sache.

**Friedmann:** Wenn dem so ist, so füge ich mich der Präsidialgewalt, doch behalte ich mir vor, für den nächsten Parteitag Anträge zu stellen, in deren Beratung einzugehen ich bitten werde. (Bravo.)

## Schlußwort der Referenten.

Referent **Beer** (Schlußwort): So erfreulich die Debatte war, weil sie von dem großen Interesse zeigt, das der Parteitag an dem Koalitionsrecht nimmt, so beschämend ist sie für die österreichische Regierung, für die österreichische Verwaltungspraxis, da eine Reihe von Tatsachen aufgedeckt wurde, die meines Erachtens nicht einmal in dem brutalen Klassenstaat Deutschland möglich sind. Es wurde aufgedeckt, wie Recht und Gesetz gebrochen werden, wenn der soziale Aufstieg erschwert werden soll. Aber so berechtigte Anklagen hier gegen Regierung und Behörden und Gericht mit Recht erhoben werden mußten, so wenig scheint es mir einem sozialdemokratischen Parteitag ganz zu entsprechen, daß wir die Unternehmer allein verantwortlich machen. Wir können begreifen, daß die Unternehmer sich gegen die Ansprüche der Arbeiterorganisationen wehren, sonst wäre doch der Klassenkampf nicht begreiflich. Aber wer verantwortlich gemacht werden muß, sind die Behörden, und es ist kein Zweifel, daß gerade unter Hochenburger in den Fällen, die die Arbeiter berühren, die ungeheuerlichsten Urteile gefällt werden. Hochenburger ist nichts als der Großsiegelbewahrer des scharfmacherischen Unternehmertums. Er betrachtet sein Amt von diesem Gesichtspunkt aus, wie er dem Unternehmertum nützen, der aufstrebenden Arbeiterschaft schaden kann. Wir müssen unser Augenmerk auf die Regierung richten, weil hier ein systematisches Vorgehen festzustellen ist. In der letzten Zeit ist es authentisch bekannt geworden, daß das Silberne Kreuz sich mit der Vermittlung von Streikbrechern befaßt, und der Kriegsminister hat daran nichts geändert. Trotz seiner Erklärung müssen wir konstatieren, daß auch nachträglich Streikbrechervermittlungen erfolgt sind. Der Kriegsminister hat gesagt, er könne nicht bekanntmachen, daß gestreikt wird, denn das wäre eine offenbare Parteinahme. Ich will nur darauf aufmerksam machen, daß im Staate Massachusetts in Nordamerika am 25. April 1910 ein Gesetz in

Kraft getreten ist, das bestimmt: Wenn ein Arbeitgeber während eines Streiks, einer Aussperrung oder sonstigen Unterbrechungen, durch Annoncen in den Zeitungen, durch Anschlag oder auf sonst eine Weise, oder durch eine andere Person auffordern läßt, an Stelle der Streikenden zu treten, so muß er offen und ausdrücklich angeben, daß in seinem Betrieb ein Streik, eine Aussperrung oder eine sonstige Arbeitsunterbrechung besteht. Der § 2 bestimmt, daß die Uebertretung des Gesetzes mit Geldstrafe bis zu hundert Dollar geahndet wird. Ich glaube, wenn in einem Lande, wo der Kapitalismus die größte Macht besitzt, ein solches Gesetz möglich ist, kann man vom österreichischen Kriegsminister verlangen, dann, wenn schon der löbliche Gebrauch geübt wird, austretenden Soldaten mitzuteilen, wo Arbeitsgelegenheit ist, sie auch zu unterrichten, wie diese Arbeitsgelegenheit beschaffen ist. Wir wenden uns nicht gegen die Vermittlung, sondern dagegen, daß den Arbeitern bewußt verschwiegen wird, daß sie in einem Betrieb arbeiten sollen, wo die Arbeiter um ein größeres Stück Brot ringen. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube, es wäre ein wichtige Aufgabe der sozialpolitischen Sektion, mit großem Ernste gerade den Lauf dieser Dinge zu verfolgen und die entsprechenden Maßnahmen zu treffen und alles zu beobachten, was sich auf diesem Gebiet ereignet. Ich möchte hier auf einen gelinden Tadel zurückkommen, der vom Genossen Karpeles ausgegangen ist. Er hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich den Sektionschef Mataja nicht entsprechend in seinen Handlungen kritisiert habe. Ich berufe mich darauf, daß ich ausgeführt habe, ich sei der Meinung, daß die Sektion unter Führung des Sektionschefs Mataja schläft. Ich bin der Auffassung, daß eine schärfere Kritik als die, wenn man gegen Mataja den Vorwurf erhebt, daß er schläft, nicht gut denkbar ist. Ueberdies schließe ich mich der durchaus berechtigten Kritik des Genossen Dr. Karpeles vollkommen an. Die Debatte, die abgeführt wurde, hat den Beweis erbracht, daß der Parteitag diesem Gegenstand der Tagesordnung jene große Bedeutung zugemessen hat, die ihm zukommt. Es ist zu meiner Resolution nur ein Abänderungsantrag eingebracht worden. Ich halte ihn für überflüssig, nachdem der Tenor meiner ganzen Resolution sich gegen alle Verschlechterungen des Koalitionsrechtes ohne Ausnahme wendet. Aber ich bin durchaus nicht gewillt, die große Wichtigkeit des Zusatzantrages der Eisenbahner zu verkennen, und bitte Sie, auch diesen Zusatz anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Bauer** (Wien): Die Genossin Freundlich wünscht, daß in meine Resolution eingeschaltet werde die Forderung nach einem gesetzlichen freien Samstagnachmittag für Arbeiterinnen. Ich habe diese Sache nicht besonders betont, weil mit dem Worte Zehnstundentag alles das gesagt sein sollte, was zu dieser Frage gehört. In das Gesetz müßte auch natürlich die Verkürzung am Samstagnachmittag hineingehören. Es schadet nichts, wenn das in der Resolution neuerlich betont wird. Es wird dadurch der Sache größerer Nachdruck verliehen. Ich schlage vor, diese Forderung in die Resolution einzuschalten, und zwar nach dem Worte „Bergbau" zu sagen, den „freien Samstagnachmittag für alle in gewerblichen Betrieben tätigen Arbeiterinnen". Damit soll dem Wunsche der Genossin entsprochen sein. Ebenso bitte ich, der Resolution der Angestellten des Handelsgewerbes, die von den Genossen Bermann, Klein und Forstner gestellt wurde, ebenfalls zuzustimmen. Was das Koalitionsrecht betrifft, so bitte ich, solche auffallende Einzelheiten, wie wir sie in großer Zahl hier erzählen hören, uns im Parlament immer mitteilen zu wollen. Wir hörten viele auffallende Angelegenheiten, von denen wir bisher keine Kenntnis hatten. Wir bitten die Genossen, die sozialdemokratischen Abgeordneten oder den Klub im Parlament brieflich zu unterrichten und genaue und verläßliche Angaben zu machen. Die Angaben müssen genau sein, damit wir die Regierung zur Verantwortung ziehen können. Die kleinste Ungenauigkeit liefert den Ministern und den Sektionschefs vortreffliche Ausreden und gibt ihnen Gelegenheit, zu sagen, daß unsere Erzählungen nicht wahr seien. Wir können uns selbstverständlich nicht darauf

verlassen, daß die Fraktion alle Arbeiten für ein besseres Koalitionsrecht allein machen kann. Sie müssen alle mithelfen. Von anderer Seite haben wir keine Hilfe. Viele der heute hier erzählten Angelegenheiten würden in jedem Kulturland großes Aufsehen erregen. Würden in Deutschland solche Dinge erzählt wie hier, so wären sie der Gegenstand der größten öffentlichen Diskussion. Ab und zu finden sich in Deutschland auch noch Gelehrte, wenn auch keine jungen, so doch solche der älteren Generation, wie Brentano, die solche Gegenstände öffentlich behandeln, oder es finden sich auch Parteien, die sich darum kümmern. Dort ist es verhältnismäßig leicht, das Interesse der Oeffentlichkeit zu gewinnen. In Oesterreich ist das ungleich schwerer. Es gibt niemand außerhalb unserer Reihen, der über die Fragen des Koalitionsrechtes irgendein Wort verlieren möchte. Es gibt niemand im großen bürgerlichen Lager, und auch die Gelehrten und Professoren an unseren Hochschulen haben andere Dinge zu tun. Es gibt auch keine Parteien, die soviel Interesse aufbringen wie deutsche bürgerlichen Parteien. Hinter den großen deutschen Parteien stehen Arbeiter, welche das gleiche fordern. Hier aber sind wir angewiesen auf unsere eigene Kraft. Und wir müssen die Oeffentlichkeit interessieren durch systematische Propaganda und Agitation. Darum ist die Debatte notwendig und nützlich gewesen. Ich hoffe zum Schluß, daß sie nicht auf diesen Saal beschränkt bleibt, sondern von hier aus eine ständige, planmäßige Propaganda für den Ausbau des Arbeiterschutzes hinausgeht. (Lebhafter Beifall.)

Es werden nun die von den Referenten beantragten Resolutionen mit den von den Referenten empfohlenen Zusatzanträgen angenommen. Diese beiden Resolutionen haben folgende Fassung:

**Die Bedrohung des Koalitionsrechtes.**

Ausgehend von der Erwägung, daß das Koalitionsrecht die stärkste Waffe zur Erkämpfung günstigerer Arbeitsbedingungen, zur Verbesserung der ökonomischen Lage, also auch zur Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeiterschaft ist, und geleitet von der Erfahrung, daß die besitzenden Klassen und ihre Verwaltungsorgane alles aufbieten, um dieses wichtigste Recht der Arbeiterklasse durch Rechtsbeugung, durch Gesetzesverletzung, durch Polizeiwillkür zu schmälern, ja sogar zu vernichten, beschließt der Parteitag die Einleitung einer energischen rast- und rücksichtslosen Aktion zur Beseitigung aller Fesseln des Koalitionsrechtes und fordert, daß die Beobachtung der auf das Koalitionsrecht bezughabenden gesetzlichen Vorschriften durch die politischen Behörden um jeden Preis erzwungen werde.

Der Parteitag verlangt daher:

1. die Abschaffung des Arbeitsbuches;

2. die Beseitigung der im § 85 der Gewerbeordnung enthaltenen, dem Grundsatze der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze hohnsprechenden Bestimmung, daß der Kontraktbruch des Arbeiters eine Uebertretung der Gewerbeordnung begründe;

3. die Erlassung einer Ministerialverordnung an alle politischen Behörden, in der ihnen die Belehrung erteilt wird, daß das bloße Aufstellen von Streikposten nach dem geltenden Gesetz zulässig ist; daß es den Behörden daher streng untersagt werde, Streikposten, solange sie sich keiner ungesetzlichen Handlung schuldig machen, zu belästigen, geschweige denn sie zum Verlassen ihres Postens aufzufordern oder sie gar, wie es täglich vorkommt, zu verhaften und nach dem Prügelpatent zu bestrafen;

4. die Schaffung eines Gesetzes zur Regelung des Mietverhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern, denen Arbeiter- oder Werkwohnungen in der Absicht überlassen werden, um ihnen die Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich zu machen oder wesentlich zu erschweren;

5. ohne Rücksicht auf die geplante Reform des Strafgesetzes die sofortige Abänderung der strafgesetzlichen Bestimmungen über Erpressung und gefährliche Drohung (§§ 98 und 99 St.-G.), die seit sechs Jahren gegen den Wortlaut des Gesetzes mit klassenbewußter Brutalität auf Arbeiter angewendet werden, welche aus den edelsten Motiven im Interesse ihrer Organisation tätig sind; die Abänderung der §§ 98 und 99 des Strafgesetzes hat in dem Sinne zu erfolgen, daß sie nur dann anwendbar sein dürfen, wenn es sich um gewinnsüchtige Motive handelt, daß aber unter allen Umständen straflos bleiben muß die bloße Warnung vor einem Uebel,

von dem der Genötigte weiß oder ohnehin wissen muß, daß es eintreten werde, wenn die geforderte Handlung, Duldung oder Unterlassung nicht erfolgt;

6. die Elimierung der §§ 163, 430 und 431 aus dem Regierungsentwurf zur Reform des Strafgesetzes, die eine vollständige Vernichtung des Koalitionsrechtes der Eisenbahner und der Angestellten aller öffentlichen Betriebe bedeutet.

Der Parteitag beauftragt den Deutschen sozialdemokratischen Klub des Abgeordnetenhauses, zur Lösung der vorstehenden Aufgaben alles Zweckdienliche unverzüglich zu unternehmen und mit allen wie immer gearteten parlamentarischen Mitteln die Erfüllung dieser Forderungen durchzusetzen.

Der Parteitag beauftragt endlich die Parteivertretung, diese Aktion der sozialdemokratischen Abgeordneten durch eine mächtige, ununterbrochene Agitation in ganz Oesterreich zu unterstützen.

**Das Parlament und der Arbeiterschutz.**

Der Parteitag stellt fest, daß jeder Fortschritt der Arbeiterschutzgesetzgebung an der passiven Resistenz der Regierung, an der Obstruktion der bürgerlichen Parteien und an dem Streik des Herrenhauses scheitert. Nur aus eigener Kraft kann sich die Arbeiterklasse den Ausbau der Arbeiterschutzgesetze erzwingen. Der Parteitag verpflichtet daher die Parteivertretung, den Klub der Abgeordneten, die Parteipresse und die Organisationen, mit begeistertem Eifer den Kampf für die Arbeiterschutzgesetzgebung fortzusetzen, eine planmäßige Agitation für sie rastlos zu betreiben, ihre Gegner immer wieder vor den Wählermassen an den Pranger zu stellen und, wenn der Widerstand der Arbeiterfeinde im Abgeordnetenhause und im Herrenhause nicht gebrochen werden kann, in einem geeigneten Augenblick die Arbeitermassen selbst zum Kampfe für den Arbeiterschutz zu rufen.

Als die allernächsten Ziele dieses Kampfes stellt der Parteitag fest: Die baldigste Vollendung der Sozialversicherung unter Festhaltung der von den Krankenkassentagen beschlossenen Grundsätze; den zehnstündigen Höchstarbeitstag für alle Gewerbebetriebe, den achtstündigen Höchstarbeitstag für die ununterbrochenen Betriebe und für den Bergbau; wirksamen Schutz der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter gegen die Gefahr der Betriebsunfälle und Gewerbekrankheiten, insbesondere auch durch Anordnung des sanitären Maximalarbeitstages; die Erlassung eines Bäckerschutzgesetzes, das keinesfalls hinter den Beschlüssen des Arbeitsbeirates zurückbleiben darf; Befreiung der Bergarbeiter von der Mißwirtschaft der Bruderladen, Unfallversicherung der Bergarbeiter, Mindestlöhne im Bergbau; den freien Samstagnachmittag für alle in gewerblichen Betrieben tätigen Arbeiterinnen; Regelung der Heimarbeit, Feststellung von Mindestlöhnen für die Heimarbeiter durch obligatorische, paritätisch zusammengesetzte Heimarbeitskommissionen.

Ferner wurde die von Bermann, Klein und Forstner eingebrachte Resolution einstimmig angenommen, in der der Parteitag erklärt, daß die Arbeiterschaft gewillt ist, die organisierte kaufmännische Gehilfenschaft in ihrem Kampfe um die Erringung der Sieben Uhr-Geschäftssperre tatkräftig und nach jeder Richtung hin zu unterstützen.

Zur Verhandlung gelangt der Punkt

## Eventuelles.

**Skaret** (Wien): Ich muß eines Antrages Erwähnung tun, der zu Punkt 7 gestellt wurde und bei einem früheren Punkte mit erledigt wurde. Er betrifft die Tagesordnung des Internationalen Kongresses. Die Bezirksorganisation Troppau stellte den Antrag, die Delegierten im Internationalen Bureau werden beauftragt, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Kongresses zu stellen. Nachdem die Troppauer Genossen ihren Antrag nicht zurückgezogen haben, obwohl der nächste Kongreß erst in zwei Jahren stattfinden wird, so muß er hier erledigt werden. Ich beantrage ihn hier anzunehmen.

Der Antrag 23 wird angenommen.

**Skaret** (Wien): Als Antrag 24 wurde von der Bezirksorganisation Wien IX verlangt, auf dem nächsten Parteitag möge ein Referat erstattet werden über die Pflege der proletarischen Jugendbewegung. Ihr sollen wir einige Zeit widmen, um die Organisationen in die Lage zu versetzen, die

Nützlichkeit der Vereine „Kinderfreunde" zu erkennen. Ich beantrage die Zuweisung des Antrages an die Parteivertretung.

**Max Winter** (Wien): Wir Kinderfreunde freuen uns, daß vom Kinde auf einem Parteitag zum erstenmal die Rede ist, und haben den Wunsch, daß einmal das proletarische Kind nicht unter dem Punkt „Allfälliges", sondern unter einem Hauptpunkt der Tagesordnung besprochen werde. Wir wissen ganz genau, daß alle Parteiarbeit, die ja der Zukunft gewidmet ist, nicht zuletzt dem proletarischen Kinde gilt. Aber es gibt auch Sonderwünsche zu besprechen und zu erfüllen. Diese sollen auf dem nächsten Parteitag ihre Fürsprecher finden. Wir ersuchen Sie deshalb um die Berücksichtigung unseres Wunsches. (Beifall.)

Die Zuweisung erfolgt im Sinne des Antrages Skaret.

**Skaret** (Wien): Drei Anträge liegen vor, die sich mit dem Ort der Tagung des nächsten Parteitages beschäftigen. Die Kreisorganisation in Karlsbad beantragt, daß ein Parteitag, falls er nicht in Wien stattfinden sollte, in Karlsbad abgehalten werde. Sein Antrag wurde bereits in Innsbruck gestellt und angenommen. Aus zwingenden Gründen konnte ihm nicht entsprochen werden. Ein Antrag der mährischen Genossen verlangt als nächsten Tagungsort Brünn zu bestimmen. Ein weiterer Antrag Lindner und Genossen will als nächsten Ort Graz angesehen haben. Nachdem es heute schwer ist, für zehn bis elf Monate im voraus hinaus zu bestimmen, wo der nächste Parteitag am zweckmäßigsten abzuhalten ist, beantrage ich die Zuweisung aller drei Anträge an den Vorstand.

**Hillebrand** (Karlsbad): Ich muß mich gegen die Zuweisung an den Parteivorstand aussprechen, weil auch im Vorjahr der gleiche Antrag wohl zugewiesen, aber keineswegs so erledigt wurde, wie wir uns das vorgestellt hatten. Die Parteivertretung hat es nicht einmal für notwendig erachtet, uns mitzuteilen, warum dem Beschlusse nicht Rechnung getragen wurde. Ich bitte, unserem Antrage zuzustimmen. Findet der Parteitag in Wien statt, so sind wir damit einverstanden. Sollte er aber anderswo sein, so kann ich im Namen aller deutschen Delegierten in Böhmen sprechen, wenn ich sage, daß wir einen Anspruch darauf haben, um unseren langjährigen Wunsch in Erfüllung gehen zu sehen. Ich glaube Ihnen versichern zu können, daß Sie, falls Sie dem Antrag zustimmen und den Parteitag in Karlsbad abhalten wollen, bei uns gut aufgenommen und zufrieden sein werden.

**Skaret** (Schlußwort): Wir sind jetzt außerstande, Karlsbad als Tagungsort zu bestimmen. Ich bitte nochmals, den Antrag dem Vorstand zuzuweisen. Seien Sie versichert, wenn es irgend möglich ist, so werden wir von dem Tagungsort Karlsbad nicht Abstand nehmen.

Der Antrag Skaret auf Zuweisung wird angenommen.

## Die Schlußreden.

Abgeordneter Dr. **Adler**: Wir haben den Parteitag begonnen unter dem Eindruck der Notwendigkeit, alles, was in den Kräften der Partei ist, zu tun, um die Kriegsgefahr abzuwehren. Wir sind vor wenigen Tagen, am Freitag, denn doch unter dem Eindruck gestanden, daß die Herrschenden, daß unser Auswärtiges Amt und die von ihm beeinflußte Meinung sich ungefähr auch auf der Linie bewegen wie wir, und wir konnten, wenn wir auch den Herren nicht trauen, doch immerhin annehmen, daß die Vernunft die Oberhand behalten werde. Leider müssen wir heute konstatieren, und das ist es, worauf ich Sie aufmerksam machen wollte, daß sich in den oberen Regionen, die leider entscheidend sind für das Schicksal von Millionen und für das Leben von Hunderttausenden in den letzten achtundvierzig Stunden ein Wechsel vollzogen hat. Die ganze offiziöse Preßmeute ist seit Sonntag früh und in um so intensiverer Weise heute wieder sehr frech, provoziert und betont mit sehr durchsichtiger Absicht die „ungeheuer wichtigen Interessen", die Oesterreich auf dem Balkan in den verschiedensten Richtungen hätte. Sie lehnt mit

der größten Leidenschaft jede Möglichkeit ab, daß Oesterreich erklären könnte, daß es auf dem Balkan nicht ein besonderes spezifisches und eventuell mit allen Mitteln durchzusetzendes Interesse zu vertreten hätte. Parteigenossen! Solche Wendungen der offiziösen Presse sind sehr zu beachten und müssen von uns verfolgt werden. Ich will da nicht so weit gehen, daß der eine oder der andere offiziöse Baschibozuk jeden als Vaterlandsverräter bedroht, der nicht entschlossen ist, das ganze Gewicht der Militärmacht Oesterreichs auf dem Balkan in die Wagschale zu werfen, ich glaube, daß dieser Schreibknecht des Ballplatzes seinen Auftrag überschritten hat. Wir werden ja sehen, wie Graf Berchtold in den Delegationen sprechen wird. Aber für uns ist es eine ernste Mahnung, daß wir uns auf die Vernunft, auf die Verantwortlichkeitspflicht der bei uns Herrschenden nicht verlassen können, daß wir nicht ruhen und nicht rasten dürfen, daß wir die öffentliche Meinung aufzurütteln haben, die die Meinung jedes vernünftigen und für unsere Völker und unser Land besorgten Menschen ist, die Meinung, daß Oesterreich Frieden zu halten hat und daß wir auf dem Balkan niemals solche Interessen haben könnten, die wert wären, bezahlt zu werden mit einem Kriege und dem Leben unserer Söhne und der Wohlfahrt unserer Völker. (Lebhafter Beifall.) Gerade weil diese Wendung eingetreten ist, haben wir es für nützlich gehalten, jetzt am Schluß des Parteitages wieder anzuknüpfen an das, womit wir angefangen haben. Unsere nächste Aufgabe — die mit aller Energie aufgenommen werden muß, nicht nur in Wien allein, sondern überall — ist, daß es den Herren da oben klar werde: das Volk in Oesterreich, das arbeitende Volk will keinen Krieg, unter gar keinem Vorwand, mag erlauten wie immer. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Abgeordneter Dr. **Schacherl**: Ich glaube, im Namen des gesamten Parteitages sprechen zu können, wenn ich zum Schlusse einige Worte des Dankes ausspreche. Wir sind den Referenten für ihre anstrengende Tätigkeit verpflichtet; wir danken dem Präsidium für die objektive Leitung der Verhandlungen, wir danken dem Lokalausschuß für Wien, wir danken auch speziell den Genossen vom Arbeiterheim Favoriten für ihre Gastfreundschaft, wir danken dem Genossen Großmann, der uns gestern abend so schöne künstlerische Leistungen geboten hat, die uns alle sehr erfreut haben. Ich bitte Sie, zuzustimmen, daß wir allen jenen Genossen besten Dank sagen für ihre Mühe, uns die Arbeit und den Aufenthalt in diesen Räumen so leicht und angenehm als möglich zu machen. (Allgemeine Zustimmung.)

Vorsitzender **Pernerstorfer**: Wir sind am Ende unserer Arbeit. Als wir in der Parteivertretung die Vorarbeiten für den Parteitag einleiteten, glaubten wir, daß er hauptsächlich ein Parteitag der inneren Geschäfte sein werde, weil wir uns mit einem Gegenstand beschäftigten, der nicht nur ausgedehnte Vorarbeiten benötigte, sondern der auch auf dem Parteitag selbst intensivste Arbeit hervorrief: dem neuen Organisationsstatut, das wir uns gegeben und das auf lange Jahre die feste Grundlage unserer Partei sein wird. Der Parteitag hat sich mit rühmenswertem Eifer und Fleiß in die Aufgabe versenkt, diese Arbeit gründlich zu machen, obwohl jeder sagen wird: alle diese Einzelheiten kosten Mühe und Arbeit, verursachen Meinungsverschiedenheiten; aber alles ist auf das beste geschlichtet und hat allgemein befriedigt. Ebenso können wir mit dem zufrieden sein, was hier gesagt und beschlossen wurde, über die Bestrebungen innerhalb unseres unglücklichen Landes, die proletarische Solidarität wenigstens zwischen den Gruppen aufrecht zu erhalten und inniger zu gestalten, bei denen vor allem das sozialistische Gewissen lebhaft schlägt und die die Ueberzeugung haben, daß das Proletariat nur der gemeinsame Ansturm, besonders in diesem Lande, vorwärtsbringt. Wir haben in der Debatte, die wir heute abgeführt haben, mit erschreckender Deutlichkeit gesehen, wie das Unternehmertum in ganz Oesterreich im Bunde mit der Regierung immer mehr sich anschickt, die Interessen des Proletariats nicht nur nicht zu fördern, sondern es in seinem Aufstieg zurückzuhalten,

und die Lage ist so, daß wir von der größten Besorgnis erfüllt sein müssen. Um so mehr ist es die Pflicht der Sozialdemokraten aller Nationen, solidarisch vorzugehen, um Widerstand leisten zu können. Allzu schwach sind wir in diesem Lande nicht. Wir vermögen schon einen Widerstand heraufzubeschwören, wenn in dem Tempo und in der Art, wie es in der letzten Zeit geschehen ist, den Lebensbedingungen der Arbeiterklasse entgegen getreten wird.

Wir haben uns auf diesem Parteitag ausführlich mit der Bildungsarbeit beschäftigt, und ich möchte eine Partei kennen, die so sehr darauf bedacht ist, die heranwachsende Jugend, die kommende Generation auf die wissenschaftlichen Quellen des Handelns zu verweisen, ohne die die Handlung selbst immer nur etwas Halbes und vom Moment Bestimmtes sein wird. Wir haben unsere Bildungsbestrebungen so eingerichtet, daß unsere jungen Genossen mit wissenschaftlicher Erkenntnis ausgestattet werden, mit der Einsicht in die geschichtliche Entwicklung in den Kampf treten, und wir sorgen, daß das Heer der bewußten Streiter stärker werde, auch durch die Mittel der Wissenschaft. Ich bin einer, der viele Bücher liest, und habe in manchem Buche von Gelehrten den Vorwurf gelesen, daß die Sozialdemokratie so wenig Respekt habe vor der geistigen Tätigkeit. Aber weder bei uns noch draußen in Deutschland gibt es eine politische Partei, die einen so großen und einen so in die Tat umgesetzten Respekt vor der geistigen Arbeit hat wie unsere. Wenn es auch natürlich und selbstverständlich ist, daß wir unsere jungen Leute vor allem auf die Dinge verweisen, die für ihre materiellen Lebensinteressen Lebensinteressen die wichtigsten sind, so ist es für jeden Denkenden klar, daß jemand, der dazu geführt ist, zu lesen, nach Erkenntnis zu ringen, von sich selbst weitergetrieben wird. Geistige Tätigkeit, an einem Punkte geweckt, wirkt unweigerlich weiter, und so können wir Sozialdemokraten überall, aber in Oesterreich vielleicht noch mehr als überall, von uns sagen, daß wir eine Kulturpartei — und in unserem Lande — daß wir die Kulturpartei sind.

So wie wir unsere Beratungen begonnen haben unter dem schweren Eindruck der Nachrichten vom Kriegsschauplatz, so schließen wir sie. Wir wissen nicht, was uns der nächste Tag bringen wird. Aber das wissen wir, daß wir uns solidarisch fühlen auch mit den Arbeitern der Länder, in denen der Kampf tobt; wir hoffen, daß die Sozialdemokratie in den Verhältnissen, die sich dort zweifellos bilden werden, in die Lage versetzt wird, sich rascher und kräftiger zu entfalten als bisher. Wir hoffen auf diese Zukunft der Sozialdemokratie auch auf dem Balkan unter den Balkanvölkern; aber wir alle, die Sozialdemokraten auf dem Balkan, die im Kriege stehen, wie auch wir, die wir im Frieden leben, wir wollen den Krieg zwischen den Menschen nicht, wir fürchten nicht, daß das Menschengeschlecht erlahmt und sicher wird einmal die Zeit kommen, wo es kein Stahlbad des Krieges mehr gibt. Wir wissen, daß die Tugenden, die im Kriege so gerühmt werden, auch in der Welt des Friedens durchaus nicht ungeübt sind. Wir kennen die Kämpfer auf dem Gebiet der Wissenschaften und der Technik, die größeren und tödlicheren Gefahren ausgesetzt sind als die Kämpfer im Kriege. Wir wissen, daß der wahre Mut und die Kühnheit in unserer aufstrebenden Generation nicht verschwinden, wenngleich die Kriege verschwinden. Aber dieser Wagemut und diese Kühnheit sind auf Höheres und Edleres gelenkt als auf den Mord der Menschen, wir fühlen die Solidarität aller Menschen, wir fühlen die Heiligkeit des einzelnen Menschen. Darum rufen wir auch heute am Ende unserer Beratungen: „Krieg dem Kriege!“ (Stürmischer Beifall.) Es lebe die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich! Es lebe die Internationale! (Stürmische Hochrufe.) Der Parteitag ist geschlossen.

Die Delegierten erheben sich und stimmen das „Lied der Arbeit“ an.

# Begrüßungsschreiben und Telegramme.

Von der sozialistischen Partei Italiens.

Die italienische sozialistische Partei sendet ihren Gruß dem deutschen Proletariat Oesterreichs, von neuem bezeugend, ihre glühende internationale Solidarität, gleichzeitig verurteilend die Herrschaft des Militarismus, des Bürgertums und der Dynastien über Europa.

Lazzari, Sekretär.

Von der britischen sozialistischen Partei.

Die „Britische sozialistische Partei" bedauert, nicht in der Lage zu sein, eine Delegation entsenden zu können. Sie übermittelte brüderliche Grüße und die besten Wünsche zum Erfolg des Kongresses. Sie weiß sehr wohl, welche schwere Probleme die österreichische Sozialdemokratie in der nächsten Zeit zu lösen hat.

Lee, Sekretär.

Von der spanischen sozialistischen Arbeiterpartei.

Ihre Einladung zur Teilnahme an dem Kongreß in Wien haben wir erhalten. Leider ist es uns nicht möglich, uns direkt vertreten zu lassen, weshalb wir diese Zeilen senden, um unsere Solidarität mit den österreichischen Kameraden zu bezeugen, die wir im Namen der spanischen Sozialisten herzlich begrüßen.

Genehmigen Sie, liebe Genossen, den Ausdruck unserer sozialistischen Gefühle.

Pablo Iglesias.

Von der dänischen Sozialdemokratie.

Glück auf zu eurer Arbeit! Hoch der Sozialismus!

Stauning, Kopenhagen.

Von der belgischen Arbeiterpartei.

Wir sind zu unserem Bedauern außerstande, in diesem Augenblick einen der unseren delegieren zu können, da alles mit Arbeiten für die Propaganda des allgemeinen Wahlrechts und die Vorbereitung des Generalstreiks zur Erlangung desselben, überladen ist.

Glauben Sie uns, werte Kameraden, daß die belgischen Sozialisten die herzlichsten Wünsche für einen guten Erfolg Ihrem Kongreß entgegenbringen und empfangen Sie unsere brüderlichen Grüße.

Vandersmissen, Sekretär.

Von der sozialdemokratischen Partei Serbiens.

Auf Ihre brüderliche Einladung, daß auch unsere Partei auf der Kongreßtagung Ihrer Partei teilnehme, danken wir am herzlichsten. Gleichzeitig bitten wir Sie, daß Sie uns entschuldigen, weil wir, neben dem besten Willen und glühenden Wunsch, auf dem Kongreß der in der Internationale so angesehenen Partei vertreten sein nicht können. Wir sind leider heute in solcher Lage, daß wir auch die gewöhnlichen und nötigsten Angelegenheiten zu führen nicht imstande sind; unsere Organisationen sind verwüstet und fast alle Genossen sind an der Grenze. Selbst die Parteileitung, der Vorstand der Landeszentrale und die Redaktion unseres Parteiorgan, das alles hat die Militärgewalt von uns getrennt und in die Kriegszeiten eingegliedert.

Nur einige Genossen, welche vom Kriegsdienst wegen hohen Alters oder physischer Schwäche befreit sind, sind geblieben, um unser Volkshaus, die Dokumente der Partei und der Gewerkschaften zu hüten, die Organe zu redigieren und die laufenden Angelegenheiten zu ordnen.

Aber wenn wir unsere Posten nicht verlassen und durch Delegierte vertreten sein können, so sind wir dem Gefühle und der Ueberzeugung nach mit Ihnen einig, wie Sie auch durch Ihre energische Aktion unsere schwere Lage, in welche uns ein von Rußland inspiriertes und durch die Raubpolitik der Großmächte ermöglichtes Kriegsabenteuer versetzt hat, erleichtern.

Wir grüßen den Kongreß der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs, wünschen ihr die noch größere Erstarkung zugunsten unserer gemeinsamen Sache.

Hoch die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs!

Hoch die Internationale!

Mit sozialdemokratischen Grüßen für die serbische sozialdemokratische Partei

Dragischa Laptschewitsch, Sekretär.

Von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bulgariens.

Ihr Kongreß tagt in einer Zeit, die schwanger an großen Bewegungen ist. Wir Balkansozialisten freuen uns vom ganzen Herzen über die mannhafte Haltung, die die gesamte und die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs gegen den Krieg und den Kriegsalarm eingenommen haben, wie zu erwarten war. Wir fanden in Ihrer, der Balkanbevölkerung gegenüber gerechtfertigten Haltung einen weiteren Stützpunkt für unseren Kampf gegen die nationalistischen und chauvinistischen Treibereien unserer herrschenden Klassen.

Es lebe die internationale Friedenssolidarität! Es lebe die Arbeiterinternationale! Es lebe der völkerbefreiende Sozialismus!

Mit brüderlichen Gruß für das Zentralkomitee:

Janko Sakasoff.

Von der sozialdemokratischen Partei Rumäniens.

Das rumänische organisierte Proletariat sendet der österreichischen Sozialdemokratie seine brüderlichen Grüße und wendet in diesen schweren Zeiten an sie seine Hoffnung, das sich immer erweiternde Gemetzel zwischen den Völkern zu verhindern.

Hoch die österreichische Sozialdemokratie! Hoch die friedenschaffende Internationale!

Frimu, Sekretär.

Vom Organisationskomitee der sozialdemokratischen Partei Rußlands.

Aus dem zu neuen Kämpfen erwachenden Rußland, inmitten eines schweren Wahlkampfes stehend, senden wir Ihrem Parteitag unsere brüderlichen Grüße. In dem Augenblick, wo die Kriegshetzer hüben und drüben ihre verbrecherische Arbeit verrichten, die die Völker Oesterreichs wie Rußlands mit allen Schrecken eines brudermörderischen Krieges bedroht, empfinden wir besonders stark die Unerschütterlichkeit der Bande der internationalen Solidarität, die das Proletariat aller Nationen Rußlands und Oesterreichs zusammenknüpft. Wir begrüßen die von euch mächtig entfaltete Aktion gegen den Krieg. Keine Einmischung in den Balkankrieg! Der Balkan den Balkanvölkern! Erhaltung des Friedens! Das sind auch die Losungen der russischen Arbeiterklasse, die ihre Stimme gegen die diebische und heuchlerische Balkanpolitik des Zarismus erhebt.

Die russische Arbeiterschaft versteht die lügnerischen Phrasen über die „Slawenbefreiungsmission des Zarismus zu schätzen, desselben Zarismus, der vom Blute des eigenen russischen Volkes trieft, der im eigenen Lande die Polen bedrückt, die Ukrainer knebelt, die Juden verfolgt, Finnland knechtet — und seine Banditenhände nach Persien, der Mandschurei, der Mongolei, dem Balkan, streckt.

Auf diesen räuberischen Imperialismus in der auswärtigen Politik und den mörderischen Nationalismus in der inneren hat das Proletariat nur eine Antwort: Nieder mit dem Zarismus!

Mit Freuden können wir Ihnen die Kunde senden, daß das Proletariat Rußlands, all den Gewalttätigkeiten und Verfolgungen der gegen Revolution zum Trotz schon wieder sein Haupt erhebt. Sich auf die Reste der Eroberungen der Re-

volutionsjahre stützend, arbeitet es unermüdlich an der Befestigung seiner Organisationen, an der Verteidigung und Erweiterung aller seiner Positionen, um gekräftigt und geschult bald wieder von der Verteidigung zum Angriff überzugehen.

Der Kampf um die Koalitionsfreiheit reißt immer breitere Arbeitermassen mit. An den politischen Massenstreiks des letzteren Jahres — aus Anlaß der Lena-Metzelei des 1. Mai — haben sich schon wieder mehrere Hunderttausende von Arbeitern beteiligt. Und gerade in den letzten Tagen, als die Regierung den Versuch machte, die Petersburger Arbeiter ihres auch sonst so elenden Wahlrechtes zu berauben, zwangen sie durch einen großartigen politischen Proteststreik die Regierung zum Rückzug.

Diese immer wachsende Stimmung der Arbeiterklasse kam auch in den Dumawahlen selbst zum Vorschein. Es sei hier nur erwähnt, daß von den 23 Nummern der in Petersburg erscheinenden sozialdemokratischen Arbeiterzeitung „Lutsch" 13 konfisziert und mit Geldstrafen belegt wurden, und daß weiters die Sozialdemokratie in der Arbeiterkurie über 80 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigt hat.

Als Ihre erste Pflicht in der kommenden Duma wird unsere sozialdemokratische Fraktion erachten, die Kriegshetzer öffentlich zur Antwort zu ziehen und von der Dumatribüne laut die Losung der Völkerverbrüderung erschallen lassen.

Es lebe die österreichische, es lebe die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie!

Vom Pariser Zentralbureau ausländischer Gruppen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Herzliche Grüße österreichischen Brüdern. Besonders herzliche angesichts schwebender Gefahr des Weltbrandes. Hand in Hand und zielbewußt geht klassenbewußtes Proletariat Oesterreichs und Rußlands wie aller Länder welthistorischen Ereignissen fest vereint entgegen. Ihr, Oesterreichs Proletarier, seid eine reife Macht. Russische Revolution lebt. Wir werden sozialdemokratische Pflicht erfüllen. Unser die Zukunft.

Zentralbureau ausländischer Gruppen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Von der sozialistischen Partei Russisch-Polens.

Sozialistische Partei Russisch-Polens wünscht dem Parteitag deutscher Bruderpartei Oesterreichs erfolgreiche Arbeit.

Im Auftrage

Janowski, Walecki.

Von der sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Wir danken für die Einladung zu Ihrem Parteitag herzlich und bedauern, daß wir von einer Delegation Umgang nehmen müssen. Wir versichern Sie, deutsche Genossen Oesterreichs, der herzlichsten Sympathien des schweizerischen Proletariats. Wir wissen, daß euer Fortschritt auch der unsrige ist, daß wir einem Ziele zustreben. Mit Spannung und Freude verfolgen wir de ngroßen Kampf, den Sie führen. Wie notwendig die Solidarität der Sozialdemokraten aller Länder ist, erhellt aus der ernstlichen Bedrohung des Weltfriedens durch den Krieg am Balkan. Auch das schweizerische Proletariat wird mit der Erfüllung seiner internationalen Pflichten nicht zurückstehen. Wir wünschen Ihren Verhandlungen besten Erfolg und laden Sie zugleich freundlichst ein, unseren Parteitag, der vom 8. bis 10. November in Neuenburg stattfindet, durch eine Delegation zu beschicken. Es lebe das Proletariat Oesterreichs! Hoch die Internationale der Arbeit!

Im Auftrage der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz: Der Parteisekretär:

M. Fähndrich.

Von der Redaktion des „Dennik", Prag.

Wir wünschen den Beratungen Ihres Parteitages den besten Erfolg und hoffen, daß die deutschen Genossen mit uns tschechischen Hand in Hand gegen den gemeinsamen Feind mit Hilfe unseres neuen Tagblattes vorgehen werden.

Mit Parteigruß für die Redaktion des „Dennik":

Robert Nádvornik.

Von der sozialdemokratischen Partei Bosniens.

Bedauern, daß wir am Bruderparteitag durch Delegierte nicht vertreten sein können. Wir erwarten, daß der Parteitag Beschlüsse fassen wird, welche das österreichische und bosnische Proletariat in diesen schweren Zeiten vor Blutvergießen für die agrarischen und kapitalistischen Interessen schützen. Wir wünschen dem Parteitag die besten Erfolge.

Für den Parteivorstand:

Hrisanovic.

# Präsenzliste.

| Kongreßteilnehmer | Aus | Vertritt |
|---|---|---|
| Abram Simon | Innsbruck | Reichsratsabg., Landesorgan. Tirol |
| Adler Friedrich | Wien | Redaktion „Das Volk" |
| Adler Viktor | Wien | Parteivertretung |
| Afritsch Anton | Graz | Redaktion „Arbeiterwille" |
| Arthaber Robert | Mährisch-Schönberg | Gau Mährisch-Schönberg |
| Aschmann Raimund | Iglau | Bezirksorganisation Iglau |
| Austerlitz Friedrich | Wien | Redaktion „Arbeiter-Zeitung" |
| Bächer Georg | Wien | Organ der Versicherungs-Angestellten Oesterreichs |
| Bartel August | Rumburg | Bezirksorganisation Rumburg |
| Bauer Otto | Wien | Redaktion „Der Kampf" |
| Beacco Josef | Oberhollabrunn | Bezirksorganisation Oberhollabrunn |
| Beer Heinrich | Wien | Parteikontrolle |
| Beer Rudolf | Wien | Bezirksorganisation Wien XX |
| Bock Marie | Wien | Bezirksorganisation Wien XI |
| Bergmann Josef | Morchenstern | Zentralverb. d. Glasarbeiter Oesterr. |
| Bermann Julius | Wien | Zentralverein der Kaufmännischen Angestellten Oesterreichs |
| Benesch Josef | Wien | Bezirksorganisation Wien V |
| Bentel Franz | Aussig | Kreisorganisation Aussig |
| Bentlmayr Marie | Linz | Bezirksorganisation Linz |
| Biner Leopold | Wien | Bezirksorganisation Wien IV |
| Brann Adolf | Wien | Redaktion „Bildungsarbeit" |
| Bretschneider Ludwig | Wien | Landesorganisation Niederösterreich |
| Broczyner Alfred | Wien | Verein der Versicherungsangestellten Oesterreichs |
| Brod Jakob | Wien | Redaktion „Arbeiterschutz" |
| Buchsbaum Robert | Wien | Bezirksorganisation Wien IX |
| Bürgermeister Eduard | Haida i. B. | Bezirksorganisation Haida |
| Cermak Karl | Turn-Teplitz | Landesorganisation Deutschböhmen |
| Chaloupka Josef | Wien | Landesorganisation Niederösterreich |
| Czech Ludwig | Brünn | Parteikontrolle |
| Da Rin Alexander | Wien | Redaktion „Der Tonarbeiter" |
| Danel Marie | Wien | Bezirksorganisation Wien XVIII |
| Dangl Anton | Wien | Bezirksorganisation Wien IV |
| Danneberg Robert | Wien | Referent |
| David Anton | Wien | Reichsratsabgeordneter |
| Deutsch Johanna | Wien | Bezirksorganisation IX |
| Deutsch Julius | Wien | Parteisekretariat |
| Dimnig Martin | Klagenfurt | Landesorganisation Kärnten |
| Domes Franz | Wien | Reichsratsabgeordneter |
| Dötsch Albin | Eger | Reichsratsabgeordneter |
| Drabek Simon | Wiener-Neustadt | Bezirksorganisation Wr.-Neustadt |
| Ducia Maria | Lienz | Bezirksorganisation Lienz |
| Eisler Mathilde | Wien | Bezirksorganisation Wien V |
| Eggenbauer Leopold | Wien | Bezirksorganisation Wien III |
| Elderfch Matthias | Wien | Parteikontrolle |
| Ellenbogen Wilh. | Wien | Parteivertretung |
| Emmerling Georg | Wien | „Arbeiter-Zeitung", Referent |

| Kongreßteilnehmer | Aus | Vertritt |
|---|---|---|
| Ernst Ignaz | Wien | Fachzeitschrift „Der Weckruf" |
| Finsterle Josef | Reichenberg | Bezirksorganisation Reichenberg |
| Forstner August | Wien | Reichsratsabgeordneter |
| Franek Aloisia | Salzburg | Landesorganisation Salzburg |
| Freundlich Emma | Wien | „Arbeiterinnen-Zeitung" |
| Friedmann Arnold | Wien | Redaktion „Der Handel- und Gewerbetreibende" |
| Fuchs Marie | Jägerndorf | Bezirksorganisation Jägerndorf |
| Gabriel Josef | Spittal a. d. D. | Bezirksorganisation Spittal a. d. Drau |
| Galle Karl | Gänserndorf | Bezirksorganisation Mistelbach, Mödling |
| Gay Sophie | Wien | Bezirksorganisation Wien III |
| Gehorsam Hugo | Prag | Bezirksorganisation Prag |
| Geith Anna | Wien | Bezirksorganisation Wien XIII |
| Gilg Franz | Oderfurt | Bezirksorganisation M.-Ostrau |
| Gion Johann | Wien | Fachzeitung der Schneider |
| Glöckel Otto | Wien | Reichsratsabgeordneter |
| Gollinger Franz | Hohenberg | Bezirksorganisation Lilienfeld |
| Goth Emilie | Warnsdorf | Kreisorganisation Warnsdorf |
| Goth Josef | Warnsdorf | Bezirksorganisation Warnsdorf |
| Graffinger Johann | Wien | Bezirksorganisation Wien XV |
| Grigorovici Georg | Czernowitz | Reichsratsabgeordneter |
| Gröbner Johann | Wien | Bezirksorganisation Wien VIII |
| Gröger Florian | Klagenfurt | Bezirksorganisation Villach |
| Gruber Josef | Linz | Bezirksorganisation Linz |
| Grübl Karl | Wien | Verbandszeitung der chemischen Branche |
| Grübl Karl | Podersam | Bezirksorganisation Podersam |
| Grüner Franz | Innsbruck | Bezirksorganisation Innsbruck |
| Grünzner Anna | Altstadt | Kreisorganisation Bodenbach |
| Grünzner Ernst | Bodenbach | Kreisorganisation Bodenbach |
| Grünwald Julius | Wien | Redaktion „Einigkeit" |
| Haas Wilhelm, | Mähr.-Ostrau | Bezirksorganisation M.-Ostrau |
| Hackenberg Theodor | Böhmzeil b. Gmünd | Bezirksorganisation Gmünd |
| Häckel Anton | Tannwald | Bezirksorganisation Tannwald |
| Hanner Karl | Wien | Zentralorganisation der Hotel-, Gast- und Kaffeehausangestellten |
| Hannsch Ferdinand | Wien | Union der Textilarbeiter |
| Hartmann Ludo M. | Wien | Bezirksorganisation Wien VIII |
| Hauser Ferdinand | Reichenberg | Kreisorganisation Reichenberg |
| Hansmann Eduard | Bodenbach | Bezirksorganisation Zwickau |
| Hedorfer Florian | Wien | Bezirksorganisation Wien XI |
| Heger Franz | Trumau | Bezirksorganisation Ebreichsdorf |
| Heidrich Dagobert | Wigstadtl | Bezirksorganisation Odrau |
| Heilig Moriz | Proßnitz | Bezirksorganisation Proßnitz |
| Heßky Arnold | Landenburg | Bezirksorganisation Landenburg |
| Heydtmann Arthur | Wien | Wiener Volksbuchhandlung |
| Hiebsch Franz | Aussig | Bezirksorganisation Aussig-Land |
| Hillebrand Oswald | Karlsbad | Reichsratsabg., Kreisorg. Karlsbad |
| Hladik Hermann | Gablonz a. d. N. | Kreisorganisation Gablonz a. d. N. |
| Höger Karl | Wien | Redaktion „Volkstribüne" |
| Horak Johann | Marchegg | Bezirksorganisation Marchegg |
| Horazdovsky Rudolf | Schwechat | Bezirksorganisation Schwechat |
| Huber Aloisia | Wien | Bezirksorganisation Wien XIV |
| Hübel Ernst | Wien | Redaktion „Der Textilarbeiter" |
| Hueber Anton | Wien | Gewerkschaftskommission |
| Hummel Albert | Wien | Bezirksorganisation Wien V |
| Huppert Stefan | Wien | Verband der Brauereiarbeiter |
| Jančar Franz | Wien | Bezirksorganisation Wien-Stadlau |
| Janeček Josef | Wien | Fachblatt der Maschinisten |

| Kongreßteilnehmer | Aus | Vertritt |
|---|---|---|
| Jarolim Anton | Turn | Zentralorganisation der Bergarbeiter in Turn |
| Jenschik Anton | Wien | Verband der Jugendlichen Arbeiter |
| Jokl Hans | Troppau | Landesorganisation Schlesien |
| Jokl Marie | Troppau | Landesorganisation Schlesien |
| Kapusta Franz | Aussig | Redaktion „Volksrecht“ |
| Karpeles Benno | Wien | Bezirksorganisation Warnsdorf |
| Ketzer Josef | Siebenhirten | Bezirksorganisation Liesing |
| Kiesewetter Wilhelm | Trautenau | Redaktion „Trautenauer Echo“ |
| Klapatsch Julie | Brünn | Landesorganisation Mähren |
| Klein Max | Wien | Redaktion „Der österreichische Handelsangestellte“ |
| Kneschke Elsa | Reichenberg | Kreisorganisation Reichenberg |
| Knotek Wilhelm | Klosterneuburg | Bezirksorganisation Klosterneuburg |
| Koch Marie | Graz | Bezirksorganisation Graz |
| Königstetter Käthe | Wien | Bezirksorganisation Wien XV |
| Kohl Anton | Wien | Bezirksorganisation Wien III |
| Kohn Heinrich | Brünn | Landesorganisation Mähren |
| Kollinger Rupert | Linz | Landesorganisation Oberösterreich |
| Koppensteiner Berta | Wien | Bezirksorganisation Wien IV |
| Kořinek Alois | Mödling | Reichsverband der Land- und Forstarbeiter Oesterreichs |
| Korsch Julius | Gänserndorf | Bezirksorganisat. Mistelbach-Matzen |
| Krammer Anna | Wien | Bezirksorganisation Schwechat |
| Kremser Heinrich | Teplitz | Bezirksorganisation Teplitz und Redaktion „Freiheit“ |
| Kreutzer Anton | Wien | Bezirksorganisation Wien VII |
| Krpilik Wenzel | Wien | Bezirksorganisation Wien XI |
| Kürbes Franz | Brunn a. G. | Bezirksorganisation Mödling |
| Kütt Philipp | Wien | Preßkontrollkommission |
| Kunda Marie | Wien | Bezirksorganisation Wien XVI |
| Landkammer Andreas | Wien | Bezirksorganisation Wien XIX |
| Langer Alexander | Wien | Bezirksorganisation Wien VI |
| Langhans Jakob | Wien | Verband der Chemischen Arbeiter |
| Laser Adolf | Wien | Redaktion „Volksbote“ |
| Leeb Franz M. | Wien | Bezirksorganisation Wien XIII |
| Lehnert Johann | Asch | Kreisorganisation Asch-Eger |
| Leibl Dominik | Hradzev | Bezirksorganisation Staab |
| Leizerkewitsch Alfred | Stadt-Lieban | Bezirksorganisation Stadt-Lieban |
| Leuthner Karl | Wien | Reichsratsabgeordneter |
| Lill Franz | Wien | Redaktion „Der Eisenbahner“ |
| Lindner August | Graz | Landesorganisation Steiermark |
| Lippert Anna | Reutitschein | Bezirksorganisation Reutitschein |
| Löw Dominik | Drahowitz | Reicheratsabgeordneter |
| Maar Josef | Wien | Verband der Maler u. Anstreicher |
| Macha Alois | Baden | Bezirksorganisation Baden |
| Mager Hermann | Wien | Bezirksorganisation Wien XIII |
| Maier Anna | Sternberg | Bezirksorganisation Sternberg |
| Maly Stanislaus | Wien | Redaktion „Zeitrad“ |
| Marschak Antonie | Wien | Bezirksorganisation Wien XII |
| Matouschek Karl | Fischern b. Karlsbad | Fachblatt „Porzellanarbeiter“ |
| Mattl August | Budweis | Bezirksorganisation Budweis |
| Matzig Josef | Friedland i. B. | Bezirksorganisation Friedland i. B. |
| Mayer Ida | Wien | Bezirksorganisation Wien II |
| Mayr Franz | Wien | Bezirksorganisation Wien XII |
| Meißner Theodor | Wien | Zentralverband der Maurer |
| Metschl Karl | Wien | Fachzeitung der Drechsler |
| Moritz Gustav | Wien | Redaktion „Der Agitator“ |
| Mrkwička Thomas | Wien | Verband d. Holzarbeiter Oesterreichs |
| Muchitsch Vinzenz | Graz | Reichsratsabgeordneter |
| Mühlberger Hans | Bischofshofen | Bezirksorganisation Pongau |

| Kongreßteilnehmer | Aus | Vertritt |
|---|---|---|
| Mühlberger Karl | Wien | Oesterreichischer Seneselder-Bund |
| Müller Rudolf | Wien | Organisation der Eisenbahner |
| Müller Rudolf | Wien | Fachblatt der Steinarbeiter |
| Münzker Marie | Wien | Bezirksorganisation Wien XX |
| Neumann Fanni | Aussig | Bezirksorganisation Aussig |
| Nießner Wilhelm | Brünn | Redaktion „Volksfreund" |
| Nitsche Ignatz | Elbogen b. Karlsbad | Bezirksorganisation Elbogen i. B. |
| Ofenböck Anton | Wiener-Neustadt | Redaktion der „Gleichheit" |
| Palme Franz | Fischern | Reichsratsabgeordneter, Verband der Porzellanarbeiter |
| Patzelt Johann | Teplitz | Kreisorganisation Teplitz |
| Pernerstorfer Engelbert | Wien | Parteivertretung |
| Petersilka Josef | Wien | Bezirksorganisation Wien XVIII |
| Pilař Franz | Langenzersdorf | Bezirksorganisation Stockerau |
| Pipal Wilhelm | Brünn | Bezirksorganisation Brünn |
| Pirkebner Josef | Wien | Bezirksorganisation Wien XII |
| Plonsky Heinrich | Wien | Verband der Drechsler |
| Pochop Leopold | Wien | Verband der Buchdrucker |
| Pölzer Amalia | Wien | Bezirksorganisation Wien X |
| Pölzer Johann | Wien | Bezirksorganisation Wien X |
| Pohl Adolf | Falkenau a. d. E. | Bezirksorganisation Falkenau a. d. Eger |
| Pohl Anton | Eggenberg | Bezirksorganisation Graz Umgebung |
| Polke Emil | Wien | Reichsratsabgeordneter |
| Pongratz Josef | Graz | Reichsratsabgeordneter |
| Popp Adelheid | Wien | Parteivertretung |
| Popper Siegmund | Wien | Redaktion „Der Abstinent" |
| Pragel Anton | Aussig | Bezirksorganisation Aussig-Stadt |
| Prasek Josef | Wien | Verband der Schneider |
| Prell Athanasius | Wien | Bezirksorganisation Wien XX |
| Pretsch Josef | Bodenbach | Bezirksorganisation Tetschen |
| Preußler Robert | Salzburg | Reichsparteikontrolle und Landesorganisation Salzburg |
| Prost Gabriele | Wien | Frauenreichskomitee |
| Proksch Josef | Salzburg | Bezirksorganisation Salzburg |
| Pucher Therese | Bischofshofen | Bezirksorganisation Pongau |
| Pülsl Franz | Liesing | Bezirksorganisation Liesing |
| Rauscha Julia | Wiener-Neustadt | Bezirksorganisation Wr.-Neustadt |
| Rawner Maximilian | Wien | Bezirksorganisation Wien II |
| Regner Anton | Knittelfeld | Bezirksorganisation Knittelfeld |
| Reismüller Franz | Wien | Reichsratsabgeordneter |
| Renner Karl | Wien | Reichsratsabgeordneter |
| Resel Hans | Graz | Bezirksorganisation Graz und Parteikontrolle |
| Reumann Jakob | Wien | Parteivertretung |
| Richter Käthe | Wien | Bezirksorganisation Wien VI |
| Richter Karl | Wien | Redaktion „Der Holzarbeiter" |
| Richter Paul | Wien | Bezirksorganisation Wien XIV |
| Rösch Eduard | Stockerau | Bezirksorganisation Stockerau |
| Rossak Josef | Wien | Redaktion „Oesterr. Metallarbeiter" |
| Roßmann Andreas | Puntigam | Bezirksorganisation Graz Umgeb. |
| Roth Friedrich | Wien | Redaktion „Korrespondenzblatt der Angest. d. soz. Vers.-Anst. Oesterr. |
| Rothe Franz | Wien | Bezirksorganisation Wien VII |
| Ruppert Mathilde | Altrohlau b. Karlsbad | Kreisorganisation Karlsbad |
| Sailer Georg | Wien | Bezirksorganisat. Hohenelbe-Arnau |
| Schachert Michael | Graz | Abgeordneter |
| Schäfer Anton | Reichenberg | Abgeordneter, Parteikontrolle |
| Schamann Josef | Hochbuch-Gablitz | Bezirksorganisation Purkersdorf |

| Kongreßteilnehmer | Aus | Vertritt |
|---|---|---|
| Scheibein Wilhelm | Innsbruck | Landesorganisation Innsbruck |
| Scherhak Eduard | Wien | Redaktion „Neues Zentralorgan" |
| Scherr Johann | Waidhofen a. d. Th. | Bezirksorg. Waidhofen a. d. Thaya |
| Schiegl Wilhelm | Wien | Reichsratsabgeordneter |
| Schlager Rudolf | Leoben | Bezirksorganisation Leoben |
| Schlemmer Ferdinand | Neunkirchen | Bezirksorganisation Neunkirchen |
| Schlemmer Rosa | Neunkirchen | Bezirksorganisation Neunkirchen |
| Schlesinger Therese | Wien | Frauenreichskomitee |
| Schloßnikel Hieronym. | Sternberg | Gauorganisation Sternberg |
| Schmerz Laurenz | Wien | Bezirksorganisation Wien XVIII |
| Schmidkunz Michael | Graslitz | Bezirksorganisation Graslitz |
| Schneidmadl Heinrich | St. Pölten | Bezirksorganisation St. Pölten |
| Schnofl Hubert | St. Pölten | Bezirksorganisation St. Pölten |
| Schober Josef | Wien | Bezirksorganisation Wien IX |
| Schramm Franz | Wien | Redaktion der „Plastik" |
| Schrammel Anton | Wien | Parteivertretung |
| Schröder Oskar | Wien | Bezirksorganisation Wien I |
| Schütz Eduard | Wien | Bezirksorganisation Wien XVI |
| Schuhmeier Franz | Wien | Parteivertretung |
| Schuhmeier Karl | Wien | Reichsverein der Buchdruckereihilfsarbeiter |
| Schulz Hugo | Wien | Redaktion der „Glühlichter" |
| Schuster Karl | Karlsbad | Bezirksorganisation Karlsbad |
| Schweichhart Josef | Bodenbach | Redaktion „Nordböhm. Volksbote" |
| Seichter Paul | Wien | Bezirksorganisation Wien VI |
| Seitz Karl | Wien | Parteivertretung |
| Seliger Josef | Teplitz-Schönau | Parteivertretung |
| Sever Albert | Wien | Reichsratsabgeordneter |
| Seyfried Josef | Wien | Redakt. „Arbeiter-Sängerzeitung" |
| Sigl August | Wien | Bezirksorganisation Wien X |
| Skaret Ferdinand | Wien | Reichsratsabgeordneter |
| Slekowez Gustav | Weidlingau | Bezirksorganisation Purkersdorf |
| Smitka Johann | Wien | Reichsratsabgeordneter |
| Smutny Bartholomäus | Wien | Zentralverb. d. Metallarb. Oesterr. |
| Sončck Gottlob | Wien | Verband der Tonarbeiter |
| Spika Franz | Krems | Bezirksorganisation Krems |
| Stark Theodor | Weidling | Bezirksorganisation Klosterneuburg |
| Stern Jos. Luitpold, | Wien | Redakt. des „Jugendlichen Arbeiter" |
| Stika Felix | Hirtenberg | Bezirksorganisation Pottenstein |
| Straas Eduard | Wien | Fachblatt der Buchdr. „Vorwärts" |
| Straßer Josef | Reichenberg | Red. des „Vorwärts", Reichenberg |
| Strauß Emil | Prag | Bezirksorganisation Prag |
| Tatzel Josefine | Pottendorf | Bezirksorganisation Ebreichsdorf |
| Taub Siegfried | Brünn | Bezirksorganisation Brünn |
| Tomschik Josef | Wien | Reichsparteivertret., Reichsratsabg. |
| Trübenecker Raimund | Unter-Mardorf | Bezirksorganisation Gablonz a. d. N. |
| Urbanek Karl | Wien | Bezirksorganisation Wien XXI |
| Vogel Max | Czernowitz | Landesorganisation Bukowina |
| Volkert Karl | Wien | Reichsratsabgeordneter |
| Vukovits Andreas | Gloggnitz | Bezirksorganisation Neunkirchen |
| Waberfich Wenzel | Reichenberg | Bezirksorganisation Deutsch-Gabel |
| Wagner Josef | Wien | Bezirksorganisation Wien XVI |
| Wahl Franz | Wiener-Neustadt | Bezirksorganisation Wr.-Neustadt |
| Weber Anton | Krumau | Kreisorganisation Krumau |
| Weigl Karl | Wien | Zentralorganisation der Handels- und Transportarbeiter |
| Weiguny Anton | Linz | Landesorganisation Oberösterreich |
| Wellan Matthias | Brünn | Gau Brünn |
| Widholz Laurenz | Wien | Parteivertretung |
| Wildner Richard | Mödling | Bezirksorganisation Mödling |
| Wimmer Anton | Wien | Bezirksorganisation Wien XVII |

| Kongreßteilnehmer | Aus | Vertritt |
|---|---|---|
| Winarsky Leopold | Wien | Reichsratsabgeordneter |
| Winter Fritz | Wien | Redaktion „Gewerberichter" |
| Winter Max | Wien | Reichsratsabgeordneter |
| Wiſtrčil Rudolf | Wien | Bezirksorganisation Wien XIV |
| Witte Eugén de | Karlsbad | Redaktion „Volkswille" und Kreisorganisation Karlsbad |
| Witternigg Josef | Salzburg | Bezirksorganisation Tennengau, Pinzgau, Flachgau |
| Witzmann Johann | Wien | Bezirksorganisation Wien XV |
| Wokral Josef | Steyr | Bezirksorganisation Steyr |
| Wolf Franz | Wien | Bezirksorganisation Wien II |
| Wolf-Schwertner Leop. | Krazau | Bezirksorganis. Krazau-Grottau |
| Worsch Franz | Wien | Verband der Maschinisten |
| Zelenka Johann | Wien | Reichsverein der in Gemeinden und öffentlichen Betrieben bediensteten Arbeiter Oesterreichs |
| Zimmer Klemens | Trautenau | Kreisorganisation Trautenau |
| Zipfinger Alois | Wien | Redaktion „Reichsorgan d. Arbeiter-Radfahrer" |
| Zipper Julius | Wien | Redaktion der „Bäckerzeitung" |
| Zorn Eduard | Freiwaldau | Bezirksorganisation Freiwaldau |
| Zoubek Franz | Wien | Zentralverein der Gießereiarbeiter |

# Gäste.

Für die englische Arbeiterpartei:
**Stephan Walsh**, London.

Für die sozialistische Partei Frankreichs:
**Albert Thomas**, Paris

Für die Sozialdemokratie Deutschlands:
**Fr. Ebert**, Berlin.

Für die polnische sozialistische Partei Rußlands:
**Pilsudsky**, Warschau.

Für die rumänische Sozialdemokratie:
**Dr. Racowski.**

Für die ungarländische Sozialdemokratie:
**Emanuel Buchinger**, Budapest.

Für die kroatisch-slawonische Sozialdemokratie:
**Bukseg Wilhelm**, Agram.

Für die polnische Sozialdemokratie in Oesterreich:
**Ignaz Daszynski**, Krakau. **Dr. Hermann Diamand**, Lemberg

Für die ruthenische Sozialdemokratie in Oesterreich:
**Semen Witynl**, Lemberg.

Für die italienische Sozialdemokratie in Oesterreich:
**Giovanni Oliva**, Triest.

Für die südslawische Sozialdemokratie in Oesterreich:
**Josef Petrič**, Laibach.

Für die tschechische Arbeiterpartei in Oesterreich:
**Viktor Stein**, Wien.

# Ergebnis der Abstimmungen.

### Angenommene Anträge:

3 und 4 (Anerkennung als Parteiorgan), 11 (Entwurf des Organisationsstatuts, soweit nicht durch Annahme des Antrages 42 Aenderungen vorgenommen wurden), 23 (Alkoholfrage auf Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses), 26 (Resolution gegen den Krieg), 27 (Beteiligung am außerordentlichen internationalen Kongreß), 31 (Seuchengesetz), 32 (Festigung der Gesamtpartei), 33 (Korrespondenzblatt für Gemeindevertreter), 42 (Organisationsstatut. Anträge der Kommission, durch die auch zur Annahme gelangen die Anträge: 11a, 12 [§ 3], 14 [§ 3], 15 [§ 31, § 33, Absatz 3, § 35, § 42, Absatz 3], 19, 37 [§ 41], 39, 41), 43 (Resolution über Koalitionsrecht), 44 (Resolution über Parlament und Arbeiterschutz), 45 (Sieben Uhr-Sperre für Handelsgehilfen), 46 (Koalitionsrecht).

### Durch Annahme anderer Anträge erledigt:

1 (Tagesordnung des Parteitages), 14 (Organisationsstatut § 42), 15 (Organisationsstatut § 31, Absatz 2, § 33, Absatz 1, § 34, § 41), 16 (Organisationsstatut § 35), 17 (Organisationsstatut § 41), 34 (Organisationsstatut § 7, Absatz 1), 36 (Organisationsstatut), 37 (Organisationsstatut § 32, 36, 37), 38 (Organisationsstatut), 40 (Organisationsstatut).

### Vom Antragsteller zurückgezogen:

15 (Organisationsstatut § 21), 21 (Organisationsstatut).

### Der Parteivertretung zugewiesen:

2 (Gleichzeitige Publikation offizieller Bekanntmachungen in der Parteipresse), 5 (Zweimal tägliches Erscheinen der „Arbeiter-Zeitung"), 6 (Lage der Privatangestellten Tagesordnung des nächsten Parteitages), 7 (Abrechnungsformulare für Lokalorganisationen), 8 (Agitation in nicht sozialdemokratisch vertretenen Wahlbezirken), 12 und 22 (Vertretungsrecht am Parteitag § 27, Punkt 1), 24 (Tagesordnung des nächsten Parteitages), 25 (Ort des nächsten Parteitages), 28 (Referat Adlers gegen Krieg als Broschüre), 29 (Handbuch für Vertrauensmänner), 47 und 48 (Ort des nächsten Parteitages).

### Dem Klub der Abgeordneten zugewiesen:

9 (Seuchengesetz).

### Abgelehnte Anträge:

10 (Kommission zum Studium größerer Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung"), 12 (Organisationsstatut § 2, § 27, § 31, § 42), 13 (Organisationsstatut § 2, § 4, § 8, § 10, § 13, § 20, § 24, § 31), 15 (Organisationsstatut § 2, § 42, Absatz 2, § 43), 16 (Organisationsstatut § 31), 17 (Organisationsstatut (§ 38), 18 (Organisationsstatut), 20 Organisationsstatut), 22 (Organisationsstatut § 27, § 31), 34 (Organisationsstatut § 7, Absatz 2), 35 (Organisationsstatut).

### Unerledigte Anträge:

30 (Kolportageverbot).

# Sprechregister

für die Verhandlungen des Parteitages


Seite

Abram . . . . . 161
Adler . 93, 105, 127, 187, 189, 199, 249
Afritsch . . . . . 173
Austerlitz . . . . . 124, 232

Bartel . . . . . 172
Bauer . . . . . 117, 197, 219, 246
Beer . . . . . 213, 245
Bermann . . . . . 229
Biner . . . . . 141
Braun . . . . . 212
Bretschneider . . . . . 163, 208
Buchinger . . . . . 99
Bulseg . . . . . 103

Cermak . . . . . 141
Czech . . . . . 141

Danneberg . . . . . 177
Daszynski . . . . . 100
David . . . . . 162, 209

Ebert . . . . . 97
Eggenbauer . . . . . 160
Ellenbogen . . . . . 133, 151
Emmerling . . . . . 136

Freundlich . . . . . 243
Friedmann . . . . . 245

Gabriel . . . . . 185
Gröger . . . . . 144

Hackenberg . . . . . 209
Hanusch . . . . . 235
Hartmann . . . . . 119, 187
Hesky . . . . . 146
Hillebrand . . . . . 249
Hueber . . . . . 150, 165, 196

Jarolim . . . . . 238
Jokl . . . . . 196

Karpeles . . . . . 237
Kütt . . . . . 141

Landkammer . . . . . 148
Langer . . . . . 143
Lehnert . . . . . 244
Leuthner . . . . . 121
Lindner . . . . . 143

Seite

Matti . . . . . 199
Mrkwicka . . . . . 228
Müller . . . . . 240

Oliva . . . . . 104

Pernerstorfer 92, 94, 121, 172, 175, 189, 201, 208, 209, 236, 245, 250
Petric . . . . . 103
Pilsudski . . . . . 98
Pongratz . . . . . 209
Popp . . . . . 146
Popper . . . . . 185
Prascheck . . . . . 231
Preußler . . . . . 163, 186
Proft . . . . . 161
Pülsl . . . . . 115, 162

Rakovsky . . . . . 175
Renner . . . . . 121, 166, 171
Reumann . . . . . 141, 212
Rötsch . . . . . 146
Rothe . . . . . 186

Schacherl . . . . . 120, 158, 250
Schlager . . . . . 117
Schlesinger . . . . . 185
Schneidmadl . . . . . 181
Schrammel . . . . . 212
Schütz . . . . . 146
Schuster . . . . . 160
Seitz . . . . . 150, 164, 202
Seliger . . . . . 171, 209
Sever . . . . . 142
Skaret . 92, 128, 148, 165, 248, 249
Stein . . . . . 104

Thomas . . . . . 95
Tomschik 103, 128, 141, 157, 158, 209

Waberschek . . . . . 236
Wagner . . . . . 159
Walhs . . . . . 95
Weigl . . . . . 238
Winarsky . . . . . 209
Winter . . . . . 219
Witternigg . . . . . 141, 158, 186
Wityk . . . . . 103
Wolf Schwerm r . . . . . 148

Zelenka . . . . . 159, 239
Zipper . . . . . 230

# Sachregister

für die Verhandlungen des Parteitages.


Seite

Abrechnungsformulare (Antrag 7) . . . . . 71, 151
Absolutorium für die Parteivertretung . . . . . 157
Abstimmung über Absolutorium . . . . . 157
„ Anträge zum Bericht der Parteivertretung . . . . . 151
„ „ „ „ über Parlamentstätigkeit . . . . . 175
„ „ „ „ „ die Gesamtexekutive . . . . . 201
„ „ zur Wahl der Parteivertretung . . . . . 213
„ „ zum Punkt 2 „Der Krieg und die Internationale“ . . 128
„ „ „ „ 4 „Aenderung des Organisationsstatuts“ . 208
„ „ „ „ 6 „Arbeiterschutz“ . . . . . 247
„ „ „ „ Eventuelles . . . . . 248
„ „ „ „ Gemeindevertretertonferenz . . . . . 213
Abstimmungen, Ergebnis der (Uebersicht) . . . . . 262
Agitation (Antrag 8) . . . . . 72, 151
Anerkennung als Parteiblatt (Anträge 3, 4 . . . . . 71, 151
Anträge, vor den Verhandlungen gestellt . . . . . 71
während der Verhandlungen gestellt . . . . . 83
zur Abänderung der Tagesordnung . . . . . 71
vom Innsbrucker Parteitag überwiesene . . . . . 131
zum Bericht der Parteivertretung . . . . . 71, 83
„ „ über die Parteipresse . . . . . 71
„ „ „ „ Parlamentstätigkeit, siehe „Senchengesetz“.
„ Punkt 2 „Der Krieg und die Internationale“ . . . . . 83
„ „ 4 „Aenderung des Organisationsstatuts“ . . . . . 72, 84
„ „ 6 „Arbeiterschutz“ . . . . . 88
„ „ Eventuelles . . . . . 83, 90
„ „ der provisorischen Tagesordnung „Internationaler Kongreß“ . 82
Arbeiterschutz (Punkt 6 der Tagesordnung)
Anträge (43 bis 46) . . . . . 88, 247
Referent über „Bedrohung des Koalitionsrechtes“ . . . . . 213, 245
„ „ „Parlament und Arbeiterschutz“ . . . . . 219, 246
Debatte . . . . . 228
Abstimmung . . . . . 247
Arbeitszeit des Parteitages . . . . . 92
Begrüßungen . . . . . 94, 103, 175
Begrüßungsschreiben und Telegramme . . . . . 100, 157, 252
Bericht über das Bildungswesen . . . . . 32
des Frauenreichskomitees . . . . . 27, 54
über die Gesamtexekutive . . . . . 41
der Jugendorganisation . . . . . 30
„ Mandatprüfungskommission . . . . . 141
über die Parlamentstätigkeit . . . . . 166
der Parteibuchhandlung . . . . . 39
des Parteikassiers . . . . . 50
der Parteikontrolle . . . . . 50, 141
über die Parteipresse . . . . . 38, 136
der Parteivertretung . . . . . 18, 128
Referent . . . . . 128, 133, 148, 151
Debatte . . . . . 142
Abstimmung . . . . . 151
der Parteivertretung nach Ländern: Seite 55, Böhmen 56, Bukowina 63, Kärnten 63, Mähren 64, Niederösterreich 64, Oberösterreich 67, Salzburg 68, Schlesien 68, Steiermark 69, Tirol 69, Vorarlberg . . . . . 70
der Preßkontrolle . . . . . 141
Bildungsarbeit, Bericht . . . . . 32
Referent . . . . . 177
Debatte . . . . . 184

Seite

**Bureau** des Parteitages . . . . . 2
**Der Krieg** und die Internationale, siehe „Krieg".
**Einberufer** des Parteitages . . . . . 2
**Eröffnungsreden** . . . . . 92
**Eventuelles**, Anträge . . . . . 83, 90
Diskussion . . . . . 248
Abstimmung . . . . . 248
**Frauenreichskomitee**, Bericht . . . . . 27
Kassenbericht . . . . . 54
**Gäste** (siehe auch „Begrüßungen") . . . . . 261
**Gemeindevertreter**, Bericht . . . . . 24
(Antrag 33 . . . . . 84, 213
Referent . . . . . 209
Debatte . . . . . 212
**Genossenschaftsbewegung**, Bericht . . . . . 43
**Gesamtexekutive**, Bericht . . . . . 41
Referent . . . . . 189, 199
Debatte . . . . . 196
(Antrag 32) . . . . . 84, 201
**Geschäftsordnung** des Parteitages . . . . . 91
**Gewerkschaftsbewegung**, Bericht . . . . . 41
**Handbuch** für Vertrauensmänner (Antrag 29) . . . . . 83, 130, 151
**Internationaler** Kongreß, siehe „Kongreß".
**Jugendorganisation**, Bericht . . . . . 30
**Kandidatenaufstellung**, siehe „Organisationsstatut" § 49.
**Kassenbericht** des Frauenreichskomitees . . . . . 54
der Partei, siehe „Parteikassier".
**Kinderfreunde** (Antrag 24) . . . . . 83, 248
**Klub** der Abgeordneten, siehe „Parlamentstätigkeit".
**Koalitionsrecht**, siehe auch „Arbeiterschutz".
besonderer Punkt der Tagesordnung . . . . . 94
**Kolportageverbot** (Antrag 30) . . . . . 83
**Kommission** für die Wahl der Parteivertretung. Wahl . . . . . 165
Bericht . . . . . 208
„ „ Beratung des Punktes 4, Wahl . . . . . 165
Bericht . . . . . 201
**Kongreß**, Internationaler in Wien (Antrag 23) . . . . . 82, 248
Beteiligung am außerordentlichen (Antrag 27) . . . . . 83, 128
**Konstituierung** des Parteitages . . . . . 92
**Krieg**, Gegen den. (Anträge 26 27, 28) . . . . . 83
Besonderer Punkt der Tagesordnung . . . . . 94
Referent . . . . . 105, 127
Debatte . . . . . 117
Abstimmung . . . . . 128
Schlußreden . . . . . 249
**Lebensmittelteuerung**, siehe „Teuerung".
**Maifeier**, Bericht . . . . . 47
**Mandatprüfungskommission**, Wahl . . . . . 92
Bericht . . . . . 141
**Minoritäten**, nationale . . . . . 148
**Mitgliederbewegung**, Bericht . . . . . 25
**Nationalitätenprogramm** der sozialdemokratischen Partei . . . . . 6
**Organisationsstatut** der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.
Neu beschlossener Wortlaut . . . . . 8
Anträge zur Aenderung des Organisationsstatuts (11 bis 22, 34 bis 42) . . . . . 72, 84
Referent . . . . . 151, 164, 201
Debatte . . . . . 158
Wahl der Kommission . . . . . 165
Bericht der Kommission . . . . . 201
Abstimmung . . . . . 208
**Parlament** und Arbeiterschutz, siehe „Arbeiterschutz".
**Parlamentstätigkeit**, Referat . . . . . 166
Debatte . . . . . 172
Abstimmung . . . . . 175

Seite
Parteibuchhandlung, Bericht . . . . . 39
Parteikassier, Bericht . . . . . 50
Referat . . . . . 133
Parteikontrolle, Bericht . . . . . 50, 141
Parteischiedsgericht . . . . . 18
Parteitag, nächster: Ort (Anträge 25, 47, 48) . . . . . 83, 90, 249
Tagesordnung (Anträge 6, 24) . . . . . 71, 83
Parteivertretung, Bericht . . . . . 18
Anträge zum Bericht . . . . . 71, 83
Referenten . . . . . 128, 133, 148, 151
Debatte über den Bericht . . . . . 142
Abstimmung über den Bericht . . . . . 151
Wahl . . . . . 208, 213
Politische Verfolgungen, Bericht . . . . . 46
Präsenzliste . . . . . 256
Presse, Bericht . . . . . 38
Anträge . . . . . 71
Kontrolle . . . . . 141
Referent . . . . . 136
Debatte . . . . . 142
Abstimmung . . . . . 151
Privatangestellte (Antrag 6) . . . . . 71, 151
Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Wortlaut) . . . . . 3
Reichsparteistener, siehe „Organisationsstatut".
Reichsratswahlen, siehe „Wahlen".
Schlußreden . . . . . 249
Sekretariat der Partei, Bericht . . . . . 47
Separatismus, siehe „Gesamtexekutive".
Seuchengesetz (Antrag 9, 31) . . . . . 72, 84, 175
Sprechregister . . . . . 263
Tagesordnung . . . . . 2
Erweiterung der Tagesordnung . . . . . 93
Teuerung, Bericht . . . . . 18
Tod von Parteigenossen . . . . . 48, 93
Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei, siehe „Gesamtexekutive".
Tschechoslawische Partei, siehe „Gesamtexekutive".
Unterhaltungsbeilage . . . . . 139
Versammlungstätigkeit, Bericht . . . . . 27
Verfolgungen, siehe „Politische Verfolgungen".
Volksbuchhandlung, siehe „Parteibuchhandlung".
Vorlagen an den Parteitag . . . . . 18
Wahlen in den Reichsrat. Ersatzwahlen, Bericht . . . . . 24
Wahlfonds, siehe „Organisationsstatut" § 35, Absatz 5.

# Inhaltsverzeichnis.


Seite

Tagesordnung . . . . . 2
Einberufer des Parteitages . . . . . 2
Bureau des Parteitages . . . . . 2
Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich . . . 3
Nationalitätenprogramm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich . 6
Organisationsstatut der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich 8


## Vorlagen an den Parteitag.


Bericht der Parteivertretung . . . . . 18
Bericht des Parteikassiers . . . . . 50
Tabellarische Uebersicht über die Mitgliederbewegung 2c. . . . . 55
Anträge zum Parteitag . . . . . 71
Geschäftsordnung für den Parteitag . . . . . 91


## Verhandlungen des Parteitages.


Eröffnungsversammlung 31. Oktober . . . . . 92
Konstituierung . . . . . 92
Eröffnungsrede . . . . . 92
Erweiterung der Tagesordnung . . . . . 93
Begrüßungsreden . . . . . 94
Erster Verhandlungstag — 1. November . . . . . 103
Begrüßungsreden . . . . . 103
Der Krieg und die Internationale . . . . . 105
Berichte . . . . . 128
Zweiter Verhandlungstag — 2. November . . . . . 141
Berichte (Debatte) . . . . . 142, 166
Aenderung des Organisationsstatuts . . . . . 151
Dritter Verhandlungstag — 3. November . . . . . 175
Bildungsarbeit . . . . . 177
Das Verhältnis zur Gesamtexekutive . . . . . 189
Aenderung des Organisationsstatuts . . . . . 201
Vierter Verhandlungstag — 4. November . . . . . 209
Bericht über die Gemeindevertreterkonferenz . . . . . 209
Wahl der Parteivertretung . . . . . 213
Bedrohung des Koalitionsrechtes . . . . . 213
Das Parlament und der Arbeiterschutz . . . . . 219
Eventuelles . . . . . 248
Schlußreden . . . . . 249
Begrüßungsschreiben und Telegramme . . . . . 252
Präsenzliste . . . . . 256
Ergebnis der Abstimmungen . . . . . 262
Sprechregister . . . . . 263
Sachregister . . . . . 264

# Eine Bibliothek um 25 Kronen.

**Die Preise gelten, wo nicht das Gegenteil bemerkt ist, für das ungebundene Exemplar.**

| | | |
|---|---|---|
| Adler Viktor. Schwurgerichtsverhandlung gegen Dr. Viktor Adler vor dem Reichenberger Schwurgericht 1893 | Kr. | —·24 |
| Austerlitz Fritz. Das neue Wahlrecht. Gebunden | „ | 1·20 |
| Bauer Otto. Deutschtum und Sozialdemokratie | „ | —·10 |
| Bebel August. Die Frau und der Sozialismus. Gebunden | „ | 3·60 |
| Braun Adolf. Ziele und Wege | „ | —·24 |
| — Zeitungsfremdwörter und politische Schlagworte | „ | —·36 |
| Charmatz Richard. Oesterreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907. 2 Bände | „ | 2·40 |
| Danneberg Robert. Das sozialdemokratische Parteiprogramm | „ | —·40 |
| Deutsch Julius. Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung | „ | 4·80 |
| Eisner Kurt. Wilhelm Liebknecht | „ | —·72 |
| Engels Friedrich. Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft | „ | —·48 |
| Fröhlich Karl. Arbeiterklasse und Alkohol | „ | —·24 |
| Gedenkbuch. Zwanzig Jahre österreichischer Arbeiterinnenbewegung | „ | 1·10 |
| Kautsky Karl. Die historische Leistung von Karl Marx | „ | —·36 |
| — Das Erfurter Programm. Gebunden | „ | 2·40 |
| — Konsumvereine und Arbeiterbewegung | „ | —·20 |
| — Der Weg zur Macht | „ | —·60 |
| Lassalle Ferdinand. Arbeiterprogramm | „ | —·36 |
| — Ueber Verfassungswesen | „ | —·60 |
| Leuthner Karl. Gegen die Klerikalen | „ | —·10 |
| Marx Karl und Engels Friedrich. Das Kommunistische Manifest | „ | —·24 |
| Marx Karl. Lohnarbeit und Kapital | „ | —·30 |
| Payer O. W. Mehrarbeit und Mehrwert | „ | —·10 |
| Renner Karl. Das arbeitende Volk und die Steuern. I. und II. Teil. Gebunden | „ | 1·50 |
| — Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus | „ | —·60 |
| Schlesinger Therese. Was wollen die Frauen in der Politik? | „ | —·10 |
| Schulz Heinrich. Sozialdemokratie und Schule | „ | —·36 |
| Sozialversicherung. Was bringt die Sozialversicherung den Arbeitern? | „ | —·20 |
| Stampfer Friedrich. Religion ist Privatsache | „ | —·24 |
| Vierzig Jahre Reichsvolksschulgesetz | „ | —·60 |
| Warum sind wir arm? | „ | —·12 |
| Summe | Kr. | 24·86 |

Bestellungen auf diese Bibliothek richte man ausschließlich an die

## Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.

**Wien VI/1, Gumpendorferstraße Nr. 18.**

## Zur Massenverbreitung!

# Das sozialdemokratische Programm

**Eine gemeinverständliche Erläuterung seiner Grundsätze.**

Von Robert Danneberg.

104 Seiten geheftet. Preis Kr. 1·20. In Ganzleinen gebunden Kr. 2·40. **Agitationsausgabe nur für organisierte Arbeiter 40 Heller, kartoniert 80 Heller**

Der Verfasser sagt in seinem Vorwort unter anderem: „Möge das Büchlein zur Verbreitung der sozialistischen Grundsätze beitragen und in manchem Proletarier, der die kargen Mußestunden zum Lernen benützen will, die Lust erwecken, tiefer in die Gedankenwelt des Sozialismus einzudringen. Die schwierigen Verhältnisse, in denen die österreichische Sozialdemokratie wirken muß, erheischen gebieterisch, daß sich der Begeisterung ihrer Kämpfer die Erkenntnis vermähle, daß auch in diesem sonderbaren Staate die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung walten und die Saat des völkerbefreienden Sozialismus keimt – trotz alledem! Wir müssen nicht nur glauben, sondern auch erkennen lernen, daß auch hierzulande die Zukunft dem klassenbewußten Proletariat gehört.

# Was will die Sozialdemokratie?

**Herausgegeben von der Parteivertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich. Preis 10 Heller**

## Wichtig für jeden Vertrauensmann!

# Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhause

1. Heft. XVIII. Session. (17. Juni 1907 bis 5. Februar 1908.) Vergriffen.
2. Heft. XIX. Session. (10. März bis 11. Juli 1909.) Herausgegeben im Auftrage des Klubs der deutschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhause. Wien 1909. 32 Seiten. Kr. —·50, Agitationsausggbe Kr. —·20.
3. Heft. XX. Session. (20. Oktober 1909 bis 6. Juli 1910.) Wien 1910. 64 Seiten. Vergriffen. Kr. —·50, Agitationsausgabe Kr. —·20.
4. Heft. XXI. Session. (12. Oktober 1910 bis 31. März 1911.) Wien 1911. 55 Seiten. Vergriffen. Kr. —·20.

Heft 1 bis 4 in einem Band gebunden Kr. 2·—.

XII. Legislaturperiode. 1. Heft. (17. Juli bis 20. Dezember 1911.) Wien 1912. 60 Seiten. Geheftet. Kr. —·30.

XII. Legislaturperiode. 2. Heft. (5. März bis 5. Juli 1912.) Wien 1912. 72 Seiten. Geheftet. Kr. —·30.

Bestellungen erbittet die

# Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.

**Wien VI/1, Gumpendorferstraße Nr. 18.**

HX
256
S6
1912

Sozialdemokratische Arbeiter-
partei Deutschösterreichs
Protokoll des Sozial-
demokratischen Parteitages

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY